

BADEN BADEN
Strategische
Entwicklungsplanung 2020

ARBEITSBUCH





BADEN **BADEN**
Strategische
Entwicklungsplanung **2020**

1.	RAHMENBEDINGUNGEN DER STADTENTWICKLUNG	9
1.1	BADEN-BADEN STELLT SICH VOR	10
1.2	DER PLANUNGSPROZESS „STRATEGISCHE ENTWICKLUNGSPLANUNG“	12
1.3	DEMOGRAPHISCHE VERÄNDERUNGEN	16
1.4	STRUKTURWANDEL IN DER WIRTSCHAFT	20
1.5	ÖKOLOGISCHE HERAUSFORDERUNGEN	22
2	SCHWERPUNKTE DER DISKUSSION	25
3	PLANUNGSGRUNDLAGEN	31
3.1	REGIONAL- UND LANDESPLANUNG	32
3.2	SIEDLUNGSSTRUKTUR UND -ENTWICKLUNG	40
3.3	STADTBILD	56
3.4	GRÜN- UND FREIRAUMENTWICKLUNG	68
3.5	KURANLAGEN UND STADTGRÜN	78
3.6	WOHNEN	86
3.7	GEWERBE UND DIENSTLEISTUNGEN	96
3.8	EINZELHANDEL	104
3.9	TOURISMUS	110
3.10	GESUNDHEITSWESEN	124
3.11	KULTUR	132
3.12	MOBILITÄT UND VERKEHR	142
3.13	BILDUNG UND BETREUUNG	156
3.14	SOZIALES	170
3.15	FREIZEIT UND SPORT	184

INHALTSVERZEICHNIS

STRATEGISCHE ENTWICKLUNGSPLANUNG BADEN-BADEN

3.16	VERSORGUNG / STADTWERKE, REGENERATIVE ENERGIEN, ENTSORGUNG	192
	3.16.1 Versorgung/Stadtwerke	192
	3.16.2 Regenerative Energien	202
	3.16.3 Entsorgung	211
3.17	UMWELT UND ÖKOLOGIE	218
4	EXPERTENGESPRÄCHE	227
4.1	VORBEMERKUNGEN	228
4.2	ERGEBNISSE	230

INHALTE DES ARBEITSBUCHES

Kapitel 1

Im Kapitel 1 werden die Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung dargelegt. Im Fokus stehen dabei die demographischen Veränderungen, der wirtschaftliche Strukturwandel und die ökologischen Herausforderungen.

Kapitel 2

Im Kapitel 2 „Schwerpunkte der Diskussion“ sind die zentralen Diskussionsschwerpunkte, die im Rahmen der Klausurtagung des Gemeinderates behandelt werden, benannt.

Kapitel 3

Das Kapitel 3 „Planungsgrundlagen“ beinhaltet eine Analyse der für die Stadtentwicklung relevanten Themenbereiche. In insgesamt 17 Kapiteln werden die jeweilige Ausgangslage beschrieben, laufende Projekte dargestellt, zentrale Fragestellungen formuliert und mögliche Perspektiven dargelegt. Die Schwerpunkte der Diskussion sind am Ende der Kapitel zusammengefasst und hervorgehoben.

Kapitel 4

Zwischen Juli und September 2008 hat die LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH (KE) mit insgesamt 27 ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Baden-Baden so genannte Experteninterviews durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Interviews sind in Kapitel 6 nach Themen zusammengefasst.

Auftraggeber:

Stadt BADEN  BADEN

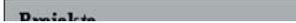
Bearbeiter:

Stadt Baden-Baden vertreten durch :
Oberbürgermeister Wolfgang Gerstner, Lisa Poetschki-
Meyer, Martin Lautenschlager

Herausgeber:

Stadt Baden-Baden,
September 2008

Auftragnehmer:


Kommunalentwicklung GmbH

Verfasser:

Kommunalentwicklung vertreten durch:
Dr. Richard Reschl, Bertram Roth

Layout:

Markus Lämmle, Roland Köhler

1. RAHMENBEDINGUNGEN DER STADTENTWICKLUNG

1.1 BADEN-BADEN STELLT SICH VOR

Lage

Baden-Baden liegt am Westrand des nördlichen Schwarzwaldes im Tal der Oos, einem kleinen Fluss, der ca. 13 km weiter bei Rastatt in die Murg mündet. Höchster Punkt des Stadtkreises ist mit 1.003 m ü.NN die Badener Höhe. Die westlichen Stadtteile liegen in der Oberrheinischen Tiefebene, tiefster Punkt der Gemarkung ist das Naturschutzgebiet Gaggenau mit 112 m ü.NN. Die größte Ost-West-Ausdehnung beträgt ca. 16 Kilometer, die größte Nord-Süd-Ausdehnung ca. 20 Kilometer. Die Gemarkung der Stadt Baden-Baden umfasst 140 qkm, davon sind 85,8 qkm von Wald bedeckt. Mit einem Anteil von ca. 61% besitzt die Stadt Baden-Baden den größten Stadtwald der Bundesrepublik Deutschland.

Verkehrsanbindung

Baden-Baden liegt an der Bundesautobahn 5 und ist über die Anschlussstellen Baden-Baden, Rastatt Süd und Bühl zu erreichen. Die Bundesstraße B3 (neu) führt in Nord-Südrichtung von Rastatt an den Stadtteilen Sandweier/Haueneberstein, Oos und Steinbach vorbei nach Bühl und ist überwiegend fertiggestellt. Die Bundesstraße 500 (Schwarzwaldhochstraße) führt durch das Stadtgebiet und im Innenstadtbereich durch den 2,5 Kilometer langen Michaelstunnel, der im Jahr 1998 eingeweiht wurde. Mit Eröffnung des Michaelstunnels konnte das Verkehrsaufkommen in der Innenstadt ganz wesentlich reduziert und städtebauliche Aufwertungen in Angriff genommen werden. Für den Erhalt der Luftqualität steht der Verkehr als besonders emissionsträchtiger Faktor im Vordergrund. Die zunehmende Veranstaltungsdichte führt zu Konflikten zwischen Verkehr, Tourismus, Image und Bevölkerung.

Der Bahnhof Baden-Baden ist ICE-Haltepunkt an der Strecke Mannheim–Basel (Rheintalbahn) und liegt ca. 5 Kilometer nordwestlich der Innenstadt im Stadtteil Oos. Die Schwarzwaldbahn, die zwischen Karlsruhe und Konstanz pendelt, hält stündlich am Bahnhof Baden-Baden. Die Stadtbahnlinien S4 und S32 der Albthal-Verkehrs-Gesellschaft bieten direkte Verbindungen nach Bühl, Rastatt, Ettlingen, Karlsruhe und Heilbronn.

Westlich von Baden-Baden, unweit der französischen Grenze und in der Nähe der Gemeinde Rheinmünster-Söllingen liegt im Baden-Airpark der Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden (FKB) an der B36.

Geschichte

Die Ursprünge der Kernstadt von Baden-Baden gehen auf die römische Besiedelung um das Jahr 80 n.Chr. zurück. Die Römer schätzten vor allem die bis zu 68°C heißen Thermalquellen und errichteten mehrere Bäder. Im 8. Jahrhundert kam das Gebiet unter fränkische Herrschaft. Graf Hermann II. aus dem Geschlecht der Zähringer erwarb das Gebiet um Baden-Baden Anfang des 12. Jahrhunderts und nannte sich Markgraf von Baden.

Während des Pfälzischen Erbfolgekrieges wurde Baden-Baden am 24. August 1689 von französischen Truppen niedergebrannt. Der Wiederaufbau erfolgte in verschiedenen Phasen mit Gebäuden aus dem Barock, Spätbarock, Klassizismus, Biedermeier und Gründerzeit, so dass sich die im zweiten Weltkrieg weitgehend verschonte Innenstadt heute weitgehend geschlossen und harmonisch präsentiert.

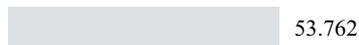
Ab Ende des 18. Jahrhunderts entwickelte sich Baden-Baden zum mondänen Kurort. Viele herrschaftliche Gäste machten den Ort zur Sommerhauptstadt Europas. Es entstanden diverse Luxushotels, das Kurhaus (1821–1824), die Spielbank (1810–1811), die Trinkhalle (1839/1842) das Theater und großzügige Park- und Gartenanlagen an der Oos.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Baden-Baden Sitz des Oberkommandanten über alle französischen Streitkräfte und ihre Angehörigen in Westdeutschland. Auf dem ca. 60 Hektar großen Areal südlich des Zentrums von Baden-Baden Oos entstand ein selbständiges Wohnquartier mit einem Kasernenstandort (ehemalige Markgrafenkaserne von 1937), die so genannte Cité. Mit dem bis 2000 vollzogenen Abzug der französischen Streitkräfte wurden die Grundstücks- und Gebäudeflächen für eine zivile Umnutzung frei. Die Konversionsflächen der Cité sind heute der städtebauliche Entwicklungsschwerpunkt von Baden-Baden.

Baden-Baden ist mit rund 53.800 Einwohnern die kleinste der insgesamt neun kreisfreien Städte des Landes Baden-Württemberg und bildet ein Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums. Zum Mittelbereich Baden-Baden gehören neben der Stadt Baden-Baden die Gemeinden Hügelshausen und Sinzheim, welche beide im Landkreis Rastatt liegen.

Stadtteile

Der Stadtkreis Baden-Baden umfasst folgende Stadtteile: Oos, Balg, Weststadt, Kernstadt, Lichtental, Ebersteinburg, Steinbach, Neuweier, Varnhalt, Haueneberstein und Sandweier.

Tabelle: Einwohner nach Stadtteilen

Quelle: Stadt Baden-Baden; Statistisches Jahrbuch 2007

Die Altersstruktur von Baden-Baden weist trotz der Zuwanderung vieler junger Familien in den letzten Jahren – insbesondere in Zusammenhang mit der Entwicklung der Cité – markante Abweichungen zum Landesdurchschnitt auf. Die Altersgruppe der 60 bis 75-Jährigen ist um rund 20% stärker vertreten als im Landesdurchschnitt, bei den über 75-Jährigen sind es sogar über 35%. Die spezifische Struktur hat dazu geführt, dass die Stadt Baden-Baden heute über ein vorbildliches Angebot im Bereich der Seniorenhilfe verfügt.

Die Stadt Baden-Baden hat als Wirtschaftsstandort ein weites Einzugsgebiet und weist einen erheblichen Einpendlerüberschuss auf. Von rund 28.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kommen täglich rund 18.500 Arbeitnehmer aus der Region. Nur ca. 7.200 Baden-Badener arbeiten außerhalb des Stadtkreises. Die Wirtschaftsstruktur Baden-Badens wird nach wie vor ganz wesentlich durch den Tourismus, das Gesundheitswesen und öffentliche und private Dienstleistungen geprägt. Größter Arbeitgeber ist der Südwestrundfunk mit rund 2.000 Beschäftigten. Der gewerbliche Bereich spielt mit einem Beschäftigtenanteil von rund 20 Prozent eine untergeordnete Rolle.

1.2 DER PLANUNGSPROZESS „STRATEGISCHER ENTWICKLUNGSPLAN BADEN-BADEN 2020“

Anlass

Die rückläufige Entwicklung des Kur- und Fremdenverkehrs, die erheblichen Verkehrsprobleme und die vollzogenen Eingemeindungen veranlassten die Stadtverwaltung Anfang der 1970er Jahre einen Stadtentwicklungsplan zu erstellen. Der Stadtentwicklungsplan sollte gleichzeitig Grundlage für die mittelfristige Finanzplanung der Bäder- und Kurverwaltung sein. Der im Jahr 1974 verabschiedete Stadt- und Kurortentwicklungsplan war bis in die 1990er Jahre hinein Basis für die Entwicklung der Stadt Baden-Baden. Die dargelegten Ziele wurden in den Jahren 1980 und 1985 bilanziert und im Jahr 1987 fortgeschrieben. Eine letztmalige Fortschreibung erfolgte im Jahr 2003 unter dem Titel „Perspektiven für die Stadtentwicklung Baden-Baden einschließlich einer Fortschreibung des Stadt- und Kurortentwicklungsplans“.

Die Stadt Baden-Baden hat in den letzten Jahren unter anderem mit dem Festspielhaus, der Entwicklung der Cité einschließlich des Fachmarktzentums „Shopping-Cité“ eine überaus positive Entwicklung genommen. Die Attraktivität von Baden-Baden als Tourismusstandort, Wohnstandort und Einkaufsstadt wurde damit ganz wesentlich gestärkt. Die Stadt Baden-Baden genießt nach wie vor auch international über ein außerordentlich positives Image und bietet vielfältige Kultur- und Freizeitangebote und Infrastruktureinrichtungen.

Vor dem Hintergrund sich verändernder Rahmenbedingungen stellt sich allerdings die Frage, wie der hohe Standard in Baden-Baden langfristig abgesichert werden kann und welche Bereiche künftig stärker ausgebaut werden sollen. Im Rahmen einer strategischen Entwicklungsplanung sollen die künftige Ausrichtung und die zentralen Entwicklungsperspektiven für die Stadt Baden-Baden aufgezeigt werden. Die strategische Entwicklungsplanung soll der Profilschärfung dienen und die Stadt im regionalen und nationalen Wettbewerb stärken.

Bei der Erarbeitung der Strategischen Entwicklungsplanung Baden-Baden 2020 sind insbesondere folgende Rahmenbedingungen zu beachten:

- demographischer Wandel
- zunehmende interkommunale Konkurrenz / interkommunale Zusammenarbeit
- Veränderungen im Bäder- und Kurwesen

- angespannte kommunale Finanzen.

Demographischer Wandel

Der Geburtenrückgang und die zunehmende Überalterung der Gesellschaft sind bereits heute spürbar. Selbst unter Berücksichtigung positiver Wanderungssalden und mittelfristig leicht ansteigender Geburtenraten ergeben sich erhebliche Veränderungen im Altersaufbau mit entsprechenden Konsequenzen für die kommunale Infrastruktur. Der Bedarf an Schulräumen und der Bedarf an Kindergartenplätzen werden in einem Zeitraum von 10 bis 15 Jahren in manchen Städten und Gemeinden um rund ein Drittel absinken. Dagegen werden ältere und alte Menschen über 65 Jahren nicht nur relativ, sondern auch absolut rapide zunehmen und im Jahr 2020 über ein Viertel der Bevölkerung in Baden-Württemberg stellen. In Baden-Baden ist bereits heute rund ein Viertel der Bevölkerung älter als 65 Jahre. Ihr Zuwachs wird nach den Prognosen des Statistischen Landesamtes im Gegensatz zur Entwicklung im Land etwas schwächer ausfallen. Der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen soll unter Berücksichtigung von Wanderungsgewinnen im Jahr 2020 bei rund 28% liegen.

Interkommunale Konkurrenz

Die Konkurrenz zwischen den Städten um die zunehmend knapper werdenden Ressourcen (Einwohner, Arbeits- und Ausbildungsplätze, Finanzen etc.) nehmen deutlich zu. Interkommunale Zusammenarbeit und regionale Orientierung eröffnen Chancen, um Aufgaben der Kommunen durch überörtliche Konzepte und Abstimmungen erfolgreicher und vor allem wirtschaftlicher wahrnehmen zu können.

Kommunale Finanzen

Die Veränderungen in der kommunalwirtschaftlichen Situation in den vergangenen Jahren sind vielfältig. Ein wesentlicher Aspekt ist die Verlagerung von Aufgaben nach „unten“. Insbesondere im Sozialbereich wurden die Landkreise, Städte und Gemeinden mit zahlreichen neuen Aufgaben bedacht. Ein ausreichender finanzieller Ausgleich hierfür erfolgte nur bedingt. Die Diskussion im Gemeinderat und mit den Bürgerinnen und Bürgern, was finanzierbar ist, muss geführt werden.

Bäder- und Kurwesen

Seit den frühen 1980er Jahren wurde der Leistungsumfang der Gesundheitsversorgung durch zahlreiche Gesetzesänderungen immer weiter eingeschränkt. Diese Tatsache führte zu einer Kurortkrise, die auch heute noch nicht überwunden ist. Die Steigerung der Übernachtungszahlen laut Stadt- und Kurortentwicklungsplan von 1974 - Anstieg von 0,8 Mio. im Jahr 1973 auf 1,4 Mio. im Jahr 1989 - wurde bei Weitem verfehlt. Die Übernachtungszahlen in Baden-Baden liegen heute wieder bei rund 0,8 Mio. (gleichwohl mit steigender Tendenz seit 2004).

Die Bade- und Kurorte sehen sich gezwungen neue Strategien zu entwickeln, um für die potenziellen Gäste an Attraktivität zu gewinnen und dem steigenden Konkurrenzdruck gewachsen zu sein. Auf der anderen Seite ist der Tourismussektor für das Image und die Wirtschaftskraft der Stadt Baden-Baden trotz positiver Entwicklungen im gewerblichen Bereich und im Dienstleistungssektor nach wie vor prägend.

In dieser Situation ist es wichtig, sich grundsätzliche und themenübergreifende Gedanken zu den Anforderungen und Perspektiven der Stadt Baden-Baden zu machen. Der strategische Entwicklungsplan Baden-Baden 2020 soll ein Handlungskonzept sein, das die strukturellen und städtebaulichen Entwicklungsbereiche von Baden-Baden für den Zeitraum bis 2020 definiert.

Er formuliert Ziele und benennt konkrete Handlungsansätze zu deren Realisierung. Als Leitplan ist er zugleich Grundlage für die verschiedenen Fachplanungen, etwa die Fortschreibung des Flächennutzungsplans.

Im Rahmen des Planungsprozesses gilt es,

- strategische Politikfelder und Entwicklungsbereiche der Stadt Baden-Baden zu thematisieren. Dieser Ansatz umfasst neben räumlichen und ökologischen Aspekten vor allem auch die ökonomische und soziale Struktur.
- Im Dialog mit Bürgerschaft, Verwaltung und Kommunalpolitik Handlungsvorschläge zu erarbeiten, die in Form von themenübergreifenden Schlüsselprojekten umgesetzt werden. Die Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit sind dabei zu beachten.

Die Erarbeitung der Strategischen Entwicklungsplanung Baden-Baden 2020 erfolgt in drei Phasen:

Phase 1:

Ermittlung von Grundlagen, Rahmenbedingungen und Szenarien der Entwicklung

Phase 2:

Kommunikation und Partizipation

Phase 3:

Erstellung des Strategischen Entwicklungsplanes Baden-Baden

Ermittlung der Grundlagen / Erstellung des „Arbeitsbuches“

Mit dem vorliegenden Arbeitsbuch ist die Phase 1 - Ermittlung von Grundlagen, Rahmenbedingungen und Szenarien der Entwicklung – abgeschlossen. Das Arbeitsbuch ist Grundlage für die Diskussion des Gemeinderates am 10. und 11. Oktober 2008 zu den Entwicklungsperspektiven der Stadt Baden-Baden. Das Arbeitsbuch beinhaltet eine umfassende und differenzierte Analyse der Ausgangslage von Baden-Baden.

Folgende Themen werden behandelt:

1. Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung
2. Schwerpunkte der Diskussion
3. Planungsgrundlagen
4. Ergebnisse der Expertengespräche

Die Bearbeitung des Arbeitsbuches erfolgte in enger Kooperation zwischen der LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH (KE) und der Stadtverwaltung Baden-Baden. Die wesentlichen Inhalte im Kapitel 3 „Planungsgrundlagen“ wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung Baden-Baden erbracht. Die ersten Ergebnisse der Fachgutachten zum Thema Verkehr, Lärm und Luft (BS Ingenieure Ludwigsburg und Müller-BBM GmbH Gelsenkirchen) wurden in die Kapitel „Mobilität und Verkehr“ sowie „Umwelt und Ökologie“ eingearbeitet. Der Austausch und die Abstimmung zwischen den Themenbereichen erfolgten zwischen Mai und August 2008 durch verschiedene Arbeitsgruppen.

Im Kapitel 1 werden die Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung dargelegt. Im Focus stehen dabei die demographischen Veränderungen, der wirtschaftliche Strukturwandel und die ökologischen Herausforderungen.

Im Kapitel 2 „Schwerpunkte der Diskussion“ sind die zentralen Diskussionsschwerpunkte, die im Rahmen der Klausurtagung des Gemeinderates behandelt werden, benannt.

Das Kapitel 3 „Planungsgrundlagen“ beinhaltet eine Analyse der für die Stadtentwicklung relevanten Themenbereiche. In insgesamt 17 Unterkapiteln werden die jeweilige Ausgangslage beschrieben, laufende Projekte dargestellt, zentrale Fragestellungen formuliert und mögliche Perspektiven dargelegt. Die Schwerpunkte der Diskussion sind am Ende der Kapitel nochmals zusammengefasst und hervorgehoben.

Zwischen Juli und September 2008 hat die KE mit insgesamt 27 ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Baden-Baden so genannte Experteninterviews durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Interviews sind in **Kapitel 4** nach Themen zusammengefasst.

Kommunikation und Partizipation

Im Rahmen der strategischen Entwicklungsplanung Baden-Baden 2020 müssen die Synergien zwischen den unterschiedlichen Akteuren zusammengeführt werden.

Die Bausteine der Beteiligung sind:

- Kommunale Klausurtagungen
- Planungswerkstätten
- Projektgruppe Gemeinderat

Die kommunale Klausurtagung zu möglichen Entwicklungsperspektiven der Stadt Baden-Baden findet am 10. und 11. Oktober 2008 statt. Zu ausgewählten Themen und Projekten sind zwischen Dezember 2008 und Februar 2009 Planungswerkstätten mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern vorgesehen. Die „Projektgruppe Gemeinderat“ begleitet den Planungsprozess ab Dezember 2008.

Strategischer Entwicklungsplan Baden-Baden 2020

Die Ergebnisse aus der Klausurtagung des Gemeinde-

rates und den Planungswerkstätten werden im Strategischen Entwicklungsplan Baden-Baden 2020 zusammengeführt. Im Mittelpunkt des Strategischen Entwicklungsplanes Baden-Baden 2020 stehen so genannte „Leitprojekte“. Sie prägen die künftige Entwicklung von Baden-Baden ganz wesentlich und besitzen in der Regel eine regionale oder überregionale Ausstrahlung.

Auf dieser Grundlage wird ein „Masterplan Baden-Baden“ mit den zentralen Handlungsfeldern und Leitprojekten für die künftige Entwicklung der Stadt Baden-Baden erstellt.

Der Strategische Entwicklungsplan Baden-Baden 2020 beinhaltet unter anderem folgende Bausteine:

- Masterplan
- Rahmenkonzepte
- Leitprojekte und räumliche Schwerpunktbereiche
- Fachplanungen (Siedlung und Freiraum, Wohnen, Wirtschaft und Arbeit, Mobilität und Verkehr, Kultur und Bildung, Freizeit und Sport, Soziales)

Der Strategische Entwicklungsplan Baden-Baden 2020 soll im Entwurf bis April 2009 vorgelegt werden. Die Verabschiedung als Selbstbindungsplan ist für Juni 2009 vorgesehen.

1.3 DEMOGRAPHISCHE VERÄNDERUNGEN

Der demographische Wandel wird mit den Attributen „weniger“, „grauer“ und „bunter“ umschrieben. Gemeint ist damit, dass die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahrzehnten an Einwohnern verlieren wird, zugleich wird die Bevölkerung immer älter, und auch der Anteil an Migrant*innen wird deutlich ansteigen.

Dass sich dieses „weniger an Menschen“ nicht gleichmäßig über die Räume verteilen wird, ist nachvollziehbar. Wirtschaftsstarke Regionen werden später und in geringerem Maße vom Rückgang betroffen sein.

Der Prozess des demographischen Wandels, aber auch damit einhergehende gesellschaftliche Trends – die zunehmende Pluralisierung und Individualisierung – erzeugen neue Haushaltstypen: Alleinlebende und Alleinerziehende, Familien aus unverheirateten Elternteilen und Kindern usw. Die soziale Integration der unterschiedlichen Gruppen in die Stadtgesellschaft hat einen hohen Stellenwert.

Daraus haben sich neue und differenzierte Wohnbedürfnisse und Lebensstile entwickelt, die sehr spezifische Anforderungen an die Stadt und deren Infrastruktur zur Folge haben. Diese Prozesse werden sich durch den demographischen Wandel verstärken.

Trends in Baden-Württemberg

Das Statistische Landesamt hat im Oktober 2006 die Bevölkerungsvorausrechnungen bis zum Jahr 2050 in Baden-Württemberg fortgeschrieben. Dabei wurden die deutlich rückläufigen Wanderungsgewinne der vergangenen vier Jahre, die seit 30 Jahren fehlenden Geburtenzahlen und die kontinuierlich steigende Lebenserwartung zu Grunde gelegt.

Nach diesen Berechnungen wird die Einwohnerzahl des Landes bis zum Jahr 2011 lediglich um rund 30.000 Personen auf knapp 10,8 Millionen Einwohner anwachsen. Der „Motor“ des erwarteten Bevölkerungswachstums sind hauptsächlich Wanderungsgewinne von jährlich 17.000 Personen. Dagegen weist die Bilanz aus Geburten und Sterbefällen Jahr für Jahr mehr Sterbefälle als geborene Kinder auf. Falls die Wanderungsgewinne nicht mehr über 17.000 Personen jahresdurchschnittlich steigen sollten, ist bereits ab 2012 mit einem Rückgang der Einwohnerzahl zu rechnen. Im Jahre 2030 hat das Land mit rund 10,5 Millionen Einwohnern etwa 225.000 Menschen weniger als heute. Bis 2050 liegt die Einwohnerzahl bei knapp 9,7 Millionen, also um eine

Million unter dem heutigen Einwohnerstand.

Bei Nettozuwanderungen von durchschnittlich knapp 30.000 Menschen pro Jahr wird die Einwohnerzahl noch bis 2025 ansteigen und dann zurückgehen. Wenn bis 2025 durchschnittlich fast 30.000 Menschen per Saldo ins Land zuziehen, wird die Einwohnerzahl bis 2025 auf gut 11,1 Millionen zunehmen. Erst danach ist ein allmählicher Bevölkerungsrückgang zu erwarten. Bis zum Jahr 2050 sinkt der Einwohnerstand auf etwa 10,6 Millionen und liegt damit nur leicht unter dem heutigen Stand von 10,7 Millionen. Angesichts des bald sinkenden Zuwanderungspotentials aus Ostdeutschland und der auslaufenden Zuströme von Spätaussiedlern bleibt allerdings abzuwarten, ob das Land in den kommenden 20 Jahren tatsächlich pro Jahr eine Nettozuwanderung von 30.000 Personen aufweisen wird, auch wenn ab 2012 die vollständige Freizügigkeit für die neuen Mitgliedsländer der Europäischen Union gilt.

Mit Beginn des neuen Jahrhunderts gab es Ende 2000 eine historische Zäsur. Erstmals seit Bestehen des Landes lebten hier mehr 60-Jährige und Ältere als unter 20-Jährige. Diese Entwicklung wird künftig fortschreiten und lässt sich in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr umkehren. Aus heutiger Sicht wird der Anteil der unter 20-Jährigen von gegenwärtig 21 Prozent bis 2030 auf 17 Prozent sinken und im Jahre 2050 bei 15 Prozent liegen. Damit nimmt die Zahl junger Menschen von rund 2,3 Millionen bis 2050 um rund 800.000 ab. In einer gegenläufigen Entwicklung wird die Zahl der 60-Jährigen und Älteren von gegenwärtig rund 2,5 Millionen um etwa 1,2 Millionen Menschen bis 2030 ansteigen. Mit 35 Prozent ist dann mehr als ein Drittel der Landesbevölkerung 60 Jahre oder älter. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird sich von gegenwärtig rund 41,4 Jahren auf fast 50 Jahre im Jahre 2050 erhöhen.

Ebenso wird sich die Zahl der hoch betagten Menschen bis zum Jahr 2030 verdoppeln. Während es 1952, als Baden-Württemberg gegründet wurde, rund 15.000 Menschen im Alter von 85 Jahren und älter gab, leben heute knapp 200.000 Hochbetagte im Land. 2030 werden es voraussichtlich 420.000 Personen sein und im Jahr 2050 bis zu 770.000. Wenn die Risiken, im Alter pflegebedürftig zu sein, auch künftig in diesem Ausmaß weiter bestehen, so wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen im Alter von 60 und mehr Jahren nach vorläufigen Berechnungen bis 2030 auf etwa 330.000 Personen erhöhen. Das sind rund 140.000 Pflegebedürftige mehr als Ende 2003.

In Baden-Württemberg leben rund 1,27 Millionen Ausländer. Damit lebt fast jeder sechste in Deutschland wohnende Ausländer im Südwesten. Bezogen auf die gesamte Einwohnerzahl des Landes betrug der Anteil

der ausländischen Bevölkerung Ende 2007 in Baden-Württemberg 11,8 Prozent. Im Jahr 1970 lag der Ausländeranteil noch bei 7,2 Prozent. Damit hat Baden-Württemberg unter den Flächenländern Deutschlands heute den höchsten Ausländeranteil. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 8,8 Prozent.

Bevölkerungsvorausrechnung Baden-Baden

Bei dem KE-Modell der Bevölkerungsvorausrechnung handelt es sich um ein so genanntes Kohortenverfahren. Dies bedeutet, dass ein Folgejahr/Folgezeitraum ausschließlich vom vorausgegangenen Jahr/Zeitraum abhängig ist. Die Bevölkerung jeder Altersklasse des nächsten Jahres geht aus der Bestandsbevölkerung hervor, indem unter Berücksichtigung der Sterblichkeit und der Zu- und Fortzüge die kommenden Altersgruppen ermittelt werden. Hinzu kommen die Geburten, die sich aus den altersspezifischen Geburtenquoten berechnen.

Es werden 16 Altersgruppen betrachtet. Die Prognose basiert auf dem Altersaufbau der Bevölkerung am 31.12.2006 nach den Angaben des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Die Zahl der Geburten errechnet sich aus der Geburtenziffer für das Land Baden-Württemberg (Geburten je 1.000 Frauen nach Altersgruppen). Der Abgleich zwischen den Werten für den Stadtkreis Baden-Baden und dem Land Baden-Württemberg zeigt eine weitgehende Übereinstimmung der Geburtenquoten. Bei den Sterbefällen wird ebenfalls auf die landesweiten Sterbeziffern zurückgegriffen.

Die Vorausrechnung erfolgt anhand unterschiedlicher Wanderungsszenarien. Bei der „natürlichen Entwicklung“ ist die Wanderungsbilanz im Prognosezeitraum ausgeglichen. Zwischen 1990 und 2006 betrug der durchschnittliche Wanderungsgewinn in Baden-Baden 528 Personen pro Jahr. Die „untere Variante“ geht davon aus, dass der Wanderungsgewinn bis 2025 durchschnittlich 300 Personen pro Jahr beträgt. Die „obere Variante“ unterstellt, dass der Wanderungsgewinn durchschnittlich bei 600 Personen pro Jahr liegt.

In das Berechnungsmodell fließen ein:

- Altersaufbau nach Fünfjahresaltersgruppen (31.12.2006).
- Geburtenziffern ermittelt aus dem Geburtenverhalten im Land Baden-Württemberg. Diese werden bis 2025 als konstant angenommen.
- Landesweite Sterbeziffern (2004). Unveränderte

Fortschreibung bis 2025.

Natürliche Entwicklung:

- Ausgeglichener Wanderungssaldo

Untere Wanderungsvariante:

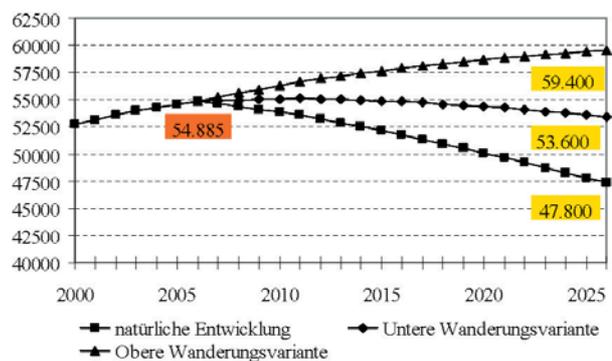
- Wanderungsgewinn 300 p.a.

Obere Wanderungsvariante:

- Wanderungsgewinn 600 p.a.

Auf Grundlage dieser Annahmen ergibt sich für die Einwohnerentwicklung der Stadt Baden-Baden folgendes Bild.

Abbildung: Einwohnervorausrechnung



Quelle: KE; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Betrachtet man nur die natürliche Bevölkerungsentwicklung, werden die Einwohnerzahlen der Stadt Baden-Baden bis 2025 deutlich abnehmen. Es ist mit einem Rückgang um rund 7.100 Personen zu rechnen (Rückgang um rund 14%).

In der „Unteren Wanderungsvariante“ ergibt sich zunächst noch ein leichter Anstieg, langfristig werden die Einwohnerzahlen aber etwas unter das heutige Niveau fallen (leichter Rückgang um rund 3%).

Für die „Obere Wanderungsvariante“ (Wanderungsplus von 600 Personen pro Jahr) ergibt sich ein Bevölkerungswachstum um ca. 4.500 Einwohner bis zum Jahr 2025 (Zuwachs um rund 8%).

1. RAHMENBEDINGUNGEN DER STADTENTWICKLUNG

1.3 DEMOGRAPHISCHE VERÄNDERUNGEN

Tabelle: Zusammenfassung der Ergebnisse und Vergleich mit den Voraussrechnungen des Statistischen Landesamtes

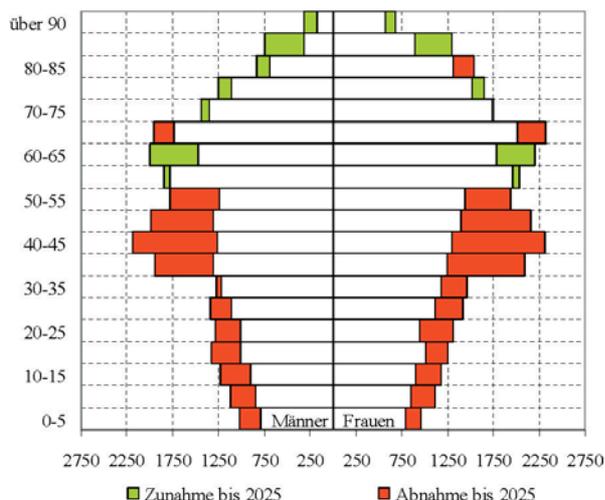
	Einwohner 2025	Veränderungen 2006 - 2025	Anmerkungen
Vorausrechnung KE			
Natürliche Entwicklung	47.800	- 7.100	ohne Wanderungsgewinne
Untere Wanderungsvariante	53.600	- 1.500	Wanderungsgewinn + 300 p.a.
Obere Wanderungsvariante	59.400	+ 4.500	Wanderungsgewinn + 600 p.a.
Vorausrechnung Statistisches Landesamt Baden-Württemberg			
ohne Wanderungen*	46.800	- 8.100	ohne Wanderungsgewinne
mit Wanderungen*	55.500	- 600	Wanderungsgewinn durchschnittlich 468 p.a.

Quelle: KE; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tabelle korrigiert um die Abweichung laut Prognose 2006 und tatsächlicher Einwohnerzahl 2006, bei der natürlichen Entwicklung +700, in der Wanderungsvariante + 100)

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg kommt für die natürliche Bevölkerungsentwicklung zu vergleichbaren Ergebnissen. In der Wanderungsvariante wird ein allmählicher Rückgang des Zuwanderungssaldos von 580 Personen pro Jahr (2006) auf 400 Einwohner pro Jahr (2025) angenommen.

Abbildung: Bevölkerungspyramide Baden-Baden 2025 – natürliche Entwicklung

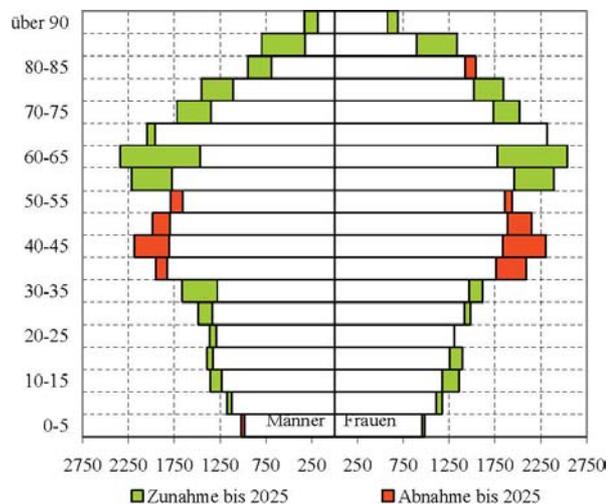


Quelle: KE; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Der demographische Wandel wird besonders im Altersaufbau der Bevölkerung deutlich. Abbildung 2 zeigt die Altersstruktur im Jahr 2025 aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung. Aufgrund des Geburtenrückgangs seit Mitte der 1990er Jahre und dem bereits heute höheren Anteil älterer Bevölkerungsgruppen werden alle Altersgruppen unter 55 Jahren deutlich zurückgehen. Den stärksten Einbruch werden allerdings die heute 35 bis 55-Jährigen, d.h. die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre zu verzeichnen haben. Den zahlenmäßig stärksten Anstieg erfahren die „jungen Senioren“ (55 – 65-Jährige) sowie die Altersgruppen ab 75 Jahren. Die Zuwächse in diesen Altersgruppen sind allerdings vergleichsweise bescheiden, da die Stadt Baden-Baden bereits heute überdurchschnittlich hohe Anteilswerte in diesen Altersgruppen besitzt.

Die Altersstruktur unter Berücksichtigung von Wanderungsgewinnen ist in der unten dargestellten Abbildung abzulesen. Der Rückgang der jüngeren Bevölkerung und der mittleren Altersgruppen sowie der Anstieg bei den über 55-Jährigen werden zwar nicht umgekehrt, aber deutlich abgemildert. In den Altersgruppen unter 35 Jahren könnte sich sogar eine leichte Zunahme einstellen.

Abbildung: Bevölkerungspyramide Baden-Baden 2025 – Obere Wanderungsvariante



Quelle: KE; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

1.4 STRUKTURWANDEL IN DER WIRTSCHAFT

Veränderte Unternehmensstrategien

Nicht nur der Weltmarkt, sondern auch die regionalen Märkte wandeln sich heutzutage stetig. Globalisierungsprozesse beeinflussen neben Großunternehmen auch kleine und mittelständische Unternehmen. Schrumpfende Märkte und ein härterer Wettbewerb bringen viele Unternehmen in eine kritische Lage. Sie müssen feststellen, dass ihre Reaktionszeiten zu langsam und ihre Kosten zu hoch sind. „Optimierung der Geschäftsprozesse“ ist in den Unternehmen zu einer magischen Formel geworden.

Die Verlagerung von Unternehmen oder Unternehmensteilen geschieht recht selten und nur bei erheblichen Unzulänglichkeiten. Innerbetriebliche Beschäftigungsänderungen im Rahmen von Kapazitätsaus- oder -abbau kommen dagegen häufiger vor. Die wirtschaftliche Dynamik zeigt sich auch in zunehmenden Aufkäufen, Beteiligungen, Fusionen, Verkäufen und Kapitalbeteiligungen von Finanzinvestoren.

Dahinter steckt oftmals das Ziel, zu wachsen und die Marktposition zu stärken. Lange galt die Philosophie, dass nur große Unternehmen überleben können. Sie gelten als weitaus wettbewerbsfähiger und erhoffen sich von Zusammenschlüssen zudem zahlreiche Synergieeffekte. Neue Managementkonzepte von Industrieunternehmen zeigen weitere Möglichkeiten auf, den Betrieb zu optimieren. Zu diesen Konzepten gehört, dass sich Unternehmen nicht mehr extrem diversifizieren, um sicher auf vielen Beinen zu stehen, sondern auf das konzentrieren, was sie gut können. Mit anderen Worten gesagt, sie konzentrieren sich auf ihre Kernkompetenzen. Das können eine Branche, einzelne Segmente, ein Segment einer Branche oder einzelne Funktionen, z.B. Schlüsseltechnologien und Endmontage sein. Tätigkeiten und Standorte, die nicht mehr in das Unternehmensprofil passen, werden aufgegeben. Unternehmen, die sich auf ihre Kerngeschäfte konzentrieren, können auf Änderungen des Handlungsrahmens und der Handlungsbedingungen flexibler reagieren und strategische Möglichkeiten besser nutzen. Eine Möglichkeit sich auf Kernkompetenzen zu konzentrieren und schlanker zu werden, ist es Outsourcing zu betreiben. Im Rahmen des Outsourcing werden bestimmte Funktionen wie Marketing, Sicherheitsdienste und ähnliche ausgelagert und in neue eigenständige betriebliche Einheiten eingegliedert. Dadurch entstehen neue kleinere Unternehmen.

Am meisten beeinflussen Veränderungen der vertikalen Beziehungen zwischen den Unternehmen die räumlichen Strukturen. Zu dieser Veränderung der vertikalen Beziehungen zählen die Verringerung der Zahl der Lie-

feranten, aber auch Konzepte, wie die Just – in – Time – Anlieferung.

Neben innerbetrieblichen Umstrukturierungen, beeinflusst die Unternehmensfluktuation (Betriebsaufgaben /-neugründungen) die Wirtschaftsstruktur ganz erheblich. Aufgrund der wirtschaftlichen Belebung seit 2005 kann man fast von einer „Welle“ von Existenzgründungen sprechen, die eine wichtige Zielgruppe der Wirtschaftsförderung sind. Es ist zu beobachten, dass viele Betriebe im Umfeld der großstädtischen Zentren und entlang großer Verkehrsachsen entstehen. In ländlichen Räumen werden dagegen weit weniger Unternehmen gegründet, so dass die Disparitäten zwischen den Wirtschaftszentren und der Peripherie zunehmen.

Konsequenzen für die Regionalentwicklung und Standortpolitik

Nicht nur der Wettbewerb zwischen den Unternehmen wird schärfer, sondern auch die Regionen treten in einen Wettbewerb untereinander, um als attraktiver Standort auf die Unternehmen Eindruck zu machen. Veränderungen in den Unternehmen, technologische Fortschritte und die Erneuerung der Wirtschaftsstruktur durch Neugründungen verlangen nach veränderten Standortbedingungen.

Die ökonomischen Aktivitäten verschieben sich zwischen den Regionen weltweit, aber auch zwischen den Regionen in Deutschland. Diese Prozesse stellen die kommunale Wirtschaftsförderung vor neue Herausforderungen. Eine intensivere Beobachtung der Unternehmensentwicklung ist notwendig, um auf Veränderungen schnell und flexibel reagieren zu können. Besonders globalisierte Unternehmen mit einer Wertschöpfung in mindestens zwei Ländern sind nicht mehr direkt an Handlungsrahmen und die Regelungssysteme eines Landes gebunden und relativ frei in Standort- und Investitionsentscheidungen. Allerdings werden z.B. Arbeitskostenunterschiede oft stark relativiert durch Mängel der Infrastruktur und Produktqualität, sowie durch die Bürokratie. Um als attraktiver Standort für Unternehmen in Frage zu kommen, muss eine Region ein unternehmerfreundliches Wirtschaftsklima schaffen. Eine Politik, die eine attraktive Steuer- und Förderpolitik betreibt und dadurch auch die Standortkosten positiv beeinflusst, ist genauso wichtig wie die Bereitstellung von Gewerbeflächen sowie wirtschaftsnaher Infrastruktur. Es ist darüber hinaus festzustellen, dass qualitative bzw. so genannte weiche Standortfaktoren wichtiger werden, wie z.B. Bildungs-, Qualifizierungs- und Forschungseinrichtungen.

Einzelhandel

Für den innerstädtischen Einzelhandel haben sich die Rahmenbedingungen ebenfalls deutlich verändert. Dazu zählt die zunehmende interkommunale Konkurrenz ebenso wie die Entwicklung von großflächigem Einzelhandel an so genannten „nicht integrierten Standorten“. Des Weiteren haben sich neue Betriebstypen herausgebildet, die, zum Beispiel in Form von Fachdiscountern und Fachmärkten, den traditionellen Einzelhandel zusätzlich unter Druck setzen.

der in der Ferien- und Gesundheitsregion Schwarzwald konnten eine Erholung nach den Einbrüchen der letzten Jahre vermelden.

Tourismus

Der Tourismus gilt auch nach den Anschlägen vom 11. September 2001 weltweit zu den wichtigsten Wachstumsbranchen ist. Das Potential für Arbeitsplätze und Einkommen im Bereich Urlaub, Freizeit und Reisen in Deutschland gilt noch keineswegs als ausgeschöpft. Im Jahr 2007 konnte die Tourismusbranche 361,8 Millionen Übernachtungen verbuchen. Das ist der höchste Wert für das Bundesgebiet seit 1992, dem Jahr der ersten statistischen Erhebungen nach der Wiedervereinigung. Nach den Angaben des Deutschen Tourismusverbandes liegt die Gesamtzahl der Beschäftigten in den unmittelbar und mittelbar dem Tourismus zugeordneten Bereichen (zum Beispiel Einzelhandel und Verkehrsmittel) in Deutschland bei rund 2,8 Millionen. Darin sind auch die Teilzeit- und Saisonarbeitskräfte einbezogen. Der Anteil der vom Tourismus abhängigen Arbeitsplätze an der Gesamtbeschäftigung in Deutschland liegt damit bei 8 Prozent. In Baden-Württemberg spricht man von 200.000 Beschäftigten. In der Querschnittsbranche Tourismus wird jährlich ein Gesamtumsatz in Höhe von rund 150 Milliarden Euro in Deutschland erzielt.

Bei der Betriebsstruktur der Branche zeigt sich ein sehr uneinheitliches Bild. Bei Auslandsreisen gibt es zunehmende Konzentrationsprozesse und wenige, den Markt dominierende große Reiseveranstalter. So können die drei größten Veranstalter fast die Hälfte des gesamten Marktumsatzes für sich verbuchen. Der Deutschlandtourismus ist dagegen von kleinen und mittleren, eigenümergeführten Unternehmen bzw. Familienbetrieben geprägt. Dies gilt vor allem für die ca. 250.000 Hotels, Pensionen und Gaststätten. Wesentliche Veränderungen dieser Struktur sind nicht festzustellen.

Der IHK Freizeitbarometer 2008 stellt fest, dass nach Jahren des Gästerückgangs oder der Stagnation die befragten Thermal- und Heilbäder in Baden-Württemberg das Jahr 2007 mit einem Plus von 4,3 Prozent abgeschlossen haben. Lediglich ein knappes Drittel musste Besucherrückgänge vermelden. Besonders die Heilbä-

1.5 ÖKOLOGISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Als große ökologische Herausforderungen, vor denen wir stehen, gelten heute insbesondere der Klimawandel, der Verlust an Biodiversität und die sich im globalen Maßstab ausbreitende Umweltverschmutzung.

Der **Klimawandel durch Kohlendioxid** ist zwischenzeitlich unbestritten. In den letzten hundert Jahren ist eine weltweite Temperaturerhöhung um 0,7 Grad Celsius eingetreten. Auch Baden-Württemberg ist vom Klimawandel betroffen: Zwischen 1951 und 2000 hat sich die Jahresmitteltemperatur sogar um 1,5 Grad Celsius erhöht. Je nach Region wird bis zum Jahr 2050 mit einem weiteren Temperaturanstieg von bis zu 1,7 Grad Celsius gerechnet. Der ehemalige Chefvolkswirt der Weltbank taxierte die ökonomischen Kosten für unterlassenen Klimaschutz auf 5 bis 20 % des Weltsozialproduktes. Im schlechtesten Falle also auf etwa 6 Billionen Euro pro Jahr. Das ist etwa das Doppelte des deutschen Bruttoinlandsproduktes.

Es ist notwendig den Ausstoß an Treibhausgasen, insbesondere von Kohlendioxid (CO₂), deutlich zu verringern. Diese zentrale umweltpolitische Herausforderung setzt den schonenden Umgang mit den fossilen Energieträgern Kohle, Erdöl und Erdgas und damit den Aufbau einer CO₂-armen Energieversorgung voraus.

Mit dem von 174 Staaten getragenen Kyoto-Protokoll gibt es erstmals eine völkerrechtlich verbindliche Begrenzung des Ausstoßes von Treibhausgasen. Um weitere Verbesserungen im Klimaschutz zu erreichen, hat sich die Bundesregierung für eine Fortsetzung des Kyoto-Prozesses eingesetzt. Gemeinsames Ziel Deutschlands und der EU ist es, bis zum Jahr 2009 die Verhandlungen über ein Kyoto-Folgeabkommen zum Klimaschutz für die Zeit nach 2012 abzuschließen.

Erste Etappe auf dem Weg zu einem neuen Abkommen ist der Europäische Rat im März 2007 in Brüssel gewesen. Dort haben die Staats- und Regierungschefs Europas beschlossen, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu senken. Außerdem wollen die europäischen Staaten bis 2020 die Energieeffizienz um 20 Prozent erhöhen und den Anteil der Biokraftstoffe am EU-Verbrauch von Benzin und Diesel auf mindestens 10 Prozent steigern. In Deutschland soll der CO₂-Ausstoß bis 2020 gegenüber 1990 um 40 Prozent gesenkt werden.

Die Landesregierung hat im Jahr 2005 das neue Klimaschutzkonzept „Klimaschutz 2010- Konzept für Baden-Württemberg“ verabschiedet. Die Schwerpunkte der in dem Konzept vorgestellten Klimaschutzmaßnahmen auf Landesebene konzentrieren sich auf die Bereiche Gebäudesanierung, umweltfreundliche Mobilität, En-

ergieeffizienz in Industrie, Gewerbe und Haushalten, Energieeinsparung in Landesgebäuden, kommunaler Klimaschutz, Ausbau der erneuerbaren Energien sowie Zukunft der Kraft-Wärme-Kopplung. Diese Schwerpunkte werden durch Maßnahmen in den Sektoren Land- und Forstwirtschaft sowie Abfallwirtschaft und in zentralen Querschnittsbereichen wie Kommunikation und Bildung sowie Energieforschung ergänzt (aus: Klimaschutzkonzept „Klimaschutz 2010 - Konzept für Baden-Württemberg“).

Die auf der Erde vorschreitende Zerstörung von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere ist nicht allein ein moralisches Problem. Der **Rückgang der Biodiversität** kann auch erhebliche ökonomische Folgen nach sich ziehen. Wenn zum Beispiel Krankheiten Grundnahrungspflanzen bedrohen, kann nur die genetische Resistenz verwandter Pflanzen Hilfe bringen. Ein Beispiel hierfür ist die Kartoffelfäule, die Mitte des 19. Jahrhunderts sämtliche Kartoffeln in Irland befiel. Gerade weil heute niemand weiß, welche Umwelтанforderungen die Zukunft bereithält, ist der Erhalt der Vielfalt an Pflanzen und Tieren unerlässlich.

Die im Mai 2008 von dem Ökonomen Pavan Sukhdev vorgestellte Studie „Die Ökonomie von Ökosystemen und der Biodiversität“ (The Economics of Ecosystems and Biodiversity – TEEB) zeigt, dass der Rückgang der biologischen Vielfalt weitergehen wird. Im Fall eines „Weiter-So-Szenarios“ wird prognostiziert, dass bis 2050 11% der im Jahr 2000 noch vorhandenen Naturräume verschwunden sein werden und 40% der derzeit noch umweltschonend bewirtschafteten Nutzflächen intensiv genutzt werden.

Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) ist eines der drei völkerrechtlichen Abkommen, die bei der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 zur Unterzeichnung auslagen. Das Übereinkommen trat am 29.12.1993 völkerrechtlich in Kraft. Deutschland ist seit 1994 Vertragspartei.

Das Übereinkommen hat drei übergeordnete Ziele:

- die Erhaltung biologischer Vielfalt,
- eine nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und
- die gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung genetischer Ressourcen

Der Begriff „biologische Vielfalt“ im Sinne des Übereinkommens umfasst drei verschiedene Ebenen:

- die Vielfalt an Ökosystemen,
- die Artenvielfalt und
- die genetische Vielfalt innerhalb von Arten

Im Strategischen Plan der Konvention wurde das Ziel festgelegt, bis 2010 die gegenwärtige Rate des Verlustes an biologischer Vielfalt signifikant zu reduzieren. Dieses Ziel wurde im Umsetzungsplan des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung (WSSD) 2002 in Johannesburg bestätigt. Bisher sind dem Übereinkommen 189 Staaten und die EU als Vertragsparteien beigetreten.

Die 9. UN-Naturschutzkonferenz (Konvention über die biologische Vielfalt) tagte vom 19. bis zum 30. Mai 2008 in Bonn. Das „Bonner Mandat“ sieht einen strengen Fahrplan für die nächsten zwei Jahre vor, um bei der 10. Vertragsstaatenkonferenz in Japan ein so genanntes „Internationales ABS-Regime“ (Reglement über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die gerechte Aufteilung des Nutzens) beschließen zu können.

Weitere Entscheidungen betrafen die Themen

- Illegaler Holzeinschlag
- Meeresschutzgebiete
- Biokraftstoffe
- Gentechnisch veränderte Bäume
- Klimaschutz und Biodiversität
- Künstliche Düngung von Meeresgebieten

(Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)

2. SCHWERPUNKTE DER DISKUSSION

In diesem Kapitel werden die Themen benannt, die im Rahmen der Klausurtagung des Gemeinderates am 10. und 11. Oktober 2008 schwerpunktmäßig behandelt werden. Die Zuordnung der Fragestellungen und Themen entspricht der Gliederung des Arbeitsbuches.

1. REGIONAL UND LANDESPLANUNG

Der Landesentwicklungsplan weist Baden-Baden als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums aus. Die Stadt ist in regionale Kontexte – zum Beispiel Oberrheinrat und Eurodistrikt Region Pamina – eingebunden.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Positionierung Baden-Badens in der Metropolregion/Rolle der Technologieregion
- Konkurrenz der Städte bei der Handels- und Gewerbeentwicklung sowie die Haltung der Stadt Baden-Baden dazu.
- Zielkonflikt zwischen den Entwicklungsperspektiven der Stadt Baden-Baden und der Regionalplanung (Grünzüge, Grünzäsuren).

2. SIEDLUNGSSTRUKTUR UND SIEDLUNGS-ENTWICKLUNG

Die Siedlungsstrukturen der Stadt Baden-Baden werden durch die Topographie des Schwarzwaldes, des Reblandes und der Rheinebene bestimmt.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- "Innenentwicklung vor Außenentwicklung" (Nachverdichtung im Bestand / Siedlungsgebiete auf der grünen Wiese / Qualität des Wachstums).
- Stellenwert der Kernstadt im Verhältnis zu den Stadtteilen (Konsequenzen für den Wohnungsbau und das Gewerbe).
- Grenzen der Siedlungs- und Gewerbeentwicklung (Ausweisung von Tabuflächen).

3. STADTBILD

Die Frage der städtebaulichen und architektonischen Qualität ist für die Stadt Baden-Baden von zentraler Bedeutung.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Baudichte und aufgelockerte Strukturen (Differenzierung nach Lagen).
- Denkmalschutz / Gesamtanlagenschutzsatzung Innenstadt Baden-Baden.
- UNESCO-Weltkulturerbe.
- Bauliche Identität der Stadtteile.
- Gestaltung der Stadteinfahrt B 500.
- Schutz der Hanglagen (Stadtbild, Ökologie, etc.)

4. GRÜN- UND FREIRAUMENTWICKLUNG

Baden-Baden wird neben naturnahen Landschaftsräumen ganz wesentlich durch eine attraktive Kulturlandschaft geprägt. Die Sicherung und Pflege der Kulturlandschaft ist ein wesentliches Ziel zur Erhaltung der Lebensqualität von Baden-Baden für Bewohner und Gäste. Es stellt sich die Frage, welche Kultur- bzw. Naturräume erhalten und ausgebaut werden sollen und wie die hohe landschaftliche Qualität von Baden-Baden angesichts der Siedlungserweiterungen und zunehmenden Nutzungsaufgaben gesichert werden kann.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Alternative Pflegekonzepte/Nutzungskonzepte zur Offenhaltung der Landschaft
- Weinbergslagen
- Naturräume mit Wildnischarakter
- Biotopverbundsystem

5. KURANLAGEN UND STADTGRÜN

Der besondere Charakter Baden-Badens ergibt sich auch aus dem hohen Anteil an Garten- und Parkanlagen.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Entwicklung der Kernzone des Bäderbereichs im Kurort Baden-Baden mit den Handlungsschwerpunkten Florentinerberg, Marktplatz, Friedrichsbad und der Verbindung zum Rotenbachtal.
- Angebote für Kinder und Jugendliche in den öffentlichen Räumen.

6. WOHNEN

Durch die Entwicklung der Cite' hat der Wohnungsmarkt in Baden-Baden entscheidende Impulse erhalten. In Baden-Baden gibt es für die unterschiedlichsten Nachfragegruppen ein breites Spektrum an Wohnungsangeboten. Über den Wohnungsbau werden ganz entscheidend die urbanen Qualitäten bestimmt.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Zukünftige Schwerpunkte der Wohnbauflächenentwicklung ("Kompakte Stadt" / "Stadt der kurzen Wege" - vor den Hintergrund familienfreundliche Stadt / soziale Infrastruktur).
- Umgang mit Vorratsflächen für kurörtliche Einrichtungen (Sonderbauflächen im Flächennutzungsplan).

7. GEWERBE UND DIENSTLEISTUNG

Das Image von Baden-Baden hat als wesentliche Prägung Bad, Kur und Kultur. Baden-Baden hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten jedoch auch zu einem Gewerbestandort entwickelt.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Clusterbildung im Bereich der gewerblichen Entwicklung.
- Gesundheits- und Dienstleistungsstandort Baden-Baden.
- Marketing

8. EINZELHANDEL

Der Einzelhandel in Baden-Baden enthält ein breites Spektrum an Preisdifferenzierung und Lagen. Zur Beurteilung der derzeitigen Situation liegen aktuelle Gutachten vor.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Angebotsstruktur/Zielgruppen in der Innenstadt und in den Stadtteilen (Sicherung der Nahversorgung).
- Sicherung eines hochwertigen Warensortiments in der Innenstadt (Hauseigentümer/Fachhandel).
- Strategische Positionierung gegenüber dem FOC Roppenheim

9. TOURISMUS

Baden-Baden ist eine herausragende touristische Destination in mehrfacher Hinsicht (Bäder-/Kurbereich, Kultur, Hotellerie/Gastronomie).

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Konflikt zwischen den Bedürfnissen des Tagestourismus und des Übernachtungstourismus (Eventorientierung der Tagesgäste und Ruhebedürfnis der Übernachtungsgäste).
- Wellness-, Spa- und Gesundheitsstandort Baden-Baden (von der Diagnostik bis zur Therapie)
- Ansiedlung von Beherbergungsbetrieben
- Kongresslandschaft
- Erlebniswelt des Waldes

10. GESUNDHEITSWESEN

Baden-Baden entwickelt sich zunehmend zu einem Standort, in dem differenzierte Leistungen im Gesundheitswesen (Ärzte, Kliniken, Wellness und Spa) erbracht werden.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Entwicklung Cluster "Gesundheitsstandort" (Angebot, Zielgruppen, Strukturen, Finanzbedarf und Qualität im Gesundheitsbereich).
- Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen (Premium-Marke Baden-Baden)

11. KULTUR

Baden-Baden ist ein herausragender Kulturstandort. Das Angebot richtet sich an die heimische Bevölkerung, an die Region und an ein internationales Publikum. Entsprechend differenziert sind die jeweiligen Zielgruppen und deren Bedürfnisse.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Kulturbereich (Außenwahrnehmung / Ausbaustrategie)
- Kulturinfrastruktur als Voraussetzung für die Identität der heimischen Bevölkerung (Vereine, Volkshochschule, Stadtbibliothek, Musikschule, Theater).

12. MOBILITÄT UND VERKEHR

Die Grenzen der Leistungsfähigkeit sind an Tagen mit publikumsträchtigen Veranstaltungen erreicht. Das städtische Verkehrsnetz und die vorhandenen Parkierungsanlagen bewältigen dieses Verkehrsaufkommen nicht mehr, weitere Projekte (u.a. LA 8, Fabergé, Erweiterung, Kongresshaus) könnten zu einer Steigerung bzw. Anspannung der heutigen Situation führen.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- ruhender Verkehr
- Verkehrsführung
- Verkehrsmittelwahl

13. BILDUNG UND BETREUUNG

Baden-Baden ist ein wichtiger Standort im Bereich Bildung und Betreuung mit regionaler und überregionaler Bedeutung (Familienatlas 2007 Baden-Württemberg

- Prädikat „Familienfreundliche Stadt“). Der Prozess des demographischen Wandels - mit weit reichenden Konsequenzen für den Bereich Bildung und Betreuung - ist in Baden-Baden bereits heute nachzuvollziehen.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Ganztagsschulangebot und Schul-Sozialarbeit.
- Betreuungsangebote für Kinder unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft.

14. SOZIALES

Die Stadt Baden-Baden bietet ein breites Spektrum an Einrichtungen und Initiativen an, die eine Integration der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen ermöglichen. In Zukunft wird es darauf ankommen, bedarfsgerecht die Angebote auszubauen und zu vernetzen.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Angebote für
 - Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
 - Familien, Haushalte mit Kindern/Alleinerziehende und Ältere Menschen (Familienzentrum/Schulsozialarbeit)
 - Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung
- Bürgerschaftliches Engagement (Tafelladen, Mentorenprogramm „Zukunftsscout“, etc.)

15. FREIZEIT UND SPORT

Die Stadt Baden-Baden verfügt über ein differenziertes Angebot im Bereich Freizeit, Sport und Vereinsförderung.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Sportstätten

16. ENERGIE-, VER- UND ENTSORGUNG

Angesichts steigender Energiepreise, rückläufiger Ressourcen an fossilen Energieträgern und des fortschreitenden Klimawandels infolge von CO₂ - Immissionen stellt sich die Frage, wie der Anteil regenerativer Energien und die Energieeffizienz erhöht werden können.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Erneuerbare Energien (z. B. Geothermie, Biomasse, solare Strahlungsenergie, Umgebungs-, Wärme- und Wasserkraft, Windkraft)
- Energieberatung

17. UMWELT UND ÖKOLOGIE

Luft

Vor dem Hintergrund der gesetzlich verankerten Immissionswerte (Grenzwerte) gemäß 22. BImSchV bzw. TA Luft ist die Belastung durch Luftschadstoffe in Baden-Baden flächenhaft als gering und nur an einzelnen Belastungsschwerpunkten als moderat zu bewerten. Über die gesetzlichen Anforderungen hinaus steht Baden-Baden als Premiummarke“ der Heil- und Kurbäder und prädikatisiertes Heilbad mit der Indikation Atemwegserkrankungen dafür, die höheren Anforderungen an die Luftqualität dauerhaft zu erhalten. Dies ist ein bedeutender Imagefaktor für Baden-Baden. Im Hinblick auf diesen höheren Standard sind die Grenzen der Belastbarkeit punktuell erreicht.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Luftschadstoffbelastung

Lärm

Im Rahmen der Lärmaktionsplanung sind Grenzwertüberschreitungen nach BImSchVO an bestimmten Punkten (hotspots) nachgewiesen worden. Die Lärmsituation in diesen Bereichen kann psychische und physische Belastungen für die Bewohner und Gäste mit sich bringen.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- aktive / passive Lärmschutzmaßnahmen

Wasser/Boden

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Ressourcenschutz Wasser/Boden

3. PLANUNGSGRUNDLAGEN

3.1 REGIONAL - UND LANDESPLANUNG

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Grundzüge der regionalen Siedlungsplanung werden seit 1971 maßgeblich durch die Landesentwicklungsplanung bestimmt, die über die Regionalplanung weiter konkretisiert wird. Die Ziele der Raumordnung sind nach § 1 Abs. 4 BauGB im Rahmen der Bauleitplanung zu beachten.

Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg

Der Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg (LEP) ist die Leitschnur für die räumliche Entwicklung des Landes und wurde zuletzt im Jahr 2002 verabschiedet. Er stellt das Gesamtkonzept für die räumliche Ordnung und Entwicklung des Landes dar und legt im Rahmen der bundes- und landesrechtlichen Regelungen die Ziele und Grundsätze der Raumordnung für die Landesentwicklung sowie für die Abstimmung und Koordination raumbedeutender Planungen fest.

Für die kommunale Entwicklungsplanung sind in erster Linie folgende landesplanerische Vorgaben von Bedeutung:

- Zentrale Orte
- Raumordnungskategorien
- Funktionszuweisungen
- Ausweisungen von Achsen
- Ausweisung spezifischer Raumkategorien.

Baden-Baden wird im Landesentwicklungsplan der Randzone um den Verdichtungsraum Karlsruhe zugeordnet. Die Siedlungsentwicklung in den Randzonen der Verdichtungsräume soll sich an den Entwicklungsachsen orientieren und in Siedlungsbereichen und Siedlungsschwerpunkten mit guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und einem Anschluss an das überörtliche Straßennetz konzentrieren (LEP, Z 2.3.1.1). Baden-Baden ist als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums in den Bereichen Tourismus (Kur- und Bäderwesen), Kultur, Kongresse und Medien dargestellt (LEP, Z 2.5.8). Dabei soll eine enge Abstimmung mit dem Oberzentrum Karlsruhe und benachbarten Mittelzentren erfolgen.

Dem Mittelbereich (Verflechtungsbereich) von Baden-

Baden werden neben den Stadtteilen von Baden-Baden die Nachbargemeinden Sinzheim und Hügelsheim zugeschlagen. Darüber hinaus sind die grenzüberschreitenden Verflechtungen mit dem Elsass zu beachten.

Baden-Baden liegt zum Teil an der landesbedeutsamen Entwicklungsachse, die im Rheintal von Mannheim über Karlsruhe nach Freiburg und Lörrach führt. Sie dient dem großräumigen Leistungsaustausch innerhalb des Landes und über die Landesgrenzen hinweg (LEP, Z 2.6.2).

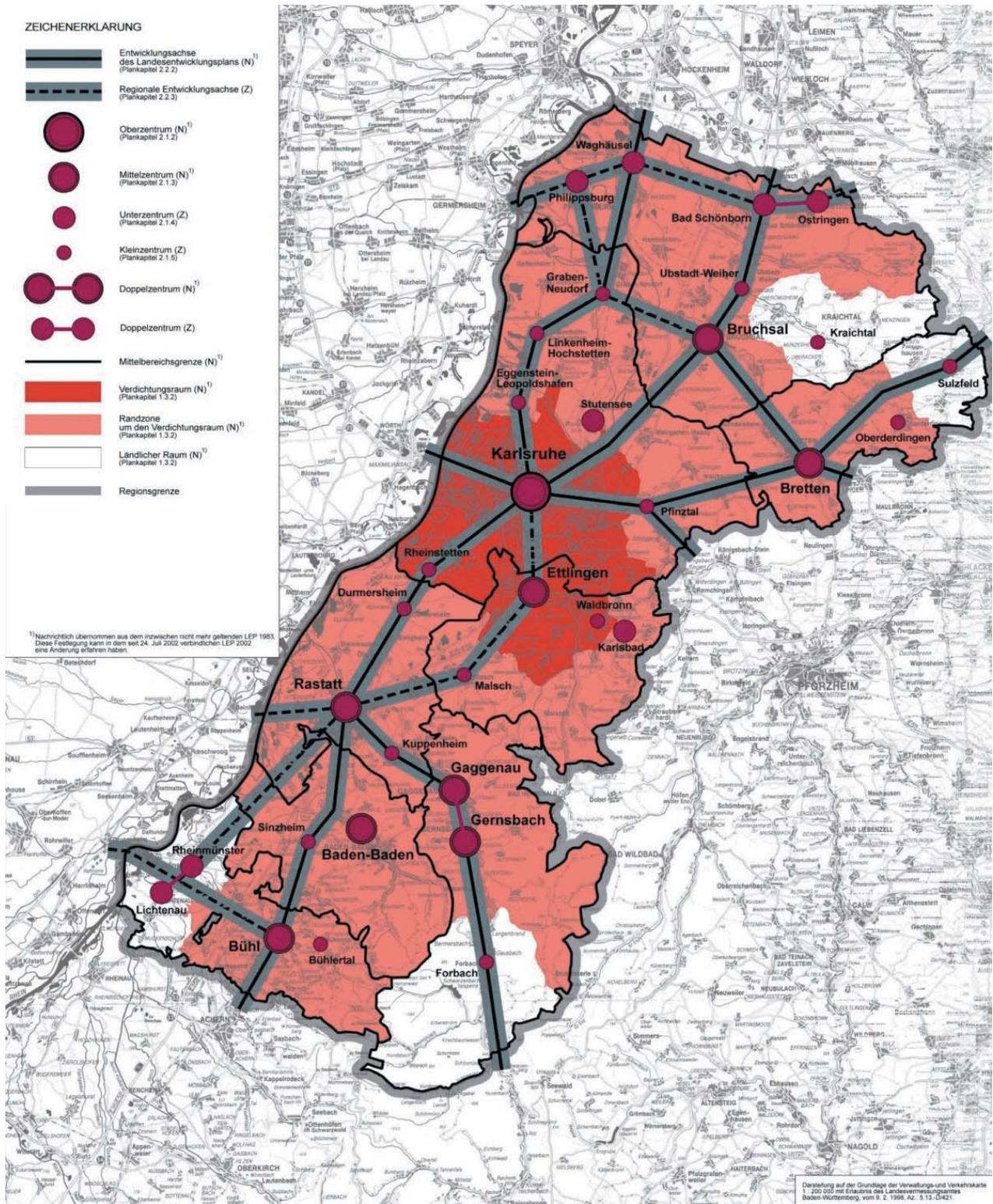
Regionalplan Mittlerer Oberrhein

Der Regionalplan für die Region Mittlerer Oberrhein (RMO) ist im Jahr 2003 in Kraft getreten. Er konkretisiert die Aussagen des Landesentwicklungsplanes auf der Ebene der Planungsregion Mittlerer Oberrhein. Aufgabe ist die fachübergreifende und überörtliche räumliche Planung und Koordination auf regionaler Ebene. Neben der regionalen Differenzierung der oben genannten Elemente beinhaltet der Regionalplan Festlegungen für:

- Siedlungsbereiche
- Bauflächenbedarf
- Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen
- Regionale Grünzüge und Grünzäsuren
- Schutzbedürftige Bereiche für Naturschutz und Landschaftspflege
- Schutzbedürftige Bereiche für Landwirtschaft
- Schutzbedürftige Bereiche für Forstwirtschaft
- Schutzbedürftige Bereiche für Erholung
- Schutzbedürftige Bereiche für den vorbeugenden Hochwasserschutz
- Schutzbedürftige Bereiche für oberflächennahe Rohstoffe
- Bereiche für Trassen und Infrastrukturvorhaben

Die Verbindlichkeit des Regionalplanes umfasst die mit „Z“ gekennzeichneten Ziele und die mit „G“ gekennzeichneten Grundsätze im Textteil und im Planteil des Regionalplanes. Die nachrichtlichen Übernahmen („N“) und mit „V“ gekennzeichneten Vorschläge im Textteil,

Karte: Regionalplan Mittlerer Oberrhein / Struktur



Quelle: www.region-karlsruhe.de

in der Raumnutzungskarte und in der Strukturkarte sind von der Verbindlichkeit ausgenommen.

Die Kernstadt von Baden-Baden ist als Siedlungsbereich außerhalb einer Entwicklungsachse ausgewiesen. Sie dient der über die Eigenentwicklung hinausgehenden Siedlungstätigkeit (RP, N 2.3.1). Mit der Entwicklung der Cité wurde in Baden-Baden ein solcher Schwerpunkt geschaffen. Hinsichtlich des Bauflächenbedarfs wird festgehalten, dass in den Ortsteilen ohne Schwerpunktfunktion bei der Flächenermittlung keine Wanderungsgewinne berücksichtigt werden. In den Siedlungsbereichen ist die Ausweisung von Bauflächen zur Errichtung neuer Wohn- und Arbeitsstätten für den aus der Eigenentwicklung und den aus Wanderungsgewinnen sich ergebenden Bedarf vorzusehen (RP Z 2.4.2). Zur Flächenberechnung wird für Siedlungsbereiche in Mittelzentren 80 Einwohner je Hektar und für sonstige Siedlungsbereiche 60 Einwohner je Hektar angegeben.

Die Bevölkerungsvorausrechnung im Regionalplan prognostiziert für Baden-Baden einen Einwohnerzuwachs von 52.836 (30.9.2000) auf 53.387 Einwohner bis zum Jahr 2010. Daraus errechnet sich zwischen 2000 und 2010 ein Gesamtwohnungsbedarf von rund 1.130 Wohneinheiten. Pro Jahr müssten dazu rund 110 Wohneinheiten realisiert werden. Diese Prognosewerte wurden bis 2007 deutlich überboten, pro Jahr wurden seit dem Jahr 2000 im Durchschnitt rund 135 Wohnungen realisiert. Die Einwohnerzahl wurde ebenfalls wesentlich übertroffen; sie lag Ende des Jahres 2007 bereits bei 54.853 Einwohnern.

Als Schwerpunkte für Industrie, Gewerbe und gewerblich orientierte Dienstleistungseinrichtungen sind in Baden-Baden die Stadtteile Oos und Steinbach (West) ausgewiesen. Die Ausweisung dient der Sicherstellung geeigneter Standorte für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbebetrieben. Mit dem Gewerbepark Bollgraben im Stadtteil Steinbach (Größe ca. 13 ha, das Umlenungsverfahren ist eingeleitet) und dem Gewerbepark Oos West (35 ha, unmittelbar an der neuen B 3 gelegen) wurden entsprechende Schwerpunkte geschaffen.

Auf Gemarkung Baden-Baden sind folgende Grünzäsuren - Freiräume zur Verhinderung bandartiger Siedlungsentwicklungen - dargestellt:

- Haueneberstein/Sandweier: Produktionsfläche für Aussiedler, Hochwasserretention, Biotopschutz
- Sandweier/Baden-Oos: Luftaustausch, städtebauliche Zäsur
- Baden-Baden/Balg: Luftaustausch, ortnahe Erho-

lung

- Baden-Oos/Sinzheim: Hangwind-System, gute Böden, Schutz der Sonderkulturen

Der überwiegende Teil der Gemarkungsfläche Baden-Badens ist als regionaler Grünzug dargestellt. Regionale Grünzüge sollen Ausgleichsfunktionen für die besiedelte Fläche übernehmen; sie sind als großflächige, zusammenhängende Teile der freien Landschaft für ökologische Funktionen oder für Freiraumnutzungen einschließlich der Erholung zu erhalten (RP Z 3.2.2).

Schutzbedürftige Bereiche für die Erholung sind die Vorbergzonen zwischen Haueneberstein und Baden-Oos sowie zwischen Varnhalt und Neuweier und die stadtnah gelegenen Talräume des Oosbaches/Grobbaches und Waldflächen. Diese Gebiete, die aufgrund ihrer günstigen verkehrlichen Erschließung für die Erholung besonders geeignet sind, sollen für verschiedene Funktionen (Spazieren gehen, Lagern, Spiel, Sport, Baden, Surfen etc.) in ihrem Bestand gesichert und qualitativ ausgebaut werden (PR Z 3.3.4.2).

Als überschwemmungsgefährdet gilt der komplette Talbereich zwischen Sandweier und Steinbach. Dort sollen die Nutzungen in den betroffenen Flächen entlang der Gewässer an die Hochwassergefahr angepasst werden (RP V 3.3.5.4).

Oberrheinrat

Der Oberrheinrat ist die politische grenzüberschreitende Instanz zur gegenseitigen Information und politischen Absprache. Er wurzelt in der „deutsch-französischen Arbeitsgruppe der „Gewählten“ (1976 - 1991), die gegründet wurde, um die Arbeiten der Oberrheinkonferenz auf politischer Ebene zu begleiten. Weitere Schritte waren die „Permanente Begegnungen“ zwischen dem Regionalrat Elsass und dem Landtag von Baden-Württemberg“ (1991 - 1996). Der Oberrheinrat wurde schließlich am 16. Dezember 1997 in Baden-Baden ins Leben gerufen. Seine konstituierende Sitzung fand am 23. April 1998 im Europäischen Parlament in Strassburg statt.

Die Hauptziele des Oberrheinrates entsprechend dessen Gründungsvereinbarung sind:

- Entwicklung und Vertiefung des Austauschs im Bereich der politischen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit;
- Unterstützung sämtlicher Initiativen zur Entwick-

Karte: Mandatsgebiet Oberrheinkonferenz



Quelle: www.e-alsace.net

lung von grenzüberschreitenden Projekten auf Regional- und Kommunalebene;

- Beitrag zur harmonischen und kohärenten Entwicklung des Oberrheins;
- politische Begleitung der Arbeiten der Oberrheinkonferenz.

Der Oberrheinrat deckt den gesamten Oberrhein ab. Dieses Gebiet setzt sich wie folgt zusammen (siehe Karte Mandatsgebiet der Oberrheinkonferenz):

- in Frankreich: die Region Elsass
- in Baden-Württemberg: die Regionen Mittlerer Oberrhein, Südlicher Oberrhein, die Landkreise Lörrach und Waldshut
- in Rheinland-Pfalz: die Region Südpfalz mit den Landkreisen Südliche Weinstraße und Germersheim, die Stadt Landau und die Gemeinden Dahn und Hauenstein
- in der Nordwestschweiz: die Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn und Jura

Die Länder Frankreich, Deutschland und die Schweiz, gegliedert in 4 Delegationen, d.h. Elsass, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und die Nordwestschweiz, bilden den Oberrheinrat. Der Oberrheinrat zählt 71 Mitglieder und vereint gewählte Vertreter sämtlicher politischer Ebenen der 4 Delegationen (Quelle: www.sites.region-alsace.fr).

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein stützt sich auf fünf Pfeiler:

- den Oberrheinrat: grenzüberschreitende politische Absprache zwischen den Gewählten des Oberrheins
- die Oberrheinkonferenz: Kooperation zwischen staatlichen Behörden
- die Dreiländer-Kongresse: der alle zwei Jahre veranstaltete Kongress dient zur Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit zwischen den Akteuren
- die Arbeitsgemeinschaften Pamina, Mitte und TriRhena: lokale Kooperationsstrukturen

- die INTERREG-Programme Pamina und Mitte-Süd: Realisierung grenzüberschreitender Projekte mit finanzieller Unterstützung der europäischen Union

Oberrheinkonferenz

Die deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz bildet den institutionellen Rahmen der grenzüberschreitenden regionalen Zusammenarbeit im Oberrheingebiet. Hauptaufgabe der Oberrheinkonferenz ist es, grenzüberschreitende Fragestellungen aufzugreifen und Lösungen zuzuführen.

Rund 600 Experten aus den deutschen, französischen und schweizerischen Fachverwaltungen arbeiten kontinuierlich an diesem gemeinsamen Projekt zusammen.

Die Entwicklung der Oberrheinkonferenz geht auf den europäischen Integrationsprozess zurück. Auf die Einheitliche Europäische Akte (1987) folgte die Reform der Strukturfonds und die Neuausrichtung des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Seit 1990 spielt die Gemeinschaftsinitiative INTERREG eine entscheidende Rolle für die Tätigkeiten der Oberrheinkonferenz. Zahlreiche Projekte konnten seither im Rahmen der Programme INTERREG I, INTERREG II und INTERREG III realisiert werden. Damit hat sich die Oberrheinkonferenz als das zentrale grenzüberschreitende Informations- und Koordinationsgremium am Oberrhein festigen und zu einem Ideen- und Projektpool entwickeln können.

Die Oberrheinkonferenz setzt sich mit ihren 9 Arbeitsgruppen – u.a. der Klimaschutz-Kommission, der Gruppe Sport am Oberrhein, -dafür ein, das Zusammenleben der Bürger aus der Südpfalz, aus Baden, dem Elsass und der Nordwestschweiz zu erleichtern und zu bereichern. Die Oberrheinkonferenz und ihre verschiedenen Arbeitsorgane tauschen sich regelmäßig mit dem Oberrheinrat sowie weiteren grenzüberschreitenden Akteuren am Oberrhein aus.

Ziel ist es, den Oberrheinraum zu einem grenzüberschreitenden Modell für Europa weiterzuentwickeln.

Die Oberrheinkonferenz ist staatsvertraglich verankert und stellt über die deutsch-französisch-schweizerische Regierungskommission die Verbindung zu den nationalen Regierungen her (Quelle: www.oberrheinkonferenz.de).

Regio Pamina

Die transnationale Abstimmung auf regionaler Ebene erfolgt im Rahmen der Regio Pamina. Die Regio Pamina ist ein kommunaler, deutsch-französischer Zweckverband in der Pfalz in Baden und im Elsass. Der Name Pamina ist ein Kunstwort und setzt sich zusammen aus Palatinat du Sud (Südpfalz), Mittlerer Oberrhein und Nord Alsace. Am 22. Januar 2003 wurde die Gründung des grenzüberschreitenden Zweckverbandes unterzeichnet. Baden-Baden ist neben den Stadt- und Landkreisen der Regionen Rhein-Neckar und Mittlerer Oberrhein und der Région Alsace Mitglied im Zweckverband.

Der Zweckverband REGIO PAMINA hat das Ziel, die örtliche und regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu unterstützen und zu koordinieren. Darüber hinaus sollen Projekte umgesetzt und durchgeführt werden. Zum Hauptgeschäft des Zweckverbandes zählen Initiativen zur Raumentwicklung, der INFOBEST-Service (Information und Beratung zu grenzübergreifenden Fragen), die Umsetzung des Programms INTERREGIO-PAMINA sowie ein touristischer Informationsdienst (Vis-à-Vis).

Am 23. Juni 2008 hat die Verbandsversammlung eine Umbenennung des grenzüberschreitenden Zweckverbandes REGIO PAMINA in EURODISTRICT REGIO PAMINA beschlossen. Der EURODISTRICT REGIO PAMINA vervollständigt damit das Netzwerk der Eurodistrikte am Oberrhein (Trinationaler Eurodistrict Basel, Eurodistrict Strasbourg-Ortenau und Eurodistrict Region Freiburg/Centre Sud Alsace).

Karte: Regio Pamina



Quelle: Eurodistrict Regio Pamina

Trinationale Europäische Metropolregion Oberrhein

Mit den insgesamt bestehenden elf Metropolregionen in Deutschland ist das Konzept der deutschen Metropolregionen nach Aussage des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung funktionsfähig und grundsätzlich auch abgeschlossen.

Der Bund wird aber zusätzlich zur Anerkennung von Europäischen Metropolregionen so genannte „grenzüberschreitende metropolitane Verflechtungsräume“ und als solchen auch den Oberrheinraum als „Trinationale Europäische Metropolregion“ unterstützen und anerkennen, wenn die Partner am Oberrhein sich organisatorisch neu ausrichten.

Vor diesem Hintergrund wurde mit dem 10. Dreiländerkongress am 9. Februar 2006 am Oberrhein im Bereich des Mandatgebietes der Oberrheinkonferenz ein Prozess in die Wege geleitet, der die jahrzehntelange, den Rhein übergreifende Zusammenarbeit unter dem Motto „Die gemeinsamen Stärken stärken und nutzen“ weiter intensivieren und mit der Schaffung einer „Trinationalen Europäischen Metropolregion Oberrhein“ auf eine neue Ebene stellen will. Das Land unterstützt diesen Prozeß, stellt jedoch klar, dass die betreffenden Räume sich selbst als Metropolregion positionieren müssen.

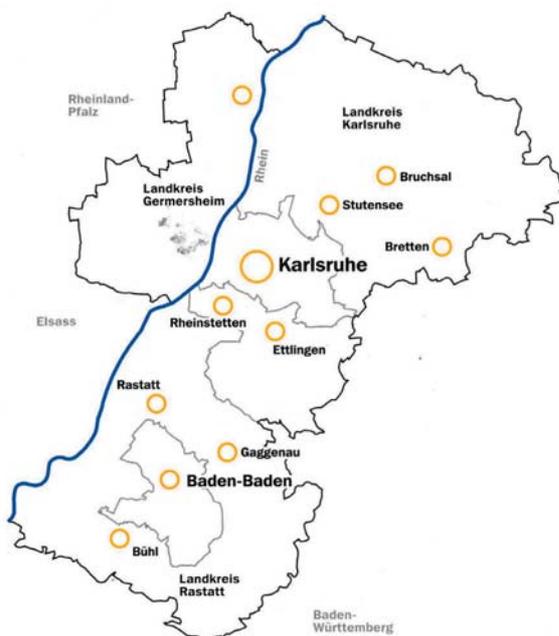
Unter der Federführung der IHK Südlicher Oberrhein hat sich deshalb im Jahr 2006 eine Initiativgruppe gebildet, in der die IHK Hochrhein-Bodensee, die Regionalverbände Mittlerer Oberrhein, Südlicher Oberrhein, Hochrhein Bodensee, die Région Alsace, die CRCI Alsace, die Region Basel, die Handelskammer Basel sowie das oberrheinische Städtenetz vertreten sind. Neben den Städten Freiburg, Lörrach, Offenburg, Karlsruhe ist auch Baden-Baden in diesem Städtenetz organisiert. Die Initiativgruppe hatte die Aufgabe, künftige Leitbilder zu entwickeln und zusammen mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft den Oberrhein als grenzüberschreitende Metropolregion zu etablieren und sich als Einheit im Wettbewerb der Regionen zu stellen. Diese Zielsetzung ist als Leitbild Grundlage einer Ad-hoc-Gruppe „Trinationale Metropolregion Oberrhein“ der Oberrheinkonferenz, die seit Oktober 2007 wieder die Federführung im Metropolregionen-Prozess an sich genommen hat.

Die Vorteile einer Anerkennung des Oberrheins als „Trinationale Europäische Metropolregion“ sind derzeit nur bedingt abzuschätzen. Dies gilt auch für die Auswirkungen des Status „Europäische Metropolregion“ sowohl auf Bundes- wie auf EU-Ebene. Auch sie sind nach wie vor weitgehend unklar.

TechnologieRegion Karlsruhe

Die TechnologieRegion Karlsruhe GdbR (TRK) wurde 1987 als Gesellschaft des bürgerlichen Rechts gegründet. Gesellschafter sind die Städte Baden-Baden, Bretten, Bruchsal, Bühl, Ettlingen, Gaggenau, Karlsruhe, Rastatt und Stutensee sowie die Landkreise Karlsruhe und Rastatt und der Regionalverband Mittlerer Oberrhein. Die TRK Karlsruhe ist damit in ihrer räumlichen Ausdehnung deckungsgleich mit der Planungsregion Mittlerer Oberrhein

Karte: TechnologieRegion Karlsruhe



Quelle: TechnologieRegion Karlsruhe

Die Geschäftsführung der TechnologieRegion Karlsruhe GdbR obliegt der IHK Karlsruhe, Regionalverband Mittlerer Oberrhein und Stadt Karlsruhe. Organe der TRK sind die Gesellschafterversammlung, die Regionalkonferenz sowie untergeordnete Arbeitskreise. Die Gesellschafterversammlung besteht aus je einem Vertreter der Gesellschafter sowie je vier Vertreter aus der Wirtschaft und den öffentlich grundfinanzierten Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen. Ziel der TRK ist die Ansiedlung und Unterstützung von technologieorientierten Unternehmen. Dazu soll die TRK als Koordinations- und Planungsgremium für eine innovationsorientierte Regionalentwicklung beitragen.

Als wichtigstes Aufgabenfeld sieht die TRK die Wirtschaftsförderung. Dabei stehen besonders die direkte und indirekte Förderung von technologieorientierten Unternehmen, die Förderung eines wirtschafts- und innovationsfreundigen Klimas sowie die Ausnutzung der regionalen Know-how-potenziale im Vordergrund. Weitere wichtige Aufgabenfelder sind die Koordination der vielfältigen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen und das Regionalmarketing, mit dem auf einen überregionalen Werbeeffect abgezielt wird.

Folgende Schwerpunkte zeichnen sich ab:

- Förderung des Austauschs zwischen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen.
- Abstimmung der kommunalen/regionalen Wirtschaftsförderung.
- Regionalmarketing: Der Begriff „Technologieregion Karlsruhe“ ist eingeführt und überregional bekannt.
- Regionalpolitik: Initiierung und Begleitung regionaler Leitprojekte (z.B. Baden Airpark, Bankenfusion, Senderfusion, Messe, Naturkundemuseum).

Die Kooperation der TRK mit der Wirtschaft erfolgt zum einen direkt über Beratung und Beteiligung und zum anderen über die zuständigen Einrichtungen der beteiligten Kommunen, Landkreise und der IHK. Vier Mitglieder der Gesellschafterversammlung werden von der Wirtschaft gestellt. Darüber hinaus erfolgt seitens der Wirtschaft die Beratung der TRK.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Es stellt sich die Frage, wie die großflächige Einzelhandelsentwicklung nach den Vorgaben des Einzelhandelserlasses auf die zentralen Orte in der Region gelenkt werden kann.*
- *Die Flächenentwicklung der Stadt Baden-Baden für Wohnen und Gewerbe ist unter anderem aufgrund regionalplanerischer Festsetzungen (bspw. durch Grünzüge und Grünzäsuren) außerordentlich eingeschränkt. Es stellt sich die Frage, wie die daraus resultierenden Zielkonflikte mit der Regionalplanung überwunden werden können.*

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg – LEP 2002 -. Stuttgart. 2002.
- Regionalverband Mittlerer Oberrhein (Hrsg.): Regionalplan Mittlerer Oberrhein 2003. Karlsruhe. 2003.
- www.oberrheinkonferenz.org,
- www.sites.region-alsace.fr
- Technologie Region Karlsruhe

SCHWERPUNKTE DER DISKUSSION

Der Landesentwicklungsplan weist Baden-Baden als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums aus. Die Stadt ist in regionale Kontexte – zum Beispiel Oberrheinrat und Eurodistrikt Region Pamina – eingebunden.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Positionierung Baden-Badens in der Metropolregion/Rolle der Technologieregion
- Konkurrenz der Städte bei der Handels- und Gewerbeentwicklung sowie die Haltung der Stadt Baden-Baden dazu.
- Zielkonflikt zwischen den Entwicklungsperspektiven der Stadt Baden-Baden und der Regionalplanung (Grünzüge, Grünzäsuren).

3.2 SIEDLUNGSSTRUKTUR UND -ENTWICKLUNG

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Ende 2007 bezifferte sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Baden-Württemberg auf 497.400 Hektar (ha). Dies entspricht einem Anteil von 13,9 Prozent an der gesamten Landesfläche (3,5 Millionen ha). Davon entfallen 194.100 ha oder knapp 40 Prozent auf Verkehrsflächen, d. h. Flächen für Straßen, Wege, Plätze, den Schienen- und Luftverkehr. Bei 266.300 ha oder 53,5 Prozent handelt es sich um Gebäude- und Freifläche, bei weiteren 29.300 ha (5,9 Prozent) um Erholungsfläche. Es ist allerdings zu beachten, dass die Siedlungs- und Verkehrsfläche in erheblichem Umfang auch Grün- und Freiflächen umfasst. Flächenverbrauch ist demnach nicht mit Versiegelung – also dem teilweise oder vollständigen Abdichten offener Böden – gleich zu setzen. Nach Schätzungen des Statistischen Landesamtes sind landesweit in Baden-Württemberg knapp die Hälfte der Siedlungs- und Verkehrsfläche, also etwa 230.000 ha oder 6,4 Prozent der Landesfläche, tatsächlich versiegelt.

In der der Region Mittlerer Oberrhein beträgt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen rund 18 Prozent und im Stadtkreis Baden-Baden sind es 14,5 Prozent. Baden-Baden weist dabei den niedrigsten Wert aller Stadtkreise in Baden-Württemberg auf.

Im Kalenderjahr 2007 wurde die Siedlungs- und Verkehrsfläche im Land um 3.800 ha oder 0,8 Prozent ausgedehnt. Dies entspricht einer Größenordnung von rund 5.400 Fußballfeldern. Rein rechnerisch bedeutet dies für 2007 eine tägliche Flächeninanspruchnahme für Baumaßnahmen in den Bereichen Wohnen, Gewerbe und Industrie, Straßen, etc. von 10,3 ha.

Das Statistische Landesamt hat auf der Grundlage von Auswertungen des amtlichen Liegenschaftskatasters zum Stand 31. Dezember 2007 festgestellt, dass die täglichen Zuwachsraten der Siedlungs- und Verkehrsfläche seit Ende der 1990er-Jahre rückläufig waren. 2006 war dagegen erstmals wieder ein leichter Anstieg des Flächenverbrauchs zu verzeichnen, der sich 2007 fortsetzte. Damit bestätigt sich die bereits früher geäußerte Auffassung, dass von der derzeitigen positiven Konjunktorentwicklung eher wieder stimulierende Effekte auf den Flächenverbrauch ausgehen.

Der Schwerpunkt der Baumaßnahmen lag wiederum vorrangig bei der Gebäude- und Freifläche (2.113 ha; +0,8 Prozent) und weniger bei den Verkehrsflächen (732 ha, +0,4 Prozent). Die Erholungsfläche, die sich

jeweils zur Hälfte aus Sportflächen und Grünanlagen zusammensetzt, wurde um 901 ha oder 3,2 Prozent ausgedehnt. Die langjährige Betrachtung zeigt seit dem Jahrtausendwechsel allerdings bei der Gebäude- und Freifläche tendenziell sinkende jährliche Zuwachsraten, bei der Erholungsfläche dagegen steigende. Der Flächenverbrauch für Verkehrszwecke ist in seiner Entwicklung schwankend. Viel hängt hier davon ab, in welchem Umfang Zuschüsse aus Berlin und Brüssel fließen. Und nicht zuletzt dürfte der Zeitpunkt, wann Großprojekte ihren Niederschlag im Kataster und damit im statistischen Zahlenwerk finden, großen Einfluss haben.

Abbildung: täglicher Flächenverbrauch



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg geht davon aus, dass unter Status-quo-Bedingungen bis 2010 täglich zwischen 11,9 bis 13,5 Hektar und von 2010 bis 2015 täglich zwischen 8,0 und 13,0 Hektar als Siedlungs- und Verkehrsfläche benötigt werden (Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 3/2006).

Die Eindämmung des Siedlungsflächenwachstums ist eine wesentliche Zielsetzung des Bundes und des Landes Baden-Württemberg. Im umweltpolitischen Schwerpunktprogramm aus dem Jahr 1998 wurde beispielsweise das Ziel vorgegeben, den täglichen Flächenverbrauch bis zum Jahre 2020 bundesweit auf 30 ha zu beschränken. Im Vergleich zum Referenzzeitraum 1997/2000, in dem in Deutschland durchschnittlich 120 ha pro Tag verbraucht wurden, bedeutet dies eine Reduzierung auf ein Viertel des Ausgangsniveaus.

Die Forderung, die Zunahmerate der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf ein Viertel zu reduzieren, würde für Baden-Württemberg bedeuten, dass statt 12 ha/Tag im Zeitraum 1997/2000 künftig landesweit nur noch

eine Fläche von 3 ha/Tag für Zwecke von Siedlung und Verkehr herangezogen werden dürften. Auf kommunaler Ebene entspräche dies im Schnitt einem Wert von knapp einem Hektar je Gemeinde und Jahr.

Nach dem Umweltplan strebt das Land Baden-Württemberg an, die Inanspruchnahme bislang unbebauter Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke bis 2010 auf 8 ha/Tag ab 2005, und von 2010-2015 auf 6 ha/Tag zu reduzieren. Im November 2007 hat die Landesregierung ein Strategieprogramm zur Reduzierung des Flächenverbrauchs verabschiedet. Das Strategieprogramm beinhaltet unter anderem folgende Elemente:

- Aktionsbündnis „Flächen gewinnen in Baden-Württemberg“
- Öffentlichkeitskampagne
- Änderung des Landesplanungsgesetzes
- Steuerung der Siedlungsentwicklung in Regionalplänen
- Harmonisierung der Fördermaßnahmen
- Förderung im Rahmen des ELR
- Reform der Grundsteuer

Zur Reduzierung des Flächenverbrauchs und zur Förderung der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung ist am 1. Januar 2007 das Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte in Kraft getreten. Mit ihm sind das Baugesetzbuch (BauGB) sowie das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) und die Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) geändert worden. Durch die beschlossenen Änderungen des Bau- und Planungsrechts können zukünftig innerorts wichtige Planungsvorhaben – vor allem für Arbeitsplätze, Wohnen und Infrastruktur – beschleunigt und vereinfacht durchgeführt werden. Herzstück des neuen Gesetzes ist der § 13a BauGB. Der Neuregelung entsprechend können seit dem 01.01.2007 Bebauungspläne für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, die Nachverdichtung oder andere Maßnahmen der Innenentwicklung (Bebauungspläne der Innenentwicklung) im beschleunigten Verfahren aufgestellt, geändert oder ergänzt werden. Durch diese Änderungen erhalten die Städte und Gemeinden zusätzliche Instrumente, um in Zukunft zügiger und ggf. auch kostengünstiger als bislang Planungsrecht im Innenbereich zu schaffen.

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Lage und stadträumliche Gliederung

Die Siedlungsstruktur und das Stadtbild Baden-Badens werden in erster Linie von seiner Lage im Nordschwarzwald zwischen Battert (568 m ü.NN) und Merkur (668 m ü.NN) und Yberg (515m ü. NN) im Norden und dem Fremersberg (525 m ü.NN) im Süden bestimmt. Während sich die Kernstadt Baden-Badens mit ihren Stadtteilen Oos (124 m ü.NN), Weststadt, Innenstadt, Lichtental und Geroldsau als schmales Band im Tal entlang der Oos und weiter im Osten auch entlang des Grobbachs entwickelt hat, liegen die Stadtteile Balg und Ebersteinburg bereits auf Höhen- bzw. Halbhöhenlagen. In der nach Westen ausgerichteten Vorbergzone befindet sich das Baden-Badener Rebland mit den Stadtteilen Varnhalt, Steinbach und Neuweier sowie Teile von Haueneberstein. In der Rheinebene liegt Sandweier.

Als beliebter Wohn- und Kurort mit einem kontinuierlichen Bevölkerungswachstum muss sich die Stadt bis heute der Herausforderung stellen, immer neue Siedlungsflächen zu erschließen, ohne das Erscheinungsbild nachteilig zu beeinträchtigen (vgl. Kap. „Regional- und Landesplanung“).

Heute umfasst die Gesamtfläche des Baden-Badener Stadtgebiets eine Fläche von 14.018 ha. Die größte Ost-West-Ausdehnung beträgt ca. 16 km, die größte Nord-Süd-Ausdehnung beträgt ca. 20 km.

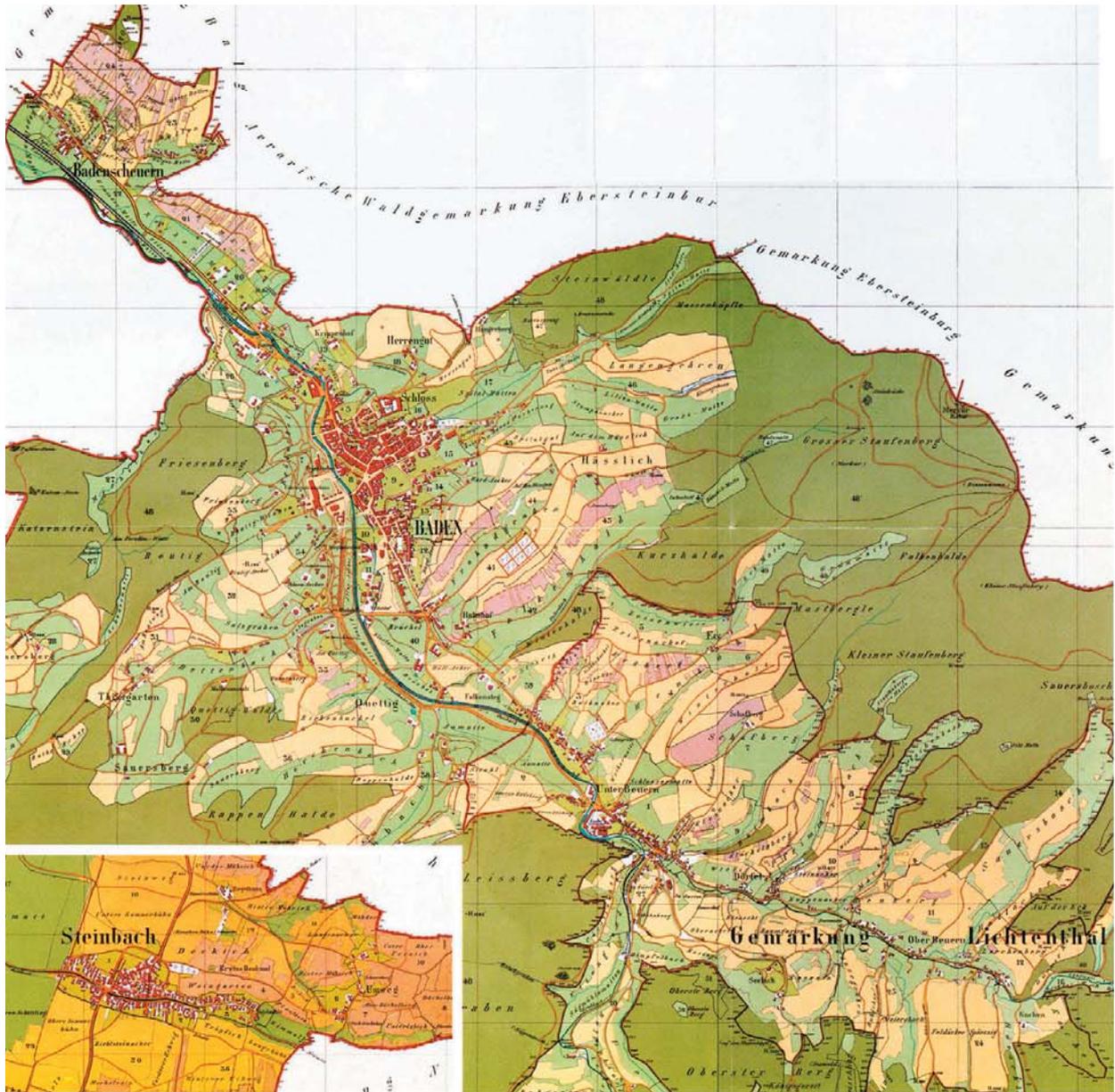
Kurzer historischer Rückblick

Die Ursprünge der Kernstadt von Baden-Baden gehen auf die römische Besiedlung im Bereich der heutigen Altstadt in das Jahr 80 n. Chr. zurück. Im Laufe der Jahrhunderte entwickelte sich allmählich eine Siedlung zunächst im Tal der Oos.

Der Aufschwung der Stadt zum Modebad des europäischen Adels ab Ende des 18. Jahrhunderts („Sommerhauptstadt“ Europas) ging mit einer regen Bautätigkeit und Siedlungsentwicklung einher. Im folgenden Jahrhundert entstanden neben bedeutenden Kureinrichtungen und Hotels die großen Villenviertel an den Hängen hinter dem Kurhaus am Beutig und Quettig und zu Beginn des 20. Jahrhunderts gegenüber am Annaberg.

Zu diesem Zeitpunkt war die Kernstadt von Baden-Baden noch nicht mit seinen heutigen, im Tal der Oos gelegenen Stadtteilen auf der Gemarkung Lichtental (Eingemeindung 1909) im Südosten und „Badenscheuern“ (heute Oos) im Nordwesten (Eingemeindung 1925) zu-

Übersichtsplan: Siedlungsentwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts



Zeichenerklärung:

Gebäude		Plangrenze	
Hausgärten u. Gartenland		Landstrasse	
Ackerland		Ticinalweg	
Wiesen u. Grasland		Güterweg	
Weinberge		Fußpfad	
Wälder		Dreieckspunkt	
Wald u. Kustanienpflanzungen		Gemarkungsgrenze	
Ordnung			
Amtsgrenze			

• H. Höhe über dem Meere in badischen Fussen.

Bellage 1

Karten II, III: Baden-Baden mit Beuern-Lichtenthal und Steinbach in der 2. Hälfte des 19. Jh.

Übersichtspläne 1:10000 aus dem Badischen Gemarkungsatlas (Ausschnitte):

Gemarkung „Baden und Lichtenthal“ (mit Unter- und Oberbeuern), gezeichnet 1868 (Druck 1868); der Ausschnitt zeigt etwa ein Viertel des sich besonders nach Süden ausdehnenden, waldreichen Gemarkungsgebiets von Baden. Von den Waldgebieten sind die Siedlungsbereiche und landwirtschaftlichen Nutzungsflächen sehr anschaulich abgesetzt;

Gemarkung Steinbach, gezeichnet 1873. Druck 1874 (hier als Ausschnitt links unten angefügt).

Die Zeichenerklärung wurde aus dem Übersichtsplan von „Baden und Lichtenthal“ übernommen; sie ist mit der für Steinbach identisch. Die leichten Abweichungen in der farblichen Kennzeichnung von Nutzungsflächen (hier Grün, Gelb, Violett) gehen auf die Originalvorlagen beider Ausschnitte zurück.

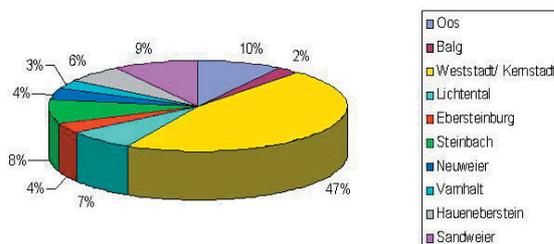
Quelle: Landesdenkmalamt/Landesvermessungsamt BW (Hrsg) Ortskernatlas BW Stadt/Stadtkreis Baden-Baden 1993

sammengewachsen. Dies geschah zunächst durch eine Besiedlung entlang der Hauptstraßen, bevor nach dem Zweiten Weltkrieg (den die Stadt ohne nennenswerte Zerstörungen überstand) neue Wohnbauviertel an den zur Oos hin abfallenden Hängen entstanden (z.B. die Bebauung am Eichelgarten, Leisberghöhe, Hardberg). Die Eingemeindung des Stadtteils Balg, der nach wie vor einen eigenständigen Siedlungskörper hat, erfolgte im Jahr 1939.

Eine wesentliche Siedlungserweiterung fand Anfang bis Mitte der 1970er Jahre mit der Gemeindereform statt. Durch Eingemeindungen der Stadtteile Ebersteinburg im Schwarzwald, Haueneberstein und Sandweier in der Rheinebene sowie Steinbach, Neuweier und Varnhalt im Rebland bildete sich der heutige Stadtkreis Baden-Baden. Durch die Eingemeindungen im Zeitraum von 1909 bis 1975 wuchs die Siedlungsfläche insgesamt um ca. 8.269 Hektar (ha) auf ca. 14.017 ha an.

In allen Stadtteilen gab es ab der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts z. T. umfangreiche Siedlungserweiterungen als Arrondierungen um die alten verdichteten Dorfkerne. Die baulichen Strukturen dieser neuen Wohngebiete in lockerer Bauweise wurden vom jeweiligen Zeitgeist geprägt. Neben der Ausweisung neuer Wohngebiete entstanden in größerem Umfang in den Stadtteilen Steinbach, Sandweier und Haueneberstein und Oos gewerbliche Bauflächen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Stadt Baden-Baden Sitz des Oberkommandanten über alle französischen Streitkräfte und ihrer Angehörigen in Westdeutschland (BRD). Auf einem ca. 60 ha großen Areal südlich des Zentrums von Baden-Oos entstand ein selbstständiges Wohnquartier „Cité“ mit einem Kasernenstandort.

Tabelle: Stadtkreis Baden-Baden: Gebietsfläche nach Stadtteilen



Quelle: Stadt Baden-Baden; Statistisches Jahrbuch 2007

Bebauungsdichte im Stadtkreis Baden-Baden

Im Übersichtsplan 3: „Bebauungsdichte“ sind auf der Grundlage der bestehenden Geschossflächenzahlen (GFZ) die aktuell bebauten Siedlungsflächen in sechs Kategorien dargestellt.

Bauflächenbestand mit einer GFZ über 1,2

(Flächenanteil ca. 5,5 %)

Die hochverdichteten Lagen mit einer mehrgeschossigen Bebauung und einem hohen Überbauungsgrad der Grundstücke befinden sich im Wesentlichen im Stadtkern von Baden-Baden entlang der großen Verkehrsachsen Rheinstraße, Fürstenberger Allee, Lichtentaler Straße sowie im Stadtteilzentrum von Lichtental. In der Gesamtsumme ist der Anteil dieser Flächen relativ gering.

Bauflächenbestand mit einer GFZ von 0,8 bis 1,2

(Flächenanteil ca. 26 %)

Hier handelt es sich überwiegend um Gemengelagen (gemischte Bauflächen mit Geschäften, Werkstätten und sonstigen Gewerbebetrieben sowie Wohnungen in den oberen Stockwerken) in den alten Ortskernen oder entlang deren Haupteerschließungsstraßen sowie um Quartiere mit einem hohen Anteil an Geschosswohnungsbauten bzw. Wohnsiedlungen.

Bauflächenbestand mit einer GFZ von 0,4 bis 0,7

(Flächenanteil ca. 64 %)

Die Bauflächen in den Wohngebieten sind mit ihrem z. T. hohen Anteil an Garten- und Freiflächen weniger hoch verdichtet. Der überwiegende Teil der bebauten Flächen in Baden-Baden gehört zu dieser Kategorie.

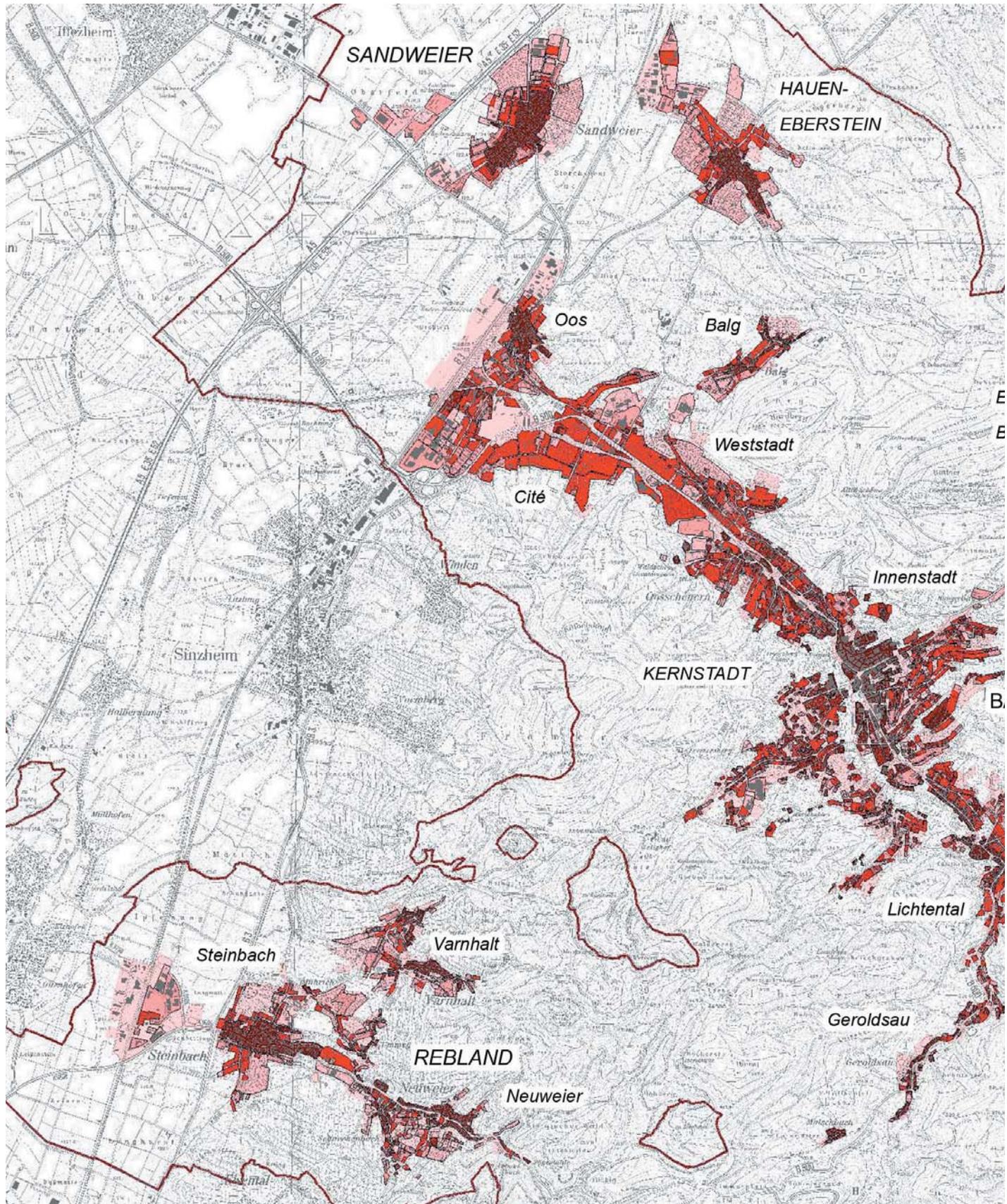
Bauflächenbestand mit einer GFZ bis 0,3

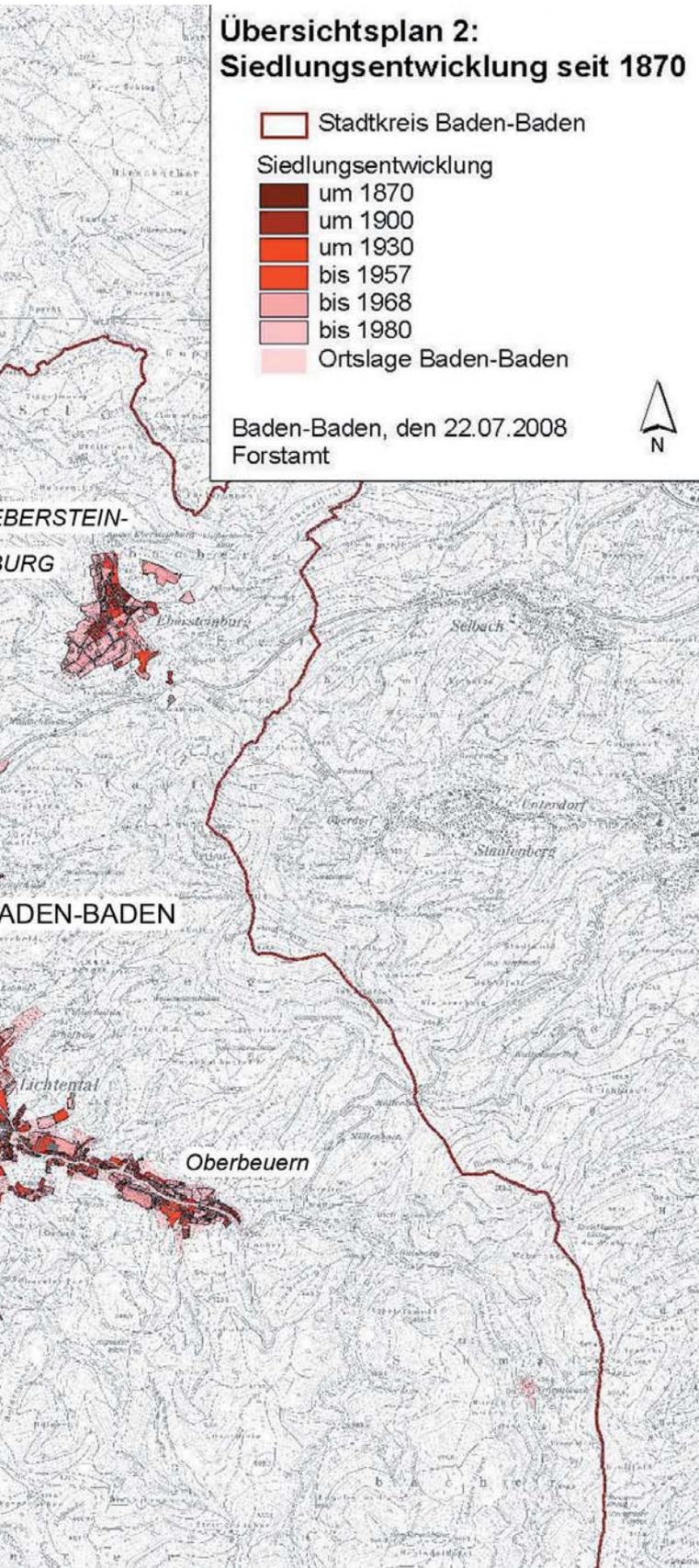
(Flächenanteil ca. 4,5 %)

Hierbei handelt es sich überwiegend um die reinen Villengebiete mit teilweise parkähnlichen Gärten. Gesamtstädtisch betrachtet ist der Flächenanteil von Bauflächen dieser Kategorie eher als gering einzustufen.

Zur besseren Übersicht werden die flächenintensiven Gewerbebestände (GFZ ab 0,6) sowie großflächige

Übersichtsplan: Siedlungsentwicklung seit 1870





Quelle: Stadt Baden-Baden/Forstamt

Sondergebiete (Südwest-Rundfunk, Fachmarktzentrum etc.) und Flächen für den Gemeinbedarf (Schulzentrum West, Stadtklinik etc.) extra dargestellt. Hier ist die Baudichte von der individuellen Nutzung abhängig und wird nicht differenziert betrachtet.

Siedlungsentwicklung seit 1988

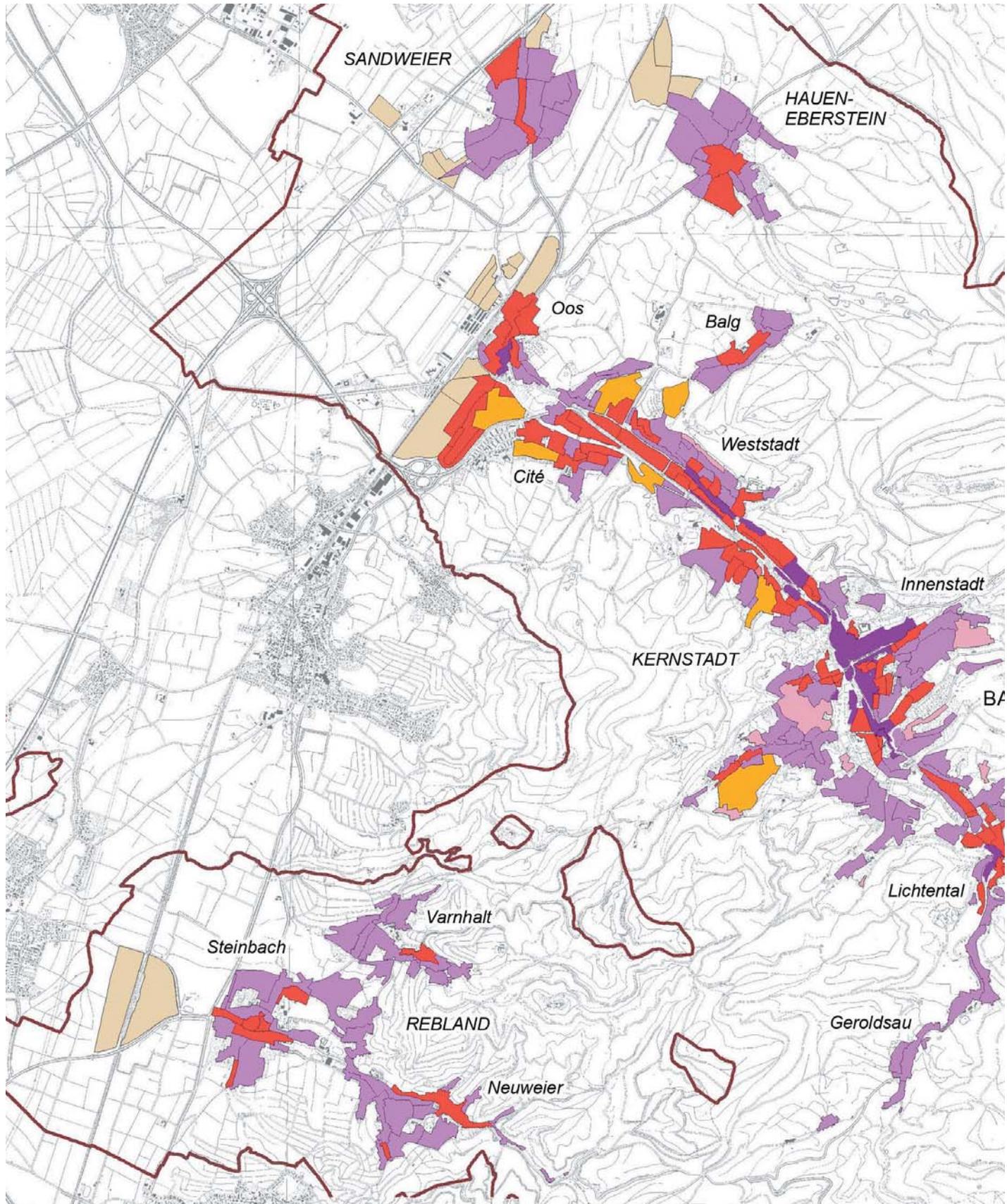
Als Grundlage einer geordneten Siedlungsentwicklung stellt der Flächennutzungsplan (FNP) Flächen für bestehende Nutzungen dar und legt Entwicklungsfelder für künftige Nutzungen fest. Als Betrachtungszeitraum wird der wirksame Flächennutzungsplan 1988 (FNP 1988) zu Grunde gelegt, der allerdings nur einen Zeithorizont bis zum Jahr 2000 hatte. In den Bereichen Wohnen und Gewerbe wurden ab Mitte der 90er Jahre bis heute gültige Konzepte zur Siedlungsentwicklung entwickelt, die unter den Punkten „Wohnbauflächenpotentiale“ und „Gewerbeflächenpotentiale“ näher beschrieben werden.

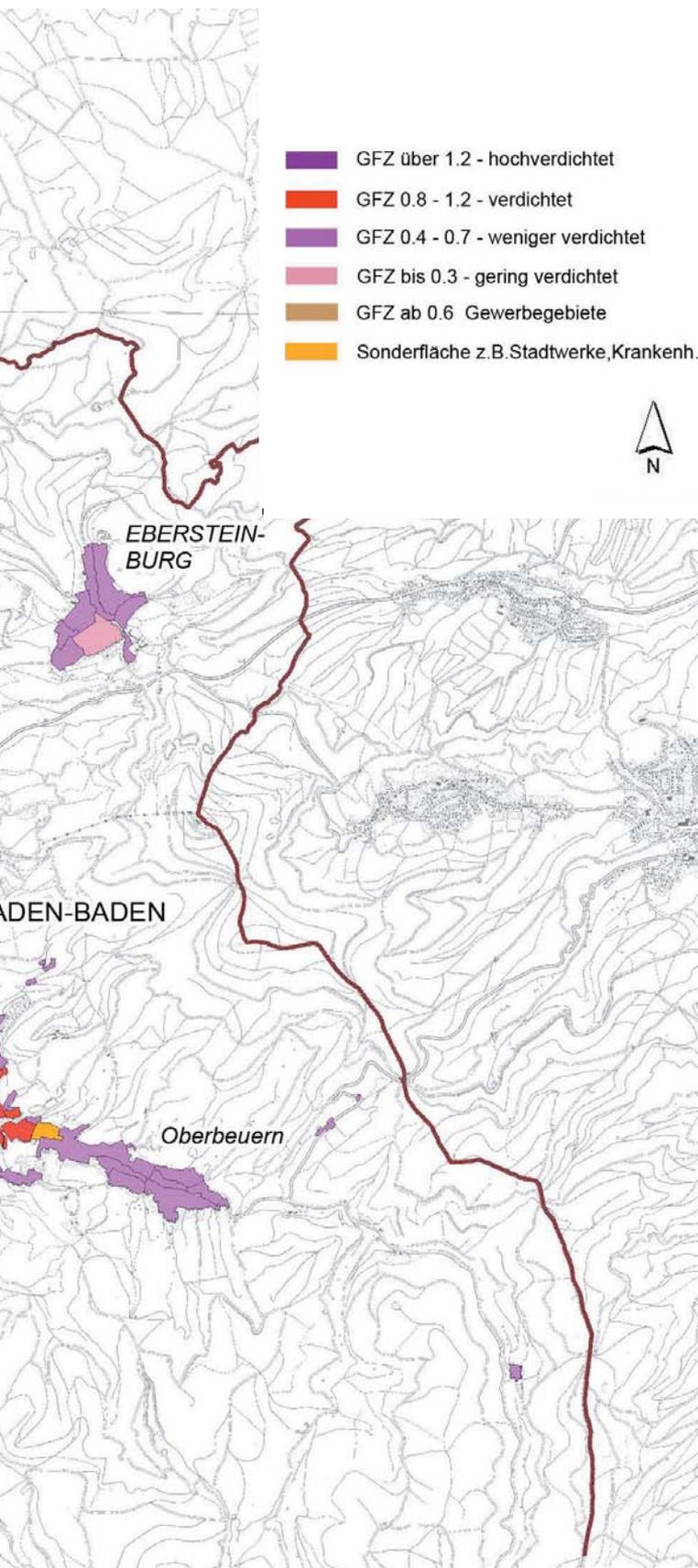
Die zurückliegende Flächenentwicklung ist dem Übersichtsplan 4: „Siedlungsschwerpunkte der vergangenen 20 Jahre“ zu entnehmen. In erster Linie wurden Wohnbauflächen, gewerbliche Bauflächen sowie Sonderbauflächen für den Einzelhandel auf Freiflächen oder freigegebenen Flächen (Konversionsflächen „Cité“) neu entwickelt.

Wohnbauflächenentwicklung: Betrachtet man den Zeithorizont des FNP 1988 bis ungefähr zum Jahr 2000, so wurden die im FNP 1988 formulierten Prognosen der Neuausweisung von Wohnbauflächen geringfügig unterschritten. Größere Neubaugebiete wurden im gesamten Stadtkreis entwickelt (Neubaugebiete u. a. : „Metzgeracker“ in der Kernstadt, „Mittelläcker“ in Balg, „In der Au“ in Haueneberstein, „Stöcke Süd“ in Sandweier, „Untere Sommerbühne“ und „Alte Ziegelei“ in Steinbach). Der Schwerpunkt der Wohnbautätigkeiten in den vergangenen Jahren lag auf der Konversionsfläche „Cité“. Hier wurden aktuell ca. 32,5 ha Wohnbauflächen neu entwickelt oder der erhaltenswerte Baubestand wurde saniert und veräußert. Größere Ausweisungen von Wohnbauflächen auf der „grünen Wiese“ haben seit dem Jahr 2000 nicht stattgefunden. Es gab Siedlungsentwicklungen (Arrondierungen) in kleinerem Umfang in allen Stadtteilen.

Gewerbeflächenentwicklung: Nachdem ab Mitte der 1990er Jahre die im Flächennutzungsplan 1988 vorgesehenen gewerblichen Bauflächen nahezu verbraucht waren und die Stadt Baden-Baden die Gewerbeentwicklung als zweites wirtschaftliches Standbein ausbauen wollte, wurden im FNP, 1. Änderung 2004 neue Flächen mit einer Gesamtgröße von 104 ha dargestellt. Inzwi-

Übersichtsplan: Bebauungsdichte





Quelle: Stadt Baden-Baden/FB Bauen und Planen/Stadtentwicklung

schen wurden rund 22 ha entwickelt und zum größten Teil bebaut.

Sonderbauflächen Einzelhandel: Neue Sonderbauflächen für den Einzelhandel („Kaufland“, „Decathlon“, „Fachmarktzentrum“) nehmen eine Gesamtfläche von ca. 9 ha ein.

Sonderbauflächen für kurörtliche Nutzungen: Die Entwicklung von Sonderbauflächen für kurörtliche Nutzungen blieb weit hinter den Prognosen im Flächennutzungsplan 1988 zurück. Neue Hotelstandorte wurden insbesondere wegen der Lage auf zentralen Flächen ausgewiesen (vgl.: Kap. Tourismus). Im Flächennutzungsplan 1988 als Sonderbauflächen für kurörtliche Nutzungen vorgehaltene Flächen hingegen wurden teilweise mit Wohngebäuden bebaut (Bsp.: „Runkewitzgelände“, „Kapf“).

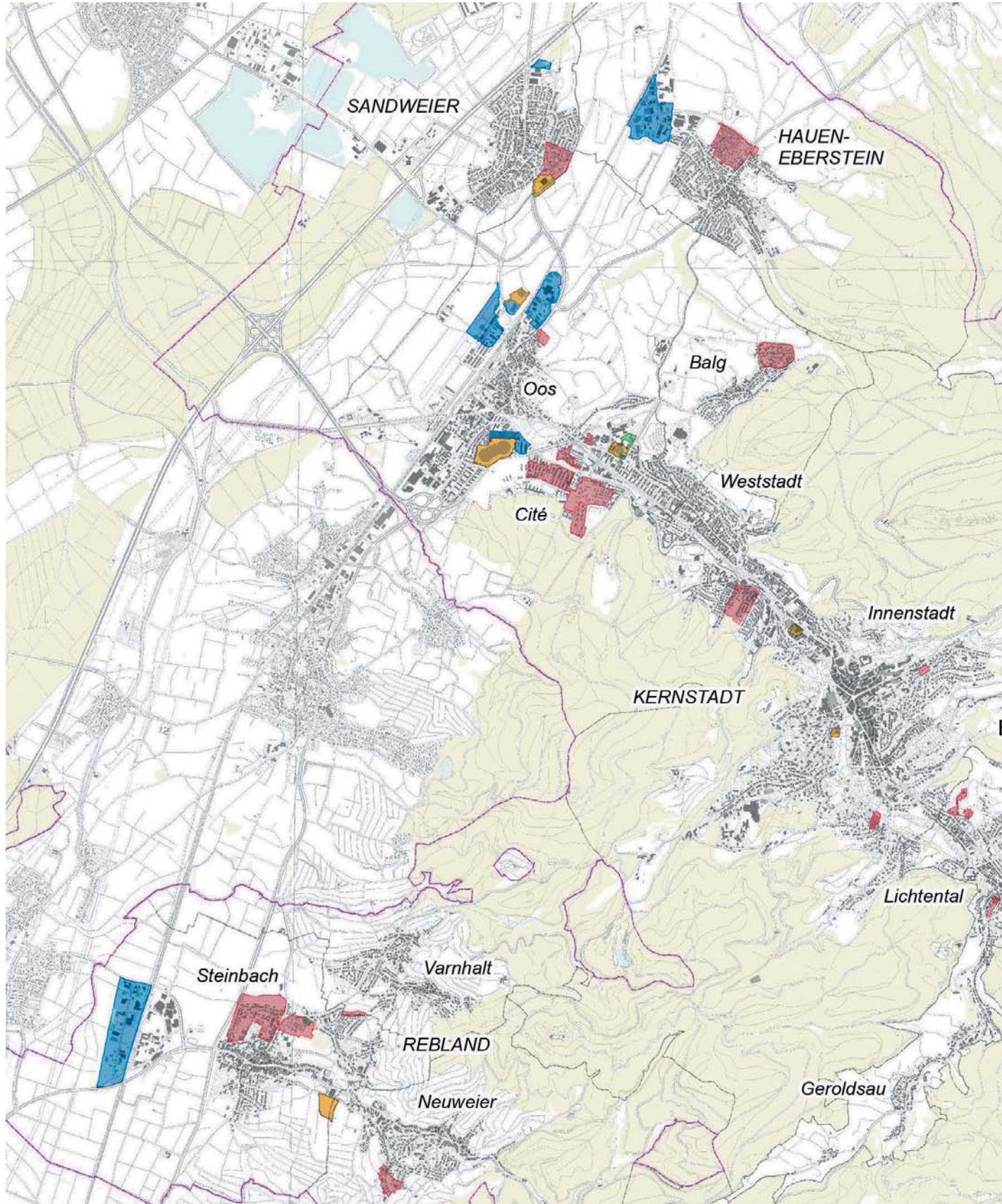
Verkehrsflächen: Größere Baumaßnahmen im Bereich Straßenverkehr wurden durch die Errichtung von großen Teilen der Bundesstraße 3 (neu), den Ausbau der Bundesautobahn 5 sowie durch den Neubau des Kreisels an der Bundesstraße 500 zur Anbindung des Fachmarktzentrums durchgeführt. Der Ausbau des Schienenverkehrs erfolgte durch die Baumaßnahmen der Deutschen Bahn AG (NBS/ ABS Bahn).

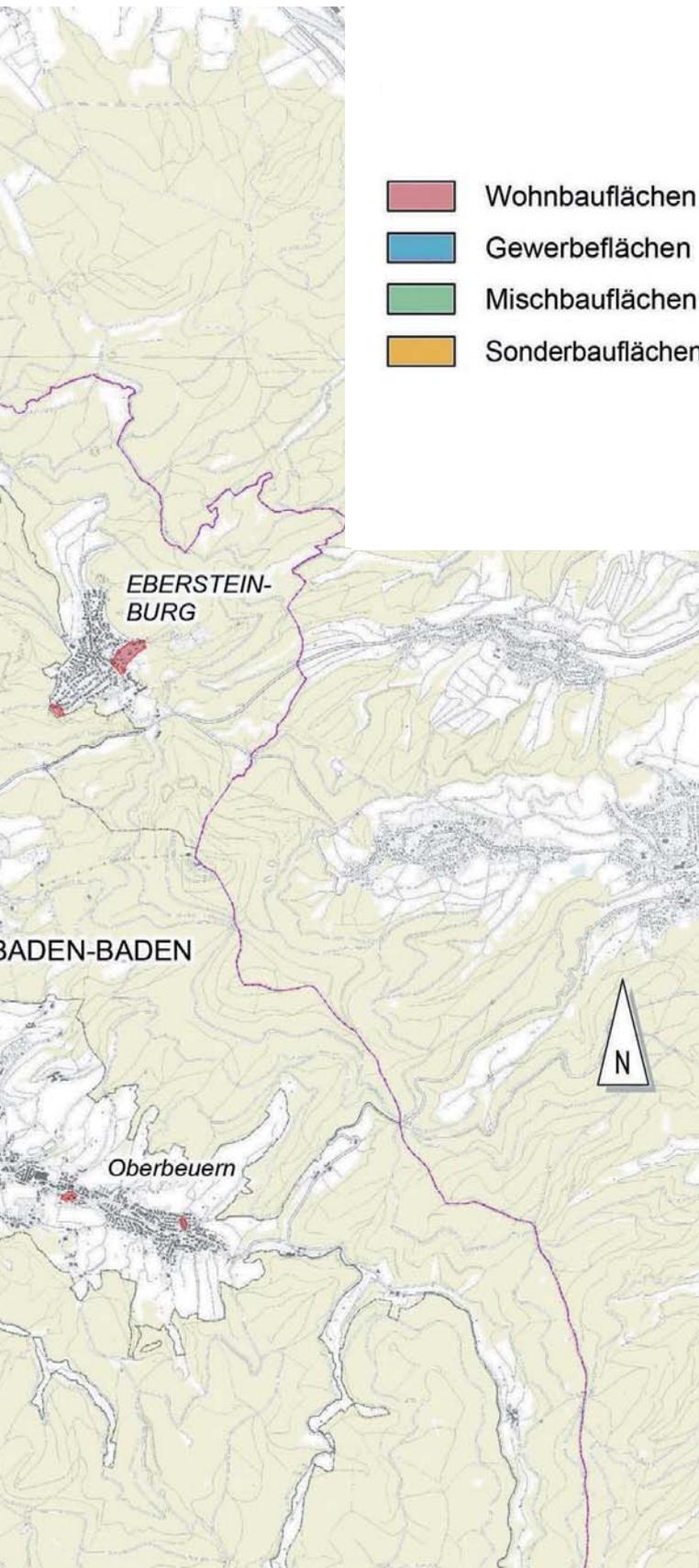
Tabelle: Stadtkreis Baden-Baden: Flächenentwicklung von Wohnbauflächen, gewerblichen Bauflächen und Sonderflächen seit 1988**

Art der Siedlungsflächenentwicklung	Wohnbauflächen		Gewerbliche Bauflächen		Sonderbauflächen Einzelhandel	
	Gesamtfläche	davon bebaut 2008	Gesamtfläche	davon bebaut 2008	Gesamtfläche	davon bebaut 2008
Entwicklungsflächen (geplante Bauflächen) FNP 1988 Angaben in ha (brutto)	77 ha	50 ha	65 ha	54 ha	1 ha	1 ha
Entwicklungsflächen aus FNP 1. Änderung 2004 Angaben in ha (brutto)	13,1 ha	keine	104 ha	22,1 ha	1,5 ha	1,5 ha
Siedlungsentwicklung auf unbebauten Flächen, nicht FNP-konform	10 ha		1,2 ha		keine	
Entwicklung auf Siedlungsflächen im Bestand (Cité)	32,5 ha		keine		6,4 ha	
Flächenentwicklung gesamt:	92,6 ha*		77,3 ha*		8,9 ha*	

Quelle: Stadt Baden-Baden

Übersichtsplan: Siedlungsschwerpunkte der vergangenen 20 Jahre





Quelle: Stadt Baden-Baden/FB Bauen und Planen/Stadtentwicklung

* Einzelstandorte im Siedlungsbestand mit einer Fläche unter 0,3 ha wurden nicht erfasst.

**Für das Jahr 1988 liegen keine differenzierten Angaben zu den einzelnen Flächennutzungen vor. Gebäude- und Betriebsflächen nahmen laut den Angaben der „Statistischen Zahlen der Stadt Baden-Baden 1988“ (Hrsg.: Stadt Baden-Baden: Hauptamt, Organisationsabteilung 1988) eine Gesamtfläche von insg. 1156 ha ein.

Insgesamt wurden in den vergangenen 20 Jahren rund 180 ha Bauflächen neu bebaut oder im Bestand (rund 35 ha) entwickelt.

Tabelle: Stadtkreis Baden-Baden: Art der Nutzung nach Gebietsfläche in ha im Landesvergleich

Nutzungsart	Baden-Baden			Land Baden-Württemberg		
	1992	2000	2004	1992	2000	2004
Siedlungs- und Verkehrsfläche*	13,9	14,3	14,3	12,3	13,2	13,7
Landwirtschaftsfläche	23,4	22,7	22,5	48,2	46,8	46,3
Waldfläche	61,2	61,5	61,5	37,6	38	38,1
Wasserfläche	0,6	0,6	0,6	0,9	1	1
übrige Nutzungsarten **	0,8	1	1,1	1	1	0,9

Quelle: Stadt Baden-Baden, Erhebungen Stand 2008

* Summe aus Gebäude und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbau-land, Erholungsfläche, Verkehrsfläche, Friedhof

** Summe aus Abbau-land und Flächen anderer Nutzung

Die Tabelle zeigt die Art der Nutzung ab dem Jahr 1992, ältere Daten sind nicht vergleichbar. Im Landesvergleich haben Siedlungs- und Verkehrsflächen im Stadtkreis einen geringfügig höheren Anteil an der Gesamtfläche. Die Siedlungsentwicklung ging zu Lasten der landwirtschaftlichen Nutzflächen.

Aktuelle Konzepte zur Siedlungsentwicklung

Der wirksame Flächennutzungsplan der Stadt Baden-Baden aus dem Jahr 1988 war bereits Mitte der 1990er Jahre durch neue Entwicklungen in der Stadt in Teilen überholt, so dass Teilkonzepte in den Bereichen Wohnen und Gewerbe erarbeitet wurden, die bis heute als Basis für eine geordnete Siedlungsentwicklung herangezogen werden.

Wohnbauflächenpotentiale

In einem Grundsatzbeschluss im Jahr 1996 hat der Gemeinderat der Stadt Baden-Baden die Zurückstellung von Neuausweisungen weiterer Wohnbauflächen bis zur Realisierung der Konversionsfläche „Cité“ beschlossen und die Verwaltung beauftragt, die Eigenentwicklung der Stadtteile aufeinander abzustimmen sowie eine jährliche Überprüfung der Baulandflächen vorzunehmen. Die „Wohnbauflächenentwicklung bis 2010“ mit der darin enthaltenen Prioritätsfestlegung wurde im Jahr 2002 beschlossen und dient seither den politischen Ausschüssen und Gremien als Beratungs- und Entscheidungshilfe. Es wurden ca. 120 ha Flächen für ca. 5.000 Wohneinheiten für den kurz-, mittel- und langfristigen Bedarf erfasst (durchschnittlichen Wohnungsdichte von ca. 40 Wohneinheiten (WE)/ha). Nicht berücksichtigt wurden Grundstücke, für die eine Bebauungsmöglichkeit nach § 34 BauGB (kleinere Arrondierungen, Baulücken, Nachverdichtungen sowie Ersatzbebauung durch Abgang im Bestand) besteht.

Mit der Bereitstellung neuer Wohnbauflächen sollen nachstehende Ziele verfolgt werden:

- Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung durch eine Veränderung der Altersstruktur vor allem im Kernstadtbereich durch eine Verbesserung des Wohnungsangebotes insbesondere für junge Familien
- Durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze Bindung neuer Arbeitskräfte an den Wohnstandort
- Verringerung des Einpendlerüberschusses von ca. 10.000 Personen durch die Schaffung von Wohnraum
- Berücksichtigung der Eigenentwicklung aller Stadtteile durch entsprechende Bauflächenausweisungen

Folgende Bewertungskriterien waren für die Auswahl der Flächen ausschlaggebend:

- Eigentumsverhältnisse

- Erschließung
- Siedlungszusammenhang
- angrenzende konkurrierende Nutzungen
- Restriktionen des Landschafts- und Naturschutzes

Im Übersichtsplan 5: „Flächenpotentiale“ sind die aktuellen Wohnbauflächenpotentiale (Stand 2008) auf der Grundlage der „Wohnbauflächenentwicklung bis 2010“ dargestellt.

Aktuell sind Flächenpotentiale für Wohnbauflächen im Außenbereich von rund 96,6 ha (brutto) vorhanden.

Weitere Ausführungen zum Wohnungsbedarf bis zum Jahr 2025 werden im Kapitel „Wohnen“ dargestellt.

Gewerbeflächenpotentiale

Die im rechtswirksamen Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Baden-Baden vom 28.12.1988 ausgewiesenen Flächen für eine gewerbliche Entwicklung (ca. 65 ha) waren Mitte der 1990er Jahre weitgehend vergeben. Insbesondere war ein Mangel an größeren zusammenhängenden geplanten gewerblichen Bauflächen zu verzeichnen, die für die Umsiedlung (Expansion) bestehender Gewerbebetriebe sowie für die Ansiedlung neuer Betriebe erforderlich sind. Unter Berücksichtigung der Standortqualitäten und der stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen bestand die Notwendigkeit, im Rahmen der Bauleitplanung neue Bauflächen für eine zukunftsweisende Entwicklung des Gewerbebestandes vorzuhalten.

In der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes vom 28.05.2004 wurden rund 104 ha gewerbliche Bauflächen in der Rheinebene in den Stadtteilen Oos, Sandweier, Hauenberstein und in Steinbach dargestellt (siehe Übersichtsplan 5: „Flächenpotentiale“).

Tabelle: Stadtkreis Baden-Baden: Flächenpotentiale gewerblicher Bauflächen

Bezeichnung Baugebiet:	Größe Entwicklungsfläche in ha (brutto):	Stand der Planung:	Erschließung:	Geplante zeitliche Umsetzung:
Steinbach-West	ca. 3,0 ha Restfläche	B-Plan	erschlossen	läuft
Oos-West (Südabschnitt)	ca. 19,0 ha Restfläche	B-Plan B-Planänderung läuft	Südabschnitt nicht erschlossen	kurzfristig (2009-2011)
Wörnersangewand	ca. 9,0 ha	B-Plan	Erschließung läuft	kurzfristig (2009)
Bollgraben	ca. 15,0 ha	B-Plan	nicht erschlossen	mittelfristig
Oberfeld	ca. 14,7 ha	B-Planverfahren	nicht erschlossen	mittelfristig
Mittelfeld	ca. 18,5 ha	kein B-Plan	nicht erschlossen	langfristig
Untersfeld	ca. 6,6 ha	kein B-Plan	nicht erschlossen	langfristig
Gesamt:	ca. 85,8 ha			

Quelle: Stadt Baden-Baden

Geeignete Standorte für eine gewerbliche Nutzung sind in Baden-Baden aufgrund der Topografie und umweltrelevanter Aspekte relativ begrenzt. Die neuen Gewerbeflächen zeichnen sich durch folgende Kriterien aus:

- eine geeignete räumliche Lage
- gute Verkehrsanbindung/en
- die bestehende sonstige Infrastruktur
- ihre Lage als Siedlungsergänzung oder -erweiterung
- die Verfügbarkeit der Flächen
- Berücksichtigung ökologischer Kriterien (wie Wasser, Boden, Klima, Arten, Biotope, Erholung, Landschaftsbild)

Aktuell stehen der Stadt Baden-Baden unbebaute Flächen in der Größenordnung von rund 85,8 ha (brutto) für künftige gewerbliche Entwicklungen zur Verfügung.

Weitere Aspekte zur Gewerbeentwicklung sind in Kapitel „Wirtschaft und Arbeit“ ausgeführt.

Sonstige Flächenpotentiale

Für die Entwicklung und Sicherung des Einzelhandels besteht im Betrachtungszeitraum kein Bedarf an unbe-

bauten Flächen „auf der grünen Wiese“, so das Ergebnis des Fachbeitrags Einzelhandel zur Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes 2007 (vgl. Kap. „Wirtschaft und Arbeit“).

Darüber hinaus sind aktuell keine Nutzungskonzepte bekannt, für die größere Freiflächen in Anspruch genommen werden müssten. Die im FNP 1988 dargestellten und bis heute unbebauten Entwicklungsflächen für kurörtliche Einrichtungen müssen im Rahmen der laufenden Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes bezüglich ihrer Eignung überprüft werden und sind aus diesem Grund nicht dargestellt.

Auswirkungen der Siedlungsentwicklung auf Natur und Landschaft

Durch den steigenden Flächenverbrauch im Rahmen der Siedlungsentwicklung im Stadtkreis Baden-Baden ist mit folgenden negativen Auswirkungen auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu rechnen:

- Punktuell vollständiger Bodenverlust mit daran gebundenen Funktionen im Naturhaushalt. Konflikte ergeben sich bei hoher Eignung des Bodens als Standort für die natürliche Vegetation sowie dem Verlust bedeutender Ausgleichskörper im Wasserkreislauf, von Böden mit hoher Filter- und Pufferfunktion und hochwertiger landwirtschaftlicher Nutzfläche.

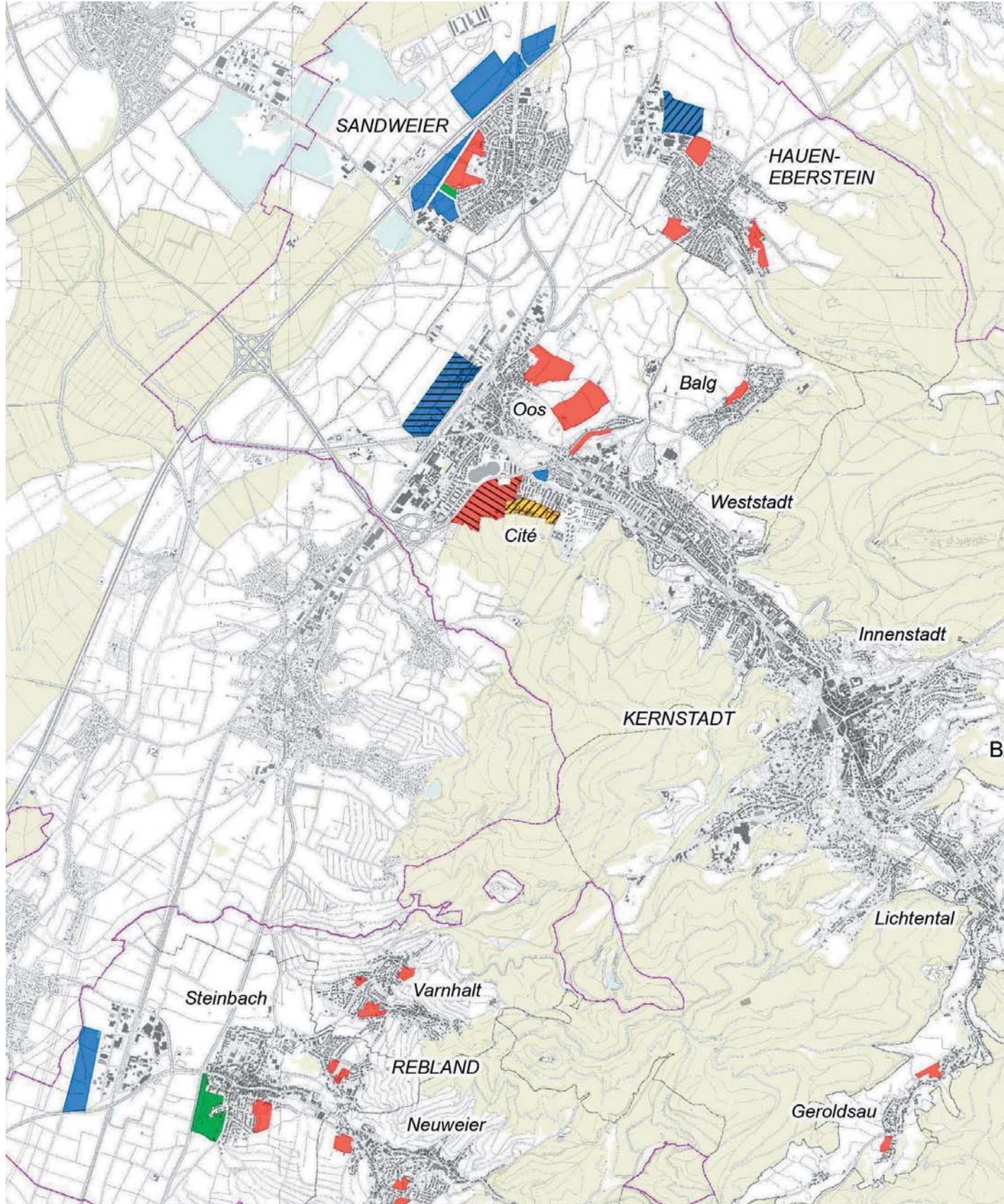
In Folge der Bodenbeanspruchung können langfristig insbesondere:

- Störungen im Wasserhaushalt (u. a. Reduzierung von Retention und Versickerung),
- Beeinträchtigungen des Lokal- und Regionalklimas (u.a. Verlust klimatischer Ausgleichsräume, Minderung der Kalt- und Frischluftentstehung) sowie
- Beeinträchtigungen der biologischen Artenvielfalt, Störungen der Biotopvernetzung und Zerschneidung zusammenhängender Lebensräume resultieren.

Restriktionen der Siedlungsentwicklung ergeben sich aufgrund von Vorgaben durch:

- Regionale Grünzüge/ Grünzäsuren
- Natura 2000 Flächen (Flora-Fauna-Habitat (FFH)- und Vogelschutzgebiete)
- Natur- und Landschaftsschutzgebiete

Übersichtsplan 5: Flächenpotenziale





Quelle: Stadt Baden-Baden/FB Bauen und Planen/Stadtentwicklung

- Flächendeckende Naturdenkmale
- Besonders geschützte Biotope
- Wasserschutz- und Überschwemmungsgebiete

LAUFENDE PROJEKTE

- Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes der Stadt Baden-Baden (Bearbeitungszeitraum bis voraussichtlich 2010)
- Gesamtfortschreibung des Landschaftsplanes der Stadt Baden-Baden (Bearbeitungszeitraum bis voraussichtlich 2010)
- Bebauungspläne zu den Themen Wohnen und Gewerbe (vgl. Kap. „Wohnen“ und Kap. „Wirtschaft und Arbeit“)

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Sollen die Stadt Baden-Baden im Bezug auf die Inhalte (u. a. vorgeschlagen Bebauungsdichte) und möglichen Standorte der „Wohnbauflächenentwicklung 2010“ (aktueller Stand 2008) den Flächennutzungsplan (1. Änderung) in Anbetracht einer nachhaltigen Siedlungspolitik fortschreiben?*
- *Sollen angesichts der beschränkten baulichen Verdichtungsmöglichkeiten in der Innenstadt maßvolle Entwicklungsspielräume im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplans in der Kernstadt und den Stadtteilen geprüft werden?*
- *Welche Bedeutung haben die heutigen Lebensqualitäten für die Siedlungsentwicklung von Baden-Baden (Kulturlandschaft, Luftqualität, Frischluftzufuhr, Erholungsgebiete, Biodiversität etc.)? Welchen Stellenwert sollen diese Belange im Rahmen der Siedlungsentwicklung in Zukunft haben?*

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

Bedarfsorientierte Bauflächenentwicklung/ nachhaltige Siedlungsentwicklung:

- Überprüfung der Wohnbauflächenpotenziale und der gewerblichen Bauflächenpotenziale
- Überprüfung von Bedarfen mit größerem Flächenverbrauch (z. B.: Flächen für die kurörtliche Ent-

wicklung) vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung

- Inanspruchnahme der Kulturlandschaft ausschließlich in Einklang mit Natur und Landschaft zur Vermeidung von Einbußen in der Lebensqualität der Bewohner und Gäste Baden-Badens
- Herausnahme von ökologisch relevanten Bereichen (z. B. Kaltluftleitbahnen) aus der Siedlungsentwicklung zum Schutz vor negativen Auswirkungen auf die Umgebung; Minimierung und angemessener Ausgleich unvermeidbarer Eingriffe in Natur und Landschaft unter Berücksichtigung der Inhalte des Landschaftsplans
- Landesdenkmalamt Baden-Württemberg und Landesvermessungsamt Baden-Württemberg: Ortskernatlas der Stadt Baden-Baden 1993
- Stadt Baden-Baden Gutachterausschuss 2005/2006: Grundstücksmarktbericht
- Fachgebiet Öffentliche Ordnung/ Statistik: Statistisches Jahrbuch der Stadt Baden-Baden
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Regionaldaten im Internet

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Land Baden-Württemberg: Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 2002
- Regionalplan Mittlerer Oberrhein 2003
- Stadt Baden-Baden: Flächennutzungsplan der Stadt Baden-Baden 1988 mit 1. Änderung des Flächennutzungsplanes 2004
- Stadt Baden-Baden: Landschaftsplan der Stadt Baden-Baden 1983, Fortschreibung Rheinebene 1999
- Stadt Baden-Baden: Bebauungspläne zu Wohnbauflächen, Sonderbauflächen und Gewerbeflächen
- Stadt Baden-Baden: Wohnbauflächenentwicklung bis 2010
- Dr. Acocella, Donato: Fachbeitrag Einzelhandel zur Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes der Stadt Baden-Baden 2007

SCHWERPUNKTE DER DISKUSSION

Die Siedlungsstrukturen der Stadt Baden-Baden werden durch die Topographie des Schwarzwaldes, des Reblandes und der Rheinebene bestimmt.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- "Innenentwicklung vor Außenentwicklung" (Nachverdichtung im Bestand / Siedlungsgebiete auf der grünen Wiese / Qualität des Wachstums).
 - Stellenwert der Kernstadt im Verhältnis zu den Stadtteilen (Konsequenzen für den Wohnungsbau und das Gewerbe).
 - Grenzen der Siedlungs- und Gewerbeentwicklung (Ausweisung von Tabuflächen).
-

3.3 STADTBILD

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Die städtebauliche Erneuerung wird in Baden-Württemberg seit Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes im Jahr 1971 gezielt betrieben und staatlich gefördert. Seither hat sich die Stadterneuerung zu einer Schwerpunktaufgabe des Landes entwickelt. Stadterneuerung wird von den Kommunen als Teil der kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben und im Rahmen der rechtlichen Vorgaben des Baugesetzbuches wahrgenommen. Sie unterliegt somit der kommunalen Planungshoheit. Städtebauliche Sanierung hat zum Ziel, städtebauliche Missstände und Funktionsschwächen in den überbauten Stadt- und Ortsteilen zu beheben und brach gefallene Gelände einer neuen Entwicklung zuzuführen. In über drei Jahrzehnten ist es gelungen, zahlreiche Quartiere aufzuwerten, Brachflächen einer neuen Nutzung zuzuführen, Strukturverbesserungen zu erreichen, oftmals das Architekturerbe zu bewahren sowie Wohnraum und Arbeitsplätze zu schaffen.

Von den insgesamt 1.109 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg sind über 770 in den Stadterneuerungsprogrammen vertreten. Seit dem über 30-jährigen Bestehen der Stadterneuerung in Baden-Württemberg wurden mehr als 2.300 Stadterneuerungsgebiete in die Programme der städtebaulichen Erneuerung aufgenommen. Mit einem Fördervolumen von bisher rund 5,12 Milliarden Euro haben die Förderprogramme einen bedeutenden Beitrag zur Behebung städtebaulicher Missstände und damit zur Entwicklung von Städten und Gemeinden geleistet. Die Landesmittel werden seit 1980 dem Kommunalen Investitionsfonds (KIF) entnommen. Ein kleinerer Betrag der Fördermittel stammt vom Bund. Die bisher eingesetzten Fördermittel haben im Land zu Bauinvestitionen von etwa 40,9 Milliarden Euro geführt.

In Baden-Württemberg stehen folgende Programme zur Verfügung

- SEP (Bund-/Länderprogramm),
- ASP (Aktive Stadtzentren),
- IVP Investitionspakt
- SUW (Stadtumbau-West)
- SSP (Programm Soziale Stadt)

- Denkmalschutz West

Förderschwerpunkte städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen

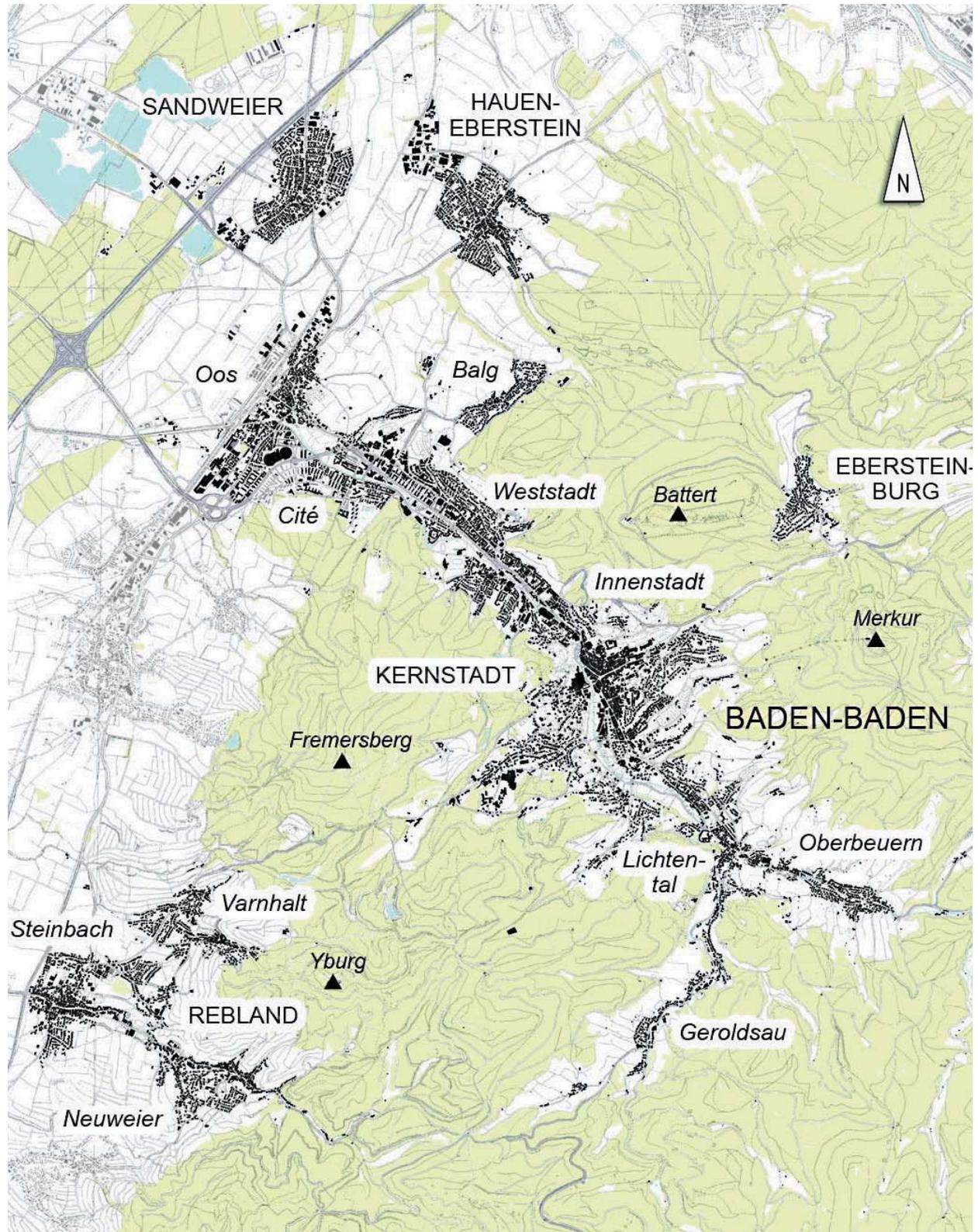
- Stärkung der Zentren, Profilierung der kommunalen Individualität und Steigerung der Attraktivität für den Tourismus
- Neustrukturierung, Umnutzung und Aufbereitung von Brachflächen
- Energetische Erneuerung der sozialen Infrastruktur
- Sicherung des Wohnungsbestandes
- Stabilisierung und Aufwertung bestehender Gewerbegebiete
- Ganzheitliche ökologische Erneuerung

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Kernstadt

Das Stadtbild der Kernstadt im Tal der Oos (Oos, Weststadt, Innenstadt, Lichtental, Geroldsau) wird wesentlich bestimmt von der engen Synthese von Stadt und Landschaft, von der engen Vernetzung von Natur und Bebauung. Ausgehend von dem Grundgerüst der von Bäumen und Grünanlagen gesäumten Oos schließt sich eine durchweg verdichtete Bebauung im Tal an, die durch öffentliche und private Grünflächen gegliedert wird. Ausgenommen hiervon ist die historische Altstadt, dicht bebaut und wenig begrünt. Hangaufwärts finden sich überwiegend aufgelockerte Baustrukturen, die vom Schwarzwald nur noch durch Streuobstlagen getrennt werden und die wie ein Grüngürtel um die Bebauung liegen. Von den früheren Rebflächen finden sich nur im Bereich Eckberg noch Restflächen. Baden-Baden wird zu Recht nicht nur als „Grüner Salon“ sondern auch als Stadt der Alleen, Parks und Promenaden benannt.

Übersichtsplan 6: Plan Stadtgrundriss



Quelle: Stadt Baden-Baden/FB Bauen und Planen/Stadtentwicklung

Abbildung: Blick in das Oostal



Quelle: Stadt Baden-Baden

Innenstadt

Wesentlicher Bestandteil der Innenstadt ist die Altstadt, die sich als kompakter, historisch bestimmter Stadtbereich um den bis auf die Römerzeit zurückreichenden Siedlungskern unterhalb des Florentinerberges darstellt, aus dem heute noch die den Kurort begründenden warmen Quellen sprudeln. Die geschlossene, kulturhistorisch bedeutsame Altstadt wird überragt vom Neuen Schloss auf dem Sporn des Florentinerbergs und ihrer ursprünglichen Vorburg, der Oberstadt. In der sich anschließenden Unterstadt befindet sich der Marktplatz mit der Stiftskirche, deren barocker Westturm und steiles gotisches Giebeldach das Bild der Altstadt wesentlich bestimmen. Das Ortsbild wird geprägt durch die zahlreichen reizvollen Winkel der Altstadt, ein verschachteltes Gewirr von Häusern, Wegen, Treppen, Stiegen/Staffeln und Gassen.

Die Gebäude auf dem historischen Stadtgrundriss der Altstadt stammen überwiegend aus der Zeit nach dem großen Stadtbrand von 1689. Der Wiederaufbau erfolgte in verschiedenen Phasen und zeigt heute noch Gebäude aus dem Barock, Spätbarock, Klassizismus, Biedermeier und Gründerzeit. Architektonisch präsentiert sich das Stadtbild weitgehend geschlossen und harmonisch, unbeschadet von größeren städtebaulichen Fehlentwicklungen (trotz des Verlustes wichtiger historischer Gebäude in den 1960er und 1970er Jahren des vergangenen Jahrhunderts). In die Sanierungsgebiete Altstadt und Neustadt oberhalb des Augustaplatzes flossen zur Sanierung und Aufwertung durch Bund und Land in den 1980er und 1990er Jahren des 20. Jhdts. erhebliche Städtebauförderungsmittel. Das Geschäftszentrum der Stadt befindet sich in der Lange Straße und Gernsbacher

Straße (Fußgängerzone) sowie in der Sophienstraße und der Lichtentaler Straße. In der Fußgängerzone beherrschen kleinteilige Geschäftsstrukturen aus dem mittleren Preissegment das Bild, während in der Sophien- und der Lichtentaler Straße kleinteilige Läden des gehobenen Preissegments zu finden sind.

Abbildung: Altstadt



Quelle: Stadt Baden-Baden

Jenseits der Oos befindet sich das eigentliche Kurviertel mit der großzügigen Lichtentaler Allee, den Kuranlagen und den repräsentativen Gesellschaftsbauten. Nach Plänen des Architekten Friedrich Weinbrenner wurde die Anlage des Kurviertels mit der Erweiterung des Promenadenhauses / Konversationshauses 1802 (Eröffnung 1824) begonnen. Hier finden sich die Trinkhalle (Heinrich Hübsch (1839/42), das Theater (Charles Antoine Couteau 1860/62), die Staatliche Kunsthalle (Hermann Billing und Wilhelm Vittal 1907-1909) sowie das Museum Sammlung Frieder Burda (Richard Meier 2003/2004). Diesseits der Oos liegen die traditionellen luxuriösen Hotelbauten des 19. Jh. die dem noblen Kurort das Image und gesellschaftliche Ansehen brachten.

Die aufgelockerten baulichen Strukturen in den oberhalb liegenden Villengebieten des Beutig-Quettigs (18./19.Jhdt.) sowie des dichter bebauten, aber nicht weniger hochwertigen Annabergs (19./20.Jhdt.), prägen das Bild der Stadt wesentlich. Im Beutig-Quettig dominieren architekturgeschichtlich verschiedene Spielarten des Historismus, am Annaberg finden sich zahlreiche Bauwerke aus dem Jugendstil.

Westliche Stadtteile

Der Stadtteil Oos ist durch seine Lage am Talausgang bestimmt. Hier treffen die wichtigsten Verkehrsachsen zusammen und bilden das Grundgerüst für die ursprünglich bäuerliche, heutzutage überwiegend städtische Bebauung. Vom Siedlungskern um die Kirche St. Dionys hat sich die Wohn- und Geschäftsbebauung vor allem entlang der Sinzheimer und der Rheinstraße bis zum Bahnhof entwickelt. Große Gewerbegebiete befinden sich entlang der Bahnlinie und der mittlerweile parallel dazu liegenden B3 neu. Der neue Stadtteil Cité, hervorgegangen aus dem ehemaligen französischen Quartier Cité und Kaserne, wird von der vierspurigen B 500 durchschnitten. Auf dem ehemaligen Kasernenareal dominiert im heutigen „Gewerbepark Cité“ das neue Fachmarktzentrum in futuristischer Architektur. Mit einem Kreisverkehr am neu gestalteten Stadteingang wurde eine Öffnung in die angrenzenden Neubaugebiete hergestellt. Der Charakter der vierspurigen B 500 ist durch seine bewusste grüne Kulisse auf der Südseite als „grüne Stadteinfahrt“ von hohem stadtgestalterischem und touristischem Wert. Die zwischen Oos und der Innenstadt gelegene Weststadt nördlich der B 500 zeigt sich von dieser Seite als geschlossene gründerzeitliche Bebauung, die in Form einer Blockrandbebauung die Fläche bis zur Rheinstraße (Nebenzentrum Weststadt) schließt.

Östliche Stadtteile

Am Ende der weltberühmten Lichtentaler Allee befindet sich das spätmittelalterliche Zisterzenserinnenkloster Lichtenthal in einer Ooschlinge. Nach Osten schließt sich der Ortskern von Lichtental an, dessen Bebauung um den Brahmplatz durchaus städtische Züge mit drei- und viergeschossigen Wohn- und Geschäftshäusern zeigt. In sich ab hier verzweigenden Seitentälern von Oosbach und Grobbach löst sich die Bebauungsdichte auf, städtische Züge gehen in den straßendorfartig bebauten Stadtteilen Geroldsau und Oberbeuern in ländlich geprägte Bebauung über, die von weitläufigen Streuobstwiesen unterhalb der Schwarzwaldberge umgeben sind. Die Neubaugebiete ordnen sich in Dimension und Gestaltung ein und sind / werden mittlerweile durch Bepflanzung in die Landschaft eingebunden.

Stadtteile

Die Stadt Baden-Baden wird ganz wesentlich von ihren Ortsteilen geprägt. Sie besitzen einen eigenständigen Charakter und ortsspezifische Siedlungsstrukturen. Sie

sind durchweg stark verflochten mit der sie umgebenden Landschaft.

Baden-Badener Rebland mit Steinbach, Neuweier und Varnhalt

Die Weindörfer des Reblands in der Vorbergzone und am Fuß des Ybergs (515 m ü.NN) mit ihren unverwechselbaren dörflichen Strukturen sind traditionell von landwirtschaftlicher Nutzung geprägt. Umgeben von den Reblagen am Hang und von den Streuobstwiesen Richtung Rheinebene haben sie sich jeweils um einen historischen Kern entwickelt.

Varnhalt mit seinem alten Siedlungskern ist ein sich entlang der Klosterbergstraße erstreckendes Haufendorf oberhalb des Steinmattentales. Am Fuß des Ybergs mit seiner den Ort überragenden Burgruine gelegen, zeigt sich Varnhalt mit seinem Ortsteil Gallenbach umgeben von Rebhängen in den Vorhügeln des Schwarzwaldes, die sanft zur Rheinebene hinunterführen. Bauliche Entwicklungen sind überwiegend talwärts erfolgt und fügen sich in Maßstab und Architektur in die ländliche Kulisse ein. Vielfach wurden in den alten Ortsteilen Winzerhöfe zu Wohnzwecken umgenutzt. Dominanteste Bauwerke sind die Kirche und die Winzergenossenschaft. Ein Dorfszentrum ist aus den bestehenden Strukturen derzeit nicht ablesbar.

Steinbach ist der westlichste und größte Stadtteil des Reblands, der auf eine spätmittelalterliche städtische Vergangenheit zurückblickt, wovon das im Zuge der Stadtsanierung und Dorfentwicklung liebevoll restaurierte „Städtl“ um den hochgelegenen Kirchplatz mit der neugotischen Pfarrkirche St. Jakobus Zeugnis ablegt. Es wurden neue Wohnformen in und um die alte Essigfabrik geschaffen, die mit einer hohen städtebaulichen und architektonischen Qualität Altes und Neues verbinden. Der angepassten Gestaltung des öffentlichen Raums wurde in Materialwahl und Ausstattung Rechnung getragen. Während sich in früheren Jahrhunderten die Besiedlung ins Tal hinein entlang des Steinbach Richtung Neuweier in ländlicher Bauweise entwickelte, wurden die Neubaugebiete des 20.Jh. mit einem hohen gestalterischen Anspruch an die Neubebauung („regionales Bauen“) nach Norden und Süden zur Rheinebene hin ausgewiesen. Bei der Realisierung des letzten Neubaugebietes auf dem Gelände der alten Ziegelei wurde vor allem ein familienfreundliches Bauen am Rande der rekultivierten alten Tongrube umgesetzt. Die Einbeziehung der freien Landschaft in die Planung ist gelungen. Zukünftig soll dem Erhalt des historischen Ortsbildes unter Berücksichtigung der Zentrenfunktion für das Rebland Rechnung getragen werden.

Neuweier ist der südlichste Stadtteil im Baden-Badener Rebland am Westabbruch des Schwarzwaldes zu seinen Vorbergen. Bestimmt wird die Siedlungstopografie durch den Verlauf des Steinbachs in Ost-Westrichtung aus dem Schwarzwald talwärts. Der Siedlungskern liegt um die ortsbildprägende katholische Pfarrkirche St. Michael aus der Mitte des 20. Jhdts. Weiter westwärts schließt sich, umgeben von Weinbergen und gegenüber der Winzergenossenschaft das Schloss Neuweier, das aus einer mittelalterlichen Tiefburg hervorgegangen ist. Der Haupttrakt mit den vier runden Flankierungstürmen aus dem 16. Jh. dominiert die Anlage. Bauliche Erweiterungen in zeitgemäßer Architektursprache veränderte vor allem die Westansicht. Heute ist das Schloss im Privatbesitz und beinhaltet eine renommierte Gastronomie sowie ein Weingut. Im Rahmen der Dorfentwicklung wurden in den 1990er Jahren viele Anstrengungen unternommen, um die Bebauung und die öffentlichen Räume in Neuweier dorfbildgerecht zu sanieren. Neuere Bauvorhaben bemühen sich, auch diesem Anspruch mit zeitgemäßer Architektursprache und Materialwahl zu entsprechen. Bauliche Erweiterungen in Neuweier finden sich insbesondere südlich der Mauerbergstraße als dicht bebauten Wohngebiet unterhalb der Reblagen des Schartenbergs.

Ebersteinburg

Ebersteinburg liegt nördlich der Kernstadt in ca. 450 m ü. NN und ist nicht nur der höchstgelegene Stadtteil Baden-Badens, sondern auch der weitestgehend von Waldgebieten umschlossene Stadtteil. Überragt wird der Höhenort von der Burgruine Alteberstein, dem ersten ebersteinischen Herrschaftssitz mit einem mächtigen Bergfried aus dem 13. Jahrhundert. Das kleine Ortszentrum befindet sich im Umfeld des dominierenden Rathauses sowie der St. Antoniuskirche mit spätgotischen Glockenturm und Langhauserweiterung in der Architektursprache der 60er Jahre des 20. Jhdts. Die Siedlungsentwicklung entlang der Hauptstraße mit den kleinlandwirtschaftlichen Anwesen und neueren Mehrfamilienhäusern liegt auf dem Sattel zwischen Burgberg mit Zimmerhardt und Battert. Sie zieht sich in Form von höherwertigen Einfamilienhausgebieten in bevorzugter Baden-Badener Wohnlage bis an den Parkplatz unterhalb der Battertfelsen. Die Ortseingänge von Süden und Norden sind durch Streuobstlagen geprägt, die Ortsrandlagen zeigen sich durchweg eingegrünt. Neuere Architekturen Richtung Osten zeigen sich aber selbstbewusst und unverstellt. Zukünftig wird sich der Ortseingang von der Wolfsschlucht kommend durch ein Neubaugebiet oberhalb der Straße nachhaltig verändern.

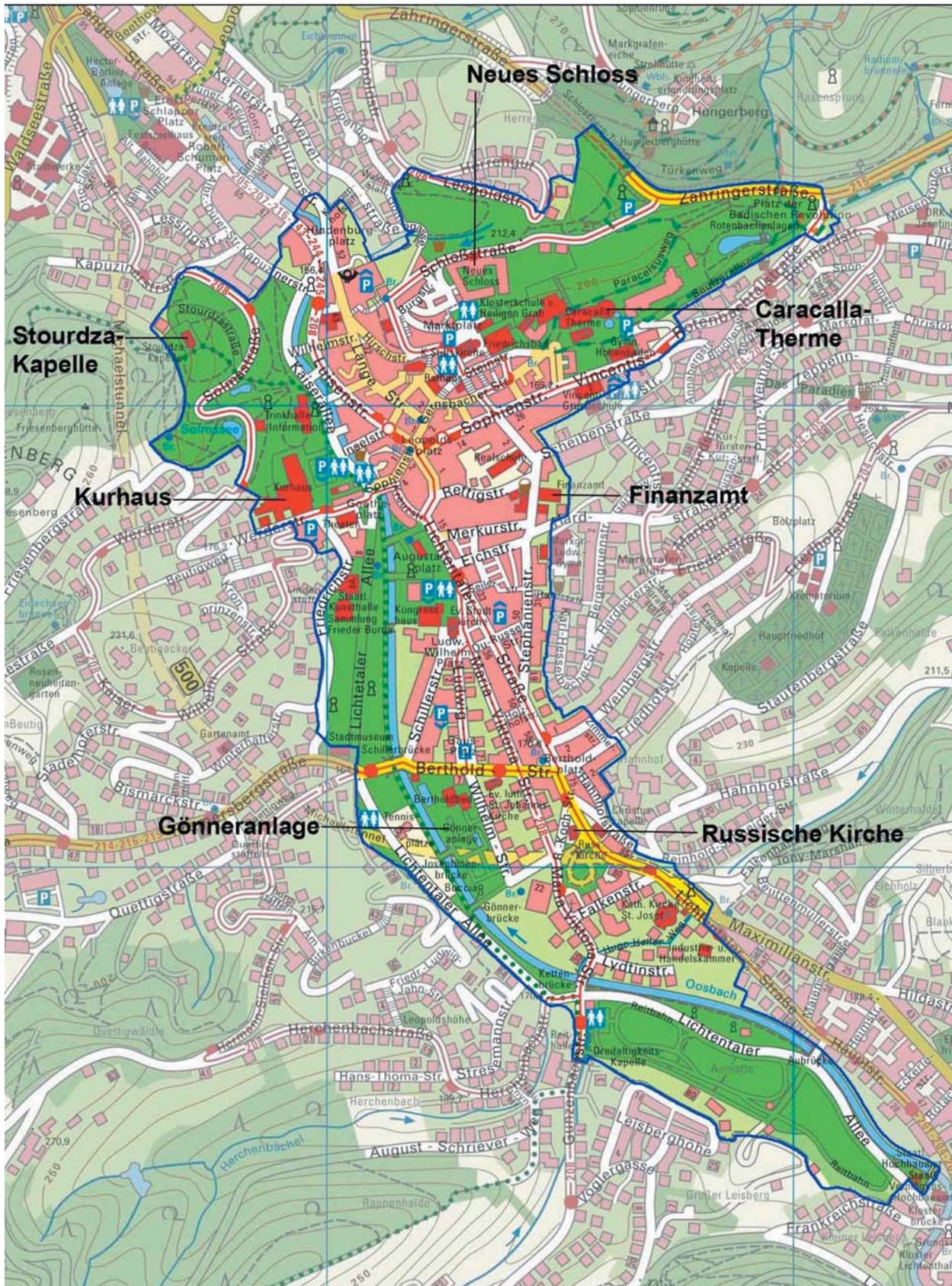
Haueneberstein

Haueneberstein ist der Stadtteil, der sowohl in der Vorbergzone des Schwarzwaldes wie auch in der Rheinebene liegt. Dies drückt sich nicht nur in der Bezeichnung (Oberdorf – Unterdorf) aus, sondern auch im Stadtgrundriss und im baulichen Charakter der Gebäude. Getrennt werden Oberdorf und Unterdorf durch die Karlsruher Straße, der natürlichen Grenze zwischen Schwarzwald/Vorbergzone und Rheinebene. Der funktionale Mittelpunkt befindet sich am Talausgang des Eberbaches im Bereich des dominierenden Rathauses und der barocken Kirche St. Bartholomäus oberhalb der Eberbachstraße. Das Oberdorf ist durch eine kleinstädtische, giebelständig stehende historische Bebauung geprägt, die zunehmend durch moderne Gebäude mit einer funktionaleren Bauweise ersetzt werden, sich aber dennoch weitgehend in die überlieferte Formensprache einfügen. Hierfür wurde der Grundstein in der Dorfentwicklung der 1990er Jahre gelegt, als die Sanierung der Eberbachstraße mit dem mittig verlaufenden Bach wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung des Ortsbildes hinsichtlich Flächengliederung, Materialwahl und Begrünung nahm. Wegen der topografischen Lage konnten in den letzten 50 Jahren Siedlungserweiterungen nach Süden, Westen und Norden vorgenommen werden, die sich überwiegend als Einfamilienhausgebiete mit einer durchweg angepassten Architektursprache darstellen. Nachhaltige Veränderungen des Ortsbildes und eine Erweiterung der Siedlungsstruktur werden durch das Neubaugebiet Illgenberg oberhalb der Eberbachstraße erwartet. Die Einbindung der früheren Neubaugebiete in die von Streuobstlagen umgebende freie Landschaft ist durchweg gelungen. Die nach Norden sich anschließenden Gewerbegebiete zeigen sich heterogen und nicht immer ortsbildgerecht.

Sandweier

Sandweier ist der einzige Ortsteil Baden-Badens, der ganz in der Rheinebene liegt. Ursprünglich Bauerndorf (Topinambur, Tabak), hat sich Sandweier entlang der alten B 3 zu einem Wohn- und Gewerbeort entwickelt. Das Ortszentrum befindet sich mittig am Kreuzungspunkt mit der Iffezheimer Straße, dort, wo früher das alte Rathaus stand. Bestimmt wird der im Rahmen der Dorfentwicklung Mitte der 1990er Jahre angelegte Platz gegenüber der neuromanischen Pfarrkirche St. Katharina und dem Rathaus an der Iffezheimer Straße. Geprägt wird das Ortszentrum heute von einem bislang nicht bebauten großen Grundstück, das für Sandweier nicht nur die bauliche und architektonische Mitte sondern auch eine dörfliche Grundversorgungsfunktion übernehmen soll. Die bauliche Struktur des Topinamburdorfes

Übersichtsplan: Geltungsbereich der Satzung zum Schutz der Gesamtanlage Baden-Baden



Quelle: Stadt Baden-Baden

orientierte sich in der Vergangenheit eher weniger an den ursprünglichen dörflichen Strukturen sondern überwiegend an funktionalen Erfordernissen. Hier bestehen Potentiale, für die Zukunft neue Akzente zu setzen. Größere Siedlungserweiterungen ergänzten die Ortsmitte und stellen teilweise den Lückenschluss an den Ooser Landgraben im Osten, an die BAB 5 im Norden und Nordosten sowie an die K 9613 im Südwesten her. Nach Süden zeigt sich der Ortsrand harmonisch übergehend in eine kleinstrukturierte landwirtschaftliche Nutzung mit hohem gestalterischen und Erholungswert. Nach Westen Richtung BAB gibt es seit langen Bestrebungen für größere Siedlungserweiterungen. Die räumliche Nähe von Wohnen und Gewerbe bieten große Chancen aber auch erhebliches Konfliktpotential. Besonderes Augenmerk sollte in Zukunft auf eine Aufwertung der Sandweierer Straße gelenkt werden.

Denkmalschutz

Die zweitausendjährige Geschichte Baden-Badens ist in hohem Maße zum einen in einzelnen Kulturdenkmälern (ca. 1.500 in der Gesamtstadt) und zum anderen in gut ablesbaren siedlungsgeschichtlichen Zusammenhängen überliefert (ca. 700 Gebäude unter Ensembleschutz). Aufgabe des Denkmalschutzes ist es, Kulturdenkmale zu bewahren und zu pflegen, den Zustand zu überwachen und Gefährdungen abzuwenden. Ziel dabei ist es, die originale Bausubstanz und das historische Erscheinungsbild möglichst weitgehend zu erhalten, indem sie vor Verfälschung, Beschädigung, Beeinträchtigung oder Zerstörung geschützt und auf Dauer erhalten werden.

Die Innenstadt weist mit insgesamt 30 eingetragenen Kulturdenkmälern (§12 Denkmalschutzgesetz - DSchG) und über 1.000 Kulturdenkmälern (nach §2 DSchG) sowie den 700 Gebäuden mit Ensembleschutz (§19 DSchG) eine besonders hohe Dichte an Kulturdenkmälern auf. Das Neue Schloss, der Stadtkern mit den Kuranlagen und der Lichtentaler Allee sowie die Vorstädte sind wichtige Träger lokaler und regionaler Identität. Um dieses unverwechselbare Bild der Kur- und Bäderstadt mit seinen Wechselbeziehungen zwischen Park- und Grünanlagen und der historischen Bebauung zu bewahren, hat der Gemeinderat der Stadt Baden-Baden die Satzung zum Schutz der Gesamtanlage Baden-Baden beschlossen und damit die bedeutendsten Teile der Innenstadt als Gesamtanlage nach § 19 DSchG unter Schutz gestellt. Dieser Ensembleschutz gilt seit 01.02.2008. Das Gebiet der Gesamtanlage umfasst eine Fläche von ca. 135 ha mit ca. 800 Grundstücken. Innerhalb des Geltungsbereichs der Satzung befinden sich 12 eingetragene Kulturdenkmale gem. § 12 DSchG, ca. 360 Kulturdenkmale gem. § 2 DSchG sowie ca. 700 Gebäu-

de mit Ensembleschutz gem. §19 DSchG.

Außerhalb der Gesamtanlage konzentrieren sich die denkmalgeschützten Gebäude in den Villengebieten des Beutig-Quettigs sowie des Annabergs. Zur Sicherung der hochwertigen Bebauung in diesen Gebieten wurden Bebauungspläne und Erhaltungssatzungen erlassen. Die Erhaltungssatzungen erstrecken sich auf einer Fläche von ca. 120 ha.

In den westlichen und östlichen Stadtteilen Lichtental, Oos und Balg stehen wesentlich weniger Gebäude unter Denkmalschutz (ca. 250). Von herausragender Bedeutung sind hier das Kloster Lichtental, das Jagdhaus Hubertus mit Nebengebäuden, die Ecole de Paris sowie die Ooswinkelsiedlung von Schmittthener.

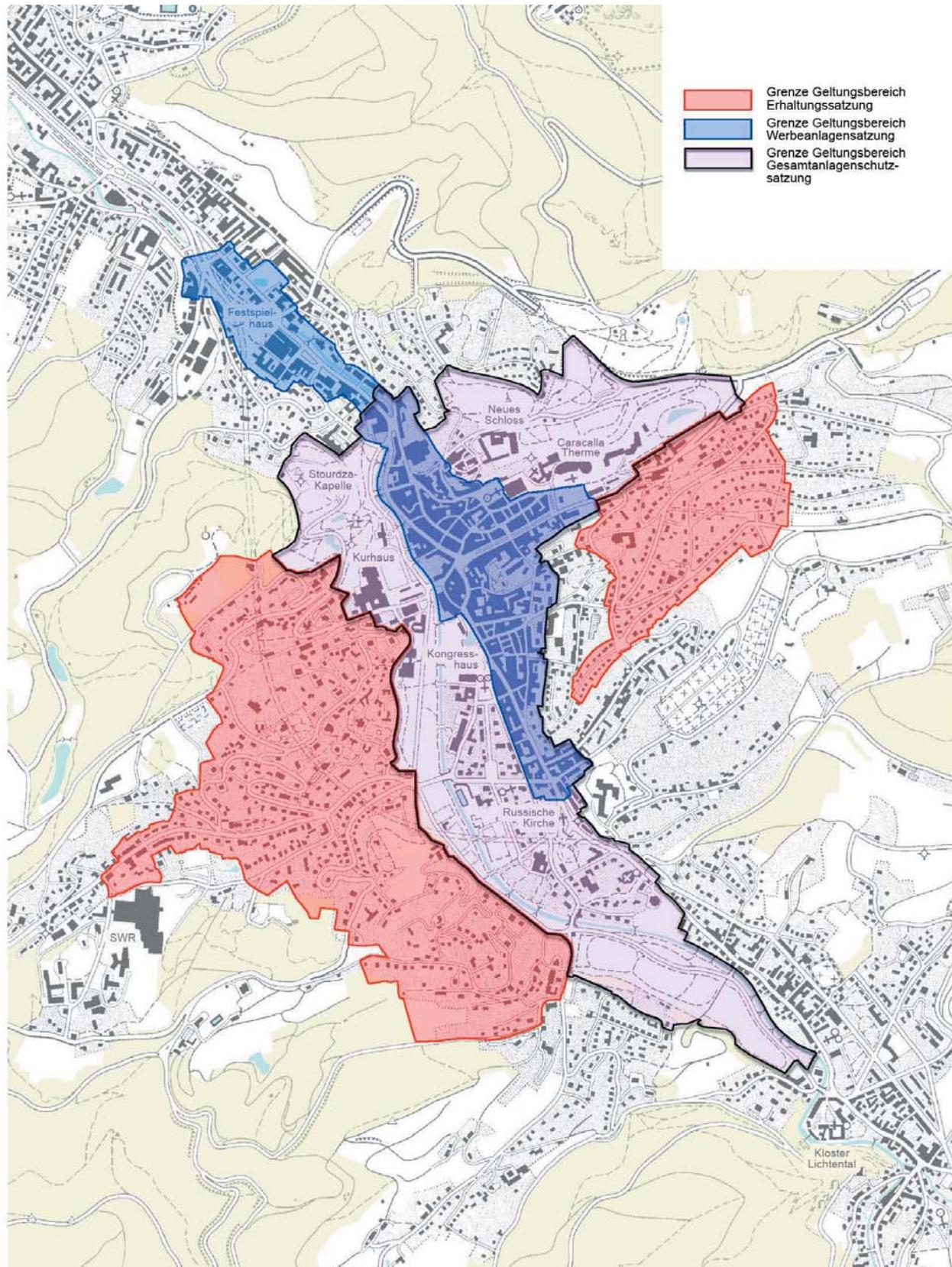
In den Stadtteilen des Reblandes, in Ebersteinburg, Haueneberstein und Sandweier stehen insgesamt ca. 200 Gebäude unter Denkmalschutz. Von herausragender Bedeutung gemäß § 12 DSchG sind in Ebersteinburg die Ruine Alteberstein, in Haueneberstein die Schule, die Katholische Kirche und das Pfarrhaus, in Neuweier das Schloss Neuweier und verteilt auf die Ortsteile 10 Bildstöcke, Wegekreuze und Denkmäler sowie das Meister Erwin Denkmal in Steinbach.

Unesco-Weltkulturerbe

Am 26.02.2007 hat der Gemeinderat beschlossen, alle Anstrengungen zu unternehmen, dass Baden-Baden in die Vorschlagsliste als „UNESCO-Weltkulturerbe“ von deutscher Seite aufgenommen wird. Auf dem Weg zu einer Entscheidung, ob eine Bewerbung als „Bäderstadt des 19. Jahrhunderts“ erfolgreich sein könnte, soll eine wissenschaftliche Einschätzung vorgenommen werden. In einem Workshop im November 2008 sollen anerkannte Fachleute aus unterschiedlichen Disziplinen und Institutionen die Thematik vertiefen, bevor weitergehende gezielte Arbeits- und Untersuchungsaufträge erteilt werden.

Es wird eine Zusammenschau unterschiedlichster Bereiche der Kulturgeschichte notwendig sein, etwa der Literatur-, Musik-, Kunst-, Architektur- und Gesellschaftsgeschichte. Hierzu bedarf es der Einordnung der Impulse, die von den sommerlichen Treffen der kulturell, politisch und wirtschaftlich führenden Gesellschaftsschichten in Baden-Baden und den anderen Badeorten Europas ausgingen. Vor diesem politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Hintergrund ist das ungewöhnliche architektonische, städtebauliche und gartenkünstlerische Erbe von Baden-Baden zu dokumentieren und einzuordnen und die Besonderheit,

Übersichtsplan: Geltungsbereiche Erhaltungssatzungen, Werbeanlagensatzung und Gesamtanlagenschutzsatzung



Quelle: Stadt Baden-Baden/FB Bauen und Planen/Stadtentwicklung

Einzigkeit und Eigenständigkeit der Stadt herausarbeiten.

Bei der Beantwortung der Frage, ob die kulturgeschichtliche Bedeutung Baden-Badens Gegenstand einer Bewerbung zur Aufnahme in die Welterbeliste der UNESCO sein könnte, muss vor allem der Frage nach der relativen Bedeutung der Stadt innerhalb Deutschlands und innerhalb Europas nachgegangen werden. Gab es im deutschsprachigen Raum ähnlich wichtige oder wichtigere Orte? Welche Rolle nimmt Baden-Baden innerhalb der Entwicklung der Städte des 19. Jahrhunderts ein? Hat das beschriebene Phänomen spezifisch regionale/nationale Züge, oder gibt es ähnlich ausgebildete Orte auch anderswo in Europa? Vermittelt der heutige Zustand der Stadt und ihrer Baudenkmale einen authentischen Eindruck von der Stadt des 19. Jahrhunderts? Die Stadt Baden-Baden gehört mit Sicherheit zu einem elitären Kreis von Kur- und Modebädern in Europa, sie lässt sich aber nicht isoliert betrachten.

Im Rahmen der vertiefenden Untersuchungen werden auch die Möglichkeiten einer seriellen Nominierung mit anderen europäischen Badeorten zu prüfen sein.

Öffentlicher Raum

Ein wesentliches identitätsstiftendes Element und von großer Bedeutung für das Image der Stadt ist die Erlebnis- und Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes. Dazu gehören vor allem die Gebäudekubaturen und die Fassadengliederung, die Straßen, Wege, Treppen, Plätze, die Parks- und Grünanlagen, Gewässer, Brücken und Brunnen, Geländer, Einfriedungen und Denkmale. Neben den Zielen des Denkmalschutzes und der Gesamtanlage Baden-Baden treffen hier die Interessen der Wohnbevölkerung, des Einzelhandels, des Kur- und Bäderbetriebes sowie des Tourismus aufeinander und führen zu spezifischen Ansprüchen und Konflikten insbesondere im Hinblick auf die zu verwendenden Materialien (Straßenbeläge, Farbgebung etc.), die Möblierung, Beleuchtung, Sondernutzung und Events im öffentlichen Raumes sowie Werbeanlagen.

Möblierung

Bei der Möblierung des öffentlichen Raumes sind verschiedene Akteure tätig und müssen im Interesse eines hochwertigen Stadtbildes koordiniert und gesteuert werden:

- Öffentliche Möblierung durch die Stadt und ihre unterschiedlichen Dienststellen und Gesellschaften (z. B. Abfallbehälter, Altglascontainer etc.).
- Notwendige Infrastruktureinrichtungen Dritter (z. B. Briefkästen, Verteilerkästen etc.)
- Möblierungen privater Nutzer (z. B. Auslagebehälter, Bestuhlung, Reiter etc.)

Zur Erhaltung und Aufwertung des Stadtbildes müssen alle Beteiligten die gleichen Anforderungen und Maßstäbe erfüllen.

Abbildung: Möblierung im öffentlichen Raum



Quelle: Stadt Baden-Baden

Abbildung: Möblierung im öffentlichen Raum



Quelle: Stadt Baden-Baden

Abbildung: Möblierung im öffentlichen Raum



Quelle: Stadt Baden-Baden

Sondernutzungen

In allen Geschäftszonen besteht der Wunsch der Ladeninhaber, die Zone vor ihrem Geschäft attraktiv zu gestalten. Ebenso möchten die Gastronomen in der von Kur- und Kongresswesen sowie Tourismus geprägten Innenstadt eine attraktive Außenbewirtung vornehmen können. Bei der Möblierung dieser Sondernutzungsflächen muss eine qualitätvolle Form gefunden werden, die diese Bedürfnisse erfüllt und gleichzeitig dazu beiträgt, dass das historisch wertvolle Zentrum seine individuelle Charakteristik behält.

Bei den Sondernutzungen im öffentlichen Raum gibt es immer wieder Spannungen zwischen den Wünschen der Einzelhändler nach großzügiger Warenpräsentation im Außenbereich / den Wünschen der Gastronomen nach großzügiger Außenbestuhlungsfläche, den sicherheitsrelevanten Aspekten wie ausreichende Durchgangsbreite für Fußgänger / Abstand zur Straße etc., den Auswirkungen auf das Stadtbild, den Auswirkungen auf die Anwohner insbesondere in den Abendstunden durch Geräusche und Lärm sowie dem Erhalt von städtischen Freiraumfunktionen mit entsprechender Freiraumqualität für alle.

Werbeanlagen

Werbung dient auf der einen Seite dem Interesse der Geschäftsinhaber und muss auf der anderen Seite auf die Architektur des Gebäudes und das Stadtbild Rücksicht nehmen. Je besser sich die Werbeanlage in das Gebäude einfügt, desto mehr hebt sie das Image des Ladens und des Stadtbildes. Werbeanlagen, Schriften und Schilder sollen individuell auf die Architektur des jeweiligen

Gebäudes abgestimmt für das einzelne Geschäft, Lokal oder den Betrieb werben und somit zur Individualität des Stadtkerns beitragen.

Abbildung: Beispiel Werbeanlagen



Quelle: Stadt Baden-Baden

Neben diesen Werbeanlagen am Ort der Leistung gibt es aber auch die klassische Werbung an öffentlichen Straßen und Plätzen z. B. an den Stadteinfahrten oder Info Säulen sowie private Hinweisbeschilderungen. Im Sinne einer cooperated Identity ist ein einheitliches Konzept, das dem Erscheinungsbild der Stadt gerecht wird, notwendig.

Abbildung: Beispiel Werbeanlagen



Quelle: Stadt Baden-Baden

Beleuchtung

Die Beleuchtungen in Baden-Baden sind ein wesentlicher Bestandteil des Stadtbildes. Die öffentlichen Beleuchtungsanlagen sind einerseits ein Sicherheitselement der Straßen und Wege. Andererseits prägen sie mit ihrer Tagwirkung wie ein eigenes Möblierungselement. Bei der Nachtwirkung kommt die jeweilige Betonung z. B. der Architektur oder der Grünanlagen hinzu. Ergänzende Beleuchtungen in Anlagen, an Fassaden oder Plätzen werden gezielt als Stilelemente genutzt oder wie die Allee- und Weihnachtsbeleuchtung als temporäre „Eventbeleuchtung“ eingesetzt. 1999 bis 2000 wurde eine Analyse der Innenstadtbeleuchtung vorgenommen und ein Konzept- sowie Zielplan entwickelt. An diesem Beleuchtungskonzept orientierten sich in den vergangenen Jahren private und öffentliche Lichtprojekte.

Events

Die Attraktivität und der Bekanntheitsgrad eines Ortes werden heute maßgeblich von temporären Veranstaltungen im öffentlichen Raum geprägt. Neben traditionellen Großveranstaltungen wie z. B. Weihnachtsmarkt, Weihnachtsbäume, -beleuchtung, -schmuck, Altstadtfest und verkaufsoffene Sonntage, kommen immer mehr Events durch private Veranstalter in unterschiedlichsten Größenordnungen hinzu (SWR3 New Pop-Festival, Oldtimermeeting, Musik in der Innenstadt, Infostände, Verschönerungsaktionen, Einkaufstüten, temporäre Kunstausstellungen im Freien etc.). Durch die Vielzahl der Veranstaltungen entsteht ein erheblicher Druck auf den öffentlichen Raum, der insbesondere in der Innenstadt zu einer Gefahr der Übernutzung führt. Hier ist abzuwägen, wie viel für das Image und das historische Stadtbild wünschenswert und zuträglich ist und welche Ansprüche sind dabei an die Gestaltung zu stellen sind. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit durch Um- und Neugestaltung von Straßen und Plätzen, z. B. des Augustaplatzes, neue Spielräume bzw. ein Ventil zu schaffen.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Soll sich auch zukünftig der besondere bauliche Charakter Baden-Badens in unterschiedlich verdichteten Gebieten (aufgelockerte Strukturen in Villengebieten und in ländlich geprägten Stadtteilen, verdichtetes Bauen in der Innenstadt und in den Zentren der Stadtteile) widerspiegeln?*

- *Wie soll sich zukünftig das Erscheinungsbild der Stadt entwickeln: Einheitlich oder facettenreich? Sollen die gestalterischen Vorgaben für bestimmte Bereiche in der Stadt enger gefasst und für andere Bereiche der Stadt zukünftig gelockert werden?*
- *Welche Entwicklungen sollen die Stadtteile nehmen? Soll z.B. das Rebland seine bauliche Entwicklung weiterhin im Sinne eines touristisch attraktiven Ortsbildes (Weinorte) oder einer liberalisierten Baukultur vornehmen?*
- *Wie geht man zukünftig mit bestehenden Nutzerkonflikten (Tourismus, Einzelhandel, Gastronomie, Wohnbevölkerung) in der Innenstadt um? Sollen sich die Ansprüche an den öffentlichen Raum dem hochwertigen Stadtbild unterordnen (Werbeanlagen, Sondernutzungen in Quantität und Qualität) ?*
- *Welche Prioritäten werden zukünftig an die Gestaltung der Stadteinfahrt (B500) gesetzt (Lärmschutz, Werbung, Grüngestaltung, Neubauten) ?*
- *Will sich die Stadt Baden-Baden auch zukünftig die höheren Aufwendungen zur Erhaltung des hochwertigen Stadtbildes leisten (Gasbeleuchtung, Natursteinpflaster, Möblierung)?*

LAUFENDE PROJEKTE

- Vorbereitungen zur Entscheidung über eine Bewerbung als Unesco-Weltkulturerbe
- Denkmalkataster im GIS (graphische Informationssysteme)
- Innenstadtkonzept (Gestaltungsvorgaben für den öffentlichen Raum)
- Neufassung Sondernutzungssatzung
- Bebauungspläne

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Keine bauliche Nachverdichtung in den parkähnlichen und stadtbildprägenden Villengebieten und Erhalt wichtiger innerstädtischer Grünstrukturen

- Sicherung des historischen Altstadtbereiches langfristig durch restriktive Maßnahmen.
- Regelungen für die Gestaltung des öffentlichen Raumes vor dem Hintergrund der Anforderungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen an die Gestaltung (u.a. Gestaltungskonzept / Leitbild für private Gebäude und Freiflächen, Konzept Oberflächengestaltung von Verkehrsflächen, Möblierungskonzept, Beschilderungskonzept, Farbberatung, Sondernutzungsflächen für Gastronomie und Einzelhandel sowie für Veranstaltungen).
- Städtebauliche Konzepte zur Aufwertung und Belebung von Straßenräumen in der Kernstadt und den Stadtteilen (z.B. Bertholdplatz, Marktplatz, Hindenburgplatz, Lange Straße zwischen Hindenburgplatz und Festspielhaus, Luisenstraße, Sinzheimer Straße, Gestaltung Stadteinfahrt - Werbung / Verkehrsleitsystem -, Umgestaltung B3 alt, Stadtteilzentren).
- Städtebauliche Konzepte zur Aufwertung von Quartieren in der Kernstadt und den Stadtteilen (z.B. Opelgelände, Passage Sophienstraße – Rettigstraße, Augustaplatz incl. Bereich FINA-Parkhaus und Kongresshaus, Bereich Bahnhof Oos, Schweigrother Platz, Ortsmitte Sandweier).
- Fortsetzung und Fortschreibung der Beleuchtungskonzeption (z.B. Fassadenanstrahlung, Weihnachtsbeleuchtung, Baumanstrahlung, Beratung bei öffentlichen und privaten Vorhaben).
- Fortschreibung Werbeanlagensatzung

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Bebauungspläne und Satzungen zum Erhalt von Stadtbild und Stadtstruktur für die Gesamtstadt
- Städtebaulicher Entwurf Cité 2005
- Satzung zum Schutz der Gesamtanlage Baden-Baden, Rechtskraft seit 01.02.2008
- Satzung der Stadt Baden-Baden über Werbeanlagen, Anschlagtafeln, Schaukästen und Automaten in den Innenstadt (Werbeanlagensatzung für Geltungsbereich A, B1 und B2), Rechtskraft seit 13.03.2003
- Polizeiverordnung der Ortspolizeibehörde der Stadt Baden-Baden gegen das unbefugte Plakatieren, Bemalen, Beschriften sowie Anbringen von Spruchbändern im Stadtkreis Baden-Baden vom 04.10.2007
- Satzung der Stadt Baden-Baden über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Fassung der Änderungssatzung vom 05.11.2001
- Richtlinien über Aufstellung und Verkauf von Waren auf öffentlicher Straßenfläche in Baden-Baden (gem. Empfehlung des gemeinderätlichen Stadtentwicklungs- und Bauausschusses vom 23.03.1982
- Beleuchtungskonzept Baden-Baden 2000 (Analyse 30.06.1999, Konzept und Zielplan September 2000)

SCHWERPUNKTE DER DISKUSSION

Die Frage der städtebaulichen und architektonischen Qualität ist für die Stadt Baden-Baden von zentraler Bedeutung.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Baudichte und aufgelockerte Strukturen (Differenzierung nach Lagen).
- Denkmalschutz / Gesamtanlagenschutzsatzung Innenstadt Baden-Baden.
- UNESCO-Weltkulturerbe.
- Bauliche Identität der Stadtteile.
- Gestaltung der Stadteinfahrt B 500.
- Schutz der Hanglagen (Stadtbild, Ökologie, etc.)

3.4 GRÜN- UND FREIRAUMENTWICKLUNG

Die landschaftliche Vielfalt in Baden-Baden ist zum einen Ausdruck der bewegten erdgeschichtlichen Vergangenheit (Rheintalgrabeneinbruch, Vulkanismus am Grabenrand). Das Spektrum reicht von Auenlehm/-sand in der Rheinaue, Dünenfeldern der Niederterrasse, Niedermoorböden in der Kinzig-Murg-Rinne bis zu den markanten Porphyrfelsen des Battert und flachen, lößbedeckten Buntsandsteinschollen, wobei Merkur/Staufenberg und Fremersberg/ Yberg als die Umgebung überragende Zeugenberge besonders ins Auge fallen. Starke Gegensätze im Höhenunterschied und dem Relief machen noch heute das Landschaftsbild um Baden-Baden sehr abwechslungsreich und attraktiv.

Abbildung: Landschaftsbild Baden-Baden



Quelle: StadtBaden-Baden

Zum anderen haben die ausgeprägte naturräumliche Differenzierung des Gebietes sowie die extensive Bewirtschaftung des Offenlandes der letzten Jahrhunderte reichhaltige und artenreiche Lebensräume z.T. sogar von europäischer Bedeutung geschaffen (Biologische Vielfalt). Gerade die wertvollen Landschaftselemente wie Streuobstwiesen, Feldgehölze, Trockenmauern, Hohlwege, Feuchtwiesen und Halbtrockenrasen beherbergen heute nicht nur die größte Artenvielfalt von Flora und Fauna, sie sind durch ihre Eigenart und Schönheit von besonderem Reiz für die Bevölkerung.

Waldflächen dominieren knapp zwei Drittel des Stadtkreises (61,5 %). Mit ca. 8.600 ha Waldflächen ist dies der größte zusammenhängende Kommunalforst deutschlandweit. Damit liegt Baden-Baden weit über dem Landesdurchschnitt von 38,1 % Waldfläche in Baden-Württemberg. Bei den Waldflächen handelt es sich

überwiegend um Mischwald. Die Waldbiotopkartierung weist im Stadtwald 285 spezielle Waldbiotope mit einer Gesamtfläche von 361,8 ha aus. Zudem sind 79 ha im Staatswald als Bannwald ausgewiesen.

Aufgrund dieser reichhaltigen Naturlausstattung hat der Stadtkreis Baden-Baden aus landesweiter Sicht eine besonders hohe Schutzverantwortung im Hinblick auf die Erhaltung und Förderung bestimmter Lebensraumkomplexe erhalten. Von besonderer naturschutzfachlicher Bedeutung sind die verbliebenen naturnahen Wälder (u.a. Bruch- und Sumpfwälder), Felsgruppen und Blockhalden, Lössböschungen und Hohlwege, naturnahe Quellen, Wiesengebiete mit mittlerem Grünland, Streuobstgebiete, aber auch die Sandrasengebiete auf der Niederterrasse und Flächen mit artenreichem Feucht- und Nassgrünland in der Rheinebene. Die Wertigkeit zeigt sich auch darin, dass sieben Schutzgebiete (ca. 1.760 ha) als Bestandteil des europäischen Netzwerkes Natura 2000 ausgewiesen wurden, um hierdurch eine langfristige Erhaltung des europäischen Erbes zu gewährleisten.

Tabelle: Flächenanteile der Schutzgebiete im Stadtkreis Baden-Baden

	Flächen- größe (ha)*	Flächenan- teil am Stadtkreis in %
Naturschutzgebiet (§ 26 NatSchG)	437,6	3,1
Landschaftsschutzgebiet (§ 29 NatSchG)	8.793,0	62,7
Naturpark (§ 30 NatSchG)	11.276,0	80,4
Naturdenkmal, fl ächenhafte (§ 31 NatSchG)	21,1	0,15
Besonders gesch ützte Biotope (§ 32 NatSchG)/ Waldbiotope (§ 30 LWaldG)	688,0	4,9
„Natura 2000 “ FFH- und Vogelschutzgebiete (§ 36 NatSchG)	1729,9	12,3
Ramsar-Gebiet	73,0	0,52
Bannwald (§32 LWaldG)	79,0	0,56

Quelle: Stadt Baden-Baden

* Derzeit im Verfahren befindet sich die Ausweisung des NSG „Sandheiden und Dünen“ im Bereich Puysegur auf einer Fläche von 177 ha (Entwurf vom 07.02.2008, RPK).

Landschaftswandel und Landschaftsentwicklung

In den letzten Jahrzehnten ist die Veränderung der Landschaft im Vergleich zu den vorhergehenden Jahrhunderten wesentlich rasanter verlaufen. Eine bedeutende Rolle spielte dabei der wirtschaftliche Aufschwung, der insbesondere die Siedlungsentwicklung und den erfolgten Ausbau des Verkehrswegesystems beeinflusste. In der Rheinebene wurden die Nutzungen intensiviert: Siedlungswachstum (vgl. AG Siedlungsentwicklung), Straßenbau (vgl. AG Verkehr) und Landwirtschaft konkurrierten um die begrenzten Flächen. Kennzeichnend im Stadtkreis Baden-Baden ist ferner ein zunehmender Wandel der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Die Bewirtschaftung im Bereich der gut erreichbaren und fruchtbaren Flächen der Rheinebene und der Vorbergzone wurde intensiviert. Vielerorts gefördert durch Flurbereinigung entstand eine in Teilen ausgeräumte Landschaft. Zudem führt die Intensivierung der Landwirtschaft zu einer intensiveren Nutzung der Ressourcen (Wasser, Boden, Luft). Schwierig zu bewirtschaftende, steile, feuchte oder trockene Flächen vor allem an den Talhängen des Schwarzwaldes aber auch in der Kinzig-Murg-Rinne werden jedoch mit zunehmender Tendenz aufgegeben und sich selbst überlassen. Über wenige Jahrzehnte erobert sich „Wildnis“ hier seinen Raum zurück. Im Vergleich zu dieser natürlichen Verbuschung (Sukzession) spielen dagegen aktive Aufforstungen nur eine untergeordnete Rolle. Beide Entwicklungen - Intensivierung wie Nutzungsaufgaben - führen meist zu einer Verarmung der oben beschriebenen Landschaft.

Wenn an einer Stelle eine Mähwiese aufgegeben oder an anderer Stelle ein Haus errichtet wird, fällt das zunächst nicht besonders auf. Da sich die Landschaft kontinuierlich wandelt, werden Veränderungen oft kaum wahrgenommen. Doch die scheinbar kleinen Veränderungen summieren sich. Im Rahmen der Strategischen Entwicklungsplanung Baden-Baden 2020 soll daher bewusst der Fokus auf den Wandel der Landschaft gelegt und die wesentlichen Prozesse aufgezeigt werden, die diesen Wandel beeinflussen. Steuerungsmöglichkeiten zur Landschaftsentwicklung und zur Erhaltung der Kulturlandschaft in der Region sollen verstärkt genutzt werden. Denn eine attraktive Kulturlandschaft ist gleichermaßen Lebensraum für vielfältige Tier- und Pflanzenarten, Grundlage der Kur- und Tourismusregion Baden-Baden sowie Identifikationsgrundlage für die Bürger.

Entwicklungen bei den Hauptflächennutzern

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft im Stadtkreis Baden-Baden ist seit je her geprägt durch eine kleinbetriebliche Struktur (Realteilung). Die tief greifenden Strukturveränderungen seit Ende des 2. Weltkrieges haben zu einem deutlichen Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe geführt, v.a. der Betriebe mit kleiner Flächengröße (bis 10 ha). Insbesondere seit 1971 ist nach den Erhebungen des statistischen Landesamtes ein Rückgang der landwirtschaftlichen genutzten Fläche zu verzeichnen (Anteile 1979: 25 % 1988: 23,8 % 2004: 22,5 %).

Abbildung: Landschaftspflege mit Schafen



Quelle: Stadt Baden-Baden

Landwirtschaftliche Flächen befinden sich heute vor allem in der Rheinebene, Vorbergzone sowie an den Siedlungsrändern der Stadt Baden-Baden, angrenzend an die Stadtteile Ebersteinburg, Lichtental, Oberbeuren, Geroldsau und Malschbach. Kleine Offenlandbereiche liegen außerdem in schmalen Wiesentälern (z.B. Oberes Oostal, Rubachtal, Übelsbachtal) und im Bereich der Waldwiesen (z.B. Plättig, Ochsenmatten). Die Hauptnutzungsarten sind Dauergrünland (47,5 %), Ackerland (35,3 %), Rebflächen (11,2 %) sowie Obstanlagen (2,6 %).

Zu beobachten ist eine immer schärfere Abgrenzung zwischen intensiver genutzten Bereichen (Ackerbau als Hauptidealwirtschaft im Bereich der ertragsstarken Böden der Schwemmfächer; großflächige, flurbereinigte Lagen im Rebland) und extensiv genutzten ertragsschwächeren Standorten oder aus topographischen Gründen schwierig zu bewirtschaftenden Flächen

(Schwarzwald, Vorbergzone, feuchte Standorte in der Kinzig-Murg-Rinne). Streuobstbestände und Wiesen-täler werden immer seltener gepflegt. Zu erwarten ist, dass eine ähnliche Entwicklung bei den Weinbergen im Rebland eintritt.

Die Grünlandnutzung ist vor allem in der Rheinniederung (Rheinaue, Kinzig-Murg-Rinne) sowie im Nördlichen Talschwarzwald weit verbreitet. Auch in der Vorbergzone nimmt Grünland als Unterkultur des Streuobstbaus sowie auf quelligen, feuchten und stau-feuchten Standorten größere Flächen ein. Während früher die Heugewinnung durch Mahd die prägende Nutzungsweise war, spielt sie heute keine wirtschaftliche Rolle mehr. Blumenreiche Mähwiesen und artenreiche Streuwiesen sind dadurch zweifach bedroht. Wird die landwirtschaftliche Nutzung aufgegeben, verbuschen sie. Werden sie nivelliert oder gedüngt, verlieren sie ihre Artenvielfalt und damit ihren charakteristischen Reiz. Extensive Landwirtschaft ist zum Erhalt dieser Flächen unverzichtbar.

Forstwirtschaft

Im Gegensatz zur Landwirtschaft waren die Veränderungen im Wald in den letzten Jahrzehnten - mit einer Ausnahme - nicht so gravierend. Lange Nutzungszeiträume sorgen bei der forstlichen Bewirtschaftung i.d.R. dafür, dass kurzfristige ökonomische Veränderungen nicht unmittelbar zu massiven Veränderungen im Wald führen. Dies gilt zumindest, solange die Nachhaltigkeit der forstlichen Nutzung gewahrt bleibt.

Dennoch gab es erhebliche wirtschaftliche Einbußen durch den Sturm „Lothar“ im Jahr 1999. Es entstanden zahlreiche große Windwurfflächen, in deren Folge sich der Waldaufbau deutlich verändert hat. Insgesamt waren davon mehr als 2.000 ha Wald (ca. ein Viertel der gesamten Waldfläche) betroffen. Damals entstand die Idee des Wildnispfades am Plättig. Die Windwurfflächen fallen dem Erholungssuchenden heute schnell ins Auge. Sie bieten allerdings auch Chancen: Bereits jetzt lässt sich feststellen, dass an Stelle der ehemaligen Forste durch Pflanzung und Naturverjüngung vielfältige Mischwälder nachwachsen. So ist z.B. der Anteil an Laubbäumen um 9 % gestiegen.

Die vielen Ansprüche an die Leistungen des Waldes erfordern ein Konzept, das den Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen auf der gesamten Waldfläche auch unter dem Einfluss des Klimawandels gerecht wird. Dazu hat der Gemeinderat am 31.07.2006 das folgende Zielsystem für die Forstperiode 2007 - 2016 beschlossen:

Tabelle : Zielsystem für die Forstperiode 2007 - 2016

	unwichtig				wichtig			
	0	1	2	3	4	5	6	
Schutzwirkungen (ökologische Wirkungen)						x	x	
Erholungsraum und Landeskultur						x	x	
Rohstoffherzeugung				x	x			
Arbeitsplatz			x	x				
Einkommen					x	x		

Quelle: Stadt Baden-Baden

Bei der Gewichtung zeigt sich, dass die Schutzwirkungen sowie die Erholungsfunktion des Waldes wichtiger als Rohstoffherzeugung, Arbeitsplatz und Einkommen eingestuft wurden.

Der Wald dient neben der Holzproduktion:

- der Sicherung des Trinkwassers (Wasserschutzfunktion auf 6.954 ha),
- der Erosionsabwehr (Bodenschutzfunktion auf 1.046 ha),
- der Reinhaltung der Luft (Immissionsschutzfunktion auf 465 ha),
- dem Schutz des regionalen Klimas (Klimaschutzfunktion auf 102 ha),
- der Erholung für den Menschen (gesetzl. Erholungswald auf 3645 ha) und
- als Lebensraum und Rückzugsgebiet vieler Tier- und Pflanzenarten.

Dennoch stellt sich im Rahmen der Diskussion um alternative Landnutzungskonzepte auf ertragsschwachen und gleichzeitig ökologisch bedeutsamen Flächen erneut die Frage nach dem Wildnisgedanken. D.h. Flächen der Natur zu überlassen, so dass diese sich zu einem natürlichen Wald entwickeln (Prozessschutz). Zu überlegen wäre ferner, inwieweit eine Option besteht, eine naturnahe Forstbewirtschaftung in der Waldrandzone mit extensiven Weideformen zu kombinieren.

Abbildung : Der Wald erfüllt viele Funktionen

Quelle: Stadt Baden-Baden

Tourismus- und Erholungsregion

Die gewachsene Kulturlandschaft hat für die Stadt Baden-Baden als Tourismus- und Erholungsregion eine überaus große Bedeutung (vgl. AG Tourismus). Die Gründe für die besondere Attraktivität der Region sind sehr vielschichtig und liegen in besonderem Maße in der o.g. Struktur und Ausstattung der Landschaft selbst. Der Tourismus lebt von dieser Landschaft und der zahlreichen Erholungsinfrastruktur. Weil touristische Infrastruktur oft in freier, wenig beeinträchtigter Landschaft gebaut wird, trägt der Tourismus eine besondere Verantwortung für den Landschaftsschutz - auch um nicht die eigenen Grundlagen zu beeinträchtigen.

Die Erhaltung und Pflege der Landschaft (Offenland und Wald) ist somit ein wichtiges Anliegen zur Erhaltung der Lebensqualität für Bewohner und Gäste.

Bewertung

Wie ist die Veränderung der Kulturlandschaft um Baden-Baden zu bewerten? Wohin soll die Entwicklung der Landschaft gesteuert werden?

Die Funktionen der Landschaft sind vielschichtig. Landschaft ist Heimat und Identifikation der Bewoh-

ner Baden-Badens, gleichzeitig Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Wasser- und Frischluftproduzent sowie Erlebnis- und Erholungsraum für Einheimische wie Touristen. Veränderungen in der Landschaft werden je nach Perspektive unterschiedlich bewertet: Wenn die Nutzung einer extensiven Mähwiese am Hang eingestellt wird, beklagen Erholungssuchende, dass gute Aussichtspunkte zuwachsen. Der Landwirt bedauert den Verlust von Produktionsflächen. Naturschützer machen sich Gedanken über die Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt. Förster denken an den aufkommenden Wald, der - allerdings erst nach einer Übergangsphase - Holz produziert, Kohlendioxid speichert und die o.g. Funktionen wahrnimmt.

Abbildung: Artenreiche Wiesen sind wertvolle Lebensräume

Quelle: Stadt Baden-Baden

Festzustellen ist, dass die Geschwindigkeit des aktuellen Wandels zunimmt. Beide Entwicklungen - Rückzug aus den Ungunstlagen wie Intensivierung der Gunstlagen - führen vielfach zur Verminderung des kulturhistorischen, ökologischen und ästhetischen Werts der Kulturlandschaft - zum Nachteil von Tourismus, Naturschutz und Heimatschutz.

Handlungsbedarf

Wenn Konsens besteht über den Wert der attraktiven Kulturlandschaft Baden-Badens sowie die Geschwindigkeit, die Gefahren und Chancen des Wandels erkannt werden, bleibt die Frage: Wie lassen sich die Entwicklungen beeinflussen bzw. wie sichern wir ein nachhaltiges Nutzungskonzept für das Offenland?

Landschaftspflege und Naturschutz

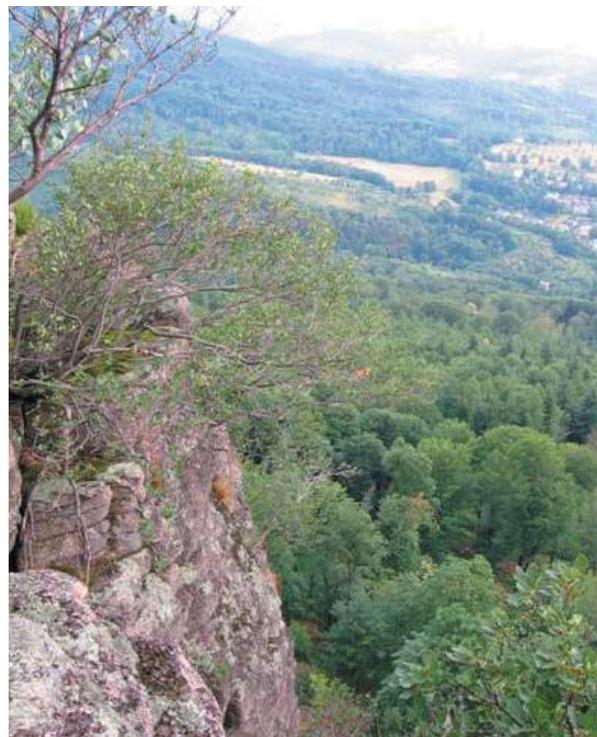
Die Stadt Baden-Baden engagiert sich seit vielen Jahren in der Erhaltung der Kulturlandschaft. Neben gebietsbezogenem Naturschutz (Ausweisung von Schutzgebieten) und der Erholungsvorsorge spielt die Landschaftspflege eine bedeutende Rolle im Stadtkreis. Im Rahmen der Landschaftspflege greift der Mensch aktiv in Natur und Landschaft ein, um den Gesamtzustand insbesondere der auf Pflege angewiesenen Landschaftstypen (z. B. Trockenrasen, Streuobstwiesen) zu erhalten bzw. zu verbessern.

Heute werden die Wiesenkomplexe um Baden-Baden durch wenige ortsansässige Landwirte, meist Tierhalter (Schafe, Ziegen, Rinder) bewirtschaftet. Dies erfolgt i.d.R. in Abstimmung mit bzw. Betreuung durch die städtischen Ämter. Das System ist jedoch anfällig: es funktioniert nur durch und somit in Abhängigkeit des Engagements weniger Bewirtschafter. Gleichzeitig ist die Pflege nicht rentabel und nur mit Zuschüssen leistbar. Ein optimales Pflegekonzept ist noch nicht erreicht. Hinzu kommen strukturelle Probleme, die regelmäßig aufgrund der starken Zersplitterung der Flächen (Realteilungsgebiet) entstehen.

Aktuell werden Mähwiesen und Weideland über EU- bzw. Landesmittel gefördert, um ein Zuwachsen des Offenlands zu verhindern. Denn die Kulturlandschaft Baden-Badens kann nur mit der Landwirtschaft erhalten werden. In Baden-Württemberg werden diese umweltgerechten Produktionsweisen durch folgende Programme gefördert:

- Landschaftspflegerichtlinie: Vertragsnaturschutz, d.h. Zuwendungen bei Biotop-/ Landschaftspflegemaßnahme auf Flächen mit speziellem Pflegebedarf (Schnittzeitpunkt, differenzierte Nutzung) oder auf Pflegeflächen, bei denen eine wirtschaftliche Nutzung nicht mehr möglich ist. Ferner gefördert werden Direktmaßnahmen, d.h. Biotopneuanlagen auf der Grundlage von Biotopvernetzungs-konzeptionen (z.B. Umwandlung von Ackerflächen in Grünland, Erstpflege auf Brachflächen)
- Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich (MEKA): Maßnahmen zur Nutzungsextensivierung und Erhaltung der Kulturlandschaft (z.B. Grünlandbewirtschaftung). Dieses Instrument ist sinnvoll einsetzbar bei landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, für die keine speziellen Pflegevorgaben vorgesehen sind. Die Betreuung läuft beim Landwirtschaftsamt Rastatt.

Abbildung: Die Landschaft um Baden-Baden lässt sich von vielen Aussichtspunkten aus erleben



Quelle: Stadt Baden-Baden

Darüber hinaus werden stadt-eigene Flächen durch das Forstamt gepflegt. Für Landschafts- und Biotoppflegearbeiten sind beim Forstamt Zivildienstleistende und Praktikantinnen im Freiwilligen ökologischen Jahr (sog. Öko-Trupp) beschäftigt.

Wenn Landwirte bzw. das Forstamt blumenreiche Wiesen pflegen und bewirtschaften und Ausblicke bewahren, tragen sie auch dazu bei, die Region als attraktives Urlaubsziel zu erhalten. Diese Leistungen sollte der Tourismus entsprechend honorieren.

Ganzheitliche Planungen

Das Naturschutzgesetz formuliert verschiedene Aufträge an die Kommunen in Baden-Württemberg zur Erhaltung der Kulturlandschaft. Wie will die Stadt Baden-Baden dem gerecht werden? Folgende Instrumente stehen u.a. zur Verfügung:

- FNP und Landschaftsplan

Der Stadtkreis Baden-Baden verfügt derzeit nur über einen veralteten Flächennutzungs- und Landschaftsplan. Entscheidungen etwa über die Ausweisung neuer Baugebiete können nicht auf aktueller Grundlage ganzheitlich vorausschauender Planungen getroffen werden - mit allen problematischen Konsequenzen für die zukünftige Entwicklung. Daher ist es nur folgerichtig beide Planungen, vorrangig und parallel zu aktualisieren und fortzuschreiben.

- Ökokonto Baden-Baden

Seit 2004 wird zudem ein weiteres Instrument zur Erhaltung der Kulturlandschaft eingesetzt: Das Forstamt betreibt eine gezielte, zurzeit noch punktuelle Bevorratung geeigneter Ausgleichsflächen/-maßnahmen über das Ökokonto Baden-Baden. Da diesem Konzept jedoch noch keine flächendeckende Fachkulisse zugrunde liegt, sollte eine Abgrenzung von „Ausgleichs- und Entwicklungsräumen“ sowie die Empfehlung von geeigneten Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der Fortschreibung des FNP/Landschaftsplans vorgenommen werden.

- Biotopverbund

Obwohl das Bewusstsein für die Tourismus- und Erholungsregion vorhanden ist, wird gleichzeitig die Landschaft immer stärker in Anspruch genommen. Der Neu- und Ausbau von Verkehrswegen sowie die kontinuierliche Ausdehnung von Siedlungs- und Gewerbeflächen bewirken seit Jahrzehnten eine zunehmende Zerschneidung der Landschaft. Dies führt u.a. zur Verkleinerung von naturnahen Flächen, zum Verlust von Lebensräumen, zur Beeinträchtigung der historisch gewachsenen Kulturlandschaft sowie zur Minderung von Einzigartigkeit und Erholungswert einer Landschaft

Große unzerschnittene verkehrssarme Räume sind jedoch wichtig für eine nachhaltige biologische Vielfalt, eine hohe Erholungsqualität sowie ein intensives Naturerleben. Die Sicherung der Biotopverbundfunktion bedingt somit klare Grenzen bei einem sparsamen und schonenden Umgang mit dem Freiraum.

Mit der Novellierung des Naturschutzgesetzes 2005 wurde die Forderung nach einem Biotopverbundkonzept formuliert, das mindestens 10% der Landesfläche umfassen soll. Zur dauerhaften Gewährleistung des Biotopverbundes sind die erforderlichen Kern- und Verbindungsflächen u.a. im Landschaftsplan darzustellen sowie Festlegungen im FNP zu sichern. Dies ist für Baden-Baden bislang noch nicht erfolgt.

Das bestehende Schutzgebietsystem im Stadtkreis Baden-Baden trägt wesentlich zur Sicherung der charakteristischen Arten und Lebensräume sowie des Biotopverbundes bei. Zu prüfen wäre, ob Bedarf zur Neufassung der Landschaftsschutzgebietsgrenzen besteht bzw. ob auf wenigen Teilräumen die ökologisch hochwertigen Biotopbestände langfristig über eine Neuausweisung (Naturdenkmal) gesichert werden sollen.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

Wohin soll die Entwicklung der Landschaft gesteuert werden?

- *Hauptziel: Erhaltung von Kulturlandschaft (im Wald und Offenland)!*
- *Landschaftspflege und/oder landwirtschaftliche Bewirtschaftung des Offenlands – Entwicklung von alternativen, nachhaltigen Pflegekonzepten?*
- *Nachhaltige Forstwirtschaft nach der beschlossenen Waldbesitzerzielsetzung u.a. auch im Hinblick auf den Klimawandel – zudem Zulassung von Wildnis (Prozessschutz)?*
- *Weinbau: Wie gehen wir mit einer voraussichtlich zunehmenden Anzahl Weinbergsbrachen um?*
- *Wie sichern wir ein nachhaltiges Nutzungskonzept für das Offenland im Außenbereich?*
- *Landschaftspflege stützt sich zurzeit nur auf wenige engagierte Personen – zudem besteht eine große Abhängigkeit von der EU-Finanzierung.*
- *Strukturelle Probleme (Realteilungsgebiet) bedingen regelmäßig Schwierigkeiten bei der Umsetzung von zusammenhängenden räumlichen Konzepten.*
- *Derzeit existiert kein optimales Pflegekonzept. Wünschenswert aus Naturschutzsicht sind Verbesserungen insbesondere in Richtung einer 2. Mahd der Wiesenflächen.*
- *Sicherung der Streuobstbestände ist derzeit zu pflegeaufwändig. Das „Patenschaftskonzept“ für öffentliche Flächen funktioniert zwar gut, Probleme bereiten die vielen privaten Flächen.*

Wie will die Stadt Baden-Baden dem Auftrag des Naturschutzgesetzes gerecht werden – in Bezug auf...

- *Biotopverbundkonzeption: Ein stadtweites Biotopverbundkonzept soll entwickelt werden.*
- *Eingriffsregelung/ Ökokonto: Eine räumliche/ zeitliche Entkopplung von Kompensationsflächen ist bereits auf Ebene des Flächennutzungsplans möglich.*
- *Schutzverantwortung Biodiversität: Unsere landesweite Verantwortung fordert mehr Engagement im Naturschutz und eine stärkere Berücksichtigung des Artenschutzes in der Stadtentwicklung.*
- *Schutzgebietsausweisung: Landschaftsschutzgebiet, Naturdenkmal.*

Welchen Stellenwert haben Landschaftspflege und Naturschutz in Bezug auf andere Flächennutzer für Baden-Baden?

- *Welchen Belangen soll ein besonderes Gewicht beigemessen werden?*

LAUFENDE PROJEKTE

- Fortschreibung Landschaftsplan 2008/2009 im Rahmen der Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Baden-Baden - Aufstellungsbeschluss FNP: 22.09.2003 (Aufgrund der geänderten Rechtslage ist eine erneute frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit für die Erstellung des FNP notwendig).
- Fachbeitrag Fauna (05/2008 – 10/2008): Wird derzeit von der AG für Tierökologie und Planung, Filderstadt erstellt im Rahmen der Fortschreibung des Landschaftsplans. Ziel ist die Priorisierung hinsichtlich vorrangig zu berücksichtigender Zielarten/ Flächen und Maßnahmen in Baden-Baden, sowie die Diskussion der besonderen Schutzverantwortung Biodiversität.
- Naturschutzgroßprojekt Nordschwarzwald (Ausarbeitung Ideenskizzen zu realisierungsfähigen Konzepten bis Ende 2008), Auftaktveranstaltung am 29.07.2008.
- Aufstellung Managementplan (MaP) zum FFH-

Gebiet „Wälder und Wiesen bei Baden-Baden“, Auftaktveranstaltung am 11.06.2008, Abschluss im Sommer 2009. Der MaP stellt speziell auf das Gebiet abgestimmte Erhaltungs- und Entwicklungsziele und daraus abgeleitete Maßnahmen auf.

- Forsteinrichtung (2007-2016): Arbeitsgrundlage für den Forstbetrieb in den nächsten 10 Jahre, derzeit erfolgt die Umsetzungsphase.
- Erstellung einer „Auerwildkonzeption für die Hochlagen“ (bis 10/2008) durch das Forstamt in Abstimmung mit der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt FVA.

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Kulturlandschaft sowie ihre Nutzbarkeit für die Land- und Forstwirtschaft werden langfristig durch einen sparsamen und schonenden Umgang mit dem Freiraum sowie einem nachhaltigen Nutzungskonzept gesichert.

- Gesamtziel für den Stadtwald ist die Erhaltung und der Schutz des Ökosystems Wald und die optimale Kombination seiner Wirkungen als ein möglichst hoher forstlicher Beitrag zu den Umwelt-, Wirtschafts- und Lebensverhältnissen in der Stadt Baden-Baden (Eigentümerzielsetzung). Dabei kommt der „ökologischen Schutzwirkung“ und dem „Erholungsraum“ eine höhere Bedeutung zu als den Zielen „Rohstoffherzeugung“, „Arbeitsplatz“ und „Einkommen“. Förderung eines struktur- und artenreichen Waldes im Hinblick auf den zu erwartenden Klimawandel.
- Der Strukturwandel in der Landwirtschaft der letzten Jahrzehnte wird immer mehr zur Herausforderung im Rahmen der Landschaftspflege. Die verbesserte EU-Kofinanzierung bei Umweltmaßnahmen wirkt sich zwar positiv auf die Landschaft und den Naturhaushalt aus. Dennoch bedarf es eines größeren kommunalen Engagements (weniger finanziell, eher ideell, organisatorisch, konzeptionell) in der Landschaftspflege von Offenlandstrukturen und der Erarbeitung innovativer Pflegekonzepte zur langfristigen Erhaltung der Kulturlandschaft.

- Die offene Landschaft sowie die vielfältigen Biotope und Lebensgemeinschaften sind wichtige Bestandteile der Kulturlandschaft. Eine großflächige Umnutzung oder Zersiedlung der offenen Landschaft wird vermieden. Unvermeidbare Eingriffe werden minimiert und angemessen ausgeglichen.
- Schutz von Tier- und Pflanzenarten und ihren Lebensgemeinschaften
- Die für Baden-Baden typischen Kulturlandschaften werden zur Erhaltung der Lebensqualität für Bewohner und Gäste großräumig erhalten und in ihrer spezifischen Eigenart entwickelt. Wertvolle und charakteristische Landschaftselemente in Baden-Baden (z.B. Streuobstwiesen, Feldgehölze, Trockenmauern, Hohlwege, Feuchtwiesen und Halbtrockenrasen) werden erhalten, ergänzt oder wiederhergestellt und in ihrer Qualität weiter entwickelt.
- Um eine biologische Artenvielfalt zu erhalten, ist im Rahmen einer flächendeckenden Biotopvernetzung das Arten- und Biotopschutzpotential zu stärken. Dabei sind die Leitarten und Maßnahmenvorschläge des Zielartenkonzeptes (Fachbeitrag Fauna) zugrunde zu legen.
- Als Beitrag zum landesweiten Biotopverbund werden bestehende Schutzgebiete (insbesondere Naturschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete) und geschützte Landschaftsteile in ihrer Qualität erhalten und entsprechend dem Schutzzweck entwickelt und um schutzwürdige Landschaftsteile erweitert.

Wir empfehlen folgende Leitprojekte vorrangig in Angriff zu nehmen:

- Entwicklung von alternativen Pflege- und Nutzungskonzepten zur Offenhaltung der Landschaft für städtische als auch für private Flächen beispielsweise für Ebersteinburg oder den Hungerberg in Kooperation mit lokalen Akteuren (z.B. Obst- und Gartenbauvereine, ortsansässige Landwirte, große Flächeneigentümer).
- Entwicklung eines langfristigen Konzeptes für die potenzielle Zunahme von Weinbergsbrachen (bspw. über Flächenankauf und Einrichtung einer Flächentauschbörse sowie im Gegenzug Aufbau eines Mosaiks aus Niederwäldern im Waldrandbereich).
- Ausweisung von Gebieten auf ertragsschwachen, aber ökologisch wertvollen Standorten im Wald, die sich langfristig zu Gebieten mit Wildnischarakter entwickeln können sowie im Übergangsbereich Wald/Offenland zur Kombination von Forstwirtschaft

und Weidelandschaft.

- Aufbau und langfristige Sicherung eines stadtweiten Biotopverbundsystems auf Basis der Zielartenkartierung sowie Umsetzung u. a. durch die Darstellung von Ausgleichsflächen im Flächennutzungsplan.

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Landesentwicklungsplan 2005
- Umweltplan Baden-Württemberg 2007
- Regionalplan Mittler Oberrhein 2003
- Landschaftsplan Baden-Baden 1983/1985, Fortschreibung "Teilbereich Rheinebene" 1999
- Eigentümerzielsetzung Wald, Beschluss vom 31.07.2006 (Drucks.-Nr. 06.211)
- Forsteinrichtung (2007-2016), Regierungspräsidium Freiburg – höhere Forstbehörde
- Retentionskonzeption für die Kinzig-Murg-Rinne zwischen Sandweier und Haueneberstein (ILN 1992)
- Pflege- und Entwicklungspläne für das NSG "Korbmatten" (BNL 1992) und das NSG "Bruchgraben" (ILN 1994)
- Konzeption natur- und landschaftsschutzwürdiger Gebiete der Kinzig-Murg-Rinne (BNL 1994)
- Biotopvernetzungskonzeption (ILN 1997)
- Faunistische Grundlagenerhebung "Dünen und Sandrasen zwischen Iffezheim und Sandweier" (ILN 1998)
- Schutzgebietskonzeption Hardtplatten (BNL 1999)
- Ökologische Begleitung der eigendynamischen Entwicklung des Riedkanals (Riedkanal-Zweckverband 2002)
- Naturschutzkonzeption Nördlicher Talschwarzwald und Vorbergzone (BNL 2003)
- Gewässerentwicklungsplan Oos und Nebengewässer (ILN 2003)

- Grünlandkartierung für die FFH-Gebiete (RPK 2006)
- Ornithologische Untersuchung im NSG „Bruchgraben“ (RPK 2006)
- sowie mehrere punktuelle faunistische Erhebungen im Rahmen von Umweltverträglichkeitsstudien zu verschiedenen Einzelvorhaben im Stadtgebiet

SCHWERPUNKTE DER DISKUSSION

Baden-Baden wird neben naturnahen Landschaftsräumen ganz wesentlich durch eine attraktive Kulturlandschaft geprägt. Die Sicherung und Pflege der Kulturlandschaft ist ein wesentliches Ziel zur Erhaltung der Lebensqualität von Baden-Baden für Bewohner und Gäste. Es stellt sich die Frage, welche Kultur- bzw. Naturräume erhalten und ausgebaut werden sollen und wie die hohe landschaftliche Qualität von Baden-Baden angesichts der Siedlungserweiterungen und zunehmenden Nutzungsaufgaben gesichert werden kann.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Alternative Pflegekonzepte/Nutzungskonzepte zur Offenhaltung der Landschaft
 - Weinberglagen
 - Naturräume mit Wildnischarakter
 - Biotopverbundsystem
-

3.5 KURANLAGEN UND STADTGRÜN

Gesamtsituation der Grünanlagen

Baden-Baden wird in hohem Maße durch seine öffentlichen und privaten Grünanlagen und seinen Baumbestand geprägt. Als Stadt der Parks und Gärten weist Baden-Baden eine Vielzahl an historischen und neueren Park- und Gartenanlagen auf, die für die Bürgerinnen und Bürger die Wohn- und Lebensqualität und für die Gäste die Attraktivität und Atmosphäre der Stadt mitbestimmen.

Insgesamt betreut die Stadt 468 ha öffentliche begrünte Flächen unterschiedlicher Ausstattung und Intensität verteilt auf etwa 1.600 große und kleine Teilflächen im gesamten Stadtkreis, wobei die Kuranlagen im Zentrum mit einer Flächengröße von 46 ha einen besonderen Schwerpunkt und ein Alleinstellungsmerkmal für die Kurstadt bilden.

Charakteristisch für die grüne Stadt sind aber auch der hohe Anteil an privaten Park- und Gartenflächen sowie die enge Verzahnung der öffentlichen Grünflächen mit der umgebenden Kulturlandschaft und dem Wald.

Neben der Bedeutung für Tourismus, Stadtbild und Freizeit erfüllen die Grünanlagen aber auch wichtige Funktionen in Bezug auf Stadtökologie und Stadtklima.

Historische Park- und Kuranlagen

Den Kernbereich und touristischen Schwerpunkt der Baden-Badener Park- und Gartenanlagen bilden die Kuranlagen mit der Lichtentaler Allee, der Gönneranlage, dem Kurgarten sowie den Parkanlagen an der Kaiserallee und dem Michaelsberg. Seit zwei Jahrhunderten immer wieder erweitert und ergänzt, bilden die Kuranlagen zusammen mit den eingefügten Bauwerken traditionsgemäß das Zentrum des gesellschaftlichen und kurörtlichen Lebens in Baden-Baden. Sie verbinden die historischen und modernen Veranstaltungsstätten und Kultureinrichtungen miteinander und mit den Hotels und Villengebieten im Oostal.

Aber die Park- und Kuranlagen sind weit mehr als das adäquate Umfeld für bedeutsame Gebäude, denn sie stellen an sich touristische Anziehungspunkte dar, die Baden-Baden als Reiseziel attraktiv machen und prägen. So sind die kurörtlichen Parkanlagen wie die Lichtentaler Allee und die Rosengärten nicht nur die meistbesuchten Touristenattraktionen in Baden-Baden, sondern werden auch von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt selbst häufig aufgesucht. Damit kommt den

Park- und Gartenanlagen eine sehr hohe Bedeutung für das Image der attraktiven Kur-, Kultur- und Kongressstadt und für die Identifikation der Baden-Badener mit ihrer Stadt zu.

Kurgarten

Den Mittelpunkt der Kuranlagen bildet der Kurgarten, der durch das 19. und 20. Jahrhundert hindurch bis heute das Zentrum des Kurorts Baden-Baden bildet. Er ist Programmpunkt eines jeden Reisenden, der gerade hier das besondere Flair des Weltbades mit Promenadenkonzerten, Blumenschmuck, Kandelabern und Kurgartenstühlen sowie verschiedenen hochkarätigen Veranstaltungen erwarten darf.

Abbildung : Kurhaus



Quelle: Stadt Baden-Baden

Der Kurgarten befindet sich im Eigentum des Landes, wird von der BKV verwaltet und von der Stadt gepflegt. Er ist eine gefragte Örtlichkeit für zahlreiche Veranstalter und Aussteller als eine der wenigen größeren Freiflächen mit Veranstaltungsinfrastruktur im Zentrum von Baden-Baden. Als problematisch haben sich in der Vergangenheit jedoch Veranstaltungen erwiesen, die zu einer Sperrung weiter Teile des Kurgartens und zu Schäden an den Grünflächen geführt haben oder als für das Ambiente von Kurhaus und Kurgarten unpassend empfunden wurden. Es erscheint daher wichtig, die Veranstaltungen auf bedeutsame und zum einzigartigen Charakter des Kurgartens passende Events zu beschränken und als Ersatz andere Veranstaltungsorte zu entwickeln. Der Kurgarten sollte als grüne Visitenkarte des traditionellen wie auch des modernen Kurlebens erhalten werden.

Lichtentaler Allee

Die Lichtentaler Allee vom Goetheplatz bis zum Kloster Lichtenthal ist Teil des historischen Erbes, das Baden-Baden zu Weltruhm verhalf. Aus einer baumbepflanzten Fahrstraße nach Lichtental vor über 300 Jahren entstanden, wird sie seit dem 19. Jahrhundert als historischer Landschaftspark im englischen Gartenstil gestaltet, gepflegt und weiterentwickelt.

Heute werden viele unterschiedliche Ideen und Vorstellungen auf die Lichtentaler Allee und ihre Nutzungen projiziert. Dabei ist die Lichtentaler Allee in erster Linie ein denkmalgeschütztes Gartenkunstwerk mit einer großen Geschichte, in dem für jeden Besucher die Tradition der Sommerhauptstadt Europas wieder lebendig werden kann. Darüber hinaus ist die Lichtentaler Allee der eigentliche Kurpark der Bäderstadt, der zu genussvollen, ausgiebigen Spaziergängen in der kunstvoll gestalteten Parklandschaft mit ihren Denkmälern und flankierenden Bauwerken einlädt. Botanisch gesehen bietet die Lichtentaler Allee eine einzigartige Gehölzsammlung im Sinne eines Arboretums. Neue Impulse setzen die Museen in der Allee, die das Erlebnis der Gartenkunst um Aspekte der bildenden Künste und der Stadtgeschichte bereichern. Aber auch für die Stadtstruktur ist die Lichtentaler Allee ein wichtiger Teil des grünen Bandes entlang der Oos, das Baden-Baden von Lichtental bis nach Baden-Oos durchzieht. Sie bildet das grüne Rückgrat der Kernstadt und ist die Parkanlage mit der höchsten Besucherfrequenz und größten Bedeutung für Baden-Baden.

Abbildung : Lichtentaler Allee



Quelle: Stadt Baden-Baden

Allerdings vermittelt die Beobachtung des Besucherhaltens in der Lichtentaler Allee den Eindruck, dass Unsicherheiten in der Parknutzung vorhanden sind. Fahrradfahren auf Fußwegen und Rasen, Picknick und

Grillen, freilaufende Hunde und Fußballspiele auf den Rasenflächen werden von vielen Spaziergängern als störend empfunden. Auch die Zunahme des Fahrzeugverkehrs, der zu einem erheblichen Attraktivitätsverlust in der Parkanlage führt, wird als Beeinträchtigung wahrgenommen. Als kritisch wird zudem die zunehmende Inanspruchnahme der Allee für Veranstaltungen oder Bauvorhaben gesehen.

Für die zukünftige Entwicklung könnten eine Verbesserung der Vernetzung der Allee mit den umgebenden gepflegten Kulturlandschafts- und Waldflächen sowie eine Begrenzung der störenden Einflüsse zielführend sein.

Weitere kurörtliche Anlagen

Die Fortsetzung der Lichtentaler Allee entlang der Oos in Richtung Nordwesten bildet die Kaiserallee. Noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte die Kaiserallee den gleichen Stellenwert für den Kurbetrieb wie die Lichtentaler Allee. Heute ist die Aufenthaltsqualität durch den Fahrzeugverkehr auf der Kaiserallee beeinträchtigt. Dennoch wählen vor allem Gäste aus Richtung Festspielhaus und den umliegenden Hotels die Kaiserallee gerne als Verbindung zum Kurzentrum.

Der Michaelsberg mit seinen großzügigen landschaftlichen Anlagen, ökologisch wertvollen Wiesen und der Stourdzakapelle lud schon immer zu kontemplativen Spaziergängen unweit des Kurzentrums ein. Dieses Angebot stellt eine sinnvolle Ergänzung zu den belebten Kuranlagen in der Talsohle dar. Handlungsbedarf besteht vor allem bei der Sanierung der Wegeflächen.

Als wenig attraktiver grüner Stadtplatz präsentiert sich der Augustaplatz, der weder gestalterisch noch in seinen Nutzungsmöglichkeiten überzeugen kann. Immerhin geben die Wasserfontänen dem großen Platz einen positiven Gestaltaspekt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Kuranlagen findet sich im historischen Bäderbereich. Er wird über die Promenade der Sophienstraße mit dem Kurviertel verbunden. Die Grünflächen zwischen Friedrichsbad, Thermen und Rheumazentrum übernehmen vor allem die Zugangsfunktion zu den dortigen öffentlichen Gebäuden und verbinden die Altstadt mit dem grünen Talraum des Rotenbachtals und der Seufzerallee. Leider ist das Thermalwasser in den Freianlagen kaum wahrnehmbar.

Einen besonderen Stellenwert für den Bäderbereich und die Altstadt hat der Florentinerberg mit seiner wertvollen mediterranen Pflanzensammlung. Allerdings mindern die fehlende Wegefortsetzung zum Neuen Schloss

und weiter zum Hungerberg sowie der inzwischen dichte Wuchs der Pflanzenbestände die Anziehungskraft des Florentinerbergs.

Abbildung: Florentinerberg



Quelle: Stadt Baden-Baden

Als eine Art neuer landschaftlicher Kurpark entstand 1981 mit der Landesgartenschau die Parkanlage am Hungerberg. Als Sonnen- und Aussichtsbalkon oberhalb der Innenstadt weist sie eine hohe Attraktivität, trotzdem aber nur eine eher geringe Frequentierung auf. Zukünftig könnte durch die Verbesserung der Zugänge beispielsweise über den Florentinerberg, das Rotenbachtal oder das Pflutterloch aus der Lange Straße die Erreichbarkeit der Parkanlage optimiert werden.

Ebenfalls als Aussichtsbalkon entstand bereits in den zwanziger Jahren die Wasserkunst Paradies am Annaberg. Mit der Durchführung umfangreicher Sanierungsmaßnahmen und unterstützt durch den Freundeskreis Paradies sollen in den nächsten Jahren die Voraussetzungen für eine langfristige Sicherung dieses einzigartigen Gartendenkmals geschaffen werden.

Schwerpunkthemen des Stadtgrüns

Rosen - Blumen - Dahlien

Ein besonderes Ereignis in der Park- und Gartensaison in Baden-Baden stellt die Rosenblüte dar, die alljährlich mit dem internationalen Rosenneuheitenwettbewerb der Stadt Baden-Baden ihren Höhepunkt als europaweit beachtetes Rosenevent findet. Als Rosenstadt von internationalem Ruf verfügt Baden-Baden mit der Gönneranlage und dem Rosenneuheitengarten auf dem Beutig über zwei bedeutende Rosengärten, die in der Saison als touristische Reiseziele dienen und einen wichtigen Image-träger für die grüne und elegante Kurstadt darstellen. Sonderveranstaltungen wie die Konzerte zur Rosenblüte der Philharmonie tragen zu einem ganz besonderen Erlebnis in den Rosengärten bei. Wichtig für die Rosenstadt Baden-Baden ist aber auch die Gestaltung des Entrees an den Stadtzufahrten mit Rosen.

Neben den Rosen ist der Blumenschmuck ein wichtiges Merkmal der Kurstadt. Nach den umfangreichen Reduzierungen der Beetflächen sowie des Blumenschmucks in der Innenstadt in den Jahren 2002 bis 2004 sollten die nun noch vorhandenen Beetflächen und Blumenschalen bestehen bleiben. In den Ortsteilen konnte durch ein umfangreiches bürgerschaftliches Engagement der öffentliche Blumenschmuck weitgehend gehalten werden. Ergänzt wird das private Engagement seit dem Frühjahr 2007 durch die „Blumentüten-Aktionen“ der Einzelhändler für ein blühendes Erscheinungsbild der Innenstadt. Eine besondere Initiative ist die Wiederanlage des Dahliengartens in der Lichtentaler Allee durch den Verein der Freunde des Dahliengartens als herbstliches Blütenhighlight.

Abbildung: Rosenneuheitengarten auf dem Beutig



Quelle: Stadt Baden-Baden

Für viele Besucher der Stadt sind die Blütenhöhepunkte, zu denen auch die Krokus-, Kirsch-, Rhododendron- und Magnolienblüte zählen, Anlass für eine Reise nach Baden-Baden und einen Besuch der Park- und Gartenanlagen, in denen ganzjährig bei freiem Eintritt „Gartenschauerlebnis“ geboten wird.

Baumbestand

Ein besonderes Charakteristikum des von Grün geprägten Stadtbilds ist der Bestand an privaten und städtischen Bäumen, der sowohl durch seine alten Bäume vor allem in den historischen Kuranlagen und Villengebieten als auch durch seine Arten- und Sortenvielfalt sowie die große Anzahl an Bäumen auffällt. So finden sich im ganzen Stadtkreis etwa 35.000 städtische Bäume in der Betreuung des Gartenamts. Da seit Jahrzehnten regelmäßig Ersatz- und Ergänzungspflanzungen vorgenommen wurden, weist der städtische Baumbestand eine gute Altersstruktur auf.

Der Baumbestand ist jedoch nicht nur ein wichtiger Bestandteil des Stadtbilds, sondern übernimmt auch ökologische und stadtklimatische Funktionen. Gerade vor dem Hintergrund der Feinstaub- und CO₂-Problematik sowie der Klimaveränderung werden die Bäume auch zukünftig einen entscheidenden Beitrag zur Lebensqualität in der Kurstadt leisten. Daher ist der Schutz der Bäume durch die Baumschutzsatzung als unverzichtbar anzusehen und sollte in der bestehenden Form beibehalten werden. Darüber hinaus ist die Ausweisung von Einzelbäumen als Naturdenkmal fortzuschreiben, um Bäume von besonderer Bedeutung besser schützen zu können.

Straßenbegleitgrün

Seit einigen Jahren wird das Ziel einer differenzierteren Begrünung der Straßenräume angestrebt. Den Schwerpunkt bildet die Pflanzung von Straßenbäumen entlang der Haupteinfahrtsstraßen von Wohn- und Gewerbegebieten, um die Wirkung der Bäume für Stadtbild, Stadtklima und Ökologie bei vertretbarem Pflegeaufwand effektiv einsetzen zu können. Insbesondere bei der Begrünung der Gewerbegebiete sollte die äußere Einbindung und optische Abschirmung noch mehr den Vorrang vor einer starken inneren Durchgrünung des Gebiets haben.

Auf umfangreiche Strauch- und Bodendeckerpflanzungen wird zunehmend zu Gunsten von pflegeleichten Rasen- und Wiesenflächen entlang der Straßen ver-

zichtet. Zier- und Schmuckpflanzungen sowie intensive Straßenbegrünungen sollen auf die touristisch bedeutsamen Stadtfahrten und ortsteilprägenden Flächen beschränkt werden.

Spielräume

Baden-Baden verfügt über 61 Spielplätze, 9 Bolzplätze und verschiedene Spielpunkte mit einer guten Verteilung zur Versorgung in den Wohngebieten im gesamten Stadtkreis. Die Spielplätze werden insgesamt gut frequentiert, wobei teilweise die homogene Entwicklung der Altersstruktur in geschlossen entstandenen Wohngebieten naturgemäß zu Nutzungszyklen führt. Die Frequentierung der Bolzplätze ist unterschiedlich. Neue Angebote wie Basketballkörbe werden dagegen gut von den Jugendlichen angenommen, finden sich aber nur in sehr geringer Zahl im Stadtgebiet. Insgesamt sind die Spielräume ein wichtiger Teil zur Familienfreundlichkeit Baden-Badens und bilden oftmals auch die Quartierszentren und informellen Treffpunkte der Wohngebiete.

Mit der Entwicklung neuer Wohngebiete wurden stets auch neue Spielräume gestaltet, so zuletzt in der Cité Paris oder im Wohngebiet der alten Ziegelei in Steinbach. Gleichzeitig erfolgte die Sanierung einzelner Spielplätze. Ergänzend konnten Spielzonen auf Schulhöfen ausgewiesen werden.

Abbildung: Spielplatz „Alte Tongrube“



Quelle: Stadt Baden-Baden

Als nachteilig stellt sich dar, dass viele Spielplätze nur eine geringe Flächengröße haben und wenig Raum für freies Spiel bieten. Neue Spielplätze sollten daher großflächiger angelegt werden. Auch ist die Geräteaus-

stattung auf vielen Plätzen trotz mancher Ersatzanschaffungen veraltet. Hier ist ein kontinuierlicher Ersatz von Altgeräten durch interessante und abwechslungsreiche Neugeräte erforderlich.

Wünschenswert wäre zudem ein Großspielplatz oder Abenteuerspielplatz in Verbindung mit einer Grünanlage wie dem Wörthböschelpark oder dem Aumattareal, der durch eine außergewöhnliche Ausgestaltung und Ausstattung beispielsweise mit Wasserspielelementen Familien aus der ganzen Stadt als Ausflugsziel dienen könnte.

Als unzureichend ist bei den Spielräumen das Angebot für ältere Kinder und Jugendliche zu beurteilen. Die vorhandenen Bolzplätze allein sprechen nur einen bestimmten Teil der Jugendlichen an. Zeitgemäße Angebote wie Skateranlagen oder Streetballfelder, die nicht nur für die jeweilige Sportart genutzt, sondern auch als Treffpunkte für Jugendliche akzeptiert werden, sind nur in Ansätzen vorhanden. Spielräume für ältere Kinder und Jugendliche könnten wichtige soziale Aufgaben übernehmen und Alternativen zu momentan etablierten Treffs beispielsweise in der Innenstadt oder in den Kuranlagen bieten. Hier besteht Nachholbedarf sowohl in der Kernstadt als auch in den Ortsteilen.

Kleingartenanlagen

Die überwiegende Zahl der Kleingärten in Baden-Baden ist in der „Vereinigung der Gartenfreunde Baden-Baden e.V.“ zusammengeschlossen, die in 10 Kleingartenanlagen über 400 Gärten betreut. Hinzu kommen weitere, nicht in der Vereinigung der Gartenfreunde organisierte Kleingartengruppen.

Die Kleingärten befinden sich meist im Übergang der Bebauung zur freien Landschaft und tragen zur Pflege der Kulturlandschaft der Siedlungsränder mit ihrer landschaftsbildtypischen gärtnerischen Nutzung als Ortsrandbegrünung bei. Aber auch umweltpädagogische Aufgaben und Beiträge zur Integration von Migranten werden durch die Kleingartengruppen geleistet.

Da die Zahl der Gärten grundsätzlich als ausreichend zu bezeichnen ist, sind Neuausweisungen von Gärten oder Gartenanlagen in absehbarer Zeit nicht erforderlich.

Friedhöfe

Baden-Baden verfügt derzeit über 12 städtische Friedhöfe, wobei der alte Friedhof in Ebersteinburg zum

Jahresende 2008 entwidmet werden soll. Die Friedhöfe sind Orte der Trauer, Erinnerung und des Gedenkens an die Verstorbenen und damit auch Orte der Kultur, Tradition und Identifikation. Vor allem in den Ortsteilen ist in Baden-Baden die Friedhofskultur als Teil des Alltags und des Jahreslaufs vielfach noch lebendig. Gleichzeitig sind die Friedhöfe auch Angebote für Freiraumaufenthalte der Ruhe und Entspannung innerhalb der Stadt. Die Friedhöfe ergänzen damit das Grünflächenangebot.

Auf Grund der stetigen Zunahme des Anteils der Feuerbestattungen an der Zahl der Gesamtbestattungen ist für absehbare Zeit keine Neuausweisung von Friedhofsf lächen notwendig. Im Gegenteil werden langfristig die tatsächlichen Bestattungsf lächen auf den Friedhöfen zurückgehen, so dass die die Friedhöfe als kontemplative Freiräume an Bedeutung gewinnen dürften.

Grünversorgung in den Stadt- und Ortsteilen

Grün in der Innenstadt

Die für die Kernstadt bestimmenden Grünflächen werden vor allem durch die kurörtlich bedeutsamen Anlagen gebildet. Wichtig für die Grünversorgung im Sinne einer für Bürgerinnen und Bürger nutzbaren Grünstruktur ist die Vernetzung der Kuranlagen mit den Wohngebieten und den umgebenden freien Landschaftsräumen und Wäldern. Dabei können die Parkanlagen entlang der Oos das grüne Hauptband bilden, von dem aus einzelne Strahlen bevorzugt in den Seitentälern des Oostals die Verbindungen zu den Erholungsräumen auf den Halbhöhen und Höhen herstellen.

Die Situation der Spielräume in der Innenstadt hat sich in den vergangenen acht Jahren positiv entwickelt. Die Neuanlage der Spielplätze an der Inselstraße und am Palais Gagarin, die Neugestaltung des Spielplatzes in der Stephaniestraße und die Erweiterung des Spielplatzes an der Klosterwiese haben die Attraktivität der Innenstadt und der Kuranlagen für Familien deutlich erhöht. Neue Spielpunkte setzen diese Entwicklung in der Fußgängerzone mit Hilfe von Spendern und Sponsoren fort.

Westliche und östliche Stadtteile

In den westlichen Baden-Badener Stadtteilen besteht mit einigen größeren Grünanlagen und der Nähe zu den Landschaftsräumen am Hardberg und am Jagdhäuser Wald und den südöstlich anschließenden Waldgebieten eine insgesamt gute Versorgung mit öffentlichen Grün-

anlagen. Auch die Versorgung mit Kinderspielplätzen ist ausreichend.

Die zentrale Grünanlage für Oos, die Cité und die Weststadt stellt der Wörthböschelpark dar, der im Umfeld der Landesgartenschau 1981 entstand. Der Wörthböschelpark, auch Oosauenpark genannt, wird überwiegend als Park zum Spaziergehen genutzt. Gut angenommen wird zudem der Spielplatz am Nordwestrand. Allerdings sind die Potentiale dieser Grünanlage damit kaum ausgeschöpft, denn als benutzbarer Volkspark könnte der Wörthböschelpark im Gegensatz zu dem eher kontemplativen Charakter der Kuranlagen im Stadtzentrum eine ganz eigene Anziehungskraft als aktiv zu nutzende Grünanlage für alle Generationen aus dem ganzen Stadtgebiet erhalten. Denkbar sind Picknickwiesen, ein Biergarten, Bolz- und Streetballfelder für selbst organisierten Freizeitsport, ein Ausbau des Spielplatzes sowie Angebote für Skaten oder Minigolf.

Abbildung: Wörthböschelpark



Quelle: Stadt Baden-Baden

Anders dagegen ist der Schwerpunkt des Sportareals am Aumattstadion zu sehen, dessen Entwicklung vor allem den Ausbau des Angebots für organisierte Sportarten und Vereinsaktivitäten zum Ziel haben sollte (siehe auch Kapitel 13).

Als wichtige Verbindung dieser Freiraumschwerpunkte untereinander und mit den Wohngebieten und der Innenstadt ist die „Grüne Einfahrt“ ein Grünzug, der nicht nur als kombinierter Fuß- und Radweg dient, sondern das gepflegte Bild der grünen Stadteinfahrt bestimmt.

Neu angelegt werden seit zwei Jahren die Freiräume in der Cité als Bestandteil des städtebaulichen Gesamtkonzepts des Konversionsgebiets. Eine Sonderstellung nimmt die Ooswinkelsiedlung als denkmalgeschützte Siedlung aus dem ersten Viertel des 20. Jahrhunderts

ein. Die zugehörigen öffentlichen Freiräume befinden sich nicht in einem der Bedeutung des Denkmals adäquaten Grundzustand.

Als ausbaufähig in den westlichen Stadtteilen ist vor allem die Vernetzung der Freiräume einzustufen. Dies gilt unter anderem für die noch ausstehenden Teilabschnitte des grünen Bandes entlang der Oos, beispielsweise zwischen Ebertplatz und Aumattstadion und weiter zur Ooswinkelsiedlung oder am Oosufer von der Hubertusstraße zum Wörthböschel. Auch eine bessere Verknüpfung von Cité und Oosverlauf bzw. mit dem Wörthböschelpark ist wünschenswert.

In den östlichen Stadtteilen stellen die Klosterwiese als Teil der Lichtentaler Allee und die umgebenden Waldgebiete und Landschaftsräume die wichtigsten Erholungsräume dar. Wünschenswert wäre hier vor allem eine bessere Verbindung der Klosterwiese mit dem Wald und der Kulturlandschaft an den Ortsrändern beispielsweise über das städtische Obstgut am Leisberg oder den äußeren Klostergarten.

Grünversorgung in den Ortsteilen

Baden-Baden weist in den Ortsteilen eine insgesamt gute Freiraumausstattung auf. So verfügen die Reblandortsteile über kleinere zentrale Grünanlagen wie den Hohenacker in Neuweier, den Bürgergarten und die Anlagen am Meister-Erwin-Denkmal in Steinbach und den Grünzug im Steinmattental in Varnhalt. Hinzu kommen gut im Siedlungsraum verteilte Spiel- und Bolzplätze sowie nahezu optimale Zugangsmöglichkeiten in die umgebende Kulturlandschaft. Eine bemerkenswerte Ergänzung haben diese Freiräume durch die Grünanlage Alte Tongrube als zentraler Reblandpark erfahren, die attraktive Spazier- und Aufenthaltsangebote mit zwei Spielplätzen und großen Wiesen verbindet. Wünschenswert wäre zukünftig eine Verbesserung des öffentlichen und privaten Blumenschmucks zur Aufwertung des touristischen Ortsbildes der Weinbaugemeinden.

Auch Ebersteinburg verfügt durch die umgebende Landschaft mit den gut erschlossenen Waldbereichen über umfangreiche Erholungsmöglichkeiten im Grünen. Mit der geplanten Sanierung des Spielplatzes an der Rosenstraße, der Neuanlage eines Spielplatzes im Neubaugebiet Langenäcker und der Umwandlung des alten Friedhofs in eine kleine Grünanlage werden neue Akzente in der Grünstruktur gesetzt. Langfristig könnte eine bessere Einbindung der Parkanlagen des Krankenhausareals in die Grünvernetzung noch Optimierungspotential beinhalten.

Der Ortsteil Haueneberstein weist eine gute Grünversorgung und Spielplatzerreichbarkeit in den Wohngebieten auf. Zudem haben in letzter Zeit bürgerschaftlich getragene Einzelmaßnahmen das Ortsbild bereichert. Verbesserungsfähig sind die äußere Randeingrünung der Gewerbegebiete und die Begrünung einiger Durchfahrtsstraßen.

Der Ortsteil Sandweier verfügt mit der umgebenden Landschaft sowie dem Grünzug im Wohngebiet Stöcke über eine gute Versorgung mit Freiräumen. Zukünftig sollte der Grünzug Stöcke mit dem landschaftlichen Grünzug entlang des Ooser Landgrabens und den Sporteinrichtungen im Norden des Ortsteils verknüpft sowie die Weegerschließung am östlichen Ortsrand ausgebaut werden. Neue Handlungsmöglichkeiten eröffnet die Freigabe der B 3 neu für die Sandweierer Straße, deren Verlauf mit Baumpflanzungen eine Aufwertung erfahren könnte.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Wird für die Entwicklung des Kurorts ein Handlungsschwerpunkt in den Freiräumen des Bäderumfelds am Friedrichsbad, Florentinerberg, Marktplatz und der Verbindung zum Rotenbachtal gesehen?*
- *Soll der Fahrzeugverkehr in den kurörtlichen Parkanlagen beispielsweise in der Lichtentaler Allee, an der Klosterwiese oder am Michaelsberg zukünftig eingeschränkt werden?*
- *Soll einer der Schwerpunkte der Entwicklung des öffentlichen Grüns zukünftig in der Schaffung von Freiraumangeboten für Jugendliche bestehen?*
- *Wie intensiv soll die zukünftige öffentliche Begrünung von Wohn- und Gewerbegebieten erfolgen? Liegt der Schwerpunkt der Begrünung eher in der äußeren landschaftlichen Einbindung oder der inneren Grünstruktur?*

LAUFENDE PROJEKTE

- Sanierung der Wasserkunstanlage Paradies am Anaberg
- Sanierung der Asphalt-Wegeoberflächen in der Lichtentaler Allee

- Grundinstandsetzung der Wegeoberflächen in der Grünen Einfahrt
- Errichtung einer zentralen Freizeitsport-Grünfläche und Campusfläche an der EurAka in der Cité
- Schulhofsanierungen, zumeist in Zusammenarbeit mit Elterninitiativen
- Spielplatzneuanlagen und Aufwertung von Spielräumen (Spielplätze Rosenstraße, Klosterwiese, Bretagne, Draseiert, Moncalierstraße; Bolzplatz Varnhalt)
- Fortschreibung der Naturdenkmalausweisungen
- Ausbau der Veranstaltungsreihe „Klingende Gärten“ als Kooperation von Baden-Badener Philharmonie, Gartenamt und BBT
- Neukonzeption des Programmflyers „Baden-Badener Gartenerlebnisse“ und Vorbereitung eines Flyers zu den touristisch bedeutsamen Park- und Gartenanlagen

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Entwicklung einer grünstrukturellen Grundkonzeption durch den Ausbau der Grünachse entlang der Oos mit den Schwerpunkten Lichtentaler Allee und Wörthböschelpark sowie durch die Verknüpfung dieses „Grünen Bandes“ mit der Kulturlandschaft und dem Wald über „Grüne Strahlen“
- Ausbau der Verbindungswege zwischen Kuranlagen und Wald, beispielsweise durch Öffnung des städtischen Obstguts Leisberg
- Neugestaltung des Augustaplatzes als Freiraum im Übergang von der Lichtentaler Allee zur Innenstadt und als Vorplatz von Kongresshaus und Standesamt mit verbesserten Rahmenbedingungen für Veranstaltungen
- Sanierung und Belebung von Florentinerberg und Marktplatz als Herz der Altstadt sowie langfristige Einbeziehung des Klostersgartens und Verbesserung der Verbindungen zum Hungerberg
- Aufwertung des Wörthböschelparks als benutzbarer,

familienfreundlicher Volkspark für alle Generationen zwischen Oos, Weststadt und Cité mit zentraler Spielanlage, Jugendangeboten, Biergarten sowie neuen Verbindungswegen am Oosufer als Teil des übergeordneten „Grünen Bandes“ entlang der Oos

- Attraktivitätssteigerung des Straßenraums der B 3 alt und der L67 in den Siedlungsbereichen von Oos, Sandweier und Haueneberstein u.a. durch Straßenbaumpflanzungen

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Satzung über den Schutz von Bäumen, Stadt Baden-Baden, 1998
- Parkführer Baden-Baden, herausgegeben vom Gartenamt, 2002
- Parkpflegewerk Lichtentaler Allee, BKV/Gartenamt, 1992
- Die Lichtentaler Allee im Wandel der Zeit, herausgegeben vom Stadtmuseum, 2005

SCHWERPUNKTE DER DISKUSSION

Der besondere Charakter Baden-Badens ergibt sich auch aus dem hohen Anteil an Garten- und Parkanlagen.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Entwicklung der Kernzone des Bäderbereichs im Kurort Baden-Baden mit den Handlungsschwerpunkten Florentinerberg, Marktplatz, Friedrichsbad und der Verbindung zum Rotenbachtal.
- Angebote für Kinder und Jugendliche in den öffentlichen Räumen.

3.6 WOHNEN

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Trotz relativ geringer Fertigstellungszahlen von Neubauten und Baumaßnahmen am Bestand war die Entwicklung der Wohnungsversorgung in den letzten Jahren in weiten Teilen des Landes durch einen deutlichen Trend hin zur Vollversorgung gekennzeichnet. Der Bedarf an Wohnraum aufgrund steigender Haushaltszahlen sowie für den Ersatz von wegfallenden Wohnungen zum Jahr 2020 wird vom Statistischen Landesamt landesweit auf etwa 665.000 Wohnungen beziffert. Berücksichtigt man zusätzlich die bestehenden lokalen Wohnungsdefizite in adäquatem Umfang, so ist zur Deckung des landesweiten Bedarfs der Bau von jährlich knapp 40.000 Wohneinheiten erforderlich. Ob sich der ermittelte Wohnungsbedarf auch in einer entsprechenden Nachfrage niederschlagen wird, ist offen und insbesondere von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung abhängig.

Bei der Betrachtung der unterschiedlichen regionalen und strukturellen Wohnungsteilmärkte ergeben sich allerdings große Unterschiede. Festzustellen ist, dass es keinen einheitlichen Wohnungsmarkt gibt, sondern vielmehr verschiedene Teilmärkte. In einigen Teilräumen stehen mangels Nachfrage vielerorts Wohnungen leer. Die Mieten und Immobilienpreise stagnieren oder gehen hier zurück. Demgegenüber stehen prosperierende Zentren (und vor allem auch die Universitätsstädte), in denen der Markt die Nachfrage nicht befriedigen kann. Vor allem der Wohnungsmarkt in den Ballungszentren ist aufgrund des Bevölkerungswachstums und der gestiegenen Ansprüche angespannt.

Eine weitere interessante Entwicklung ist die starke Zunahme der Investitionen in den Wohnungsbestand. Investitionen in Sanierung, Modernisierung und Verbesserung des Bestandes nehmen seit Mitte der 1990er Jahre in Ost und West kontinuierlich zu, während Investitionen in Neubauten rapide sinken.

Folgende Trends zeichnen sich ab:

- Die Flächenansprüche nehmen weiter zu.
- Der Wohnungsmarkt bleibt vor allem in Ballungsräumen weiter angespannt.
- Der Trend geht zunehmend in Richtung der zentralen Orte (Unterzentren, Mittelzentren und Oberzentren), während in den ländlichen Bereichen nur noch geringe Gewinne zu verzeichnen sind.

AUSGANGSLAGE BADEN- BADEN

Die Entwicklung des Wohnungsmarktes wird stark von der Nachfrage bestimmt. In Baden-Baden ist der zusätzliche Bedarf an Wohnraum durch das anhaltende Bevölkerungswachstum (vgl.: Kap. „Regional- und Landesplanung“) nach dem Zweiten Weltkrieg durch Nachverdichtungen im Bestand, durch neue Wohnanlagen mit Geschosswohnungsbauten insbesondere in der Kernstadt, sowie durch die Ausweisung neuer Wohngebiete um die historischen Siedlungskerne gedeckt worden.

Wohnbautentwicklung seit 1988

Im Mittelpunkt der Wohnbautätigkeiten ab 1988 stand die Errichtung von Wohneigentum im eigenen Haus oder in der Eigentumswohnung. Der Mietwohnungsneubau spielte in den vergangenen 20 Jahren eine untergeordnete Rolle.

Die Schwerpunkte der Wohnungsentwicklung sind dem Übersichtsplan 1: „Siedlungsschwerpunkte der vergangenen 20 Jahre“ in Kapitel „Siedlungsstruktur und Siedlungsentwicklung“ zu entnehmen.

Neubaugebiete am Siedlungsrand

Seit dem Ende der 1980er Jahre ist in den neu erschlossenen Wohnbaugebieten eine Trendwende hinsichtlich der baulichen Strukturen zu erkennen. Die vormals lockere z. T. ortstypische Bauweise wurde von einer zunehmend verdichteten Bebauung mit Einzel-, Doppel- und Reihenhäusern auf kleineren Parzellen abgelöst. Die neu errichteten Ein- bis Zweifamilienhäuser sind zum großen Teil im Eigentum der dort wohnenden Personen. Teilweise werden Wohnungen im eigenen Haus vermietet.

Geschosswohnungsneubau

Der Geschosswohnungsneubau beschränkt sich in der Regel auf innerstädtische Baulückenschließungen oder auf Neubauten, die nach dem Abriss des Baubestandes eine höhere Ausnutzung von Grundstücken im Innenbereich zulassen. Die erstellten Eigentumswohnungen werden fast ausschließlich durch Eigennutzer nachgefragt.

Die Nachfrage von Kapitalanlegern nach Geschosswohnungen ist nahezu nicht mehr existent. Dies liegt an dem nicht mehr vorhandenen Nachfrageüberhang am Mietwohnungsmarkt und an den nicht mehr existierenden degressiven Abschreibungsmöglichkeiten von Neubaueigentumswohnungen. Steuerliche Vergünstigungen für Eigennutzer und Kapitalanleger gibt es heute nur noch beim Kauf eines denkmalgeschützten Gebäudes und bei Gebäuden in förmlich festgesetzten Sanierungsgebieten.

Die Aktivitäten im Bereich „Sozialer Wohnungsbau“ haben sich beim städtischen Wohnungsunternehmen, der städtische Gesellschaft für Stadterneuerung und Stadtentwicklung Baden-Baden mbH (GSE) sowie bei anderen Trägern auf ein Minimum reduziert. Dies liegt neben den fehlenden Abschreibungsmöglichkeiten an aktuell nicht angebotenen Förderprogrammen in diesem Segment.

Wohnbauaktivitäten in den Sanierungsgebieten „Briegelacker“ und „Cité“

Nach dem Abzug der französischen Streitkräfte 1993 aus dem Bereich „Briegelacker“ und 1999 aus dem Gebiet „Cité“ wurde das 60 ha große Areal frei und stellte eine einmalige Expansionsmöglichkeit in der Kernstadt von Baden-Baden dar. Die Konversionsflächen waren in großen Teilen mit Geschosswohnungsbauten bestückt, durchmischt mit militärischen Einrichtungen und Funktionsgebäuden.

Abbildung: Wohnungsbau Cité



Quelle: Entwicklungsgesellschaft Cité Baden-Baden

Sanierungsgebiet „Briegelacker“:

Im Bereich „Briegelacker“ wurde 1993 für eine 8,5 ha große Fläche ein städtebauliches Sanierungsgebiet aus-

gewiesen. 20 Wohnblöcke mit insgesamt 414 Wohneinheiten wurden vom städtischen Wohnungsunternehmen, der GSE, vom Bund erworben. Mit Fördermitteln aus dem Landessanierungsprogramm wurde das Wohnumfeld gestaltet, Ordnungsmaßnahmen durchgeführt und soziale Einrichtungen geschaffen. Parallel dazu hat die GSE ihre 414 Wohneinheiten modernisiert und preiswerten Wohnraum geschaffen. Für diesen Wohnraum gibt es eine Wohnungsbindung, d. h., die Wohnungen dürfen teilweise nur mit Wohnberechtigungsschein nach dem Wohnungsbindungsgesetz (WoBindG) angemietet werden. Teilweise sind die Mietobergrenzen beschränkt.

Allgemeine Anforderungen und Maßnahmen im Sanierungsgebiet „Cité“:

Im Bereich der „Cité“ galt es, eine städtebauliche Integration des Entwicklungsgebietes in die Stadtstruktur zu erreichen. Auch hier wurde im Jahr 2001 für eine Fläche von ca. 27 ha ein städtebauliches Sanierungsgebiet ausgewiesen. Dieses umfasst die Quartiere „Paris“ und „Bretagne“. Hier wurden unter Einsatz von Fördermitteln aus dem Landessanierungsprogramm umfangreiche Erschließungs- und Ordnungsmaßnahmen durchgeführt. Überörtliche Verkehrsanbindung, Erweiterung des ÖPNV, Einbindung in Natur und Landschaft, Lärmschutteinrichtung entlang der B 500 spielten hierbei ebenso eine Rolle wie die Neuschaffung von Spielplatz- und Grünflächen oder die Erweiterung des schulischen Angebotes. Insgesamt wird ein komplett neuer Stadtteil mit der entsprechenden Infrastruktur entwickelt.

Bezüglich des Wohnungsbestandes im Geschosswohnungsbau haben umfangreiche Voruntersuchungen gezeigt, dass aufgrund mangelnder Wohnungszuschnitte, Schadstoffbelastungen und unverhältnismäßig hohen Sanierungskosten nur einige dieser Gebäude erhalten werden konnten. Durch Bodenordnungsmaßnahmen und Neuvermessungen wurden bzw. werden neue Bauplätze gebildet, welche über einen Zeitraum von ca. 10 Jahren auf dem Markt positioniert werden. Hierbei werden alle Formen der Wohnbebauung, nämlich Ein- und Zweifamilienhäuser, Doppelhausbebauung, Reihenhäuser und Geschosswohnungsbau möglich.

Quartier „Paris“

Das Quartier „Paris“ wurde in den letzten Jahren bis auf wenige Bauplätze entwickelt und vermarktet. Hier kam es zum Abbruch von 8 Wohnblocks, die insgesamt 87 Wohnungen beinhalteten. 5 Wohnblocks konnten erhalten werden. Durch Modernisierung entstand qualitativ

guter Wohnraum, der den Ansprüchen an gesundes, dem heutigen Standard entsprechendes Wohnen, Rechnung trägt. Das denkmalgeschützte Gebäude „Ecole Paris“ wird durch Umnutzung und Modernisierung ebenfalls einer Nutzung durch Loft-Wohnungen zugeführt.

Insgesamt können im Quartier „Paris“ 135 Wohnungen in Bestandsgebäuden geschaffen werden. Hinzu kommen insgesamt 85 neu gebildete Bauplätze für Einzel-, Doppel- und Reihenhausbebauung sowie Geschosswohnungsbau. Nach Abschluss der Entwicklung im Quartier „Paris“ werden rund 390 Wohneinheiten für ca. 1.000 Bewohner zur Verfügung stehen.

Abbildung: Quartier „Paris“



Quelle: Entwicklungsgesellschaft Cité Baden-Baden

Quartier „Normandie“

Das Quartier „Normandie“ wurde vom Bund separat an private Wohnungsbau-träger veräußert. Es entstanden Eigentumswohnungen im Bestand und neu errichtete Reihenhäuser mit insgesamt 350 Wohneinheiten.

Quartier „Bretagne“

Das Quartier „Bretagne“ wird derzeit auf der Grundlage eines rechtskräftigen Bebauungsplanes entwickelt und stufenweise vermarktet. Es wurden bereits 46 Wohngebäude mit 382 Wohneinheiten abgebrochen. 16 Wohnblöcke mit Geschosswohnungsbauten können erhalten werden. Durch ihre Modernisierung werden rund 170 Wohneinheiten im Bestand entstehen.

Eine Bodenordnung ist noch nicht durchgeführt worden. Bei der Bildung von Bauplätzen sollen die Wün-

sche der Bauherren bzw. Bau-träger auf der Grundlage von Bebauungskonzepten berücksichtigt werden. Es sollen zusammenhängende Bereiche für städtebaulich einheitliche Strukturen zur Verfügung stehen (z.B. für Baugruppen, Mehrgenerationen-Wohnen, Ökologisches Bauen). Insgesamt werden im Quartier „Bretagne“ rund 550 Wohneinheiten für ca. 1.350 Bewohner durch Neubau von Wohnungen und die Nutzung des Bestandes entstehen.

Nach Abschluss der Sanierung und Vermarktung der Wohnbauflächen werden in der gesamten „Cité“ rund 1.300 sanierte oder neu geschaffene Wohneinheiten für rund 3.250 Einwohner entstehen.

Hochwertiges Wohnen in der Kernstadt

Vornehmlich in guten innenstadtnahen Lagen in der Kernstadt werden seit einigen Jahren verstärkt Wohngebäude und Wohnanlagen für gehobene Wohnansprüche in sog. „Stadtvillen“ realisiert (Bebauung des Run-kewitzgeländes, Wohnbebauung „Bergschloss“ etc.). Durch den Umbau und die Luxussanierung bestehender Baudenkmale in Eigentumswohnungen (Haus Reich, Palais Batschari, Stadtvillenbebauung am Beutigweg etc.) wurden zudem die oben beschriebenen Abschreibungsmöglichkeiten genutzt.

Wohnprojekt Mehrgenerationenhaus

Im Konversionsareal „Cité“ wird aktuell ein Mehrgenerationenhaus mit 27 Wohneinheiten sowie Gemeinschaftsräumen von einer Baugruppe errichtet. Die künftigen Bewohner verschiedener Altersgruppen wollen sich eigeninitiativ gegenseitig im täglichen Leben unterstützen. Ein weiteres Projekt ist in der Planung.

Seniorenwohnanlagen/ Betreutes Wohnen

Durch den schon seit Jahren vergleichsweise hohen Anteil älterer Bürger sind in den vergangenen Jahren diverse Seniorenwohnanlagen für betreutes Wohnen mit unterschiedlichen Trägerschaften errichtet worden (Gut-leuthaus, Olga-Haebler-Haus, Theresienheim). Exklusive Seniorenwohnanlagen für den gehobenen Anspruch sind durch die Umnutzung ehemaligen Hotelbauten (z. B. Bellevue, Bären) entstanden. Ein senioren- und behindertenfreundliches barrierefreies Bauen ist in diesen Anlagen berücksichtigt worden. Im Wohnungsneubau ist es heute noch eher ein untergeordnetes Thema. Über

die in der Landesbauordnung geforderten Angaben hinaus werden in der Regel keine baulichen Maßnahmen für barrierefreies Bauen in Neubauten getroffen.

Wohnungsnachfrage: Allgemeine Entwicklungen auf dem Baden-Badener Wohnungsmarkt

Entwicklung der Bodenpreise

Die Baulandpreise sind im Stadtkreis Baden-Baden im Landesvergleich hoch. Gemäß den Angaben des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg lagen die Baulandpreise im Stadtkreis Baden-Baden im Jahr 2006 bei 239,46 Euro gegenüber 213,37 Euro im Regierungsbezirk Karlsruhe und 137,10 Euro im Landesschnitt.

Im Stadtkreis Baden-Baden sind die Baulandpreise im Zeitraum 2005/2006 gegenüber den Vorjahren moderater gestiegen. Das liegt u. a. an einer geringeren Nachfrage nach Bauland. In den letzten Jahren fehlen im Bereich Wohnungsneubau Bauträgermodelle, die bezahlbares Wohneigentum (Nachfrage nach neuen Reihen- und Doppelhäusern) auf dem Markt anbieten. Als Ausnahme zu diesem Trend sind die guten und sehr guten Wohnlagen zu nennen. Hier besteht ein geringes Angebot, aber auch eine hohe Nachfrage nach unbebauten Grundstücken. Die Preise sind entsprechend hoch und werden auch weiterhin steigen.

Immobilienstandort Baden-Baden

Allgemeine Anforderungen an den Standort und die Ausstattung einer Immobilie:

Beim Erwerb einer Immobilie sind nachstehende Voraussetzungen für die Mehrzahl der Käufer von vorrangiger Bedeutung:

- eine ruhige Wohnlage
- eine gute Aussichtslage
- eine gute „Gesellschaftslage“/ Umgebung
- eine gute Infrastruktur mit kurzen Wegen
- eine gute ÖPNV-Anbindung/ fußläufige Anbindung an die Innenstadt

Im Stadtkreis Baden-Baden besteht insbesondere eine hohe Nachfrage nach gehobenem Wohneigentum in guten bis sehr guten Wohnlagen. Freistehende Einfamili-

enhäuser mit großen Grundstücken (ca.80 % aller Anfragen) sowie vereinzelt auch Doppelhaushälften in guter Lage erfreuen sich ebenfalls sehr großer Beliebtheit.

Gebrauchte Reihenhäuser sowie Wohnungen und Gebäude in verdichteter Bauweise hingegen sind zur Schaffung von Wohneigentum weniger attraktiv. Häuser und Wohnungen aus den 1950er bis 1970er Jahren mit Mängeln in der Ausstattung und schlechten Energiewerten werden nur in guten Lagen nachgefragt, da der Sanierungsaufwand solcher Objekte potentiellen Käufern mit einem zu hohem Kostenaufwand verbunden ist.

Beurteilung der Stadtteile

Insbesondere in den vergangenen zwei Jahren hat es in der Kernstadt eine verstärkte Nachfrage nach Villen, Wohnungen in luxussanierten Altbauten sowie in hochwertigen Neubauten/Stadtvillen gegeben. Derzeit werden für Luxusimmobilien in den sehr guten Lagen Höchstpreise gezahlt.

In den Stadtteilen ist die Nachfrage nach Immobilien je nach Lage sehr unterschiedlich. Das Preisniveau ist hier in den letzten Jahren relativ stabil geblieben.

Beliebte Familienwohnstandorte in der Rheinebene sind vor allem wegen der günstigen Verkehrsanbindung in die Region die Stadtteile Sandweier und Haueneberstein. Hier fehlen allerdings zunehmend bezahlbare Immobilien für Familien mit geringerem Einkommen.

Die Reblandorte werden gerne von „Rebländern“ nachgefragt, die sich in hohem Maße mit ihrem Wohnort identifizieren. Ein Zuzug von Außen erfolgt z. B. in das neue Wohngebiet „Alte Ziegelei“. Die guten Aussichts-lagen sind die beliebtesten Wohnstandorte im gesamten Rebland. Der Stadtteil Ebersteinburg wird von Personen mit mittlerem oder gutem Einkommen nachgefragt. Ältere Bevölkerungsgruppen bemängeln die lückenhafte Nahversorgung sowie die unzureichende Busanbindung in die Stadt. Aus diesem Grund ist der Kauf einer Immobilie in Geroldsau auch eher seltener.

Immobilien in den Stadteilen Lichtental werden bevorzugt von „Lichtentälern“ erworben. Häuser und Wohnungen in Oberbeuern sowie in Oos, in der Weststadt und in Balg verkaufen sich wegen des z. T. schlechten Baustandarts nur gut in Aussichts-lagen und verkehrsberuhigten Zonen. Die Cité ist insbesondere bei Familien mit mittlerem und gutem Einkommen sehr beliebt.

Käufergruppen

Bei den Käufergruppen handelt es sich in starkem Maße um zugezogene Personen. Hier sind nach wie vor die sog. „Jungen Alten“ mit gutem Einkommen aus den nördlichen Bundesländern zu nennen, die heute gut ausgestattete ruhige Wohnungen in guten Lagen im Bestand erwerben.

Durch die Wohnprojekte in der jüngsten Vergangenheit (z.B. Cité Paris, Cité Normandie, Alte Ziegelei in Steinbach) haben sich junge Familien mit mittlerem bis gutem Einkommen in Baden-Baden neu angesiedelt. Immer weniger Familien mit einem mittlerem Einkommen können sich allerdings u. a. durch den Wegfall von staatlichen Subventionen zur Förderung von Wohneigentum, durch das relativ hohe Preisniveau auf dem Baden-Badener Immobilienmarkt sowie durch den allgemeinen Verlust der Kaufkraft Wohneigentum in Baden-Baden finanzieren.

Die hochpreisigen Immobilien sind in hohem Maße bei ausländischen Kapitalanlegern nachgefragt. Neben Kapitalanlegern aus den westeuropäischen Nachbarstaaten sind in den vergangenen Jahren Käufern aus den ehemaligen Sowjetstaaten sehr stark am Markt vertreten. Es gibt in Baden-Baden diverse Anlagen zum betreuten Wohnen. Der Kauf solcher Wohnungen wird ebenfalls von Kapitalanlegern geschätzt. Die neu errichtete betreute Wohnanlage am Theresienheim wurde zu ca. 80% als Kapitalanlage veräußert.

Ca. 60-70% der Immobilien werden zur Eigennutzung erworben.

Mietwohnungsmarkt

Angebot

Private Mietwohnungen werden verstärkt in Geschosswohnungsbauten der Kernstadt, entlang stark befahrener Verkehrsachsen sowie in engen Wohnquartieren in der Neustadt und Altstadt angeboten. Hier handelt es sich häufig um durchschnittliche Wohnlagen. In bestehenden Wohngebieten mit zwei bis drei Wohneinheiten pro Haus werden Mietwohnungen im eigenen Haus vermietet.

Die städtische Gesellschaft für Stadterneuerung und Stadtentwicklung Baden-Baden mbH (GSE) sowie die beiden Baden-Badener Wohngenossenschaften verfügen über einen größeren Wohnungsbestand im gesamten Stadtkreis:

- GSE: insg. 808 Wohneinheiten (350 Wohneinheiten

im Wohngebiet „Briegelacker“, Schwerpunkte Oos und Weststadt)

- Baugenossenschaft Baden-Baden: insgesamt 800 Wohneinheiten (größere Standorte im Bereich Oos, Ooswinkel, Obere Breite, Rheinstraße)
- Baugenossenschaft Familienheim Baden-Baden: insgesamt 385 Wohneinheiten (im gesamten Stadtgebiet verteilt, Schwerpunkte Oos und Weststadt)

Nachfrage

Grundsätzlich werden Mietwohnungen von Personen aller Einkommensschichten nachgefragt. Ein erhöhter Bedarf an Mietwohnungen besteht bei Haushalten, die sich kein Wohneigentum leisten können (z.B. Großfamilien, Alleinerziehende, Rentner, Auszubildende, junge Paare etc.).

Mietwohnungen stehen in ausreichender Zahl zur Verfügung.

Das Angebot an zu vermietenden Häusern hingegen ist knapp. Betrachtet man jedoch die Bedürfnisse der potentiellen Mieter im Einzelnen, müssen hierzu Einschränkungen gemacht werden.

Vornehmlich gefragt und knapp sind gute und günstige Mietwohnungen in zentraler Lage bzw. mit guter ÖPNV-Anbindung und einer ausreichenden wohnungsnahen Infrastruktur. Favorisiert werden 2-3 Zimmer-Wohnungen.

In den vergangenen Jahren ist ein Trend hin zu 1-Zimmer-Wohnungen zu erkennen. Die Gründe hierfür sind vielfältig:

- allgemein gestiegene Lebenshaltungskosten
- rasant gestiegene Mietpreise und Mietnebenkosten
- durch neu angesiedelte Ausbildungsstätten suchen Studenten und Schüler bezahlbare Unterkünfte
- durch gesetzliche Änderungen suchen Wohngeldempfänger verstärkt kleinere Wohnungen

Ähnlich wie beim Erwerb einer Immobilie werden im oberen Preissegment „Luxuswohnungen“ oder Villen nur in zentraler Stadtlage/Aussichtslage gesucht.

Ein Überangebot besteht im Segment schlecht ausgestatteter, unrenovierter Wohnungen zu hohen Preisen.

Die anfallenden Nebenkosten sind bei der Auswahl einer Mietwohnung trotz gestiegener Energiepreise heute noch von untergeordneter Bedeutung.

Mietpreisentwicklung

In Baden-Baden gibt es keinen Mietpreisspiegel (freiwillige Leistung, Pflichtaufgabe von Kommunen ab 300.000 Einwohnern). Es erfolgt eine Orientierung am Markt. Seit der Währungsumstellung ist eine deutliche Steigerung der Mieten ablesbar, die sich noch heute bei Neuvermietungen von vormalig langfristig vermieteten Wohnungen ablesen lässt.

Insgesamt ist das Mietpreisniveau eher hoch. In Ausnahmefällen werden unsanierte Wohnungen mit einer bescheidenen Ausstattung in weniger begehrten Lagen ab 5 Euro pro Quadratmeter angeboten. In der Regel können Mietpreise für 2-3 Zimmerwohnungen ab 6 bis 7 Euro erzielt werden; vergleichbare 1-Zimmer-Wohnungen sind teurer, größere Wohnungen preiswerter. Für Luxusobjekte sind hinsichtlich des Mietpreises nach oben hin keine Grenzen gesetzt.

Entwicklungen auf dem Mietwohnungsmarkt / Baden-Badener Besonderheiten

Da viele Eigentümer vermietbare Wohnungen im eigenen Haus nur an einen sog. „Wunschmieter“ vermieten wollen oder einen hohen Mietpreis erzielen möchten, stehen im gesamten Stadtgebiet Wohnungen leer.

Für schwächere Einkommensschichten wird es zunehmend schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Bei Neuvermietungen erfolgt mittlerweile eine strenge „Prüfung“ der Mieter (Einkommensnachweise, polizeiliches Führungszeugnis etc.) durch den Vermieter.

Durch die in den vergangenen Jahren rasant gestiegenen Immobilienpreise, insbesondere in der Kernstadt von Baden-Baden, veräußern Erben/Erben-gemeinschaften zunehmend ihr Wohneigentum oder melden Eigenbedarf an. Diese Maßnahmen sind mit der Kündigung von Mietverhältnissen verbunden.

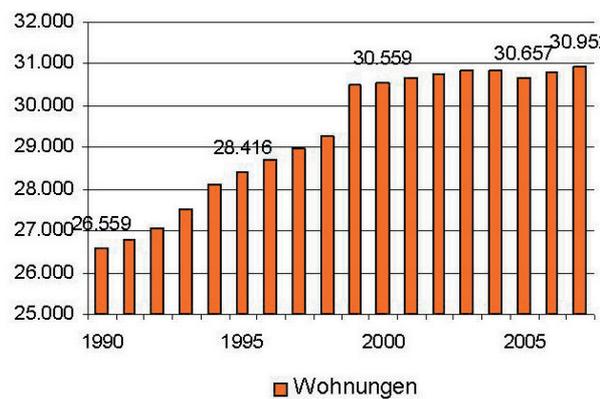
Schlecht ausgestattete unsanierte Wohnungen im Bestand werden in der Regel erst dann umfangreich saniert, wenn sie anschließend als Eigentumswohnungen selbst genutzt oder verkauft werden sollen.

Wohnungsbestand und Wohnbautätigkeit: Statistischer Rückblick

Wohnungsbestand

Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Wohnungsbestandes im Stadtkreis Baden-Baden seit 1990. Die Zahl der Wohnungen hat zwischen 1990 und 2000 kontinuierlich zugenommen. Eine Stagnation bzw. ein leichter Rückgang der Wohnbautätigkeiten Anfang dieses Jahrzehnts resultiert aus den Umstrukturierungen des Wohnquartiers „Cité“: Durch den Abriss von Geschosswohnungsbauten, die durch kleinteiligere Baustrukturen ersetzt wurden, hat sich die Wohnungszahl in der Gesamtbetrachtung verringert.

Abbildung: Stadtkreis Baden-Baden: Wohnungsbestand seit 1990

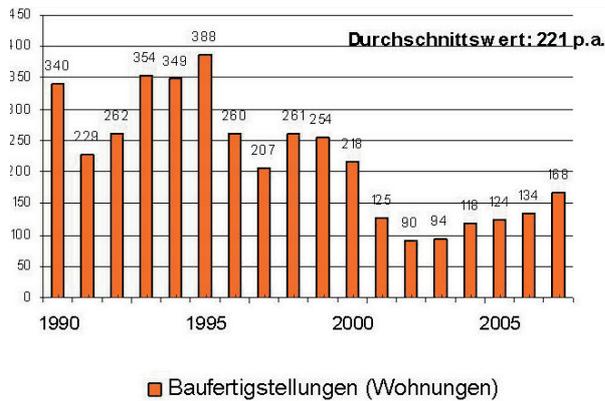


Quelle: Statistisches Landesamt BW/KE

Baufertigstellungen im Wohnungsbau

Höhepunkt der Bautätigkeit war das Jahr 1995 mit annähernd 400 Wohnungen. Seit Mitte der 1990er Jahre ist die Zahl der Baufertigstellungen deutlich zurückgegangen. Seit dem Jahr 2002 steigen die Fertigstellungen wieder an und erreichten im Jahr 2007 mit ca. 170 Wohnungen den höchsten Wert seit dem Jahr 2000.

Abbildung: Stadtkreis Baden-Baden: Fertigstellungen im Wohnungsbau seit 1990

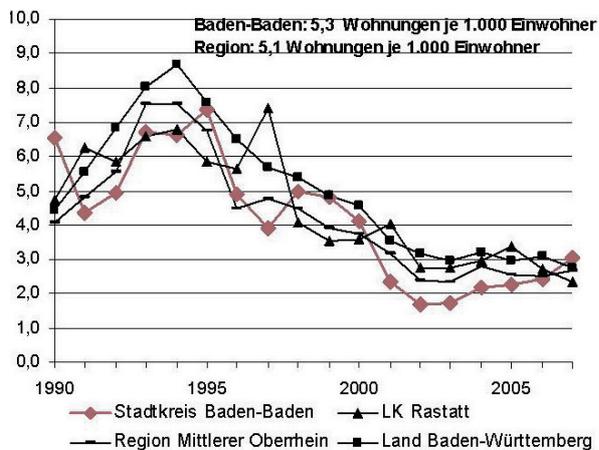


Quelle: Statistisches Landesamt BW/KE

Entwicklung des Wohnungsbestandes im Vergleich

Betrachtet man die Entwicklung im Vergleich zum Landkreis Rastatt, zur Region Mittlerer Oberrhein und zum Land Baden-Württemberg, fällt auch hier die hohe Bautätigkeit in den 1990er Jahren auf. Bis auf wenige Jahre bleibt die Entwicklung Baden-Badens allerdings hinter derjenigen in den Vergleichsräumen zurück. Erst in den letzten Jahren – vor allem in Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Wohnbauflächen in der Cité - werden die Vergleichswerte erreicht bzw. übertroffen (2007).

Abbildung: Wohnbauentwicklung im Vergleich (realisierte Wohnungen je 1.000 Einwohner)



Quelle: Statistisches Landesamt BW/KE

Prognosen zum Wohnungsbedarf bis zum Jahr 2025

Die Ermittlung des künftigen Wohnungsbedarfs erfolgt grundsätzlich durch die Gegenüberstellung von „Soll“- und „Ist“-Werten der Wohnungsversorgung. Unter Wohnungsversorgung versteht man die Zahl der Wohnungen, die errichtet werden müssten, um innerhalb eines bestimmten Zeitraumes vom „Ist“-Wert auf den „Soll“-Wert der Wohnungsversorgung zu kommen. Für die Ermittlung des künftigen Wohnungsbedarfs sind der Bedarf aus der Eigenentwicklung sowie der Bedarf aus Wanderungsgewinnen zu beachten.

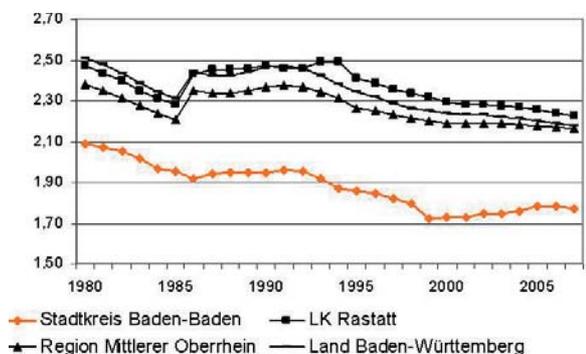
Bedarf aus Eigenentwicklung

Es ist davon auszugehen, dass die Stadt Baden-Baden ohne Wanderungsgewinne bis zum Jahr 2025 einen Einwohnerverlust von rund 7.100 Einwohnern erleiden würde. Geht man von der aktuellen Belegungsdichte von 1,77 Einwohnern pro Wohneinheit aus, würden im Jahr 2025 rund 4.000 Wohnungen dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen.

Wenn für alle, durch Abbruch, Umwidmung oder Zusammenlegung wegfallenden Wohnungen Ersatz geschaffen würde, liegt der vom statistischen Landesamt Baden-Württemberg anhand der Baualtersstruktur errechnete Wohnungsersatzbedarf bis zum Jahr 2025 bei über 2.100 Wohnungen.

Ein Ergänzungsbedarf für Wohnungen besteht immer dann, wenn die Belegungsdichte von Wohnungen (Anzahl Bewohner pro Wohneinheit) abnimmt.

Abbildung: Entwicklung der Belegungsdichte seit 1980 im Vergleich



Quelle: Statistisches Landesamt BW/KE

Fazit

Bis zum Jahr 2025 müssten bei einem realistischen Wanderungszuwachs von 300 Einwohnern pro Jahr rund 2.100 Wohnungen realisiert werden. Geht man von einer Wohndichte von durchschnittlich 30 Wohneinheiten pro ha aus, müssten neue Wohnbauflächen in der Größenordnung von rund 70 ha im Innen- und Außenbereich bereitgestellt werden.

Die heutigen Flächenpotentiale im Außenbereich mit einer Gesamtfläche von ca. 86 ha sind in Kapitel 2 im Übersichtsplan 3: „Flächenpotentiale“ dargestellt.

LAUFENDE PROJEKTE

Wohnungsbau im Sanierungsgebiet „Cité“

- Entwicklung des Baugebiets „Bretagne“ auf der Grundlage des rechtskräftigen Bebauungsplanes

Bebauungsplanverfahren

- Bebauungsplan „Obere Staufenbergstraße“:
Bestandssicherung; denkmalgerechte hochwertige Sanierung „Haus am Berg“ sowie Errichtung von zwei Stadtvillen mit „Luxuswohnungen“ (insg. 11 WE)
- Bebauungsplan „Langenäcker“ im Stadtteil Ebersteinburg:
Ausweisung von 38 Bauplätzen für Einzel-, Doppel- und Reihenhäuser, Zielgruppe: Junge Familien

Private Siedlungs- und Wohnprojekte

- Batschari-Palais: Denkmalgerechte Luxussanierung des Gebäudebestands; Umbau in ins. 147 Wohneinheiten
- Haus „Aqua Aurelia“ (Bäderwiese): 48 Wohneinheiten
- Reinhold- Schneider- Straße: Errichtung von zwei Stadtvillen mit insg. 11 Wohneinheiten
- Stadtvillenbebauung am Beutigweg: Errichtung von drei Stadtvillen mit insg. 14 Wohneinheiten

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Wo werden die künftigen Schwerpunkte der Wohnbauflächenentwicklung auch vor dem Hintergrund des Wohnumfeldes („Stadt der kurzen Wege“, Wohnbedürfnisse, Infrastruktur, Verkehrsanbindung, Freizeit und Erholung) gesehen?*
- *In der Vergangenheit wurden innerstädtische Flächen in „I-A-Lagen“, die im wirksamen Flächennutzungsplan als Sonderbauflächen für kurörtliche Einrichtungen dargestellt sind, mit exklusiven Wohnbauprojekten bebaut (vgl. Kap. „Siedlungsstruktur und Siedlungsentwicklung“. Ist diese Entwicklung erwünscht? Wie soll der Umgang mit solchen Vorratsflächen künftig aussehen?*

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Bedarfsgerechte Ausweisung und Entwicklung von Neubaugebieten, Prioritätsfestlegung.
- Bedarfsorientierte(r) Ersatzwohnungsbau, Baulückenschließungen
- Einführung eines Mietpreisspiegels
- Modellprojekte für ausgewählte Bevölkerungsgruppen (insbes. für Großfamilien, Alleinerziehende, Ältere, Auszubildende/ Studenten).
- Modellprojekte für kostensparendes, energiesparendes und barrierefreies Bauen.
- Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen in den verdichteten Wohnlagen insbes. für Familien und Kinder.
- Sicherung und Entwicklung der wohnungsnahen Infrastruktureinrichtungen im gesamten Stadtkreis

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Land Baden-Württemberg: Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 2002
- Regionalplan Mittlerer Oberrhein 2003
- Stadt Baden-Baden: Flächennutzungsplan der Stadt Baden-Baden 1988 mit 1. Änderung des Flächennutzungsplanes 2004
- Stadt Baden-Baden: Landschaftsplan der Stadt Baden-Baden
- Stadt Baden-Baden: Bebauungspläne zu Wohnbauflächen
- Stadt Baden-Baden: genehmigte Bauvorhaben
- Stadt Baden-Baden: Wohnbauflächenentwicklung bis 2010
- Landesdenkmalamt Baden-Württemberg und Landesvermessungsamt Baden-Württemberg: Ortskernatlas der Stadt Baden-Baden 1993
- Stadt Baden-Baden Gutachterausschuss 2005/2006: Grundstücksmarktbericht
- Fachgebiet Öffentliche Ordnung/ Statistik: Statistisches Jahrbuch der Stadt Baden-Baden
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Regionaldaten im Internet
- LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH: Berechnungen zum Wohnungsbedarf
- Gespräche mit Experten zum Thema Immobilienmarkt und Mietwohnungsmarkt

SCHWERPUNKTE DER DISKUSSION

Durch die Entwicklung der Cite' hat der Wohnungsmarkt in Baden-Baden entscheidende Impulse erhalten. In Baden-Baden gibt es für die unterschiedlichsten Nachfragegruppen ein breites Spektrum an Wohnungsangeboten. Über den Wohnungsbau werden ganz entscheidend die urbanen Qualitäten bestimmt.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Zukünftige Schwerpunkte der Wohnbauflächenentwicklung ("Kompakte Stadt" / "Stadt der kurzen Wege" - vor den Hintergrund familienfreundliche Stadt / soziale Infrastruktur).
- Umgang mit Vorratsflächen für kurörtliche Einrichtungen (Sonderbauflächen im Flächennutzungsplan).

3.7 GEWERBE UND DIENSTLEISTUNGEN

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Die politischen, wirtschaftlichen und technologischen Rahmenbedingungen für kommunales Handeln im Bereich der Wirtschaftsförderung haben sich deutlich verändert. Die Stichworte, die diesen Wandel charakterisieren, sind:

- die zunehmende europäische Integration,
- die Globalisierung von Produkten, Kapital, Dienstleistungen und Märkten
- und der hohe Stellenwert der Informationsverarbeitung und der Telekommunikation.

Städte und Gemeinden sind mit Standortstrategien von Unternehmen konfrontiert, die sich unmittelbar auf ihre Wirtschaftskraft auswirken. Nicht mehr allein die so genannten Global Player investieren weltweit, sondern auch mittelständische Unternehmen überdenken ihre Investitionsstrategien. „Standorttreue“, die Bindung von Unternehmen an einen Ort, ist nicht mehr automatisch gegeben.

Globalisierung der Wirtschaft heißt, dass Unternehmen weltweit einkaufen, verkaufen und produzieren können, und dass die internationale Verflechtung der Unternehmen durch Beteiligungen und Fusionierungen weiter zunimmt. Im Rahmen der Globalisierung entstehen völlig neue Ketten der Wertschöpfung, neue Formen der weltweiten Arbeitsteilung und Kooperation nehmen zu.

Nicht nur der Wettbewerb zwischen den Unternehmen wird schärfer, sondern auch die Regionen treten in einen Wettbewerb untereinander, um als attraktiver Standort auf die Unternehmen Eindruck zu machen. Veränderungen in den Unternehmen, technologische Fortschritte und die Erneuerung der Wirtschaftsstruktur durch Neugründungen verlangen nach veränderten Standortbedingungen.

Besonders globalisierte Unternehmen mit einer Wertschöpfung in mindestens zwei Ländern sind nicht mehr direkt an Handlungsrahmen und die Regelungssysteme eines Landes gebunden und relativ frei in Standort- und Investitionsentscheidungen. Allerdings werden z.B. Arbeitskostenunterschiede oft stark relativiert durch Mängel der Infrastruktur und Produktqualität, sowie durch die Bürokratie. Um als attraktiver Standort für Unternehmen in Frage zu kommen, muss eine Region ein unternehmerfreundliches Wirtschaftsklima schaffen. Eine Politik, die eine attraktive Steuer- und Förderpoli-

tik betreibt und dadurch auch die Standortkosten positiv beeinflusst, ist genauso wichtig wie die Bereitstellung von Gewerbeflächen, sowie der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Weiterhin werden aber auch andere als qualitativ bezeichnete Standortfaktoren wichtiger, wie z.B. Bildungs-, Qualifizierungs- und Forschungseinrichtungen, sowie weitere Standortfaktoren.

Betrachtet man die heutige Situation der Wirtschaft Baden-Württembergs im nationalen und internationalen Vergleich, so kann man feststellen, dass das Land den Strukturwandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft relativ erfolgreich bewältigt hat. Die Wirtschaft des Landes ist durch einen starken produzierenden Sektor, hohe Exportquoten und eine starke Ausrichtung auf Forschung und Entwicklung (FuE) gekennzeichnet. Die Wettbewerbsfähigkeit zeigt sich unter anderem am Anstieg der Exporte. Seit 1995 stiegen die Exporte mehr als dreimal so stark an wie das Bruttoinlandsprodukt. Drei Viertel aller Exporte kommen derzeit aus den Bereichen Kraftfahrzeuge, Maschinenbau, Elektrotechnik und chemische Erzeugnisse. Wachstumsbranchen in Baden-Württemberg sind insbesondere FuE-intensive Industrien und wissensintensive Dienstleistungen. Die fünf wachstumsstärksten Wirtschaftsbereiche seit Mitte der 1990er Jahre sind:

- Informations- und Kommunikationsdienstleistungen (IuK-Dienstleistungen)
- Elektronik
- Fahrzeugbau
- Herstellung von chemischen Erzeugnissen
- Gesundheits- und Sozialwesen.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 32 Milliarden Euro trägt die TechnologieRegion Karlsruhe rund zehn Prozent zum Bruttoinlandsprodukt des Landes Baden-Württemberg bei. Nach einer Studie von Empirica Delasasse über die „Zukunftsstandorte in Europa“ liegt die TechnologieRegion auf Rang zwei unter den deutschen und auf Rang 25 unter insgesamt 241 westeuropäischen Regionen. Die Wirtschaftskraft spiegelt sich auch in der Kaufkraft. Diese liegt seit Jahren über dem Bundesdurchschnitt. Aktuelle Kennziffer: 103,8 (Bundesdurchschnitt: 100) (www.technologieregion-karlsruhe.de). Besonders ausgeprägt und dynamisch ist die Informations- und Kommunikationstechnologie mit rund 26.000 Mitarbeitern in über 3.800 Unternehmen.

Die IHK-Konjunkturumfrage für die TechnologieRegion Karlsruhe im Frühsommer 2008 kam zu folgenden

Ergebnissen: „Die Wirtschaft in der TechnologieRegion Karlsruhe liegt im Frühsommer 2008 weiterhin gut im Rennen, auch wenn die aktuelle Geschäftslage nicht mehr ganz so euphorisch wie zu Jahresbeginn beurteilt wird. 41 Prozent der Unternehmen melden eine gute Geschäftslage (Jahresbeginn 2008: 46 Prozent). Von sieben auf zwölf Prozent erhöhte sich der Anteil der Unternehmen, die mit ihrer aktuellen Situation unzufrieden sind“.

„Von den Sorgen um eine Eintrübung der Konjunktur haben sich die regionalen Unternehmen noch nicht allzu sehr anstecken lassen. Auf der Grundlage hoher Auftragsbestände und eines immer noch florierenden Neugeschäftes geht ein Drittel der Unternehmen davon aus, dass die Wachstumskräfte weiterhin stark genug sind, um ihnen zu noch besseren Geschäften als bisher zu verhelfen (Jahresbeginn 2008: 32 Prozent). Der Anteil der Pessimisten verharrt mit 14 Prozent auf dem Niveau vom Jahresbeginn“ (www.karlsruhe.ihk.de).

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Entsprechend ihrem tradierten Selbstverständnis begriff sich Baden-Baden zumindest noch in den 1980er Jahren des vergangenen Jahrhunderts nahezu ausschließlich als Bäder- und Kurort und internationaler gesellschaftlicher Treffpunkt.

Im Widerspruch zur Selbst- und Fremdwahrnehmung entwickelte sich die Stadt jedoch bereits sehr früh als Standort für gewerbliche Aktivitäten, die z.B. schon in der 2. Hälfte des 19. Jhs. durch die Ansiedlung von industriellen Betrieben (z.B. Teer- und Teerfarbenfabrik, Zementfabrik, Kachelofenfabrik, Zigarettenfabrik etc). ihren Niederschlag fanden. Diese Entwicklungen manifestierten sich mit Schwerpunkt in Oos, also in ausreichender Entfernung zum eigentlichen kurstädtischen Geschehen und setzten sich an diesem Standort durch die Ansiedlung internationaler Betriebe, u.a aus dem kosmetischen und pharmazeutischen Bereich, in den 1950er und 1960er Jahren (z.B. Juvena, Heel, Eaton Fluid Power/früher Aeroquip, Sans Soucis) fort. Entscheidende Impulse als Gewerbestandort erhielt die Stadt durch die Eingemeindungen von Haueneberstein, Sandweier und Steinbach in den 1970er Jahren, wo sich bereits gewerbliche Entwicklungskerne befanden und die zudem ausreichendes Potenzial für die weitere Entwicklung in die Fläche eröffneten. Spätestens mit diesen Eingemeindungen hatte sich Baden-Baden faktisch zu einem Standort für Gewerbe und Dienstleistungen entwickelt. Unterstrichen wurde diese Entwicklung durch

die weitere Ausweisung nennenswerter Gewerbeflächen in Oos, Steinbach und Haueneberstein (s. 2.6.1.2.1).

Die Gewerbesteuererinnahmen im Jahr 2007 in Höhe von insgesamt 37,1 Mio. € unterstreichen die finanzwirtschaftliche Bedeutung der Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen für die Stadt und verweisen nicht zuletzt auch auf die monetäre Bedeutung dieses Sektors für die Sicherung und Weiterentwicklung der touristischen und kurstädtischen Infrastruktur.

Schließlich erfolgten in den 1990er Jahren mehrere Gesundheitsreformen, die u. a. auch negative Auswirkungen auf die kurörtliche Leistungsnachfrage hatten.

Trotz dieser mehr oder weniger offensichtlichen Entwicklungen verstand sich Baden-Baden in der nationalen und internationalen Selbstdarstellung weiterhin ausschließlich als Kur- und Tourismusstadt. Erst Mitte der 1990er Jahre wurde diese Sichtweise aufgebrochen und erste Ansätze entwickelt, in Baden-Baden den Gewerbe- und Dienstleistungssektor als zweites wirtschaftliches Standbein nicht nur weiter zu entwickeln, sondern auch offensiv zu vermarkten.

Gewerbeflächenpotenzial

Zum jetzigen Zeitpunkt hat Baden-Baden Gewerbeflächen in einer Größenordnung von ca. 140 ha im Bestand (besiedelte Fläche). Auf der Ebene der Flächennutzungsplanung sind weitere 86 ha planungsrechtlich gesichert (davon auf der Ebene von Bebauungsplänen ca. 40 ha).

Das zur Verfügung stehende planungsrechtlich gesicherte Gewerbeflächenpotential ist im regionalen Vergleich als sehr gut einzustufen (s. Kapitel „Siedlungsstruktur und Siedlungsentwicklung“.

Für den kurzfristigen Bedarf wird derzeit die Erschließung des Gewerbeparks Oos-West nach Süden fortgeführt und der Gewerbepark Wörnersangewand/Haueneberstein bis zum Frühjahr 2009 baureif erschlossen. Damit stehen ca. 28 ha für die kurz- bis mittelfristige Vermarktung zur Verfügung.

Mit dem Bebauungsplan Bollgraben/Steinbach sind derzeit weitere 12 ha (mit Grün- und Verkehrsflächen insgesamt ca. 22 ha; ursprünglich im FNP vorgesehen: 15 ha insgesamt) für die mittel- bis langfristige Vermarktung planungsrechtlich gesichert.

Weitere Flächen (Unterfeld/6,6,ha, Mittelfeld/18,5ha, Oberfeld/14,7ha) sind in einer Größenordnung von insgesamt ca. 40 ha bereits als gewerbliche Entwick-

lungsflächen auf der Ebene des Flächennutzungsplanes gesichert.

Für die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung der Gewerbeflächen zeichnet sich seit Herbst 2007 die neu gegründete Gewerbeentwicklung Baden-Baden GmbH (GEBB) verantwortlich. Die Vermarktung der Gebiete erfolgt hierbei in enger Kooperation mit der Stabsstelle Wirtschaftsförderung.

Akquisition und Marketing

Bei der Ansiedlung neuer Unternehmen wurde bisher auf eine starre Zielgruppendefinition verzichtet. Im Vordergrund stand die einzelbetriebliche Beurteilung (Zahl der erhaltenen bzw. neu geschaffenen Arbeits- und Ausbildungsplätze, voraussichtliches Gewerbesteuer- und sonstiges Steueraufkommen). Über Clusterbildungen in der Fläche wird bei der weiteren Vermarktung der Gebiete nachzudenken sein.

Ein übergeordnetes Vermarktungskonzept für die Gesamtstadt, das sämtliche Zielgruppen (Gäste, Kunden, Touristen, Wirtschaft) umfasst, besteht derzeit weder in einer inhaltlichen noch organisatorischen Ausgestaltung. Die bestehende Diversifikation der Marketingmaßnahmen (Stadtmarketing wird z.B. durch die Stadt, durch die Baden-Baden Innenstadt e.V., durch die Baden-Baden Kur & Tourismus GmbH, durch die Baden-Baden Events GmbH, durch Festspielhaus, durch Gewerbeentwicklung Baden-Baden u. v. m. betrieben) bzw. deren Zusammenführung oder Kooperation an sinnvoller Stelle wurde bisher noch nicht kritisch hinterfragt.

Beschäftigungsmarkt

Der Beschäftigungsmarkt in Baden-Baden ist spezifisch und weicht von dem der Region bzw. des Landes erheblich ab. Auffallend ist die Dominanz des Dienstleistungssektors, was anhand der vorliegenden Strukturdaten eindeutig abzulesen ist:

Finden im gesamten Bezirk der Agentur für Arbeit Rastatt 42,9% der Beschäftigten und auf Landesebene 34,7% der Beschäftigten eine Arbeit im sog. Verarbeitenden Gewerbe, so liegt dieser Anteil in Baden-Baden lediglich bei 19,4% (Agentur für Arbeit Rastatt, Ausgewählte Strukturdaten 2007).

Wenige Abweichungen ergeben sich in den Sektoren Handel und Gastgewerbe. Deutlich und entscheidend sind jedoch die strukturellen Unterschiede in den Be-

reichen „Gesundheit, Sozialwesen“ und „Öffentliche und private Dienstleistungen“. In diesem Sektor sind in Baden-Baden ca. 32% der Arbeitnehmer beschäftigt, auf Bezirksebene jedoch nur ca. 15% und auf Landesebene 14% (Agentur Rastatt 2007, ebenda).

Auffallend ist in Baden-Baden auch der hohe Anteil der weiblichen Beschäftigten: mit ca. 53,5% weicht er von dem auf Bezirksebene (41,1%) bzw. der Landesebene (43,7%) deutlich ab (Agentur Rastatt 2007, ebenda).

Was die Pendlerströme betrifft, ist Baden-Baden eine sog. „Arbeitsgemeinde“, d.h. von den ca. 28.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen werden ca. zwei Drittel von Menschen aus der umliegenden Region besetzt. Ca. 18.500 Arbeitnehmer pendeln täglich nach Baden-Baden, nur ca. 7.200 Baden-Badener arbeiten außerhalb des Stadtkreises.

Mehr als ein Drittel der Einpendler (ca. 7500) stammt aus den umliegenden Städten Rastatt (ca. 1.700), Sinzheim (ca. 1.600), Bühl (ca. 1.500), Karlsruhe St+LK (ca. 1.300), und Gaggenau (ca. 1.100). Der Anteil der elsässischen Einpendler ist mit 1.600 zumindest nennenswert (Agentur Rastatt, Beschäftigte nach Arbeit- und Wohnort, 2006).

Ca. 4.500 der Auspendler arbeiten in den umliegenden Städten Rastatt, Karlsruhe St+LK, Bühl, Gaggenau und Sinzheim.

Die Arbeitslosenquote im Geschäftsbereich Baden-Baden liegt mit 6,1% (Stand Juni 2008) deutlich über dem auf Bezirksebene (3,9%) und dem auf Landesebene (4,9%) (Agentur Rastatt 2007, ebenda).

Die Arbeitslosenquote Baden-Badens beinhaltet in ihrer absoluten Zahl der arbeitslosen Erwerbsfähigen zu ca. zwei Dritteln langzeitarbeitslose Erwerbsfähige, d.h. Menschen, die bereits seit mehreren Jahren ohne Erwerbstätigkeit und somit Bezüher von Arbeitslosengeld nach dem zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) sind. Die Gruppe der Langzeitarbeitslosen setzt sich dabei aus ca. 47 % Männer und ca. 53 % Frauen zusammen. Von ihnen sind ca. 50 % ohne Ausbildung, ca. 35 % haben einen Migrationshintergrund und ca. 13 % sind Alleinerziehende. Unter allen Langzeitarbeitslosen sind ca. 8,5 % unter 25 Jahre und ca. 27 % über 50 Jahre alt.

Unter anderem ist der Umfang der Langzeitarbeitslosigkeit von Ausländern im Stadtkreis Baden-Baden (~35%) gegenüber dem Landkreis Rastatt (~26%) besonders auffällig. Auch gegenüber vergleichbaren Stadtkreisen auf Landesebene ist der Ausländeranteil vergleichsweise hoch.

Mit der Verwaltungsreform Baden-Württemberg wurde die Aufgabe der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem SGB XII ab 1.1.2005 auf die Stadt- und Landkreise übertragen. Zielsetzung auf kommunaler Ebene ist die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben, ihre Gleichstellung und ihre selbstbestimmte Lebensführung als wichtiges Ziel der Sozialpolitik und der Eingliederungshilfe. Derzeit arbeiten 122 Menschen mit einer wesentlichen Behinderung in einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen, viele von ihnen schon seit langem. Eine Vermittlung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt kam bisher nicht zustande. In den kommenden Jahren drängen viele Abgänger aus Förderschulen auf den Arbeitsmarkt, bzw. bei Mangel an Angeboten in die Werkstätten.

Gender Mainstreaming

Das Chancengleichheitsgesetz in Baden-Württemberg vom 22.10.05 stellt durch §§ 23 und 24 die Verwirklichung des Verfassungsgebotes der Gleichberechtigung von Frauen und Männern auch in die kommunale Verantwortungskompetenz: Stadt- und Landkreise sollen sicher stellen, dass Frauenförderung wahrgenommen und Chancengleichheit als durchgängiges Leitprinzip in allen kommunalen Aufgabenbereichen berücksichtigt wird. Diese Aufgabenstellung ist im Rahmen der strategischen Entwicklungsplanung zu berücksichtigen.

Dabei kann der kommunale Arbeits- und Beschäftigungsmarkt nicht außer Acht gelassen werden. Die Ausgangslage bei der Berücksichtigung von Gender Mainstreaming im Bereich des privaten Arbeits- und Berufslebens sind geschlechterdifferenzierte Statistiken. Diese müssen zum Teil erst noch erhoben werden. Daten zur Gleichstellung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt liegen zwar vor, sind jedoch detailliert und konkret für den Stadtkreis Baden-Baden nicht herunter gebrochen.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Soll das Image Baden-Badens als internationale Tourismusstadt auf der Grundlage eines erweiterten Selbstverständnisses auch zur Vermarktung von Gewerbe- und Dienstleistungsflächen genutzt werden?*
- *In welcher Priorität und in welcher zeitlichen Abfolge sollen die vorhandenen Gewerbegebiete erschlossen und vermarktet werden und sollen zusätzlich zu*

den bereits planungsrechtlich gesicherten Flächen neue Gewerbeflächen entwickelt werden, wenn ja: wo und in welchem Umfang?

- *Soll am Ziel der Erhaltung und Stärkung der Branchenvielfalt unter Verzicht auf Cluster-Bildungen festgehalten werden?*
- *Kann die Integration schwer behinderter Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt im Rahmen des SGB XII auf kommunaler Ebene durch zusätzliche Programme gefördert werden?*

LAUFENDE PROJEKTE

Gewerbepark Oos-West

Bei der Vermarktung des erschlossenen Nordteils des Gewerbeparks Oos-West hat sich gezeigt, dass eine Modifizierung des Erschließungssystems notwendig ist, um größtmögliche Flexibilität bei der Vermarktung zu erzielen. Auch sind technische Anpassungen, z.B. bei den Straßenprofilen oder bei der Begrünung notwendig. Ferner sollen im Rahmen des Bebauungsplan-Änderungsverfahrens die Bauvorschriften möglichst investorenfreundlich gestaltet werden, um Ansiedlungen zu erleichtern. Wesentliches Ziel der Überarbeitung des Erschließungskonzepts ist auch eine Optimierung der Erschließungskosten, um zukünftig noch konkurrenzfähigere Grundstückspreise anbieten zu können.

Das Änderungsverfahren ist eingeleitet und soll bis zum Frühjahr 2009 abgeschlossen werden. Im Vorgriff auf die künftige Planung wird aktuell bereits ein Teilstück der Erschließungsstraße „Im Rollfeld“ verlängert, um die derzeitige rege Nachfrage nach Gewerbegrundstücken befriedigen zu können.

Gewerbepark Wörnersangewand

Für das insgesamt rund 12 Hektar große Gebiet (davon rund 8 Hektar Gewerbefläche; ursprüngl. im FNP gesichert: 9 ha) am nördlichen Ortsrand von Haueneberstein wurde im Januar 2001 ein Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes gefasst. Dieser Plan trat dann im Januar 2004 in Kraft.

Zur Optimierung der Flächenzuschnitte – gerade auch für mittlere und kleinere Flächen, insbesondere für mittelständische Betriebe – wurde im Oktober 2007 vom

Gemeinderat der Beschluss gefasst den Bebauungsplan zu ändern. Diese Änderung ist am 10. März 2008 in Kraft getreten.

Das Umlegungsverfahren wurde im Mai 2007 abgeschlossen. Hierbei wurde den 9 Privateigentümern im Gebiet eine Fläche von ca. 2,2 Hektar zugeteilt. Die übrige Gewerbefläche von ca. 6 Hektar wurde der Stadt zugeteilt. Diese Fläche wird in den nächsten Monaten durch die Gewerbeentwicklung Baden-Baden GmbH übernommen und anschließend nachfrageorientiert vermarktet.

Der Expansions- bzw. Verlagerungsdruck von örtlichen Unternehmen hatte sich in den vergangenen 2 bis 3 Jahren stetig verstärkt, so dass sich ein dringender Handlungsbedarf für die Erschließung des Gebietes ergab. Mittlerweile wurde im Mai 2008 mit der eigentlichen Erschließung (Bodenmanagement, Kanalisation) begonnen. Ab August/September 2008 sollen die Straßenbauarbeiten in Angriff genommen werden. Das Gebiet soll bis Februar 2009 baureif erschlossen werden. Auf Grund der erfreulichen Nachfrage kann mit einer zügigen Besiedlung des Gebietes gerechnet werden.

Existenzgründerzentrum

Im Rahmen des Konversionsstandortprogramms (KSP) wurde der Stadt bereits 2004 ein Zuschuss (ein Drittel der Baukosten, 50% der Grundstückskosten) seitens des Landes zugesagt. Darauf hin hat die Stadt einen Gebäudetrakt des sog. Internats auf dem Areal der Europäischen Medien- und Eventakademie (Jägerweg 10) saniert und anschließend an Existenzgründer vermietet.

2006 wurde absehbar, dass der Raumbedarf der beruflichen Schulen (Robert-Schuman-Schule bzw. Gewerbeschule) in einem Ausmaß wachsen würde, der einen vernünftigen Betrieb des Gründerzentrums in Frage stellen würde. In der Folgezeit begab man sich auf die Suche nach räumlichen Alternativen, die schließlich mit einem Grundstück im Gewerbepark Cité – direkt neben dem sog. Media- und IT-Center/Schwarzwaldstr. 139 – erfolgreich verlief. Das Bestandsgebäude soll kurzfristig abgebrochen und Platz für einen dreigeschossigen Neubau geschaffen werden. Aktuell wird von der Entwicklungsgesellschaft Cité die bauliche Konzeption entwickelt. Parallel hierzu muss die Betriebs- und Nutzungskonzeption bzw. die Akquisitions- und Vermarktungsstrategie geklärt werden (Zielgruppen, Branchen, Gründerbonus etc.). Nachdem das erste Projekt „Diemex – Zentrum für Dienstleistungen, Medien und Existenzgründung“ im Gebäude Jägerweg 10 wegen des oben dargestellten Raumproblems nicht weitergeführt

werden konnte, drängt das Zuschuss gebende Land nunmehr auf eine zügige Realisierung des Gründerzentrums (Jahresende 2009). Dem vorzeitigen Baubeginn wurde seitens des Landes durch Bescheid vom 17.06.2008 zugestimmt. Gleichzeitig wurde der Fördersatz auf max. 643.133 € (ein Drittel der förderfähigen Baukosten) begrenzt. Dem Gründerzentrum kommt sowohl als Neubauprojekt innerhalb des Konversionsprozesses als auch als Wirtschaftsförderungsmaßnahme für junge Unternehmen besondere Bedeutung zu.

Projekte zur Integration von Langzeitarbeitslosen im Rahmen von SGB I/SGBIII (ARGE)

- Projekt- und einzelfallbezogene Zusammenarbeit mit dem örtlichen Träger der Sozial- und Jugendhilfe (Ansätze von integriertem Fallmanagement).
- Kooperation der ARGE mit dem Verein „Neue Zeiten“ zur Integration von russischsprachigen Migranten.
- Kooperation der ARGE mit dem örtlichen Caritasverband zur Schaffung von Niedrigschwelligen Arbeitsangeboten im Rahmen der Beschäftigungsförderung nach § 16a SGB II.
- Förderung der „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ (AGH) nach § 16 Abs. 3 SGB II, Bindung der Stadtverwaltung Baden-Baden als Maßnahmeträger für Arbeitsgelegenheiten, gegenwärtig ca. 25 Stellenangebote in AGH.

Projekte für wesentlich behinderte Menschen im Rahmen der Eingliederungshilfe nach SGB XII (Amt für Familien, Soziales und Jugend)

- Pilotprojekt beim Amt für Familie, Soziales und Jugend zur Integration auf dem 1. Arbeitsmarkt eines wesentlich behinderten Menschen aus einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen.
- Etablierung einer Berufsvorbereitenden Einrichtung (BVE) an der Mooslandschule (Ottersweier)

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

Stand der Flächennutzungsplanung und Ansätze für eine Optimierung

Der heutige Stand der Flächennutzungsplanung mit rund 80 ha planungsrechtlich gesicherter Gewerbeflächen wurde im Rahmen der Ausgangslage bereits kurz skizziert. Das Potenzial ist im regionalen Vergleich quantitativ und qualitativ sehr gut. Dennoch ist aus der Sicht der Gewerbeentwicklung eine kritische Würdigung und darauf basierend eine Fortschreibung und Optimierung der Flächen notwendig. Der Stand der strategischen Überlegungen stellt sich aktuell wie folgt dar:

Bollgraben (Steinbach)

Das Gebiet ist durch ein ungünstiges Verhältnis zwischen Gewerbeflächen (ca. 12,5 ha) und öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen (ca. 10 ha) gekennzeichnet. Ursächlich ist hierfür die nach der jetzigen Planung notwendige Verlegung des „Bollgrabens“ nach Westen und die hierdurch ausgelösten umfangreichen Ausgleichsmaßnahmen. Bei diesem Gebiet, das durch einen rechtskräftigen Bebauungsplan gesichert ist und für welches das Umlegungsverfahren bereits eingeleitet ist, stellt sich die Frage, ob durch eine Flächenreduzierung unter Beibehalt des jetzigen Verlaufs des Bollgrabens eine erschließungstechnisch und wirtschaftlichere Lösung gefunden werden kann. Ansatzpunkte bieten hier die bereits vorhandenen Erschließungstrassen aus dem benachbarten Gebiet „Steinbach West“. In einer Untersuchung zur Optimierung des Gebiets sollten hier die Entscheidungsgrundlagen für Verwaltung und Gemeinderat geschaffen werden. Hierbei sind auch die rechtlichen und finanziellen Aspekte zu würdigen, die sich aus einer Änderung des bereits eingeleiteten Umlegungsverfahrens ergeben. Ziel der Untersuchung muss es sein, den Anteil der öffentlichen Flächen von heute rund 44% auf möglichst unter 25% zu reduzieren.

Mittelfeld/Unterfeld (Sandweier)

An der Entwicklung der Flächen im Mittelfeld und Unterfeld, die in Sichtbeziehung zur A5 liegen wird festgehalten. Die Erschließungssituation über die B3 alt und die neue Querspange zur B3 neu bzw. zum Autobahnanschluss Rastatt Süd hat sich verbessert. Es wird vorgeschlagen, als Grundlage für die verbindliche Bauleitplanung eine Machbarkeits- und Erschließungsstudie zu erstellen. Dieses Gebiet eignet sich vor allem für produzierendes Gewerbe, das an einer exponierten Lage direkt an der BAB A 5 interessiert ist. Als Dienstleistungsstandort ist dieses Gebiet wegen der mangelnden Infrastruktur weniger interessant. Als Standort für großflächigen Einzelhandel wäre das Gebiet wegen der guten Sichtbarkeit und Frequenz ebenfalls attraktiv,

allerdings würde dieser Standort auf der grünen Wiese die Innenstadt und die Cité schwächen, was nicht im Gesamtinteresse der Stadt liegen kann.

Oberfeld (Sandweier)

Dieses Gebiet bietet sich einerseits als Arrondierung/Erweiterung des vorhandenen Gewerbegebiets an. Andererseits gibt es den starken Wunsch in der Sandweierer Bevölkerung, soviel wie möglich Wohnbauflächen auszuweisen und die Gewerbeflächen zu reduzieren (Lärmschutzproblematik und finanzielle Interessen der Eigentümer, die auf einen höheren Wertzuwachs bei Wohnbauflächen setzen). Eine maßvolle Arrondierung der Gewerbefläche ist sinnvoll, vorrangig um den örtlichen Expansionsbedarf für den Mittelstand (Handwerker, kleinere und mittlere Industriebetriebe) zu decken. Eine Ansiedlung von großen, externen Unternehmen sollte hier aber nicht forciert werden. Die verkehrliche Anbindung – zumindest mit LKW – ist im direkten Vergleich mit Mittelfeld/Unterfeld deutlich ungünstiger.

Wörnersangewand/nördliche Erweiterung (Haueneberstein)

Das durch Bebauungsplan gesicherte Gebiet wird bis zum Frühjahr 2009 baureif erschlossen. Die Besiedelung dieses Gebiets wird wahrscheinlich einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren in Anspruch nehmen. Eine Erweiterung des Gebiets nach Norden in einer Größenordnung von 5 bis 10ha - die Haupterschließungsstraße reicht bereits bis an den Gebietsrand – bietet sich an. Zuvor sollten allerdings die Restflächen im südwestlichen und nordwestlichen Bereich des bestehenden Gewerbegebietes „Aschmatt-Sellmatt“ genutzt werden.

Oos-West/Hüfenau (Oos)

Obwohl im zentralen und südlichen Teil von Oos-West noch ein beträchtliches Flächenpotenzial von rund 20 ha (davon 5 ha noch im Landesbesitz) vorhanden ist, und der Besiedelungs- und Vermarktungszeitraum mit mind. 5 bis 10 Jahren zu kalkulieren ist, sollte schon heute über eine Erweiterung des Gebiets in nördliche Richtung nachgedacht werden. Das mögliche Gebiet wird durch die B 3 neu im Osten, die K 9613 im Nordwesten und den Oosbach im Westen begrenzt. Das Flächenpotenzial liegt bei ca. 10 bis 12 ha. Für dieses Gebiet sollte

eine Machbarkeits- und Erschließungsstudie in Auftrag gegeben werden, um die Realisierungschancen besser beurteilen zu können. Im Gewerbeflächenportfolio von Baden-Baden stellt diese Fläche mit das interessanteste Potenzial dar.

Die Erschließungssituation ist besonders günstig, weil Zu- und Abfahrt einmal über die bestehende Erschließungsstraße „Neuer Markt“ und zum anderen über eine neue Erschließung an der K 9613 im Westen möglich wäre. Die Fläche würde außerdem zu einer städtebaulich-siedlungsstrukturell sinnvollen Abrundung der bestehenden Gewerbezone Oos-Nord/Oos-West führen.

Gewerbeentwicklungsplan

Im Rahmen der strategischen Entwicklungsplanung sollte ein Gewerbeentwicklungsplan (GEP) für den Zeitraum 2010 bis 2025 erstellt werden. Dieser Zeitraum entspricht auch der Laufzeit der Flächennutzungsplanung, die ohnehin zu überarbeiten ist.

Der GEP sollte folgende Kernelemente enthalten bzw. folgende Kriterien berücksichtigen:

- Quantitativ sehr gutes Gewerbeflächenangebot, d.h. für den Zeitraum bis 2025 mind. 100ha Gewerbeflächen, die durch Bebauungsplan oder Flächennutzungsplan gesichert sind.
- Berücksichtigung der Entwicklungsbedürfnisse (Eigenbedarf) derjenigen Ortsteile, die schon heute nennenswerte Gewerbeansiedlungen aufweisen (Oos/Cité, Haueneberstein, Sandweier, Steinbach, Rebland).
- Verkehrsgünstige Lage (A5, B3, Bahnverbindung/Schnellbahntrasse, ÖPNV)
- Autobahnnahe bzw. Sichtbarkeit von der Autobahn
- Beachtung der Siedlungszusammenhänge
- Beachtung der Wirtschaftlichkeit der Erschließung um konkurrenzfähige Grundstückspreise anbieten zu können
- Verstärkte Berücksichtigung des Klima- und Hochwasserschutzes (Versickerung, Einsatz regenerativer Energien etc.)
- Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Gewerbeflächen

- Gezielte Förderung des Mittelstands bei Ansiedlungsentscheidungen
- Ausschluss großflächiger Logistik-Ansiedlungen
- Ausschluss großflächiger Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevanten Sortimenten
- Bei Ansiedlungsentscheidungen Vorrang für arbeitsplatzintensive Unternehmen (Anhaltspunkt: mind. 50 Arbeitsplätze je Hektar Gewerbefläche); Vorrang für Wachstums- und Zukunftsbranchen.

Perspektiven der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen

- Zur wirksamen Verbesserung der Beschäftigungs- und Aufstiegschancen benachteiligter Gruppen ist eine Verzahnung aller kommunalen Leistungsangebote und Politikfelder wie Wohnungsbau, Wirtschaftsförderung, Bildung, Sozial- und Jugendhilfe erforderlich.
- Die Stadt richtet zusätzliche Stellen für die Berufsausbildung (auch über den eigenen Bedarf hinaus) und für Arbeitsgelegenheiten ein, um Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen einen Niedrigschwelligen Berufseinstieg zu ermöglichen. Die Stadt Baden-Baden setzt sich dafür ein, dass derartige Stellen auch bei den Regiebetrieben und Beteiligungen bereitgestellt werden. Diese Stellenanzahl kann durch Inanspruchnahme von EU-, Bundes- oder Landesfördermitteln vergrößert werden.

Perspektiven der Eingliederung von wesentlich behinderten Menschen

- Förderprogramm der Stadt Baden-Baden zur Integration ins Arbeitsleben für Menschen mit wesentlicher Behinderung
- planmäßiger Umbau der beruflichen Teilhabemöglichkeit für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung zu einer Unterstützungsstruktur, die mehr Eigenständigkeit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung für diesen Personenkreis ermöglicht.
- bedarfsdeckende Gesamtförderung für Arbeitgeber für die besonderen Aufwendungen, Belastungen und Risiken, die für Arbeitgeber mit der Beschäftigung von Menschen mit besonderem Förderbedarf verbunden sind.

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Plan mit Darstellung der vorhandenen bzw. planungsrechtlich gesicherten Gewerbegebiete sowie Darstellung der Potenzialflächen.

SCHWERPUNKTE DER DISKUSSION

Das Image von Baden-Baden hat als wesentliche Prägung Bad, Kur und Kultur. Baden-Baden hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten jedoch auch zu einem Gewerbeort entwickelt.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Clusterbildung im Bereich der gewerblichen Entwicklung.
 - Gesundheits- und Dienstleistungsstandort Baden-Baden.
 - Marketing
-

3.8 EINZELHANDEL

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Der klassische Einzelhandel, also ohne den Handel mit Kraftfahrzeugen, Mineralöl- und Apothekenprodukten, zählt zu den bedeutendsten Branchen der deutschen Wirtschaft. Daneben war und ist der Einzelhandel eine wesentliche Säule urbanen Lebens und besitzt nach wie vor eine hohe Anziehungskraft für die Bürgerinnen und Bürger einer Stadt/Gemeinde bzw. für dessen Umland. Zwar sind die Stadtzentren nach wie vor belebt, der Einzelhandel steht jedoch aufgrund des veränderten Konsumentenverhaltens sowie der demographischen Entwicklung vor neuen Herausforderungen. So ist z. B. die Zahl der kaufkräftigen Erwerbstätigen gegenüber dem Jahr 1994 um zwei Millionen zurückgegangen.

Folgende Stichworte kennzeichnen die veränderten Rahmenbedingungen:

- Konjunkturelle Probleme
- Strukturelle Herausforderungen
- Verändertes Konsumentenverhalten
- Verdrängungs- und Konzentrationsprozess
- Filialisierung und „Aldisierung“

Mit rund 395 Mrd. Euro Umsatz (ohne Kfz, Tankstellen und Apotheken) erzielte der deutsche Einzelhandel im Jahr 2007 unter Berücksichtigung der Preisentwicklung so viel wie zu Beginn der 1990er Jahre, als im Zuge der deutschen Wiedervereinigung die Konsumlaune deutlich besser war. Die nominalen und realen Einzelhandelsumsätze gingen jedoch zwischen 2001 und 2003 und im Jahr 2007 (- 0,8 Prozent nominal, 2,0 % real) gegenüber dem Vorjahr zurück.

Der Anteil des Einzelhandels an den privaten Konsumausgaben sank von 35,2 Prozent im Jahr 1995 auf 28,8 Prozent im Jahr 2007 und die Sparquote ist so hoch wie nie zuvor.

Neben den konjunkturellen Schwierigkeiten existieren seit langem gravierende strukturelle Probleme. Hier ist zum einen die Flächenexpansion der letzten Jahre zu nennen, die zu Überkapazitäten führt. Ein Ende dieser Expansion – besonders von großflächigen Einzelhandelsprojekten – ist nicht in Sicht. Vielmehr kommen pro Jahr bis zu einer Million qm Verkaufsfläche neu hinzu. Bis zum Jahr 2010 ist ein zusätzliches Volumen von rund drei Millionen qm zu erwarten. Bei stagnierenden

oder gar rückläufigen Umsatzzahlen führt diese Entwicklung zwangsläufig zu einem Sinken der Flächenproduktivität.

Nachdem die Ansiedlung an peripheren Standorten („Grüne Wiese“) allmählich nachlässt, entstehen große Einkaufszentren am Rand der Innenstädte und in den Zentren selbst. Dazu zählen in erster Linie die Shopping-Center und so genannte Factory-Outlet-Zentren (FOC). Inzwischen existieren in Deutschland 363 Shopping Center mit einer Gesamtfläche von rund 11,4 Millionen qm. Weitere 56 Projekte mit über 1,6 Millionen qm Fläche sind in den kommenden Jahren geplant. Längst nicht mehr alle einzelhandelsgenutzten Flächen können infolgedessen kostendeckend betrieben werden, so dass die Leerstände zunehmen. Betroffen sind vor allem innerstädtische B-Lagen, die weniger attraktiven Neben- bzw. Streulagen in kleineren Städten, Stadtteil- und Nebenzentren sowie kleinere Mittelzentren.

Auswirkungen auf den Einzelhandel in der Region sind vom geplanten FOC-Zentrum Roppenheim mit rund 23.000 Quadratmetern Verkaufsfläche zu erwarten. Das Zentrum wird 2010 eröffnet. Über 70% des Umsatzes sollen aus Deutschland akquiriert werden.

So genannte „Randsortimente“ großflächiger Einzelhandelsansiedlungen führen dazu, dass der innerstädtische Einzelhandel weiter unter Druck gerät. Augenfälliges Beispiel dafür ist die aus raumordnerischen Gründen bislang gescheiterte Realisierung des IKEA-Projektes in Rastatt. Von rund 40.000 qm Verkaufsfläche sind immerhin rund 8.500 qm für zentrenrelevante Sortimente (Glas/Porzellan/Keramik, Haushaltswaren, Heimtextilien, Bettwaren etc.) vorgesehen.

Der Wandel ist darüber hinaus in erheblichem Maße auf das veränderte Konsumentenverhalten zurückzuführen. So erschließen sich die Konsumenten neue Einkaufsquellen wie bspw. Convenience-Shops in Tankstellen oder den Einkauf via Internet.

Als Folge dieser Entwicklung zeichnet sich in der Einzelhandelsbranche zurzeit ein härter werdender Verdrängungs- und Konzentrationsprozess ab, der die gesamte Angebots- und Vertriebsstruktur einer tief greifenden Veränderung unterwirft. Kennzeichen dieser Konzentration und des Maßstabssprungs im Einzelhandel ist eine Vielfalt an finanzstarken, überregional bzw. international agierenden Kooperationsformen, die zunehmend das Erscheinungsbild der Innenstädte charakterisieren. In Form von Filialketten oder Franchisesystemen führt dies zu einer landesweiten Angleichung von Warenangeboten sowie der inneren und äußeren Gestaltung der Ladengeschäfte. Langfristig kommt es zu einer beliebigen Austauschbarkeit des Einzelhandelsstandorts.

Neben der zunehmenden „Filialisierung“ sind es vor allem Fachmärkte und Lebensmitteldiscounter, die ihre Marktanteile kontinuierlich ausbauen und damit den Großteil des Einzelhandelsumsatzes auf sich vereinen. Diese Betriebsformen entsprechen offensichtlich den Verbraucherwünschen nach hoher Qualität zu niedrigen Preisen, gepaart mit einer entsprechenden Einkaufsbequemlichkeit. Diese so genannte „Aldisierung“ wird auch in Zukunft die Einzelhandelslandschaft bestimmen, da das Warenangebot der Discounter verstärkt auf Güter des Non-Food-Bereichs ausgeweitet wird.

Zu den Verlierern zählen hingegen die traditionellen kleinflächigen Fachgeschäfte. Deren Marktanteil wird im Jahr 2010 nur noch auf rund 25 Prozent prognostiziert. Daneben sehen sich auch die Kauf- und Warenhäuser großen Akzeptanz- und Positionierungsproblemen am Markt ausgesetzt. Ursache hierfür ist die enorme Expansion der Einzelhandelsfläche bei großflächigen discountorientierten Einkaufszentren, Hypermärkten, Verbraucher- und Fachmärkten bei gleich bleibender Flächendimensionierung der Warenhäuser. Darüber hinaus wird es in den kommenden Jahren zu weiteren Marktanteilsverschiebungen kommen, da dem Versandhandel und vor allem dem damit verbundenen Electronic Retailing hohe Wachstumschancen eingeräumt werden.

Trotz allen negativen Entwicklungen in den vergangenen Jahren konnte sich der Einzelhandel in Baden-Württemberg im Jahr 2006 langsam erholen. Sowohl eine Steigerung des Umsatzes um fast zwei Prozent als auch eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten ist zu verzeichnen. Damit kann von einem moderaten Wachstum gesprochen werden.

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Aktuelle rechtliche Planungssituationen

Entsprechend dem Einzelhandelserlass Baden-Württemberg müssen für die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes eine Darstellung der Einzelhandelssituation und deren beabsichtigte Fortentwicklung erfolgen. Sowohl die Darstellung des Bestandes als auch die darüber hinausgehenden Perspektiven sollen auf der Grundlage eines Einzelhandelskonzeptes erfolgen, das durch das Planungsbüro Dr. Donato Acocella im 2. Halbjahr 2000 erstellt wurde. Das gleiche Büro erstellte im Jahr 2007 den für die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes erforderlichen Fachbeitrag. Beide Planwerke greifen in einander über und sind als Ganzes zu lesen.

Ziel und Zweck der fachgutachterlichen Beiträge ist die Erarbeitung von Grundlagen, auf denen die städtebauliche Begründung für die rechtlich-räumliche Lenkung der Einzelhandelsentwicklung hergeleitet werden kann. Die rechtliche Umklammerung für eine solche städtebaulichen Zielvorstellung erfolgt dann auf der Grundlage von § 9, Abs. 2b BauGB durch die Aufstellung eines umfassenden Bebauungsplanes (zum Schutz zentraler Versorgungsbereiche, aber auch im Interesse einer verbrauchernahen Versorgung werden für im Zusammenhang bebaute Ortsteile bestimmte Einzelhandelsnutzungen ausdrücklich erlaubt oder untersagt). Die räumliche Festlegung und die inhaltliche Ausgestaltung einzelner Teilbereiche orientieren sich an dem vom Planungsbüro Dr. Acocella ausgearbeiteten Entwicklungs- bzw. Zentrenkonzept. Die hierfür erforderliche kommunalpolitische Grundsatzentscheidung erfolgte in der Gemeinderatssitzung am 26.11.2007. Ergebnisse aus dem Planungsprozess Baden-Baden 2020 werden aufgegriffen und in die weitere detaillierte einzelhandelsrelevante Bauleitplanung integriert; die Fortschreibung des FNP verläuft dabei verfahrensrechtlich parallel zum Prozess der strategischen Entwicklungsplanung.

Quantitative Darstellung des Baden-Badener Einzelhandels

Der Stadtkreis zählt derzeit ca. 480 Einzelhandelsgeschäfte mit einer Gesamtverkaufsfläche von ca. 90.000 qm.

Der jährliche Umsatz liegt bei ca. 286 Mio. € (2004), davon werden allein in der Innenstadt ca. 140 Mio. € erwirtschaftet (Quelle: Fachbeitrag Einzelhandel, Dr. Donato Acocella, 2007).

Die einzelhandelsrelevante Kaufkraftziffer liegt bei 109,92 (2005, BBE Köln) und liegt somit um nahezu 10 % über dem Bundesdurchschnitt und auch deutlich über dem Landesdurchschnitt (103,76). Die Verbleibquote, d. h. die durch den Einzelhandel vor Ort gebundene Kaufkraft der eigenen Bevölkerung, liegt bei ca. 60 bis 70 % (Acocella, 2007).

Die Umsatzherkunft lässt sich annähernd wie folgt quantifizieren:

- Baden-Baden: ca. 62-69 %
- LK Rastatt ca. 14-15 %
- Kurgäste/Touristen ca. 13-14 %
- Sonstige ca. 7 %

Die Bindungsquote des Baden-Badener Einzelhandels beträgt 105 %, d.h., dass die Summe der Kaufkraftzuflüsse die Kaufkraftabflüsse nur knapp überwiegen. Dies ist für ein Mittelzentrum eine eher bescheidene Bindungsquote (Acocella 2007).

Qualitative Beurteilung des Nahversorgungs- und Sortimentangebotes

Die fußläufige Nahversorgung in der Innenstadt ist weitgehend gesichert, wenn man davon ausgeht, dass Nahversorgungsangebote bis zu einer Entfernung von ca. 500 m für die Bevölkerung erreichbar sind. Dominant ist der Anteil des mittelfristigen Bedarfsbereiches mit ca. 64 %. Ca. 40 % des Innenstadtumsatzes gehen auf Umsätze im Bekleidungs- und ca. 13 % auf Umsätze im Nahrungs- und Genussmittelbereich zurück.

In den Ortsteilen hingegen ist das Nahversorgungsangebot teilweise defizitär oder überhaupt nicht vorhanden. Insbesondere die Ortsteile Sandweier und Geroldsau sind nicht nahversorgt. In anderen Ortsteilen, wie z. B. in Balg oder in Ebersteinburg ist jeweils nur ein kleines Lebensmittelgeschäft vorhanden, das eine umfassende Nahversorgung der Bevölkerung nicht sichern kann.

Wie in anderen Städten steht auch in Baden-Baden einer geringen Zahl großflächiger Einzelhandelsbetriebe mit hohem Verkaufsflächenanteil eine große Anzahl kleinerer Betriebe mit geringem Verkaufsflächenanteil gegenüber (z. B. betreiben 5 % aller Betriebe eine Verkaufsfläche von knapp 45 %).

Sonderbetrachtung Konfliktfeld Innenstadt

In der Innenstadt liegen ca. 60 % aller Baden-Badener Einzelhandelsgeschäfte (ca. 275). Auf einer Verkaufsfläche von ca. 34.000 qm wird ein Jahresumsatz von ca. 140 Mio. € erzielt, wobei die höchsten Verkaufsflächen- und Umsatzanteile auf das Bekleidungsassortiment entfallen.

Liegt für den gesamten Stadtkreis die Umsatzherkunft aus dem kurörtlich-touristischen Bereich bei ca. 13-14%, so dürfte dieser Anteil bezogen auf die Innenstadt und erst recht bezogen auf den Bereich der Fußgängerzone deutlich höher liegen.

Fasst man den Fokus noch enger und zieht die Grenze um die eigentliche Fußgängerzone (Sophien-, Kreuz- und Teilbereiche der Sophienstraße) reduziert sich die Betrachtung auf jenen Teil des Einzelhandelsgesche-

hens, der wie kein anderer die Außenwahrnehmung des innenstädtischen Einzelhandels bestimmt und der aufgrund unterschiedlicher Zielgruppenansprachen, aufgrund seiner Einbindung in ein sensibles und hochwertiges Stadtbild und aufgrund einer besonderen verkehrlichen Situation in gleich mehreren Spannungsverhältnissen steht:

- Tagesgast – Hotelgast – Kongressgast – Bürger
- Verkehrsbindung – Erreichbarkeit – Parkierungsangebot
- Stadtbild – Werbemaßnahmen des Einzelhandels – Sondernutzungen

An der Aufarbeitung der damit verbundenen Konfliktsituationen wird derzeit aktiv gearbeitet (Überarbeitung Sondernutzungssatzung, Gesamtanlagensatzung, Innenstadtkonzept/Gestaltungsfibel, Parkierungskonzept etc.).

Innenstadttypisch ist die kleinteilige Struktur des Einzelhandelsgebots, bedingt durch ein relativ hohen Anteil noch inhabergeführter Geschäfte und einen moderaten Filialisierungsgrad.

Das individuelle Erscheinungsbild korrespondiert zwar zu einem hohen Maß mit der städtebaulichen Identität und Vielfalt, birgt aber die Gefahr, dass die begrenzten Flächeneinheiten künftigen Marktanforderungen nach größeren Verkaufsflächen nicht mehr genügen werden und somit betriebswirtschaftlich sinnvoll nicht mehr zu führen sind. Die Bildung größerer Verkaufsflächeneinheiten ist aufgrund der bestehenden Eigentumsstrukturen sehr schwierig, könnte aber aufgrund der skizzierten Problematik künftig verstärkt an Bedeutung gewinnen.

Marketing

Bis 2001 war der Baden-Badener Einzelhandel als Gesellschafter in der Baden-Baden Marketing (BBM) organisiert. Die Vermarktung einzelhandelsrelevanter Interessen erfolgte bis zu diesem Zeitpunkt als integrierter Bestandteil des Stadtmarketings. Nach der Trennung von der BBM verfolgte der Einzelhandel seine Interessen zunächst in der Aktionsgemeinschaft Baden-Baden e. V., seit 2007 in der neu gegründeten Baden-Baden Innenstadt e. V. (BBI). Mit ca. 80 Mitgliedern ist der Baden-Badener Einzelhandel in der BBI nur partiell vertreten. Die Aktionen und Werbemaßnahmen der BBI werden von der Stadt mit einem Komplementärbetrag in Höhe von 50.000 € /Jahr kofinanziert.

Eine weitere Interessengemeinschaft hat sich bereits vor Jahren im sog. „Bäderviertel“ gebildet, erste Ansätze eines gemeinsamen Marketings bilden sich derzeit in der Rheinstraße. Auch die vom Fachmarktzentrum getragenen Vermarktungsimpulse sind vom innenstädtischen Stadtmarketing separiert, so dass insgesamt zu konstatieren ist, dass für einen gesamtstädtischen Vermarktungsansatz derzeit weder ein konsensfähiges inhaltliches Konzept noch ein organisatorischer Rahmen vorhanden ist.

Insbesondere an der inhaltlichen Ausrichtung eines gemeinsamen Vermarktungskonzeptes scheiden sich in Baden-Baden die Geister; zu unterschiedlich sind die anvisierten Zielgruppen, die vom zahlungskräftigen Hotel- und Kongressgast über den Tagestouristen bis hin zum nahversorgungsinteressierten Einwohner gehen. Auch in der Abstimmung mit anderen Interessengruppen ergeben sich immer wieder Defizite, so dass ereignisreichen Zeitfenstern mit deutlichen Überlastungen der Innenstadt immer wieder ereignisarme entgegenstehen.

Factory Outlet Center in Roppenheim

Nach aktuellem Entwicklungs- und Planungsstand wird die britische Aktiengesellschaft Freeport Leisure in Jahr 2010 im elsässischen Roppenheim ein Factory Outlet Center (FOC) mit einer Gesamtverkaufsfläche von 23.000 qm eröffnen. Auf einem Grundstück von ca. 17 ha werden rund 120 Geschäfte, städtebaulich als Markendorf organisiert, Waren im oberen Preissegment anbieten. Die in letzter Instanz durch den französischen Staatsrat Conseil d'Etat erteilte Genehmigung nimmt keinerlei Rücksicht auf gewachsene Einzelhandelsstrukturen innerhalb der grenzüberschreitenden Region und konterkariert den vom deutschen Gesetzgeber durch das Raumordnungs- und Planungsrecht zum Ausdruck gebrachten Wille, durch ein ausbalanciertes und hierarchisch gegliedertes Kräfteverhältnis einzelner Angebotszentren deren Funktionsfähigkeit, vor allem aber die Versorgungssicherheit der Bevölkerung, zu gewährleisten.

Aus dem der Genehmigung zugrunde liegenden Einzelhandelsgutachten sind die zu erwartenden Umsatzverluste für Baden-Baden nicht näher präzisiert. In analoger Betrachtung des für das ehemals geplante FOC in Söllingen erstellte Gutachten müsste von einem Umsatzverlust von ca. 19 Mio. € bzw. 13 % für den Baden-Badener Einzelhandel ausgegangen werden. Der Verband für Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels Baden-Württemberg geht sogar von Einbußen in Höhe von ca. 19 % aus.

In analoger Betrachtung der Auswirkungen des bereits realisierten FOC in Zweibrücken geht das Büro Dr. Acocella in seinem Fachbeitrag Einzelhandel hingegen davon aus, dass es zwar zu einer Schwächung von Teilbereichen des Baden-Badener Einzelhandels kommen wird – insbesondere in den Hauptsortimentsbereichen Bekleidung, Schuhe und Sportkleidung-, damit verbundene städtebauliche Auswirkungen aber sind zumindest fraglich.

Ein gemeinsames Konzept des Baden-Badener Einzelhandels, wie eventuellen Umsatzbußen entgegengewirkt werden kann, liegt aufgrund der gegenseitigen Konkurrenzsituation sowie der unterschiedlichen Zielgruppenansprache bisher noch nicht vor. Erste Impulse hierfür, insbesondere auch unter Einbindung des Fachmarktzentrums, wurden durch die Verwaltung bereits angestoßen.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Kann und soll – und ggfs. mittels welcher Instrumente – das kleinflächige innerstädtische Verkaufsflächenangebot partiell zu größeren Verkaufsflächeneinheiten konzentriert werden?*
- *Kann der derzeit bestehende organisatorische Rahmen (Baden-Baden Innenstadt e.V.-BBI, Interessensgruppe Rheinstraße, Bäderviertelgemeinschaft, Fachmarktzentrum) des Baden-Badener Einzelhandels im Interesse eines verbesserten Marketings – aber auch im Hinblick auf eine gemeinsame Positionierung zum künftigen Konkurrenzstandort Roppenheim - noch optimiert werden?*
- *Wie können die vermarktungsbedingten Interessen des Einzelhandels (Werbeshilder, Werbeteiler, Fahrradständer, Parkplätze etc.) mit dem Anspruch auf eine hochwertige und imagebildende Stadtbildgestaltung in Einklang gebracht werden?*

- *Sind weitere indirekt Umsatz fördernde Maßnahmen (Kulturangebote, Veranstaltungen etc.) noch erforderlich bzw. bewegt sich die Stadt mit dem derzeitigen Angebot bereits an der Auslastungsgrenze (temporäre Überfüllung der Stadt mit infrastrukturell-verkehrlichen bzw. Image schädigenden Konsequenzen)?*
- *Wie können vorhandene Nahversorgungsdefizite in einzelnen Ortsteilen aufgehoben werden?*

LAUFENDE PROJEKTE

- SWR New-Pop Festival & Shopping Night 2008
- Frühlings- und Herbstaktion "Blumentüten"
- Weihnachtsaktion

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Innenstadt-Gestaltungskonzept
- Optimierung der Vermarktungsstrukturen/des Vermarktungskonzeptes
- Optimierung der innerstädtischen Verkaufsflächengrößen
- Verbesserung des Nahversorgungsangebotes in einzelnen Stadtkreisen
- Räumliche Lenkung des Einzelhandels auf der Grundlage des durch das Büro Acocella erarbeiteten Fachbeitrages

SCHWERPUNKTE DER DISKUSSION

Der Einzelhandel in Baden-Baden enthält ein breites Spektrum an Preisdifferenzierung und Lagen. Zur Beurteilung der derzeitigen Situation liegen aktuelle Gutachten vor.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Angebotsstruktur/Zielgruppen in der Innenstadt und in den Stadtteilen (Sicherung der Nahversorgung).
 - Sicherung eines hochwertigen Warensortiments in der Innenstadt (Hauseigentümer/Fachhandel).
 - Strategische Positionierung gegenüber dem FOC Roppenheim
-

3.9 TOURISMUS

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Dem Tourismus in Baden-Württemberg kommt nicht nur aus Wirtschaft und Verkehr besondere Bedeutung zu, sondern auch als Element der nachhaltigen Entwicklung: Tourismus als Standbein der örtlichen Wirtschaft, als Faktor zur Sicherung der Infrastruktur und als Antrieb zur Pflege der Kulturlandschaft. Die Bedeutung des Tourismus ist somit für die Städte und Gemeinden ein nicht zu unterschätzender Faktor.

Hinsichtlich der Übernachtungszahlen ist für Baden-Württemberg seit Jahren ein Aufwärtstrend zu erkennen. Die Zuwächse basieren dabei vor allem auf dem Anstieg der Auslandsgäste, während die Zahl der Inlandsgäste zwischen 2000 bis 2006 zurückgegangen ist; seit 2007 ist wieder ein Anstieg zu beobachten. Baden-Württemberg landet zwar mit rund 42 Mio. Übernachtungen hinter Bayern (76 Mio. Übernachtungen) auf dem zweiten Platz; die Tourismusintensität (Übernachtungen je Einwohner) ist in Baden-Württemberg im Vergleich aller Bundesländer allerdings nur gering (Platz 10). Den höchsten Wert erzielt mittlerweile das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern mit rund 16.000 Übernachtungen je 1.000 Einwohner. Besonders massive Rückgänge um rund 17 Prozent seit Anfang dieses Jahrzehnts sind in Baden-Württembergischen Heilbädern und Luftkurorten zu verzeichnen (Rückgang bei Vorsorge- und Reha-Kliniken). Dies konnte durch die Zunahme an Auslandsgästen bei weitem nicht kompensiert werden. Erst seit 2007 steigen die Übernachtungszahlen dort wieder an.

Die deutschen Reisenden zeigen deutliche Neigungen zum Wellness-Urlaub und damit ein großes Potenzial für diese Branche. In den letzten drei Jahren buchten 2,2 Millionen Deutsche einen Wellness-Urlaub. Bis 2010 rechnet die Deutsche Zentrale für Tourismus e.V. (DZT) mit einer Vervierfachung. Von 5,3 Millionen Wellness-Reisen führten 3,9 Millionen ins Inland. Professor Opaschowski vom BAT Freizeitinstitut stellt in diesem Zusammenhang fest, dass der Erholungstourismus überholt sei und sich der Erlebnistourismus überlebt habe. Der Wohlfühltourismus werde daher zum prägenden Merkmal des 21. Jahrhunderts.

Der demographische Wandel wird in der Tourismusbranche mittlerweile als Chance begriffen, da insbesondere in den Bereichen Erholung, Wellness, Kultur und Freizeit/Erlebnistourismus Wachstumsfelder gesehen werden. Menschen über 50 Jahren sind im Durchschnitt gesünder und aktiver als frühere Generationen und sie verfügen nicht selten über eine hohe Kaufkraft.

Die Urlaubsdestinationen Schwarzwald, Bodensee, Taubertal oder Schwäbische Alb, die Städte Heidelberg, Baden-Baden, Freiburg, Karlsruhe, Ulm und die Landeshauptstadt Stuttgart stehen für Baden-Württemberg. Damit entspricht das Angebot dem Trend hin zu Wellness, Natururlaub und Städtereisen.

Der Schwarzwald ist eine der größten regionalen Destinationen in Deutschland. Mit einer Fläche von 6.000 qkm umfasst er das größte Waldgebiet Deutschlands und das höchste deutsche Mittelgebirge. Seine Nord-Süd-Ausdehnung beträgt ca. 160 km, seine Ost-West-Ausdehnung zwischen 30 und 50 km. Das gesamte Schwarzwaldgebiet ist inzwischen durch zwei Naturparke (Mitte/ Nord, Süd), die zusammen die größte Naturparkfläche Deutschlands bilden, geschützt. Als Alleinstellungsfaktoren gelten:

- Schönstes u. wärmstes Wetter Deutschlands
- Höchste Berge der deutschen Mittelgebirge
- Beste Wintersportbedingungen der Mittelgebirge
- Schönste Mountainbikestrecken und Wanderwege
- Beste Weine Deutschlands
- Meisten Gourmet-Restaurants Deutschlands
- Höchste Dichte an Thermalbädern
- Vielfältigste Ausflugsmöglichkeiten

(Marketingkonzept der Schwarzwald Tourismus GmbH, 2004).

Die Anzahl der Übernachtungen im Schwarzwald betragen rund 19,0 Mio. pro Jahr. Die Übernachtungszahlen weisen seit Anfang der 1980er Jahre relativ geringe Schwankungen auf. Der Höchstwert wurde im Jahr 1991 mit rund 21 Mio. Übernachtungen registriert, der niedrigste Wert im Jahr 1998 mit knapp über 17 Mio. Übernachtungen. Der Tourismus bietet im Schwarzwald rund 138.000 direkte Arbeitsplätze und erwirtschaftet rund 5 Mrd. Euro Bruttoumsatz (Schwarzwald Tourismus GmbH, Geschäftsbericht 2002 – 2006).

Die Gesundheitsstrukturreform in Deutschland hat dazu geführt, dass in den zahlreichen Kliniken des Schwarzwaldes erhebliche Übernachtungsrückgänge hingenommen werden mussten. Fanden 1988 noch 41 % aller Übernachtungen im Schwarzwald in Erholungsheimen und Rehabilitationskliniken statt, so waren es 2002 nur noch 31 %. Allein in diesem Segment gibt es einen Rückgang um 10 %, der 2,1 Mio. Übernachtungen ent-

spricht. Da durch die Zuzahlung und Privatzahlungen der Gäste ein zunehmender Gesundheits-Tourismus entstanden ist, stehen die Kurorte und Heilbäder zunehmend im Wettbewerb und unter dem Druck, mit Qualität und touristischen Angeboten ihre Klientel an sich zu binden.

Einen Trend zu Ungunsten der südlichen Bundesländer im Tourismusaufkommen hat H. W. Opaschowski in der durch die BAT Stiftung für Zukunftsfragen veröffentlichten Tourismusanalyse 2008 festgestellt. Deutschland wird zu 38,4% von deutschen Senioren als beliebtestes Reiseziel besucht. Einen hohen Stellenwert in Fragen der Freizeitgestaltung nimmt das Marktsegment Wellness ein, das den traditionellen Berg- und Alpentourismus ablöst. Die Ferienregionen in Baden-Württemberg haben innerhalb eines Jahres (2006-2007) rund ein Viertel ihres Marktanteils eingebüßt. Ihr Anteil liegt heute bei 6,6%. Dies mag laut H. W. Opaschowski daran liegen, dass hier nur zwei Qualitätsmerkmale dominieren: Sicherheit und historische Denkmäler und Sehenswürdigkeiten.

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Die Wurzeln des weltweiten guten Rufs von Baden-Baden liegen in der Belle Epoque. Das elegante Flair, die architektonisch erstklassigen Gebäude, die wunderschöne landschaftliche Lage am Fuße des Schwarzwaldes, die prachtvollen Park- und Gartenanlagen und das mediterrane Klima sind historisch verbunden mit dem „Konversationshaus“ (Kurhaus), dem Casino, den Internationalen Galopprennen, dem Theater und seit einigen Jahren mit dem Festspielhaus und dem Museum Frieder Burda. Baden-Baden wird damals wie heute als internationale, elegante Bäderstadt nicht nur in Europa, sondern speziell auch in USA, Japan, China und dem Mittleren Osten als Weltbad anerkannt. Zahlreiche Delegationen aus Russland, Japan, Korea und China kommen jährlich nach Baden-Baden um zu lernen, wie man eine Bäderstadt erfolgreich entwickelt und international vermarktet.

Das Baden-Badener Thermalwasser hat schon zur Zeit der Römer seine heilsamen Kräfte entfaltet. Unter dem heutigen Friedrichsbad können die ersten Badeanlagen besichtigt werden, die die Römer im damaligen Aquae Aureliae (Baden-Baden) errichtet haben. Heute bieten die hervorragend ausgestatteten, großen und kleinen Spa-, Beauty- und Wellnessabteilungen der beiden Thermalbäder (Friedrichsbad und Caracalla Therme) und der großen Hotels und Institute ein umfassendes, vielfältiges Angebot auf hohem Niveau. Hinzu gekommen sind in den vergangenen Jahren zahlreiche hochkarätige me-

dizinische Praxen und Kliniken für Privatpatienten aus aller Welt mit höchsten Ansprüchen. Medical-Wellness - ganzheitliche Betrachtung - Diagnostik und Therapieplanung heißt das Angebot für die nationalen und internationalen Gäste der Bäderstadt, das sich dynamisch in Baden-Baden weiter entwickelt und zunehmend vernetzt. Erst vor wenigen Monaten wurde das Ärztehaus Vincenti eröffnet, in dem sich weitere Ärzte mit überregionaler Reputation niedergelassen haben - ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Auch die zahlreichen Kurkliniken haben sich bereits vor vielen Jahren rechtzeitig erfolgreich auf die sich verändernde Nachfrage eingestellt und bis heute ihre hohe Belegung trotz der Gesundheitsreformen erhalten können. Neben der Rehabilitation und AHB bieten alle Kurkliniken Angebote für die Prävention.

Das außergewöhnliche Einkaufserlebnis, schicke Boutiquen, Antiquitätengeschäfte, Straßencafes und Restaurants im Park sowie hochkarätige, zur Bäderstadt Baden-Baden passende Veranstaltungen sollen das Image der internationalen Werbung begleiten.

Das Gesamtensemble der Stadt mit seinen prachtvollen Parks- und Gärten, die Einzigartigkeit und Vielfalt auf ganz kleinem Raum muss auf hohem Niveau gepflegt und erhalten werden. Dies wird nun wieder die vorrangige Aufgabe der nahen Zukunft sein.

Für das landschaftlich reizvolle, sonnige Rebland werden sowohl Gourmets und Freunde des guten Weins als auch Aktivsportler, Erholungs- und Familienurlauber sowie Ruhe suchende Kongress- und Geschäftsreisende angesprochen.

Fremdenverkehrsentwicklung und Struktur - Gästeankünfte und -übernachtungen von 1950 – 2007

Die Nachkriegsstatistik beginnt im Jahr 1950 mit 206.840 Gästeübernachtungen und weist im Jahr 1966 über 900.000 Gästeübernachtungen aus. Leider konnte dieser Höchststand nur bis 1970 gehalten werden. Bereits im Jahr 1971 sanken die Gästeübernachtungen auf 890.000 und gingen bis 1974 auf 798.600 zurück. Zu berücksichtigen ist, dass in den statistischen Daten bis 1980 knapp 90.000 Übernachtungen der Rheumaklinik mitgezählt wurden! Nachdem der Rheumaklinik der Status eines Akutkrankenhauses zugesprochen wurde, sind diese Übernachtungen ab 1981 bis heute in der Fremdenverkehrsstatistik nicht mehr enthalten.

Der hohe Anteil an Auslandsübernachtungen bietet auf der einen Seite ein „gesünderes“ Standbein und höhere Einnahmen, da das Ausgabeverhalten von Gästen

aus diversen Auslandsmärkten deutlich über dem der Deutschen liegt. Auf der anderen Seite ist speziell der Reiseverkehr aus Übersee sehr anfällig für kriegerische Auseinandersetzungen oder Umweltkatastrophen (z.B. 1986 Tschernobyl) - je höher der Auslandsanteil einer Destination, umso größer im vorgenannten Fall der Verlust an Gästeübernachtungen. Demgegenüber sind die Auslandsmärkte umso wichtiger, je schlechter sich die wirtschaftliche Situation im Inland gestaltet.

Auch die Schließung des Kongresshauses wegen Umbau im Jahr 1993/1994 zeigt unmittelbar ihre Wirkung auf die Übernachtungsstatistik.

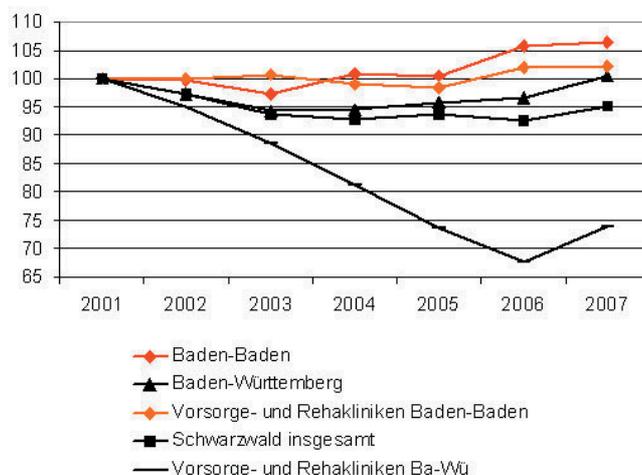
Nach der BKV-Reform im Jahr 1995 gingen die Übernachtungen erneut zunächst auf 703.158 (1997) zurück, um sich nur ganz allmählich wieder zu erholen. Die Attentate am 11.09.2001 und die anschließenden kriegerischen Auseinandersetzungen sind auch an Baden-Baden nicht spurlos vorübergegangen, auch wenn die Bäderstadt sich in diesen schwierigen Jahren erheblich besser behaupten konnte als andere deutsche oder europäische Urlaubsdestinationen. Obwohl Baden-Baden den höchsten Anteil an Übernachtungen von Auslands- bzw. Übersee Gästen auf sich vereint, konnte die Bäderstadt im regionalen Vergleich rechtzeitig durch gezielte PR-Maßnahmen und Marketing- Schwerpunktverlagerungen größere Einbrüche nach dem 11.09.2001 verhindern.

Das Angebot an Gästebetten hat sich über einen größeren Zeitraum von 40 – 45 Jahren quantitativ nicht wesentlich verändert. Einige große Hotels haben vor vielen Jahren geschlossen (Bellevue, Bären, Golfhotel, Fairway) dafür sind neue Hotels hinzugekommen (Dorint Maison Messmer, Express by Holiday Inn, Palais Biron, Aqua Aurelia etc.).

Im Jahr 2007 verzeichnete Baden-Baden (ohne Übernachtungen der Rheumaklinik) 786.000 Gästeübernachtungen bei 286.000 Ankünften.

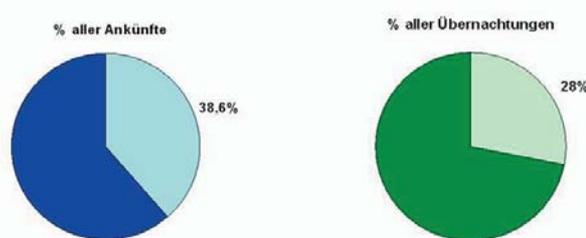
Unter Berücksichtigung des stark wachsenden, immer härter werdenden weltweiten Wettbewerbs, der zahlreichen Low-Cost-Reiseangebote, der kontinuierlich steigenden Zahl von Mitbewerbern (Wellnesshotels), der nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Situation in Deutschland und des deutlich geringeren Budgets für Marketing und Werbung der Baden-Baden Kur & Tourismus GmbH ab 1995 ist die Entwicklung der letzten Jahre im Vergleich gesehen positiv zu bewerten.

Abbildung: Entwicklung der Gästeübernachtungen im Vergleich (2001 = 100)



38,6 % aller Ankünfte und 28 % aller Übernachtungen sind im Jahr 2007 auf den Besuch von Gästen mit Hauptwohnsitz im Ausland zurückzuführen. Seit 1950 ist dies der höchste Auslandsanteil bei den Übernachtungen in Baden-Baden.

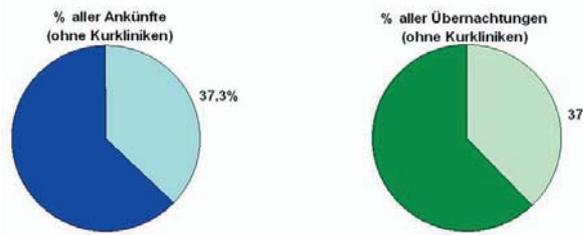
Abbildung: Anteil der Gästeankünfte und -übernachtungen aus dem Ausland (ohne Kurkliniken)



Quelle: Stadt Baden-Baden

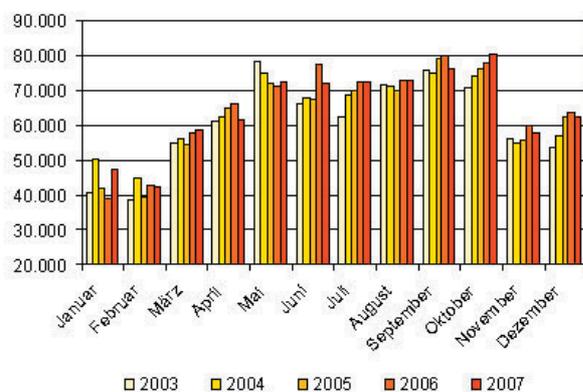
Betrachtet man ausschließlich die Übernachtungen in den gewerblichen Beherbergungsbetrieben (ohne Kurkliniken) so beträgt der Anteil bei den Ankünften 37,3 % und bei den Übernachtungen 37,8 %.

Abbildung: Übernachtungen in den gewerblichen Beherbergungsbetrieben (ohne Kurkliniken)



Quelle: Stadt Baden-Baden

Abbildung: Entwicklung der monatlichen Gästeübernachtungen



Entwicklung der monatlichen Gästeübernachtungen

In der Belle Epoque hatten die großen Hotels nur in den Sommermonaten geöffnet. Baden-Baden wurde in dieser Zeit die Sommerhauptstadt Europas genannt. Nach dem zweiten Weltkrieg blieben nach und nach alle Hotels ganzjährig geöffnet.

In den Frühjahrsmonaten (März – Juni) und den Herbstmonaten (September - Mitte November) füllen zwei primäre Zielgruppen aus dem In- und Ausland die Gästebetten:

- Gesundheitsreisende, Erholungs- und Urlaubsgäste
- Kongress- und Tagungsgäste

In den Sommermonaten Juli und August und in den Monaten Dezember, Januar bis Mitte März finden deutschlandweit so gut wie keine Tagungen und Kongresse statt. Im Sommer füllen neben Erholungs- und Urlaubsgästen hochkarätige Outdoor-Veranstaltungen wie die Internationalen Galopprennen und das Internationale Oldtimer-Meeting (Mitte Juli) die Gästebetten.

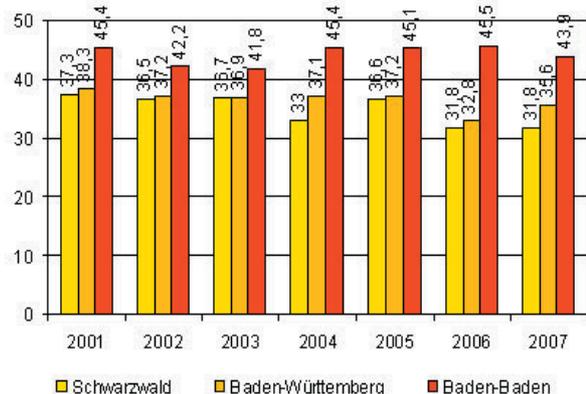
Hochkarätige, ganzjährige kulturelle Veranstaltungen im Festspielhaus und im Museum Frieder Burda zeigen speziell in den nachfrageschwachen Wintermonaten November, Dezember, Januar und Februar ihre größte Wirkung auf die Übernachtungsstatistik, da in diesen Monaten eine genügende Anzahl von Gästebetten in Baden-Baden primär Doppelzimmer anbieten, die im Wesentlichen von Einzelreisenden bewohnt werden, könnte – falls es nur Einzelreisende und nur Doppelzimmer geben würde – statistisch maximal eine Auslastung von 50 % der Gästebetten erzielt werden.

Der Dezember konnte in den vergangenen Jahren durch das neue Konzept des Baden-Badener Christkindelsmarktes vor dem illuminierten Kurhaus belebt werden. Der Christkindelsmarkt wird zwischenzeitlich u.a. von Veranstaltern in Übersee erfolgreich vermarktet.

Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung der Gästebetten

Die Kapazitätsauslastung der Gästebetten kann nur zu Vergleichszwecken herangezogen werden, da deutschlandweit statistisch über die Meldescheine nur die Bettenauslastung, nicht aber die Zimmerauslastung erfasst wird. Da speziell die großen Beherbergungsbetriebe in Baden-Baden primär Doppelzimmer anbieten, die im Wesentlichen von Einzelreisenden bewohnt werden, könnte – falls es nur Einzelreisende und nur Doppelzimmer geben würde – statistisch maximal eine Auslastung von 50 % der Gästebetten erzielt werden.

Abbildung: Kapazitätsauslastung der Gästebetten

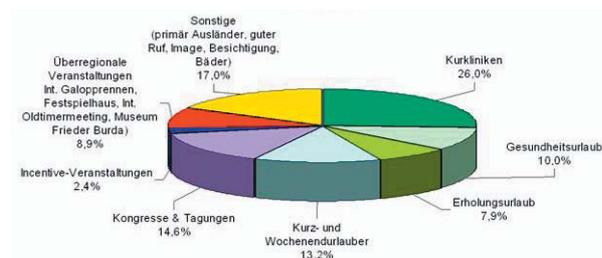


Quelle: Stadt Baden-Baden

Gätestruktur

26 % aller Übernachtungen der Bäderstadt können die Kurkliniken auf sich vereinen. Patienten der Rheumaklinik und der Akutkrankenhäuser werden in der Statistik nicht mitgezählt.

Abbildung: Gästestruktur



Quelle: Stadt Baden-Baden

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Gäste beträgt 2,8 Nächte,

- in den Kurkliniken 14,2 Nächte,
- in den gewerblichen Betrieben, Privatzimmern 2,1 Nächte.

Im Rahmen der Gesundheitsreformen (die letzte im Jahr 1996) wurde die Dauer einer Kur von 28 auf 21 Tage gekürzt und die „Kur auf Krankenschein“ deutlich eingeschränkt, was zu erheblichen Einbrüchen bei den Übernachtungen in deutschen Kurorten führte. Die Baden-Badener Kurkliniken konnten im Gegensatz zu anderen deutschen Kurkliniken durch zusätzliche Patienten, durch Anschlussheilbehandlungen und durch Angebote im Bereich Prävention die kürzere Verweildauer und die fehlenden Kurgäste vollständig kompensieren (siehe hierzu auch Grafik „Entwicklung der Gästeübernachtungen“), was sicherlich auch auf das gute Image Baden-Badens als Gesundheitsstandort zurück zu führen ist.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs in Baden-Baden

Bei rund 786.000 Gästeübernachtungen im Jahr 2007 (à durchschnittlich € 180 - 200 pro Tag/Nacht Gesamtausgaben) und über 8 Millionen Tagesbesuchern (à € 42) er-

gibt sich ein fremdenverkehrsinduzierter Bruttoumsatz von über ca. 477 Millionen Euro.

Sehenswürdigkeiten

Die Auflistung der Sehenswürdigkeiten erfolgt nicht in Rangfolge:

- **Charakteristisches, einzigartiges Stadtbild:** Bestehend aus Altstadt mit großbürgerlicher Architektur des 19. Jahrhunderts in geschlossenen Straßenbildern. Ungewöhnliche, in Größe und Aufwändigkeit gewachsene Villengebiete an den umliegenden, durchgrüntem Hängen. Elegantes Shopping mit vielen Straßencafes und Restaurants.
 - **Prachtvolle, geschichtsträchtige Park- und Gartenanlage Lichtentaler Allee:** Knapp 3 km langes, grünes Rückgrat Baden-Badens mit Dahliengarten, Gönneranlage/ Rosengarten, Pavillons, Mammutbäumen, zahlreichen Bänken, wunderschönen Brücken und Büsten etc.
 - **Michaelsberg:** Kur- und Parkanlage mit Solmssee, Liegewiese, Wassertreppe und Ententeich.
 - **Paradies:** Denkmalgeschützte Wasserkunstanlagen mit Treppen und Kaskaden im Villengebiet am Anaberg von Max Laeuger aus dem Jahr 1925.
 - **Rosenneuehngarten:** Wunderschöner, in Halbhöhenlage angelegter Rosengarten auf dem Beutig.
- Kunst- und Kulturmeile entlang der Lichtentaler Allee beginnend beim:
- **Festspielhaus:** Zweitgrößtes europäisches Konzert- und Opernhaus, 1998 eröffnet
 - **Trinkhalle:** 90 Meter Wandelgang mit korinthischen Säulen und 14 Fresken
 - **Kurhaus:** Gesellschaftlicher Mittelpunkt für Bürger und Gäste (von Friedrich Weinbrenner 1821-24 erbaut als Konversationshaus!)
 - **Casino:** Größte, „schönste“ und älteste Spielbank Deutschlands
 - **Theater:** 1860-62 im Stil der Pariser Oper errichtet. Prunkvoller Innenraum.
 - **Staatliche Kunsthalle:** 1908 im neoklassistischem Stil erbaut. Wechselnde Ausstellungen (Malerei,

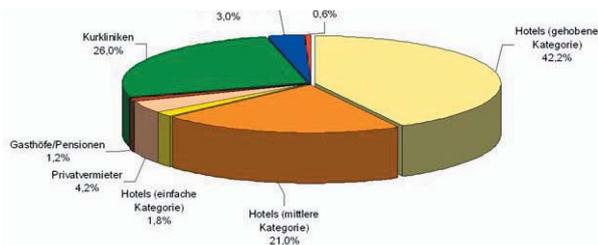
- Skulpturen, Fotografie, Video und Installation).
- **Museum Frieder Burda:** Vom Stararchitekten Richard Meier gebaut.
 - **Stadtmuseum:** Geschichte der Stadt von den Römern bis zu Gegenwart.
 - **Brahmshaus:** einzige deutsche, noch erhaltene ehemalige Wohnung des großen Komponisten, der bis 1874 im Brahmshaus wohnte.
 - **Kloster Lichtenthal:** Zisterzienserinnen-Abtei, bereits 1245 von Markgräfin Irmengard gegründet. In der gotischen Fürstenkapelle Gräber der badischen Markgrafen. Interessantes Klostermuseum. Führungen.
 - **Altes Schloss:** Sehenswerte Ruine der 1102 als „Hohenbaden“ erbauten Burg. Restaurant im Alten Schloss.
 - **Neues Schloss:** Ende des 16. Jahrhunderts. Das Neue Schloss prägt im erheblichen Maße das Stadtbild. Es befindet sich seit einigen Jahren im Privatbesitz einer kuwaitischen Familie, die ein 5-Sterne Plus Hotel erstellen möchte u.a. im bisher unbebauten Schlossgarten. Nicht öffentlich zugänglich.
 - **Yburg:** Ehemalige Ritterburg auf dem Yberg um 1200 erbaut und 1689 zerstört. Der erhaltene Turm bietet einen wunderschönen Rundblick über das Baden-Badener Rebland. Restaurant wurde vor kurzem wieder geöffnet. (Baden-Badener Rebland, Varnhalt).
 - **Schloss Neuweier:** Ehemalige wehrfähige Wasserburg aus dem 12. Jahrhundert. Wunderschön restauriert. Heute weithin bekannt als Weingut und Schlossrestaurant. 2008 erstmals Philharmonische Schlosskonzerte im Schlossinnenhof (Baden-Badener Rebland, Neuweier).
 - **Burgruine Alteberstein:** Burg der Herren von Eberstein aus dem 12. Jahrhundert; kleine, kompakte Anlage mit Bergfried und Palas auf einem eigenen Berg, durch imposanten Halsgraben vom restlichen Bergrücken getrennt.
 - **Russische Kirche:** 1880–82 von Belzer im byzantinischen Stil erbaut.
 - **SWR:** Zweitgrößte Fernsehanstalt innerhalb der ARD mit Heinrich-Strobel-Haus mit wechselnden Ausstellungen.
 - **Europäische Medien- und Event-Akademie:** Moderne Aus- und Weiterbildung sowie Hochschulstudiengänge.
 - **Römische Badruinen:** Restaurierte Ruinen eines rund 2000 Jahre alten Soldatenbades. Sie wurden 1847 entdeckt und freigelegt und vermitteln ein anschauliches Bild antiker Thermen.
 - **Thermalbrunnen:** Eines der bekanntesten Wahrzeichen Baden-Badens. Drei-Schalen-Brunnen nach römischem Vorbild im Park des Steigenberger Hotels Badischer Hof.
 - **Friedrichsbad:** Römisch Irisches Bad, luxuriöser Badetempel, einzigartig in Deutschland.
 - **Caracalla Therme:** Badegenuss und Wellness auf über 3.000 Quadratmetern.
 - **Merkur:** Landschaftliches Wahrzeichen Baden-Badens auf den die Merkurbahn (steilste Standseilbahn Deutschlands) führt. Startplatz für Paraglider. Wildgehege am Fuße des Merkurs.
 - **Fremersbergturn:** Fernseh- und Aussichtsturm auf dem Fremersberg.
 - **Battert-Felsen:** Zerklüftete Porphyrfelsen, ideal für alpines Klettern.
 - **Geroldsauer Wasserfälle:** Beliebtes Wanderziel im Grobbachtal. Rhododendron-Anlage.
 - **Rebland:** Sonnenterasse Baden-Badens mit wunderschön historisch gewachsenen, kleinen Ortschaften. Ein Paradies für Gourmets und Freunde des guten Weins sowie Aktivurlauber, Familien und Ruhe suchende Erholungsurlauber und Geschäftsreisende.
 - **Philharmonisches Orchester:** Ein junges, dynamisches Ensemble aus engagierten Musikerinnen und Musikern, zählt zu den ältesten und traditionsreichsten Orchestern Deutschlands. Konzerttourneen u.a. durch China. Begleitet Plácido Domingo bei Open-Air-Konzerten im In- und Ausland.

Hotels und Gastronomie

Anzahl der Beherbergungsbetriebe und Gästebetten im Jahr 2007:

63 Hotels	3.435 Gästebetten
19 Gasthöfe/Pens./App.	233 Gästebetten
6 Wohnstifte	63 Gästebetten
5 Kurkliniken/Kurheime	672 Gästebetten
4 Jugendherberge/Schulheime	252 Gästebetten
109 Privatvermieter / App.	356 Gästebetten
Gesamt	5.011 Gästebetten

Abbildung: Übernachtungen anteilig in den jeweiligen Beherbergungsbetrieben / Kategorien



Quelle: Stadt Baden-Baden

Braucht Baden-Baden ein neues Hotel?

Um sich positiv weiter zu entwickeln, braucht Baden-Baden nicht irgendein neues Hotel und schon gar kein Hotel im 1–2 Sterne oder im Low-Cost-Bereich, auch wenn diese am schnellsten zu füllen und am ehesten für Baden-Baden zu gewinnen wären. Was der internationalen Bäderstadt fehlt, ist eindeutig eine international bekannte Hotelkette in der Kategorie 4–5 Sterne plus, die möglichst als Spa-Resort-Hotel-Kette auf Überseemärkten einen guten Ruf erworben hat. Der Grund liegt darin, dass ein Hotel ohne internationale Verkaufsorganisation in einen Verdrängungswettbewerb mit den bisherigen Hotels eintreten würde und kaum mehr Übernachtungen für Baden-Baden akquiriert werden könnten. Eine international bekannte renommierte Hotelkette verfügt über eigene schlagkräftige Verkaufsorganisationen auf den Überseemärkten. Darüber hinaus kauft ein Reiseveranstalter in Übersee in der Regel ein Hotelzimmerkontingent bei einer Hotelkette für die gesamte Europareise

ein und nimmt nur die Orte in seinen Reisekatalog auf, die über ein entsprechendes Kettenhotel verfügen. Baden-Baden hätte mit einem solchen TOP-Kettenhotel eine sehr gute Chance, sich deutlich besser auf den wichtigen Überseemärkten der Zukunft erfolgreich zu positionieren, was mit den begrenzten Marketingmitteln der Baden-Baden Kur & Tourismus GmbH nicht im gewünschten Umfang möglich ist.

Kur- & Bäderwesen

In Baden-Baden sprudelt aus 12 Quellen das heilende Wasser (50 bis 68 Grad Celsius), die heißesten Thermalquellen Deutschlands, die die 2000 Jahre alte Badekultur begründen. Bereits die Römer entdeckten die heilende Wirkung und bauten die ersten Soldatenbäder. In der Belle Epoque wurde das heilende Wasser im heute noch sehr luxuriösen Friedrichsbad und in den zahlreichen Badeabteilungen der Badeherbergen zur Anwendung gebracht. In der Trinkhalle wurde das Thermalwasser in kleinen Schlucken getrunken, während man im Wandelgang auf und ab ging um zu sehen und gesehen zu werden.

Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Quellen in verschiedenen Stollen zusammengefasst. Diese versorgen jetzt das Friedrichsbad, die Caracalla Therme und die Trinkhalle. Aus dem Friedrichsstollen stammt auch die Versorgung der beiden Hotels „Hirsch“ und „Badischer Hof“ und der „Dengler Klinik“. Um das Angebot im Bäderviertel optimal weiter entwickeln zu können, würden physiotherapeutische Einrichtungen und medizinischen Institutionen gerne auch das Thermalwasser nutzen, was heute nicht möglich ist.

Anerkannte Heilanzeigen des Heilbades

Funktionelle Kreislaufstörungen, Erkrankung des Nervensystems, Klimakterische Störungen, Erkrankungen der Atemwege. Nachbehandlung von Operationen und Unfälle am Stütz- und Bewegungsapparat. Chronisch entzündliche rheumatische Erkrankungen, rheumatoide Arthritis, Arthrosen, degenerative Erkrankungen der Gelenke und der Wirbelsäule.

Kurkliniken - Medinet

Die Kurkliniken haben sich mit den beiden Akutkrankenhäusern Stadtklinik und DRK Klinik sowie der Firma Heel zu einer Arbeitsgemeinschaft „MEDINET“

zusammengeschlossen, die in der Baden-Baden Kur & Tourismus GmbH seit einigen Jahren Mitglied ist. 26 % aller Übernachtungen Baden-Badens beherbergen die nachgenannten Kurkliniken.

- AOK-Klinik Korbmatfelsen (160 Betten): Fachklinik für internistische und psychosomatische Rehaklinik für Anschlussrehabilitation (Kardiologie).
- Klinik Dr. Franz Dengler (210 Betten) : Klinik für Prävention, Rehabilitation und Anschlussheilbehandlung.
- Schwerpunkt Orthopädie und Innere Medizin: Rehabilitationsklinik Höhenblick (130 Betten) Fachklinik für Innere Medizin und Orthopädie und Rheumatologie.
- Max Grundig Klinik (93 Betten), Bühlerhöhe: Fachklinik für Innere Medizin, Prävention, Internistische Primärversorgung, Anschlussheilverfahren.

Nach Eröffnung des Ärztehauses Vincenti im Bäderviertel im Juli 2008 wurden Gespräche aufgenommen hinsichtlich einer zukünftigen Kooperation und Mitwirkung im Arbeitskreis „MEDINET“.

In den beiden Thermalbädern (Caracalla Therme und Friedrichsbad) werden seit wenigen Jahren nur noch Privatpatienten behandelt. Die ambulanten Kuren in Baden-Baden sind seither weiter rückläufig. Das Image der Bäderstadt ist durch diese Entscheidung der privaten Betreiber zumindest in Deutschland leicht beschädigt worden.

Gesundheit, Schönheit und Wohlbefinden „Spa, Beauty, Wellness“

Baden-Baden, ein Name, dessen doppelter Klang so vieles verspricht: Gesundheit und Genuss, Eleganz und Lebensfreude, Vitalität und Energie pur. Die perfekte Kombination aus einzigartigem Belle Epoque Ambiente gepaart mit den topmodernen Wellness-Erfordernissen des 21. Jahrhunderts. Baden-Baden war schon immer Trendsetter in diesem Bereich. Aufwändige Badeprozeduren im luxuriösen, festlichen Rahmen des Römisch-Irischen Friedrichsbads, das wohl einzigartig in Deutschland ist. Fitness mit mediterranem Flair, individuelle Antistress-Programme, modernste Medizintechnik. Ein ausgesprochen breit gefächertes Gesundheits- und Wellness-Angebot bieten die Baden-Badener Hotels, Institute und Spa-Oasen.

Medical-Wellness / Diagnostik und Therapieplanung

Das Brenners Park-Hotel & Spa bietet seit über 13 Jahren als erstes Haus am Ort zuerst mit „Prävent“, später mit dem „Brenners Medical Spa“ ein proaktives Gesundheitsmanagement, ganzheitliche Betrachtung, Diagnostik und Therapieplanung heißt das Schlüsselwort.

Nachdem das Image der Stadt in den vergangenen 8 Jahren als Gesundheitsstandort u.a. im Bereich Prävention vor allem auch für ein jüngeres, beruflich sehr engagiertes Klientel weltweit deutlich aufpoliert werden konnte, haben sich zunehmend Privatpraxen/-kliniken in Baden-Baden niedergelassen. Im Juli 2008 haben weitere private Praxen im Ärztehaus Vincenti ihre neuen medizinischen Angebote primär auswärtigen geladenen Gästen präsentiert. Ein optimaler Synergieeffekt: Ärzte mit überregionaler Reputation, die vom guten Image des international bekannten Gesundheitsstandortes angezogen werden, können sowohl national als auch auf entsprechenden Auslandsmärkten gut vermarktet werden und bringen i.d.R. bereits zahlreiche auswärtige Patienten mit.

Die Baden-Baden Kur & Tourismus GmbH ist seit einigen Monaten im Gespräch mit den privaten medizinischen Einrichtungen, damit sich diese weiter vernetzen und ein hochkarätiges Gesamtpaket für anspruchsvolle Gäste aus aller Welt geschnürt werden kann.

Kongress- und Tagungswesen

Tagen und feiern im „grünen Salon“. Schon in der Belle Epoque war die Konversation und Kommunikation ein wichtiger, wenn nicht gar der wichtigste Grund um sich in Baden-Baden, der Sommerhauptstadt Europas, alljährlich zu treffen. Im Konversationshaus, dem heutigen Kurhaus, in der Trinkhalle und im Wandelgang, in den Hotels, im Theater, Casino und auf der Rennbahn wurden anregende und würdige Zusammentreffen für die intellektuelle und musische Oberschicht aus ganz Europa organisiert.

Baden-Baden wurde auch „Sommerresidenz der preußischen Politik“ genannt, nachdem im Juni 1860 der Fürstenkongress mit Napoleon III. in Baden-Baden getagt hatte. Es folgten zahlreiche Zusammentreffen mit Außenwirkung wie z.B. im Juni 1938 die Tagung der Deutsch-Französischen Gesellschaft (Coubertin-Büste errichtet), 1953 die Konferenz der Außenminister der Montan-Union, 1954 und 1955 die PanEuropa Konferenz, 1962 Treffen Charles de Gaulles mit Konrad Adenauer (dieses Treffen wird als Geburtsstunde Europas be-

zeichnet), 1963 die 60. IOC-Sitzung/Vollversammlung, 1981 der 11. Olympische Kongress. Aktuell bewirbt sich die Stadt Baden-Baden um die Ausrichtung des Olympischen Kongresses im Jahr 2011. Es wäre wünschenswert, dass die Bemühungen erfolgreich verlaufen.

Nationale und internationale Kunden schätzen heute den hochprofessionellen Service „aus einer Hand“ und erkennen den besonderen Reiz der Baden-Badener Tagungs- und Veranstaltungsdestination. Alles mitten im Centrum, nur wenige Gehminuten von den meisten großen und kleinen Hotels entfernt, eingebettet in unvergleichlicher Parklandschaft. „Brand your Event“ heißt der Slogan, mit dem große Kongressveranstalter sich von der kleinen Weltstadt anwerben lassen. Alle „Veranstaltungs-Locations“ liegen nahe beieinander.

Das Kongresshaus

Moderne und lichte Glasarchitektur mitten in der Stadt am Kurpark gelegen, überzeugt die Gäste von seiner Funktionalität. Mit knapp 130 primär mehrtägigen Veranstaltungen ist das Haus so gut wie ausgebucht und schreibt seit einigen Jahren nach Abzug einer Mietzahlung an die Stadt in Höhe von € 110.000 als eines der wenigen Häuser Deutschlands schwarze Zahlen. Hier ist es gelungen, nicht nur einen deutlichen Schwerpunkt auf übernachtungsrelevante Veranstaltungen zu legen (ca. 98.000 Übernachtungen pro Jahr) sondern auch auf imagebildende Veranstaltungen speziell im Bereich Medizin, Wissenschaft und Wirtschaft. Leider ist das Kongresshaus mit seinen drei großen Veranstaltungsräumen, den 14 Sitzungsräumen, dem Restaurant für 500 Personen und einer Ausstellungsfläche von 2.400 qm an seine Kapazitätsgrenze gestoßen. Die größten 4 – 5 langjährig in Baden-Baden stattfindende Kongresse benötigen dringend mehr Ausstellungsfläche. Da diese Kongresse zusammen gerechnet über 30 % des gesamten Umsatzes und sehr viele Übernachtungen auf sich vereinen besteht dringender Handlungsbedarf. Sollten die Großveranstaltungen in andere Städte abwandern müssen, wird der Umsatzausfall durch kleinere Tagungen kaum mehr kompensiert werden können.

Kurhaus in der Belle Epoque Konversationshaus genannt

Gesellschaftlicher Treffpunkt von Bürgern und Gästen. Das strahlend weiße Kurhaus wird neben der Caracalla Therme optisch von außen als „Wahrzeichen“ Badens gesehen und vermarktet. Tagungen und Veranstaltungen dort, wo die Großen aus Sport, Wirtschaft

und Showbusiness ihre „Bühne“ haben. Eleganter Bénazetsaal für 1.077 Teilnehmer sowie bis zu 7 weitere Veranstaltungsräumlichkeiten. Öffentliches Restaurant für 280 Gäste. Das Kurhaus gehört dem Land Baden-Württemberg, das auch für die Vermietung und Betreuung verantwortlich ist. Im Interesse der Stadt Baden-Baden sollte ggf. die Vermietung (nicht die Betreuung) zukünftig durch die Baden-Baden Events GmbH erfolgen. Nur so kann sichergestellt werden, dass es keine Konkurrenzveranstaltungen und Überschneidungen in der Jahresplanung gibt. Darüber hinaus könnte die Baden-Baden Events GmbH mit den Fremdveranstaltern kooperieren und auf die Qualität der Veranstaltung im Interesse einer Profilschärfung des Kurhauses Einfluss nehmen. Die Baden-Baden Events GmbH müsste selbstverständlich die bisherigen Mieteinnahmen garantieren. Im Haus befindet sich auch das Casino.

Festspielhaus

Im Wesentlichen 1 großer Veranstaltungsraum (bis zu 2.500 Teilnehmer) für Tagungen, Firmengalas, Produktpräsentationen, Ausstellungen oder Incentive-Veranstaltungen. Das Haus steht aufgrund der primär kulturellen Veranstaltungen nur bedingt für die vorgenannten Veranstaltungen zur Verfügung. Sehr schönes Restaurant im Haus.

Rennplatz Iffezheim

Ausstellungen und Produktpräsentationen, Tagungen, Seminar und Betriebsfeiern. Außergewöhnliche Location für außergewöhnliche Veranstaltungen. Bis zu 1.500 Personen. 10 km außerhalb der Stadt.

Palais Biron

So manches Schloss würde das Palais Biron um dessen prachtvollen Räume und den weitläufigen Park beneiden. Zentrumsnah und in vornehm stiller Zurückhaltung bietet das Palais Biron 8 Tagungsräume von 16 bis 80 Personen.

Tagungshotels

- Brenner's Park-Hotel & Spa - 6 Tagungsräume von 10 – 250 Personen

- Schlosshotel Bühlerhöhe - 10 Tagungsräume von 5 – 180 Personen
- Dorint Maison Messmer - 6 Tagungsräume bis zu 130 Personen
- Steigenberger Badischer Hof - 7 Tagungsräume bis 220 Personen
- Das Steigenberger Hotel wird voraussichtlich 1 Jahr wegen Renovierung geschlossen
- Steigenberger Europäischer Hof - 6 Tagungsräume bis 200 Personen
- Queens Hotel - 6 Tagungsräume bis 120 Personen
- Holland Hotel Sophienpark - 3 Tagungsräume bis 70 Personen

Kunst, Kultur und Events

Kunst & Kultur

Baden-Baden (54.000 Einwohner) verfügt heute über ein hochkarätiges kulturelles Angebot das mit dem einer Großstadt vergleichbar ist. Die kulturellen Einrichtungen haben sich wie Perlen an einer Schnur entlang der Lichtentaler Allee am Flüsschen Oos angesiedelt. Die Werbung spricht daher von der „Kunst- und Kulturmeile entlang der prachtvollen Park- und Gartenanlage Lichtentaler Allee“.

Mit dem Festspielhaus und dem Museum Frieder Burda wurden Einrichtungen geschaffen, in denen kulturelle Veranstaltungen und Ausstellungen stattfinden, die überregionale bzw. je nach Veranstaltung oder Ausstellung auch weltweite Beachtung finden. Sowohl für das weltweite Image der Stadt als auch für die Hotellerie, Gastronomie und Einzelhandel sind die beiden hochkarätigen Einrichtungen von großer Bedeutung.

Optimieren könnte man den Benefit für die gesamte Stadt, indem man die übernachtungsrelevanten kulturellen Veranstaltungen in den Monaten plant, in denen die Gästebetten der Stadt nicht bereits anderweitig gut gefüllt sind (November, Dezember, Januar bis März), da in der Hochsaison einige Besucher des Festspielhauses leider oft in Hotelbetriebe der Nachbargemeinden ausweichen müssen.

Events

Neben den zahlreichen kulturellen Veranstaltungen und Tagungen finden in der kleinen Stadt unzählige Veranstaltungen in den Veranstaltungsräumlichkeiten Baden-Badens statt, primär im Kurhaus, im Casino, der Trinkhalle, im Alten E-Werk, den Hotels, Restaurants und sonstigen Veranstaltungslocations.

Veranstaltungen im Kurhaus und im Wandelgang der Trinkhalle

Das Kurhaus gehört dem Land Baden-Württemberg, dem auch die Vermietung und Betreibung durch die BKV Baden-Württemberg obliegt. An ca. 145 Tagen werden von der Baden-Baden Events GmbH (100 %ige Tochter der Stadt) Veranstaltungen im und vor dem Kurhaus durchgeführt: Gala-Dinner, Bälle, Konzerte, Comedy, Jazz, Kinderveranstaltungen, Faschingsveranstaltungen, Kurpark-Meeting, Sommernächte und TV-relevante Fernsehveranstaltungen. Die „Events“ ist bemüht, ihre Veranstaltungen auf die anspruchsvollen Übernachtungsgäste und Bürger der Stadt auszurichten und versucht die jeweilige Imagewirkung im Auge zu behalten. Darüber hinaus werden die Räumlichkeiten aus wirtschaftlichen Gründen von der BKV Baden-Württemberg an Fremdveranstalter vermietet, weshalb die gewünschte Profilschärfung des Kurhauses nur bedingt möglich ist.

In den Frühjahrs-, Sommer- und Herbstmonaten reißen sich private Veranstalter darum, Open-Air-Veranstaltungen (darunter zahlreiche versteckte Produktpräsentationen) im Herzen der Stadt durchzuführen, da hier keinerlei Werbung notwendig ist, da die Gäste quasi „auf dem Tablett“ serviert werden.

Solange es sich um übernachtungsrelevante Veranstaltungen handelt (Internationales Oldtimer-Meeting, Kurpark-Meeting während der Rennwoche) oder um Veranstaltungen mit gewünschter Außenwirkung (Ferrari-Meeting o.ä.) sind Open-Air-Veranstaltungen auf hohem Niveau vor dem Kurhaus oder in der Innenstadt in begrenztem Umfang wünschenswert, jedoch auch hier mit deutlichen Vorgaben hinsichtlich Optik und Akustik.

Unter dem Gesichtspunkt einer positiven Imagebildung (Imageverlustes) als auch unter Berücksichtigung der umliegenden zahlreichen Hotels (Ruhestörung) und des in der Regel erheblichen zusätzlichen Verkehrsaufkommens (Luftqualität und Ruhestörung) sollten nur sehr wenige, ausgewählte Open-Air-Veranstaltungen in der Innenstadt durchgeführt werden mit sehr klaren Vorga-

ben (keine lauten Beschallungsanlagen, keine offenen Grillstationen, keine Werbefahnen und –transparente, keine Absperrgitter, einheitlich weiße Pagodenzelte oder Holzhütten bei Christkindelsmarkt uvm...).

Gerne verweist man in diesem Zusammenhang auf einen Interessenskonflikt zwischen Bürger und Übernachtungsgast (dem die Werbung Ruhe und Erholung verspricht). In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass es sich bei den Besuchern „unpassender“ Veranstaltungen in der Regel nicht um Bürger der Stadt Baden-Baden handelt sondern primär um Bürger der umliegenden Gemeinden.

Open-Air-Veranstaltungen die zu Baden-Baden passen, das Image der Stadt stärken und eine positive Außenwirkung haben sind u.a. die Philharmonischen Konzerte im Park. An diesem Angebot beteiligen sich auch die Museen Frieder Burda, Staatliche Kunsthalle und Stadtmuseum.

Bei allen Open-Air-Veranstaltungen sollten sich die Verantwortlichen der Stadt im Vorfeld fragen, warum tun wir es und für wen soll die Veranstaltung sein? Wo ist der Benefit für die gesamte Stadt? Schaden oder stärken wir unser Image? Stören und verärgern wir die Anwohner und vertreiben wir unsere zahlungskräftigen aktuell 286.000 Übernachtungsgäste? Unter dem vorgenannten Gesichtspunkt sollten keine weiteren Veranstaltungsflächen in der Kernstadt (z.B. Augustaplatz) eingerichtet werden – zum Schutz des Kleinods Baden-Baden, der Anwohner und der Ruhesuchenden Gäste der Stadt.

Sport & Natur

Der Slogan der Stadt Baden-Baden diese Zielgruppe lautet:

**„Natur pur & Sport aktiv
Bitte festes und festliches Schuhwerk einpacken!“**

Baden-Baden verfügt über ein riesiges, vielseitiges Angebot im Bereich Sport und Natur:

- Wanderwegenetz: 400 km (größter Stadtwald Deutschlands) 2 prädikatisierte Wanderwege (Panoramaweg und Ebersteinburgrundweg)
- Terrainkurwege
- Kneipp-Kuranlage: In der Nähe der Talstation des Merkurs (Bachdurchlauf)

- Wildgehege: Am Fuß des Merkurs
- Wildnispfad: Auf der Bühlerhöhe/Plättig
- Reitwege (148 km)
- Reitställe und Parcours
- Rad- und Mountainbikewege
- Nordic-Walking Strecken: 3 in Baden-Baden und 3 im Rebland
- Golfregion Baden-Elsass: 1 sehr schön angelegter Golfplatz in Baden-Baden und weitere 8 Golfplätze rund um Baden-Baden, 9 Golfhotels in Baden-Baden mit je 2 Golfconcierges
- Paragliding: Vom Hausberg Merkur über den Dächern Baden-Badens
- Hoch- und Niederseilgarten: Als Teambildungsstätte für Manager/Gruppen
- Ballooning 2000: Europas größte Ballonflotte mit 26 Ballons
- Klettern am Battert: Alpines Klettern mit Blick auf Baden-Baden
- Zahlreiche Tennisplätze
- Schwimmbäder: 2 Thermalbäder, 3 Schwimmbäder und 1 Strandbad
- Angeln
- Bogenschießen

Was fehlt?

Ein landschaftlich schön gelegener Anfänger-Golfplatz.

Übernachtungs- und Tagesgäste

Nachdem das Image der Stadt Baden-Baden in den vergangenen 5–8 Jahren auch in der nahen Region deutlich verbessert werden konnte, hat der Tagesausflugsverkehr nach Baden-Baden speziell an den Wochenenden exorbitant zugenommen. Vor ca. 8 Jahren ging man noch von einem Verhältnis 1 Übernachtungsgast = ca. 6 Tagesgäste aus. Heute spricht man von einem Verhältnis 1:10,3 bis 13.

8 Millionen Tagesgäste besuchten im Jahr 2007 die kleine Stadt Baden-Baden. Parkhäuser und Parkplätze sind speziell an Wochenenden restlos überfüllt. Wildes Parken ist an schönen Tagen die Regel. Das Prädikat Kurort ist aufgrund der Luftverschmutzung und der Lärmbe­lästigung in Gefahr. Bürger und Übernachtungsgäste fliehen an schönen Wochenenden aus der Kernstadt. Anreisende Gäste finden keinen Parkplatz in den Park­häusern und stecken auf dem Weg zu ihren Hotels im Stau. In der Werbung versprechen wir dem Gast Ruhe und Erholung, Eleganz und Niveau, gesunde Luft und gutes Klima. Was er speziell an schönen Wochenenden vorfindet, ist das krasse Gegenteil.

Das Festspielhaus, das Museum Frieder Burda, Theater und Museen bringen neben zahlreichen Übern­achtungsgästen auch eine Vielzahl von (erwünschten und dringend benötigten) zahlungskräftigen Tagesgästen in die Stadt. Die beiden Thermalbäder, Kurhaus, Casino und Einzelhandel bewerben ebenfalls mit einem großen Aufwand die nahe Region. Diese Zahl sollte nicht durch eine Vielzahl touristisch motivierter Tagesbesucher („Sightseeing & Events“) planlos gesteigert werden, denn sonst verändert sich rasch die Angebotsstruktur der eleganten Innenstadt. Mehr Tagesgäste = mehr Fast Food Restaurants, billige Souvenirs. Rüdeshelm und Heidelberg legen Zeugnis darüber ab, wie sich zu viele Tagesbesucher in sehr kurzer Zeit auf die Ange­botsstruktur des Einzelhandels und des Gastgewerbes negativ auswirken.

Im gastronomischen Bereich hat sich das Angebot in der Innenstadt in den vergangenen 10 Jahren vervielfacht - im Bereich Einzelhandel am Rande der Innenstadt (Aldi, Edeka, Kaufland uvm.). Die Frage ist, wer soll das über­durchschnittlich gewachsene Angebot befriedigen bei fast gleich bleibender Anzahl von Einwohnern und Übern­achtungsgästen? Ein Teufelskreis, den es zu stop­pen gilt. Mehr Tagesbesucher bedeuten, dass das gas­tronomische Angebot in der Innenstadt weiter wächst. Dem erweiterten Angebot folgt der Ruf nach noch mehr Tagesbesuchern, die man mit immer weiteren Open-Air-Veranstaltungen in der Innenstadt anzulocken versucht.

Wir befinden uns seit einigen Jahren auf einer sehr schwierigen Gratwanderung. Die anspruchsvollen Übern­achtungsgäste Baden-Badens sind Garant für den Erhalt der in den letzten Jahrhunderten gewachsenen Schönheiten des Kleinodes Baden-Baden, das auch der Bürger schätzt und erhalten will. Wenn die so schöne kleine Stadt im Verkehr erstickt und am Wochenende vollkommen überlaufen ist, wird der Übern­achtungsgast, der viel Geld für ein paar Tage Ruhe und Erholung zu zahlen bereit ist, irgendwann weg bleiben. Auch der anspruchsvolle Festspielhaus- oder Museumsbesucher, der heute als Tagesgast in die Stadt kommt, wird diesen

Eindruck speziell am Wochenende von Baden-Baden mitnehmen und wohl kaum für einen späteren Über­nachtungsurlaub oder als Botschafter Baden-Badens zu gewinnen sein.

Zum Schutze der Bürger und des Kleinods Baden-Baden muss nunmehr konsequenter als bisher die Devise lau­ten: Qualität vor Quantität.

Quo vadis Baden-Baden?

Baden-Baden hat alle Voraussetzungen geschaffen, um dem anspruchsvollen Gast der Zukunft alle Wünsche zu erfüllen.

Hinsichtlich des touristisch relevanten Angebots hat sich Baden-Baden äußerst weitsichtig und nachfragegerecht auf hohem Niveau in den letzten 10 Jahren entwickelt. Neben den beiden wunderschönen Thermalbädern, dem historischen Casino und den Internationalen Galoppren­nen wurden kulturelle Einrichtungen geschaffen, die an das gute internationale Image der Bäderstadt anknüpfen. Das Weltbad Baden-Baden kann glänzen mit hochka­rätigen kulturellen Veranstaltungen, die weltweite Auf­merksamkeit erzielen. Ein perfekter Synergieeffekt.

Der Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden ist seit einigen Jahren auf Erfolgskurs und bringt neue Gästekreise in die gesamte Region. Die Investitionsfreudigkeit in Ba­den-Baden – auch in die Cité (weicher Standortfaktor) – zeugt von einem sehr guten Image der kleinen Stadt an der Oos. Das Kongresshaus Baden-Baden schreibt seit einigen Jahren schwarze Zahlen und hilft die Betten der Bäder- und Festspielstadt zu füllen.

Die unvergleichlichen Spa-, Beauty- und Wellnessein­richtungen und die wachsende Anzahl von Privatpraxen und -kliniken garantieren dem anspruchsvollen Gast opti­male medizinische Diagnostik, medizinische Versor­gung und Therapieplanung. Die prachtvolle Park- und Gartenanlage Lichtentaler Allee, der große Stadtwald und die zahlreichen sportlichen Einrichtungen bieten Fitness, Erholung und Entspannung pur.

Die Philharmonie Baden-Baden stärkt das positive Image durch Konzerte in Parks, Gärten und im Schloss­hof des Neuweierer Schlosses. Unnachahmlich und unvergleichlich sind die Bilder von den beleuchteten Baumriesen in wechselnden Farben unter denen das Philharmonische Orchester vor wenigen Tagen über 6.000 Zuhörer in der Kunst & Kulturmeile begeisterte... eine Kooperation, an der auch die drei Museen beteiligt waren, die halbstündlich bis zu Beginn des Konzerts um 21.00 Uhr kostenlose Führungen angeboten haben. Auf

ihren Auslandsreisen u.a. im Rahmen von Open-Air-Veranstaltungen mit Plácido Domingo ist die Philharmonie der beste Botschafter Baden-Badens.

Es ist gelungen, die FilmCommission Baden-Baden/Karlsruhe für die gesamte Technologieregion und den nördlichen Schwarzwald in Baden-Baden zu etablieren. Der SWR wird die Aktivitäten begleiten und unterstützen. Der Medienstandort Baden-Baden sollte auch in der Gewerbeansiedlung der Cité vorrangig weiter entwickelt werden.

Betrachtet man die „langen Wellen der Konjunktur und ihre Basisinnovationen“, so erkennt man unschwer, dass Baden-Baden optimale Chancen hat, Modellstadt für das 21. Jahrhundert zu werden. In der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts wird die Basisinnovation „Psychosoziale Gesundheit“ lauten. Alle Voraussetzungen, anspruchsvolle zahlungskräftige Gäste aus aller Welt auch in Zukunft vermehrt nach Baden-Baden zu locken und vor Ort den mit dem internationalen Rénomée verbundenen Anspruch einzulösen, wurden im Großen geschaffen. Nunmehr muss sich die Stadt jedoch klar bekennen und eindeutig positionieren. „Feinarbeiten“, die in den letzten Jahren neben den großen Aufgaben in einigen Bereichen deutlich zu kurz gekommen sind, müssen – will man nachhaltig erfolgreich sein - umgehend konsequent angegangen werden.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Siehe auch Absatz quo vadis Baden-Baden*
- *Wie soll zukünftig mit Open-Air-Veranstaltungen in der Kernstadt umgegangen werden (Ausbau oder Reduzierung auf den Prüfstand / ggf. einschränken.)?*
- *Welche Chancen bietet der „Weintourismus“ im Rebland?*

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Prädikat Kurort mit höchster Priorität sicherstellen.
- Pflege und Erhalt des gesunden Klimas, des Kurparks, der Kur- und Bädereinrichtungen, der Wälder, Wiesen und Auen.
- Erhalt der für die Stadt charakteristischen innerstädtischen Grünanlagen und Freiflächen, insbesondere der Gartenkunstwerke.

- Besonderes Flair und Stadtbild als Markenzeichen der Stadt erhalten und pflegen.
- Der Kreisel als Eingangsportal (Cité) sollte dem eines Weltbades und einer internationalen Festspielstadt entsprechen (Wasserfontäne oder Flaggenstrauß).
- Bauliche Verdichtung der Kernstadt und der umliegenden Hanglagen dringend einschränken.
- Standorte und Ausgestaltung von Möblierung, Werbung und Flaggenmasten überprüfen und einschränken.
- IC-Anbindung optimieren.
- Verkehrsleitsysteme verbessern (u. a. Flughafen und Bahnhof).
- Verkehrsprobleme in der Innenstadt lösen.
- Angebotsvielfalt im Bereich Gesundheit, Kunst und Kultur und gesellschaftlichen Leben als Besonderheit Baden-Badens auf hohem Niveau erhalten und vermarkten.
- Renommiertes 5 Sterne „Kettenhotel“ mit bester Reputation auf wichtigen Überseemärkten gewinnen - möglichst Resort-Hotel / kein weiteres Low-Cost-Kettenhotel.
- Übernachtungsrelevante Privatkliniken und Institutionen mit überregionaler Reputation anwerben.
- Zusätzliche kongressbegleitende Ausstellungsflächen im Kongresshaus schaffen.
- Einrichtung eines landschaftlich schön gelegenen Golfplatzes für Anfänger.
- Medienstandort mit SWR, FilmCommission, Europäische Medien- und Eventakademie stärken und ausbauen.
- Cité: Umweltverträgliche und Imageträchtige Gewerbeansiedlungen im Bereich Medien, Verlagswesen, IT, Gesundheit und Kosmetik.
- Cité: Ansiedlung von Aus- und Fortbildungseinrichtungen. Schwerpunkt auf Fachhochschule in den Bereichen Gesundheit, Tourismus, Management und Technologie.
- Der Weg ist das Ziel: Bewerbung um den UNESCO-Weltkulturerbetitel baldmöglichst angehen

SCHWERPUNKTE DER DISKUSSION

Baden-Baden ist eine herausragende touristische Destination in mehrfacher Hinsicht (Bäder-/Kurbereich, Kultur, Hotellerie/Gastronomie).

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Konflikt zwischen den Bedürfnissen des Tagestourismus und des Übernachtungstourismus (Eventorientierung der Tagesgäste und Ruhebedürfnis der Übernachtungsgäste).
 - Wellness-, Spa- und Gesundheitsstandort Baden-Baden (von der Diagnostik bis zur Therapie)
 - Ansiedlung von Beherbergungsbetrieben
 - Kongresslandschaft
 - Erlebniswelt des Waldes
-

3.10 GESUNDHEITSWESEN

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Das Gesundheitswesen in Deutschland ist seit einigen Jahren erheblichen Umwälzungen unterworfen. Die Auswirkungen dieses Wandels – zunehmende Privatisierung, Konzentration und Schließung von Krankenhäusern, Demonstrationen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen etc. – sind augenfällig und in das Bewusstsein der Bevölkerung eingedrungen. Die Ursachen für diesen Wandel sind u.a. in der zunehmenden Technisierung der Medizinprodukte, Lifestyle-Phänomenen, dem Bettenabbau, der veränderten Altersstruktur, der Einführung der DRG's und der Krankenhausfinanzierung begründet. Einige dieser Ursachen sind politisch gesteuert, wie beispielsweise die Faktoren Planung, DRG's etc. Andere Faktoren, die demographischen Veränderungen etc. sind politisch nicht zu beeinflussen. Dazu gehören:

- demographische Veränderungen
- Verbesserung der Medizintechnik - Zunahme ambulanter Operationen
- Art der Erkrankungen
- Life-Style-Änderungen
- Umweltfaktoren
- wirtschaftliche Entwicklung

Der deutsche Krankenhausmarkt befindet sich in einem erheblichen Wandlungsprozess. Ursache hierfür sind die demographischen Veränderungen, der technische Fortschritt in der medizinischen Versorgung und die Krankenhausfinanzierung. Die Einführung der DRGs (Diagnosis Related Groups, diagnosebezogene Fallgruppen) hat darüber hinaus die Krankenhauslandschaft in Bewegung gebracht und den Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern deutlich verschärft. Ein Indiz für den massiven Umbruch sind die steigenden Zahlen an Privatisierungen, Fusionen und Verkäufen von Kliniken. Ausgelöst durch Fallpauschalen und Sonderentgelte wurde mit der Einführung der DRGs ab 2004 der Trend zur Bettenreduzierung und zu kürzeren Verweildauern verstärkt. Insgesamt ist eine Verringerung der Zahl der Krankenhausbetten und Krankenhäuser bei sinkender Bettenauslastung zu verzeichnen. Seit 1994 hat sich die stationäre Verweildauer um etwa ein Viertel verkürzt.

Um mit weniger Betten mehr Patienten in kürzerer Zeit behandeln zu können, stehen viele Krankenhäuser vor der Notwendigkeit umfassender infrastruktureller und personeller Investitionen.

Der wirtschaftliche Druck hat bereits zu zahlreichen Schließungen und zum Bettenabbau geführt. Nach Ergebnissen der Expertenkommission „Zukunft der Krankenhäuser Baden-Württemberg“ wurden in den letzten Jahren rund 6.000 Betten abgebaut und über 30 Einrichtungen mussten ihre Pforten schließen. Laut „Krankenhaus Barometer 2007“ der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) schreibt derzeit jedes dritte Haus Verluste und selbst Kliniken mit einem ausgeglichenen Ergebnis erreichen dies nur unter erheblichen Anstrengungen. Die Ursachen hierfür sind die deutlichen Tarifierhöhungen für Klinikärzte, die Mehrwertsteuererhöhung, steigende Energiekosten und die Mehrkosten durch das neue Arbeitszeitgesetz. Auf der Einnahmeseite sind die Budgets der Krankenhäuser aufgrund der Fallpauschalen seit Jahren gedeckelt. Nach den Prognosen von McKinsey ist jedes dritte Krankenhaus in Deutschland von einer Schließung bedroht. Um die Kosten zu reduzieren, werden verschiedene Strategien verfolgt. Schlagworte dazu sind Fusionen, Klinikverbünde, Einkaufspartnerschaften, Klinik der kurzen Wege und Outsourcing.

Krankenhausversorgung in Baden-Württemberg

Als Gesetzliche Grundlage zum Betrieb von Krankenhäusern in Baden-Württemberg dient das Krankenhausgesetz für Baden-Württemberg. Darin orientiert sich die Anzahl und Größe von Kliniken nach dem Landeskrankenhausplan² als Voraussetzung zur Erlangung von Versorgungsverträgen.

Im Landeskrankenhausplan sind die Anzahl der Krankenhäuser, der darin zulässigen medizinischen Disziplinen und auch die Gesamtzahl der Kliniken und der einzelnen Abteilungen abschließend geregelt. In Baden-Württemberg sind laut Krankenhausplan insgesamt 267 planrelevante Krankenhäuser mit insgesamt 62.152 Betten vorhanden. Damit wird die als notwendig festgestellte Zahl von 61.561 Planbetten deutlich überschritten.

Lediglich in den nachfolgend aufgeführten Disziplinen ist die Zahl der Planbetten³ unterschritten:

- Neurochirurgie (Unterschreitung um 32 Betten)
- Neurologie (Unterschreitung um 11 Betten)
- Nuklearmedizin im Bereich der Therapie (Unter-

schreitung um 2 Betten)

- Orthopädie (Unterschreitung um 2 Betten)
- Psychotherapeutische Medizin (Unterschreitung um 135 Betten)
- Vollstationäre Psychiatrische Versorgung (Unterschreitung um 95 Betten)

Im Bereich der teilstationären Versorgung in Tageskliniken sind bis auf die psychiatrische Versorgung keine nennenswerten Unterschreitungen vorhanden. Baden-Württemberg weist somit hinsichtlich der psychiatrischen Versorgung eine Unterdeckung auf.

Ansonsten ist der Bedarf mehr als gedeckt, so dass nicht mit der Zulassung von zusätzlichen Krankenhäusern zu rechnen ist.

Auch die Anzahl der Behandlungsfälle hat sich in Baden-Württemberg in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert. Wie die nachfolgende Tabelle der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG) zeigt, ist der Ausnutzungsgrad der Krankenhäuser durch die deutlich zurückgehende Verweildauer stark gesunken, so dass sich schon hieraus kein weiterer Bedarf an Krankenhausbetten ergibt.

Tabelle: Anzahl der Behandlungsfälle Baden-Württemberg

Jahr	Fälle in Tsd.	Pflegelage in Tsd.	Verweildauer in Tagen	Nutzungsgrad in %
1997	1.880	19.792	10,5	81,6
1998	1.921	19.698	10,3	82,5
1999	1.943	19.346	10,0	82,1
2000	1.968	19.189	9,7	81,2
2001	1.967	18.601	9,5	79,6
2002	1.973	18.188	9,2	78,3
2003	1.974	17.535	8,9	75,8
2004	1.914	16.968	8,7	74,3
2005	1.928	16.541	8,6	73,8
2006	1.918	16.247	8,5	73,7

Quelle: Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft

Betrachtet man die Auswirkungen der drastischen und umfassenden Gesundheitsreformen in den letzten Jahren, so wird deutlich, dass es politisch eher beabsichtigt ist, die Anzahl der Krankenhausbetten und der Krankenhäuser in Deutschland weiter zu reduzieren. Dabei sind insbesondere kleinere Kliniken mit hohen Kostenstrukturen gefährdet. Ohne die Zusammenarbeit mit anderen Kliniken, die im neuen § 3a des Landeskrankenhausgesetz möglich wird, ist das Überleben solcher Krankenhäuser nicht gewährleistet.

Diese Entwicklung ist bereits eingeläutet, wie die folgende Aufstellung der BWKG ebenfalls aufzeigt.

Tabelle: Krankenhausplanung Baden-Württemberg

Jahr	Krankenhäuser insgesamt		Vorsorge- oder Reha-Einrichtungen		Pflegeheime stationär, Kurzzeit-, Tagespflege	
	Deutschland	Bad.-Württ.	Deutschland	Bad.-Württ.	Deutschland	Bad.-Württ.
1997	2.258	317	1.387	241	-	-
1998	2.263	317	1.395	243	-	-
1999	2.252	320	1.398	241	8.859	956
2000	2.242	317	1.393	243	-	-
2001	2.240	321	1.388	251	9.165	944
2002	2.221	325	1.343	246	-	-
2003	2.197	320	1.316	237	9.743	1.135
2004	2.166	316	1.294	228	-	-
2005	2.139	305	1.270	221	10.424	1.228
2006	2.104	296	1.255	222	-	-

Quelle: Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft

Krankenhausversorgung in der Region (Landkreis Rastatt)

Auch in der Region (Landkreis Rastatt) ist mit 541 planrelevanten Krankenhausbetten der Bedarf zu 100 % gedeckt*. Im Einzelnen sind folgende Betten als planrelevant festgestellt und vorhanden:

Tabelle: Übersicht Landkreis Rastatt planrelevanten Krankenhausbetten

Einrichtung	Disziplinen	Anzahl Planbetten
Kreiskrankenhaus Bühl	Chirurgie	65
	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	20
	Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde	4
	Innere Medizin	87
	Gesamt	176
Kreiskrankenhaus Forbach	Chirurgie	35
	Innere Medizin	40
	Gesamt	75
Kreiskrankenhaus Rastatt	Chirurgie *	101
	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	30
	Innere Medizin	149
	Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie	2
	Urologie	8
	Gesamt	290

Quelle: Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft

Im Rahmen der Festlegungen sind zusätzlich folgende Regelungen getroffen:

- Geriatischer Schwerpunkt
- In den chirurgischen Betten sind zwei Betten für

Plastische Chirurgie festgestellt.

Für den Bereich der psychiatrischen Versorgung sind für den Landkreis Rastatt keine planrelevanten Betten ausgewiesen. Insoweit erfolgt die Versorgung durch die Einrichtungen in Baden-Baden auch für den Landkreis Rastatt.

Ob aufgrund der Unterdeckung in der Versorgung psychisch kranker Menschen in Baden-Württemberg (siehe oben) innerhalb des Landkreises Rastatt Akutbetten eingerichtet werden können, müsste in einem entsprechenden Verfahren beim Sozialministerium geklärt werden. Zumindest sehen die vorhandenen Ausweisungen im Landeskrankenhausplan keine entsprechenden Betten vor. Damit ist eine Ausweitung des heutigen Angebots nach der geltenden Krankenhausplanung nicht wahrscheinlich.

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung in der Region konnte durch den Zusammenschluss der Kliniken des Landkreis Rastatt und des Stadtkreises Baden-Baden stark verbessert werden. Durch den Klinikverbund ist es gelungen, für alle Krankenhäuser ein vernetztes und hochspezifisches Gesundheitsangebot zu schaffen (z.B. Linksherzkathedermessplatz in Rastatt, Ausbau der Viszeralchirurgie in Rastatt und Bühl, Vernetzung der Unfallchirurgie und der Orthopädie in Baden-Baden, Schaffung von Schlaganfalleinheiten („Stroke-Units“) in Baden-Baden und Rastatt, Neurochirurgie in Bühl, Onkologisches Zentrum in Baden-Baden, Brustzentren in Baden-Baden, Bühl und Rastatt, Geburtzentren in Baden-Baden, Bühl und Rastatt usw.).

Durch diese Maßnahmen konnte für die gesamte Region eine Versorgungsstruktur aufgebaut werden, die nicht nur hinsichtlich der Behandlungsangebote, sondern insbesondere durch die Spezialisierungen auch in Qualität mit einer universitären Versorgung vergleichbar ist. Insoweit kommt der Zusammenarbeit von Krankenhäusern eine besonders große Bedeutung zu.

Privatkliniken im Landkreis Rastatt

- Max-Grundig-Klinik: Privatkrankenhaus für Selbstzahler bzw. Privatversicherte mit den Disziplinen Radiologie, Diagnostische, Medizinische Einrichtungen und Innere Medizin.

Reha-Einrichtungen / Fachkliniken im Landkreis Rastatt

- Fachklinik Fischer-Haus: Klinik für suchtkranke Männer in Gaggenau Michelbach (55 Betten); Neben der Fachklinik Fischer-Haus betreibt der FISCHER-HAUS e.V. zwei Häuser in Rastatt, in denen 15 Suchtkranke (10 Plätze im Betreuten Wohnen und fünf Plätze für Bewohner mit chronischer Mehrfachschädigung (CMA)) nach ihrem stationären Aufenthalt ihren Wiedereingliederungsprozess fortsetzen können. Des Weiteren besteht seit dem 01.01.2003 eine Sozialtherapeutische Übungswerkstatt in einem Nebengebäude der Nachsorge-wohngemeinschaft, in der Platz für momentan elf Personen ist.
- Therapiezentrum am Schloss: ambulante Therapien.
- Rehaklinik Freiolsheim: Fachklinik zur medizinischen und sozialen Rehabilitation drogen- bzw. mehrfachabhängiger Frauen und Männer.

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Diese Stellungnahme enthält Grundlagen und Aussagen aus der Sicht der Krankenhausversorgung und auch zum Thema Jugendgesundheit in Baden-Württemberg, in der Region und im Stadtkreis Baden-Baden. Beteiligt waren federführend das Klinikum Mittelbaden während das Amt für Familien, Soziales und Jugend aus der Sicht der Jugendfürsorge für die Stadt eine Stellungnahme abgegeben hat, die zu den einzelnen Punkten entsprechend für den Bereich der Jugendgesundheit überschrieben ist.

Durch diese Gliederung soll eine bessere Übersichtlichkeit und auch Trennung zwischen den Themen „Krankenhausversorgung“ und „Jugendgesundheit“ aus der Sicht der Jugendbehörde erreicht werden.

Keine andere Branche war in den letzten Jahren mehr gesetzlichen Änderungen unterworfen als das Gesundheitswesen im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung. Unzählige Reformen beeinflussten und werden auch künftig unmittelbar die strategische Ausrichtung und wirtschaftliche Situation von Krankenhäusern aber auch Arztpraxen beeinflussen. So wird der von der Politik beschlossene „Gesundheitsfond“ deutliche Auswirkungen auf die Zukunft von Krankenhäusern haben. Es ist damit zu rechnen, dass in Deutschland die Klinikversorgung durch die Schließung von Krankenhäusern wesentlich „ausgedünnt“ wird. Welche Auswirkungen

dies wegen des Wegfalls von Arbeitsplätzen auf den Arbeitsmarkt haben wird, ist noch nicht abzuschätzen.

Andererseits werden die Disziplinen der Krankenhäuser und ihrer Abteilungen wesentlich von der Altersstruktur und den sich dadurch ergebenden Erkrankungen, vor allen Dingen in Anbetracht der zunehmend älter werdenden Bevölkerung, beeinflusst. Insoweit gehen die Zielsetzungen der einzelnen Gesundheitsreformen der Bundesregierung nicht konform mit den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen aufgrund von Erkrankungen und den sich daraus resultierenden Behandlungen und natürlich auch der Entwicklung einzelner Kostenarten in der Gesetzlichen Krankenversicherung.

Jugendgesundheit

Gesundheitliche Fehlentwicklungen bedingt durch Stress, falsche Ernährung, missbräuchlichen Suchtmittelkonsum und Bewegungsarmut sind schon bei Kindern und Jugendlichen auf dem Vormarsch.

Die Gesundheit der Bevölkerung ist eine Voraussetzung für die soziale und ökonomische Entwicklung einer Stadt. Wichtig hierbei ist die Förderung der Gesundheit von frühester Kindheit an. Einen besonderen Schwerpunkt stellt die Suchtprävention in Baden-Baden dar, denn moderne Suchtprävention ist immer auch ressourcenorientierte Gesundheitsförderung.

Seit den neunziger Jahren hat die Stadt Baden-Baden die Stelle der/des kommunalen Suchtbeauftragten eingerichtet. Diese koordiniert, initiiert, vermittelt und plant über den „Arbeitskreis Suchtprophylaxe“ Maßnahmen der Suchtprävention, Gesundheitsförderung und Suchtkrankenversorgung und organisiert zusammen mit Kooperationspartnern, Veranstaltungen und Projekte zur Sucht- und Gewaltprävention.

Wie in der gesamten Bundesrepublik Deutschland konsumieren auch in Baden-Baden Jugendliche verstärkt Alkohol, aber auch Nikotin und Cannabis. Dabei sinkt das Einstiegsalter und Mädchen beteiligen sich zunehmend am Konsum. Zwischen 2002 und 2007 ist eine deutliche Zunahme der Klinikeinweisungen von 38 auf 76 zu verzeichnen, von den 76 Jugendlichen (2007) waren 51 unter 18 Jahre. Aber nicht nur Jugendliche sondern auch ältere Mitbürger/-innen sind suchtgefährdet.

Krankenhausversorgung in Baden-Baden

In Baden-Baden sind 793 planrelevante Krankenhaus-Betten in vier Kliniken vorhanden. Dies entspricht exakt der Planzahl des Krankenhausplans. Auch innerhalb der einzelnen Disziplinen ist die Anzahl an Planbetten ausgeschöpft.

Es ist somit nicht damit zu rechnen, dass in Baden-Baden Versorgungsverträge für zusätzliche Krankenhäuser abgeschlossen werden. Auch sind die Disziplinen der einzelnen stationären Einrichtungen ausgereizt, so dass auch innerhalb der einzelnen Krankenhäuser keine Bettenausweitungen vorgenommen werden können.

Die heutigen Krankenhäuser in Baden-Baden haben in den letzten Jahren erheblich in ihre Infrastruktur und auch in die qualitative Versorgung ihrer Patienten investiert. So hat die DRK-Klinik eine grundlegende Sanierung und Modernisierung der Patientenzimmer im OP-Bereich durchgeführt und ihre Angebotspalette erweitert. Auch das Rheumazentrum wurde nach der Privatisierung modernisiert und durch niedergelassene Ärzte im ambulanten Bereich ergänzt (Innere/Allgemeine Medizin, Hals-, Nasen- Ohrenheilkunde).

Die Stadtklinik hat als Akutkrankenhaus ebenfalls sämtliche Betten führende Abteilungen modernisiert und so auf die Bedürfnisse ihrer PatientInnen ausgerichtet.

Eine der wesentlichsten Anforderungen von diversen Reformen der Krankenversicherung war die Einführung des Ambulanten Operierens. Dafür wurde eine gesetzliche Positivliste von Operationen eingeführt, die nur noch ambulant vorgenommen werden dürfen. Aus diesem Grunde wurde ein Ambulantes Operationszentrum geschaffen, in dem 2007 nahezu 1.700 Operationen durchgeführt wurden. In allen Akutkrankenhäusern des Klinikums Mittelbaden wurden rund 3.200 ambulante Operationen vorgenommen. Der Trend ist steigend.

Darüber hinaus wurden die Weiterbildungsordnungen der Fachbereiche Unfallchirurgie und Orthopädie, die inzwischen zusammengelegt wurden, entsprochen und auch personell entsprechend besetzt, so dass auch künftig eine hoch qualitative Weiterbildung von Ärzten in diesem neuen, gemeinsamen Bereich sichergestellt ist. Gleichzeitig wurde durch die Einstellung zusätzlicher Fachärzte für die gesamte Region eine deutliche Verbesserung der Versorgung im unfallchirurgischen/orthopädischen Bereich erzielt.

Seit Jahren war es politisch das erklärte Ziel, die Verweildauer in den deutschen Krankenhäusern und damit auch die Behandlungskosten für die Gesetzliche Krankenversicherung zu reduzieren. Dies führte im Rahmen

der umfangreichsten Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung zur Einführung der so genannten „DRG's“ (Deseas relates Group). Damit wurde erstmals in Deutschland eine Pauschalierung von Behandlungskosten eingeführt. Ziel war es dabei, in ganz Deutschland einheitliche pauschale Behandlungskosten einzuführen. Dieses politische Ziel wurde allerdings nicht erreicht. Einheitliche Pauschalen wurden lediglich auf Länderebene eingeführt. Tatsächlich ist die Verweildauer in den Krankenhäusern auch tatsächlich gesunken.

Trotz dieser bundesweiten Entwicklung konnte in den Akutkrankenhäusern des Klinikums Mittelbaden und insbesondere in der Stadtklinik die Zahl der Patienten und der Behandlungen gesteigert werden. Diese positive Entwicklung basiert auf dem in den letzten Jahren ausgeweiteten Behandlungsangebot und einer starken Spezialisierung. So wurden beispielsweise in der Stadtklinik eine Schlaganfallereinheit (Stroke-Unit), der Perinatale Schwerpunkt, ein zertifiziertes Brustzentrum und ein zertifiziertes Onkologisches Zentrum eingerichtet. Darüber hinaus wurde mit der Einrichtung einer Fachbereich übergreifenden „Zentralen Notaufnahme“ eine für alle Notfälle einheitliche Erstversorgung auf hohem Niveau geschaffen. Diese Zentrale Notaufnahme wurde inzwischen durch die Integration eines Kinderärztlichen Notfalldienstes und eines allgemeinen Ärztenotdienstes durch niedergelassene Ärzte des Stadtkreises Baden-Baden ergänzt. Dieser Ärztenotdienst ist über eine einheitliche Notfall-Telefonnummer am Wochenende erreichbar. Dies führte zu einer deutlichen organisatorischen aber auch qualitativen Verbesserung der ambulanten Notfallbehandlung in Baden-Baden.

Da in Baden-Württemberg bei der psychiatrischen Versorgung eine Unterdeckung vorhanden ist, stellt sich auch für Baden-Baden die Frage, ob eine Ausweitung dieser medizinischen Disziplin notwendig und möglich ist. Allerdings ist festzustellen, dass mit der Fachklinik Gunzenbachhof und dem Rheumazentrum eine gute Versorgung vorhanden ist. Zusätzlich gibt es in Baden-Baden die „Nexusklinik“, ein privates Krankenhaus für psychosomatische Medizin, Psychotherapie und Krisenintervention mit 42 Betten.

Sollte ein Anbieter eine Bettenausweitung oder eine Neueinrichtung vornehmen wollen, wäre ein entsprechender Antrag beim Sozialministerium Baden-Württemberg zu stellen. Dabei ist zu prüfen, ob aufgrund der Erkrankungszahlen in der Region und Baden-Baden ein solcher Bedarf überhaupt vorhanden ist. Zumindest ist dieser nach den vorhandenen, fortgeschriebenen Planzahlen nicht erkennbar.

Die einzelnen Plan- und Istzahlen sind aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich.

Tabelle: Krankenhausplanung Baden-Württemberg - Baden-Baden/Plan- und Istzahlen

Einrichtung	Disziplinen	Anzahl Planbetten
DRK-Klinik	Orthopädie	83
	Gesamt	83
Fachkrankenhaus Gunzenbachhof	Vollstationäre psychiatrische Versorgung für Erwachsene	68
	Teilstationäre psychiatrische Versorgung für Erwachsene	12
	Gesamt	80
Krankenhaus Ebersteinburg	Innere Medizin	60
	Gesamt	60
Rheumazentrum Baden-Baden	Innere Medizin	152
	Psychotherapeutische Medizin	24
	Gesamt	176
Stadtklinik Baden-Baden	Augenheilkunde	2
	Chirurgie	130
	Frauenheilkunde und Geburtshilfe	50
	Hals-, Nasen- Ohrenheilkunde	8
	Innere Medizin	130
	Kinderheilkunde	35
	Neurologie	17
	Urologie	22
	Perinatalogische Intensivbetten (werden im Krankenhausplan als zusätzliche Festlegung gesondert aufgeführt)	6
	Gesamt	400

Quelle: Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft

Für die Stadtklinik sind im Rahmen von zusätzlichen Festlegungen bestätigt:

- Geriatrischer Schwerpunkt
- Perinatalogischer Schwerpunkt
- 6 perinatalogische Intensivbetten (in obiger Aufstellung enthalten; deshalb entsteht hinsichtlich der Darstellung eine Abweichung zum Landeskrankenhausplan; insgesamt stimmt dies aber mit den dortigen Festlegungen überein)

Im Rahmen der Altenpflege verfügt die Stadtklinik darüber hinaus über einen Versorgungsvertrag für 20 Kurzzeitpflegeplätze, die im Rahmen eines Bettenabbaus der Stadtklinik durch Umwandlung entstanden sind.

Mit der Einführung der Pflegeversicherung war es das erklärte Ziel, pflegebedürftige Menschen im Rahmen der Pflegeversicherung zu versorgen und aus dem Bereich der Krankenpflege herauszunehmen. Daher enthielt die damalige Fassung des Landeskrankenhausgesetzes eine Regelung, wonach im Falle der Reduzierung von Krankenhausbetten diese in Kurzzeitpflegebetten zur Versorgung von pflegebedürftigen Menschen außerhalb der eigentlichen Krankenhausbehandlung umzu-

widmen. Die Stadtklinik ist damals dieser Zielsetzung nachgekommen.

In Anbetracht der hohen Auslastung dieser der vollstationären Pflege nach dem Sozialgesetzbuch XI (SGB XI) zuzuordnenden Einrichtung hat sich diese Maßnahme als absolut richtig erwiesen.

In Baden-Baden bestehen außerhalb des Landeskrankenhausplanes zusätzlich einige Privat-Krankenhäuser, die ausschließlich für Selbstzahler bzw. Privatversicherte zur Verfügung stehen:

- Privatklinik Dr. Eickhorn: für Krebs und chronische Erkrankungen
- Klinik am Leisberg: Klinik für Psychologische Medizin
- Nexusklinik: Psychosomatische Erkrankungen mit 42 Betten (siehe oben).

Reha-Einrichtungen in Baden-Baden:

- Dr. Franz-Dengler-Klinik: Orthopädie und Innere Medizin
- Rehabilitationsklinik Höhenblick: internistische-rheumatologische Fachklinik mit 130 Betten
- AOK-Klinik Korbmattfelsenhof: Fachklinik für internistische und psychosomatische Rehabilitation
- VDK Kur- und Hotel Haus Magnetberg: 103 Betten

Gender Mainstreaming

Zum Thema Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann verhält sich die Situation im Gesundheitswesen völlig anders als in anderen Branchen. Hier besteht eine Beschäftigungsquote zu Gunsten der Frauen von rund 75 %. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass auch die Führungspositionen besonders in der Pflege weitgehend von Frauen besetzt sind. Im Klinikum Mittelbaden sind 31 Führungspositionen (ohne Wohn- und Stationsleitungen in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen) unterschiedlicher Bereiche (Geschäftsleitung, Ärztlicher Dienst, Pflegedienstleitungen, Medizinisch-Technischer Dienst, Verwaltung, Hauswirtschaft) von Frauen besetzt.

Die Bewerbersituation auch im Bereich der Ausbildung tendiert in die gleiche Richtung. Deshalb wurden im Rahmen von einzelnen Veranstaltungen (Boy's Day) gezielt männliche Bewerber angesprochen. Dies soll auch in Zukunft fortgesetzt werden. In den Einrichtungen (Kliniken und Pflegeeinrichtungen) konnten 2008 einige Bewerber im Rahmen von Ausbildungen gewonnen und eingestellt werden.

Im Ärztlichen Dienst werden Führungspositionen (Chef-, Oberärztinnen) mangels Bewerbungen immer noch häufig an Männer vergeben. Deshalb wurden in den letzten Jahren Frauen animiert, sich entsprechend zu bewerben. So wird der Betriebsärztliche Dienst des Klinikums von einer Frau geleitet. Auch konnten vereinzelt Oberärztinnen beschäftigt werden.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Wie können gesundheitsfördernde Maßnahmen erfolgreich implementiert und effektiv gestaltet werden?*
- *Wird es angesichts der ständig steigenden Anforderungen für alle Berufsgruppen gelingen, auch künftig qualifiziertes und zum Teil auch hoch spezialisiertes Personal zu finden?*
- *Auf welche Weise kann die medizinische Versorgung der Bevölkerung Baden-Badens und der Region weiter verbessert werden?*
- *Wie gelingt es, für Führungspositionen trotz der derzeitigen Bewerberlage auch Frauen zu gewinnen?*

LAUFENDE PROJEKTE

- „Toben macht schlau“ Fitness- und Ausdauerfest für Erstklässler der Baden-Badener Sportstiftung Kurt Henn
- „Gut Drauf“ - Gesundheitskampagne - Ernährung, Bewegung, Entspannung für Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren, Bereiche: Schule, Jugendarbeit und Sport
- „Be Smart Don' t Start“ – Nichtraucherkampagne für die Schulklassen Sechs bis Neun
- „Mädchen Sucht Junge“ - interaktive und geschlechtsspezifische Wanderausstellung „Mädchen

Sucht Junge“ für Schulklassen.

- „Gesundheitswoche Baden-Baden“ – Veranstaltungen für BürgerInnen.
- „Halt - Hart am Limit“ - für alkoholgefährdete Jugendliche, Projekt des Stadtkreises Baden-Baden und des Landkreises Rastatt, unter der Federführung der Fachstelle Sucht des Badischen Württembergischen Landesverbandes für Prävention und Rehabilitation
- „Boy’s Day“ – ein Veranstaltungstag zur Gewinnung von männlichen Bewerbern zur Ausbildung als Gesundheits- und Krankenpfleger bzw. Kinderkrankenpfleger.
- Individuelle, geschlechtsspezifische Bereichspflege (PatientInnen können wählen, ob sie von Personal, z.B. bei der Intimpflege, gleichen Geschlechts versorgt werden soll) – dies gilt auch für Pflegeeinrichtungen.
- (Re-)Zertifizierungsmaßnahmen der einzelnen Krankenhäuser und von speziellen Behandlungszentren

Planzahlen für:

- Baden-Württemberg insgesamt
- den Landkreis Rastatt und
- den Stadtkreis Baden-Baden
- Diverse Homepages der Anbieter in der Region

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Entwicklung von Konzepten/ Maßnahmen für den Kindergartenbereich
- Unterstützung von gesundheitsfördernden Maßnahmen für Schulen
- Entwicklung von Konzepten/ Projekten für ältere MitbürgerInnen
- Schrittweiser Ausbau eines verbindlichen Suchttilfenetzwerkes mit der Psychosozialen Beratungsstelle des bwlv., der Ärzteschaft, der Suchtpsychiatrie sowie Krankenkassen und Rentenversicherungsträger.

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung
- DHS 2007 (Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen)
- Leistungsbilanz 2007 der Fachstelle Sucht Baden-Baden des Baden-Württembergischen Landesverbandes für Prävention und Rehabilitation
- Krankenhausplan Baden-Württemberg mit den

Schwerpunkte der Diskussion

Baden-Baden entwickelt sich zunehmend zu einem Standort, in dem differenzierte Leistungen im Gesundheitswesen (Ärzte, Kliniken, Wellness und Spa) erbracht werden.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Entwicklung Cluster "Gesundheitsstandort" (Angebot, Zielgruppen, Strukturen, Finanzbedarf und Qualität im Gesundheitsbereich).
 - Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen (Premium-Marke Baden-Baden)
-

3.11 KULTUR

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Bei der Beschäftigung mit dem Thema kommunaler Kulturpolitik stellt sich zunächst die Frage nach dem Kulturbegriff. Handelt es sich hier um einen eng begrenzten Kulturbegriff, der Kultur im Extremfall auf Opern, klassisches Theater, klassische Musik und Ähnliches begrenzt? Oder handelt es sich um einen Kulturbegriff, der darüber hinaus periphere Künste und neben etablierten Einrichtungen alternative Kulturangebote umfasst? Oder aber handelt es sich um einen erweiterten, umfassenden Kulturbegriff, der das gesamte Lebensumfeld einbezieht und deshalb Kultur als Lebensqualität, als Kultur des Lebens, meint? Kommunalpolitik, die ihre ureigenste Aufgabe - Selbstverwaltung im Sinne der Bürger, Selbstverwaltung als Daseinsvorsorge, Kommunalpolitik zur Steigerung der Lebensqualität - ernst nimmt, sollte nach heutiger Auffassung auf dem Boden eines umfassenden Kulturbegriffs handeln.

Kommunale Kulturpolitik umfasst damit unterschiedlichste Einrichtungen und Angebote der kulturellen Bildung. Jugendkunstschulen und Musikschulen gehören ebenso dazu wie das Laientheater, die Chöre, die Blasmusikkapellen, die Stadtbibliothek, die Museen und das Theater. Nicht wenige Städte und Gemeinden beziehen ihr Selbstverständnis aus ihrem kulturellen Angebot.

Kommunale Kulturpolitik leistet darüber hinaus einen erheblichen sozialpolitischen Beitrag. Kultur hat für die Herausbildung lokaler Identität zweifellos eine herausragende Bedeutung. Kultur ist aber auch ein wachsender Wirtschaftssektor. Im Bereich Kultur sind heute bereits mehr Menschen als in vielen bedeutenden Wirtschaftszweigen beschäftigt.

Die Bedeutung der Städte und Gemeinden für die Kulturförderung nimmt weiter zu. Sie sind die eigentlichen Kulturträger, da sie die Hauptverantwortung in der Finanzierung von Kunst und Kultur übernehmen. Mit rund 3,72 Milliarden Euro im Jahr 2002 trugen die Gemeinden den größten Anteil (44,6 %) an den Kulturausgaben, während die Anteile des Bundes und des Landes stetig zurückgehen.

Da es sich in der Regel um freiwillige Leistungen der Städte und Gemeinden handelt, besteht die Gefahr, dass die Kulturförderung aufgrund der Haushaltslage der Kommunen immer mehr ins Hintertreffen gerät. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements an Bedeutung. Der hohe Standard im kulturellen Angebot wird sich nur erhalten bzw. ausbauen lassen, wenn es gelingt, die Bevölkerung

verstärkt einzubinden.

Folgende Trends zeichnen sich ab:

- Veränderungen der Besucher- und Nutzerstruktur der Kulturinstitute,
- Kultureinrichtungen sind vermehrt von Schließung bedroht,
- Bürgerliches Engagement und Kultursponsoring gewinnen an Bedeutung.

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

In Baden-Baden gibt es ein außergewöhnlich großes kulturelles Angebot; als Kur- und Bäderstadt gab und gibt es immer noch sehr viel und auch internationales Publikum.

Das Angebot reicht von Kultureinrichtungen mit überregionaler Ausstrahlung bis hin zu den Aktivitäten von Vereinen und Gruppierungen in ihrer ganzen Fülle und Vielfalt. Aber auch als Standort der Medien- und Eventakademie betont Baden-Baden seinen Status als Kulturstadt.

Baden-Baden ist in der Regionalplanung als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums eingestuft, diese Entscheidung wurde u.a. aufgrund des großen kulturellen Angebots mit überregionaler Ausstrahlung getroffen.

In Baden-Baden werden unterschiedliche Zielgruppen angesprochen. Zum einen haben wir Kur- und Kongress- sowie eine Vielzahl an Tagesgästen und zum anderen bieten wir unseren Einwohnern ein reichhaltiges kulturelles Angebot.

Die großen kulturellen Einrichtungen befinden sich in unterschiedlicher Trägerschaft. Neben privaten Einrichtungen gibt es verschiedene Mischformen öffentlicher und privat finanzierter Institutionen und natürlich die kommunalen Einrichtungen. Aus der Bäder- und Kurtradition heraus wurden einige kulturelle Einrichtungen in Baden-Baden lange Zeit über die BKV in Trägerschaft des Landes geführt. Im Zuge der BKV-Strukturreform werden nach wie vor wegen der zahlreichen Kur- und Kongressgäste städtische Einrichtungen wie Theater und Philharmonie vom Land Baden-Württemberg bezuschusst.

Städtische Kulturarbeit ist eine sog. „Freiwilligkeitsleistung“ und dennoch ausgesprochen notwendig, denn

die Qualität des kulturellen Angebots ist ein durchaus gewichtiger weicher Standortfaktor.

In Zeiten knapper Haushaltsmittel bereitet die Finanzierung kultureller Einrichtungen und Angebote zunehmende Probleme. So führte auch in Baden-Baden im Jahr 2003 die Haushaltskonsolidierung bei der finanziellen Ausstattung der einzelnen städtischen Einrichtungen zu gravierenden Kürzungen; es musste jedoch keine Einrichtung geschlossen werden.

Größere kulturelle Einrichtungen

Museum Frieder Burda

Als starker Besuchermagnet für Baden-Baden erweist sich das neue Museum Frieder Burda, das der New Yorker Architekt Richard Meier geplant hat. Seit der Eröffnung im Oktober 2004 besuchten rund 700.000 Kunstinteressierte das neue Museum.

Richard Meier vergleicht den Neubau mit einer „großen Villa“. Für den Architekten entstand an der Lichtentaler Allee ein „Juwel im Park“. Das neue Museum besticht durch seine klare Struktur sowie den Einsatz von Licht und Glas. Es eröffnet sich eine wechselweise Beziehung von innen nach außen, von der Kunst in die Natur und von der grünen Allee hinein in die Welt der Kunst. So entsteht ein sehr anspruchsvolles „Tageslichtmuseum“.

Architekt Meier über den Neubau mit rund 1000 Quadratmetern Ausstellungsfläche: „Der Neubau entwickelt sich harmonisch entlang der Lichtentaler Allee. Damit entsteht ein einheitliches Ensemble mit der Kunsthalle.“

Nicht weniger attraktiv als die Architektur ist das Ausstellungsprogramm des noch jungen Museumshauses. Nur wenige deutsche Museen und Sammlungen können – in Anzahl wie Qualität – mit vergleichbaren Arbeiten des Amerikanischen Abstrakten Expressionismus aufwarten wie das Museum Frieder Burda

Die Sammlung Frieder Burda besitzt mit insgesamt acht Werken einen überzeugenden Werkkomplex des späten Picasso.

Amerikanische Künstler des abstrakten Expressionismus begründeten den Ruhm der New Yorker Schule. Neben Gemälden von Gottlieb, de Kooning, Pollock und Rothko enthält die Sammlung ein Hauptwerk von Clyfford Still – eine Seltenheit in der europäischen Museumslandschaft. Herausragend dokumentiert die Sammlung eine Auswahl deutscher Kunst der Nachkriegszeit.

Die wichtigsten und umfangreichsten Werkkomplexe bewahrt die Sammlung von Gerhard Richter, Sigmar Polke und Arnulf Rainer. Werke aus allen Lebensabschnitten vermitteln einen retrospektiven Überblick über die Künstler, die die zeitgenössische Malerei entscheidend geprägt haben.

Verstärkt widmet sich Frieder Burda in jüngster Zeit Künstlern der jungen Generation. Im Museum Frieder Burda werden die Kunstwerke künftig in wechselnden Präsentationen der Öffentlichkeit vorgestellt. Pro Jahr ist eine größere Wechsellausstellung geplant.

Bauherr des Museums ist die Stiftung Frieder Burda, die 1998 vom Baden-Badener Kunstmäzen gegründet wurde. Wichtigstes Ziel der Stiftung ist es, die international renommierte Sammlung auf Dauer der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Kosten in Höhe von rund 20 Millionen Euro wurden in vollem Umfang von der Stiftung Frieder Burda getragen. Öffentliche Mittel kamen nicht zum Einsatz. Dies gilt auch für den laufenden Betrieb des neuen Museums.

Festspielhaus Baden-Baden

Deutschlands größtes Opernhaus (Eröffnung am 18. April 1998) hat sich als Festspielort neben Sommerfestivals wie Salzburg, Luzern oder Aix-en-Provence etabliert. Das ganzjährig bespielte Haus gehört mit seinen 2.500 Sitzplätzen zu den größten Spielstätten der klassischen Musik in Europa. Mit etwa 120 Veranstaltungen pro Jahr werden im Durchschnitt mehr als 220.000 Musikliebhaber aus aller Welt begeistert.

Die Philosophie des Festspielhauses Baden-Baden beinhaltet neben höchsten Qualitätsansprüchen an musikalische Aufführungen eine konsequente Umsetzung eines „Fünfsterne-Services“ für Besucher und Künstler. Dazu werden ständig alle Bereiche des Betriebes hinterfragt und verbessert.

Der Wiener Architekt Professor Wilhelm Holzbauer entwarf Mitte der 1990er Jahre den Neubau des Bühnenhauses mit seinen licht durchfluteten Foyers. Das Opernhaus geht eine spannende architektonische Symbiose mit dem ehemaligen Baden-Badener Bahnhof ein. Sein neoklassizistischer Bau bildet heute nach aufwändiger Sanierung das Entrée des Festspielhauses. Das gewaltige Bühnenhaus ist auf dem neuesten technischen Stand und wird als Produktionsstätte für Opern und Ballette geschätzt. Zahlreiche Fernsehaufzeichnungen und Live-Übertragungen entstanden rund um die Bühne des Festspielhauses, darunter Aufnahmen der spektakulären Inszenierungen der Wagner-Opern „Parsifal“ und „Lo-

hengrin“. Die Idealwerte der Saalakustik berechnete der renommierte Münchner Physiker Karlheinz Müller.

Das Festspielhaus Baden-Baden ist Europas erster privat finanzierter Opern- und Konzertbetrieb. Das Gebäude wird vom Land und der Stadt zur Verfügung gestellt und nach privater Vor-Finanzierung in das Eigentum der Stadt übergehen (Ankaufsverpflichtung).

Die private Kulturstiftung Festspielhaus Baden-Baden ist seit März 2000 Trägerin der Betriebsgesellschaft. Eintrittseinnahmen, Spenden und Sponsoring ermöglichen seit Beginn 2002 den privaten Kulturbetrieb ohne Subventionen. Ein hoch engagierter Freundeskreis, private Mäzene und Sponsoren aus der Wirtschaft machen das Festspielhaus Baden-Baden zu einem Erfolgsmodell. Für die Stadt Baden-Baden ist das Festspielhaus Baden-Baden ein wichtiger Wirtschaftsmotor geworden.

Vier Festspielperioden gliedern den Spielplan des Festspielhauses Baden-Baden jahreszeitlich. Die Winter-, Pfingst-, Sommer- und Herbstfestspiele stehen immer in Verbindung mit mindestens einer szenischen Opernproduktion. Zwischen den Festspielphasen stehen hochkarätige Einzelkonzerte und Gastspiele auf dem Programm. Drei bis viermal pro Jahr gastieren renommierte Ballett-Kompanien wie das Mariinsky-Ballett (Kirov), das Moskauer Bolschoi-Ballett oder das Hamburg Ballett John Neumeier im Festspielhaus Baden-Baden. Das Programm wird durch Jazzabende und besondere Entertainmentshows abgerundet.

Das Kuratorium der Kulturstiftung Festspielhaus Baden-Baden verleiht jährlich den Herbert von Karajan Musikpreis. Preisträger sind unter anderem: Anne-Sophie Mutter, die Berliner Philharmoniker, Valery Gerгиеv und John Neumeier.

Seit 2002 betreibt das Festspielhaus Baden-Baden ein Education-Programm. Jährlich rund 3.000 Schülerinnen und Schüler werden auf hohem Niveau an die klassische Musik herangeführt. 2008 wird das Education-Programm um Aspekte der Erwachsenenbildung erweitert.

Südwestrundfunk

Der Südwestrundfunk (SWR) ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts (Landesrundfunkanstalt) für die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit Sitz in Baden-Baden, Mainz und Stuttgart. Der SWR ist Mitglied der ARD und nach dem WDR der zweitgrößte Sender. Sitz der Intendanz ist Stuttgart, die Landessender sind in Stuttgart und Mainz. Der Großteil der Zentralredaktionen ist in Baden-Baden angesiedelt.

Der SWR - eng verbunden mit dem Kultursender ARTE – verbreitet somit vom hiesigen Produktionsstandort seine kulturellen Beiträge im ganzen Land.

Zahlreiche Veranstaltungen und Konzerte des Senders in den Studios auf der Funkhöhe oder auch im alten E-Werk bereichern das kulturelle Angebot in der Stadt.

Insbesondere mit einem kulturellen Großereignis prägt der Sender die Kulturlandschaft hier in Baden-Baden (und Rastatt): Das jährlich (seit 1994) stattfindende SWR3 New Pop-Festival zieht vor allem jüngeres Publikum weit über die Region hinaus an.

Das dreitägige Festival will Trends der internationalen Musikszene aufspüren und interessanten Bands bzw. Solisten zum Durchbruch verhelfen. Zahlreiche Radio- und Fernsehstationen im In- und Ausland übernehmen Konzertmitschnitte von SWR3.

Staatliche Kunsthalle

Die Staatliche Kunsthalle Baden-Baden ist ein Ausstellungshaus für moderne und zeitgenössische internationale Kunst. 1909 von den Architekten Hermann Billing und Wilhelm Vittal in der Parkanlage an der Lichtentaler Allee erbaut, stehen der Kunsthalle neun Oberlichtsäle für Wechselausstellungen zur Verfügung (ca. 700 qm). Der neoklassizistisch gegliederte Bau, der keine Sammlung beherbergt, bietet eine ideale Plattform für den Dialog zwischen Kunstwerk und Raum, dem hier in allen Medien (Malerei, Skulptur, Fotografie, Video und Installation) ein vielfältiges Forum geboten wird. Bis heute schätzen Kuratoren, Publikum und Künstler die Kunsthalle aufgrund ihrer klaren Architektur, die eine kompromisslose Präsentation der Kunstwerke ermöglicht. Seit 1927 befindet sich die Kunsthalle in staatlichem Besitz und ist seit 1956 der internationalen, zeitgenössischen Kunst verpflichtet. Auch künftig werden Positionen der konzeptuellen Kunst im Verhältnis zu wegweisenden Perspektiven der Kunst des 20. und des beginnenden 21. Jahrhunderts gezeigt. Zu ihrem 100 jährigen Jubiläum zeigt die Staatliche Kunsthalle Baden-Baden eine Landesausstellung rund um das Werk von Kasimir Malewitsch. Das vielfältige Veranstaltungsprogramm umfasst Vorträge, Filmabende, Lesungen, Konzerte und Symposien.

Theater Baden-Baden

Das Theater Baden-Baden gehört zu den bedeutendsten kulturellen Einrichtungen dieser Stadt und wird seit

2004 von Intendantin Nicola May geleitet.

Als reines Sprechtheater werden unter einem ausgewählten Motto jede Spielzeit Klassiker, Werke der deutsch- und englischsprachigen Moderne sowie aktuelle Stücke und Uraufführungen gezeigt. Mindestens ein Musical hat pro Spielzeit Premiere. Insgesamt hat die Spielzeit ca. 15 Premierien und 10 Wiederaufnahmen. Alle Inszenierungen sind eigene Produktionen.

Das umfangreiche und vielseitige Programm soll auf hohem Niveau unterhalten, zum Nachdenken anregen, als auch einen Beitrag zur ästhetischen Bildung (nicht nur von Kinder- und Jugendlichen) leisten. Stücke wie „Ballnacht! Eine Baden-Badener Recherche“, „Die Dostojewskij-Nacht“ etc. beschäftigen sich intensiv mit der Stadt, deren Geschichte und Einwohner. Die hohe Qualität der Aufführungen bestätigen jüngst Einladungen zu renommierten Theaterfestivals, positive Berichterstattung und Zuschauerbefragungen.

Als Rahmenprogramm bietet das Theater Baden-Baden Veranstaltungen wie Einführungsmatineen, Publikumsgespräche, Stückeinführungen, Führungen, Lesungen etc. sowie ein umfangreiches theaterpädagogisches Programm mit Workshops, generationsübergreifenden Weiterbildungen, Zusammenarbeit mit Lehrern und Klassen usw.

Mit den meisten kulturellen Einrichtungen der Stadt verbindet das Theater Baden-Baden unterschiedliche Kooperationen (Festspielhaus Baden-Baden, Staatliche Kunsthalle, Museum Frieder Burda, SWR etc.)

Es stehen drei Spielstätten zur Verfügung (Theater (ca. 480 Plätze), Spiegelfoyer (30 Plätze), TIK (55 Plätze)). Das Theater weitet seine Spielstätten auf die Stadt aus: Mobile Produktionen, wie der inszenierte Stadtrundgang „Das Narrenschiff“, „Die Dostojewskij-Nacht“ oder das Kindergartenstück „Das Traumfresserchen“ erfreuen sich großer Beliebtheit.

Im Zeitraum von September bis Juli wird im Repertoirebetrieb gespielt, das heißt, fast täglich wechselnde Vorstellungen der laufenden Spielzeit. Die Sommerpause beträgt ca. sechs Wochen.

Das Theater Baden-Baden hat ein festes Ensemble mit 18 Schauspielerinnen und Schauspielern. Weitere 11 Personen gehören zum künstlerischen Personal; 34 Mitarbeiter arbeiten in Technik und Verwaltung. Es gibt 6 Auszubildendenplätze in verschiedenen Abteilungen. Insgesamt hat das Theater Baden-Baden 63 Mitarbeiter. Einige Bereiche sind an Fremdfirmen vergeben, wie Reinigung, Einlaß und Pforte, Ticketvorverkauf.

Die Infrastruktur: Spiel- und Probenräume, ebenso wie die Verwaltung / Intendanz (Schloß Solms), die Kostümwerkstätten (SWR) sowie Lagerungsräume liegen weit auseinander. Lange Wege behindern den Arbeitsprozess und Informationsfluss. Ein Zusammenlegen von Probenräume und Kostümwerkstätten, sowie eine räumliche Anbindung der Verwaltung / Intendanz an das Theater wäre sinnvoll und für alle Beteiligten effektiver.

Das TIK als reines Kinder- und Jugendtheater mit 55 Plätzen erfreut sich steigender Beliebtheit bei allen Altersschichten, so dass die Plätze kaum ausreichen. Mit einem größeren Raum für das Kinder- und Jugendtheater könnte das Theater Baden-Baden der steigenden Nachfrage gerecht werden.

Ein umfangreiches Spielzeithaft informiert über die Stücke des Spielplanes. Monatlich erscheinende Druckwerke, wie Leporello und Theaterzeitung, sowie eine professionell gestaltete Homepage mit Ticket-Vorverkauf, Aushänge informieren über aktuelle Stücke und Projekte. Weitere Möglichkeiten, das Theater in der Stadt zu präsentieren, wären sinnvoll.

Philharmonie

Die Angebotspalette der Philharmonie umfasst rund 220 jährliche Veranstaltungen in Baden-Baden sowie bis zu 30 Gastkonzerte in anderen Städten.

Vor Ort setzen die Veranstaltungen des Festspielhauses mit internationalen Spitzenorchestern höchste qualitative Maßstäbe für die Philharmonie. Trotz dieses Konkurrenzdruckes sind die Angebote des Orchesters auf hohem Niveau akzeptiert. Maßgeschneiderte Veranstaltungsformate entstehen mit Sicht auf touristische Attraktivität des philharmonischen Angebotes in Kooperation mit der Kur- und Tourismus GmbH. Der zunehmend international zusammengesetzten Gästezielgruppe Baden-Badens kommt deshalb das Veranstaltungsangebot des Orchesters – auch wegen der fehlenden Sprachbindung – besonders entgegen.

Gastkonzerte in anderen Städten tragen den Ruf der Kulturstadt Baden-Baden werbewirksam in die überregionalen Medien. Engagements in international besonders renommierten Konzertsälen wie der Zürcher Tonhalle, dem KKL Luzern und der Alten Oper Frankfurt belegen, dass die Philharmonie aus künstlerischer Sicht in der 1. Bundesliga spielt.

Zu den internationalen Tourneezielen der Philharmonie gehörten mit China, den arabischen Emiraten Dubai und Qatar, Italien, der Schweiz, Frankreich und Belgien ei-

nige besonders interessante Märkte für das touristische Angebot Baden-Badens.

Mit der „Carl Flesch Akademie“ betreibt das Orchester Elitenförderung auf höchstem internationalem Niveau. „Gummibärchenkonzerte“ und vergleichbare Initiativen unterstützen basisbezogene Aktivitäten der lokalen Musikausbildung.

Innerhalb Baden-Badens ist das Ensemble mit den unterschiedlichen Kulturinstitutionen und Zielgruppen eng vernetzt. Es gibt Kooperationen mit den anderen professionellen Großveranstaltern der Stadt ebenso wie mit den Organisationsformen der Laienmusik. Die Orchestermitglieder sind ein wichtiger Bestandteil der lokalen Musikausbildung.

Die organisatorische Komplexität des Arbeitsbereichs und der Konkurrenzdruck für den Klangkörper haben in den letzten 50 Jahren erheblich zugenommen. Parallel hat sich der Leistungsdruck auf die Mitarbeiter vervielfacht. Im gleichen Zeitraum verminderte sich sowohl die Zahl der Planstellen als auch die tarifliche Einstufung des Orchesters. Bezug nehmend auf die Ausstattung ist das Ensemble heute das Schlusslicht unter den 130 deutschen Berufsorchestern.

Mit diesem Status verbunden sind u.a. Beeinträchtigungen der Wettbewerbsfähigkeit des Klangkörpers und bedeutende Probleme bei der qualifizierten Neubesetzung von Planstellen. Ein den steigenden Anforderungen der Zukunft angemessener Aufbau zusätzlicher Geldquellen (Sponsoring, Stiftungsgelder, Gastspieleinnahmen etc) ist durch fehlende Zeit- und Personalreserven stark erschwert. Zur allgemeinen Konsolidierung ist eine konsequente Neukonzeption der Infrastruktur der Philharmonie erforderlich.

Stadtmuseum mit Archiv

Die 1892 gegründeten Stadtgeschichtlichen Sammlungen stellen heute ein eigenes Amt innerhalb der Stadtverwaltung dar, das sich in die Abteilungen „Archiv“ und „Museum“ aufgliedert.

Zu den Beständen gehören unterschiedliche Sammelgebiete wie Steindenkmäler, Graphik und Gemälde, Glas, Porzellan, Münzen, Möbel, Bücher des 16. – 19. Jahrhunderts, Autographen, historisches Spielzeug, Gastgeschenke, Plakate u. a. m., die einen Zeitraum von 10.000 v. Chr. bis heute umfassen. Hinzu kommen in der Abteilung Archiv ca. 1.400 laufende Meter Akten, Urkunden und Amtsbücher vom 15. Jahrhundert bis heute.

Zur historischen Sammlung der Stadt gehören ferner umfangreiche fotografische Zeugnisse aus den 1860er Jahren bis heute, eine Karten- und Plansammlung, eine Druckschriftensammlung und die Regionalzeitschriften seit 1811. Hinzu kommt eine Dienstbibliothek, die nahezu die gesamte, seit 1800 erschienene Literatur zu Baden-Baden umfasst.

Die Bestände des Stadtmuseums/-archivs Baden-Baden übertreffen an Bedeutung, Umfang und Qualität, bedingt durch die besondere historische Stellung der Stadt als Kurort mit 2000jähriger Tradition, markgräfliche Residenz und Modebad des 19. Jahrhunderts, die Bestände von Archiven und Museen in Städten vergleichbarer Größe deutlich. Eine große Zahl an jährlichen Anfragen aus dem In- und Ausland, ebenso wie die Vielzahl an Publikationen, die auf Informationen oder Leihgaben aus unserem Haus aufbauen, unterstreichen dies ebenfalls augenfällig.

Stadtmuseum und -archiv präsentieren sich heute als wissenschaftliches Institut für die hiesige Stadtgeschichte, das mit zahlreichen Ausstellungen zu unterschiedlichsten Themen, verschiedenen Projekten, Veranstaltungen im Kinder- und Erwachsenenbereich und der Herausgabe von Publikationen an die Öffentlichkeit tritt.

Das Ausstellungshaus ist seit 2004 in so genannten Alleehaus inmitten der berühmten Lichtentaler Allee untergebracht. Hier bietet sich Besucherinnen und Besuchern auf ca. 600 m² ein Überblick über die 2000-jährige Tradition als Bade- und Kurort. Im Obergeschoss präsentiert sich die Stadtgeschichte von den Anfängen als römisches Verwaltungszentrum über die mittelalterliche Residenz der Markgrafen von Baden bis heute. Das Dachgeschoss ist ständig wechselnden Sonderausstellungen vorbehalten.

Ein dem Haus angefügter Pavillon beherbergt Steindenkmäler und plastische Bildwerke von der Römer- bis zur Neuzeit, darunter die spätgotischen Portalfiguren der Stiftskirche.

Die Abteilung Archiv mit den Räumlichkeiten für die Benutzerinnen und Benutzer der historischen Bestände, die Verwaltung und die Depots sind im sog. Baldreit, einer ehemaligen Bad-Herberge im Zentrum der Altstadt untergebracht. Ein weiteres Depot befindet sich in der Vincentischule.

Problematisch ist die finanzielle und personelle Ausstattung des Amtes. Im Stadtmuseum/-archiv sind derzeit vier Vollzeitkräfte und zwei Teilzeitkräfte beschäftigt. Außerdem wird ein Ausbildungsplatz für Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste angeboten. Der

Dienstbetrieb ist teilweise nur durch den Einsatz von MitarbeiterInnen aus dem Hartz IV-Programm und die Unterstützung durch ehrenamtliche Helfer aufrecht zu erhalten. Anzahl und Qualifikation der Beschäftigten entsprechen z. T. nicht den gestellten Anforderungen.

Die Verteilung des Amtes auf drei Gebäude ist mit erhöhtem Zeit- und Kontrollaufwand verbunden; als positiv kann hier nur die relativ geringe Distanz zwischen den Gebäuden gewertet werden.

Das historische Erbe der Stadt sollte als Kapital nicht ungenutzt bleiben und sowohl stärker wahrgenommen als auch offensiver präsentiert werden. Voraussetzung hierfür wäre eine Stärkung von Archiv und Museum als sammelnde, bewahrende und erschließende Institution.

Stadtbibliothek

Die Stadtbibliothek hat einen Bestand von rund 100.000 Medien in den Abteilungen Kinderbibliothek, Jugendmedien@age, Sachthemen und Belletristik für Erwachsene, Musikabteilung, Bücherbus und Literaturmuseum im Gartenhaus. Sie erzielte im Jahr 2007 rund 315.000 Entleihungen, das sind 6 Ausleihen pro Einwohner. Bei 35 Öffnungsstunden pro Woche wurden im Jahr 2007 in der Zentralbibliothek rd. 185.000 BesucherInnen gezählt.

Der Bücherbus als Kooperationsprojekt zwischen Stadtkreis Baden-Baden und Landkreis Rastatt dient in Baden-Baden vor allem der Leseförderung mit Klassenausleihe direkt an den Schulen. Nahezu alle Baden-Badener Kinder im Grundschulalter werden so erreicht.

Veranstaltungen für Kinder (Autorenlesungen, Vorlesen, Bücherreise mit allen Sinnen, Kindertheater) im Gartenhaus sind durch die Unterstützung der Baden-Badener Bibliotheksgesellschaft e.V. fester Bestandteil des Angebots.

Das Veranstaltungskonzept für Erwachsene berücksichtigt die besondere Bevölkerungsstruktur und Nachfrage der Stadt. Angeboten werden anspruchsvolle Vorträge zu literarischen und musikalischen Themen, Diavorträge über ferne Länder oder zu Künstlern. Veranstaltungspartner sind regelmäßig: Theater, DFG, VHS, Kulturamt, Gleichstellungsstelle, Kunsthalle, Ges. der Freunde Junger Kunst, Turgenev-Ges. Das Programm wird von der Baden-Badener Bibliotheksgesellschaft e.V. finanziert.

Das Literaturmuseum im Gartenhaus der Stadtbibliothek zeigt ständige Ausstellungen zu Otto Flake, Werner

Bergengruen, Reinhold Schneider, Georg Groddeck und Franz Büchler. Besichtigung auf Anfrage bzw. Führung 1x/Monat durch Ehrenamtliche. Leider ist die Zugänglichkeit auf zwei Arten erheblich eingeschränkt: keine festen Öffnungszeiten und keine Verbindung zum Hauptgebäude der Stadtbibliothek.

Regelmäßige Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten zur Stärkung von Lese-, Medien- und Informationskompetenz durch spielerische Klassenführungen oder thematisch auf den Unterricht abgestimmte Führungen.

Die Stadtbibliothek ist damit der kompetente Partner für Bildung und Kultur. In diesem Bereich leistet sie für Kinder, Jugendliche, Erwachsene, MigrantInnen und SeniorInnen einen großen Beitrag, nicht zuletzt durch ihre Zusammenarbeit mit zahlreichen Institutionen. Dafür braucht sie gut ausgebildetes Fachpersonal, Fortbildung und Personalentwicklung, um den ständig sich ändernden Anforderungen im Umgang mit Medien und Technik gerecht werden zu können.

Die Medienarten und der Zugang zu Informationen entwickeln sich ständig weiter. Um Informationsversorgung, Leseförderung und die Vermittlung von Medienkompetenz zu gewährleisten, muss ausreichend Medienetat und Mittel für technische Ausstattung zur Verfügung stehen. Dazu gehört auch ein barrierefreier Zugang.

Die Gebäude sind in Teilen stark sanierungsbedürftig. Es gibt keinen Aufzug, der die zahlreichen verschiedenen Ebenen und Gebäudeteile miteinander verbindet. Ein barrierefreier Zugang ist jedoch notwendig für die unterschiedlichen Zielgruppen, zu denen auch Familien, Ältere und Behinderte gehören, denen zahlreiche Angebote versperrt, oder nur beschwerlich zu erreichen sind. Auch ist nach außen nicht transparent welches Angebot sich hinter der Fassade befindet. Von der Fußgängerzone her wirkt die Stadtbibliothek etwas zu unauffällig. Wo in der Gesellschaft Außenwirkung und Aufenthaltsqualität eine so große Rolle spielen, hat es die Stadtbibliothek dadurch schwer ihre Inhalte zu vermitteln.

Laufende Projekte sind im Jahr 2008 die Einrichtung der Jugendmedien@age, ein Bereich von 100 qm für Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren, speziell für ihre Interessen, zum Lernen und Arbeiten. Das ermöglicht Unterricht in der Bibliothek, wie es die Bildungspläne vorsehen.

Außerdem „Bücherspaß für Babys“. Das ist der Titel einer Aktion mit Bilderbuch, Bibliotheks- und Leseinformation mit Lesegutschein in einer Tasche. In Kooperation mit den Kinderärzten der Stadt wird diese Tasche

bei der U6 an die Eltern ausgegeben.

Für Herbst/Winter 2008 ist im Literaturmuseum im Gartenhaus der Stadtbibliothek die Einrichtung einer Ausstellung über die Zeit Alfred Döblins in Baden-Baden geplant.

Mit dem Amt für Familien, Soziales und Jugend und dem Tagesmütterverein werden 6 Betreuungsplätze in der ehemaligen Buchbinderei der Stadtbibliothek eingerichtet. Damit kann die Stadt in der Innenstadt Betreuungsplätze anbieten.

Musikschule

In Baden-Württemberg widmen sich rund 215 öffentliche Musikschulen mit etwa 7.600 Lehrkräften der außerschulischen musikalischen Bildung von ca. 190.000 Schülerinnen und Schülern. Damit ist Baden-Württemberg das Bundesland mit der größten Musikschuldichte in Deutschland – 22% aller Musikschulen in Deutschland befinden sich in Baden-Württemberg.

Die städtische Jugend-Musikschule wurde 1982 ins Leben gerufen und erhielt im September 1988 ihren späteren Namen nach der Pianistin und Pädagogin Clara Schumann. Damit wurde für die Jugend der Kurstadt eine weitere Möglichkeit zur musikalischen Entfaltung unter professioneller Anleitung geschaffen. Als Mitglied des Verbandes deutscher Musikschulen waren Strukturen und Ziele vorgegeben. Finanziell wird der Betrieb von der Stadt unterstützt, da eine vollständige Kostendeckung wie bei allen anderen kommunalen Musikschulen durch die Unterrichtsgebühren allein nicht erreicht werden kann.

Das Unterrichtsangebot umfasst Einzel-, Gruppen- und Klassenunterricht vom Vorschulalter bis zum Ende der Schulpflicht bzw. dem Beginn der Volljährigkeit. Im Wesentlichen werden alle populären Instrumente unterrichtet.

Vor der Zuwendung zu einem oder mehreren ausgewählten Instrumenten stehen die musikalische Früherziehung und die musikalische Grundausbildung.

Für den Übergang zum Instrument wurde die Orientierungsstufe geschaffen, in welcher sich die einzelnen Instrumente befristet erproben lassen.

Als weiterer Zweig ist in den letzten Jahren die Abteilung Tanz/Ballett/Jazz-Tanz/Modern-Tanz neu hinzugekommen und ständig ausgebaut worden.

Im Sommer 2008 werden an der Clara-Schumann Musikschule ca. 650 - 700 Schüler in den Vorstufen, der Hauptstufe und in den Bewegungsdisziplinen unterrichtet.

Auf die unter 6-jährigen entfällt ein Drittel der Gesamtzahl, die 6 - 10-jährigen belegen das zweite Drittel und die übrigen ab 11 Jahren das letzte Drittel.

Die Schülerverteilung auf die einzelnen Instrumente ist variabel und lehrerabhängig. Aktuell liegen die Instrumente Gitarre und Schlagzeug mit Perkussion im Trend vorne und sind daher zahlenmäßig auch am stärksten vertreten.

Das Kollegium besteht aus ca. 40 Musik- und Bewegungslehrern(innen) mit Arbeitsverträgen nach TVöD oder mit Honorarverträgen, sowie dem Musikschulleiter, der Sekretärin und dem Hausmeister.

Die Musikschule bietet mit ihren Musikpädagogen, die ein Hochschulstudium absolviert oder vergleichbare Abschlüsse haben, eine fundierte musikalische und musische Ausbildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene an.

Die Musikschule wird unterstützt durch den Förderverein der Clara-Schumann-Musikschule e.V.

Schul-, Kultur- und Sportamt

(Sachgebiet Kultur, abgekürzt Kulturamt)

Im Unterschied zu den anderen kulturellen Einrichtungen ist das Bereitstellen eines kulturellen Angebots hier nicht alleinige Hauptaufgabe. Nicht immer kann ganz klar zwischen den einzelnen Sachgebieten getrennt werden, Verwaltungsarbeit fällt in allen Bereichen an und darüber hinaus erfüllt das Kulturamt Sonderaufgaben wie z.B. die Organisation der Seniorenweihnachtsfeier, Schüler- und sonstiger Empfänge.

Die Kernaufgaben des Kulturamts sind:

- das Fördern von Vereinen/Einrichtungen und deren Aktivitäten
- die Durchführung von Veranstaltungen
- die Betreuung des Baldreit-Stipendiums
- Städtepartnerschaften und Pflege internationaler Beziehungen

Das Fördern von Vereinen/Einrichtungen und deren Aktivitäten erfolgt in erster Linie durch die Gewährung von Zuschüssen (institutionelle Förderung und Projektförderung, siehe Kulturförderrichtlinien). Darüber hinaus werden Vereine durch Beratung und zur Verfügung stellen von Sach- und Personalleistungen unterstützt.

Beispiele: Konzerte im Alten Ratssaal, Vergabe und Durchführung des städtischen Kunstpreises gemeinsam mit der Gesellschaft der Freunde junger Kunst.

Das Kulturamt führt selbst Veranstaltungen durch:

- Schwerpunkte sind die Kammerkonzerte im Alten Ratssaal (Beispiel: Reihe „Komponisten in Baden-Baden“) und Ausstellungen, v.a. im Alten Dampfbad
- Im Rahmen des „Kommunalen Kino“ werden durchschnittlich 10 Filme pro Jahr in den Räumlichkeiten des Filmcolliers gezeigt.

Seit mittlerweile über 20 Jahren wird das Baldreit-Stipendium vergeben. Dabei handelt es sich um ein Aufenthaltsstipendium für ein Jahr. Die monatliche Apanage gewährt ein Sponsor, derzeit die Stadtparkasse Baden-Baden. Außergewöhnlich ist, dass das Stipendium in drei Sparten ausgeschrieben wird und somit zwischen Bildenden Künstlern, Komponisten und Literaten ausgewählt wird. Die Auswahl wird zusammen mit einer Jury getroffen. Das Baldreit-Stipendium soll eine Brücke schlagen zwischen Künstler und Bürgerschaft unserer Stadt.

Die Stadt Baden-Baden unterhält vier Städtepartnerschaften:

- Menton (Frankreich) seit 10.09.1961
- Moncalieri (Italien) seit 15.05.1990
- Karlsbad (Tschechien) seit 07.11.1998
- Jalta (Ukraine).seit 07.07.2000

Daneben besteht noch eine Verwaltungspartnerschaft mit der Stadt Freital bei Dresden.

Die Städtepartnerschaften sind Ausdruck der Internationalität, Offenheit und Gastfreundlichkeit Baden-Badens. Erwachsen aus dem Gedanken einer Europäischen Einheit entwickelten sich die Städtepartnerschaften parallel zum Fortschritt der Europäischen Union. Zuletzt wurde mit der Partnerschaft zu Jalta der Osterweiterung Europas Rechnung getragen.

Die Partnerschaften erstrecken sich von den offiziellen Besuchen über Schüleraustausche und Bürgerreisen bis hin zum sportlichen und kulturellen Austausch in allen Altersgruppen. Durch diese Vielfalt soll langfristig ein aktiver und lebendiger Austausch gesichert werden.

Vereinswesen

In der Stadt Baden-Baden gibt es eine Vielzahl von Vereinen der unterschiedlichsten Sparten.

Das Vereinsregister umfasst derzeit über 600 Vereine in knapp 30 Sparten, die in der Kernstadt und in den Stadtteilen ansässig sind. Im kulturellen Bereich treten vor allem die Musik- und Gesangvereine, Chöre, kulturelle Vereine, Internationale Verbände, aber auch Vereine der Sparte Heimat und Brauchtum sowie Bürgervereinigungen in Erscheinung.

Diese Vereine übernehmen einen wichtigen Beitrag zur Vielfalt und Fülle des kulturellen Angebots. Neben Vereinen, die selbst Veranstaltungen durchführen, gibt es eine Vielzahl von Fördervereinen, die die oben genannten kulturellen Einrichtungen unterstützen.

Exemplarisch werden einige Vereine genannt, die in bedeutender Weise zum kulturellen Leben in Baden-Baden beitragen:

Das Brahmshaus, die einzig noch erhaltene Wohnung des Komponisten, wird von der Brahmsgesellschaft unterhalten. Die Gesellschaft der Freunde junger Kunst zeigt wechselnde Ausstellungen zeitgenössischer Kunst im Alten Dampfbad. In einigen Ortsteilen werden Heimatmuseen von Heimatvereinen unterhalten. Das Schuncke-Archiv verwaltet als Musikarchiv eine nicht unbedeutende Sammlung und tritt als Veranstalter für Kammerkonzerte auf.

Dies ist eine beispielhafte Aufzählung ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Die Fülle der Vereinsaktivitäten würde den Rahmen eines solchen Berichtes sprengen.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Kulturelles Angebot für Jedermann?*

LAUFENDE PROJEKTE

- Museum für Technik und Kunst des 19. Jahrhunderts
- Fabergé-Museum
- Vorbereitungen zur Entscheidung über eine Bewerbung um den Titel „Weltkulturerbe der Unesco“

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Sicherung und langfristiger Erhalt der Fülle und Vielfalt des kulturellen Angebots
- Angebote nach (dem sich wandelnden) Bedarf ausrichten (siehe auch „Zentrale Fragestellungen“)

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Jahresberichte für den Gemeinderat und seine Ausschüsse
- Kulturwirtschaftsbericht II der Kultur-Region Karlsruhe 2007
- „Kultur in Deutschland“ Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 2007

SCHWERPUNKTE DER DISKUSSION

Baden-Baden ist ein herausragender Kulturstandort. Das Angebot richtet sich an die heimische Bevölkerung, an die Region und an ein internationales Publikum. Entsprechend differenziert sind die jeweiligen Zielgruppen und deren Bedürfnisse.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Kulturbereich (Außenwahrnehmung / Ausbastrategie)
 - Kulturinfrastruktur als Voraussetzung für die Identität der heimischen Bevölkerung (Vereine, Volkshochschule, Stadtbibliothek, Musikschule, Theater).
-

3.12 MOBILITÄT UND VERKEHR

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Mobilität ist die Grundlage der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Gesellschaft. Ohne verkehrliche Mobilität gibt es keine privaten, sozialen und beruflichen Entfaltungschancen. Die Gestaltung der verkehrlichen Mobilität muss den Anforderungen entsprechen, die sich aus dem Wandel der sozioökonomischen Rahmenbedingungen ergeben. Sie muss den Bedingungen des erweiterten EU-Binnenmarktes und der fortschreitenden Globalisierung der Wirtschaft ebenso Rechnung tragen, wie den sich ändernden Bedürfnissen einer alternden Bevölkerung und den sichtbar werdenden Grenzen des Umweltpotentials. Eine ständige Verpflichtung ist dazu die Verbesserung der Verkehrssicherheit.

Die Nachfrage nach Verkehrsleistungen nimmt nach wie vor zu. Die Leistung im Personenverkehr hat sich in Baden-Württemberg seit 1960 verdreifacht, das Güteraufkommen im Fernverkehr mehr als verdoppelt. Während 1960 nur 28 Prozent der Güter über die Straße transportiert wurden, waren es 2004 bereits über 60 Prozent. Die Tendenz ist weiterhin steigend. Auch im Güterverkehr Baden-Württembergs gilt daher der weltweite Trend einer parallelen Entwicklung von Verkehrsleistung und Bruttoinlandsprodukt. Im Personenverkehr ist in Baden-Württemberg auf absehbare Zeit bei einem zwar abgeschwächten, aber weiter anhaltendem Wachstum der Bevölkerung keine Entspannung in Sicht. Ebenso muss im Güterverkehr - und hier vor allem im grenzüberschreitenden Verkehr - weiterhin mit einer deutlichen Zunahme der Verkehrsleistungen gerechnet werden. Nach den vorliegenden Prognosen wird im Jahr 2015 mehr als die Hälfte der gesamten Güterverkehrsleistung in Deutschland im grenzüberschreitenden und im Transitverkehr erbracht werden.

Die Verkehrszunahme im Personenverkehr konzentrierte sich trotz Verbesserungen im öffentlichen Verkehr und trotz steigender Benzinpreise vor allem auf den motorisierten Individualverkehr. Der Anteil des Kraftfahrzeugverkehrs am gesamten Personenverkehr stieg von 66 Prozent im Jahr 1960 auf heute 83 Prozent an. Der morgendliche und abendliche Berufsverkehr ist zwar nach wie vor in erster Linie für die Überlastung der Verkehrsnetze verantwortlich, weit überdurchschnittliche Wachstumsraten sind aber vor allem im Freizeit- und Versorgungsverkehr festzustellen. Gleichzeitig werden die Kosten für den Erhalt der Mobilität weiter ansteigen (Benzinpreise, Preiserhöhungen im ÖPNV).

Die Studie der Intraplan Consult GmbH (ITP) und der Beratergruppe Verkehr + Umwelt GmbH (BVU) aus dem Jahr 2007 kommt hinsichtlich der deutschlandweiten Verkehrsentwicklungen und Verkehrsverflechtungen zu folgenden Ergebnissen:

„Im gesamten Personenverkehr (einschließlich der nicht motorisierten Fahrten) wächst das Verkehrsaufkommen zwischen 2004 und 2025 von 100,3 Mrd. auf 103,1 Mrd. Fahrten oder um 2,7 %. Der motorisierte Verkehr nimmt dabei um 7,1 % zu. Die Verkehrsleistung, die wichtigste Kenngröße zur Bestimmung der Verkehrsentwicklung, erhöht sich aufgrund des überproportional wachsenden Fernverkehrs und steigender Fahrtweiten deutlich stärker, nämlich insgesamt von 1.161 Mrd. Personenkilometer (Pkm) in 2004 auf 1.368 Mrd. oder um 17,9 %. Bei Betrachtung allein des motorisierten Verkehrs liegt der Zuwachs bei 19,4 %, was jeweils einem durchschnittlich jährlichen Wachstum von 0,8 % per annum im Prognosezeitraum entspricht.

Die Hauptgründe für die Zunahme der Mobilität liegen auch künftig im Wirtschaftswachstum und in der Individualmotorisierung. Die Veränderung der Altersstruktur wirkt zwar dämpfend auf das Verkehrswachstum, wird aber deutlich überkompensiert durch das Mobilitätswachstum innerhalb der Alters- bzw. Lebenszyklusgruppen.

Im motorisierten Individualverkehr wächst die Fahrtenzahl von 57,3 auf 62,4 Mrd., d.h. um 8,9 %. Dessen Dominanz wird sich damit nochmals etwas erhöhen, indem sein Anteil am motorisierten Verkehr von 83,6 % auf 85,0 % wächst. Verantwortlich für die anhaltende Expansion sind neben der Erweiterung des Pkw-Bestands auch die siedlungsstrukturelle Entwicklung und die zunehmende Freizeitmobilität, wobei der Pkw-Verkehr eine überragende Rolle einnimmt.

Im Eisenbahnverkehr ist für das Verkehrsaufkommen mit einer Steigerung von 6,2 % auf das Niveau von ca. 2,2 Mrd. Fahrten zu rechnen. Damit bleibt dessen Marktanteil am gesamten motorisierten Personenverkehr bei rund 3 %. Bezogen auf die Verkehrsleistung steigt der Bahnverkehr um 25,6 % und damit etwas stärker als die anderen landgebundenen Verkehrszweige. Dies ist vor allem auf die erheblichen Angebotsverbesserungen aufgrund des Ausbaus des Schienennetzes vor allem im Fernverkehr zurückzuführen. Die Bahn kann deshalb ihren Marktanteil an der motorisierten Verkehrsleistung von 6,7 % auf 7 % ausweiten. Bezieht man den öffentlichen Straßenpersonenverkehr (ÖSPV) mit ein, bei dem die Fahrtenzahl um 5,5 % auf knapp 8,6 Mrd. Personenfahrten und die Verkehrsleistung von 82,7 Mrd. Pkm um 4,8 % auf 78,7 Mrd. Pkm abnehmen, so sinkt der Anteil des landgebundenen öffentlichen Per-

sonenverkehrs weiter ab, von derzeit 18,2 % auf 14,7 % beim Verkehrsaufkommen und von 14,3 % auf 13,0 % bei der Verkehrsleistung.

Im Luftverkehr findet das mit Abstand stärkste Wachstum statt. Er profitiert neben dem anhaltenden Trend zu Fernreisen im Urlaubsverkehr und der international zunehmenden Verflechtung der Wirtschaft vor allem auch vom Wachstum des sonstigen Privatverkehrs (Kurzreisen, Verwandten-/Bekanntebesuche, vor allem auch von Personen mit Migrationshintergrund, sowie vom zunehmenden Reiseverkehr zwischen Freizeitwohnsitz und Heimatwohnsitz).

Die Zahl der Fahrradfahrten und der Fußwege nimmt um 5,7 % bzw. 7,1 % ab. Ihr Anteil reduziert sich damit von (zusammen) rund 32 % auf rund 29 % (Aufkommen) bzw. von 5,9 % auf 4,7 % (Leistung). Hier schlägt die Verschiebung in der Altersstruktur hin zu älteren Personen durch, deren Affinität zum nicht motorisierten Verkehr geringer ist. Außerdem ist die Ursache in der siedlungsstrukturellen Entwicklung zu sehen, weil aufgrund der weiteren Suburbanisierung die Zahl der zu Fuß und mit dem Fahrrad erreichbaren Ziele sinkt. Die Zweit- und Drittmotorisierung tut hier weiteres; so nimmt dadurch vor allem auch das Bringen und Holen mit dem Pkw von Schule, Freizeitattraktivitäten u.a. auf Kosten des nicht motorisierten Verkehrs zu“.

Der geltende Generalverkehrsplan für das Land Baden-Württemberg wurde 1995 beschlossen. Er beschreibt die Grundlinien der Verkehrspolitik des Landes für den Zeitraum bis 2010 und bietet zugleich Orientierung für die politischen Entscheidungen in den Regionen, Kreisen, Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg. Der Generalverkehrsplan 1995 stellt die Verkehrspolitik erstmalig in einen integrativen Zusammenhang mit der Gesellschafts-, Wirtschafts-, Umwelt- und Raumordnungspolitik. Zur Sicherung einer nachhaltigen Mobilität von Bürgern und Wirtschaft wurde in insgesamt elf Fachkonzepten ein umfangreiches Maßnahmenpaket für alle relevanten Entscheidungsebenen (EU, Bund, Land und Kommunen) erarbeitet. Die Landesregierung hat am 30. Januar 2001 einen Bericht zur Umsetzung des Generalverkehrsplans in den Jahren 1995 bis 2000 vorgelegt und einen Ausblick auf die anstehenden Aufgaben gegeben.

In der laufenden Legislaturperiode wird der Generalverkehrsplan mit dem Planungshorizont 2025 fortgeschrieben.

Folgende Themen stehen im Mittelpunkt der Fortschreibung:

- Verkehr und demographischer Wandel

- Verkehr und Umwelt
- Verkehr und Wirtschaft
- Mobilität im Ländlichen Raum

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

In der Stadt leben ca. 54.000 Einwohner, von denen etwa 34 % in den Stadtteilen Haueneberstein, Sandweier, Ebersteinburg und im Rebland wohnen. Im Stadtkreis sind knapp 40.000 Fahrzeuge zugelassen (Stand 2006), die sich aufteilen in ca. 34.000 Pkws, rund 1.900 Lkws und Omnibusse, der Rest sind Krafträder und Roller, Zugmaschinen und Sonderfahrzeuge. Der Motorisierungsgrad liegt bei rund 695 Kfz/1000 Einwohner (Stand 2007). Der Wert für das gesamte Bundesland Baden-Württemberg beträgt 711 Kfz/1.000 Einwohner (ebenfalls Stand 2007).

Individualverkehr

Überregionaler Verkehr / Übergeordneter Verkehr

Die Stadt Baden-Baden liegt am Schnittpunkt zweier wichtiger Fernstraßenverbindungen, zum einen an der von Nord nach Süd verlaufenden Rheintalautobahn BAB A 5 und zum anderen der in Ost-West-Richtung gelegenen B 500, die in westlicher Richtung den Rheinübergang (an der Staustufe Iffezheim) in das benachbarte Elsaß bildet und in östlicher Richtung die nördliche und mittlere Region des Schwarzwaldes erschließt. Die Bundesstraße 3, die von Nord nach Süd parallel zur BAB A 5 verläuft, hatte zunächst seit dem Bau der Autobahn überwiegend regionale Bedeutung. Zunehmend nimmt sie aufgrund der zeitweisen Überlastung der BAB A 5 (der sechsspurige Ausbau wurde bis Ende der 1990er Jahre von Karlsruhe kommend nur bis zur BAB - Anschlussstelle Baden-Baden verwirklicht) den überregionalen Verkehr auf und dient damit auch als Entlastung für die Autobahn.

Dies zeigt sich auch in dem Bau von B 3 neu - Umgehungsstraßen, nicht zuletzt sind mit der Inbetriebnahme der B 3 neu - Umgehungen Oos (Eröffnung am 1. März 2002) und Sandweier (Eröffnung April 2008) bedeutende Etappen verwirklicht. Fehlende Teilstücke sind die Streckenabschnitte Sinzheim – Steinbach mit Anschluss an die B 3 neu Umgehung Bühl (Eröffnung 2007), und die Nordfortsetzung der Umgehung Sandweier mit der B 3 neu - Umgehung Kuppenheim, die beide im derzeit gültigen Bundesverkehrswegeplan nur noch im weiteren

Bedarf eingestuft sind.

Der überwiegend nach Baden-Baden ein- und ausströmende Verkehr erfolgt über die Achse BAB A 5 / B 500 / B 3 aus Richtung Westen mit einem Anteil von 75 bis 80 %. Die restlichen 20 bis 25 % verteilen sich auf die Zufahrtsstraßen aus Richtung Murgtal über die L 79a (Gaggenau) und die L 78 (Gernsbach / Rote Laache), aus Richtung Rebland mit der L 84a sowie aus dem Schwarzwald (Geroldsau) über die B 500. Mit dem Bau der Schlossbergtangente (Eröffnung 1981 zur Landesgartenschau) und des Michaelstunnels (Eröffnung 1989) wurden wichtige Meilensteine zur Verkehrsberuhigung und zur Entlastung vom Durchgangsverkehr verwirklicht.

Die Erschließung der Innenstadt erfolgt seit der Eröffnung des Michaelstunnels (DTV 1996: 20.500 Kfz/24h) im Dezember 1989 für den Bereich Kurhaus / Casino über die Lange Straße (DTV 1996: ca. 12.600 Kfz/24h), für den Bereich Thermen über die Rotenbachtalstraße (DTV 1996: ca. 12.500 Kfz/24h) und für den Bereich Congress über die Ausfahrt Russische Kirche des Michaelstunnels zur Lichtentaler Straße / Bertholdplatz (DTV 1996: 16.900 Kfz/24h). Durch die Sperrung des zentralen Leopoldsplatzes für den Individualverkehr mitten im Zentrum der Stadt wurde eine Einteilung der Innenstadt in drei voneinander getrennten Bereichen notwendig, die zu einer Art Zangenerschließung des Zentrums führte. Bedingt durch die Topographie und die Tallage Baden-Badens gibt es nur sehr begrenzte Möglichkeiten für alternative Verkehrslenkungen. So wurde auch eine im Generalverkehrsplan 1975 / 1979 für notwendig erachtete Ostumgehung (Verbindung Centrum Congress mit dem Verkehr in Richtung Murgtal am Steighausplatz (Rotenbachtalstraße / Zähringerstraße)) aus finanziellen Gründen (Bau eines Tunnels) verworfen. Dieser Verkehr wird heute über die Verbindung Rotenbachtalstraße / Vincentstraße / Stephaniestraße abgewickelt und führt neben verkehrlichen auch im Bereich der Luftreinhaltung zu Problemen.

Situation 1996

Bei der Verkehrszählung 1996 zum VEP 1998 wurde festgestellt, dass etwa 100.000 Kfz in 24 Stunden über die Zufahrtswege in die Stadt Baden-Baden einfahren. Zusammen mit den Fahrten im Binnenverkehr ergaben sich damit rund 154.000 Kfz-Fahrten in der Kernstadt.

Die B 500 und die B 3 bilden die zwei Hauptverkehrsachsen in Baden-Baden und weisen die höchsten Verkehrsbelastungen in der Stadt auf. Die B 500 zeigt eine Verkehrsbelastung von Westen (BAB A 5) her von ca.

27.200 Kfz/24h, die bis zum Ebertplatz auf ca. 34.700 Kfz/24h steigt. Im weiteren Verlauf der B 500 nimmt die Verkehrsbelastung über ca. 20.500 Kfz/24h im Michaelstunnel bis ca. 14.100 Kfz/24h vor Lichtental ab.

Die Verkehrsbelastung auf der B 3 fällt von ca. 24.500 Kfz/24h nördlich von Oos (Kuppenheimer Straße) auf ca. 18.200 Kfz/24h im Ortsteil Oos und steigt wieder auf etwa 32.800 Kfz/24h südlich der B 500. Zu berücksichtigen gilt hierbei, dass die B 3 neu – Umgehungen Oos und Sandweier noch nicht verwirklicht waren.

Die Bundesstraßen werden durch mehrere Landes-, Kreis- und innerörtliche Hauptverkehrsstraßen ergänzt. Als wichtigste zu nennen sind die L 78 (Beuerner Straße) mit etwa 9.900 Kfz/24h, die L 79a (Zähringerstraße) mit 12.600 bis 16.800 Kfz/24h, die L 84a (Fremersbergstraße) mit rund 8.100 bis 10.800 Kfz/24h und die L 67 (Karlsruher Straße) mit ca. 15.900 Kfz/24h. Die K 9600 hat auf Höhe der Waldseestraße eine Verkehrsbelastung von etwa 5.000 bis 6.000 Kfz/24h aufzuweisen, die K 9604 (Schwarzwaldstraße) weist je nach Abschnitt eine Verkehrsbelastung von ca. 6.700 bis 10.500 Kfz/24h auf. Die Belastung der K 9614 (Rheinstraße) reicht von etwa 6.900 Kfz/24 in Oos bis rund 20.300 Kfz/24h in Höhe der Gutenbergstraße; bis zur östlichen Rheinstraße verringert sich der Verkehr wieder auf etwa 16.600 Kfz/24h. Die Verkehrsbelastungen der K 9605 (Balger Straße) liegt zwischen 12.400 bis 13.300 Kfz/24h, die der Ooser Bahnhofstraße zwischen 8.000 bis 12.900 Kfz/24h.

Der Durchgangsverkehr weist zwei wesentliche Ströme auf. Zum einen einen Nord-Süd-Strom über die B 3, zum anderen einen West-Ost-Strom über die B 500, der sich vor dem Michaelstunnel in zwei Äste aufspaltet und dann einerseits in Richtung Ebersteinburg / Murgtal, andererseits in Richtung Lichtental verläuft.

Der Schwerlastverkehrsanteil in Baden-Baden liegt auf dem Haupttrourenetz zwischen 4 und 12 %. Den höchsten Lkw-Anteil mit 10 bis 12 % weist die B 3 im Stadtteil Oos auf, wobei zu diesem Zeitpunkt es noch keine Sperrung für den Lkw-Verkehr über 7,5 t gab. Auf der B 500 und der parallel verlaufenden Rheinstraße beträgt der Schwerlastverkehr 6 % bzw. 8 %. In den innerstädtischen Hauptsammelstraßen liegt der Lkw-Anteil in der Lange Straße bei 10 %, in der Sophienstraße bei 6 % und in der Lichtentaler Straße bei 8 %. Ein nicht zu vernachlässigender Lkw-Anteil von 10 % ist in Lichtental vorhanden. Zu berücksichtigen gilt, dass ein nicht unerheblicher Lkw-Anteil auf das gute Angebot im Liniennetz der Baden-Baden-Linie zurückzuführen ist.

Situation 2008

Die Verkehrserhebungen im Rahmen der Verkehrsentwicklungsplanung Baden-Baden wurden am Donnerstag, den 03. Juli (Verkehrszählungen) und Dienstag, den 08. Juli 2008 (Verkehrsbefragungen) durchgeführt.

Da insbesondere am Dienstag, den 08. Juli 2008 das Wetter regnerisch und kühl war, ist zunächst davon auszugehen, dass dadurch typische Ausflugs- und Tagesbesuchsfahrten entfallen. Dies betrifft im Wesentlichen die hierfür maßgebenden Streckenzüge L 78 aus Richtung Bad Herrenalb, L 84a aus Richtung Rebland und die L 79a aus Richtung Gaggenau. Dementsprechend geringer liegen hier die ermittelten Verkehrsmengen.

Einen exemplarischen Vergleich der maßgebenden Querschnittbelastungen der Jahre 1996 und 2008 zeigen die folgenden Tabellen.

Abbildung: Querschnittvergleich 1996/2008 - Außenkordon

B 500 nördlich AS B 3 Sinzheimer Straße	33.000	27.200	121 %
B 500 westlich Europaplatz	36.300	28.100	129 %
B 3 (alt) südwestlich AS B 500 Sinzheimer Straße	32.500	32.800	99 %
Kuppenheimer Straße (südl. L 67 Karlsruher Str.)	26.200	24.400	108 %

Quelle: BS-Ingenieure

Deutlich erkennbar sind die starken Zunahmen auf der B 500 und die Wirkung der neuen B 3 als Umfahrungsmöglichkeit von Sinzheim, die den Zuwachs des allgemeinen Verkehrsaufkommens insoweit kompensieren kann, dass die Verkehrsbelastungen auf der alten B 3 nahezu identisch zu den von 1996 sind.

Die Kuppenheimer Straße am nördlichen Ende von Oos verzeichnet ebenfalls Zunahmen, wobei es sich auch hier um die Überlagerung von 2 Effekten handelt. Einerseits eine Erhöhung des allgemeinen Verkehrsaufkommens und andererseits eine Abnahme durch die neue B 3 Umfahrung Sandweier. Per Saldo ergibt sich an dieser Stelle immer noch ein Zuwachs.

Abbildung: Querschnittvergleich 1996/2008 -

Schnittstelle Außen-/Innenkordon

B 500 Oostalbrücke	29.400	25.300	116 %
Rheinstraße (Höhe Oostalbrücke)	16.900	17.000	0 %
Schwarzwaldstraße (südlich Oostalbrücke)	12.700	10.500	121 %
Balger Straße	11.200	12.400	90 %
L 84a Fremersbergstraße (westl. Katzensteinstr.)	7.800	10.800	72 %
B 500 Geroldsau (Brahmsplatz)	7.000	9.600	73 %
L 78 Beuerner Straße (östlich Lichtental)	7.100	9.900	72 %
L 79a Rotenbachtalstraße (südl. Ebersteinburg)	11.200	12.600	89 %
Summe Außenkordon	103.000	108.100	95 %

Quelle: BS-Ingenieure

Die Zu- und Abnahmen erklären sich wie folgt:

- B 500 Oostalbrücke: Deutliche Erhöhung durch Zunahme des allgemeinen Verkehrsaufkommens und Ansiedlung des Fachmarktzentums Cité, obwohl zum Zeitpunkt der Erhebungen 2008 die Leistungsfähigkeit des Abschnittes durch Bauarbeiten eingeschränkt war.
- Rheinstraße: Saldo aus Zu- und Abnahmen ist nahezu Null, da einerseits großräumige Verlagerungen durch die B 3 Umfahrungen Oos und Sandweier auftreten und andererseits Innerortsstraßen wie z. B. die Ooser Hauptstraße durch geeignete Maßnahmen unattraktiv gemacht wurden.
- Schwarzwaldstraße: Deutliche Zunahmen im allgemeinen Verkehrsaufkommen und zusätzlicher Verkehr durch Fachmarktzentrum Cité.
- Balger Straße: Abnahme der Verkehrsmengen durch die Umfahrung Sandweier/B33 neu und neuen Anschluss an die BAB 5, dadurch auch Abnahmen auf dem Herrenpfädel.
- Fremersbergstraße: Deutliche Abnahme durch witterungsbedingtes Ausbleiben des Ausflugsverkehrs.
- B 500 Geroldsau: Ebenfalls deutliche Abnahme durch witterungsbedingtes Ausbleiben des Ausflugsverkehrs.
- L 78a Lichtental und L 79a Rotenbachtalstraße: Wie B 500 Geroldsau und Fremersbergstraße.

Tabelle: Querschnittvergleich 1996/2008 – Innenstadt (Innenkordon)

Bertholdstraße südlich Bertholdplatz	11.800	11.600	102 %
Lichtentaler Straße östlich Bertholdplatz	18.000	16.900	107 %
Lichtentaler Straße nördlich Stephaniestr.	4.100	4.200	98 %
Stephanielstraße nördlich Merkurstraße	7.200	6.400	113 %
Sophienstraße westlich Stephanielstraße	3.200	2.600	123 %
Sophienstraße östlich Stephanielstraße	8.300	7.500	111 %
Vincentstraße	2.000	1.400	143 %
Bernhardstraße	2.400	1.800	133 %
Lange Straße östlich Leopoldstraße	18.600	18.200	102 %
Leopoldstraße nördlich Lange Straße	6.700	5.500	122 %
Lange Str. östlich Robert-Schumann-Platz	10.500	10.000	105 %
Waldseestraße südlich B 500	7.200	6.000	120 %
Michaelstunnel (B 500)	21.000	20.500	102 %
Lange Straße östlich Rheinstraße	28.000	26.300	106 %
Balzenbergstraße östlich Rheinstraße	4.100	3.400	121 %
B 500 westlich Fürstenbergallee	37.200	34.700	107 %
Rheinstraße östlich Gutenbergstraße	19.200	17.000	113 %
Gutenbergstraße südlich Rheinstraße	3.500	4.300	81 %
Murgstraße südlich Rheinstraße	7.300	6.500	112 %
Joseph-Vollmer-Brücke südlich B 500	3.800	3.500	109 %
Schwarzwaldstraße westlich Kinzigstraße	12.700	10.500	121 %
Kinzigstraße	5.100	5.000	102 %
Rheinstraße westlich Balger Straße	16.900	14.800	114 %
Ooser Bahnhofstr. nördlich Ooser Hauptstr.	14.200	12.900	110 %
Ooser Hauptstr. westlich Ooser Bahnhofstr.	16.700	17.700	94 %
Kuppenheimer Straße südlich L 67	23.000	24.400	94 %

Quelle: BS-Ingenieure

Gut zu erkennen ist, dass der Verkehr in den vergangenen 10 Jahren nahezu an allen maßgebenden Querschnitten, z. T. beträchtlich, zugenommen hat. Die 1996 für das Jahr 2010 prognostizierten Erhöhungen z. B. auf der Rheinstraße zwischen Murg- und Gutenbergstraße von ca. 20.500 Kfz/24 h werden mit ca. 21.200 Kfz/24 h bereits heute überschritten. Generell ist entlang und im Bereich der Rheinstraße eine Steigerung der Verkehrsmengen zu verzeichnen.

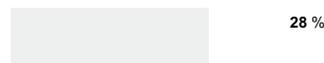
Eindeutig Wirkung erzielt haben die Maßnahmen im Bereich der Ooser Hauptstraße, wo Verkehr in Richtung Ooser Bahnhofstraße verlagert hat. Auch hier ist jedoch neben der Steigerung im Allgemeinen Verkehrsaufkommen die Wirkung der neuen B 3 Umfahrung Sandweier zu betrachten, die zu einer leichten Entlastung des Ooser Kernbereichs geführt haben. Indiz hierfür sind die Mehrbelastungen der Kuppenheimer Straße nördlich von Oos, die mittlerweile einen verbesserten Anschluss an die BAB A 5 bietet.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Verkehrs-

mengen seit den letzten Erhebungen im Jahr 1996 z. T. deutlich zugenommen haben. Dies ist zum einen auf den zunehmenden Allgemeinen Verkehr (Einwohner, Arbeitsplätze, Motorisierungsgrad, Fahrleistungen) und zum anderen auf eine Verdichtung des Freizeit und Veranstaltungsangebots zurückzuführen. Abschnittsweise konnten diese Zunahmen über andere Maßnahmen, hier ist vornehmlich die B 3 Umfahrung im Westen zu nennen, kompensiert werden. Prognoseergebnisse für 2010 wurden teilweise erreicht bzw. überschritten. Insgesamt war festzustellen, dass aufgrund der schlechten Witterungsbedingungen an den Erhebungstagen der sonst üblich Ausflugs- und Tagesgästeverkehr ausblieb. Und dennoch stellten sich im Innenkordon und am Westlichen Außenkordon spürbare Verkehrszuwächse ein.

Modal-Split -Anteile

Abbildung: Modal Split



Quelle: BS-Ingenieure

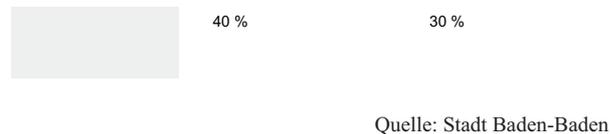
Die Werte des Modal Split für das Jahr 2008 liegen derzeit noch nicht vor, es ist jedoch davon auszugehen, dass keine wesentliche Veränderung bei den Anteilen der einzelnen Verkehrsträger stattgefunden hat.

Der Verkehr einer Stadt wird durch räumliche, zeitliche und soziale Faktoren bestimmt. Diese äußern sich im Verkehrsverhalten der Bevölkerung, beeinflussen das Verkehrsaufkommen und sind Ausdruck der Mobilität. Die Mobilität einer Bevölkerung ist die Gesamtheit aller ihrer Ortsveränderungen, die einem bestimmten Zweck (z. B. Wege zur Arbeit, zum Einkaufen) dienen und mit verschiedenen Verkehrsmitteln (Pkw, Fuß, Rad) zurückgelegt werden können. Das Verhältnis der Gesamtzahl der mit den jeweiligen Verkehrsmitteln getätigten Wege zueinander wird als Modal-Split bezeichnet.

Fahrzweck

Bei den durchgeführten Verkehrsbefragungen, die dazu dienen, den Anteil des Ziel-, Quell- und Durchgangsverkehrs zu bestimmen, wurden auch die einzelnen Fahrtzwecke erhoben.

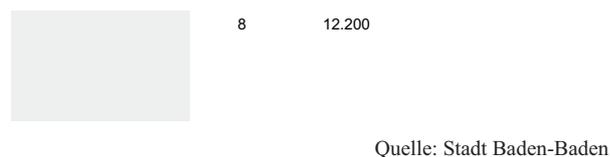
Abbildung: Fahrzweck*



*Für 2008 Ergänzung im Rahmen der Klausurtagung

1996 hatte der Binnenverkehr einen Anteil von 34 %, der Quell- und Zielverkehr von 58 % und der Durchgangsverkehr lediglich von 8 %. Die Zahlen für 2008 sind zum Vergleich in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt:

Abbildung: Verkehrsart



Auch bei den Fahrtzwecken und Verkehrsarten liegen im Moment noch keine präzisen Ergebnisse vor. Aufgrund der Verbesserungen im Verkaufsflächenangebot, insbesondere durch das Fachmarktzentrum Cité und die Verdichtung des Veranstaltungskalenders, ist zu erwarten,

dass sich leichte Verschiebungen der Gewichte in Richtung Einkaufen/Freizeit ergeben werden. Bei den Verkehrsarten ist davon auszugehen, dass Binnen- sowie Quell- und Zielverkehr in stärkerem Maße zugenommen haben, als diese beim Durchgangsverkehr der Fall ist.

Stadtteile

Mit der Inbetriebnahme der B 3 neu Umgehungen Oos (März 2002) und Sandweier (April 2008) ergeben sich für die Stadtteile Oos, Sandweier und Haueneberstein Verkehrsreduzierungen zwischen rund 40 und 60 %. Die Ortsdurchfahrt der B 3 alt (Sandweierer Straße) in Sandweier wies zuletzt (2007) eine Verkehrsbelastung zwischen rund 11.400 und rund 12.900 Kfz/24h (im nördlichen bzw. südlichen Bereich) auf, die Ortsdurchfahrt der L 67 (Karlsruher Straße) zuletzt zwischen 10.600 und 14.300 Kfz/24h (im nördlichen bzw. südlichen Bereich). Mit der Eröffnung der B 3 neu Umgehung Sandweier im April 2008 sind aufgrund der Verkehrsprognosen, die im Zusammenhang mit dem Planfeststellungsverfahren aufgestellt wurden, deutliche Entlastungen in den Ortsdurchfahrten zu erwarten. Mit dem im Herbst d. J. erwarteten Anschluss der Julius-Redel-Straße an die B 3 neu ergibt sich für die Gewerbegebiete Aschmatt-Sellmatt und insbesondere Wörnersangewand gute Anbindungsmöglichkeiten an das übergeordnete Verkehrsnetz bis hin zum neuen BAB-Anschluss Rastatt-Süd, ohne Wohnbebauungen zu tangieren.

Im Rebland bestimmt die Diskussion einer Entlastungsstraße entweder entlang des Mührichgrabens bis zum Ortsausgang Steinbach oder eine sog. Grünbachtalvariante, die oberhalb Varnhalts in Höhe des Sportplatzes an die L 84a anbindet und die Verbindung jeweils zur B 3 herstellt. Außerdem werden der B3 Lückenschluss Steinbach-Sinzheim und die Optimierung der „Karcher Kreuzung“ (B3 alt / K9608) diskutiert.

Öffentlicher Personennachverkehr

Die Stadt Baden-Baden hat über den im Jahre 2005 modernisierten Bahnhof im Stadtteil Oos, der an der wichtigen von Norden nach Süden verlaufenden Ausbau- und Neubaustrecke Karlsruhe – Basel der Deutschen Bahn AG liegt, Anschluss an das IC – und ICE – Netz. Diese sog. Rheintalbahn wurde in den letzten Jahren für den schnellen Fernverkehr sowie für den Nahverkehr im Abschnitt Baden-Baden – Bühl – Achern viergleisig ausgebaut.

Mit dem Ausbau wurden Ende 2004 auch die beiden

Stadtbahnhaltepunkte in Haueneberstein und im Rebland (Steinbach) in Betrieb genommen, die von der Stadtbahnlinie S4 (Heilbronn-Karlsruhe-Baden-Baden) bedient werden. Diese Linie wurde zum selben Zeitpunkt bis Achern verlängert. Die Fahrzeit vom Bahnhof Baden-Baden zum Karlsruher Hauptbahnhof beträgt rund 33 Minuten, zum Bahnhof Achern 20 Minuten. Die Stadtbahnhaltepunkte Steinbach und Haueneberstein werden (unabhängig von immer wieder auftretenden Vandalismusschäden) gut angenommen.

Der innerstädtische Verkehr sowie mit den angrenzenden Nachbarorten (Gaggenau, Bühl, Sinzheim, Baden-Airpark) wird über das gut abgestimmte und vertaktete Bussystem der Baden-Baden-Linie abgewickelt, das einen Anteil von rund 13 % (1996) bzw. % (2008) an den Gesamtwegen im Binnenverkehr von Baden-Baden hat. Erwähnenswert hierbei ist der parallele Verlauf nahezu aller Buslinien zwischen dem Zentralen Omnibusbahnhof am Bahnhof Baden-Baden und der Stadtmitte. Dies hat zur Folge, dass die Umsteigevorgänge weitgehendst minimiert werden konnten und bei einem Anteil von weniger als 5 % liegen. Insbesondere die am meisten frequentierte Linie 201, die sogenannte Tallinie, pendelt mit Gelenkbussen entlang dieser Achse, die meisten anderen Linien verknüpfen die Talachse mit jeweils einem Seitental, den Außenstadtteilen sowie den umliegenden Städten und Gemeinden.

Seit 1996 konnten umfangreiche Maßnahmen im Busbereich durchgeführt werden. So wurde eine Busbeschleunigung mit Vorrangschaltung an allen wichtigen Lichtsignalanlagen umgesetzt, Bushaltestellen wurden mit Kasseler Sonderbord (erhöhter Bahnsteig) zum komfortableren und schnelleren Ein- und Ausstieg und seit einigen Jahren sehbehindertengerecht aus- bzw. umgebaut. Darüber hinaus wurden städtische Linien in Nachbargemeinden bzw. in Städte des Landkreises in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Rastatt verlängert. Außerdem konnte die Angebotsqualität mit dem Neubau des Zentralen Omnibusbahnhofs (2001) im dortigen Bereich erheblich verbessert werden.

Zuletzt konnte die Baden-Baden-Linie rund 10 Millionen Fahrgäste pro Jahr befördern. Diese Zahl soll möglichst noch erhöht werden, wozu gestiegene Kraftstoffpreise immer mehr Pkw-Benutzer veranlassen, auf den ÖPNV umzusteigen, womit gute Voraussetzungen für eine Fahrgasterhöhung gegeben sind. Damit wird aber früher oder später die Kapazität der Busflotte an ihre Grenzen stoßen, womit Überlegungen angestellt werden müssen, ob nicht auf ein anderes oder zusätzliches System, das diese Bedingungen erfüllt, umgestiegen werden muss. Hier bietet eine Straßenbahn oder Stadtbahn mehr Platzkapazität und mehr Komfort als der Bus; außerdem kann sie einen weiteren Kunden- und Nutzerkreis (z.

B. Besucher des Festspielhauses, Gäste und Besucher aus der Region, insbesondere Karlsruhe) erschließen. Auch wenn der Gemeinderat im Jahre 1999 das Projekt „Stadtbahnverbindung vom Bahnhof Baden-Baden in die Innenstadt“ abgelehnt hat, so bleibt es als Option im Nahverkehrsentwicklungsplan weiterhin enthalten.

Zur Verbesserung des Betriebsablaufes soll die Installation eines rechnergesteuerten Betriebsleitsystems (RBL) in Angriff genommen werden. Außerdem verbunden damit soll zur Verbesserung der Kundeninformation die Einrichtung eines dynamischen Fahrgastinformationssystems untersucht werden, damit die tatsächlichen Ankunftszeiten der Busse an den wichtigsten Haltestellen angezeigt werden können.

Eine genaue Analyse der Nachfrage im Öffentlichen Personennahverkehr kann mit Vorlage der Ergebnisse aus den Fahrgasterhebungen 2008 vorgelegt werden.

Parkplatzsituation in der Innenstadt

Ausgangssituation

Das heutige Angebot an Stellplätzen in den Tiefgaragen und Parkhäusern beläuft sich auf insgesamt etwa 3.200 Stellplätze (ohne Garage Falkenstraße), die sich wie folgt auf die einzelnen Parkierungseinrichtungen aufteilen:

Abbildung: Garagenstellplatzanzahl

	Stellplatzanzahl
Festspielhausgarage	553
Galerie Wagener	450
Kurparkgarage	573
Vincentigarage	382
Congresshausgarage	406
City-Garage	410
Garage Brenner's Parkhotel	240
Bäder-Garage	225
Garage Falkenstraße	125 (nur Dauerparker)

Quelle: Stadt Baden-Baden

Zu diesen Stellplätzen in Tiefgaragen und Parkhäusern kommen etwa 350 oberirdische Parkplätze hinzu, die in

der Regel bewirtschaftet sind. Damit stehen den Besuchern und Gästen der Stadt Baden-Baden im Wesentlichen ca. 3.550 öffentliche Stellplätze zur Verfügung. Wie Erhebungen Ende der 1990er Jahre ergeben haben, lag die Auslastung der Tiefgaragen und Parkhäuser im Mittel bei gut 40 %.

Als letzter Neubau einer Tiefgarage wurde die Tiefgarage am Alten Bahnhof (heute: Festspielhaus-Garage) im Jahre 1989 / 1990 in Betrieb genommen. Außer einigen wenigen Erweiterungen (Kurhaus-Tiefgarage, Parkhaus Horten (heute: Galerie Wagener), Brenner's Parkhotel) zu Beginn der 1990er Jahre sind keine weiteren Garagenstellplätze in der Innenstadt bereitgestellt worden. Vielmehr wurde die bestehende Kongress-Tiefgarage (ca. 89 Stellplätze) im Kongresshausgebäude beim Umbau Anfang / Mitte der 1990er Jahre zugunsten einer größeren Lager- oder Ausstellungsfläche ersatzlos aufgegeben und die Tiefgarage am Augustaplatz in Congresshaus - Garage umbenannt.

Neben einigen wenigen (kleineren) privaten Parkierungsanlagen war angedacht, im Rahmen der städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen in der Altstadt und in der Neustadt im Innenstadtbereich sogenannte Quartiersgaragen zu bauen. Dies scheiterte letztendlich daran, dass sowohl den öffentlichen wie den privaten Geldgebern das finanzielle Risiko zu hoch erschien. Darüber hinaus war auch der Bau weiterer öffentlicher Tiefgaragen (wie z. B. unter dem Gausplatz oder unter dem Ludwig-Wilhelm-Platz und der Ludwig-Wilhelm-Straße) vorgesehen, die aber bis zur Eröffnung des Michaelstunnels im Dezember 1989 (aus zeitlichen, aber wohl mehr aus finanziellen Erwägungen heraus) nicht mehr realisiert wurden.

Heutige Situation

In den vergangenen Jahren wurden zunehmend publikumswirksame und publikumsintensive Veranstaltungen mit hervorragender Qualität sowie vielfältige kulturelle und gesellschaftliche Angebote in die Innenstadt hineingezogen. Mit der Erweiterung und dem Umbau des Kongresshauses Mitte der 1990er Jahre wurden im Kongresswesen mehr Kapazitäten zur Verfügung gestellt, die heute dem Haus zu einer höheren Auslastung verhelfen. Die Eröffnung des Festspielhauses mit seinen rund 2.500 Sitzplätzen im Jahre 1998 brachte nach zögerlichem Start inzwischen eine Auslastung von rund 85 %, nicht zuletzt dank der im Gegensatz zur ursprünglichen Konzeption immer weiter ausgedehnten Veranstaltungsreihen. Nicht zuletzt trug auch das neu erbaute Museum Frieder Burda in der Lichtentaler Allee dazu bei, dass neben der besonderen Architektur und

der Sammlung Frieder Burda insbesondere Sonderausstellungen (wie z. B. der Chagall – Ausstellung im Jahr 2006) Besucherströme in die Innenstadt zieht.

Neben weiteren attraktiven Veranstaltungen (wie z. B. der Christkindlesmarkt in den Kolonnaden, Eistreff am Augustaplatz) werden mit dem Ausbau des Gebäudes des Internationalen Clubs in unmittelbarer Nachbarschaft zur Kunsthalle in der Lichtentaler Allee zu einem Museum mit Kongresssälen weitere Kapazitäten bereitgestellt, die zusätzlich Besucher und Gäste in die Innenstadt locken werden. Im Gegenzug wurden zu all diesen zusätzlichen publikumsanziehenden Institutionen und Einrichtungen keine weiteren Garagen-Stellplätze geschaffen. Vielmehr werden vorhandene öffentliche Stellplatzkapazitäten bei Veranstaltungen der Öffentlichkeit entzogen. So wird bei Veranstaltungen im Festspielhaus die Tiefgarage nur den Besuchern des Festspielhauses vorbehalten, womit an Veranstaltungstagen rund 550 Stellplätze für andere Aktivitäten fehlen. Sollte der Stellplatzbedarf darüber hinaus nicht ausreichen, werden weitere Stellplatzkapazitäten bei großen Veranstaltungen im Festspielhaus im Parkhaus Wagener und in der Kurhaus-Tiefgarage gebunden. Hier sollte wie bereits mehrfach angedacht, ein eigenes Parkhaus nur für Besucher des Festspielhauses bereitgestellt werden. Als mögliche Standorte war das ehemalige Opel-Grundstück (jetzt Wagener) an der Lange Straße oder direkt hinter dem Festspielhaus Am Alten Bahnhof im Gespräch. Auch mit dem Bau des Museums Frieder Burda wurden keine weiteren Stellplätze geschaffen. Vielmehr wird der Besucher mit der KFZ - Wegweisung in die Congresshaus - Tiefgarage am Augustaplatz geleitet.

Überlagern sich dann Ereignisse wie größere Kongresse, Sonderausstellungen in Museen und verkaufsoffene Sonntage, so reichen die vorhandenen Stellplatzkapazitäten nicht aus.

Die damalige Zielsetzung war, mit dem Bau von Parkhäusern oder Tiefgaragen am Rande der Innenstadt unnötigen Individualverkehr in der Innenstadt zu vermeiden und trotzdem die Innenstadt bequem fußläufig erreichbar zu gestalten. Mit dem Bau der Tiefgaragen und Parkhäuser Vincenti, Augustaplatz und Alter Bahnhof ist dieses Konzept umgesetzt worden und hat in den Anfangsjahren auch gut funktioniert. Erst mit der zunehmenden Zahl von Veranstaltungen, Großereignissen und Attraktionen sowie deren bessere Auslastung in der Innenstadt ergaben sich an Spitzentagen zunehmend Engpässe in den zur Verfügung stehenden Stellplatzkapazitäten.

Lag die Auslastung der Tiefgaragen und Parkhäuser in den 1990er Jahren wie oben erwähnt im Mittel noch bei gut 40 %, so erfolgte in jüngster Zeit eine wesentliche

Steigerung der Pkw - Einstellungen wie anhand der Erhebungen der Parkgaragengesellschaft festzustellen ist. Die Auslastung der einzelnen Tiefgaragen und Parkhäuser beträgt werktags, für die drei am besten ausgelasteten Garagen (Kongresshaus, Kurpark- und Vincentgarage), ca. 75 %, an Wochenenden 90 – 100 %.

Lösungsansätze für kurzfristig umzusetzende Maßnahmen können die Installierung eines dynamischen Parkleitsystems mit Anzeige der freien Stellplätze (aber integriert in die Begriffe der Kfz- und Wechselverkehrszeichen-Wegweisung), die Anbindung der City-Garage am Augustaplatz an das Parkleitsystem, und eine bessere Erkennbarkeit bei Reservierung der Festspielhaus-Garage bei Veranstaltungen genannt werden. Mittelfristig sind das Bereitstellen zusätzlichen Parkraums (z. B. an der Schlossbergtangente, Vogel-Hartweg-Gelände, Wörthböschel), die Nutzung der Stellplatzkapazitäten am Wochenende am Bahnhof ins Oos und im Gewerbegebiet Oos-West und / oder die Einrichtung von Park – and – Ride – Parkplätzen im Bestand und die Installierung einer elektronischen Hinweisbeschilderung auf der Hauptzufahrtsroute über die B 500 zu den Park – and – Ride – Parkplätzen anzustreben. Als längerfristige Maßnahmen wären der Ausbau der Park – and - Ride – Kapazitäten durch die Errichtung eines zentralen großen Parkhauses z. B. am Bahnhof Baden-Baden, im Gewerbegebiet Oos-West oder im Wörthböschel, die Erweiterung vorhandener Garagen, der Neubau von weiteren Tiefgaragen in der Innenstadt und / oder die Verlängerung der Stadtbahn vom Bahnhof Baden-Baden in die Innenstadt (Augustaplatz oder Betriebshof der BBL) zu nennen.

Tarife

Eine Erhöhung der Parktarife ist für das Jahr 2009 angedacht. Es werden Überlegungen angestellt, in welchem Maße die Tarife angehoben werden können, gleichzeitig sollen damit Strukturveränderungen einhergehen. Darunter sind Maßnahmen zu verstehen, welche über den Preis Parksuchverkehr möglichst verhindern oder umleiten können. Dies soll sowohl im Bereich der Kurz- als auch im Bereich der Dauerparker umgesetzt werden. Dabei gilt aber als oberste Zielsetzung, für die Tiefgaragen und Parkhäuser in der Innenstadt eine nutzerfreundliche Tarifgestaltung anzustreben, die zugleich den Einkauf im Zentrum attraktiv und kundenfreundlich erscheinen lässt.

Oberirdische Stellplätze

Im Jahr 2005 wurde, im Rahmen einer Suchschleife, dem innerstädtischen Einzelhandel eine Vielzahl an

möglichen öffentlichen Stellplätzen im Straßenraum angeboten. Nach mehrfachen Gesprächen stimmten die Einzelhändler schließlich etwa 20 zusätzlichen oberirdischen Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum zu, die seitens der Parkgaragengesellschaft bewirtschaftet werden. Insbesondere in der Luisenstraße in der Nähe des Hindenburgplatzes und in der Rettigstraße konnten so etliche Stellplätze zur Verfügung gestellt werden.

Als Folge daraus ergibt sich:

- Die Parkieranlagen in der Innenstadt sind insbesondere an den Wochenenden überfüllt. Es ist ein steigender Bedarf an Flächen für den ruhenden Verkehr festzustellen.
- Es kommt gehäuft zu ordnungswidrigem Parken im gesamten Innenstadtbereich.
- Sicherheitsprobleme entstehen durch das Zuparken von Freihaltezonen.
- Staus führen zu Behinderungen / Verzögerungen beim ÖPNV und zu einer Überlastung der Lange Straße

Die Parkplätze in der Rettigstraße sind inzwischen wieder weggefallen, am Schweigrother Platz wurde ein Parkplatz für Dauerparker eingerichtet, der allerdings schlecht ausgelastet ist. Der Parkplatz am Klosterplatz erwirtschaftet nicht die Pacht, welche an das Kloster gezahlt werden muss, ist aber städtebaulich in diesem Bereich unentbehrlich (sonst keine Parkflächen in diesem Bereich vorhanden). Wegfallen sollten die zwei Stellplätze in der Gernsbacher Straße (Metzgerei Vogt), da diese verkehrsbehindernd sind und nur unnötigen Suchverkehr in einen verkehrsberuhigten Bereich hineinlocken.

Überwachung

Die Überwachung der oberirdischen Stellplätze erfolgt aufgrund der Rechtslage durch den Gemeindlichen Vollzugsdienst.

Busparkplätze

Zu Beginn der 1990er Jahre wurde an der Eisenbahnstraße ein neuer Busparkplatz für Reisebusse mit Tagesgästen eingerichtet, der zwischenzeitlich bewirtschaftet wird. An Spitzentagen reichen die Kapazitäten nicht immer aus, so dass als Ausweichplätze das Aumattstadion

und der Waldseeplatz ausgewiesen sind.

Die Innenstadt selbst ist für Reisebusse gesperrt. Im Jahr werden knapp über 2.000 Sondergenehmigungen durch die BBT (Baden-Baden Kur & Tourismus GmbH (früher durch das Fachgebiet Öffentliche Ordnung)) für Reisebusse erteilt, die als Ziel das Museum Frieder Burda, Veranstaltungen im Kurhaus oder im Kongresshaus und die in der Innenstadt gelegenen Hotels angeben. Nicht erfasst sind Reisebusse, die zum Festspielhaus, zur Caracalla Therme und zur Bergbahnstation am Merkur fahren.

Die zeitliche Verteilung der erteilten Sondergenehmigungen erstreckt sich mit rund 80 % auf die Monate Mai bis September, rund 10 % auf den Monat Dezember (Christkindlesmarkt) und die übrigen 10 % auf die Monate Januar bis April sowie Oktober und November.

Bewohnerparken

Aufgrund verschiedener Anträge wurden Mitte bis Ende der 1990er Jahre in verschiedenen Bereichen der Stadt Untersuchungen zur Einführung des Bewohnerparkens durchgeführt, die zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt haben. In manchen Bereichen konnte das Bewohnerparken verwirklicht werden (z. B. Bereich Balzenbergstraße, Bereich Mozartstraße bis Hindenburgplatz, Bereich Werder- / Solmsstraße, Stephaniestraße, Schlossberg, Rheinstraße), in anderen Bereichen wurden die heranzuziehenden Kriterien nicht erfüllt.

Voraussetzung für die Einrichtung von Bewohnerparken sind die Beachtung gesetzlicher Vorgaben sowie detaillierte verkehrstechnische Untersuchungen zu Parkraumangebot, tageszeitlichen Nutzungsanforderungen und Erreichbarkeiten in einem bestimmten abgegrenzten Raum, die gewissen Spielregeln unterliegen, notwendig. Häufig entstehen im öffentlichen Raum auch dort Parkprobleme, wo in Wohnquartieren Villen oder große Einfamilienhäuser in mehrere Eigentumswohnungen umgewandelt werden und der Stellplatzbedarf auf dem Grundstück nicht mehr gedeckt werden kann.

Verkehrsleitsystem

KFZ - Wegweisung

Die derzeitige Kfz-Wegweisung wurde nach Eröffnung des Michaelstunnels überarbeitet und im Jahre 1991 installiert. Aufgrund verschiedener Anforderungen und Ergänzungen wurde sie zunehmend unübersichtlich.

Hauptgrund hierfür sind die Unterteilung der Innenstadt in verschiedene Zentrumsbegriffe und zu viele Zielangaben. Die Verkehrsteilnehmer sind nicht in der Lage, alle Ziele zu erfassen.

Zudem wird die maximale Anzahl der Zielangaben pro Richtung nach den Richtlinien und Empfehlungen für die Wegweisung zum Teil bei weitem überschritten.

Eine neue Kfz-Wegweisung muss daher eine begrenzte begriffliche Zielauswahl, prägnante Begriffe und genaue Zielangaben aufweisen und den entsprechenden Vorgaben der RWB (Richtlinien für die wegweisende Beschilderung) entsprechen.

WVz –Wegweiser

Die Wegweiser innerhalb der Wechselverkehrszeichen sind Bestandteil der Kfz - Wegweisung, deren Zielangaben in die Kfz - Wegweisung integriert sind. Sie dienen bei Sperrung des Michaelstunnels zur Zielführung über die ausgewiesene Umleitungsstrecke U 1 (Waldsee-, Katzenstein-, Fremersberg- und Bertholdstraße) in beiden Fahrtrichtungen.

Aufgrund ihres Alters (rund 19 Jahre seit der Eröffnung des Michaelstunnels im Dezember 1989) sind sie sehr störanfällig und können ihrer Aufgabe nur noch ungenügend gerecht werden. Eine Erneuerung ist daher auch aus Sicherheitsgründen bei Sperrung des Michaelstunnels unumgänglich.

Parkleitsystem

Das Parkleitsystem ist begrifflich an die Kfz-Wegweisung und insoweit auch an die Wechselverkehrszeichen angebunden. Es bietet aufgrund seines halbdynamischen Systems nur eine frei - / besetzt Anzeige, die nicht in der Lage ist, die Verkehrsströme so zu lenken, dass gezielt die Parkhäuser angefahren werden, die noch die meiste Stellplatzkapazität bieten. Es ist daher notwendig, alle Parkgaragen in der Innenstadt (auch die (noch private) City-Garage am Augustaplatz) miteinander zu vernetzen und an das Parkleitsystem anzubinden.

Vor einigen Jahren wurde die Überwachung der Garagen zentralisiert und ist nur noch in der Kurparkgarage personell besetzt.

Hotelleitsystem

Das jetzt bestehende Hotelleitsystem wurde im Jahre

1990 nach der Eröffnung des Michaelstunnels installiert. Durch Ergänzungen und aufgrund von Forderungen einzelner Hotels wurde es mit der Zeit zunehmend unübersichtlich und weist ähnlich wie die Kfz-Wegweisung an etlichen Standorten zu viele Zielangaben auf, die vom Verkehrsteilnehmer nicht mehr erfasst werden können.

Generell sollte die Aufteilung des Hotelleitsystems in verschiedene Routen überprüft werden und die Anfang / Mitte der 1990er Jahre gebaute Tourist-Information am Zubringer (B 500, Joseph-Vollmer-Brücke) stärker in das Bewusstsein der anreisenden Gäste und Besucher der Stadt gerückt werden.

Fußgängerleitsystem

Das Fußgängerleitsystem als Ergänzung zu den bereits vorhandenen Leitsystemen für den motorisierten Verkehr wurde Ende der 1990er Jahre installiert. Es hat sich bis heute bestens bewährt. Allerdings bietet es durch verschiedene Änderungen und Ergänzungen kein einheitliches Erscheinungsbild mehr und weist an manchen Standorten bereits zu viele Zielangaben auf.

Radverkehr

Aufgrund der topographischen Lage Baden-Badens hat die Stadt nur teilweise gute Voraussetzungen für den Radverkehr aufzuweisen. Ebenes Gelände bietet nur die Tallage entlang der Oos und die Stadtteile in der Rheinebene. Im übrigen Stadtgebiet sind mehr oder weniger große Steigungen in Kauf zu nehmen.

Das derzeit vorhandene Radwegenetz erstreckt sich entlang des Oostals fast durchgängig vom Bahnhof Baden-Baden bis nach Lichtental, das direkte Zentrum wird dabei über Lichtentaler Allee und Kaiserallee umfahren. Stellenweise müssen Radfahrer und Fußgänger aufgrund von Engstellen auf gemeinsame Rad- und Gehwege gelenkt werden, was in manchen Fällen zu Konflikten führt.

Längerfristig ist ein zusammenhängendes Radwegenetz anzustreben, das auch die Nebenäste wie Schwarzwaldstraße, Cité oder Weststadt anbindet. Zur Verknüpfung des Radverkehrs mit dem ÖPNV sind sog. Bike-and-Ride – Plätze an wichtigen Haltestellen einzurichten, die überdacht, beleuchtet und gut einsehbar sein sollten.

An den zentralen Punkten in der Innenstadt sowie in den anderen Hauptgeschäftszentren werden derzeit kleinere Abstellanlagen eingerichtet, um das Verkehrsmittel

Fahrrad auch für Fahrten zum Einkaufen oder Besorgungen attraktiv zu machen.

Wesentliche Bestandteile eines Radwegenetzes sind die Kennzeichnung der Radwege durch Beschilderung und Hinweisen auf den Radwegen selbst (Fahrradsymbole) sowie die Zielwegführung der Radfahrer mit Kennzeichnung der Hauptverbindungen und Entfernungsangaben.

Das Mountainbikenetz im Baden-Badener Stadtwald wird 2008 planerisch und baulich geschlossen und auf das Netz der Nachbarkommunen abgestimmt.

Fußgängerverkehr

Aufgrund einer attraktiven Fußgängerzone im Zentrum sowie durch fußgängerfreundliche Maßnahmen im weiteren Innenstadtbereich hat Baden-Baden bereits in der Vergangenheit den Fußgängerverkehr gefördert. Dies zeigt nicht zuletzt der hohe Anteil am Binnenverkehr mit rund 28 % (VEP 1998), der damit nach dem Individualverkehr (46 %) an zweiter Stelle an den zurückgelegten Wegen im Binnenverkehr (Modal Split) liegt, noch vor dem ÖPNV mit 13 %.

Bereiche mit hohem Fußgängeraufkommen wirken attraktiv und belebend, während Straßen ohne Fußgängerverkehr öde und teilweise abweisend wirken. Dies gilt insbesondere für Innenstädte und Einkaufsbereiche. Aber gerade hier treffen die verschiedenen Verkehrsarten mit ihren unterschiedlichen Flächenansprüchen im Straßenraum verstärkt aufeinander. Die Aufenthaltsqualität für Fußgänger auch in den Stadtteilzentren ist zu verbessern.

Eine Steigerung der Attraktivität der Fußgängerzone außerhalb der offiziellen Andienungszeiten kann für die Gäste und Besucher der Stadt nur durch Sperrvorrichtungen an wichtigen Zufahrtsstellen mittels Pollerregelung erreicht werden.

Wichtige Maßnahmen zur Förderung des Fußgängerverkehrs sind in den letzten Jahren begonnen und umgesetzt worden. Hierzu gehören insbesondere die Einrichtung eines umfangreichen Fußgängerleitsystems mit Zielführung auf wichtige kulturelle, kurörtliche oder institutionelle Einrichtungen der Stadt sowie die Sicherung von Fußgängerüberwegen in der Gesamtstadt durch die Verbesserung der Beleuchtungssituation, dem Bau von Querungshilfen oder der Einrichtung von Fußgänger – Lichtsignalanlagen.

Wichtige Maßnahmen in der Fußwegeplanung sind die Beseitigung von noch vorhandenen Barrieren insbeson-

dere das Absenken von Bordsteinen an Einmündungen oder die sehbehindertengerechte Ausstattung an Haltestellen und wichtigen Querungen und Einmündungen.

- Sinzheimer Straße / Schwarzwaldstraße / Güterbahnhofstraße

- Karlsruher Straße / Julius-Redel-Straße

- Umgestaltung des Bertholdplatzes

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Ist es erwünscht, dass der Verkehr grundsätzlich in die Innenstadt gelenkt werden soll?*
- *Sollen weitere Parkhäuser und / oder Tiefgaragen in der Innenstadt (z. B. Ludwig-Wilhelm-Straße / Gausplatz, hinter dem Festspielhaus) gebaut werden?*
- *Soll der Verkehr insbesondere an Wochenenden und bei besonderen Veranstaltungen in Park- und Ride Anlagen vor der Stadt aufgefangen und auf den ÖPNV umgeleitet werden?*
- *Soll die Stadtbahn vom Bahnhof Baden-Baden in die Innenstadt – mit Anbindung Cité, P+R Parkplatz in Höhe Wörthböschel? bis Augustaplatz, evtl. bis zum Betriebsbahnhof der BBL verlängert werden?*

LAUFENDE PROJEKTE

- Städtebauliche Umgestaltung der Rheinstraße zwischen Schulstraße und Kleine Dollenstraße
- Sanierung der Oosbrücken im Bereich Lange Straße / Hindenburgplatz / Kaiserallee mit Umgestaltung und städtebaulicher Aufwertung des Hindenburgplatzes
- Sanierung mit städtebaulicher Aufwertung a) der Lange Straße zwischen Hindenburgplatz und Festspielhaus, b) der Luisenstraße sowie c) der Lichtenalter Straße zwischen Augustaplatz und Bertholdplatz
- Einrichtung von Kreisverkehrsplätzen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit und der Verkehrssicherheit:
 - Rotenbachtalstraße (L79a) / Zähringerstraße (Steighausplatz)

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Gute Erreichbarkeit der Innenstadt als Dienstleistungs-, Kur- und Kongresszentrum im IV und ÖV ist zu gewährleisten. Dies kann durch den Neubau von Tiefgaragen (z.B. hinter Festspielhaus, ehem. Opelgelände (jetzt Wagener), ehemalige Skateranlage/Tennisplätze an der Schlossbergtangente, Vogel-Hartweg-Gelände, Pflutterloch, Gausplatz/Ludwig-Wilhelm-Straße) erreicht werden.
- Ausbau der Park and Ride – Kapazitäten durch:
 - Erweiterung im Bestand und Installierung einer elektronischen Hinweisbeschilderung auf der Hauptzufahrtsroute über die B 500 zu den Park and Ride – Parkplätzen. (z. B. Waldseeplatz, Fachmarktzentrum, Parkhaus InfoScore).
 - Errichtung eines zentralen großen Parkhauses z. B. am Bahnhof Baden-Baden, im Gewerbegebiet Oos-West oder auf einem Gelände im Wörthböschel. Die Lage einer zentralen großen P+R – Anlage macht im Westen der Stadt Sinn, weil der Hauptverkehr aus Richtung BAB 5, B 3 und B 500 in die Stadt (75 bis 80 %) einfährt.
- Neukonzipierung des Verkehrsleitsystems mit richtliniengerechter Zielführung für:
 - die Kfz-Wegweisung
 - die Wegweisung mit Wechselverkehrszeichen in Zusammenhang bei Sperrung des Michaelstunnels
 - des Parkleitsystems mit dynamischer Anzeige (Angabe freier Stellplatzkapazitäten)
 - des Hotelleitsystems
 - des Fußgängerleitsystems
- Verlängerung der Stadtbahn vom Bahnhof in die Innenstadt (Augustaplatz), so dass Besucher aus

dem südlichen und insbesondere aus dem nördlichen Einzugsbereich direkt und ohne umzusteigen in die Innenstadt gelangen können. Die Stadtbahn wird als bequemes und komfortables Beförderungssystem erachtet. Dadurch wird auch die Akzeptanz des öffentlichen Nahverkehrs erhöht.

- Längerfristig ist der Bau einer Osttangente (Verbindung Bertholdplatz / Steighausplatz) sowie der Bau von Quartiersgaragen anzustreben, um die Aufenthalts- und Wohnqualität zu verbessern

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Stadt- und Kurortentwicklungsplan 1974, Zwischenbilanz 1980, Bilanz 1985, Fortschreibung 1987
- Verkehrsentwicklungsplan Baden-Baden, Oktober 1998, PTV-system, Karlsruhe
- Perspektiven für die Stadtentwicklung Baden-Baden einschließlich der Fortschreibung des Stadt- und Kurortentwicklungsplans, 2003
- Nahverkehrsplan 2006, Karlsruher Verkehrsverbund
- Verkehrsentwicklungsplan Baden-Baden, Entwurf 2008, BS-Ingenieure, Ludwigsburg

SCHWERPUNKTE DER DISKUSSION

Die Grenzen der Leistungsfähigkeit sind an Tagen mit publikumsträchtigen Veranstaltungen erreicht. Das städtische Verkehrsnetz und die vorhandenen Parkierungsanlagen bewältigen dieses Verkehrsaufkommen nicht mehr, weitere Projekte (u.a. LA 8, Fabergé, Erweiterung, Kongresshaus) könnten zu einer Steigerung bzw. Anspannung der heutigen Situation führen.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- ruhender Verkehr
 - Verkehrsführung
 - Verkehrsmittelwahl
-

3.13 BILDUNG UND BETREUUNG

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Die demographischen Veränderungen machen sich an den Betreuungs- und Bildungseinrichtungen bereits deutlich bemerkbar. Nach einem kontinuierlichen Anstieg der Kindergarten- und Schülerzahlen bis zur Jahrtausendwende sind seitdem rückläufige Zahlen zum beobachten.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes werden derzeit knapp 1,7 Millionen Schülerinnen und Schüler an den allgemein bildenden und beruflichen Schulen im Land unterrichtet. Die rückläufige Zahl an Geburten dürfte bis 2020 für einen Rückgang der Gesamtschülerzahl um knapp 18 Prozent auf 1,4 Millionen sorgen. An den allgemein bildenden Schulen wurde das Maximum mit mehr als 1,3 Millionen Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2003/2004 erreicht und hält sich bislang annähernd auf diesem Niveau. Hier ist bis 2020 ein Rückgang um 19 Prozent auf knapp 1,1 Millionen zu erwarten. An den Gymnasien ist noch bis zum Schuljahr 2008/2009 von einem Zuwachs auszugehen, während an den anderen Schularten durchgängig mit rückläufigen Schülerzahlen zu rechnen ist. Die beruflichen Schulen verzeichnen gegenwärtig steigende Schülerzahlen. Von ihrem jetzigen Stand von knapp 396.000 dürften diese bis 2008/2009 noch um rund vier Prozent auf 411.000 steigen. Allerdings wird die Entwicklung der Schülerzahl an beruflichen Schulen nicht nur von der demografischen Entwicklung, sondern auch vom Angebot an Ausbildungsplätzen und damit von der konjunkturellen Entwicklung stark beeinflusst.

Neben der quantitativen Schülerentwicklung steht die Frage des Schulsystems und der pädagogischen Konzepte auf der landespolitischen Tagesordnung. Insbesondere die Hauptschule entpuppt sich aufgrund stark sinkender Schülerzahlen und aufgrund ihres schlechten Images als „Sorgenkind“. Alle Reformen hatten bislang keinen durchschlagenden Erfolg. Während der neue Unterricht viele schwächere Schüler überfordert, zieht es die leistungsstärkeren Schüler ungebrochen auf Realschule und Gymnasium. Mit der Bildungsoffensive der Landesregierung Mitte Juli 2008 sollen insbesondere die Hauptschulen gestärkt werden. Die ursprünglich vorgesehene Schließung von bis zu 700 kleinen Hauptschulen wird nicht mehr angestrebt. Die Landesregierung will den Schulträgern die Entscheidung darüber überlassen, ob einzügige Hauptschulen beibehalten werden sollen. Alle Hauptschulen mit mindestens zwei Klassen sollen künftig mit dem Werkrealschulabschluss einen mittleren Bildungsabschluss ermöglichen.

Auch in den Kindergärten entwickeln sich die Zahlen rückläufig. Ende 2005 waren es rund 32.000 Kinder weniger als 2002. Während Ende 2005 in Baden-Württemberg knapp 370.000 Kinder im Kindergartenalter (drei Jahre bis Schulbeginn) lebten, werden es Ende 2010 nur noch rund 330.000 sein. Nach 2010 wird sich aus heutiger Sicht die rückläufige Entwicklung vorübergehend etwas abschwächen. Zwischen 2013 und 2015 wird sich die Zahl der mit Kindergartenplätzen zu versorgenden Kinder bei etwas weniger als 320.000 einpendeln. Durch das Ziel, die Betreuung für unter Dreijährige auszubauen (Betreuungseinrichtungen für 35% der 1-3-Jährigen bis zum Jahr 2013), wird dieser Rückgang allerdings mehr als ausgeglichen.

Unter dem Stichwort „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ steht der Ausbau von ganztägigen Betreuungsangeboten in Schulen schon einige Zeit im Fokus bildungspolitischer Diskussionen. Mit der PISA-Studie hat das Thema einen weiteren Schub erhalten, obwohl die PISA-Ergebnisse keinesfalls zwingend die Einführung von Ganztageschulen erfordern. Das Investitionsprogramm des Bundes „Zukunft Bildung und Betreuung 2003 - 2007 (IZBB)“ hat den Ausbau von Ganztageschulangeboten in Deutschland vorangebracht. Für die Jahre 2003 bis 2007 standen dem Land Baden-Württemberg rund 530 Millionen Euro zur Verfügung. Mittlerweile ist die Zahl der Ganztageschulen in Baden-Württemberg auf über 600 angestiegen.

Zur Verbesserung der Betreuung hat die Bund-Länder-Arbeitsgruppe am 28.8.2007 folgende Maßnahmen beschlossen:

- Bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige bis 2013: insgesamt bundesweit für ein Drittel der unter Dreijährigen, d.h. ca. 750.000 Plätze. Für Baden-Württemberg bedeutet das 75.000 Plätze für unter Dreijährige.
- Einführung eines Rechtsanspruches auf ein Betreuungsangebot für alle Kinder vom vollendeten 1. bis 3. Lebensjahr mit Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014.

In der frühkindlichen Bildung setzt das Land Baden-Württemberg mit dem so genannten Orientierungsplan einen Schwerpunkt. Kindergärten haben demnach nicht nur einen Erziehungs- und Betreuungsauftrag, sondern auch eine zentrale Aufgabe für die frühkindliche Bildung. Der Orientierungsplan soll den Erzieherinnen und Erziehern Impulse zur pädagogischen Begleitung kindlicher Entwicklung zwischen dem dritten und sechsten Lebensjahr bieten, an die Bildungsprozesse vor der Kindergartenzeit anknüpfen und Ausblicke auf die Entwicklung der Bildungsbiografie des Kindes

nach der Kindergartenzeit geben. Verbindlich wird der Orientierungsplan für alle Einrichtungen im Kindergartenjahr 2009/2010. Bis dahin wird der Entwurf des Bildungsplanes in einer dreijährigen Erprobungsphase von Pilotkindergärten unter wissenschaftlicher Begleitung umgesetzt.

Mit dem Programm „Schulreifes Kind“ sollen Kinder mit großem Förderbedarf in Kooperation mit den Grundschulen gezielt gestärkt und gefördert werden. Das Programm setzt dort an, wo der Förderbedarf eines Kindes über die Möglichkeiten des neuen Orientierungsplans für Kindergärten hinausgeht. Entwicklungsverzögerungen sollen somit frühzeitig erkannt und durch gezielte Fördermaßnahmen ausgeglichen werden. Im Schul- bzw. Kindergartenjahr 2007/2008 nahmen insgesamt 245 Modellstandorte mit insgesamt 857 Einrichtungen, davon 592 Kindergärten und 265 Schulen, am Projekt „Schulreifes Kind“ teil.

Eine weitere Maßnahme zur Verbesserung der Betreuung und der Verzahnung von Kindergarten und Schule sind die so genannten „Bildungshäuser“. Zum nächsten Schuljahr 2008/2009 werden insgesamt 33 Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige in Baden-Württemberg eingerichtet.

Folgende Trends zeichnen sich ab:

- Rückgang der Kinder im vorschulischen Bereich, Rückgang der Schülerzahlen
- Differenzierung des Betreuungsangebotes
- Zunahme der Ganztagesbetreuung (Schulen, Kindergärten)
- Weiter steigende Sozialleistungen

Schulen

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Baden-Baden verfügt im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl über ein gut gegliedertes und breites Angebot an Schulen. Auffallend ist, dass Baden-Baden über 5 Gymnasien verfügt, hiervon drei öffentliche Gymnasien in der Trägerschaft der Stadt (das Gymnasium Hohenbaden, das Markgraf-Ludwig-Gymnasium und das Richard-Wagner-Gymnasium) und zwei private Gymnasien (die Klosterschule vom Heiligen Grab und das Pädagogium Baden-Baden). Weitere Besonderheiten im Baden-Badener Bildungsangebot sind die Stulz-von-Ortenberg-Schule am Kinder- und Jugendheim Lichtental,

eine Schule für Erziehungshilfe mit den Bildungsgängen Grund-, Haupt-, Förder- und Realschule, die Europäische Medien- und Eventakademie mit Angeboten der beruflichen Aus- und Weiterbildung auf einem bundesweit einmaligen Campus. Hinzu kommen Angebote weiterer privater Bildungsträger wie beispielsweise die BBS (Baden-Badener Sprachschule), die Bernd-Blindow-Schulen, die Schule für Physiotherapie des IB - Medizinische Akademie und die Europäische Hotelfachschule der SRH-Fachschulen GmbH Baden-Baden sowie die vom badischen Sportbund betriebene südbadische Sportschule in Seibach.

Auch die beiden beruflichen Schulen in der Trägerschaft der Stadt, die Robert-Schuman-Schule (kaufmännische, hauswirtschaftliche, pflegerische und gastronomische Bildungsgänge) und die Louis-Lepoix-Schule (gewerbliche Bildungsgänge) verfügen über Angebote mit Landes- und Bundesfachklassen und tragen dazu bei, dass Baden-Baden mit seinem Bildungsangebot einen weit über die Stadt- und Landesgrenze hinausgehenden Bedeutungsgrad im Bildungswesen verfügt.

Die Stadt Baden-Baden ist Träger von 19 Schulen (ab 2009 von 20 Schulen), hierunter 7 Grundschulen, 4 Grund- und Hauptschulen, eine Hauptschule mit Ganztageszug eine Realschule, drei Gymnasien, zwei berufliche Schulen und eine Förderschule.

Anmerkung hierzu: Hierbei wurde bereits berücksichtigt, dass die Schule Oos ab 09/2008 über keinen Hauptschul-Bildungsgang mehr verfügt.

Die Theodor-Heuss-Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule und die Theodor-Heuss-Förderschule bieten ein Ganztagesangebot in der sogenannten offenen Form (in jeder Jahrgangsklasse können Schüler wahlweise am Ganztagesangebot mit Mittagstisch teilnehmen) an. Die Hauptschule Lichtental hingegen verfügt (neben dem Hauptschul-„Normalzug“) über einen Ganztageszug in der gebundenen Form (verpflichtende Teilnahme am Ganztagesangebot) und zusätzlich über eine 10. Klasse (Werkrealschulabschluss).

An der Grundschule Oos wurde im vergangenen Schuljahr ein bilingualer Bildungsgang, ergänzend zum bestehenden Grundschul(Normal)-Bildungsgang eingerichtet. Das Richard-Wagner-Gymnasium verfügt ab dem Schuljahr 2008/09 über ein Ganztagesangebot der offenen Form.

Ab dem Schuljahr 2009/10 (ab September 2009) kommt im neuen Wohngebiet Cité eine weitere Grundschule mit einem Ganztagesangebot hinzu.

Schülerzahlenentwicklung in Baden-Baden

In Baden-Baden sind die Schülerzahlen an den öffentlichen Schulen nochmals angestiegen auf jetzt rd. 7.500 Schüler. Werden die Schülerzahlen an den beiden privaten Schulen (Pädagogium 760 Schüler und Klosterschule vom Heiligen Grab 760 Schüler, zusammen 1.520 Schüler) hinzugerechnet, kommt Baden-Baden auf insgesamt 9.020 Schüler und hat damit einen neuen Höchststand erreicht (Schülerzahlen zum Stichtag der Schulstatistik 2007). Diese nochmalige Steigerung ist bedingt durch die Entwicklung an den Gymnasien und den beruflichen Schulen. Nach den Feststellungen des Statistischen Landesamtes ist damit (voraussichtlich) der Höchststand der Schülerzahl im Stadtkreis erreicht. Ab dem kommenden Jahr wird die Schülerzahl im Stadtkreis Baden-Baden – vorrangig bedingt durch die Entwicklung an den Grund- und Hauptschulen – voraussichtlich geringfügig absinken. Baden-Baden „hinkt“ der Schülerzahlenentwicklung im Land in aller Regel etwas hinterher. Bedingt durch den Zuzug im Westen der Stadt (vorrangig Cité) wird der landes- und bundesweit prognostizierte Rückgang bei den Schülerzahlen etwas aufgehalten. In Folge von Faktoren wie Wahlverhalten der Eltern/Schüler, vorzeitige Einschulungen, Zuzug, „Einpender“ von benachbarten Gemeinden, Schulwechsel, „Parksituation“ an beruflichen Schulen müssen stets mögliche Abweichungen zu prognostizierten Entwicklungen einkalkuliert werden. Dennoch werden mittel- und langfristig auch im Stadtkreis Baden-Baden die Schülerzahlen an den allgemein bildenden Schulen zurück gehen, bis zum Schuljahr 2012/13 um etwa 475 Schüler = 7,9 %.

Grundschulen

Weiter zurückgegangen ist die Schülerzahl an den Grundschulen auf jetzt 1.626 Schüler, gegenüber dem Vorjahr (= 1.684 Schüler) um 57 Schüler = 3,4 %. Gegenüber dem Landesdurchschnitt (= 0,1 %) ist die Schülerzahl an den Grundschulen im Vergleich zum Vorjahr stärker abgesunken. Damit hat sich der Rückgang der Schülerzahlen an den Grundschulen vom früheren Höchststand im Jahr 2000 mit 1.727 Schülern/80 Klassen fortgesetzt. Das Statistische Landesamt prognostiziert für Baden-Baden gegenüber dem Schuljahr 2004/05 einen Rückgang der Schülerzahlen bis 2012/13 um rd. 10.8 %.

Die Zahl der Einschulungen hatte ihren Höchststand zuletzt im Jahr 2003 mit 473 Schülern. In diesem Jahr wurden 400 Schüler in die ersten Klassen der öffentlichen

Schulen eingeschult. Diese Zahl wird im Jahr 2010 (siehe Anlage 1) evtl. nochmals geringfügig ansteigen und danach weiter absinken. In der beigefügten Zusammenstellung der Einschulungen in den Schuljahren 2008 bis 2013 wird in der Spalte „Einschulungen insgesamt“ die Zahl der tatsächlichen Einschulungen gemäß den von den Schulen vorgelegten Schulstatistiken im Vergleich mit den Zahlen aus der Einwohnermeldestatistik gegenübergestellt. Hieraus wird für 2007 eine erhebliche Abweichung deutlich (Feststellung gilt auch im Übrigen). Nach der Einwohnermeldestatistik sollten in diesem Jahr insgesamt 464 Schüler in die Grundschulen eingeschult werden. Tatsächlich wurden jedoch „nur“ 400 Schüler in die öffentlichen Grundschulen eingeschult. Insoweit muss immer mit Abweichungen gegenüber den Statistikzahlen gerechnet werden. In aller Regel ist die Zahl der Einschulungen in die öffentlichen Schulen geringer als es sich aus der Einwohnermeldestatistik ergibt. Die Gründe hierfür können dem alljährlich vom Amt dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss des Gemeinderats vorgelegten Bericht zur Entwicklung der Schülerzahlen und zum Schulraumbedarf der Schulen in der Trägerschaft der Stadt entnommen werden. Folgende Gründe lassen sich aufführen:

Besuch auswärtiger Grundschulen, z.B. Iffezheim (abnehmende Tendenz), Grundschule am Pädagogium Baden-Baden (insgesamt besuchen rd. 100 Schüler aus dem Stadtkreis die Grundschule am Pädagogium), Rückstellungen (beispielsweise Besuch der Grundschulförderklasse) und Besuch von Förder- oder Sonderschulen.

Abbildung: Wechsel auf weiterführende Schulen nach Abschluss der Klasse 4 (September 2007)

	52,6 %	233	38,2 %	+ 14,4 %
Sonstige Schulen				
	0,5%	2	1,2 %	-

Quelle: Stadt Baden-Baden

Hauptschulen

Weiter zurückgegangen ist die Schülerzahl an den Hauptschulen auf jetzt 585 Schüler. Die Hauptschulen hatten zuletzt ihren Höchststand im Schuljahr 2001/02 mit 694 Schülern. Ebenso wie an den Grundschulen wird sich der Rückgang der Schülerzahlen an den Hauptschulen weiter fortsetzen. Nach den Prognosen des Statistischen Landesamtes werden im Jahr 2012/13 nur noch 555 Schüler die Baden-Badener Hauptschulen besuche, somit ein Minus (gegenüber 2001/02) von 20 %.

Im Zusammenhang mit dem Rückgang der Schülerzahlen an den Hauptschulen wird auf die Entscheidung im November vergangenen Jahres verwiesen, den Hauptschulbildungsgang an der Schule Oos aufzugeben und die Schüler aus diesem Wohnbezirk auf die benachbarten Hauptschulen Haueneberstein und Sandweier aufzuteilen. Hiernach können – mittelfristig – alle bestehenden Hauptschulstandorte erhalten bleiben. Aufgeteilt auf 5 Hauptschulen und 5 Jahrgangsklassen ergibt sich eine durchschnittliche Schülerzahl von 22 Schüler/Klasse. Bedingt dadurch, dass an der Hauptschule Lichtental zwei Jahrgangsklassen geführt werden (neben dem Normalbildungsgang ein Ganztageszug in der gebundenen Form) wird sich die Schülerzahl an den Hauptschulen auf durchschnittlich 18,5 Schüler/Klasse vermindern. Hiernach wird die Mindestzahl zur Bildung von Jahrgangsklassen (= 17 Schüler) nur noch knapp überschritten. Spätestens 2011 muss über weitere Maßnahmen beraten werden.

Realschule

An der Realschule ist die Schülerzahl in den vergangenen 10 Jahren von rd. 360 Schüler auf jetzt 484 Schüler (+ rd. 30 %) angestiegen. Bis zum Schuljahresbeginn 2012/13 werden sich die Schülerzahlen an den Realschulen nach der Statistik des Statistischen Landesamtes – wenn überhaupt – nur unwesentlich verändern. Im Gegensatz zum Landesdurchschnitt (Rückgang um 1,2 %) hat sich die Schülerzahl an der Realschule Baden-Baden im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 % (= 10 Schüler) erhöht.

Die Realschule bleibt durchgehend 3-zügig und verfügt hierfür über ein ausreichendes Raumangebot. Der langfristig zu erwartende Rückgang der Schülerzahlen wird sich nicht auf den Raumbedarf der Schule auswirken (gegenwärtig durchschnittlich 29 Schüler/Klasse).

Gymnasien

An den öffentlichen Gymnasien ist die Zahl der Schüler im Schuljahr 2007/08 weiter angestiegen auf jetzt 1.905 Schüler/77 Klassen und gegenüber dem Vorjahr um 72 Schüler (= rd. 4 %, Landesdurchschnitt 2,2 %). Die Gesamtzahl der Schüler an den öffentlichen Gymnasien wird sich bis zum Jahr 2011/12 nur noch geringfügig verändern (minimaler weiterer Anstieg). An den Gymnasien in der Trägerschaft der Stadt bestehen erhebliche (Raumnöte). Hierauf wurde in den jährlichen Berichten des Schul-, Kultur- und Sportamtes zur Entwicklung der Schülerzahlen und zum Schulraumbedarf der Schulen in der Trägerschaft der Stadt zu den Sitzungen des Schul-, Kultur- und Sportausschusses (siehe u.a. Drucksache Nr. 07.353) wiederholt hingewiesen. Die bestehenden Raumnöte werden durch eine hohe Verdichtung innerhalb des Schulgebäudes und durch die Benutzung von Schulräumen benachbarter Schulen teilweise aufgefangen (das Gymnasium Hohenbaden nutzt Räume in der benachbarten Vincenti-Grundschule und das MLG in der benachbarten Musikschule/Kinder- und Jugendbüro). In Folge des gleichzeitigen Ausscheiden des 8-jährigen und 9-jährigen Gymnasialzuges zum Schuljahresende 2011/12 wird sich die Raumsituation an den Gymnasien entspannen (Anmerkung: Danach gibt es nur noch den 8-jährigen Bildungsgang). Allerdings ist nicht zu erwarten, dass es dann zu leer stehenden Klassenräumen an den Gymnasien kommen wird (siehe im Folgenden unter „Schwächen“).

Für das Ganztagesangebot am RWG steht ab September 2009 ein Erweiterungsbau zur Verfügung. Durch die beabsichtigte „flexible Mehrfachnutzung“ wird die räumliche Situation am RWG geringfügig verbessert.

An den drei öffentlichen Gymnasien befinden sich gegenwärtig insgesamt 611 Schüler (32 % hiervon aus benachbarten Gemeinden). Den höchsten Anteil an auswärtigen Schülern hat das RWG mit 309 Schülern (= 40 %). An den beiden privaten Gymnasien, der Klosterschule vom Heiligen Grab und dem Pädagogium befinden sich zusammen 538 Schüler aus dem Stadtkreis Baden-Baden (414 und 124 Schüler).

Theodor-Heuss-Förderschule

An der Theodor-Heuss-Förderschule ist die Schülerzahl von 1996 bis 2007 von 84 Schüler/innen auf 99 Schüler/innen angestiegen. Durch die Verlagerung des Betreuungsangebots „Kernzeitenbetreuung“ in das benachbarte Schulgebäude der Theodor-Heuss-GHWS verfügt die Schule über ein knapp ausreichendes Raumangebot. Probleme ergeben sich bei der Bildung von

Förderkursen und –projekten. Im Landesdurchschnitt ist Schülerzahl an den Förderschulen gegenüber dem Vorjahr um 3,3 % zurückgegangen. An der Theodor-Heuss-Förderschule ist der Rückgang etwas geringer ausgefallen (3 %).

Berufliche Schulen

An den beiden beruflichen Schulen, der Robert-Schuman-Schule und der Louis-Lepoix-Schule ist die Schülerzahl von 1996 bis 2007 im Teilzeitbereich von 1.097 Schüler/innen auf 1.983 Schüler/innen (+ rd. 900 Schüler/innen, rd. 83 %) und im Vollzeitbereich von 446 Schüler/innen auf 764 Schüler/innen (+ 322 Schüler/innen, rd. 72 %) angestiegen (ohne FS-Pflege und Kooperationsklasse FöS).

Bei den beruflichen Schulen werden die „Schülerspitzen“ für die Schuljahre 2009/10 und 2012/13 prognostiziert. Besonders im Schuljahr 2012/13 und ggf. noch in dem hierauf folgenden Schuljahr 2013/14 wird sich an den beiden beruflichen Schulen, besonders der Robert-Schuman-Schule, der Umstand auswirken, dass im Sommer 2012 an den Gymnasien zwei Jahrgangsklassen entlassen werden (erster G 8-Zug und letzter G 9-Zug). Hierauf muss noch reagiert werden. Probleme auf dem Ausbildungsstellenmarkt und das Ausbildungsverhalten der Schüler werden sich auch in den kommenden Jahren auf die Schülerzahlen an den beiden beruflichen Schulen auswirken. Durch die für die beiden beruflichen Schulen geplanten Baumaßnahmen (Fertigstellung zum Schuljahresbeginn 2009/10) werden sich die Raumprobleme der beiden beruflichen Schulen etwas entspannen. Mit einer befriedigenden Schulraumversorgung kann jedoch frühestens ab dem Schuljahr 2015/16 gerechnet werden.

Abbildung: Einschulungen gemäß EW-Statistik Schuljahre 2008 bis 2013

Schulbezirk	Geburtszeitraum	Einschulung	Schülerzahl
Baden-Oos	00.10.2001 – 30.09.2002	2008	57
	00.10.2002 – 30.09.2003	2009	70 *)
	00.10.2003 – 30.09.2004	2010	64
	00.10.2004 – 30.09.2005	2011	64
	00.10.2005 – 30.09.2006	2012	82
	00.10.2006 – 30.09.2007	2013	71
Balg	00.10.2001 – 30.09.2002	2008	17
	00.10.2002 – 30.09.2003	2009	14
	00.10.2003 – 30.09.2004	2010	14
	00.10.2004 – 30.09.2005	2011	8
	00.10.2005 – 30.09.2006	2012	16
	00.10.2006 – 30.09.2007	2013	12
Theodor-Heuss-Schule	00.10.2001 – 30.09.2002	2008	75
	00.10.2002 – 30.09.2003	2009	60 *)
	00.10.2003 – 30.09.2004	2010	74
	00.10.2004 – 30.09.2005	2011	64
	00.10.2005 – 30.09.2006	2012	53
	00.10.2006 – 30.09.2007	2013	64
Vincenti-Grundschule	00.10.2001 – 30.09.2002	2008	44
	00.10.2002 – 30.09.2003	2009	44
	00.10.2003 – 30.09.2004	2010	44
	00.10.2004 – 30.09.2005	2011	49
	00.10.2005 – 30.09.2006	2012	54
	00.10.2006 – 30.09.2007	2013	50
Lichtental (mit Geroldsau)	00.10.2001 – 30.09.2002	2008	63
	00.10.2002 – 30.09.2003	2009	70
	00.10.2003 – 30.09.2004	2010	65
	00.10.2004 – 30.09.2005	2011	64
	00.10.2005 – 30.09.2006	2012	60
	00.10.2006 – 30.09.2007	2013	63
Ebersteinburg	00.10.2001 – 30.09.2002	2008	6
	00.10.2002 – 30.09.2003	2009	8
	00.10.2003 – 30.09.2004	2010	9
	00.10.2004 – 30.09.2005	2011	8
	00.10.2005 – 30.09.2006	2012	7
	00.10.2006 – 30.09.2007	2013	8
Steinbach	00.10.2001 – 30.09.2002	2008	41
	00.10.2002 – 30.09.2003	2009	37
	00.10.2003 – 30.09.2004	2010	42
	00.10.2004 – 30.09.2005	2011	35
	00.10.2005 – 30.09.2006	2012	31
	00.10.2006 – 30.09.2007	2013	41
Neuweier	00.10.2001 – 30.09.2002	2008	18
	00.10.2002 – 30.09.2003	2009	25
	00.10.2003 – 30.09.2004	2010	21
	00.10.2004 – 30.09.2005	2011	14
	00.10.2005 – 30.09.2006	2012	19
	00.10.2006 – 30.09.2007	2013	16

*) Im Zuge der zum Schuljahresbeginn 2009/10 geplanten Inbetriebnahme der Grundschule in der Cité wird der Schulbe-

zirk der Schule Oos neu geordnet. Zum neuen Schulbezirk der Grundschule in der Cité kommt – neben einem Teil des bisherigen GS-Bezirks Oos – noch ein Randbereich der Theodor-Heuss-Grundschule hinzu. Hierdurch kommt es ab 2009/10 bei den genannten Schulen zu Änderungen bei den Einschulungen

Quelle: Stadt Baden-Baden

Stärken und Schwächen

Stärken

In der Beschreibung zur Ausgangslage wird auf das gut gegliederte und breite Angebot an Schulen hingewiesen. Zum Angebot der Kindertagesstätten siehe den Bericht unter 2.11.3. Zur Schulsozialarbeit siehe den Bericht unter 2.11.4, zum Übergang Schule – Beruf – Jugendberufshilfe den Bericht unter 2.11.5, zur außerschulischen Jugendbildung den Bericht unter 2.11.6 und zur Stadtbibliothek unter 2.11.7.

Die Versorgung im Grundschulbereich erfolgt weitgehend wohnortbezogen. Nur wenige Grundschulkinder müssen Schulen außerhalb ihres Umfeldes besuchen. Die Grundschulen verfügen im Regelfall über ein gutes Raumangebot und eine gute Ausstattung. An nahezu allen Grundschulstandorten gibt es eine Kernzeitenbetreuung, ergänzend zum Angebot des Landes „Verlässliche Grundschule“. An Grundschulstandorten ohne Kernzeitenbetreuung machen im Regelfall die benachbarten Kindertagesstätten ein Angebot, beispielsweise in Balg, Varnhalt und Ebersteinburg. An Schulen mit „Kernzeitenbetreuung“ werden vorrangig Kinder in den Klassenstufen 1 bis 2 an allen Schultagen im Regelfall ab 07.15 Uhr bis zum Unterrichtsbeginn und nach dem Unterrichtsende bis 13.15 Uhr von Erzieherinnen oder Personen mit einer vergleichbaren Vorbildung betreut.

Nach Abschluss der Klasse 4 an den Grundschulen gibt es ein gut gegliedertes weiterführendes Angebot (siehe 2.11.2 Ausgangslage). In Folge des Rückgangs der Schülerzahlen an den Grundschulen besteht in aller Regel ein gutes Raumangebot, welches zusätzliche Differenzierungen, Förder- und ergänzende Angebote ermöglicht.

Die Budgetierung der Schulen ermöglicht den Schulleitungen ein hohes Maß an Flexibilität zur Verbesserung der Einrichtung und Ausstattung.

Schwächen

Ganztagesangebote im Grundschulbereich mit Mittagstisch und Angebote zur flexiblen Nachmittagsbetreuung

bestehen bislang nur an der Theodor-Heuss-GHWS und ab dem kommenden Schuljahr an der im Bau befindlichen neuen Grundschule in der Cité. An den Schulen in Sandweier und Oos gibt es unter provisorischen Bedingungen und in der Organisation Schule/Elternvertreter ein Mittagstischangebot. An der Schule Oos soll ebenfalls zunächst ein provisorischer Mittagstisch (vergleichbar wie in Sandweier) eingerichtet werden.

Die Nachfrage nach mehr Betreuungsangeboten und einem Mittagstisch steigt. Zu den bestehenden Ganztagesangeboten und den Angeboten zur flexiblen Nachmittagsbetreuung müssen weitere Angebote hinzukommen.

Unzureichend sind bislang auch die Angebote zur Ferienbetreuung. Viele berufstätige Eltern haben in den Ferien ein Problem besonders wegen der Beaufsichtigung und Betreuung von Kindern im Grundschulalter.

An den weiterführenden allgemein bildenden Schulen, den Hauptschulen, der Realschule und den Gymnasien gibt es eine steigende Nachfrage nach Ganztagesangeboten, Betreuungs- und Förderangebote und (preiswertem) Mittagstisch. Die bestehenden Angebote (siehe oben) reichen nicht aus.

Während an den Grund- und Hauptschulen in aller Regel das vorhandene Raumangebot ausreichend ist um zusätzliche Angebote wie beispielsweise einen Mittagstisch einrichten zu können (allerdings muss noch die Finanzierungsfrage geklärt und entschieden werden), gestalten sich Konzepte und Lösungen für die Realschule und die Gymnasien wegen der ohnehin bestehenden Raumnöte (siehe oben) als sehr schwierig. Die vorhandenen Raumnöte an den Gymnasien werden sich durch die „Qualitätsoffensive Gymnasium“ des Landes mit der steigenden Anzahl an Nachmittagsunterricht, den zusätzlichen Poolstunden und Aufteilung des Fachunterrichts besonders in der Unterstufe verstärken. Die Angebote zur Hausaufgabenbetreuung und die gestiegene Nachfrage nach Ganztagesangeboten mit Mittagstisch wird sich im Zuge dessen ebenfalls verstärken.

Ebenfalls unzureichend ist die Bereitstellung von Sportstätten, besonders für die Gymnasien. Auch die beiden privaten Gymnasien haben einen zusätzlichen Bedarf. Siehe hierzu unter 2.1.2 Sportstätten. Die unzureichende Kapazität bei den Sporthallen wird dadurch verstärkt, dass die den Schulen im Winterhalbjahr im Berthold-Hallenbad zur Verfügung gestellten Schwimmzeiten nicht ausreichend sind um die bestehende Nachfrage decken zu können.

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

Sitzungsvorlage Schul-, Kultur- und Sportausschuss zur Entwicklung der Schülerzahlen und zum Schulraumbedarf der Schulen in der Trägerschaft der Stadt Baden-Baden (Drucksache Nr. 07.353) und Zahlen Statistisches Landesamt für Baden-Württemberg.

Kindertagesstätten

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Seit Frühjahr 2007 erfolgen in immer schnellerem Tempo politische Initiativen von Bund und Land im Bereich der Kindertagesbetreuung.

Bei dem so genannten „Krippengipfel“, zu dem die Bundesfamilienministerin Anfang April 2007 die Vertreter der Länder eingeladen hatte, verständigte man sich zunächst ganz grundsätzlich auf einen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsangebote für die unter 3-Jährigen bis 2013 unter dem Motto: Für jedes 3. Kind unter drei Jahren sollte bis 2013 ein Platz zur Verfügung stehen.

Ergebnis dieser politischen Verständigung ist die „Verwaltungsvereinbarung Bund / Länder zur Finanzierung des Kinderbetreuungsausbaus 2008 – 2013“ vom 28. August 2007.

Wesentlicher Punkt der Einigung ist, dass bis zum Jahr 2013 für 35 Prozent der unter 3 – Jährigen (0-3 Jährige) Plätze in Tageseinrichtungen oder Kindertagespflege vorhanden sein sollen.

Für Baden-Württemberg wurde diese bundesweit durchschnittliche Quote abweichend auf 34 Prozent festgelegt. Für unser Bundesland wird ein zusätzlicher Bedarf von rund 60.000 Plätzen veranschlagt.

Ganz wesentlich ist dabei, dass der Ausbau bis 2013 entsprechend dem örtlichen Bedarf erfolgt und die Kindergartenbedarfsplanung jährlich den Bedarf prognostiziert.

Die Länder haben der bundesweiten Einführung eines Rechtsanspruchs auf ein Betreuungsangebot für alle Kinder vom vollendeten 1. bis zum 3. Lebensjahr (1- 3-Jährige) mit Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014 zugestimmt.

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

In der Sitzung vom 23.03.2005 hat der Jugendhilfeausschuss beschlossen, die Übergangsregelung nach § 24 a SGB VIII in Anspruch zu nehmen und damit stufenweise ein bedarfsgerechtes Angebot für unter 3-Jährige bis spätestens 1.10.2010 zu schaffen.

Zur Unterstützung der frühkindlichen Entwicklung und zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden derzeit die Angebote zur Kindertagesbetreuung für unter 3- Jährige deutlich ausgebaut. Die Mehrheit der jungen Mütter mit Kindern unter 3 Jahren ist heute erwerbstätig. Die meisten erwerbstätigen jungen Mütter nehmen vorübergehend Elternzeit in Anspruch und kehren dann mit zunehmender Stundenzahl wieder an den Arbeitsplatz zurück.

Die Betreuungsangebote für unter 3-Jährige sind in der Vergangenheit in Baden-Baden durch den Rückgang der Kinderzahlen in den Kindergärten geschaffen worden. Allerdings wurden hier nur Plätze für Kinder im Alter zwischen zwei und drei Jahren eingerichtet.

Die Einführung des Elterngeldes sowie die aktuelle bundesweite Diskussion über die bedarfsgerechte Versorgung für unter 3- Jährige haben eine neue Dynamik erzeugt.

Aufgrund dieser Entwicklung passen derzeit viele Kommunen ihre Ausbauschritte dem erhöhten Bedarf an. Maßstab muss aber auch für uns der tatsächliche Bedarf vor Ort sein.

Bei einer Berechnung mit 3,5 Geburtenjahrgängen ergibt sich eine Versorgungsquote von 98,4 % (3 Jahre bis zum Schuleintritt).

Die vorhandenen 148 Plätze von 0 bis unter 3 Jahre setzen sich folgendermaßen zusammen:

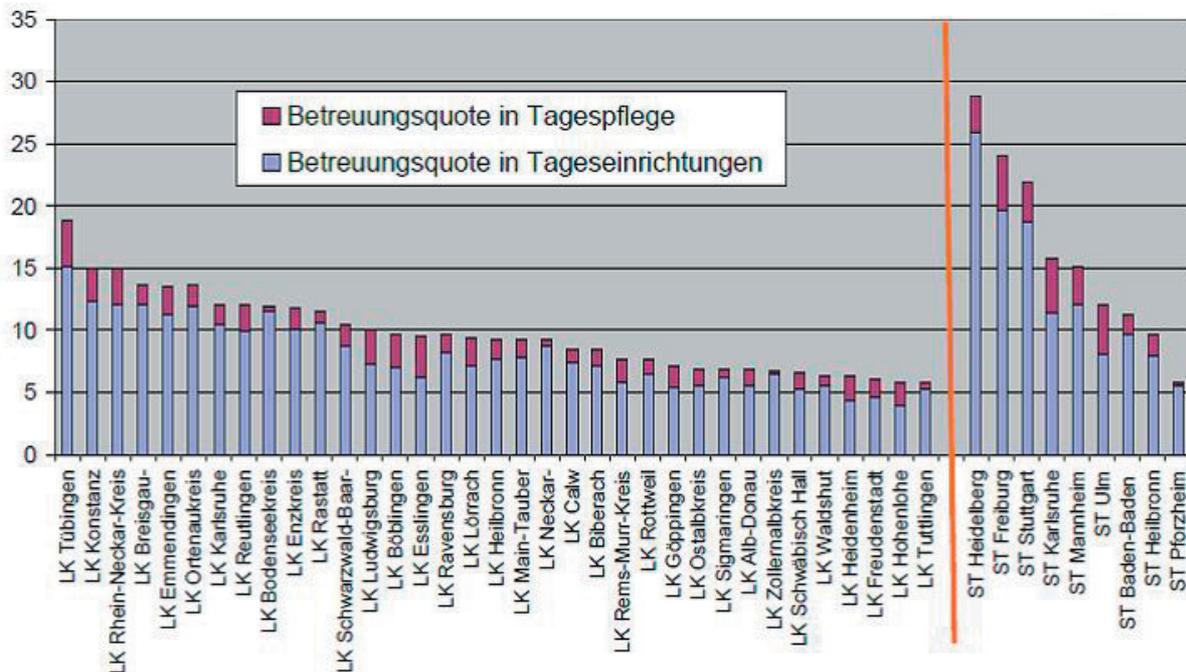
- 131 Plätze in Kindertageseinrichtungen (2 bis unter drei Jahre)
- 17 Plätze in Tagespflege (1 bis unter drei Jahre)

Dies ergibt eine Versorgungsquote von 12,4 % (Kinder 0-3 Jahre) beziehungsweise von 18,69 % (Kinder 1- 3 Jahre).

LAUFENDE PROJEKTE

Orientierungsplan - Ab dem Kindergartenjahr 2009/2010 soll der Orientierungsplan verbindlich gelten. Die pädagogische Arbeit wird an den Lern- und Entwick-

Abbildung: Betreuungsquote Kinder unter drei Jahre in BW (Stand 15.03.2007)



Quelle: Stadt Baden-Baden

Abbildung: Aktuelle Versorgungsquoten



Quelle: Stadt Baden-Baden

lungsfeldern des Kindes ausgerichtet.

Modellprojekt Schulreifes Kind - Ziel ist eine weitere Intensivierung der Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule. In Baden-Baden beteiligen sich die Ev. Friedrich-Oberlin Kindertagesstätte, der Ev. Kindergarten der Altstadt und die Vincenti Grundschulförderklasse am Projekt.

Verpflichtende Sprachstandsdiagnose - Das Land sieht ab Herbst 2008 die verpflichtende Einführung einer Sprachstandsdiagnose vor. Die Diagnose soll mit Personal des Gesundheitsamtes erfolgen.

Umsetzung Schutzauftrag

Mit der Einführung des § 8a SGB VIII wurde der

Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe auch für den Bereich der Kindertagesstätten konkretisiert.

Örtliches Netzwerk - In der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII finden regelmäßige Abstimmungen mit allen Trägern von Kindertageseinrichtungen statt. Ebenfalls werden regelmäßige Treffen mit den Leiterinnen der Kindertagesstätten durchgeführt.

Ausbau der Betreuungsangebote (qualitativ und quantitativ) - Zum einen wird der schon begonnene qualitative Um- und Ausbau der bestehenden Kindertageseinrichtungen fortgesetzt. Zum anderen werden neue Einrichtungen geschaffen, beispielsweise die Krippe in Lichtental und das Scherer Kinder- und Familienzentrum.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Wie kann ein bedarfsgerechter und stufenweiser Ausbau der Bertreuungsangebote gestaltet werden?*
- *Wie kann eine optimale Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht werden?*
- *Wie können Konzepte für Qualifizierungsmaßnahmen für Erzieherinnen und Tagespflegepersonen im Bereich frühkindliche Bildung aussehen?*
- *Wie wird der Übergang Kindergarten zu Grundschule optimal gestaltet? (beispielsweise Konzept Bildungshaus)*
- *Wie kann eine verstärkte Kooperation mit der Wirtschaft bei den Betreuungsangeboten aussehen?*
- *Wie können wirksame Instrumente der Sprachförderung aussehen?*

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Das Kindertagesstättenangebot muss für alle Altersgruppen an den sich wandelnde Bedürfnisse der Familien angepasst werden. Für die Randzeitenbetreuung müssen befriedigende Lösungen gefunden werden, um die Betreuungszeiten bei Schicht- und Wochenenddienst abzudecken. Hier sind Modelle über die Tagespflege denkbar.
- Sicherung von Bildungschancen
- Durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote in den ersten Lebensjahren werden entscheidende Weichen für die Bildungszukunft von Kindern gestellt. Kindertageseinrichtungen haben einen besonderen Bildungs- und Erziehungsauftrag, da Begabungen frühzeitig gefördert werden können sowie Benachteiligungen rechtzeitig erkannt und abgebaut werden.
- Kindertagesstättengebühren
- Gleiche Ausgangschancen bedeutet eine schrittweise Senkung der Kindertagesstättengebühren.
- Serviceleistungen ausbauen
- Zusammenfassung aller Dienstleistungen rund um die Kindertagesstätten in einem Servicebüro, inklu-

sive einer Vermittlungsstelle für Plätze in Kindertagesstätten.

- Perspektive Ausbildung
- Die Erzieherausbildung sollte ein Anforderungs- und Kompetenzprofil erhalten, das die gestiegenen beruflichen Aufgaben entsprechend berücksichtigt.
- Professionalisierung der Tagespflege
- Die Kindertagespflege soll eine anerkannte und angemessen vergütete Vollzeittätigkeit werden. Bei der Ausbildung werden auch die gestiegenen beruflichen Aufgaben berücksichtigt.

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Jährliche Kindergartenbedarfsplanung der Stadt Baden-Baden
- Grundlagenpapiere zur Kindertagesbetreuung
- Bundesregierung
- Kultusministerium Baden-Württemberg
- Kommunalverband für Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit

AUSGANGSLAGE BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Situation an weiterführenden Schulen, insbesondere den Hauptschulen, ist schwieriger geworden. Immer mehr Eltern sind berufstätig und nicht mehr in der Lage, ihre Kinder nachmittags zu betreuen. Durch ein abnehmendes Normen- und Wertesystem wird der Unterricht immer schwieriger. Der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund ist in den Hauptschulen besonders hoch. In Ganztageschulen kann die Betreuung und Versorgung von Kindern sichergestellt werden.

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Im vergangenen Jahr haben die Hauptschulen im Stadtkreis 126 Schüler (Klasse 9) mit Hauptschulabschluss verlassen, zusätzlich lediglich ein Schüler ohne Abschluss.

Die Stadt hat sich zum Ziel gesetzt, im Bereich der Grund- und Hauptschulen und der Förderschule an allen Ganztageschulen Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen.

ZENTRALE FRAGESTELLUNG

- *Wie kann es durch Ausbau der Schulsozialarbeit gelingen, den Erziehungsauftrag der Schule zu unterstützen und den Schulerfolg von Kindern zu verbessern?*

LAUFENDE PROJEKTE

- Seit 1996 existiert das Projekt „Theos Treff“ an der Theodor-Heuss-GHS und der Theodor-Heuss-Förderschule, finanziell unterstützt durch den Club „Zonta“. Im Rahmen des Projekts werden ein warmes Mittagessen gereicht sowie verschiedene Betreuungsangebote am Nachmittag durchgeführt. Hier ist eine Ganztagsstelle für Schulsozialarbeit eingerichtet.
- An der Hauptschule Lichtental wurde eine Schulsozialarbeiterstelle mit einem Stellenanteil von 75 % eingerichtet. Beide Stellen sind dem AFSJ zugeordnet und miteinander vernetzt.
- Am privaten Gymnasium „Kloster zum Heiligen Grab“ wird über den kirchlichen Träger InVia Schulsozialarbeit angeboten.

PERSPEKTIVEN

- Langfristig Ausdehnung der Schulsozialarbeit auf alle Hauptschulen im Stadtkreis. Perspektivisch soll auch die Realschule einbezogen werden.

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Geschäftsberichte des AFSJ 2005-2007

Verbesserung des Übergangs Schule Beruf/ Jugendberufshilfe

AUSGANGSLAGE BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Lehrstellensituation im Land Baden-Württemberg ist im bundesweiten Vergleich gut, die Jugendarbeitslosigkeit gering. Dennoch wird auch hier von Wirtschaft und Handwerk beklagt, dass viele Schulabgänger nicht ausbildungsfähig erscheinen. Auch in Baden-Württemberg gibt es Ausbildungsabbrecher und arbeitslose junge Menschen. 2006 waren insgesamt rund 39000 junge Menschen unter 25 Jahren in Baden-Württemberg arbeitslos, davon mehr als 8000 über 6 Monate lang. Besonders schwierig ist die Situation für Schulabgänger aus den Berufsvorbereitungsjahrklassen (BVJ) der beruflichen Schulen.

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

2006 waren 216 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos, davon 78 länger als 6 Monate. An den beiden beruflichen Schulen, Robert-Schuman-Schule und Louis-Lepoix-Schule besuchten im Schuljahr 2007/2008 insgesamt 128 Schülerinnen und Schüler 8 BVJ- bzw. BEJ-Klassen (Berufseinstiegsjahr). 2007 verließen 126 Schüler die 9. Klasse der Hauptschulen in Baden-Baden mit Schulabschluss, zusätzlich lediglich ein Schüler ohne Abschluss.

ZENTRALE FRAGESTELLUNG

- *Wie kann mit Unterstützung der Jugendberufshilfe der gute Übergang von Schule in den Beruf gelingen?*

LAUFENDE PROJEKTE

- Seit Herbst 2007 gibt es an den beiden beruflichen Schulen das Angebot der Jugendberufshilfe speziell für die BVJ- und BEJ-Klassen. Aufgabe der Jugendberufshelferin ist unter anderem die individuelle Berufswegeplanung, die unrealistische Vorstellungen vermeiden helfen soll. Mit einem Netzwerk von verschiedenen Hilfs- und Ausbildungsplatzmöglichkeiten können Schulabgänger passende Angebote finden. Das Projekt wird derzeit vom Europäischen Sozialfonds und der Arge Beschäftigung mitfinanziert.

- Die Schulsozialarbeit hat ebenfalls die Aufgabe, den Übergang von Schule und Beruf zu begleiten. Jugendberufshilfe und Schulsozialarbeit sind miteinander vernetzt.

PERSPEKTIVEN

- Die Verwaltung wird sich darum bemühen, dass die Jugendberufshilfe in das Förderprogramm des Landes aufgenommen und langfristig, ggf. auch nach Auslaufen von Fördermitteln gesichert wird.

Außerschulische Jugendbildung

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Außerschulische Jugendbildung ist ein eigenständiger und gleichberechtigter Teil des gesamten Bildungswesens und wird als solcher in Baden-Baden gefördert und in eigener Trägerschaft geleistet.

Baden-Baden verfügt über eine ausgeprägte Vereinslandschaft und eine entsprechend vielseitige Palette an außerschulischen Bildungsträgern im konfessionellen, musisch-kulturellen, sportlichen und politischen Bereich sowie im Bereich der Hilfs- und sonstigen Organisationen. Es bestehen sowohl ehrenamtliche als auch hauptamtliche Strukturen, innerhalb derer sowohl verbandliche als auch offene Jugendarbeit durchgeführt wird.

Die Kommune fördert die außerschulische Jugendbildung in Form von Zuschüssen und über die Bereitstellung von Personal für die Jugendverbandsarbeit des Dachverbands Stadtjugendring Baden-Baden e.V. Darüber hinaus werden den Vereinen kostenfreie Räumlichkeiten für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellt.

Mit dem Kinder- und Jugendbüro und den vier daran angegliederten Jugendeinrichtungen leistet die Kommune selbst außerschulische Jugendbildung im Rahmen der offenen Jugendarbeit.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Erste Schritte in Richtung Ganztageschule sind vollzogen und die Träger der außerschulischen Jugendbildung reagieren konzeptionell auf die Entwicklungen, die eine Öffnung der Schule und ein auf den Nachmittag ausgedehntes schulisches Angebot*

mit sich bringt.

- *Welche konkreten Auswirkungen kommen durch den Ausbau der Ganztageschulen auf die außerschulischen Bildungsträger zu?*
- *Grundlage für ein Gelingen ist eine enge Kooperation zwischen schulischen und außerschulischen Bildungsträgern. Problematisch ist, dass die außerschulische Jugendbildung vom „großen“ Bildungspartner Schule häufig nicht als gleichberechtigt akzeptiert ist und eine Kooperation nicht auf gleicher Augenhöhe stattfindet.*
- *Wie kann eine gleichberechtigte Kooperation zwischen schulischen und außerschulischen Bildungsträgern gelingen, in der das Profil beider Bereiche gewahrt bleibt?*

LAUFENDE PROJEKTE

- Es gibt eine Vielzahl an Angeboten im Bereich der außerschulischen Jugendbildung, die von Jugendgruppenleiterschulungen über die Vermittlung von vereinspezifischen Kenntnisse und Fertigkeiten wie z.B. im Bereich der Technik bei der Jugendfeuerwehr und dem THW bis hin zum Homepagekurs, dem Werkstattangebot oder erlebnispädagogischen Aktionen im Jugendtreff reichen.
- Es bestehen Netzwerke und Zusammenschlüsse von außerschulischen Bildungsträgern. So kooperieren beispielsweise Vertreter der Jugendeinrichtungen vor Ort im Rahmen der Jugendagentur, die Bildungs- und Informationsangebote zum Thema „Übergang Schule – Beruf“ macht. Ein Teil der Jugendverbände ist unter dem Dach des Stadtjugendrings zusammengeschlossen.
- Im Bereich der Kooperation von Jugendarbeit und Schule gibt es zahlreiche Einzelprojekte.

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Der Aufbau eines Netzwerks von schulischen und außerschulischen Bildungsträgern, das sich mit der Ausgestaltung der kommunalen Bildungslandschaft und dem Zusammenspiel der unterschiedlichen Akteure beschäftigt, wird im 12. Kinder- und Jugendbericht empfohlen.
- Im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit ist

zunächst empfehlenswert, bestehende Netzwerke zu nutzen, um das eigene Profil zu schärfen und um sich dann selbstbewusst als Bildungspartner einbringen zu können.

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Gesetz zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung (Jugendbildungsgesetz) Baden-Württemberg in der Fassung vom 13. Juli 2004
- Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, BMFSFJ, 2005
- „Vom Pausenfüller zum Bildungsnetzwerk – Arbeitshilfe zur Bildungskoordination im kommunalen Raum“, Landesjugendring Baden-Württemberg e.V., 2007

Stadtbibliothek

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

- die Stadtbibliothek hat rund 100.000 Medien in den Bereichen Kinderbibliothek, Jugendmedien@age, Belletristik und Sachthemen für Erwachsene, Musikabteilung und Bücherbus. Sie erzielt damit jährlich 6 Ausleihen pro Einwohner. Damit ist sie in der Region gut aufgestellt und strahlt mit ihren Beständen und Angeboten als größte Einrichtung über den Stadtkreis hinaus. 36 Öffnungszeiten/Woche stehen dem Publikum zur Verfügung.
- Regelmäßige Zusammenarbeit mit Schulen und Kindergärten zur Stärkung von Lese-, Medien- und Informationskompetenz durch spielerische Klassenführungen oder thematisch auf den Unterricht abgestimmte Führungen.
- Der Bücherbus als Kooperationsprojekt zwischen Stadtkreis Baden-Baden und Landkreis Rastatt dient in Baden-Baden v.a. der Leseförderung mit Klassenausleihe direkt an der Schule. Nahezu alle Baden-Badener Kinder im Grundschulalter werden so erreicht.
- Veranstaltungen für Kinder (Autorenlesungen, Vorlesen, Bücherreise mit allen Sinnen, Kindertheater) sind durch die Unterstützung der Baden-Badener Bibliotheksgesellschaft e.V. fester Bestandteil des Angebots.

- das Veranstaltungskonzept für Erwachsene berücksichtigt die besondere Bevölkerungsstruktur und Nachfrage der Stadt. Angeboten werden anspruchsvolle Vorträge zu literarischen und musikalischen Themen, Diavorträge über ferne Länder oder zu Künstlern. Veranstaltungspartner sind regelmäßig: Theater, DFG, VHS, Kulturamt, Gleichstellungsstelle, Kunsthalle, Ges.d.FJK, Turgenev-Ges. Das Programm finanziert die Baden-Badener Bibliotheksgesellschaft.
- Literaturmuseum im Gartenhaus der Stadtbibliothek mit Ausstellungen zu Otto Flake, Werner Bergengruen, Reinhold Schneider, Georg Groddeck und Franz Büchler. Besichtigung auf Anfrage bzw. Führung 1x/Monat durch Ehrenamtliche. Geplant sind pädagogische Angebote für die Beschäftigung von Schülern mit regionalen Autoren, wie es die Bildungspläne vorsehen.
- die Stadtbibliothek ist damit der kompetente Partner für Bildung und Kultur.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Welche Angebote werden entwickelt, welche verstärkt? Sind die Angebote zugeschnitten auf die Zielgruppen in der sich ständig wandelnden Mediengesellschaft. Wird die Stadtbibliothek dabei den Zielgruppen gleichermaßen gerecht? Warum haben mehr Frauen als Männer einen Leseausweis?*
- *Wird sich ein Regionalportal mit allen Medien- und Datenbankzugängen in der Region entwickeln lassen?*
- *Mit welchen Medienarten und mit wie viel Technik machen wir Leseförderung und vermitteln Medienkompetenz?*
- *Ist die Personalentwicklung und Fortbildung bei ständig sich ändernden und höheren Anforderungen auch im Umgang mit Technik und Medien gesichert?*
- *Kommt der barrierefreie Zugang zu den Beständen und Angeboten der Stadtbibliothek? Sowohl für Familien mit Kinderwagen als auch für Gehbehinderte und ältere Menschen ist dies dringend erforderlich.*
- *Lässt sich nach der Sanierung der Gebäude Größe und Angebote besser nach Außen vermitteln, auch wenn der Mieter Fotoladen unseren Eingang be-*

reich weiterhin stark beengt? Welche auffällige Beschilderung ist nach der Gesamtanlagensatzung möglich, die der Größe der Stadtbibliothek Rechnung trägt.

Verbessertes Service- und Raumangebot für die Nutzerinnen und Nutzer durch verbesserte Gebäudestruktur nach der Sanierung.

LAUFENDE PROJEKTE

- Jugendmedien@age, eine Etage von 100qm für Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren für ihre Interessen und zum Lernen und Arbeiten. Ermöglicht Unterricht in der Bibliothek, wie es die Bildungspläne vorsehen.
- „Bücherspaß für Babys“ Bilderbuch, Bibliotheks- und Leseinformation mit Lesegutschein in einer Tasche. In Kooperation mit den Kinderärzten der Stadt wird diese Tasche bei der U6 an die Eltern ausgegeben.
- Literaturmuseum im Gartenhaus der Stadtbibliothek: Ausstellung über die Zeit Alfred Döblins in Baden-Baden (Herbst 2008)
- Tagesmütterverein mit 6 Betreuungsplätzen in der ehemaligen Buchbinderei der Stadtbibliothek.

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

Durch die sich rasant verändernde Altersstruktur unserer Gesellschaft ergeben sich zwei zentrale Aufgabenfelder:

- Unterstützung der Schulen bei der Erziehung zum selbständigen Lernen, zur Informationsbeschaffung und –bewertung sowie Erlangung von Medienkompetenz.
- Unterstützung des lebenslangen Lernens, v.a. der Generation 55+, denen die Stadtbibliothek Mittelpunkt für Lesen und Information sein soll, deren ehrenamtliche Einbindung in Projekte und Veranstaltungen noch gefördert werden kann.

Pädagogische Materialien und gezielte Angebote für Schulklassen im Literaturmuseum entwickeln und die einheimischen Dichter gezielt vermitteln.

Attraktiver Ausbildungsplatz durch den „Betrieb im Betrieb“ für Auszubildende in der Jugendmedien@age, da künftig weniger Ausbildungsplatzsuchende sich die Ausbildungsplätze aussuchen können.

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Jahresberichte der Stadtbibliothek Baden-Baden
- Kulturwirtschaftsbericht II der KulturRegion Karlsruhe 2007
- „Kultur in Deutschland“ Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 2007
- Deutsche Bibliotheksstatistik

SCHWERPUNKTE DER DISKUSSION

Baden-Baden ist ein wichtiger Standort im Bereich Bildung und Betreuung mit regionaler und überregionaler Bedeutung (Familienatlas 2007 Baden-Württemberg - Prädikat „Familienfreundliche Stadt“). Der Prozess des demographischen Wandels - mit weit reichenden Konsequenzen für den Bereich Bildung und Betreuung - ist in Baden-Baden bereits heute nachzuvollziehen.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Ganztagsschulangebot und Schul-Sozialarbeit.
 - Betreuungsangebote für Kinder unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft.
-

3.14 SOZIALES

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Bundesrepublik Deutschland definiert sich als sozialer Rechtsstaat. Sozialstaatliches Ziel ist es, gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu schaffen und größere soziale Unterschiede abzubauen. Soziale Sicherheit soll allen ein menschenwürdiges Dasein und jeder Bevölkerungsgruppe einen angemessenen Lebensstandard sichern.

Damit sind schon die wesentlichen Aufgabenfelder kommunaler Sozialpolitik beschrieben. Sozialpolitische Maßnahmen werden nicht mehr als Selbstverständlichkeit aufgefasst. Auch kommunale Sozialpolitik ist zunehmend Gegenstand politischer Kontroversen. Leistungen werden in Frage gestellt und an kommunale Sozialverwaltung und freie Träger wird die Anforderung gestellt, Leistungen effektiv und effizient zu erbringen. Kommunale Sozialpolitik steht vor dem Dilemma, dass sie unmittelbarer Ansprechpartner für die Einwohner ist und konkret „Sozialstaatlichkeit“ über ihr Handeln definiert.

Gesellschaftliche Veränderungen und der Wertewandel haben die Ausgangsbedingungen für das Zusammenleben in den Städten und Gemeinden wesentlich verändert. Stichworte hierzu sind die von vielen als bedrohlich empfundene „soziale Kälte“ in der Gesellschaft, die zunehmende Anonymisierung der Lebensverhältnisse, der Rückzug in das Privatleben, die zunehmende Individualisierung und die Bildung vielfältiger sozialer Milieus und Lebensstilgruppen.

Die wachsenden Ängste in der Bürgerschaft spiegeln sich in vielen Befragungen wider. Als wichtiger Schwerpunkt kommunaler Politik wird sehr häufig das Thema Sicherheit genannt. Dies gilt erstaunlicherweise auch dann, wenn sich die objektive Sicherheitslage verbessert hat.

Aufgrund der erheblichen Wanderungsgewinne in den 1990er Jahren sind in vielen Städten und Gemeinden neue Bevölkerungs- und Gesellschaftsgruppen hinzugekommen, die erst noch in das Gemeinwesen integriert werden müssen. Die hohen Wanderungsgewinne, die gesellschaftlichen Veränderungen und das Sicherheitsbedürfnis verweisen somit auf einen erheblichen Handlungsbedarf zur Verbesserung des Zusammenlebens in den Städten und Gemeinden.

Mit dem Amsterdamer Vertrag aus dem Jahr 1997 wurde Gender Mainstreaming zum offiziellen Ziel der Gleichstellungspolitik der Europäischen Union.

Das Leitprinzip Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet die politischen Akteure, bei allen Vorhaben die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Männern zu analysieren und ihre Entscheidungen so zu gestalten, dass sie zur Förderung einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter beitragen (www.gender-mainstreaming.net).

Zur tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist die Bundesregierung durch Art. 3, Abs. 2, Satz 2 GG ausdrücklich verpflichtet, sie ist wesentlicher Bestandteil des politischen Handelns der Bundesregierung in allen Politikbereichen.

Das Chancengleichheitsgesetz Baden-Württemberg vom 22.10.2005 stellt durch §§ 23 und 24 die Verwirklichung des Verfassungsgebotes der Gleichberechtigung von Frauen und Männern auch in die kommunale Verantwortungskompetenz. Stadt- und Landkreise sollen sicherstellen, dass Frauenförderung wahrgenommen und Chancengleichheit als durchgängiges Leitprinzip in allen kommunalen Aufgabenbereichen berücksichtigt wird.

Gender Mainstreaming ist als durchgängiges Prinzip in das Projekt „Baden-Baden 2020“ integriert. Eine eingerichtete Arbeitsgruppe soll mit Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten Vorschläge zur Umsetzung machen.

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Sozialpolitik und Daseinsfürsorge werden vor Ort in den Kommunen gestaltet und erfüllen dort ihre Funktion.

Die soziale Infrastruktur einer Kommune trägt ganz wesentlich zur gesellschaftlichen Integration und zum Erhalt des sozialen Friedens bei. Sie kann wohl nicht globale, sozioökonomische und demographische Entwicklungen korrigieren, aber sie kann sehr wohl durch kompensierende finanzielle Leistungen und individuelle Hilfen die Ausgrenzung Einzelner und ganzer Gruppen verhindern.

So wirkt sich in Baden-Baden auch die Öffnung der Einkommensschere aus, indem die Zahl armer Menschen, vor allem in den Jahren 2005 und 2006, stark gestiegen ist. Die am stärksten betroffenen Gruppen sind Familien mit Kindern, hier vor allem Alleinerziehende und Migranten. Die gleichen Gruppen stehen bei der Statistik der Schuldnerberatung oben an. Arbeitslosigkeit ist zu 40 % Ursache von Überschuldung, jeder Zweite ist von

Transferzahlungen abhängig, mehr als die Hälfte haben Kinder zu versorgen und jeder Vierte ist Ausländer. Armut ist auch in Baden-Baden jung: Im Oktober 2007 war jeder vierte Empfänger von SGB II-Leistungen (Sozialgeld) ein Kind im Alter von 0 bis 14 Jahren – dies entspricht 13,6 % der Altersgruppe. Armut bedeutet nicht nur Mangel an materieller Ausstattung, sondern auch Mangel an Bildung und Gesundheit. Hier muss eine frühzeitige ganzheitliche Förderung ansetzen, um die Chancengleichheit zu sichern.

Trotzdem kann für Baden-Baden konstatiert werden, dass Armutsentwicklung und Zuwanderung nicht zu sozialräumlicher Segregation, zur Gettoisierung geführt haben, sondern eher wie im Stadtteil Briegellacker durch Sozial- und Wohnungspolitik positive Veränderungen eingeleitet wurden.

Was den demographischen Wandel angeht, kann Baden-Baden durch die Cité-Entwicklung Wanderungsgewinne verbuchen, die zu einem deutlichen Teil durch Familien mit Kleinkindern bedingt sind. Um den Bedarf der älter werdenden Bevölkerung Rechnung zu tragen, ist Baden-Baden bereits gut aufgestellt und verfügt über eine mustergültige Infrastruktur.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene

Im Stadtkreis Baden-Baden sind von 1.000 Einwohnern 149 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Die Jugendquote liegt landesweit mit 187 deutlich höher. Der im Vergleich deutlich unterdurchschnittliche Anteil wird auch durch den für Baden-Baden prognostizierten Bevölkerungszuwachs nicht ausgeglichen, so dass zunehmend weniger Kinder für Kindergärten und Grundschulen zu erwarten sind. Der Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung ist in der Innenstadt besonders gering (weniger als 10 %). In einer Reihe von Außenstadteilen dagegen überdurchschnittlich hoch – Spitzenreiter ist Steinbach mit 20 %. Der Anteil junger Arbeitsloser (unter 25 Jahren) liegt im Vergleich zu umliegenden Regionen niedriger und erlebte in den beiden letzten Jahren noch einen weiteren Rückgang. Dem gegenüber sind die Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung stark gestiegen.

Angebote und Einrichtungen der Jugendarbeit

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Jugendarbeit ist neben Familie und Schule eine wichtige Sozialisationsinstanz im Kindes- und Jugendalter. In Baden-Baden besteht sowohl quantitativ als auch qualitativ gesehen ein gutes Angebot. Öffentliche und freie Träger (inklusive Jugendverbände) bieten innerhalb haupt- und ehrenamtlicher Strukturen Jugendarbeit in all ihren Facetten an.

Verteilt auf mehrere Stadtteile gibt es in Baden-Baden sieben offene Jugendeinrichtungen unterschiedlicher Größe. Alle Einrichtungen verfügen über eine vielseitige Ausstattung zur Freizeitgestaltung insbesondere Medien, Spiel- und Sportgeräte. In jeder Einrichtung sind hauptamtliche Fachkräfte im Einsatz. Insgesamt stehen knapp 12 Vollzeitstellen zur Verfügung. Die Anteile pro Einrichtung variieren zwischen einer halben und drei Stellen. An jedem Wochentag ist in Baden-Baden mindestens eine Jugendeinrichtung geöffnet. Die Öffnungsdauer beträgt zwischen 14 und 26 Wochenstunden pro Einrichtung (ohne IN VIA Puella). Das Angebot in den Einrichtungen ist vielseitig. Neben dem offenen Raum- und Kommunikationsangebot gibt es Bildungs-, Freizeit-, Hilfs- und Präventionsangebote. Das Alter der Zielgruppe liegt je nach Angebot zwischen 6 und 27 Jahren. Die Träger der Einrichtungen sind eng vernetzt. Sie arbeiten zur Qualitätssicherung im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII gemeinsam am Wirksamkeitsdialog der Offenen Jugendarbeit. Alle Einrichtungen gehören darüber hinaus der Jugendagentur an.

Das weitere Angebot der Jugendarbeit in Baden-Baden reicht von Ferienangeboten über Kinder- und Jugendveranstaltungen und -aktionen bis hin zu vielfältigen vereinspezifischen Aktivitäten.

LAUFENDE PROJEKTE

- Entwicklung eines eigenen Internetauftritts des Kinder- und Jugendbüros, der umfassend über die Angebote der Jugendarbeit im Stadtkreis informieren soll.
- Regelmäßige Erhebung von Zahlen und Qualitätsdiskussion im Rahmen des Wirksamkeitsdialogs.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Welche Auswirkungen werden zum einen die Veränderungen im Schulbereich (Ganztagesschule) und zum anderen der demographische Wandel auf die Jugendarbeit haben und wie ist ihnen zu begegnen?*
- *Welche Lösungsbeiträge kann Jugendarbeit in aktuellen gesamtgesellschaftlichen Problembereichen (wie Benachteiligung, Jugendgewalt und Jugendschutz / Alkoholprävention, Gesundheitsförderung) leisten?*
- *In welchen Bereichen besteht Ausbaubedarf und wie können entsprechende Angebote finanziert werden?*

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Profilschärfung außerschulische Jugendbildung und Intensivierung der Kooperation mit Schulen
- Ausbau der Präventionsangebote
- Erstellung einer umfassenden und mehrsprachigen Broschüre zu den Ferienangeboten und in einem zweiten Schritt zu weiteren Angeboten der Jugendarbeit
- Bedarfserhebung und gegebenenfalls Ausbau des Angebots in den Bereichen Ferienangebote in den Nebenferien und Internationale Jugendarbeit

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Wirksamkeitsdialog Offene Jugendarbeit Baden-Baden, in Form von Berichten aus den Jahren 2003 und 2008

Jugendbeteiligung / Jugendforum

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Jugendbeteiligung, die Kindern und Jugendlichen Mitsprache und Mitentscheidung bei den Themen ermöglicht, die ihr Lebensumfeld betreffen und die gleichzeitig zum Ziel hat, demokratische Handlungskompetenzen zu vermitteln, wurde und wird durch die politisch Verantwortlichen in Baden-Baden unterstützt.

In institutionalisierter Form gibt es Jugendbeteiligung in Baden-Baden seit der Gründung des Jugendgemeinderats im Jahr 1999. Das Jugendgremium wurde auf einstimmigen Beschluss des Gemeinderats eingeführt und mit weit reichenden Beteiligungsrechten ausgestattet. Es verfügte über ein Budget, wurde pädagogisch begleitet und durch Verwaltungskräfte unterstützt.

Trotz vieler erfolgreicher Aktionen und trotz großem Engagement einzelner Jugendlicher fiel die Bilanz nach acht Jahren Jugendgemeinderat ernüchternd aus.

Im Mai 2007 beschloss der Gemeinderat deshalb, keine Neuwahl des Jugendgemeinderats durchzuführen. Stattdessen sollte der Jugendgemeinderat ab 2008 für zwei Jahre als Partizipationsmodell abgelöst werden durch ein Jugendforum.

LAUFENDE PROJEKTE

- Derzeit wird das vom Gemeinderat im März 2008 beschlossene Konzept eines Jugendforums umgesetzt. Das Konzept wurde unter Mitwirkung engagierter Jugendlicher erstellt.
- Der erste Workshop fand im April 2008 mit großem Erfolg statt.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Wie müssen die Voraussetzungen für eine gelingende Jugendbeteiligung beschaffen sein, die einerseits nicht durch Ansprüche überfrachtet wird und andererseits nicht zu unverbindlich wird?*

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

Perspektive und Leitlinie für eine gelingende Jugendbeteiligung werden in den Rahmenbedingungen gesehen, wie sie derzeit mit dem Jugendforum erprobt werden:

- Mischung von Beteiligungsformen: offen, repräsentativ und projektorientiert
- Keine strenge Festlegung von Art und Umfang des Engagements
- Umsetzung von Ideen und Anliegen durch Projektgruppen

Jugendlichen muss ein Mindestmaß an Strukturen geboten werden, um echte Beteiligung zu ermöglichen. Die Aufgabe der Verwaltung wird darin gesehen, diesen Rahmen und zugleich Motivation und Begleitung anzubieten. Das Gelingen hängt letztlich von der Jugend selbst ab.

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Homepage des BMFSFJ
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland, Entwicklungsstand und Handlungsansätze, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2007
- Hilfe zur Erziehung (HzE) und Kinderschutz

Hilfe zur Erziehung

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Gesetzliche Grundlage der Hilfe zur Erziehung bzw. Hilfe für junge Volljährige ist SGB VIII. Auf eine Hilfe zur Erziehung besteht ein individueller Rechtsanspruch. Der öffentliche Träger der Jugendhilfe ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die erforderlichen Angebote vorhanden sind. Der Kinderschutz ist eine der wichtigsten Aufgaben der Jugendhilfe, aber auch von Schule und Gesundheitshilfe.

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Die Anzahl der jungen Menschen in Baden-Baden nimmt tendenziell ab, vorerst aber noch nicht wesentlich bei den 12-18-Jährigen, bei denen erhöhter Jugendhilfebedarf besteht. Gleichzeitig wachsen die erzieherischen Probleme weiter an, was insbesondere von den Schulen signalisiert wird. Damit besteht unverändert hoher Bedarf an differenzierten Hilfen zur Erziehung. Bis auf wenige Ausnahmen sind alle erforderlichen Hilfeangebote in Baden-Baden oder der Region vorhanden. Der größte Anbieter vor Ort ist das Kinder- und Jugendheim, das Hilfen nach den §§ 30-32, 34 sowie 41 abdeckt. Zudem werden vom Kinder- und Jugendheim Leistungen nach § 42 (Inobhutnahme) durchgeführt. Daneben gibt es weitere Anbieter insbesondere für ambulante Hilfen in Baden-Baden. Bei schwierigen Problemstellungen, unter anderem bei erhöhten psychischen Auffällig-

keiten, müssen allerdings Einrichtungen in größerer Entfernung, teilweise in anderen Bundesländern, belegt werden.

Die Inanspruchnahme der Hilfe zur Erziehung in Baden-Baden und damit auch die Kosten sind seit 2006 deutlich angestiegen. Zwar befindet sich Baden-Baden bei der Inanspruchnahme von HzE noch im unteren Drittel der Stadtkreise in Baden-Württemberg, der Trend ist allerdings bedenklich.

LAUFENDE PROJEKTE

- Schulsozialarbeit an den hiesigen Ganztageschulen im Grund-, Hauptschul- und Förderschulbereich
- Einrichtung der Jugendberufshilfe für die BVJ- und BEJ-Klassen an den beiden gewerblichen Schulen
- Einrichtung der Frühen Hilfen
- Anpassung des Personalbestands des Allgemeinen Sozialen Dienstes zur besseren Steuerung der Hilfemaßnahmen und des Kinderschutzes
- Netzwerk von Gesundheitswesen und Jugendhilfe zum Kinderschutz

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Wie kann die Kostenentwicklung im Bereich der Hilfen zur Erziehung gebremst werden?*
- *Wie kann das Regionalitätsprinzip weiter verstärkt werden?*
- *Wie können präventive Hilfen gezielt eingesetzt werden?*
- *Wie kann der Kinderschutz verbessert werden?*

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Weitere Ausdifferenzierung der stationären Angebote vor Ort
- Ausweitung der Zahl an Pflegefamilien
- Einrichtung weiterer präventiver Angebote, auch kurzfristiger Natur

- Ausdehnung der Schulsozialarbeit auf alle Grund- und Hauptschulen und die Realschule

Plätzen

- Arbeitskreis „Jugendliche Intensivtäter“

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Geschäftsberichte des AFSJ 2005-2007
- Kommunale Kriminalitätsprävention

Kommunale Kriminalprävention

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Kriminalprävention findet schon seit vielen Jahrzehnten bei der Stadtverwaltung Baden-Baden insbesondere in den Bereichen Öffentliche Sicherheit und Ordnung und der sozialen Arbeit statt. Es existiert eine enge Zusammenarbeit von Polizei und Verwaltung. Unterschiedliche Angebote und Maßnahmen auch aus dem Baubereich haben präventive Ausrichtung, ohne dies speziell so zu benennen.

Die Polizeidirektion Baden-Baden erstellte 1998 ein Konzept zur Kommunalen Kriminalprävention. Im gleichen Jahr wurde der Sicherheitsrat eingerichtet, in dem Stadtverwaltung, Polizei und verschiedene weitere Dienste und Einrichtungen mit dem Ziel der Vernetzung und Initiierung von Projekten vertreten sind. In der ersten Sitzung wurden die Arbeitskreise „Jugendliche“ und „Sicheres Wohnen“ gebildet. In der Gründungsphase waren zum einen die Zahl junger Aussiedler in Baden-Baden stark angestiegen und zum anderen auffälliges Verhalten, Ruhestörung durch Jugendliche sowie ein allgemeiner Anstieg der Jugendkriminalität zu beobachten. Schwerpunkt der Aktivitäten der Kommunalen Kriminalprävention war daher, ein Präventionsprojekt für junge Menschen mit Migrationshintergrund ins Leben zu rufen. Hilfreich war dabei, dass Baden-Baden als eine von 20 Kommunen in den Modellversuch „Freiwilliger Polizeidienst“ des Landes aufgenommen wurde, wodurch Projekte der Kommunalen Kriminalprävention personell unterstützt werden konnten.

LAUFENDE PROJEKTE

- „Brücke 99“ (seit 1999): Treffpunkt für junge Menschen überwiegend mit Migrationshintergrund
- Initiativen des Sicherheitsrates zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls auf öffentlichen

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Wie können durch den Ausbau der Kommunalen Kriminalprävention die Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsgefühl weiter verbessert werden?*
- *Wie kann die Zielgruppe gefährdeter Jugendlicher besser und früher erreicht werden?*

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Projekt „HALT“. Mit diesem Projekt sollen Jugendliche mit problematischem Alkoholkonsum frühzeitig erreicht werden.
- Maßnahmen gegen Vandalismus (z.B. durch umgehende Beseitigung von Schäden - „Broken Window“ Theorie)
- Einrichtung von Streetwork

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Landeskriminalamt Baden-Württemberg: Handbuch Kommunale Kriminalprävention.

Familie und Haushalte mit Kindern / Alleinerziehende

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Der Anteil der allein stehenden Haushaltsvorstände mit Kindern unter 18 Jahren an allen „Familienkonstellationen“ mit Kindern ist im Jahr 2007 mit 33,1 % auf die bisher höchste Quote angestiegen und liegt weit über dem Landesdurchschnitt. Bei den Zahlen zur Erwerbsstruktur in Baden-Baden fällt eine hohe Beteiligung der Frauen am Erwerbserleben auf, was sicher auch mit den hier vorhandenen Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor zusammenhängt. Umso wichtiger wird auf diesem Hintergrund der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten.

Die familienpolitischen Leistungen der Kommune werden im Amt für Familien, Soziales und Jugend über Beratung, persönliche Hilfe und finanzielle Unterstützung geleistet. Beratung wird angeboten als Leistung der Jugendhilfe (§ 16-18 SGB VIII), in Form der Beistandschaft und nicht zuletzt als Erziehungsberatung der Psychologischen Beratungsstelle. Finanziell greift die Stadt Baden-Baden bedürftigen Familien besonders durch den Unterhaltsvorschuss und den Familienpass unter die Arme. Den Familienpass, über den mittlerweile auch der kostengünstige Mittagstisch in Ganztagschulen finanziert wird, nahmen im Jahr 2007 450 Familien, darunter 212 Alleinerziehende in Anspruch, vom Unterhaltsvorschuss profitierten 254 Alleinerziehende.

Stolz kann die Stadt Baden-Baden auf die Auszeichnung als Top-Region für Familien sein. Die von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Prognos-Studie kommt beim Vergleich von 439 Städten und Landkreisen zu der Feststellung, dass Baden-Baden zu einer zwölköpfigen Spitzengruppe gehört.

Top-Regionen zeichnen sich dadurch aus, dass sie in mehreren Bereichen überdurchschnittlich abschneiden, aber vor allem in keinem Bereich stark abfallen. Verantwortlich für diese Platzierung waren neben einer guten wirtschaftlichen Situation überdurchschnittliche Werte bei dem örtlichen Bildungs- und Ausbildungsangebot und den guten Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche. Durchaus noch Nachholbedarf besteht in den Bereichen Tagesbetreuungsangebot, Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und Erschwinglichkeit von Wohneigentum. Der Jugendhilfeausschuss hat eine Arbeitsgruppe beauftragt, auf dieser positiven Basis Vorschläge zum weiteren Handlungsbedarf zu entwickeln.

Stadtteilarbeit und Familienzentrum

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Stadtteil- und Familienzentren sind multifunktionale Orte der Begegnung für alle Menschen im Stadtteil. Hier treffen sich Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren zu getrennten und gemeinsamen Veranstaltungen. Die Zentren fördern bürgerschaftliches Engagement, stärken nachbarschaftliche Kontakte und bieten Bürgerinnen und Bürgern Mitgestaltungsmöglichkeit an der Entwicklung ihres Stadtteils.

Im Februar 1994 hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen, die Gemeinwesenarbeit mit den Bereichen Kindergarten, Kinder- und Jugendarbeit und Bewohnerarbeit im Wohngebiet Briegelacker zu etablieren.

Diese soziale Infrastrukturmaßnahme hat dazu beigetragen, dass das neu entstandene Wohngebiet eine positive Entwicklung genommen hat.

Im Jahr 2006 war Konsens, ein Familienzentrum im neuen Wohngebiet Cité zu etablieren. Das für Baden-Baden einmalige und modellhafte Familienzentrum soll zu einem lebendigen generationenübergreifenden Miteinander beitragen.

LAUFENDE PROJEKTE

- Stadtteilzentrum Briegelacker
- Das Stadtteilzentrum Briegelacker ist eine Begegnungs- und Veranstaltungsstätte für die Stadt Baden-Baden im Wohngebiet Briegelacker. Ziel des Angebotes ist die Integration des Wohngebiets in die Stadt Baden-Baden. Das Projekt ist angelegt als ganzheitliches, gemeinwesenorientiertes und generationenübergreifendes Angebot.
- Scherer Kinder- und Familienzentrum. Im Mittelpunkt des Familienzentrums steht die Begegnung. Kinder und Schüler haben ebenso ihren Platz wie auch Senioren.
- Es gibt Kommunikation, Zugehörigkeit, Austausch, Information, Dienstleistung und Aktivitäten nach innen und außen. Gesprächskreise finden statt, es wird beraten und Kinder werden betreut. Das Konzept lehnt sich stark an den Vorgaben der Bundesregierung zur Errichtung von so genannten „Mehrgenerationenhäuser“ an, in dessen Rahmen die Stadt Baden-Baden eine Bundesförderung erhält.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Welchen Stellenwert hat bürgerschaftlicher Dialog und Partizipation in Stadtplanung und sozialer Arbeit?*
- *Sollen große und zentrale Einrichtungen der Kindertagesbetreuung weiterentwickelt werden zu Familienzentren?*

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Einbindung und enge Kooperation mit Firmen
- Kinderbetreuungsborse mit Hilfe von Senioren

- Cafébetrieb als soziale Begegnungsstätte
- Seniorenleitercard
- Generationenverbindende Angebote

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- www.mehrgenerationhaeuser.de
- Materialien des Caritasverbandes für den Stadtkreis Baden-Baden
- Materialien des AFSJ zum Projekt Mehrgenerationenhaus
- Konzept Familienzentrum Stadt Offenburg

Erziehungsberatung und psychosoziale Versorgung

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

In Baden-Baden besteht seit 1957 die Möglichkeit, Erziehungsberatung durch die Psychologische Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern in städtischer Trägerschaft wahrzunehmen. Hierbei zeigt sich insbesondere in den letzten 10 Jahren eine deutliche Steigerung der Fallzahlen.

Es besteht ein gut etabliertes Netzwerk mit Beratungsstellen freier Träger zu verschiedenen Themenschwerpunkten, wie z.B. Drogenberatung, Mediation, Ehe- und Paarberatung.

Insbesondere innerhalb der letzten Jahre kam es zu einer deutlichen Erweiterung des Aufgabenspektrums der Psychologischen Beratungsstelle (vor allem Cochemer Modell und Kinderschutz nach § 8 a SGB VIII).

Neben den vielfältigen Beratungsangeboten besteht die Möglichkeit, therapeutische Hilfe durch niedergelassene Therapeuten ambulant oder stationär wahrnehmen zu können. Hier zeigt sich leider insbesondere bei den Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten, dass lange Wartezeiten von bis zu mehr als einem halben Jahr die Regel sind. In mehreren Schreiben an die Kassenärztliche Vereinigung hat der Sozialb rgermeister bisher vergeblich um Abhilfe gebeten.

LAUFENDE PROJEKTE

- Trennung-/Scheidungsgruppe
- Anti-Gewalt-Training
- Projekte zur Stärkung der elterlichen Kompetenz (videounterst tzte Beratungs- und Therapieangebote zur Stärkung der Elternkompetenz)

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Eine Vielzahl von Problemlagen ergeben sich aus gesamtgesellschaftlichen Veränderungen wie der Zunahme prekärer Familienverhältnisse, Arbeitsverdichtung etc.*
- *Wie kann flexibel auf diese und andere gesamtgesellschaftliche Veränderungen und deren Auswirkungen auf Familiensysteme reagiert werden?*
- *Wie kann man der zunehmenden Erziehungsunsicherheit begegnen und die Eltern stärken?*
- *Wie lassen sich angesichts hoher Scheidungsraten die negativen Auswirkungen auf Kinder und Partner minimieren?*
- *Welche Angebote sind für Eltern und Jugendliche hilfreich, um die Herausforderungen der immer früher einsetzenden Pubertät gut zu bewältigen?*

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Den hohen Beratungsbedarf durch weiteren Ausbau der Vernetzung (z.B. mit dem Gesundheitswesen oder Kindergärten) bewältigen und ausbauen.
- Migrantinnen und ihre Problemlagen durch punktuelle Einbeziehung von BeraterInnen aus dem jeweiligen Kulturkreis gezielter unterstützen.
- Mittelfristig ein erhöhter Arbeitsaufwand durch gesetzliche Änderungen zur besseren Gewährleistung des Kinderschutzes.

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Geschäftsberichte des AFSJ

Frühe Hilfen

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Nachlassende Erziehungskompetenz, Erziehungsunsicherheit und Überforderung einer wachsenden Zahl von Eltern führen immer häufiger zu Vernachlässigung und Gewalt gegenüber Kindern. Die Hauptrisikophase liegt hier im 1. Lebensjahr des Kindes. Umgekehrt ist die Bereitschaft bei jungen Müttern, Hilfe anzunehmen kaum ausgeprägter als in den Wochen vor und nach der Geburt. Hier müssen gezielte, niedrighschwellige Hilfen ansetzen.

LAUFENDE PROJEKTE

- Das Baden-Badener Projekt „Familienhebammen“ als akzeptierte Hilfe im Umgang der jungen Mutter mit ihrem Kind: Das Projekt ist im Sommer 2007 mit drei Hebammen gestartet und schon nach wenigen Monaten mehr als gut ausgelastet.
- Elternbildungskurse im Rahmen des Landesprogramms „Stärke“
- Gründung eines Runden Tisches „Kinderschutz und frühe Hilfen“ unter Beteiligung des örtlichen Gesundheitswesens.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Wie kann es unter Beachtung des Vertrauens- und Datenschutzes gelingen, Eltern in belasteten Situationen zur Inanspruchnahme von frühen Hilfen zu gewinnen?*

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Durch enge Verzahnung der „Frühen Hilfen“ zwischen Jugendhelfeträgern, öffentlichem Gesundheitswesen und praktizierenden Kinderärzten und Gynäkologen Schaffung eines effizienten Netzwerkes
- Baby-Begrüßungspaket als umfassender, kommunaler Willkommensgruß an junge Eltern mit Informations-, Beratungs- und Hilfsangeboten – soll ab 2009 von Mitarbeiter des Jugendamtes allen Eltern mit Neugeborenen offeriert werden

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Modellprojekt „Aufsuchende Familienhilfe für junge Mütter – Netzwerk Familienhebammen“ – Evaluation jes, Hannover 2005
- Landesprojekt „Guter Start ins Kinderleben“

Ältere Menschen

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Stadtkreis Baden-Baden hat mit 46,5 Jahren den höchsten Altersdurchschnitt in Baden-Württemberg. Im Jahr 2025 wird vom Statistischen Landesamt ein Altersdurchschnitt von 49,1 Jahren prognostiziert. Allerdings nähern sich zukünftig die anderen Stadt- und Landkreise dem Durchschnittsalter dem Stadtkreis Baden-Baden an. Daher kann diese Kommune sich durchaus als Vorreiter in Sachen altersgerechter Strukturen sehen. Neben den Risiken der demographischen Alterung dürfen die vielen Chancen, z.B. im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, nicht übersehen werden.

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Seit Einführung der Pflegeversicherung hat sich die Versorgung Pflegebedürftiger in Baden-Baden sowohl im ambulanten wie auch im stationären Bereich verbessert. Baden-Baden verfügt außerdem über ein differenziertes, die Pflege ergänzendes Angebot im ambulanten Bereich, angefangen von den Begegnungsstätten über Mahlzeitendienste, Betreuungsgruppen für gerontopsychiatrisch Erkrankte, Altenerholung bis hin zu den Aktivitäten des Stadt seniorenrates und vieles andere mehr.

Im Stadtkreis Baden-Baden gibt es aktuell 13 stationäre Pflegeeinrichtungen mit 881 Plätzen und 34 eingestreuten Kurzzeitpflegeplätzen.

Der Landespflegeausschuss hat 2007 Bedarfseckwerte für den Stadtkreis Baden-Baden beschlossen, die bis 2015 erfüllt sein sollen.

Sowohl im Bereich der Langzeitpflege mit 981 Plätzen als auch bei der Tages- und Kurzzeitpflege mit 46 bzw. 52 Plätzen liegt Baden-Baden schon heute überall deutlich über den genannten Zielgrößen.

Handlungsbedarf besteht in den nächsten Jahren hauptsächlich in dem qualitativen Ausbau beispielsweise in

der Dementenbetreuung und in der Sanierung einzelner Einrichtungen. Ein zusätzlicher Bedarf an Pflegeheimplätzen besteht nicht.

LAUFENDE PROJEKTE

- Aktivitäten des Stadtseniorenrat (Neuaufgabe des Seniorenwegweisers, Zertifizierung Seniorenfreundlicher Betrieb)
- Kunst im Pflegeheim (Beispiel Schafberg)
- Demenzgerechter Umbau und Neubau (Vincentiushaus, Pflegeheim Maria Frieden, Christinenstift, Pflegeheim Weststadt Haus Elia, Beschützter Wohnbereich im Schafberg)
- Ausbildungskonzept der Robert Schuman-Schule

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Hilfe- und Pflegebedürftigkeit*
- *Genügen die Angebote im Pflegebereich im Stadtkreis Baden-Baden den verbindlichen fachlichen Standards?*
- *Gibt es eine ausreichende Vernetzung und Kooperation?*
- *Wie kann die Wahrnehmung des Altersbildes in der Öffentlichkeit positiv beeinflusst werden?*
- *Kann eine Verbesserung der Situation der Pflegekräfte im ambulanten und stationären Bereich erreicht werden?*
- *Wohnen*
- *Wie kann eine barrierefreie und demenzfreundliche Stadt Baden-Baden aussehen im Spannungsfeld zwischen Tourismus und topografischer Lage?*
- *Sind die vorhandenen Angebote ausreichend?*
- *Prävention / Gesundheitsvorsorge*
- *Wie sehen unterstützende Strukturen aus? Beispielsweise der Erwerb von Gesundheitskompetenzen und die Förderung der Selbstbestimmung?*

- *Gibt es genügend Beratungs- und Präventionsangebote?*

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

Hilfe- und Pflegebedürftigkeit

- **Angebotsvielfalt:** Um Wahlmöglichkeiten zu sichern, muss eine Grundlage für eine vielfältige und gleichberechtigte Wohn- und Versorgungsfunktion geschaffen werden.
- **Vernetzung und Kooperation:** Ein abgestimmtes und gleichberechtigtes Zusammenspiel aller Beteiligten ist zu erreichen. Durch verständliche und neutrale Beratung werden ältere Menschen umfassend informiert.

Wohnen

- **Mobilität:** Die Optimierung der Infrastruktur für mobilitätseingeschränkte Menschen wird konsequent fortgeführt.
- **Wohnmöglichkeit:** Es wird die Grundlage für eine Vielzahl von Wohnformen in unterschiedlichen Wohnlagen und unterschiedlicher Größe geschaffen.

Prävention / Gesundheitsvorsorge

- Schaffung von altersgerechten Rahmen- und Lebensbedingungen.
- Professionelle und individuelle Beratung schafft Vertrauen und Sicherheit.
- Es wird ein breites Spektrum der Gesundheitsvorsorge angeboten.

Offene Altenhilfe

- Die Grundlage für generationsübergreifende Angebote und die Voraussetzung für bürgerschaftliches Engagement wird geschaffen.

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Landespflegeplan Baden Württemberg / Kreispflegeplan

- Geschäftsbericht des Amts für Familien, Soziales und Jugend

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-BADEN

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde zum 01.01.2003 eingeführt. Seither erhöhte sich die Zahl der Leistungsberechtigten in Baden-Württemberg von 51.000 um 31,4 % auf 67.000 Leistungsberechtigte im Jahr 2006. Im Stadtkreis Baden-Baden war die Quote mit 14,6 % je 1.000 Personen ab 18 Jahren am höchsten, gefolgt von den Stadtkreisen Karlsruhe (13,1%), Freiburg (12,3%) und Stuttgart (12,1%).

Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Leistungsberechtigten von 450 um 51,3 % auf 681 Personen. Auffallend ist die wesentliche Steigerung in Baden-Baden gegenüber dem Landesdurchschnitt. Eine Besonderheit in Baden-Baden ist der hohe Ausländeranteil mit 44,1 % gegenüber 16,3 % im Landesdurchschnitt. Dabei handelt es sich um den Personenkreis der Kontingentflüchtlinge. Aufgrund dieser Besonderheit ist auch die Quote der Grundsicherungsempfänger in Baden-Baden am höchsten.

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Aufgrund der Altersstruktur in Baden-Baden, aber auch durch die ungünstige Rentenentwicklung (durch das Voranschreiten des Niedriglohnssektors) ist bis zum Jahr 2025 mit einer weiteren überdurchschnittlichen Steigerung von Empfängern in der Grundsicherung zu rechnen.

Menschen mit Migrationshintergrund

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Der Ausländeranteil beträgt 12,1 % (im Jahr 2006) und liegt damit im oberen Drittel der baden-württembergischen Kreise. Unter Einbeziehung der Menschen mit Migrationshintergrund dürfte dieser Anteil sogar rund 20 % betragen. Zu den größten Ausländergruppen zählen die Italiener, gefolgt von den Türken und den Bürgern der Russischen Föderation.

Baden-Baden verfügt über eine Vielzahl von Integrationsangeboten verschiedenster Organisationen. Die Integrations- und Sprachkurse werden gut bis sehr gut genutzt.

Insgesamt hat sich vor Ort ein relativ enges Netz von Einrichtungen, angeboten und Anlaufstellen (Beispiele: Stadtteilarbeit Briegelacker, Brücke 99, Eingliederungslotse DRK, Verein Perspektive) entwickelt.

Die Selbstorganisation der Migranten ist eher schwach entwickelt.

Trotz dieser guten örtlichen Infrastruktur muss festgestellt werden, dass die schulische und berufliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund nach wie vor sehr unbefriedigend ist.

Die meisten Migrantenkinder besuchen die Hauptschule, deutlich weniger wechseln auf weiterführende Schulen. Auch sind mit 35 % deutlich mehr Menschen mit Migrationshintergrund arbeitslos, als das ihrem Bevölkerungsanteil entspricht.

LAUFENDE PROJEKTE

- Sprach- und Integrationskurse
- Gesprächskreise
- Integrative Beratungs- und Gruppenangebote
- Interkulturelle Woche

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Wie kann der Kreislauf von Aufwachsen in benachteiligten und bildungsfernen Milieus mit dem Erwerb unzureichender Sprachkenntnisse und der frühen Ausgrenzung in Schule und Beruf durchbrochen werden?*
- *Wie kann die Ressource Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt besser genutzt werden?*
- *Wie können Angebote und Dienstleistungen von Familienhilfe bis Seniorenbetreuung für Migranten verständlicher und akzeptabler gemacht werden?*

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Frühe sprachliche und soziale Förderung im Kindergartenalter unter Einbeziehung der Eltern
- Beschäftigung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund in erzieherischen Berufen und bürgernahen Dienststellen (Brückenbau)
- Vermittlung interkultureller Kompetenz für öffentliche Dienstleistungen

Menschen mit Behinderungen

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Ein Meilenstein der letzten Jahre ist die Einführung des IX. Sozialgesetzbuches „Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen“. Dreh- und Angelpunkt hierbei ist Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gesellschaft.

Der Stadtkreis Baden-Baden betreut behinderte Menschen vom Kindes- bis zum Seniorenalter mit ambulanten und stationären Hilfsangeboten, um diesen Menschen mit geistigen, körperlichen und psychischen Behinderungen die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

In den Bereichen Frühförderung, Schulkindergärten, Sonderschulen und Werkstätten besteht eine Versorgungseinheit mit dem Landkreis Rastatt sowie dem nördlichen Ortenaukreis. Die schulischen Angebote sowie die Werkstätten für behinderte Menschen befinden sich im Landkreis Rastatt, werden jedoch von allen drei Kreisen genutzt.

In Baden-Baden (Steinbach) befindet sich ein Wohnheim für erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung.

Darüber hinaus besteht sowohl für geistig behinderte als auch für psychisch kranke Menschen die Möglichkeit, in der eigenen Wohnung, in betreuten Wohngruppen und in der Familienpflege die notwendige Unterstützung zu finden.

Ambulante Beratungsstellen und Tagesstätten runden dieses Angebot ab. Insgesamt werden 250 Baden-Badener mit Behinderungen in Einrichtungen der Eingliederungshilfe betreut.

LAUFENDE PROJEKTE

- Einführung einer Berufswege- und Netzwerkkonferenz, um die schulische Berufswegeplanung und die Kooperation der Beteiligten zu fördern.
- Mitarbeit im Arbeitskreis Benchmarking des Städtetags Baden-Württemberg und Nutzung dieses Vergleichsringes für die Entwicklung von neuen Arbeitsansätzen

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Wie kann man das Bewusstsein der Gesellschaft für die Inklusion behinderter Menschen stärken?*
- *Gelingt durch Fördermaßnahmen die Integration behinderter Menschen auf dem 1. Arbeitsmarkt?*
- *Gelingt es, die wohnortnahe und ambulante Versorgung behinderter Menschen zu verbessern?*
- *Wie kann man neue Tagesstrukturen für behinderte Menschen im Seniorenalter schaffen?*

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Bildung eines örtlichen Budgets für Arbeit zur Vermittlung behinderter Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt
- Einrichtung einer berufsvorbereitenden Einrichtung (BVE) an der Mooslandschule, um die gezielte Vorbereitung von Förderschülern auf den 1. Arbeitsmarkt zu verbessern
- Aufbau von Familienpflegestellen für behinderte Kinder als Alternative zur Betreuung im Wohnheim.

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Datenreport 2006 des Benchmarkingkreises Eingliederungshilfe BW
- Geschäftsbericht des Amtes für Familien, Soziales und Jugend

Bürgerschaftliches Engagement**AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN**

- Baden-Baden ist eine Stadt mit hoher Bereitschaft zum Engagement für das Gemeinwesen. Dieser Bürgersinn zur Weiterentwicklung des Gemeinwesens ist unverzichtbar und braucht gezielte Förderung, Freiräume und Vernetzung.
- Engagierte Menschen wollen mit ihren Bedürfnissen wahrgenommen werden und verdienen Anerkennung.
- In Baden-Baden gibt es kaum ein Aktionsfeld, das nicht besetzt ist.
- Bürger, die sich ehrenamtlich engagieren möchten, haben zwei Anlaufstellen innerhalb der Stadtverwaltung:
 - Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters
 - Ehrenamtsbeauftragte des Amtes für Familien Soziales und Jugend

LAUFENDE PROJEKTE

- Hausaufgabenhilfen im Schulbereich (beispielsweise Theodor-Heuss- Schulen)
- Ehrenamtsbörse der Bürgerstiftung
- Baden-Badener Tafel des Caritasverbandes für den Stadtkreis Baden-Baden
- Ferienangebote von Vereinen und Verbänden

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Wie kann die Anerkennungskultur konzeptionell weiterentwickelt werden?*

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

- Entwicklung von Baden-Badener Leitlinien zum bürgerschaftlichen Engagement, um einheitliche Standards und Rahmenbedingungen festzulegen.
- Entwicklung eines Konzepts, das das bürgerschaft-

liche Engagement durch qualifizierte Zeugnisse oder Nachweise aufwertet

- gezielte Kooperation mit Unternehmen

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen - Rahmenbedingungen und Perspektiven, Städtetag Baden-Württemberg
- Generationenübergreifende Freiwilligendienste, BMFSFJ

FAZIT SOZIALES

In Kenntnis der benachteiligten Gruppen und der Mechanismen für eine Perpetuierung ungünstiger Lebenslagen gilt es, an diesen Lebensumständen anzusetzen und ein kommunales Programm der Prävention von Armut, Benachteiligung, Vernachlässigung und Gewalt zu implementieren. Hierbei sollte es um ein integriertes, die verschiedenen Lebenslagen, Altersstufen und Risikobereiche umfassendes System von ineinander greifenden Hilfen gehen, die eine durchgehende Präventionskette darstellen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, die verschiedenen kommunalen Politikbereiche wie z.B. Jugendhilfeplanung und Schulentwicklungsplanung miteinander zu verzahnen.

Bei der Konkurrenz um junge, dynamische Arbeitskräfte und Firmen wird es zukünftig immer mehr um die Stärkung der weichen Standortfaktoren wie Familienfreundlichkeit und Generationengerechtigkeit gehen. Hier ist Baden-Baden gut aufgestellt; kann und muss allerdings in einigen Bereichen, wie der flexiblen Kinderbetreuung, noch nachlegen.

Ein bedarfsgerechtes und vom Bürger akzeptiertes Hilfesystem kann ohne freie Anbieter und die Mitarbeit der Wohlfahrtspflege nicht auskommen. Hier hat sich in Baden-Baden ein ausgewogenes und differenziertes Spektrum entwickelt.

Viele soziale Zukunftsaufgaben werden nur zu bewältigen sein, wenn es stärker als bisher gelingt, bürgerschaftliches Engagement zielgerichtet und adäquat einzubinden. Viele Aufgaben, wie die Alltagsbetreuung älterer Menschen, sind allein mit öffentlichen Mitteln nicht zu finanzieren.

Insgesamt gilt es das Leitbild einer „sozialen Stadt Baden-Baden“ weiter auszuformulieren und ein integriertes Gesamtkonzept für benachteiligte Gruppen und Menschen zu entwickeln.

SCHWERPUNKTE DER DISKUSSION

Die Stadt Baden-Baden bietet ein breites Spektrum an Einrichtungen und Initiativen an, die eine Integration der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen ermöglichen. In Zukunft wird es darauf ankommen, bedarfsgerecht die Angebote auszubauen und zu vernetzen.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Angebote für:
 - Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
 - Familien, Haushalte mit Kindern/Alleinerziehende und Ältere Menschen (Familienzentrum/Schulsozialarbeit)
 - Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung
 - Bürgerschaftliches Engagement (Tafelladen, Mentorenprogramm „Zukunftsscout“, etc.)
-

3.15 FREIZEIT UND SPORT

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Die werktägliche Freizeit hat sich seit den 1950er Jahren fast verdreifacht. Eine Untersuchung des Allensbach-Instituts aus dem Jahre 1952 ergab im Durchschnitt einen Wert von 1,5 Stunden Freizeit pro Person und Tag. Demgegenüber steht heute ein Wert von rund 5,0 Stunden. Zusätzlich sorgen die Verlängerung der Lebenszeit, Teilzeitarbeit und Arbeitslosigkeit für Zeitüberhänge, die „bewältigt“ werden müssen.

Die steigende Mobilität macht es vielen Menschen möglich, längere Arbeitswege zurückzulegen, die die deutliche Arbeitszeitverkürzung relativieren. Trotzdem wuchs in den letzten 20 Jahren das subjektive Gefühl, über zu wenig Freizeit zu verfügen. Das in der öffentlichen Meinung vertretende Bild von der immer weiter zunehmenden Freizeit stimmt nicht mit dem subjektiven Gefühl der berufstätigen Menschen überein. Diese Tatsache führt aber auch dazu, dass die Freizeit als kostbarer und wertvoller eingeschätzt wird.

Trend zur Vielfalt und Individualisierung

Mit dem Wohlstand und dem Bildungsstand wächst auch der Qualitäts-, Bildungs-, und Informationsanspruch an Freizeitgestaltung und -angebote. Durch die „kulturelle Globalisierung“ und erweiterte Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten ist ein Zugang zu Kulturgütern aller Zeiten und aller Länder möglich. Die Tendenz zur Individualisierung unterstützt die Ausbildung unterschiedlicher persönlicher Lebens- und Freizeitstile, die Vielgestaltigkeit der Freizeittätigkeiten, das Nebeneinander verschiedener Freizeittätigkeiten und den Wechsel zwischen Freizeittätigkeiten.

Trend zur Mobilität

Über die Hälfte aller PKW-Fahrten in der Bundesrepublik Deutschland dienen dem Zweck der Freizeit bzw. dem Urlaub. Diese stark angestiegene und noch weiter ansteigende Freizeitmobilität ist zwar zum einen auf die allgemein angestiegene Mobilität, aber zum anderen auch auf das geänderte Freizeitverhalten der Konsumenten zurückzuführen. Ein Rückgang der Freizeitmobilität ist auch für die Zukunft nicht zu erwarten.

Trend zur Natur

Natur ist für die Menschen in Deutschland Synonym für eine wohnliche Umgebung und für den Freizeitwert von größerer Bedeutung als alle anderen Faktoren. Liebste Freizeitangebote im Urlaub der Zukunft sind laut B.A.T.-Freizeit-Forschungsinstitut-Umfrage: „Natur pur“-Urlaub in unberührter Natur (27 %), „Wellness-Oasen“ (20 %), künstliche Ferienwelten (11 %), „Exotik“ möglichst weit weg in fremder Umgebung (16 %).

Trend der Erlebnisorientierung

Die Suche nach Neuem, nach Abwechslung, nach Faszination und Erlebnissen sind schon seit längerem als Trend zu sehen. Freizeitbereiche wie Tourismus, Medien, Kultur, Sport, Spiel und Unterhaltung stellen mehr und mehr Erlebniswerte dar (Erlebnisbad, Erlebniskonsum). Monofunktional ausgerichtete und überalterte Freizeiteinrichtungen können dem zunehmenden Erlebnisanspruch nicht mehr gerecht werden. Viele suchen das Erlebnis, den „Kick“, in Extremsportarten wie Bungee-Jumping, Free-Climbing, Rafting, etc. Es entstehen künstliche Welten wie tropische Badeparadiese oder Skihallen, die die Besucher möglichst großen Abstand vom Alltäglichen gewinnen lassen.

Trend der gleich bleibenden Freizeitausgabenanteile

Die Ausgaben für den Freizeitbereich stiegen seit 1970 um das fünffache, das Haushaltseinkommen stieg hingegen nur um das Dreieinhalbfache. Das Institut für Freizeitwirtschaft prognostiziert für die Zukunft einen etwas abgeschwächten Anstieg von rund zwei Prozent pro Jahr. Es ist davon auszugehen, dass die Ausgabenanteile, die für die Freizeitgestaltung in einem Haushalt aufgewendet werden, in etwa auf dem heutigen Stand bleiben werden. Dabei wird die Einkommensschere immer deutlicher sichtbar. Im Konsumbereich entsteht eine neue Zwei-Klassen-Gesellschaft von Sparkonsumenten und Erlebniskonsumenten.

Trend zur Kommerzialisierung

Die Tendenzen zur Kommerzialisierung der Freizeit sind unverkennbar. Es entsteht eine „Freizeitindustrie“ und die Zahl der Großeinrichtungen nimmt ständig zu. Dazu gehören Sportarenen, Spaßbäder, Multiplex-Kinos und Freizeit- bzw. Ferienparks. Gefördert wird diese Kommerzialisierung aber auch durch die Privatisie-

rungsbestrebungen der Kommunen. Die freiwilligen kommunalen Tätigkeiten werden immer weiter eingeschränkt. Als Beispiel dienen hier Schwimmbäder, die in jeder Stadt vorhanden waren und zunehmend aus Kostengründen geschlossen werden.

(„Freizeitrends 2000plus“ Hrsg: Deutsche Gesellschaft für Freizeit, Bausteine für die Planungspraxis in Nordrhein-Westfalen - Kommerzielle Freizeit-Großeinrichtungen‘ Hrsg.: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung Nordrhein-Westfalen).

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Übersicht über die Sportstätten der Stadt und der Vereine

Die Stadt Baden-Baden verfügt über folgende eigene Sportstätten:

- 6 Gymnastikhallen (vorwiegend bei den Schulen)
- 6 Kleinturnhallen (incl. Grobbachhalle Geroldsau, sonstige Schulturnhallen)
- 4 Normalturnhallen (bei den Schulen)
- 3 Großturnhallen (MLG, Haueneberstein und Steinbach)
- 2 Sporthallen (Schulzentrum West und Rheintalhalle Sandweier)
- 6 Mehrzweckhallen (Festhalle Oos, KGZ Ebersteinburg, Turn- und Festhalle Balg, Löwensaal Lichtental, Festhalle Neuweier und Yburghalle Varnhalt)
- 4 Bäder (Berthold Hallen- und Freibad, Hardbergbad, Freibad Steinbach und Strandbad Sandweier)
- 16 Sportplätze (hierunter 6 Rasenplätze)

Total: 4 eigene Sportstätten

Im Jahr 2009 wird beabsichtigt den Fußballplatz des FV Sandweier in einen kompletten Rasenplatz umzubauen. Als Gesamtkosten der Maßnahme sind rd. 10.700 € zu erwarten. Die gleiche Maßnahme wird auf dem Sportplatz des FV Haueneberstein durchgeführt. Auch hier wird der bestehende Hartplatz in einen Rasenplatz umgewandelt. Der Verein verfügt hiernach über zwei Rasenplätze.

Das Aumattstadion nimmt hinsichtlich der Durchführung des Schul- und Vereinssportes eine übergeordnete Stellung ein. Alle Schulen des Stadtkreises Baden-Baden führen hier im Sommerhalbjahr den Schulsport sowie die Bundesjugendspiele durch. Hinzu kommen als Hauptnutzer der SC Baden-Baden, Abt. Fußball und der SCL Heel Baden-Baden, Leichtathletik hinzu. Seit der Saison 2007/2008 führt hier auch der türkische Fußballverein TC Fatihspor seine Meisterschaftsspiele durch. Ferner trainieren auf dem Gelände zwei Betriebsportgruppen. Das Aumattstadion wurde in der 1960er Jahre erbaut. Der Umbau erfolgte in den Jahren 1991 und 1992.

Mögliche Zuschauerzahlen: Max 8.700 Besucher

Weiter hinzukommen mit Zuschüssen der Stadt geförderte, vereinseigene Sportanlagen (im Regelfall auf städtischen Grundstücken) und Sportstätten der Privatschulen:

- Gymnastikhalle beim Kinder- und Jugendheim Lichtental
- Sportstätten des Pädagogiums und der Klosterschule v. Hl. Grab, u.a. 1 Normalturnhalle, 1 Gymnastikhalle, Freisportanlage im Rothenbachtal
- 9 Tennisanlagen (örtlicher Tennisvereine) zzgl. 1 Tennishalle (Tennisclub Rot-Weiss)
- 2 Reitsportanlagen: Hierunter das Reiterzentrum Balg (die Reitanlage Gunzenbach wurde mit Zuschüssen der BKV gefördert)
- 8 Schießanlagen örtlicher Schützenvereine

Eine Sonderstellung hat die Sportschule Steinbach (Eigentümer Badischer Sportbund); Hierzu gehören folgende Sportstätten:

2 Großsporthallen, 1 Gymnastikhalle, ein Lehrschwimmbecken, 1 Kunstrasensportplatz, 2 Rasenportplätze, 2 Tennisplätze, Lehrgangsgebäude und Unterbringungsgebäude.

Folgende Schwimmbäder stehen im Stadtkreis Baden-Baden zur Verfügung

- Bertholdbad - Hallen- und beheiztes Freibad
- Hardbergbad - Solarbeheiztes Freibad

- Freibad Steinbach - Solarbeheiztes Schwimmbecken
- Strandbad Sandweier - Ehemalige Kiesgrube am Kühlsee mit Strand und einem großen Wiesengelände

Gegenwärtig nutzen rund 50 Vereine städtische Turn- und Sporthallen oder Mehrzweckhallen regelmäßig für den Vereinssport mit einer durchschnittlichen Gesamtbelegungszeit von rund 500 Stunden.

Zusammen haben die Sportstätten eine Gesamtnutzfläche von rund 12.800 m² (= 1,73 m²/Schüler).

Stärken und Schwächen

Stärken

- Hoher Bestand an Vereinen mit großer Bindung an die Einwohner
- Hoher Grad an Vereinsmitgliedschaften
- Vielfältiges Angebot der Vereine mit Kultur und Sport
- Gute Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit dem örtlichen Sportausschuss

Schwächen

- Versorgung mit Sporthallen für den Schul-, und Vereinssport im Bereich der Innenstadt unzureichend. Es besteht dringender Bedarf für eine dreiteilige Sporthalle (u.a. für den Ballsport geeignet).
- Es fehlen noch ein stadtnaher attraktiver Bolzplatz sowie ein Rasenplatz im Westen der Stadt.

Freizeit- und Sportinitiativen von Jugendlichen

Die Schaffung von Plätzen, an denen Jugendliche Trendsportarten wie Skaten, Biken, Streetball, Breakdance usw. ausüben können, ist Sportförderung und Förderung von Jugendkultur zugleich und deshalb von doppelter Bedeutung. In Baden-Baden wurden und werden entsprechende Initiativen von Jugendlichen ernst genommen und aufgegriffen.

Seit Ende der 1980er Jahre gibt es in Baden-Baden immer wieder Initiativen von Jugendlichen und jungen

Erwachsenen, die ein geeignetes Gelände oder Gebäude zur Ausübung ihrer Sportarten (Inline-)Skaten und Biken fordern. Umgekehrt werden Lösungen auch von der Bevölkerung und von Geschäftsinhabern gefordert, die sich durch Skater und Biker gestört fühlen.

Unter Eigenleistung der Jugendlichen und teilweise mit Unterstützung durch Sponsoren, Stiftungen und Vereine errichtete die Stadtverwaltung an verschiedenen Standorten mehrere Anlagen, die eine Zeit lang rege genutzt wurden. Der Großteil dieser Anlagen besteht aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr. Bestehende Anlagen, beispielsweise im Kolbenacker in Steinbach, werden nur wenig genutzt. Die Interessen der Biker-, Skater und anderer Trendsportgruppen kollidieren mit den Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen und großen Teilen der Öffentlichkeit.

Landschaftsbezogene Erholung/Sport

Die Stadt Baden-Baden verfügt über rd. 7.500 ha zusammenhängende ausgedehnte Wälder, die vom Rheintal bis zu den Höhenlagen des Nordschwarzwaldes reichen. Naturgemäß ist das Waldgebiet ein Hauptanziehungspunkt für die Einwohner und Gäste der Kurstadt Baden-Baden. Fast die Hälfte des Baden-Badener Waldes ist auch ein gesetzlicher Erholungswald und somit mit zahlreichen Erholungseinrichtungen ausgestattet sowie laufend besuchergerecht zu pflegen. Weitere Bereiche des Stadtkreises Baden-Baden sind zudem Bestandteil des Naturparks „Schwarzwald Mitte/Nord“, der als vorbildliche Erholungslandschaft zu entwickeln, zu pflegen und zu fördern ist. Er umfasst im Wesentlichen den Naturraum Schwarzwald, der eine hohe Dichte an Erholungsinfrastruktur aufweist:

Zahlreiche Wanderwege, bspw.:

- Der 40 km lange Panoramaweg rund um Baden-Baden, der 2004 mit dem Deutschen Wandersiegel ausgezeichnet wurde
- Ebersteinburggrundweg
- Der Ortenauer Weinlehrpfad
- 180 km Rund- und 150 km Zielwanderwege
- Fernwanderweg
- Naturlehrpfad (Merkurwald – Wildgehege (Schwarzspecht, Zielwanderweg), der den Besucher mit einheimischen und nicht einheimischen Bäumen bekannt macht

- Wildnispfad am Plättig (Möglichkeit über 4,5 km Länge einen 70 ha großen weitgehend natürlichen, vom Orkan Lothar 1999 geschädigten Buchen-Tannen-Fichtenwald zu durchwandern)
 - Luchspfad (geplante Einweihung 2009)
 - Wanderparkplätze mit Informationstafeln an 16 Standorten
 - 20 km Nordic-Walking-Strecken und Laufstrecken im Bereich Rebland und Battert bzw. Haueneberstein
 - Waldsportpfad im Rebland
 - Mountainbikewege (Neue Konzeption 2008)
 - Wintersportmöglichkeiten (z.B. Langlaufloipen, Winterwanderwege)
 - Kneipp-Anlage an der Hässlichmatte
 - Scherhaldekopfsiel- und Grillplatz
 - 9 Grill- und zahlreiche Schutzhütten sowie Sitzbänke, 3 Wander-/Schullandheime
 - 6 Waldspielplätze und 2 Liegewiesen (Mercur und Hässlichmatte) mit der Möglichkeit, Liegestühle auszuleihen
 - Aussichtstürme/-punkte: Mercurberg (der 668 m hohe Hausberg Baden-Badens, erreichbar mit Standseilbahn, Rundblick über Baden-Baden, das Murgtal, die Rheinebene und die Vogesen), Fremersberg, Friedrichsturm Badener Höhe, Altes Schloss Hohen Baden, Bergfried Yburg, Bergfried Ebersteinburg sowie zahlreiche Aussichtspunkte entlang der Wanderwege
 - Battertfelsen: Für Wanderer und Kletterer ein beliebtes Ausflugsziel, Sportklettern ganzjährig möglich – ganzjährig gesperrt ist das Geröllfeld unterhalb der Badener Wand. Zeitweise brutzeitbedingte Felsperrungen
 - Wildfreigehege Grünmatte, das für Muffel-, Rot-, Damm- und Schwarzwild 1971 angelegt wurde (15,7 ha) und auf einem Rundweg von 3,8 km umwandert werden kann. Von zwei Aussichtshütten über dem Rothirschgehege lassen sich die Tiere beobachten.
 - Hochseil- und Niederseilklettergarten
 - Gleitschirmfliegerstandort am Mercur
 - Waldklassenzimmer in der Waldseehütte: Unter dem Motto „Wald erleben und begreifen“ bietet das Städtische Forstamt seit 1997 ein Waldpädagogikprogramm für Baden-Badener Grund- und Hauptschulen der Klassen 1 – 6 sowie Kindergärten an
 - Golfplatz
 - Info-Station vom Städtischen Forstamt Baden-Baden am Scherrhof
 - Die Erholungsschwerpunkte im Stadtkreis Baden-Baden sind:
 - Höhegebiet (Scherrhof, Rote Lache, Plättig, Badener Höhe (überregionales Wanderziel))
 - Rebland mit seinen landschaftlichen Reizen und einem ausgedehnten Wegenetz
 - Wasserfall Geroldsau
 - Battert
 - Mercur mit Wildgehege
- Im Vergleich dazu weist die Rheinebene keine überregionale Bedeutung als Ferien- oder Wochenenderholungsgebiet auf. Hier überwiegt die Naherholung durch die örtliche Bevölkerung. Zu erwähnen sind jedoch touristische Radwege (PAMINA-Radweg, Rheintal-Radweg), die das Stadtkreisgebiet durchqueren.
- Das Thema Kinderspielplätze wird im Kapitel von der AG 5 Kuranlagen und Stadtgrün behandelt.

Sportförderung der Stadt Baden-Baden

Die Stadt Baden-Baden leistet einen wesentlichen Beitrag zur Förderung des örtlichen Breiten-, Freizeit-, Gesundheits- und Leistungssport. Vorrang hat hierbei die Unterstützung der ehrenamtlich geführten Struktur der örtlichen Turn- und Sportvereine. Das Schul-, Kultur- und Sportamt ist für die Vereine und alle Sportinteressierten ein wichtiger Ansprechpartner. Die Stadt bzw. das Amt unterstützt und fördert die örtlichen Sportvereine und –gruppen wie folgt:

- Die Stadt verfügt in jedem Stadtteil und zudem in größeren Stadtquartieren über Hallen und Außen-sportanlagen. Insgesamt stehen im Eigentum der Stadt 16 Fußballplätze (hiervon 6 Rasenplätze)

und 21 Turn- Sport- oder Gymnastikhallen. Hinzu kommen noch Bolzplätze und leichtathletische Anlagen (siehe Übersicht). Einige örtliche Vereine wie beispielsweise die Tennis-, Schützen- oder Fußballvereine, aber auch der örtliche Golfclub und ein Turnverein verfügen über eigene Sportanlagen oder Funktionsgebäude.

- Neben der Bereitstellung und Unterhaltung der Sportanlagen fördert die Stadt die örtlichen Turn- und Sportvereine durch einen jährlichen Betriebskostenzuschuss, durch einen Zuschuss zur Unterhaltung vereinseigener Sportstätten, durch einen Zuschuss zur Talentförderung und durch Investitionskostenzuschüsse für den Um- und Ausbau sowie die Sanierung von Sport- und Funktionsanlagen. Darüber hinaus erhalten die Turn- und Sportvereine aber auch sonstige Sportgruppen vom Schul-, Kultur- und Sportamt Beratung und Hilfestellung, insbesondere bei der Durchführung von großen Veranstaltungen und Projekten.
- Laufende Zuschüsse (= Jahreszuschuss entsprechend der dem örtlichen Sportausschuss bzw. dem Badischen Sportbund gemeldeten Mitgliederzahlen) wurden ab dem Jahr 2004 nur noch für jugendliche Mitglieder in den dem örtlichen Sportausschuss angeschlossenen Vereinen gewährt. Hiernach erhalten die Vereine für jedes Jugendmitglied einen Zuschuss in Höhe von max. 3,- € (zur Verfügung stehende Mittel für alle örtlichen Sportvereine). Hierzu ist dem örtlichen Sportausschuss alljährlich eine Kopie des dem Badischen Sportbund Freiburg vorzulegenden Bestandserhebungsbogens vorzulegen. Vereine, welche eine eigene Sportstätte unterhalten und hierfür alljährlich Bewirtschaftungskosten in Höhe von mind. 1.000,- € nachweisen können, erhalten zusätzlich einen pauschalen Betriebskostenzuschuss in Höhe vom max. 300,-€. Soweit der hierfür bereitgestellte Gesamtzuschuss den Betrag von 7.800,- € übersteigt, wird eine anteilige Kürzung vorgenommen.
- Zuschuss zur Förderung von jungen Talenten in den örtlichen Sportvereinen. Hierfür stellt die Stadt ab 2004 dem örtlichen Sportausschuss alljährlich einen Zuschuss in Höhe von 5.400,- € zur Verfügung. Dieser Zuschuss wird vom Sportausschuss entsprechend den von den Vereinen vorgelegten Anträgen unter Berücksichtigung der Zugehörigkeit des zu fördernden Mitglieds zu den Leistungskadern der Sportfachverbände sowie der nachgewiesenen Aufwendungen (u.a. Reisekosten) aufgeteilt.

- Zuschüsse für Investitionsmaßnahmen Sportstättenbau:

Ab 2004 erhalten die dem Badischen Sportbund Freiburg angeschlossenen örtlichen Sportvereine für die aus Landesmitteln geförderten Investitionsmaßnahmen nur noch Zuschüsse für den Erhalt (Sanierung) oder notwendigen Umbau bestehender Sportstätten/-funktionsgebäude (z.B. wegen öffentlicher Auflagen) in Höhe von max. 50% des vom Badischen Sportbund bewilligten Zuschusses. Für den Bau neuer Sportstätten wird künftig kein Zuschuss gewährt.

Für die Benutzung von Sportstätten, Räumen und Einrichtungen erhebt die Stadt seit 01.01.2004 (Neufassung der städt. Gebührenordnung) unterschiedlich hohe Gebühren (je nach Größe, Ausstattung, Nutzungsdauer und – art).

Sportstättenbedarf

Zusammenstellung der beim Amt verfügbaren Daten sowie das Ergebnis einer Umfrage bei den Schulen

Die Schulen haben auf eine Anfrage des Amtes hin einen Bedarf für eine dreiteilige Sporthalle angemeldet (vorrangig Schulen in der Innenstadt). Es kann festgestellt werden, dass der gemeldete Bedarf der Schulen die Belegungskapazität (rd. 36 Wochenstunden) übersteigt. Über den Bedarf der Vereine hat die Sportstiftung Baden-Baden eine Umfrage unter den Vereinen durchgeführt. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Schulen und Vereine die Errichtung einer zusätzlichen 3-teiligen Sporthalle wünschen und von einer vollständigen Belegung (Schul-, und Vereinssport) ausgegangen werden kann.

Zur Standortfrage

Nach Auffassung des Amtes kommen hierfür folgende Standorte in Frage:

- Innenstadt, Vincenti-Schulgelände und Parkdeck Vincentigarage oder ein Gelände im Bereich der Hardstraße (oberhalb Vincentiushaus/Finanzamt)
- Sportanlage in der Aumatt bzw. „Aumatt-Areal“ (besonders wegen dem Schulsportbedarf nachrangig) oder

- Lichtental (Gelände bei der Hauptschule)

Vincentiusgelände/Hardstraße

Im Eigentum der Stadt befinden sich ein ausreichend großes Grundstück in „fußläufiger Entfernung“ zu großen Schulen, schulorganisatorisch der ideale Standort.

Nachteil:

- Eventuell städtebauliche Probleme wegen großer Halle, wertvolles Grundstück, für den Vereinssport gegenüber dem Aumattgelände weniger idealer Standort.

Vincenti-Schulgelände/Parkdeck Vincenti-Garage

Idealer Standort für den Schulsport.

Nachteil:

- Einschränkung der Pausen- und Freifläche der Vincenti-Grundschule, Parkraumproblem, Nachbarschaftsbebauung.

Aumatt-Areal

Im Bereich des Aumattstadions/Aumatt-Areals stehen im Eigentum der Stadt Grundstücke für den Bau weiterer Sportstätten zur Verfügung. Der Bebauungsplan Aumatt sieht dort die Errichtung weiterer Sportstätten vor (mehrere Alternativen); Vorteile durch die Bündelung verschiedener Sportanlagen, hierdurch sind „Synergieeffekte“ möglich, beispielsweise auch große Sportveranstaltungen, zudem kann dort ausreichender Parkraum geschaffen werden.

Nachteil:

- Keine ideale Busanbindung, große Schulen befinden sich nicht in „fußläufiger Entfernung“.

Lichtental, Gelände hinter der Hauptschule

Bisheriger Planungsstandort, gute Verkehrsanbindung

Nachteil:

- Für den Schulsport kein idealer Standort (Busbe-

förderung stets erforderlich), Jugendverkehrsschule muss verlegt werden (zusätzliche Kosten), keine

„Ballsportvereine“ im unmittelbaren Umfeld.

Sportausschuss und örtliche Sportvereine/Sport- und Bewegungsangebote

Im Sportausschuss Baden-Baden e.V. haben sich gegenwärtig 53 Sportvereine mit zusammen rd. 17.600 Mitgliedern zusammengeschlossen. Von den Sparten her sind die Turnvereine im Stadtkreis am häufigsten vertreten und haben auch den höchsten Mitgliederbestand. Nachfolgend weitere hier vertretene Sportarten (in etwa nach Stärke der einzelnen Sparten):

Fußball, Handball, Turnen, Tennis, Schützen, Leichtathletik, Tischtennis, Ski, Reitsport, Volleyball, Behindertensport, Radsport, Tanzsport, Basketball, Boccia, Golf, Judo, Karate, Taekwon-Do, Segelflieger, Motorsport, Kanu, Schach und Fechten.

Neben den im Sportausschuss der örtlichen Vereine zusammengeschlossenen Verbänden gibt es noch eine ganze Reihe von Sport treibenden Freizeitgruppen, welche teilweise ebenfalls städtische Sportanlagen nutzen.

Der Sportausschuss verteilt alljährlich die von der Stadt bereitgestellten Mittel an seine Mitgliedsvereine entsprechend den mit der Stadt abgestimmten Maßgaben. Im übrigen hat es der Sportausschuss der örtlichen Vereine übernommen, die Interessen seiner Mitgliedsverbände in der Öffentlichkeit und gegenüber der Stadt zu vertreten. Der Vorsitzende (=Präsident) ist beratendes Mitglied im Sportausschuss des Gemeinderats. Der Präsident des Sportausschusses und sein Stellvertreter übernehmen Ehrungen und sonstige Repräsentationsaufgaben und geben, zusammen mit dem Geschäftsführer und den Spartenleitern, den angeschlossenen Mitgliedsvereinen in vielfältiger Weise Hilfestellung und Unterstützung.

Sportstiftung Kurt Henn

Die in Baden-Baden (Stephanienstr. 4, 76530 Baden-Baden) ansässige Sportstiftung Kurt Henn hat sich primär zum Ziel gesetzt bzw. die Vision entwickelt, dass der in unserer Gesellschaft zunehmenden Zahl von Kindern und Jugendlichen mit Übergewicht, Haltungsschäden und fehlender Fitness mit geeigneten Maßnahmen entgegengesteuert wird. Sie will in unserer Region helfen, den Kindern und Jugendlichen den Spaß an Bewegung,

die Lust auf Sport wieder näher zu bringen. Denn Sport fördert das Selbstvertrauen, er integriert Menschen jeder Nationalität und Konfession, er fördert die soziale Kompetenz und nicht zuletzt die Intelligenz. Die Sportstiftung unterstützt diejenigen finanziell, organisatorisch und fortbildend, die Sport für junge Menschen ermöglichen, eine gute Erziehung und Bildung geben wollen:

Die Ziele:

- Kindern den Zugang zum Sport erleichtern und sie zu animieren
- Durch Bewegung und Spaß die Gesundheit erhalten und stärken
- Soziale Kompetenz der Kinder erhöhen
- Bewusstsein für mehr Bewegung im Alter stärken
- Ausbildungsangebote für Kinder-„Betreuer“ vermitteln und schaffen
- Effizienz und Lust der Ehrenamtlichen steigern
- Vereins-Probleme lindern: Nachwuchs, Helfer Finanzen
- Pausenhöfe in Kindergärten und Schulen bewegungsfreundlich gestalten
- Geld und Unterstützung für gute Ideen und Projekte besorgen

Sportereignisse

Alljährlich finden auf der Galopprennbahn Iffezheim die vom Internationalen Club Baden-Baden organisierten Pferderennen statt. Im Kurhaus Baden-Baden findet im jährlichen Rhythmus die Proklamation der Sportler/der Sportlerin sowie der Mannschaft des Jahres statt. Auf der Tennisanlage des TC Rot-Weiss e.V. in der Lichtenaler Alle finden jährlich die Europameisterschaften der Senioren statt. Der TC Baden-Baden veranstaltet jährlich die internationalen Tanzveranstaltungen im Kurhaus und in der Meister-Erwin-Halle in der südbadischen Sportschule Steinbach. Verschiedene Sparten der örtlichen Sportvereine führen in der Regel jährlich Stadtmeisterschaften durch.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Wird mittelfristig eine neue dreiteilige Sporthalle gebaut und wo wird der Standort sein?*
- *Soll die Förderung der Vereine in der derzeitigen Form bei behalten oder strukturell verändert und finanziell verbessert werden?*
- *Wie kann der Erlebniswert des Waldes und des Offenlandes durch Unterhaltung bestehender Einrichtungen, Schaffung von Ausblicken, Biotoppflegemaßnahmen etc. weiterhin gefördert werden, um das attraktive Landschaftsbild um Baden-Baden mit einer sehr hohen Erholungseignung langfristig zu sichern?*
- *„Das Interesse der einzelnen Jugendlichen an den Skate- und Bikeanlagen und anderer Trendsportarten ist oft nur kurzzeitig. Initiatoren solcher Anlagen sind meist nur für einen kurzen Zeitraum als Verantwortliche und Nutzer präsent.“*
- *Standort, Unterhaltungs- und Haftungsfragen sind nur schwer lösbar.*

LAUFENDE PROJEKTE

- Geplante Turnhalle in der Cité (Durch die geplante „Normalturnhalle“ in der Cité wird sich der Bedarf im Westen der Stadt etwas entspannen. Die geplante Halle wird im Bereich Schulsport jedoch ausschließlich die neue Grundschule in der Cité und die Hauptschule Oos, daneben den geplanten Kindergarten/die Kindertagesstätte „versorgen“. Im Vereinssport wird besonders der TV Baden-Oos seine Angebote unter deutlich verbesserten Bedingungen etwas erweitern können; darüber hinaus einige weitere Vereine. Der Bedarf für eine 3-teilige Sporthalle besteht jedoch weiterhin.
- Initiative zum Bau einer Dirt-Bike-Anlage
- Tennis- und Kletterhalle beim Aumattstadion:

Zusammen mit dem TC Rot-Weiss, Grün-Weiss und dem Alpenverein/Sektion Baden-Baden-Murgtal plant die Stadt beim Aumattstadion weitere Sportstätten. Die vorhandene 2-Feld-Halle des TC Rot-Weiss soll um eine zusätzliche 2-Feld-Halle erweitert werden, die bestehenden Funktionseinrichtungen wie Umkleiden, Duschen- und Sa-

nitärbereich sowie ein Bistroangebot sollen neu geschaffen werden. Zudem wird an diesem Standort eine Kletterhalle/-turm mit einem in der Region beispielhaften Angebot errichtet.)

- Projekte der Sportstiftung Kurt Henn:

Toben macht schlau (Körperlich aktive und fitte Kinder haben es im Leben und der Schule leichter)

Gut Drauf (Zusammen mit dem Sportausschuss Baden-Baden wird die Zertifizierung der Sportvereine in Baden-Baden organisatorisch und finanziell gefördert)

Pausenhöfe (Hilfe bei der planerischen, organisatorischen und finanziellen Gestaltung der Pausenhöfe von Schulen und Kindergärten)

Kletterfels Eiger (Ein 6 m hoher Kletterturm lädt an verschiedenen Orten die Kinder ein, gefahrlos Geschicklichkeit, Kraft und Mut zu zeigen)

Bewegter Kindergarten (Finanzielle, konzeptionelle und fortbildende Unterstützung der Kindergärten, um die Kinder verstärkt zu bewegen damit sich die Motorik weiter entwickeln kann)

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Im Schul-, Kultur- und Sportamt erstellte Statistiken
- Unterlagen des Gartenamtes
- Interne Akten des Kinder- und Jugendbüros
- Zeitungsartikel
- Internet
- Unterlagen des Forstamtes

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

Der Bebauungsplan Aumatt sieht die Errichtung weiterer Sportstätten vor (mehrere Alternativen). Durch die Bündelung verschiedener Sportanlagen ergeben sich „Synergieeffekte“, beispielsweise auch für große Sportveranstaltungen, zudem kann dort ausreichender Parkraum bereitgehalten werden.

Infolge der demographischen Entwicklung wird langfristig die Zahl der Schüler und jungen Sportler abnehmen, die Zahl der älteren Sporttreibenden hingegen steigen. Hier wegen muss neben dem Schulsport und dem leistungsbezogenen Vereinssport - künftighin dem „Freizeitsport“ - eine höhere Bedeutung beigemessen und andere Anforderungen an die Sportstätten gestellt werden. Die Motivation der Sporttreibenden geht bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung weg vom Leistungssport hin zum Erhalt der Gesundheit und Fitness.

Schwerpunkte der Diskussion

Die Stadt Baden-Baden verfügt über ein differenziertes Angebot im Bereich Freizeit, Sport und Vereinsförderung.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Sportstätten

3.16 VERSORGUNG / STADTWERKE, REGENERATIVE ENERGIEN, ENTSORGUNG

AUSGANGSLAGE REGION UND BADEN-WÜRTTEMBERG

Ein zentrales Leitmotiv für die Entwicklung der Städte und Gemeinden ist die „nachhaltige Entwicklung“. Dies bedeutet, dass nachhaltiges Wirtschaften an die Endlichkeit der Ressourcen gekoppelt ist und weltweit eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen angestrebt werden soll. Dazu gehören nicht nur die Vorräte an Mineralien, Erzen oder fossilen Energieträgern, sondern auch die Ökosysteme der Biosphäre, zum Beispiel Waldgebiete und Gewässer. Zunehmendes Umweltbewusstsein äußert sich unter anderem an der aktiven Teilnahme der Bevölkerung an Projekten zur Energieeinsparung.

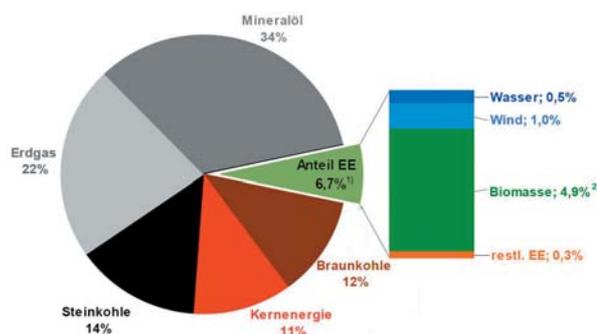
Vor dem Hintergrund der notwendigen CO₂-Minderung zum Klimaschutz und weltweit explodierender Energiepreise ist die Energieversorgung in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Es stellt sich die Frage, wie die vereinbarten Ziele zur CO₂-Minderung erreicht (Kyoto-Protokoll und Folgekonferenzen) und gleichzeitig die Energieversorgung langfristig sichergestellt werden können. Mit dem von 174 Staaten getragenen Kyoto-Protokoll gibt es erstmals eine völkerrechtlich verbindliche Begrenzung des Ausstoßes von Treibhausgasen. Um weitere Verbesserungen im Klimaschutz zu erreichen, hat sich die Bundesregierung für eine Fortsetzung des Kyoto-Prozesses eingesetzt. Gemeinsames Ziel Deutschlands und der EU ist es, bis zum Jahr 2009 die Verhandlungen über ein Kyoto-Folgeabkommen zum Klimaschutz für die Zeit nach 2012 abzuschließen.

Erste Etappe auf dem Weg zu einem neuen Abkommen ist der Europäische Rat im März 2007 in Brüssel gewesen. Dort haben die Staats- und Regierungschefs Europas beschlossen, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu senken. Außerdem wollen die europäischen Staaten bis 2020 die Energieeffizienz um 20 Prozent erhöhen und den Anteil der Biokraftstoffe am EU-Verbrauch von Benzin und Diesel auf mindestens 10 Prozent steigern. In Deutschland soll der CO₂-Ausstoß bis 2020 gegenüber 1990 um 40 Prozent gesenkt werden.

Die Umsetzung des zwischen Bundesregierung und Energiekonzernen vereinbarten Ausstiegs aus der Atomenergie führt dazu, dass mittelfristig die Atomkraftwerke für die Stromerzeugung nicht mehr zur Verfügung stehen und der Energiebedarf auf andere Weise gedeckt werden muss. Von besonderer Relevanz sind damit die Reduzierung des Energiebedarfs, die Steigerung der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen und die Effizienzsteigerung der Leistung von Kraftwerken durch Fernwärmenutzung und Kraft-Wärme-Kopplung.

Eine entscheidende Rolle spielen zunehmend erneuerbare Energien. Der Anteil der erneuerbaren Energien in Deutschland lag im Jahr 2007 bei 6,7 Prozent und in Baden-Württemberg bei 6,5 Prozent des Primärenergieverbrauchs.

Abbildung: Primärenergieverbrauch



Quelle: Stadt Baden-Baden

Der Steigerung der Stromerzeugung aus regenerativen Quellen dient insbesondere das Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG). Die dadurch garantierten Einspeisevergütungen haben zunächst zu einer Steigerung des Anteils der Windkraft geführt und bewirken inzwischen auch einen verstärkten Ausbau der Photovoltaik auf Freiflächen. Das technische Potenzial erneuerbarer Energien in Deutschland entspricht von der Größenordnung her gut einem Drittel bis der Hälfte des heutigen Primärenergieverbrauchs.

Gemäß Beschluss der Umweltministerkonferenz vom Mai 2007 soll die Nutzung erneuerbarer Energien auf einen Anteil von 16 Prozent am Primärenergieverbrauch bis 2020 ausgebaut werden. Ziel der Landesregierung Baden-Württemberg ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien auf 10 Prozent bei der Primärenergie und auf 20 Prozent an der Stromenergie auszubauen (Erneuerbare Energien in Baden-Württemberg, 2006).

Seit Mitte der 1990er Jahre konnte der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch entscheidend erhöht werden. Verantwortlich für die bundesweit positive Entwicklung war vor allem der Ausbau der Biomassennutzung. Auf Biomasse entfällt in allen Ländern außer Schleswig-Holstein und dem Saarland der größte Anteil erneuerbarer Energie. Zweitwichtigster Energieträger im Land, wie auch in Bayern, ist mit einem Anteil von rund 30 % die Wasserkraft. In den meisten anderen Ländern ist deren Bedeutung eher gering. Bei der Nutzung der Solarenergie ist Baden-Württemberg mit einem An-

teil von 4,5 % an allen erneuerbaren Energieträgern mit Abstand Spitzenreiter. Nur noch in Hessen ist die Solarenergie mit einem Anteil von 3,4 % erwähnenswert. Bundesweit ist außerdem die Windkraft von großer Bedeutung. Den höchsten Anteil an Windkraft hat mit mehr als zwei Drittel an den erneuerbaren Energieträgern Schleswig-Holstein. In Baden-Württemberg liegt er mit nur 2 % unter den Flächenländern nach Bayern am zweitniedrigsten (Statistische Monatshefte Baden-Württemberg 12/2007).

Ziel der Region Mittlerer Oberrhein ist die Förderung zur Nutzung regenerativer Energiequellen (Regionalplan Mittlerer Oberrhein 2993). Dazu wurden im Regionalplan Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen ausgewiesen. Von vier dargestellten Vorranggebieten ist in Baden-Baden der Standort „Urbach“ dargestellt.

3.16.1 VERSORGUNG / STADTWERKE

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Strom

Das Netzgebiet der Stadtwerke Baden-Baden umfasst nach der Übernahme des Stadtteils Ebersteinburg den gesamten Stadtkreis.

Umspannung 110/20 kV

Die Einspeisung der Kernstadt erfolgt über zwei 110 kV Freileitungen des Übertragungsnetzbetreibers EnBW. Die Übergabe erfolgt im Umspannwerk Oos (Bauernfeldstraße). Ab hier betreiben die Stadtwerke ein eigenes 110-kV-Netz mit zwei insgesamt 6,5 km langen Kabeln zum Umspannwerk Waldseestraße. In beiden Umspannwerken werden je zwei 110 kV / 20 kV Transformatoren betrieben, die in der Regel drei getrennte Mittelspannungs- Teilnetze „Oos“, „Weststadt“ und „Stadt“ versorgen. Die Transformatoren sind so bemessen, dass bei einem Ausfall eines Transformators ausreichend Reserve über einen weiteren Transformator und / oder das Mittelspannungsnetz bereitgestellt werden kann (n-1-Prinzip).

Für die 110-kV-Freiluft-Leistungsschalter im Umspannwerk Oos gibt es nur noch begrenzt Ersatzteile. Die Leistungsschalter werden im Rahmen der laufenden Wartung ausgewechselt. Ebenfalls haben die 110-kV-Leistungsschalter des Umspannwerk Waldseestraße ihre technischen Lebensdauer erreicht. Die Durchführung

eines „Retrofi-Programm“ bzw. Austausch ist vorgesehen.

20-kV-Netz

Die Einspeisung im „Reblandnetz“ erfolgt über zwei 20 kV Freileitungen der SüWAG Energie AG. Für die Übergabe stehen zwei 20-kV-Stationen zur Verfügung, von denen eine als Reservestation für Störungen bereitsteht. Mittelfristig wird die Reserveeinspeisung und die Netzkopplung beider Teilnetze über eine neue Versorgungsleitung aus dem Umspannwerk Oos vorgesehen. Mit der Verlegung von Teilabschnitten dieser 20-kV-Doppelleitung wurde bereits im Rahmen von anderen Netzmaßnahmen begonnen.

Insgesamt umfasst das Mittelspannungsnetz der Stadtwerke 252 km MS-Kabel und 7,5 km MS-Freileitungen. „Watertree – gefährdete PE-Kabel“ wurden in den vergangenen Jahren ausgetauscht oder mittels eines speziellen Verfahrens saniert (siehe Störungshäufigkeit).

Die Auswechslung von älteren Kabeln erfolgt zustandsorientiert, d.h. nur sofern Verstärkungen in den jeweiligen 20 kV-Ringen sinnvoll sind, oder sofern die Kabel störungsauffällig sind.

20-kV-Umspannstationen

Im Netz der Stadtwerke befinden sich 229 Netzstationen und 118 Kundenstationen. Neue 20-kV-Stationen werden aus Gründen der Personen- und Anlagensicherheit ausschließlich in SF6-Schaltanlagentechnik errichtet. Auffällige, luftisolierte Anlagentypen bestimmter Hersteller werden systematisch in den nächsten Jahren ausgewechselt.

Niederspannungsnetz

Das Niederspannungsnetz der Stadtwerke Baden-Baden besteht aus 343 km NS-Kabeln, 176 km HA-Kabeln und 119 km NS-Freileitungen. Es werden 7690 Kabel-Hausanschlüsse und 4610 Freileitungshausanschlüsse unterhalten. Durch den zunehmenden Strombedarf in der Innenstadt, ausgelöst durch Elektronik aber auch durch den Betrieb von Klimageräten, sind in den nächsten Jahren Verstärkungsmaßnahmen und Auswechslung älterer Kabel notwendig.

Störungshäufigkeit

Die SWBAD nehmen an der VDN – Störungsstatistik teil, die alle Versorgungsunterbrechungen mit einer Dauer > 1 s auswertet.

Abbildung: Störungen und geplante Unterbrechung

2006	VDN - Deutschland	SWBAD
Unterbrechungshäufigkeit H_U	0,523 / Jahr	0,332 / Jahr
Unterbrechungsdauer T_U	69,8 min	45 min
Nichtverfügbarkeit Q_U	36,5 min / Jahr	14,939 min / Jahr

Quelle: Stadt Baden-Baden

Unterbrechungshäufigkeit H_U :

- Diese Kenngröße ist ein Maß dafür, wie oft ein Kunde im Jahr durchschnittlich von einer Versorgungsunterbrechung betroffen ist.

Unterbrechungsdauer T_U :

- Diese Kenngröße ist ein Maß dafür, wie lange die Unterbrechung eines Kunden im Durchschnitt dauert.

Nichtverfügbarkeit Q_U :

- Diese Kenngröße ist das Produkt aus Unterbrechungshäufigkeit und Unterbrechungsdauer. Sie ist ein Maß für die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Kunde zu einem beliebigen Zeitpunkt von einer Versorgungsunterbrechung betroffen ist, bzw. für die durchschnittliche Dauer in einem Jahr, in der ein Kunde von einer Versorgungsunterbrechung betroffen ist.

Im deutschlandweiten Vergleich bei störungsbedingten Ausfällen beim Endkunden stellen sich die Stadtwerke Baden-Baden mit 4,5 Minuten/a deutlich besser dar, als der Bundesdurchschnitt mit 21,8 Minuten!

Stromabgabe 2007

Es wurden insgesamt 279,6 GWh (inkl. 40.866 MWh EEG-Strom) in das Netz der SWBAD eingespeist.

Im Netzgebiet der Stadtwerke Baden-Baden wurden 2.276 MWh aus EEG-Anlagen erzeugten Strom eingespeist.

Die Abgabe des Stromhändlers Stadtwerke Baden-Baden ist gegenüber dem Vorjahr um 4,9 GWh bzw. um 1,9 % gestiegen.

Erlöse 2007

Die Umsatzerlöse aus dem Stromverkauf betragen 32,6 Mio. €. Die Konzessionsabgabe an die Stadt Baden-Baden in Höhe von 2,07 Mio. € wurde voll erwirtschaftet.

Strompreise

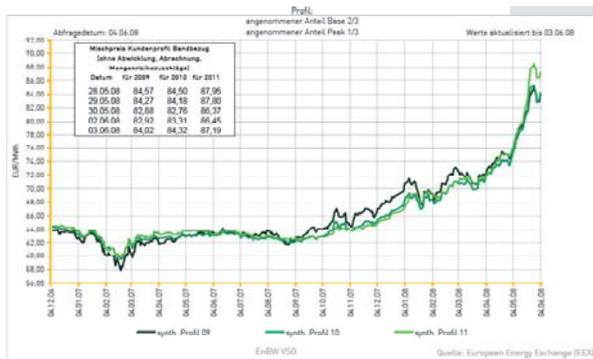
Die Strompreise setzen sich im Wesentlichen aus den Komponenten Energieerzeugung (Beschaffung), Netznutzung und Steuern/Abgaben zusammen. Dabei liegt der Anteil von Steuern und Abgaben bei ca. 40% des Gesamtpreises.

Abbildung: Faktoren die den Energiepreis beeinflussen



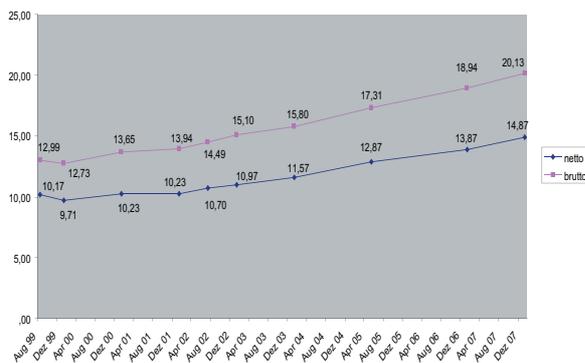
Quelle: Stadt Baden-Baden

Abbildung: Strompreisentwicklung an der Strombörse EEX seit Dez.06



Quelle: Stadt Baden-Baden

Abbildung: Strompreisentwicklung Baden-Baden



Quelle: Stadt Baden-Baden

Gas

Die Stadtwerke Baden-Baden versorgen das Stadtgebiet Baden-Baden (ohne Reblandstadtteile) sowie die Gemeinden Iffezheim und Hügelsheim mit Erdgas. Im Rahmen eines Betriebsführungsvertrages sind die Stadtwerke außerdem für das Gasnetz auf dem Baden-Airpark zuständig. Das Erdgas wurde 2007 von der Gaz de France Deutschland GmbH bezogen (411.119 Tsd. kWh). Die Umsatzerlöse aus dem Gasverkauf betragen 17,3 Mio. €. Die Konzessionsabgabe an die Stadt Baden-Baden sowie die Gemeinden Iffezheim und Hügelsheim in Höhe von 460 T€ wurde voll erwirtschaftet

Gasübergabe und Gasnetz

Die Netzkopplung zum Transportnetz der GVS erfolgt

über zwei Gasübernahmestation (27 – 67,5 bar). Über das eigene Gashochdrucknetz wird das Erdgas zu den insgesamt 35 Gasdruckregelanlagen geleitet. Hier erfolgt die Druckreduzierung je nach Druckbereich auf 35 mbar bis 900 mbar.

- Schema Gasverteilnetzes und Druckbereiche:

Netzdaten:

Länge des Hochdrucknetzes 50 km

Länge des Mitteldrucknetzes 100 km

Länge des Niederdrucknetzes 198 km

Laternenleitungen 6 km

Anzahl der Entnahmestellen 11.317 Stck.

Seit 1990 wurden ca. 20 km Graugussrohre erneuert oder stillgelegt. Im Jahr 2006 konnten die letzten 260 m Grauguss durch neue Kunststoffleitungen ersetzt werden und somit auch das Grauguss-Rehabilitationsprogramm zum Abschluss gebracht werden.

Der Zustand der Stahlleitungen älterer Generation und der duktilen Gussleitungen mit Schraubmuffen ist teilweise nicht bekannt.

Stahlleitungen und duktile Gussleitungen werden nach Auftreten von ersten Schäden oder Undichte, Abschnittsweise erneuert. Insbesondere die durch Kanalbaumaßnahmen betroffenen Streckenabschnitte werden untersucht und teilweise erneuert.

Die Ergebnisse der Rohrnetzüberprüfungen durch Fremdfirmen waren in den letzten Jahren sehr positiv und ergaben im Schnitt nur 4 Undichten pro überprüfetes Gebiet.

Netzausbau

Der wichtigste Netzausbau am Hochdrucknetz ist die Verbindung der beiden Übernahmestationen Baden-Baden in der Industriestraße und Übernahmestation Sandweier in der Richard-Haniel-Straße. Es ist geplant, die in der Industriestraße bereits verlegte Gashochdruckleitung DN 300 Stahl über das neue Gewerbegebiet West Flugstraße bis zur vorhandenen Hochdruckleitung DN 250 Stahl (Achse Ooser Bahnhofstraße) zu verbinden.

Außer einer größeren Versorgungssicherheit wäre durch diese Verbindung eine Trennung der Hochdrucknetze

einmal nach Baden-Baden und zum anderen in Richtung Iffezheim, Hügelsheim und Baden-Airpark möglich.

Die Netzerweiterung des Gasnetzes beschränkt sich hauptsächlich auf kleine Verlängerungen in Straßen zur Versorgung neuer Kunden. Weitere Netzausbauplanungen betreffen hauptsächlich Neuerschließungsgebiete wie das Gewerbegebiet Flugstraße Oos, Wörnersangewand und Illgenberg in Haueneberstein sowie Langenacker in Ebersteinburg.

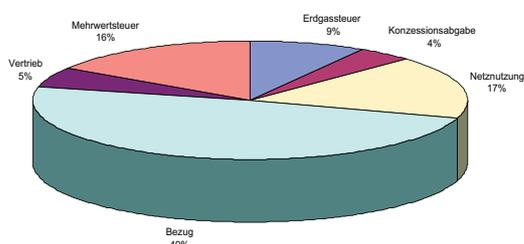
Die Gasdruckregel und Messanlagen wurden in den letzten Jahren kontinuierlich erneuert.

Gaspreise

Die Gaspreise setzen sich im Wesentlichen aus den Komponenten Gasbeschaffung (Energie und Transport), Netznutzung und Steuern/Abgaben zusammen.

Dabei liegt der Anteil von Steuern und Abgaben bei ca. 30% des Gesamtpreises.

Abbildung: Kostenbestandteil Gas (brutto) für Tarifkunden



Quelle: Stadt Baden-Baden

Wasser

Der Betriebszweig Wasserversorgung beliefert den gesamten Stadtkreis Baden-Baden mit Wasser. Die Qualität des zur Verteilung kommenden Wassers wird laufend überwacht und entspricht den Anforderungen der Trinkwasserverordnung.

Die Wassergewinnung nutzt Grund- und Quellwasser (3.730 Tsd. m³). Von den Stadtwerken Bühl GmbH wird Wasser für das Rebland bezogen um bei geringer Quellschüttung den Nitratwert zu senken. Die Wasserabgabe im Jahr 2007 betrug 3.341 Tsd. m³. Die Umsatzerlöse aus dem Wasserverkauf betragen 5,47 Mio. € (5,56 Mio.

€ Vorjahr).

Die Konzessionsabgabe an die Stadt Baden-Baden in Höhe von 632 Tsd. € wurde im Verbund voll erwirtschaftet.

Die Netzverluste betragen rd. 551 Tsd. m³ Wasser (incl. Spülungen). Nach der Tabelle des Arbeitsblattes „Richtwerte für die spezifischen realen Wasserverluste q_{VR} in Rohrnetzen in m³/km x h“ liegen wir damit im mittleren Bereich von 0,07 – 0,15 m³/h x km.

Im Rahmen eines Betriebsführungsvertrages betreuen die SWBAD auch die Wassernetze von Hügelsheim und dem Baden-Airpark.

Die Grundwasserdruckleitungen, Quellszuführungsleitungen, Überlaufleitungen und Pumpenleitungen verbinden die Wassergewinnungsanlagen mit den Behältern und den Netzgebieten.

Die Grundwasserdruckleitung I DN 400 GG mit Stemmuffen aus dem Jahre 1912 wurde nach Fertigstellung der neuen Grundwasserdruckleitung III DN 600 GGGz 1988 in zwei Abschnitte unterteilt. Der erste Abschnitt, jetzt mit Grundwasserdruckleitung IA bezeichnet, wurde dem Tannenwegnetzsystem zugeordnet und der zweite Abschnitt IB vom Schweigrotherplatz bis zum Annabergbehälter wurde in das Druckleitungssystem Annaberg integriert. Die II. Grundwasserdruckleitung DN 400 GG mit Schraubmuffen wurde 1954 gebaut und dient hauptsächlich als Pumpenleitung zur Befüllung des Tannenwegbehälters. Die III. Grundwasserdruckleitung DN 600 GGGz, die ab dem „Alten Bahnhof“ in die Druckleitung IB und ins Versorgungsnetz einspeist, dient hauptsächlich zur Befüllung des Annabergbehälters. Das gesamte Grundwasserdruckleitungssystem ist ca. 22 km lang und die Drücke bewegen sich von 8,5 bar bis zu 20 bar.

Ein großer Teil der ältesten Grundwasserdruckleitung IA und IB DN 400 GG vom Jahre 1912 wurde erneuert, mit Zementmörtel ausgekleidet oder wie im Jahre 2007 mit einem Gewebeslauch saniert. Zum Schutz der Fußgängerzone in der Lange Straße wurde am Sonnenplatz eine zusätzliche Elektroklappe eingebaut.

In den nächsten Jahren sollten weitere Teilstücke der Grundwasserdruckleitung IB saniert werden (Lange Straße). Welches Sanierungsverfahren in Zukunft zum Einsatz kommt, muss noch untersucht werden.

Die Quellszuführungsleitungen, überwiegend aus Grauguss mit Stemmuffen aus den Jahren 1885 bis 1910,

bringen die Quellwässer über die Aufbereitungsanlagen in die entsprechenden Behälter und Versorgungszonen.

Die I. Zuführungsleitung DN 275, 250, 200 GG bringt das Quellwasser der Plättigquellen über die Grobbachanlage zu den Behältern Yburg und Merkur.

Die II. Quellzuführungsleitung DN 225, 150, 125 GG leitet das Quellwasser der Kugelau- und Scherrquellen über die Anlage Seelach in den Lichtentaler Hochbehälter.

Die Quellzuführungsleitung Lichtental DN 175, 150, 125 GG bringt das Wasser der Lichtentaler Quellen über die Anlage Schmalbach und Müllenbach ebenfalls in den Lichtentaler Hochbehälter.

Die Quellzuführungsleitungen haben insgesamt eine Länge von ca. 36 km und die Drücke reichen von 2,5 bis 25 bar.

Die Quellzuführungsleitungen bestehen überwiegend aus im Stand gegossene Graugussrohre mit natürlicher Gusshaut und sind immer noch von guter Qualität, wie man bei teilweise ausgebauten Rohrstücken feststellen konnte.

Aufgrund von Kanalbaumaßnahmen oder anderer Baumaßnahmen wurden schon Teilstücke ausgewechselt und durch duktile Gussleitungen ersetzt.

Eine Sanierung oder Auswechslung von Quellzuführungsleitungen ist im Moment nicht geplant.

Andere Pumpenleitungen z.B. nach Ebersteinburg oder vom Grundwasserwerk zum Zentralbehälter und auch vom Zentralbehälter zum Schneckenbachbehälter oder Almbehälter bestehen überwiegend aus duktilem Guss, der allerdings teilweise durch Außenkorrosion angegriffen ist. Hier sollten Teilbereiche in den nächsten Jahren saniert werden.

Netzbewertung

- Die Gesamtlänge des Wassernetzes beträgt ca. 487 km und liegt damit im Verhältnis zur Einwohnerzahl im oberen Bereich. Dabei beträgt der Anteil an Graugussleitungen ca. 28 % und der Anteil an älteren Stahlleitungen ca. 5 %. Die Auswechslungsrate liegt bei ca. 0,84 %/a und damit im unteren Bereich.
- Die Auswechslungsrate von defekten Schiebern und Hydranten erfordert zukünftig einen erhöhten Auf-

wand.

- Die Anzahl der Rohrbrüche ist in den vergangenen Jahren leicht zurückgegangen und die Wasserverluste liegen im mittleren Bereich. Zur Verbesserung der Feuerlöschversorgung in bestimmten Gebieten sollten Versorgungsleitungen aufdimensioniert werden.
- Anhand der Rohrbruchstatistik und Leitungszustandsanalyse wurde ein Sanierungsprogramm erstellt. Dieses muss jedoch wegen Baumaßnahmen der Stadt (vor allem Kanalbaumaßnahmen) immer häufiger zurückgestellt werden (Trassen freizumachen, Graugussleitungen mit auszuwechseln).

Netzausbau

Durch die zu erwartende Klimaänderung mit lang anhaltende Trockenperioden ist mit steigenden Verbrauchswerten zu rechnen. Eventuell sind dann die Transportkapazitäten der Grundwasserdruckleitungen den erhöhten Anforderungen anzupassen. Dies könnte den Bau einer weiteren Druckleitung vom Grundwasserwerk in Richtung Annaberg bedeuten.

Anlagen

Die Trinkwasserversorgung des Stadtgebietes sowie der mitversorgten Ortsteile erfolgt aus dem Grundwasserwerk Oberwald südwestlich von Sandweier und den Quellwassergewinnungsanlagen im Stadtwald. Die „Rebland-Wasserversorgung“ für Steinbach, Neuweier und Varnhalt bezieht Grundwasser aus dem Wasserwerk Steinbach und Quellwasser aus dem Gewinnungsgebiet Neuweier. Eine Verbindungsleitung zwischen beiden Versorgungsnetzen existiert nicht.

Grundwasserwerk

Im Grundwasserwerk Oberwald wird Grundwasser aus 20 Vertikalbrunnen sowie einem Horizontalfilterbrunnen gewonnen. Die geologisch bedingten Eisen- und Mangangehalte werden unter Einsatz natürlicher Verfahren (Belüftung und Filtration) entfernt. Anschließend wird das Trinkwasser mit einem Hoch- und einem Niederdruckpumpwerk über 3 Leitungen in die Hochbehälter Annaberg bzw. Tannenweg gefördert. Die Versorgung der peripheren Ortsteile erfolgt von dort aus über weitere Zonenpumpwerke und Hochbehälter bzw.

Druckminderstationen.

Im Zustrombereich des Grundwasserk Oberwald sind aufgrund der industriellen Nutzung ca. 25 Standorte von Verunreinigungen bekannt. Diese werden je nach Gefahrenpotential betrachtet und abgearbeitet. Eine CKW –Fahne ausgehend von einem Industriebetrieb tangierte die südlichen Vertikalbrunnen. Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen führten dazu, dass derzeit keine Nutzungseinschränkung vorhanden ist.

Quellwasser

Das Quellwasser aus den Gewinnungsanlagen im Stadtwald wird in den 3 Aufbereitungsanlagen Seelach und Schmalbach entsäuert und desinfiziert. In der Aufbereitungsanlage Grobbach wird das Rohwasser entsäuert und zuvor über Mehrschichtfilter die Trübung und Färbung entfernt. Von diesen Anlagen gelangt das Wasser in die Behälter bzw. in das Versorgungsnetz. Grundsätzlich wird die gesamte Schüttung der Quellen zur Trinkwassergewinnung genutzt, sofern die Qualität des Wassers und die Kapazität der Aufbereitungsanlagen dies zulässt. Der Restbedarf wird aus der Grundwasserförderung gedeckt, die somit mengenmäßig an die Quellwasserverfügbarkeit gebunden ist.

Aufgrund der Sturmschäden des Orkan Lothar und den veränderten mikrobiologischen Anforderungen an das Quellrohwasser wurde im Jahre 2003 im Grobbachtal eine Filtersanlage gebaut.

Rebland

Das Wasserwerk Steinbach der „Rebland-Wasserversorgung“ besteht aus 2 Tiefbrunnen, aus denen das Grundwasser direkt mit den Unterwasserpumpen der Brunnen in den Zentralbehälter Rebland gefördert wird. Zur Senkung der Nitratkonzentration wird zusätzlich Trinkwasser der Stadtwerke Bühl beigemischt. Hinzu kommt Quellwasser aus der Gewinnung Neuweier, das in einer Aufbereitungsanlage entsäuert und aufgrund der veränderten mikrobiologischen Anforderungen mittels einer in 2006 gebauten Filteranlage aufbereitet wird.

Zur Versorgung der höher gelegenen Ortsteile dienen weitere Hochbehälter und Pumpstationen.

Die örtliche landwirtschaftliche Nutzung spiegelt sich in der Problematik der Rohwasserqualität des Grundwassers wieder. Nitrate, Pflanzenschutzmittel und Pestizide sind im Einzugsbereich sowie in den Rohwässern

nachweisbar. Künftige Aufgabenschwerpunkte werden sich daher in der Einhaltung der Trinkwasserqualität ergeben. Hierfür ist eine vorausschauende rohwasser-schonende Bewirtschaftung der Trinkwassereinzugsgebiete von größter Bedeutung. Dieses Ziel soll durch die Neuausweisung und Überarbeitung der vorhandenen Trinkwasserschutzgebiete gewährleistet werden.

Wärme

Nahwärme

Die Stadtwerke Baden-Baden betreiben für das Wohngebiet „Briegelacker“ sowie das Gebäude eines Dienstleistungsunternehmens eine Nahwärmeversorgung. Ebenso wird das Wohngebiet „Stöcke Süd“ durch eine Heizzentrale versorgt. Beide Wohngebiete haben einen Wärmebedarf von ca. 5.300 MWh pro Jahr.

Fernwärme

Zur Fernwärmeversorgung der Kernstadt von Baden-Baden wurde die „Gemeinschaftskraftwerk Baden-Baden GmbH“ gegründet. Gesellschafter sind die Landesgesellschaft „Fernwärmegesellschaft Baden-Württemberg mbH“ und die Stadtwerke mit je 50 % der Gesellschafteranteile. Für die Wärmeerzeugung zeichnet die „EnBW Energy Solutions GmbH“ bis zum Jahr 2012 verantwortlich. Die Betriebsführung für das Heizwerk als auch für das FW-Netz wird durch die Stadtwerke Baden-Baden durchgeführt.

Das Fernheizwerk Rotenbachtal ist eines der größten kommunalen Biomasseheizungsanlagen in Baden-Württemberg. Mit einer Kesselleistung von 3,2 MW spart diese Anlage jährlich ca. 4.000 t CO₂ ein und wird mit naturbelassenem und nicht belastetem Holzbrennstoff H1 und H2 befeuert. Die Spitzenwärmeversorgung erfolgt durch 2 Erdgasheizkessel mit einer Feuerungsleistung von je 7 MW.

Die Heizzentrale wird vollautomatisch ohne ständige Beaufsichtigung mit minimalem Personaleinsatz betrieben und über die Netzleitstelle der Stadtwerke Baden-Baden überwacht.

Die Jahreswärmeabgabe der Anlage beträgt ca. 35 000 MWh.

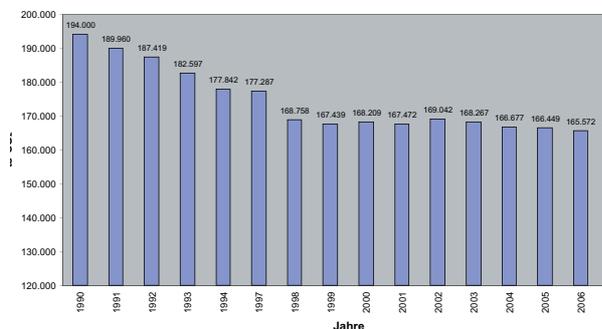
Über das ca. 5 km lange Fernwärmenetz werden öffentliche Gebäude, Hotels, Schulen, Kurhaus und Festspielhaus mit umweltverträglicher Wärme versorgt.

Abbildung: Blockheizkraftwerk

Quelle: Stadt Baden-Baden

Zusammen mit den bei den Stadtwerken neu installierten Solaranlagen wird eine weitere Senkung der CO₂ Emissionen um 38 Tonnen/a in Baden-Baden erreicht.

Seit 1990 konnten durch Maßnahmen der Stadtwerke im Energie- und Verkehrsbereich die Emissionen um ca. 15 % gesenkt werden.

Abbildung: CO₂ - Einsparung durch Maßnahmen der Stadtwerke Baden-Baden von 1990 bis 2007

Quelle: Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

Regulierung

Liberalisierung der Energiewirtschaft

Das Handeln und die Ausrichtung der SWBAD wurde in den letzten Jahren durch das neue Energiewirtschaftsgesetz und seiner Rechtsverordnungen geprägt.

Die Vorschriften des Unbundling führten zur buchhalterischen und informatorischen Trennung des Netzbereiches von den übrigen Bereichen der SWBAD. Hierdurch sind zahlreiche Synergien im Unternehmen entfallen und bürokratischer Mehraufwand entstanden. Durch regide Auslegung und Umsetzung der Regelungen durch die Bundesnetzagentur bzw. der Landes-Regulierungsbehörde sind Belastungen aufgetreten, die das Ergebnis der SWBAD nachhaltig beeinflussen.

Ab Januar 2009 treten die Maßnahmen der Anreizregulierung in Kraft. Diese führen automatisch zu weiteren Erlöseinbußen in den Netzbereichen, deren Höhe heute noch nicht beziffert werden können. Neben dem Netzbetrieb und dem Vertrieb ist auch das Messwesen einem zunehmenden Wettbewerb ausgesetzt. Die Möglichkeit des Anschlussnehmers, Dritte mit dem Einbau, Betrieb und Wartung der Messeinrichtung zu beauftragen führt zu weiteren Schnittstellen und aufwändigen Abwicklungsverfahren.

Die von den Regulierungsbehörden verlangten Abwicklungsmodalitäten verlangen einen komplexen elektronischen Datenaustausch und Abwicklungsprozess. Dieser ist nur mit entsprechenden Softwareprogrammen und flexibler Handhabung in den Rechenzentren möglich. Die Anwendungsprogramme hinken deutlich hinter den Anforderungen der Politik zurück und sind herstellerseitig erst noch zu entwickeln. Auch die erweiterten Pflichten zur Veröffentlichung zahlreicher Daten und Vorgänge, sowohl in Amtsblättern als auch im Internet, führen zu weiteren Belastungen des Unternehmens.

Abbildung: Deregulierung oder Planwirtschaft

Regelwerk früher			Regelwerk heute		
	Paragrafen	Ermächtigungen		Paragrafen	Ermächtigungen
EnWG	19	11	EnWG	126	26
AVBEitV	37	0	NAV	29	0
AVBGasV	37	0	StromGVV	23	0
			NDAV	29	0
BTOEtV	18	2	GasGVV	23	0
KAV	9	0	KAV	9	0
(VV Strom)			StromNEV	33	21
(VV Gas)			GasNEV	33	18
			StromNZV	31	22
			GasNZV	45	16
			ARegV-E	34	13
			KraftNAV-E	11	4
Summe	120	13	Summe	500	107

Quelle: Stadt Baden-Baden

Die Zahl der für die Energiewirtschaft wesentlichen Regelungen ist explosionsartig gestiegen. Statt bisher 120 Paragraphen und 13 Ermächtigungen sind heute 500 Paragraphen und 107 Ermächtigungen zu beachten

Ausbildung

Die SWBAD bilden seit über 50 Jahren verschiedene Berufsgruppen aus, überwiegend im technischen Bereich. Im Durchschnitt werden ca. 20 % der Arbeitsplätze im Versorgungsbereich durch Auszubildende ausgefüllt. Das ist ein Spitzenwert innerhalb vergleichbarer Unternehmen in Baden-Württemberg und darüber hinaus! Unsere Ausbildung wird als ein wichtiger Bestandteil des Unternehmens mit fester Verankerung in unserer Unternehmenskultur angesehen. In unserem Unternehmensleitbild ist hierzu folgendes ausgeführt:

- Als starker Wirtschaftsfaktor in der Stadt Baden-Baden sichern wir Arbeitsplätze und bieten eine zukunftssträchtige Ausbildung.

Kaufmännische Berufe:

- Industriekaufmann/frau

Technische Berufe:

- Elektroniker/in für Betriebstechnik
- Industriemechaniker / in,
- Kraftfahrzeugmechaniker / in
- Anlagenmechaniker

Der steuerliche Querverbund

Das kommunale Leistungsspektrum ist gekennzeichnet durch Gewinn und Verlust bringende Aufgaben. Während kommunale Versorgungsbetriebe, wie die Stadtwerke, regelmäßig Gewinne erwirtschaften, führt das Betreiben bestimmter Einrichtungen wie Bäder oder Verkehrsbetriebe tendenziell zu Verlusten. Zur Bewältigung der dauerhaft defizitären Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge wird der Querverbund zur Zusammenfassung und Ergebnisverrechnung von Gewinn bringenden mit dauerdefizitären Betrieben seit vielen Jahren von der Finanzverwaltung und der Rechtsprechung anerkannt. Der Querverbund ermöglicht also, dass die Gewinne und Verluste aus kommunalen Betrieben bzw. Beteiligungen direkt oder indirekt - d. h. steuerlich - verrechnet werden können. Der Erhalt des kommunalen Querverbundes wurde in einer Entscheidung des Bundesfinanzhof bei einem Verfahren im Jahr 2007 nicht in Frage gestellt. Nach Schätzungen des Städte- und Gemeindebunds beträgt das Verlustverrechnungsvolumen aller Städte und Gemeinden bis zu 6 Mrd. EUR.

Bäderbetriebe

Seit dem 01. Januar 2006 sind die Bäderbetriebe mit Hallen- und Freibad Bertholdbad, den Freibädern Hardbergbad und Steinbach sowie dem Strandbad Sandweier in das Betriebsvermögen und die Betriebsführung der SWBAD integriert.

Das Freibad Hardbergbad wurde inzwischen komplett saniert. Die Kosten hierfür betragen ca. 4,0 Mio. €. Als weitere Herausforderung steht der Neubau des Bertholdbades an.

Der Betriebsverlust der Bäderbetriebe betrug im Jahr 2007 ca. 1,5 Mio. €.

Verkehrsbetriebe

Die Verkehrsbetriebe sind in die Karlsruher Verkehrsverbund GmbH integriert. Es werden die Linien im Stadtkreis Baden-Baden und auch einige Linien in den Landkreis Rastatt hinein bedient. Die Abwicklung des Linienverkehrs erfolgt überwiegend durch eigenes Personal und Fahrzeuge.

Im Betriebsjahr 2007 haben die Busbetriebe 10,4 Mio. Personenbeförderungen (10,3 Mio. Vorjahr) durchgeführt. Diese Leistungserbringung wurde nach den Umrechnungsfaktoren der Karlsruher Verkehrsverbund

GmbH ermittelt.

Die Umsatzerlöse erhöhen sich auf 7,2 Mio. € (im Vorjahr 6,7 Mio. €). Eine Tarifanpassung erfolgte zum 01.04.2007 und 01.09.2007. Der Betriebsverlust der Verkehrsbetriebe betrug im Jahr 2007 ca. 2,0 Mio. €.

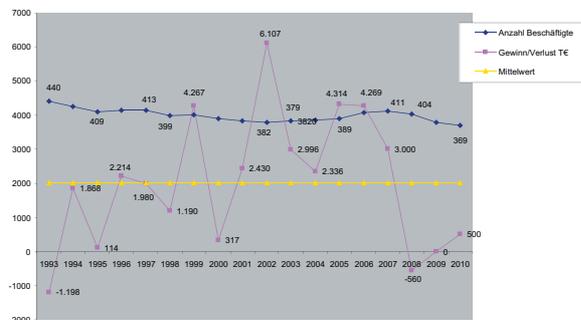
Parkgaragensellschaft

Die Gesellschaft betreibt 5 Garagen mit insgesamt 2010 Garagenstellplätzen. Daneben bewirtschaftet die Gesellschaft 652 oberirdische Stellplätze.

Seit September 2005 wird ein „personalloser Betrieb“ in der Kongresshaus und der Vincentgarage durchgeführt. Die Steuerung und Überwachung der Garagen erfolgt über die Leitstelle in der Kongresshausgarage. Bei Störfällen wird ein Bereitschaftsdienst eingesetzt.

Bedingt durch bauliche Schäden sind derzeit umfangreiche Sanierungsmaßnahmen in der Kongresshausgarage notwendig, die das Betriebsergebnis der Garagensellschaft deutlich beeinflussen werden

Abbildung: Entwicklung der Stadtwerke von 1993 bis 2010



Quelle: Stadt Baden-Baden

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *keine*

LAUFENDE PROJEKTE

Um weiterhin dem steigenden Kostendruck Stand halten zu können und die Ziele des im Jahr 2004 verabschiedeten „Kommunalwirtschaftlicher Zielkatalog“ zu errei-

chen, werden derzeit folgende Projekte durchgeführt:

- Kostensenkungsprogramm mittels Gemeinkostenwertanalyse (Prozesse optimieren, Personal anpassen/Poolbildung und weitere Dienstleistungsangebote).
- Wärmemessdienst in Kooperation mit Metrona Wärmemesser Gesellschaft für Haustechnik GmbH & Co. KG.
- Bau von BHKW,s mit Enerpa Dezentrale Kraftwerkstechnik GmbH.
- Pilotprojekt Mini-BHKW zur dezentralen Wärme- und Stromerzeugung.
- Überlegungen zur Kooperation mit benachbarten Stadtwerken.
- Auswahl neuer Anwendungssoftware und Überlegungen zur Gründung eines Rechenzentrum durch die Stadtwerke der Technologieregion.

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

Strategisches Maßnahmenbündel der Energie und Wassersparten:

- Die Stadtwerke werden ihre Energiedienstleistungen (EDL) noch weiter ausbauen um die Kundenbindung zu verstärken und weitere Deckungsbeiträge zu erzielen.
- Potenziale der regenerativen Energieausnutzung sind auszunutzen. Der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung ist dort, wo sie wirtschaftlich einsetzbar ist der Vorzug zu geben.
- Die Qualität der Energie- als auch der Wasserversorgung hat auch zukünftig höchste Priorität.
- Um die Anforderungen der Kunden, der Gesetzgeber als auch der Stadt Baden-Baden gerecht zu werden, sind weitere Kostensenkungen zu realisieren.

AUSBLICK/MEGATRENDS

- Die Globalisierung wird weiter voranschreiten. Damit wird der Einfluss der BRD auf globale Entwicklungen weiter sinken.

- Die Liberalisierung wird durch die EU weiter verschärft (Strukturen wie in Deutschland üblich, sind die Ausnahme in anderen EU-Ländern).
- Der Wettbewerb unter den Energiehändlern und Versorgungsunternehmen wird weiter zunehmen.
- Intelligente Zähler und die monatliche Energieabrechnung als Anreiz zum Energiesparen werden zum Standard.
- Zunehmende Technisierung und Einsatz von Steuerungen, Klimatisierung und Strom für Niedrigenergiehäuser führt zur Aufzehrung der weiteren Strom-Einsparungen.
- Die Menschen werden sich verstärkt nach Sicherheit sehnen. Dies gilt auch für Energie und Wasser (Rundum-Sorglospaket). Damit ergeben sich Chancen für örtliche Energiedienstleister.
- Dezentrale Einspeisungen und das entsprechende Lastmanagement wird Zukunftsaufgabe (Markt für Energiedienstleistungen).

3.16.2 REGENERATIVE ENERGIEN

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

In Baden-Baden werden derzeit folgende regenerativen Energieträger zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt.

- Biomasse
- Geothermie
- Solare Strahlungsenergie
- Umgebungswärme
- Wasserkraft

Biomasse (Biogas und Feststoff)

Jährlicher Biomasseanfall, Nutzung und Entsorgung

Die Gemarkung Baden-Baden umfasst eine Gesamtfläche von ca. 140 km², bei einem Grünflächenanteil von 85%. Davon sind ca. 8.620 ha Waldfläche, 3.140 ha landwirtschaftliche Fläche und ca. 170 ha sonstiges

Grünland. Derzeit werden im Staats- und Stadtwald jährlich ca. 32.000 fm Stammholz und 9.000 fm Industrielholz eingeschlagen.

Im Rahmen von Landschaftspflegemaßnahmen wurden im Jahr 2007 ca. 600 Schütt-m³ Holzschnitzel erzeugt. Diese wurden teilweise an Biomasseheiz(kraft)werke in der Region verkauft. Ein Großteil des Grünschnitts verbleibt bisher ungenutzt auf der Fläche, da die Bergung oftmals aufwändig und mit hohen Kosten verbunden ist.

Nach Angaben des städtischen Gartenamts fallen bei den jährlichen Mäharbeiten ca. 2.800 m³ geschnittenes Gras- und ca. 3.300 m³ Gehölzschnitt an. Ein Großteil davon wird auf das Kompostwerk Vogel geliefert.

Die Gewässerrandstreifen, die vom Zweckverband Hochwasserschutz Baden-Baden Bühl gemäht und geschnitten werden, liefern einen Biomassertrag von ca. 50 m³ Schilf und ca. 100 m³ Reisig, Laub und Gras. Die Entsorgung des Materials erfolgt größtenteils auf dem Kompostwerk Vogel.

Gegenwärtig wird auf einer Fläche von ca. 15 ha landwirtschaftlich nicht verwertbares Landschaftspflegeheu gewonnen. Das Mahdgut verbleibt auf der Fläche, wird umgemulcht oder kompostiert. Der jährliche Ertrag so genannten Landschaftspflegeholz beträgt ca. vier Tonnen je Hektar (FNR 2002) und liegt somit bezogen auf die derzeit bearbeitete Fläche bei 60 Tonnen.

Die jährliche angelieferte Menge an Grünschnitt auf dem Kompostwerk Vogel beträgt zwischen 15.000 Tonnen und 18.000 Tonnen.

Holz-Pelletheizungen

Die Holz-Pelletheizung der Hauptschule Steinbach besitzt eine Heizleistung von 500 kW und ist seit Herbst 2005 in Betrieb. Die Pelletheizung deckt den gesamten jährlichen Wärmeverbrauch der Schule von ca. 570 MWh. Der jährliche Brennstoffverbrauch liegt bei ca. 140 Tonnen Holzpellets.

In der Grundschule Varnhalt ist seit Herbst 2006 eine Holz-Pelletheizung mit einer Heizleistung von 320 kW installiert. Die jährlich erzeugte Wärmemenge der Pelletheizung beträgt ca. 375 MWh, der Holzpelletverbrauch ca. 90 Tonnen.

Biomasseheizwerk

Das Fernheizwerk im Rotenbachtal besteht aus einem Biomassekessel mit einer Heizleistung von 3,2 MW und zwei Erdgaskesseln mit einer Heizleistung von insgesamt 14 MW. Die Anlage wird von den Stadtwerken Baden-Baden betrieben. Als Biomasse-Brennstoffe werden naturbelassenes und unbelastetes Holz der Brennstoffklassen H1 und H2 verbrannt. Die erzeugte Wärmemenge des Biomassekessels betrug im Jahr 2007 12.160 MWh, der Brennstoffverbrauch lag bei 4.240 Tonnen Holz. Der Anteil regenerativ erzeugter Wärmemenge an der Gesamtwärmemenge (2007: 34.550 MWh) lag bei ca. 35 %. Die Wärmeverteilung erfolgt über ein 5 km langes Fernwärmenetz, an das die Gebäude der Kernstadt angeschlossen sind.

Deponiegas-, Klärgas-, Biogasanlagen

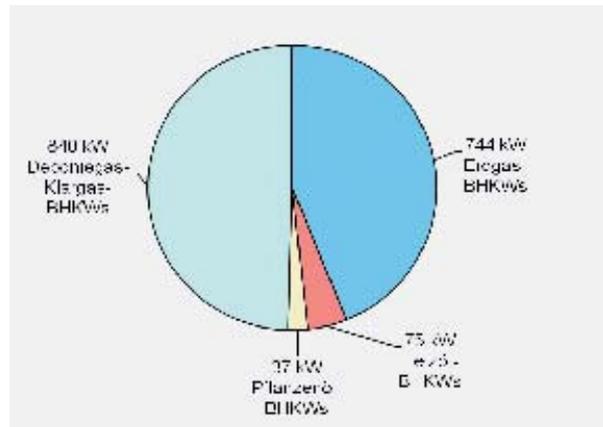
Auf der Gemeinschaftskläranlage Baden-Baden Sinzheim werden jährlich aus 80.000 m³ Klärschlamm, 7.000 t Bioabfälle und 4.000 t Speisereste 2 Mio m³ Biogas gebildet. Zusätzlich werden jährlich 700.000 m³ Deponiegas aus Gasbrunnen der Deponie Tiefloch gefördert und über eine 5,5 km lange Gasleitung zur Kläranlage gepumpt. Das Deponiegas wird mit dem Klärgas vermischt und anschließend zentral im Blockheizkraftwerk verbrannt. Das Blockheizkraftwerk besteht aus vier Gasmotoren mit einer Gesamtleistung von 840 kW elektrisch und 1.500 kW thermisch. Im Jahr 2006/2007 wurden ca. 4.700 MWh Strom erzeugt. Davon wurden 3.700 MWh Eigenstrom verbraucht und 1.000 MWh ins öffentliche Stromnetz eingespeist. Insgesamt wurden 8.500 MWh Abwärme erzeugt. Der Eigenverbrauch an Wärme liegt zwischen 30-50% und wird für die Beheizung der Gebäude und Faultürme genutzt.

Blockheizkraftwerke

In Baden-Baden sind derzeit 32 Blockheizkraftwerke (BHKWs) mit einer elektrischen Gesamtleistung von 860 kW installiert. Bezieht man die vier Blockheizkraftwerke der Gemeinschaftskläranlage Baden-Baden Sinzheim in die Gemarkung der Stadt Baden-Baden mit ein, so erhöht sich die Anzahl auf 36 und die Leistung um 840 kW auf 1.700 kW.

Unterteilt man die BHKWs hinsichtlich der Betriebsweise nach Brennstoffarten so ergibt sich folgende Verteilung der installierten elektrischen BHKW-Leistungen.

Abbildung: Elektrische Leistungen der Blockheizkraftwerke aufgeteilt nach Brennstoffart



Quelle: Stadt Baden-Baden

Die eingespeiste Strommenge durch Blockheizkraftwerke, die auf fossiler Brennstoffbasis (Erdgas und Heizöl) betrieben wurden (KWK-Strom) betrug im Jahr 2007 ca. 727 MWh. Die Gesamtmenge an Strom, die durch Erdgas- / Heizöl-Blockheizkraftwerke erzeugt wurde ist nicht dokumentiert, da bei diesen Blockheizkraftwerken nur der erzeugte „Stromüberschuss“, der nicht selbst verbraucht wird ins öffentliche Netz eingespeist wird.

Bei Blockheizkraftwerken die mit Biogas oder Pflanzenöl betrieben werden und je Kilowattstunde eingespeister Strommenge nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) vergütet werden, wird im Regelfall immer die gesamt produzierte Strommenge eingespeist. Die eingespeiste Strommenge der Pflanzenöl-Blockheizkraftwerke betrug im Jahr 2007 ca. 73 MWh, die des Biogas-BHKW betrug 1000 MWh.

Geothermie

Die Region Baden-Baden besitzt durch ihre hohen Erdreichtemperaturen in Oberflächennähe ein großes geothermisches Potential. Während die durchschnittliche Temperaturzunahme je 100 Meter Tiefe in der Erdkruste bei 3 Kelvin liegt, beträgt diese im Innenstadtbereich 28 Kelvin je 100 Meter Tiefe. Einschränkungen der Nutzung sind durch das ausgewiesene Heilquellenschutzgebiet im Stadtbereich vorgegeben. Derzeit sind 13 Erdwärmesondenanlagen und ein Erdwärmekollektor installiert (s. Anhang 1)

Solare Strahlungsenergie

Photovoltaikanlagen

Derzeit gibt es in Baden-Baden 231 Photovoltaikanlagen (Stand: 31.12.2007) mit einer elektrischen Gesamtleistung von 2.391 kW und einer Solarmodulfläche von ca. 19.000 m². Im Jahr 2007 wurden 2.004 MWh Solarstrom in das öffentliche Netz eingespeist.

Die größte Photovoltaikanlage ist die Freiflächenanlage in Oos mit einer elektrischen Leistung von 869 kW_p. Weitere große Anlagen befinden sich auf den Dächern städtischer Gebäude.

Die Tabelle zeigt die technischen Anlagendaten einzelner ausgewählter Photovoltaikanlagen in Bachen von Wohnhäusern.

Tabelle: Öffentliche Standorte Solaranlagen

Standort	Leistung Elektrische	Solarmodul -fläche	Stromertrag (2007)
Freiflächen-Anlagen:	Leistung		
Oos	869 kW _p	6.950 m ²	885 MWh/a
Freiflächen-Anlagen:			
Dachflächen-Anlagen:	869 kW _p	6.950 m ²	885 MWh/a
FB Bürgerdienste, Steinbach	12 kW _p	92 m ²	10 MWh/a
Dachflächen-Anlagen:			
FB Bürgerdienste, Marktberg	12 kW _p	92 m ²	10 MWh/a
Marktberg-Ludwig-Gymnasium	11 kW _p	92 m ²	9 MWh/a
Dachflächen-Anlagen:			
Richard-Wagner-Gymnasium	61 kW _p	490 m ²	56 MWh/a
Dachflächen-Anlagen:			
Richard-Wagner-Gymnasium	62 kW _p	490 m ²	56 MWh/a
Dachflächen-Anlagen:			
GHS Ilzweierstein	18 kW _p	66 m ²	Inbetriebnahme Sep. 07
Dachflächen-Anlagen:			
GHS Schule Sandweier	16 kW _p	160 m ²	Inbetriebnahme Sep. 07
Dachflächen-Anlagen:			
Hauptschule Sandweier	36 kW _p	280 m ²	Inbetriebnahme 2008
Dachflächen-Anlagen:			
Richard-Wagner-Gymnasium	33 kW _p	260 m ²	Inbetriebnahme 2008
Dachflächen-Anlagen:			
Richard-Wagner-Gymnasium	33 kW _p	260 m ²	Inbetriebnahme 2008

Quelle: Stadt Baden-Baden

Solarthermische Anlagen

Die Anzahl solarthermischer Anlagen sowie die jährlich erzeugte Wärmemenge zur Heizungs- und Brauchwasserunterstützung in Baden-Baden ist unbekannt, da der Großteil dieser Anlagen auf Dachflächen von Wohnhäusern installiert ist.

In folgender Tabelle sind die solarthermischen Anlagen zusammengestellt, die sich auf öffentlichen Gebäuden der Stadt befinden.

Tabelle: Öffentliche Standorte Solarthermische Anlagen

Standort	Absorber-/ Kollektorfläche	Wärmeertrag
Hardbergbad	1.570 m ²	480 MWh/a
Freibad Steinbach	430 m ²	130 MWh/a
Stadtklinik	276 m ²	140 MWh/a
Tagespflagestätte Steinbach	10 m ²	20 MWh/a

Quelle: Stadt Baden-Baden

Umgebungswärme

Derzeit sind 15 Wärmepumpen, die Erdwärme oder Grundwasserwärme nutzen in Betrieb. Die Anzahl von Wärmepumpen, die Luft oder Abwärme nutzen ist nicht dokumentiert.

Wasserkraft

Derzeit gibt es 6 Wasserrechte zur Nutzung von Wasserkraft in Baden-Baden. Betrieben werden zwei private Wasserkraftanlagen am Grobbach mit einer maximalen elektrischen Gesamtleistung von 81 kW. Des Weiteren betreiben die Stadtwerke eine Wasserturbine mit einer maximalen elektrischen Leistung von 18 kW. Die Anlage befindet sich im Gebäude des Wasserbehälters „Annaberg“. Insgesamt wurden im Jahr 2007 198 MWh Strom aus Wasserkraftanlagen erzeugt.

Windkraft

Der Regionalverband Mittlerer Oberrhein hat mit Satzung vom 19. April 2004 den Regionalplan um das Kapitel 4.2.5 Erneuerbare Energien – Windenergie mit Ausweisung von Vorranggebieten für regionalbedeutende Windkraftanlagen fortgeschrieben. Ziel der Fortschreibung ist es, in diesen Gebieten die Möglichkeit Windkraftanlagen zu errichten, zu sichern. Als Vorranggebiet für raumbedeutsame Windenergieanlagen in

der Region Mittlerer Oberrhein wurde auf Gemarkung Baden-Baden das Gebiet um den Urberg ausgewiesen. Der Gemeinderat hat sich allerdings im Zuge der Fortschreibung des Regionalplanes unter Abwägung der ökologischen und energetischen Aspekte insbesondere aus landschaftlichen und touristischen Gründen wiederholt gegen Windkraftanlagen auf den Hängen des Schwarzwaldes im optischen Einflussbereich der Stadt Baden-Baden ausgesprochen.

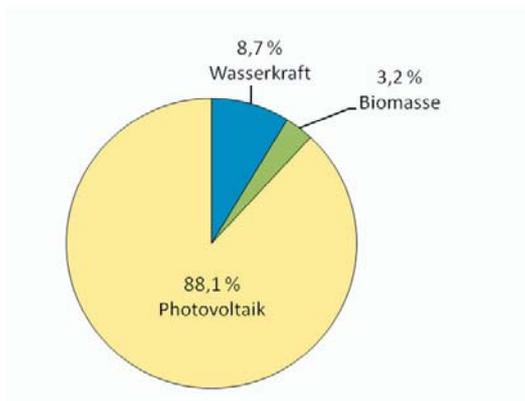
Gesamtübersicht regenerative Strom- und Wärmeerzeugung

Stromerzeugung

Im Jahr 2007 wurden insgesamt ca. 280.000 MWh in das Stromnetz der Stadtwerke Baden-Baden eingespeist. Der Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien betrug 40.866 MWh (14,6%), davon wurden 2.275 MWh Strom aus EEG-Anlagen eingespeist, die sich innerhalb der Stadtgemarkung Baden-Baden befinden.

Das Kreisdiagramm zeigt den jeweiligen Anteil der eingespeisten Strommenge aus EEG-Anlagen innerhalb der Stadtgemarkung Baden-Baden im Jahr 2007.

Abbildung : Stromerzeugung aus EEG-Anlagen innerhalb der Stadtgemarkung Baden-Baden im Jahr 2007



Quelle: Stadt Baden-Baden

Wärmeerzeugung

Die Gebäudebeheizung in Baden-Baden erfolgt überwiegend auf Basis fossiler Energieträger. Die Stadt-

werke Baden-Baden betreiben ein Erdgasnetz, das sich entlang der Hauptrasse durch die Stadt erstreckt. Im Jahr 2007 betrug der Gasverbrauch in Baden-Baden rund 597.000 MWh (inkl. der Rebland Stadtteile). Die nicht an das Erdgasnetz angeschlossenen Gebäude werden größtenteils mit Heizöl beheizt.

Des Weiteren betreiben die Stadtwerke zwei Nahwärmenetze für die Wohngebiete Briegelacker und Stöcke Süd auf Erdgasbasis. Die Kernstadt Baden-Baden wird durch ein Fernwärmenetz versorgt. Die eingespeiste Wärme wird durch das Fernheizwerk im Rotenbachtal erzeugt. Die Jahreswärmeabgabe des Fernheizwerks beträgt ca. 35.000 MWh, davon werden derzeit ca. 12.000 MWh durch den Biomassekessel bereitgestellt, 23.000 MWh durch die Erdgaskessel. Eine weitere Wärmeversorgung auf Biomassebasis erfolgt dezentral in der Hauptschule Steinbach sowie in der Grundschule Varnhalt. Insgesamt werden jährlich 950 MWh/a Wärme durch die Pelletheizungen in den Schulen erzeugt.

Solarthermische Anlagen zur Unterstützung der Brauchwarmwasser- und Badewassererwärmung sind im Hardbergbad, im Freibad und in der Tagespflegestätte Steinbach und in der Stadtklinik installiert. Die jährlich erzeugte Wärmemenge dieser Anlagen beträgt ca. 770 MWh.

Im Privatbereich gibt es derzeit 12 Gebäude die Geothermie zur Heizungsunterstützung nutzen sowie eine nicht dokumentierte Anzahl solarthermischer Anlagen auf Dachflächen.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- Soll der Anteil an erneuerbaren Energien bei der Strom- und Wärmeversorgung über den gesetzlichen Anteil hinaus gesteigert werden z.B. durch die Errichtung von Biomasseheiz(kraft)werken ?
- Soll die grundsätzliche Machbarkeit zur Wärmenutzung der Tiefengeothermie geprüft werden?
- Soll eine nochmalige Überprüfung der Gemarkung Baden-Baden zwecks Nutzung von Windkraftanlagen zur Stromerzeugung auf geeigneten Standorten in Betracht gezogen werden oder soll, um den gemäß EEG geforderten gesetzlichen Anteil von 25-30 % zu erreichen, eine Beteiligung an einer größeren Anlage außerhalb Baden-Badens (z.B. Offshore – Anlagen vor der Küste) angestrebt werden ?

- *Soll es parallel zur Energieberatung bei den Stadtwerken (Energieeinsparberatung, Einsatz verschiedenster Heizsysteme, Dämmung von Gebäuden, Verleih von Messgeräten, Angebot von Wärmebildaufnahmen, Ausstellung des Wärmepasses) eine zusätzliche Anlaufstelle für die Beratung Privater und Gewerbetreibender über die Energiegewinnung aus regenerativen Energien sowie den Einsatz zusätzlicher Förderprogramme geben oder soll die Energieberatung zentral bei den Stadtwerken entsprechend personell und inhaltlich ausgebaut werden?*

um Freiburg, Landesamt für Geologie, Rohstoffe, und Bergbau wurde am 31.01.2005 ein Hauptbetriebsplan zur Aufsuchung von Erdwärme durch eine befristete Zulassung für die Firma HotRock GmbH aus Karlsruhe erteilt. Derzeit läuft ein Antrag auf Verlängerung durch die Firma HotRock GmbH beim Regierungspräsidium Freiburg. Eine Übersichtsuntersuchung der geothermischen Verhältnisse Baden-Baden wurde im Juni 2008 beim Regierungspräsidium Freiburg durch die Stadt Baden-Baden, beauftragt. Das Gutachten wird Mitte September/Anfang Oktober 2008 fertig gestellt sein.

LAUFENDE PROJEKTE

Biomasse

- **Holzschnitzelheizung:** Der westliche Gebäudeteil und der Erweiterungsbau der Europäischen Medien und Event Akademie (EurAka) sollen ab September 2009 mit einer Holzschnitzelheizung (Heizleistung: 190 kW) versorgt werden. Über ein Nahwärmenetz sollen zusätzlich die neue Ganztagesgrundschule und die Turnhalle mit versorgt werden.
- **Blockheizkraftwerk:** Der Südwestrundfunk Baden-Baden (SWR) nimmt im September 2008 für eines seiner Betriebsgebäude in der Hans-Bredow-Straße ein BHKW in Betrieb. Die elektrische Leistung beträgt dabei 200 kW, die thermische Leistung 250 kW. Der dazu verwendete Brennstoff ist Pflanzenöl aus regionalem Anbau. Desweiteren sind bereits erhebliche CO₂-Einsparungen erzielt worden und werden auch zukünftig weiter verfolgt (Umstellung von konventionellen Klimaanlageanlagen auf die so genannte „Bauer-Lüftung“, Energiespar-Contracting, Fassadensanierungen nach ENEC der Gebäude in Baden-Baden).

Geothermie

- **Oberflächennahe Geothermie:** Die städtische Entwicklungsgesellschaft Cité plant derzeit den Bau einer größeren Erdwärmesondenanlage zur Beheizung und Kühlung des Sanierungsprojektes Ecole Paris. Das Fachgebiet Umwelt und Gewerbeaufsicht betreibt eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit und Beratungstätigkeit zum Thema „Geothermie Baden-Baden“ (z. B. beim Regionaltag der Region Mittlerer Oberrhein).
- **Tiefengeothermie:** Durch das Regierungspräsi-

Solare Strahlungsenergie

- **Photovoltaikanlagen:** (Die Stadtwerke Baden-Baden errichten derzeit drei Photovoltaikanlagen mit einer Solarmodulfläche von insgesamt ca. 600 m². Die Anlage mit einer elektrischen Leistung von 22 kWp und einer erwarteten Jahresstromproduktion von 20.500 kWh wird auf dem Dach des Betriebsgebäudes in der Waldseestraße installiert. Die beiden anderen Anlagen mit einer elektrischen Gesamtleistung von 45 kWp werden auf den Dachflächen des Wasserwerks Oberwald in Sandweier errichtet. Die erwartete Jahresstromproduktion liegt bei 42.500 kWh.

Umgebungswärme

- **Wärmenutzung, Abwasser:** Für die Objekte Theodor-Heuss-Schule, Schulzentrum-West und Gewerbegebiet Oos-West werden derzeit Machbarkeitsstudien erstellt, die prüfen sollen, ob eine Wärmenutzung des Abwassers unter technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten realisierbar ist. Die Studie wird im August präsentiert.

Wasserkraft

- Die Stadtwerke Baden-Baden prüfen derzeit die Wiederinbetriebnahme einer Wasserkraftanlage an der Oos.

PERSPEKTIVEN FÜR LEITKONZEPTE

Nutzung und Potentiale von Biomasse

Noch weitestgehend ungenutzt sind bisher die Potentiale an Waldresthölzern (Wipfel und Astholz) und Gehölze die bei der Jungbestandspflege und Durchforstung anfallen (Schwachholz). Diese Sortimente eignen sich zur Energieholznutzung. Laut Untersuchungen der forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Freiburg liegt das mittlere technisch erschließbare Potential von Waldenergieholz auf Bundesebene bei 2,5 m³ bzw. 6,25 Schütt-m³ je Hektar und Jahr (FVA Freiburg 2007). Daraus errechnet sich ein jährliches Biomassepotential von ca. 21.000 m³ bzw. 52.000 Schütt-m³ Holz für die Waldfläche Baden-Baden.

Weitere Potentiale befinden sich auf Landschaftspflegeflächen. Oftmals verbleibt die Biomasse nach der Mahd auf der Fläche, wird untergemulcht oder auf Deponien entsorgt.

Stromerzeugung

EEG-Strom (erneuerbare Energiegesetz)

Derzeit beträgt der Anteil der Stromerzeugung aus EEG-Anlagen in Baden-Baden 0,8%. Langfristiges Ziel bei der Stromerzeugung bis 2020 könnte ein EEG-Anteil von 25 -30% sein (Integriertes Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung, Kabinettsbeschluss vom 05.12.2007).

Folgende erneuerbare Energien sollten bei der Stromerzeugung in Baden-Baden in Betracht gezogen werden:

- Biomasse: Kraft-Wärme-Kopplung (Biomasseheizkraftwerk, Biogasanlage)
- Tiefengeothermie: Geothermisches Heizkraftwerk
- Photovoltaik: Dachflächenanlagen, Freiflächenanlagen
- Windkraft: Windkraftanlagen

KWK-Strom

Die derzeitig installierte elektrische Gesamtleistung der Blockheizkraftwerke in Baden-Baden beläuft sich auf 1.700 kW. Langfristiges Ziel könnte ein KWK-Anteil von 20 - 25% an der Stromerzeugung sein (Zielsetzung

Landes-, Bundesregierung).

Stromeinsparung

Die im Jahr 2007 eingespeiste Strommenge in Baden-Baden lag bei rund 280.000 MWh. Ziel könnte eine Stromeinsparung von 11% bis 2020 sein (Zielsetzung Bundesregierung).

Folgende Maßnahmen kommen in Betracht:

- Energieeinsparung durch Steigerung der Energieeffizienz
- Einsatz moderner Gebäudeleittechnik
- Einsatz von energieeffizienten elektrischen Geräten

Wärmeerzeugung

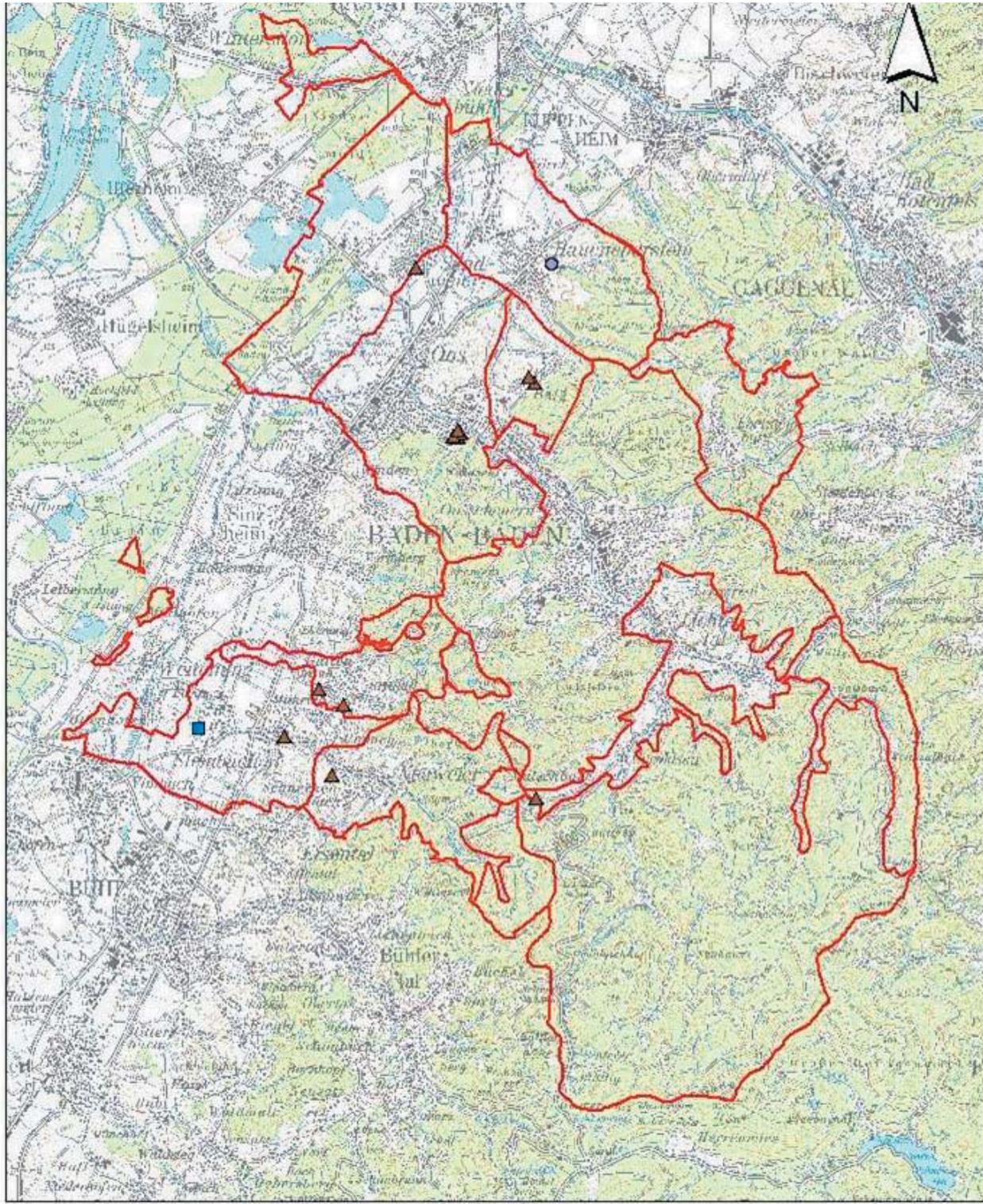
Der Großteil der Wärmeerzeugung erfolgt in Baden-Baden auf Basis fossiler Energieträger (Erdgas und Heizöl). Langfristiges Ziel könnte eine Reduktion des Wärmeverbrauchs und eine Substitution fossiler Brennstoffe durch die Nutzung erneuerbarer Energien (Biomasse, Geothermie, Solarthermie) darstellen. Der Anteil an erneuerbaren Energien bei der Wärmeerzeugung bis 2020 könnte zwischen 14% und 16% betragen (Zielsetzung Landes- und Bundesregierung).

Folgende Maßnahmen kommen in Betracht:

Energieeinsparung durch Steigerung der Energieeffizienz:

- Gebäudealtbau: Energetische Gebäudesanierung
- Gebäudeneubau: Bau von Niedrigenergiehäusern und Passivhäusern
- Anlagentechnik: Einsatz energieeffizienter Anlagentechnik bei Heizung und Warmwasserbereitung (z.B. Blockheizkraftwerke, Brennwertkessel, Wärmepumpe)
- Nutzung von Wärmequellen: Ab- und Prozesswärme zur Heizungsunterstützung (z.B. Nutzung von Wärme im Abwasser)

Übersichtsplan: Erdwärmenutzung



- ▲ Erdwärmesonden
- Grundwasserwärmepumpen
- Erdwärmekollektoren
- Gemarkungen im Stadtkreis Baden-Baden

Quelle: Stadt Baden-Baden

Einsatz Erneuerbarer Energien

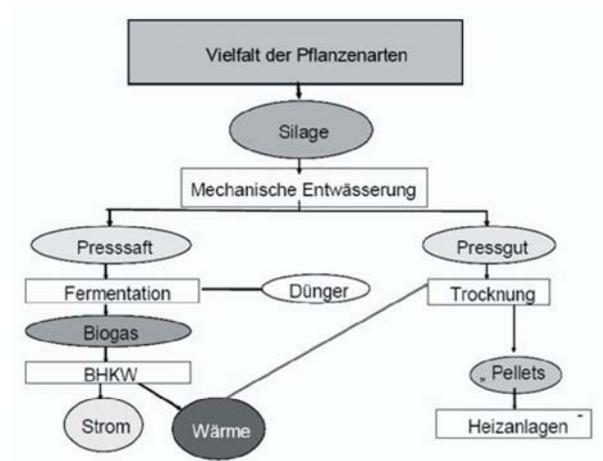
- Biomasse:
 - Holzhackschnitzelheizungen zur Wärmeversorgung größerer Gebäudekomplexe, Wohngebiete, Gewerbegebiete etc.. Nutzung und Bau von Nah- und Fernwärmenetzen zur Wärmeversorgung auf Biomassebasis.
 - Holz-Pelletheizungen
 - Kraft-Wärme-Kopplung durch Biogas
- Geothermie
 - Erdkollektoren und Erdwärmesonden zur Heizungsunterstützung in Kombination mit einer Wärmepumpe
- Solarthermie
 - Einsatz von Solarthermiekollektoren zur Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung

PERSPEKTIVEN FÜR LEITPROJEKTE

Biomasse

Der Eigenbetrieb Umwelttechnik der Stadt Baden-Baden plant die Anwendung eines neuen Biomasseverfahrens (nach K. Scheffer). Hierbei wird neben der Erzeugung von Biogas auch biogener Festbrennstoff hergestellt. Das besondere an dem Verfahren ist, dass Biomasse, die vermeintlich Abfall darstellt (Landschaftspflegematerial, Bachräumgut etc.) und in konventionellen Biogasanlagen nicht oder nur schlecht verwertet werden kann, mit der neuen Technik energetisch nutzbar gemacht wird. Im ersten Schritt werden Silagen unterschiedlicher Biomassen mechanisch ausgepresst. Der Presssaft wird in einer Biogasanlage zu Methangas vergoren. Das Gas kann als Brennstoff in einem Blockheizkraftwerk zur Strom- und Wärmeerzeugung eingesetzt werden. Das Pressgut wird nach der Trocknung zu Brennstoff aufbereitet und kann in Heizanlagen zur Wärmeerzeugung genutzt werden.

Abbildung: Funktionsschema Biogasverfahren nach Scheffer



Quelle: K. Scheffer 2007

Städtische Gebäude

Größte Priorität bei Maßnahmen zur Energieeinsparung, Energieeffizienzsteigerung und dem Einsatz Erneuerbarer Energien haben Objekte mit hohen Energieverbräuchen. In der folgenden Tabelle sind die fünf städtischen Gebäude mit den höchsten Energieverbräuchen aufgeführt (2. Energiebericht für Baden-Baden 2007).

Tabelle: Brennstoff- und Stromverbrauch öffentlicher Gebäude

Objekte	Brennstoffverbrauch	Stromverbrauch
Schulzentrum West	2.611 MWh/a	602 MWh
Real und Musikschule	1.340 MWh/a	113 MWh
Theodor-Heuss-Schule	958 MWh/a	242 MWh
Markgraf-Ludwig-Gymnasium	925 MWh/a	132 MWh
Theater am Goetheplatz	689 MWh/a	418 MWh

Quelle: Stadt Badem-Baden

Eine fundierte Aussage welche Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs für das jeweilige Objekt zu treffen sind kann erst nach einer objektbezogenen Energiekonzeption erfolgen. Allgemein kann jedoch gesagt werden, dass durch eine Gebäudesanierung,

dem Einsatz von Gebäudeleittechnik, der Nutzung energieeffizienter Anlagen (z.B. Kraft-Wärme-Kopplung durch Blockheizkraftwerke, Brennwertkessel) und einer Wärmeversorgung auf Biomassebasis (z.B. Holzsplitzelheizung oder Holz-Pelletheizung) die Energieverbräuche gesenkt, die Kosten reduziert und der Anteil an erneuerbaren Energien gesteigert werden kann.

Nutzung und Erweiterung von Nah- und Fernwärmenetzen

Die Stadtwerke Baden-Baden betreiben zwei Nahwärmenetze und ein Fernwärmenetz mit einer Jahreswärmeabgabe von insgesamt ca. 40.300 MWh. Ca. 30 % der Wärme wird durch das Biomasseheizwerk im Rotenbachtal eingespeist. Langfristiges Ziel bei der Wärmeversorgung durch die bestehenden Nah- und Fernwärmenetze könnte ein Deckungsanteil von 90% an regenerativ und energieeffizient erzeugter Wärme darstellen. Dies könnte z.B. durch den Bau eines Biomasseheizkraftwerks (thermischen Leistung: 6 MW, elektrischen Leistung: 1 MW) im Rotenbachtal erfolgen. Weitere Maßnahmen wären die vorhandenen Erdgaskessel in den jeweiligen Heizzentralen durch Blockheizkraftwerke bzw. Holz-Pelletheizungen zu ersetzen.

Darüber hinaus sollte über eine Erweiterung und eine Netzverdichtung der bestehenden Nah- und Fernwärmenetze nachgedacht werden, um weitere Verbraucher mit regenerativ erzeugter Wärme versorgen zu können. Bei zusammenhängenden Gebäudekomplexen (Schulzentrum, Krankenhaus etc.), Wohnsiedlungen und Gewerbegebieten mit hohen Wärmeverbräuchen ist die Machbarkeit von Nahwärmenetzen zu prüfen.

Ausbau Photovoltaikanlagen

Die eingespeiste Strommenge durch Photovoltaikanlagen liegt derzeit bei 0,7% bezogen auf die eingespeiste Gesamtstrommenge für Baden-Baden. Um diesen Anteil deutlich zu erhöhen, sollte als erste Maßnahme eine Bestandsaufnahme geeigneter Dachflächen in Baden-Baden durchgeführt werden. Mit Hilfe dieser Potentialstudie könnten konkrete Aussagen über die maximal mögliche jährliche Stromproduktion durch Photovoltaikanlagen auf Dachflächen in Baden-Baden getroffen werden.

Folgende Dachflächen auf städtischen Gebäuden kommen nach Aussagen der Stadtverwaltung (FG Gebäudemanagement) für die Nutzung von Photovoltaikanlagen in Frage:

Tabelle: Ausbau Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden

Objekte	Dachfläche
Grundschule Neuweier *	300 m ²
Theodor-Heuss-Schule	300 m ²
Turnhalle Sandweier	280 m ²
Hauptschule Steinbach *	200 m ²

Quelle: Stadt Badem-Baden

* nach Dachsanierung

Windkraftanlagen

Mit der Fortschreibung des Regionalplanes vom 19.April 2004 um das Kapitel 4.2.5 Erneuerbare Energien – Windenergie soll der Energieertrag auf Dauer gewährleistet und dem Gewicht der gesetzgeberischen Privilegierung der Windenergienutzung Rechnung getragen werden. Bei der Ermittlung der Vorranggebiete für raumbedeutsame Windenergieanlagen in der Region Mittlerer Oberrhein wurde auf Gemarkung Baden-Baden ein Vorranggebiet ausgewiesen:

Tabelle: Mittlere jährliche Windgeschwindigkeit

Standort	Mittlerer jährliche Windgeschwindigkeit in 50 m über Grund (DWD)	Max. Anzahl der Anlagen	Fläche
Urberg	5,6 m/s	5	64 ha

Quelle: Stadt Badem-Baden

Die Vorranggebiete sind Gebiete, die für die Errichtung von Windkraftanlagen aus raumordnerischer Sicht besonders geeignet sind. Als geeignet werden Gebiete mit einer jährlichen mittleren Windgeschwindigkeit von mindestens 4,2 – 4,4 m/s in einer Höhe von 50 m über Grund angesehen. Da heutige Standard-Windkraftanlagen eine Narbenhöhe von ca. 100 m haben (z.B. Enercon E66: 1,8 MW) ist davon auszugehen, dass die mittlere Windgeschwindigkeit auf den ausgewiesenen Standorten um ca. 1 m/s höher liegt, als in der Tabelle dargestellt.

Um den Anteil erneuerbarer Energien bei der Stromerzeugung auf 25 -30 % zu erhöhen, wäre auch grundsätzlich die Errichtung von Windkraftanlagen auf geeigneten Standorten auch außerhalb des Schwarzwaldes zu untersuchen. Windkraftanlagen sollten in windreichen Gebieten errichtet werden. Es stellt sich auch die Frage ob sich die Stadt Baden-Baden alternativ zu einer Anlage auf eigener Gemarkung an einer Offshore-Anlage an der Küste beteiligen sollte.

Tiefengeothermie zur Strom- und Wärmeerzeugung

Das Potential zur Nutzung von Geothermie in Baden-Baden ist sehr hoch. Einschränkungen sind jedoch durch das ausgewiesene Heilquellenschutzgebiet im Stadtbereich vorgegeben. Die laufenden Untersuchungen werden zeigen, ob in Zukunft eine Nutzung der Tiefengeothermie zur Energieerzeugung möglich ist.

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- FNR 2002, Biomasse als Erneuerbarer Energieträger
- FVA Ba-Wü, Abt. Waldnutzung 2007, Energieholz aus dem Wald: Konkretisierung und Lokalisierung von betrieblichen Nutzungspotenzialen
- Regionalverband Mittlerer Oberrhein 2003, Methodik zur Ermittlung der Vorranggebiete für raumbedeutsame Windenergieanlagen in der Region Mittlerer Oberrhein
- R. Graß, J. Reulein, K. Scheffer und M. Wachen-dorf 2007, Innovatives Nutzungsverfahren zur energetischen Verwertung von Biomassen aus naturschutzfachlich bedeutsamen Landschaften, 9. Wissenschaftstagung Ökologischer Landbau.
- Stadtwerke Baden-Baden 2007, 2. Energiebericht: Kommunales Energiemanagement Jan. 2007 – Dez. 2007
- Wirtschaftsministerium Ba-Wü 2007, Wärme ist unter uns
- Die Zahlen und Fakten für die Bestandsaufnahme im vorliegenden Bericht wurden von den einzelnen Behördenstellen der Stadt Baden-Baden und privaten Institutionen übermittelt.

3.16.3 ENTSORGUNG

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Abfall

Die Abfallentsorgung der im Stadtkreis Baden-Baden anfallenden und überlassenen Abfälle erfolgt durch den Eigenbetrieb Umwelttechnik der Stadt Baden-Baden. Die Entsorgungsaufgabe umfasst ein breites Spektrum von der Abfallberatung über die Sammlung und die Sortierung bis hin zur Verwertung bzw. Beseitigung der Abfälle. Der Eigenbetrieb betreibt derzeit folgende Anlagen:

Die Zentrale Einrichtung für die Annahme und den Umschlag der Abfälle ist das Abfallannahmезentrum Deponie Tiefloch. Es befindet sich in der Weststadt in der Schwarzwaldstraße. Hier wird der überwiegende Teil der Abfälle aus dem Stadtkreis angenommen, gegebenenfalls sortiert und umgeschlagen. Da ab dem 01.06.2005 eine Deponierung von organischen Abfällen ohne vorherige Behandlung (thermisch oder mechanisch-biologisch) nicht mehr zulässig ist, werden auf der Deponie Tiefloch nur noch mineralische Abfälle abgelagert. Für die Deponie liegt eine befristete Zulassung für die Deponieklasse II bis zum 15.07.2009 und danach eine unbefristete Zulassung für Deponieklasse I vor. Die Deponie Tiefloch hat eine prognostizierte Restlaufzeit von ca. 10 Jahren. Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben ist die Deponie mit einer Zwischenabdichtung, einer Sickerwasserfassung sowie einer Gaserfassung ausgestattet. Das Sickerwasser wird der Gemeinschaftskläranlage Baden- Baden-Sinzheim zugeleitet und dort behandelt. Das Deponiegas wird über eine Druckleitung ebenfalls zur Kläranlage transportiert und dort zusammen mit dem Klärgas verwertet. Die Deponieflächen werden jährlich auf unkontrollierte Deponiegasaustritte überprüft und die Deponiesickerwasserleitungen werden regelmäßig auf Schadstellen untersucht.

Für unbelasteten Erdaushub stehen die Erdaushubdeponien Niederwald und Wolfartsberg zur Verfügung. Die Deponie Niederwald liegt im Umlandstadtteil Sandweier, die Deponie Wolfartsberg befindet sich im Umlandstadtteil Ebersteinburg. Beide Erdaushubdeponien sind naturschutzrechtlich genehmigt und stellen keine Deponien im Sinne des Abfallrechts dar.

Die organischen Abfälle (z. B. Biotonne) werden in der BioTechnischen Aufbereitungsanlage (BTA- Anlage) vorbehandelt. Sie befindet sich auf dem Gelände der Gemeinschaftskläranlage Baden- Baden-Sinzheim. Die BTA- Anlage ist in den laufenden Betrieb der Kläranlage integriert, so dass Anlagenteile der Kläranlage mitbenutzt werden können. In der BTA- Anlage erfolgt

eine Trennung des organischen Abfalls in eine Flüssigphase und eine Festphase. Die Flüssigphase wird den Faultürmen der Kläranlage zur Erzeugung von Biogas zugeführt. Die festen Bestandteile werden zusammen mit gehäckselten Gartenabfällen auf der Kompostanlage zu hochwertiger Komposterde mit RAL- Gütezeichen weiterverarbeitet.

Die Kompostanlage liegt in der Industriestraße in Baden-Baden und wird von einem Privatunternehmen betrieben.

Die Erfassung der Abfälle aus dem Stadtkreis Baden-Baden erfolgt über Hol- und Bringsysteme. Die Rest- und Biomüllabfuhr in der Kernstadt wird von der städtischen Müllabfuhr durchgeführt. Hier werden die Abfallbehälter im Rahmen des Rausstellservices bereitgestellt, entleert und zurückgebracht. Außerdem ist die städtische Müllabfuhr zuständig für die Abholung des Express- Sperrmülls, die Christbaumsammlung, die Müllbehälterreinigung, die Auslieferung von Bio- u. Restmüllsäcken etc. sowie der Abholung von Korken, Batterien, Druckerpatronen etc. von den einzelnen Sammelstellen. Die übrigen Abfallsammlungen werden über vom Eigenbetrieb Umwelttechnik beauftragte private Unternehmen abgewickelt.

Die Erfassung der Abfälle aus dem Stadtkreis Baden-Baden ist wie folgt organisiert:

Abbildung: Getrennte Sammlung von Abfällen

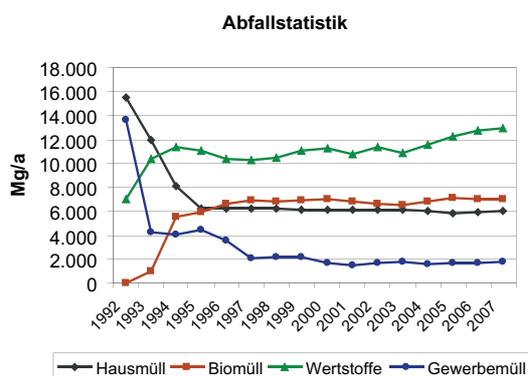


Ziel der Kreislaufwirtschaft ist eine möglichst weitgehende Abfallvermeidung und Abfallverwertung zu erreichen. Hierzu leisten die Abfallberatung und die Öffentlichkeitsarbeit einen wesentlichen Beitrag. Dies wird vor allem durch folgende Maßnahmen erreicht:

- telefonische und persönliche Beratung von Privathaushalten und Gewerbebetrieben
- Veröffentlichung in Form von Zeitungsartikeln, Broschüren, Infoblättern
- Plakataktionen
- Ausstellungen
- Informationsveranstaltungen
- Umweltkalender
- Umwelterziehung an Schulen und Kindergärten (Schulstunden, Theateraufführungen, etc.)

Anhand der Abfallstatistik lässt sich der Erfolg bei der Umsetzung der abfallwirtschaftlichen Maßnahmen hinsichtlich Abfallvermeidung und Abfallverwertung ablesen. Durch die Einführung der Biotonne 1993 hat sich die Restmüllmenge deutlich reduziert. Die erfassten Wertstoffe konnten in den letzten Jahren gesteigert werden. Infolge von Änderungen in der Abfallgesetzgebung haben sich die Gewerbeabfallmengen deutlich reduziert.

Abbildung: Abfallstatistik



Quelle: Stadt Baden-Baden

Abwasser

Für die Entwässerung im Stadtkreis Baden-Baden ist der städtische Eigenbetrieb Umwelttechnik zuständig. Die Abwasserbehandlung erfolgt in der Gemeinschaftskläranlage Baden-Baden-Sinzheim (GKA).

Das Abwasser fließt der GKA über drei Sammelkanäle zu. Am Hauptsammler aus dem Stadtgebiet sind die Stadtteile Oos, Balg, Weststadt, Innenstadt, Lichtental und Geroldsau angeschlossen. Die Stadtteile Haueneberstein und Sandweier entwässern gemeinsam über eine 3,8 km lange Druckleitung. Am Verbandssammler (Abwasserverband Sandbach) sind die Stadtteile Steinbach, Varnhalt, Neuweier, der Bühler Stadtteil Weitenung sowie die Gemeinde Sinzheim angeschlossen.

Der Stadtteil Ebersteinburg entwässert über zwei Kanalsysteme zur Kläranlage Gaggenau (Abwasserverband Murg). Das Schmutzwasser aus dem Trennsystem wird in einem Schmutzwassersammler nach Selbach (Gaggenau) geleitet. Der Abwasserstrom des Mischsystems wird einem Staukanal zugeführt, der das Mischwasser gedrosselt nach Gaggenau abführt.

Die öffentliche Entwässerung umfasst rund 320 km Kanalnetz (120 km Mischwasser-, 110 km Schmutzwasser und 90 km Regenwasserkanäle). Zum System gehören rund 100 Sonderbauwerke (Überläufe, Auslaufbauwerke, Geröllfänge usw.), 13 Regenüberlaufbecken einschließlich Kanalstauräume mit einem Gesamtvolumen von ca. 5200 m³ (geplant ca. 6300 m³) sowie 17 Pump- und Hebewerke.

Auf der Gemeinschaftskläranlage werden die anfallenden Abwässer des Stadtkreises Baden-Baden, der Gemeinde Sinzheim und des Bühler Stadtteils Weitenung gereinigt. Sie befindet sich im Kartunger Bruch auf der Gemarkung Sinzheim und wird vom Eigenbetrieb Umwelttechnik der Stadt Baden-Baden betrieben. Die Gemeinschaftskläranlage ist eine mechanisch – biologische Anlage mit einer zusätzlichen 3. Reinigungsstufe (Stickstoff- und Phosphor- Elimination). Zusammen mit den Gewerbebetrieben besitzt die Kläranlage eine Ausbaugröße von 200.000 EW (Einwohnerwerte). An die Kläranlage sind derzeit 65.233 natürliche Einwohner angeschlossen. Täglich werden ca. 27.000 m³ Abwasser der Kläranlage zur Reinigung zugeleitet. Die organischen Bestandteile können bei der Behandlung zu 96% abgebaut werden, Stickstoff zu 77% und Phosphor zu 98%.

Abwasserableitung und Abwasserreinigung sind für das Gemeinwesen von grundsätzlicher Bedeutung wegen:

- Ableitung des Abwassers von den Grundstücken

aus Gründen der öffentlichen Gesundheit und der Hygiene

- Vermeidung von Überflutungen in Siedlungsgebieten
- Schutz der Umwelt

Die Konzeption zur dezentralen Abwasserbeseitigung (dezentrale Entwässerung von häuslichem und gewerblichem Abwasser) wurde im November 2000 für den Stadtkreis Baden-Baden durch das damalige Umweltamt als untere Wasserbehörde abgeschlossen. Sie wurde in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 8. November 2000 vorgestellt.

Mit der Konzeption war zum einen der Sachstand erhoben worden, welche Anwesen, auf denen häusliches oder gewerbliches Abwasser anfällt, nicht an die öffentliche Kanalisation angeschlossen waren, und zum anderen ob die dort vorhandenen Kleinkläranlagen und geschlossenen Gruben die geltenden abwassertechnischen und –rechtlichen Anforderungen erfüllten.

Daraus resultierend ergab sich, für welche Anwesen bzw. zugehörigen Abwasseranlagen Handlungsbedarf bestand. Handlungsbedarf bedeutet entweder die Aufrüstung einer bestehenden Kleinkläranlage, den Neubau einer zulässigen Kleinkläranlage, ein Anschluss an die öffentliche Kanalisation (hpts. mit Druckentwässerungsleitungen) oder die Herstellung einer ausreichend großen geschlossenen Grube. Es ist einzelfallabhängig welche Lösung für das jeweils betroffene Anwesen sinnvoll und realisierbar ist bzw. war.

Zum damaligen Zeitpunkt (November 2000) bestanden 165 Abwasseranlagen zur dezentralen Abwasserbeseitigung, für 73 dieser Anlagen bestand Handlungsbedarf (Anlagenzustand entsprach nicht den Anforderungen der allgemeinen anerkannten Regeln der Technik).

Zum jetzigen Zeitpunkt (Juni 2008) bestehen 91 Abwasseranlagen zur dezentralen Abwasserbeseitigung, für 7 dieser Anlagen besteht noch Handlungsbedarf. Die 91 Anlagen entsprechen den allgemein anerkannten Regeln der Technik.

Die Kosten für die Umsetzung (z.B. Kanalanschlüsse, Anlagensanierung, usw.), in erster Linie private Baumaßnahmen und weniger städtische, betragen ca. 3 Millionen Euro und wurden mit rund 840.000 Euro aus Mitteln des Landes unterstützt.

Energie aus Abfall und Abwasser

Vor dem Hintergrund gesetzlicher Rahmenbedingungen und zur weiteren Steigerung der Verwertung von Abfällen hat die Stadt Baden-Baden beschlossen, die organische Fraktion des Haus- und Gewerbemülls – sprich Küchenabfälle und Speisereste – getrennt zu erfassen und ökologisch sinnvoll zu verwerten. Da in den Faultürmen der städtischen Kläranlage noch Kapazitätsreserven vorhanden waren, fiel die Entscheidung auf ein kombiniertes Vergärungs-/Kompostierungsverfahren. Der Aufbereitungsteil und die Vergärung des flüssigen Teilstromes wurden deshalb auf der Gemeinschaftskläranlage installiert, da dort kostengünstig die bestehende Infrastruktur für die Gaserzeugung und Gasverwertung mit verwendet werden konnte. Mit der beschriebenen Konzeption wurde weltweit erstmals der Versuch unternommen, eine Bioabfallaufbereitung und –teilverwertung in den laufenden Betrieb einer Kläranlage zu integrieren. Mit diesem erfolgreichen Konzept werden im Stadtkreis Baden-Baden Jahr für Jahr ca. 7.000 Tonnen Bioabfälle zu qualitativ hochwertigem Kompost und energiereichem Biogas verarbeitet. Die angelieferten Bioabfälle werden vorzerkleinert und in einen wassergefüllten Auflösebehälter gefüllt. Durch Rühren entsteht eine homogene, schlammähnliche Flüssigkeit, die durch eine Zentrifuge in eine feste und in eine flüssige Phase getrennt wird. Die sehr energiereiche Flüssigphase wird direkt in die Faultürme gefördert und dort zusammen mit dem Klärschlamm der Kläranlage zu hochwertigem Biogas verarbeitet. Der feste Teil der aufbereiteten Bioabfälle gelangt zur Kompostanlage. Zusammen mit Grünschnitt entsteht dort hochwertiger Kompost.

Außerdem werden Fettabscheiderabfälle sowie aufbereitete Speisereste aus der Gastronomie über ein geschlossenes System ebenfalls den Faulbehältern zugeführt und dort zu Biogas vergoren. Dies führt zu einer deutlichen Erhöhung des Gasanfalls und damit zu einer Verbesserung der Energiebilanz auf der Kläranlage.

Das bei der Vergärung in den Faulbehältern entstehende Biogas wird durch den Einsatz von Blockheizkraftwerken (BHKW's) zur Stromerzeugung und zum Gebläsebetrieb genutzt. Die dabei entstehende Abwärme wird zur Faulturm- und Gebäudeheizung verwendet. Zusätzlich wird Deponiegas der Deponie Tiefloch zur Verbesserung der Energiebilanz zugeführt.

Die Einbindung des auf der Deponie Tiefloch entstehenden Deponiegases in die Gasverwertung auf der Gemeinschaftskläranlage Baden-Baden-Sinzheim stellt eine weitere wirtschaftlich als auch verfahrenstechnisch sinnvolle Erweiterung der regenerativen Energieerzeugung dar. Hierzu wurde das bestehende Gaserfassungssystem auf der Deponie Tiefloch umgebaut und in Teil-

bereichen saniert. Zum Transport des Deponiegases zur Kläranlage wurde eine 5,5 km lange Gasdruckleitung zur Kläranlage verlegt. Auf der Gemeinschaftskläranlage wurden verschiedene Anlagenteile neu errichtet, damit das Deponiegas dem Biogas aus den Faultürmen kontrolliert beigemischt werden kann.

Die Gemeinschaftskläranlage hat einen Energiebedarf von ca. 11.000 kWh am Tag. Dies entspricht dem Jahresverbrauch von drei Einfamilienhäusern. Durch die zusätzliche Vergärung von Bioabfällen, Speiseresten und Fettsäureabfällen in den Faulbehältern der Kläranlage konnte die erzeugte Biogasmenge deutlich gesteigert werden. In Verbindung mit der Nutzung des Deponiegases ist es nun möglich den gesamten Energiebedarf der Gemeinschaftskläranlage (4,0 Mio. kWh/a) zu decken und zudem jährlich 1 Mio. kWh ins Stromnetz einzuspeisen.

LAUFENDE PROJEKTE

Abfall

Die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben im Bereich der Abfallwirtschaft ziehen eine laufende Weiterentwicklung des Deponieausbaustandards und der Deponieeinrichtungen nach sich.

Derzeit wird das Konzept zur Erweiterung der Deponie Tiefloch erarbeitet. Hierdurch wird eine Verlängerung der Deponielaufzeit auf 15 Jahre erreicht.

Vorhandene Einrichtungen zum Umschlag der verschiedenen Abfälle werden gezielt untersucht und jeweils nach dem Stand der Technik ausgebaut.

Abwasser

Die Kanalsanierung stellt für die Stadt eine große Herausforderung dar. Die Kanalsanierung wird durch Erneuerung (Neuerlegung von Rohrleitungen) sowie Reparatur und Renovierung (Grabenlose Sanierungsmaßnahmen) umgesetzt. Derzeit werden Kanalsanierungsmaßnahmen in Oberbeuern und Lichtental durchgeführt.

Außerdem wird momentan an einer integralen Entwässerungsplanung gearbeitet. Dies ist ein dauerhafter Prozess mit ganzheitlicher Betrachtung:

- des ökologischen Zustands der Gewässer gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinien

- des baulichen Zustands der teilweise mehr als 100 Jahre alten Kanäle
- der hydraulischen Leistungsfähigkeit der Abwasser-netze

Seit mehreren Jahren wird bereits am Aufbau des GIS Kanaldatenbank gearbeitet.

Im Bereich der dezentralen Abwasserbeseitigung von häuslichem und gewerblichem Abwasser wurde in den vergangenen Jahren viel erreicht und somit eine Verbesserung des Gewässerschutzes gewährleistet.

Die Kanalanschlüsse für fünf Anwesen und der Neubau einer Kleinkläranlage werden gerade realisiert, so dass sich in den nächsten Wochen die Gesamtzahl aller Abwasseranlagen auf 86 und die Anzahl von Anlagen mit Handlungsbedarf auf drei reduzieren wird.

Kurzfristiger Handlungsbedarf besteht in der Realisierung einer ordnungsgemäßen Entwässerung in drei Fällen. Das Fachgebiet Umwelt und Gewerbeaufsicht als Untere Wasserbehörde wird die Betreiber hierzu verpflichten.

Energie aus Abfall und Abwasser

Hygienisierung Speisereste

Die auf der GKA Baden-Baden-Sinzheim angenommenen flüssigen Speisereste sollen künftig vor der Zugabe in die Faultürme pasteurisiert werden. Diese Hygienisierungsanlage wird derzeit geplant und mit der Genehmigungsbehörde abgestimmt.

Studie Energie aus Abwasser

Das Abwärmepotential, das im Abwasser steckt, blieb bisher ungenutzt. Die Wärmerückgewinnung aus Rohabwasser in größeren Abwasserkanälen, ab DN 800, hat den Vorteil, dass ausreichende, kontinuierliche Wassermengen zur Verfügung stehen. Die Wärmeentnahme erfolgt mittels Einbau spezieller Wärmetauscher im Kanal. Der Wärmetauscher entzieht dem Abwasser die Wärmeenergie, die dann durch eine Wärmepumpe für die Beheizung oder Kühlung von Gebäuden nutzbar gemacht werden kann. Die Abwasserwärmenutzung ist eine innovative und umweltfreundliche Technologie mit einem großen Potenzial. Der Aufwand an Primärenergie liegt deutlich tiefer als bei herkömmlichen Systemen zur Wärme- und Kälteerzeugung. Abwasserenergieanlagen leisten einen wesentlichen Beitrag zur CO₂-Reduktion, zum Klimaschutz und zur Luftreinhaltung.

An drei Objekten werden zurzeit Machbarkeitsstudien erstellt, um eine technische Lösung, die Kosten sowie die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit zu untersuchen und um die Entscheidungsgrundlagen für die anschließende Realisierung aufzuzeigen.

Die drei untersuchten Objekte sind die Theodor- Heuss-Schule, das Schulzentrum- West und das Gewerbegebiet Oos- West

- Förderung der alternativen Regenwasserbeseitigung nach ökologischen Gesichtspunkten (Nutzung, Versickerung und Entkoppelung und Entsiegelung von Flächen)
- Entflechtung von Mischsystemen
- Fremdwasserbeseitigung

Einen hohen Stellenwert hat auch der Erhalt des guten Zustandes der Gewässer im Stadtkreis Baden-Baden insbesondere der Oos und deren Zuflüsse auf Basis der EU Wasserrahmenrichtlinie.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

- *Sind die bisher festgelegten Standards in Bezug auf Müllbehälter und Müllbehälterstandplätze im Stadtgebiet ausreichend oder müssen neue Standards formuliert werden? („Müllbehälter freie“ Innenstadt)*

Im Bereich der dezentralen Abwasserbeseitigung besteht mittelfristiger Handlungsbedarf darin, die Herstellung von Grundstücksanschlüssen im Rahmen von (Fremd-) Baumaßnahmen zur Verlegung von Versorgungsleitungen zu erreichen und den Anschlussgrad weiter zu erhöhen.

Langfristiger Handlungsbedarf besteht darin, die Dezentrale Abwasserbeseitigungskonzeption fortzuschreiben, dies ist frühestens in zehn Jahren angedacht.

MÖGLICHE PERSPEKTIVEN

Abfall

Im Sinne einer ökologisch- ökonomischen Abfallwirtschaft soll der hohe Standard der städtischen Abfallwirtschaft gehalten und wo möglich optimiert werden.

Das Abfallannahmезentrum Tiefloch soll auch in Zukunft im Stadtkreis Baden-Baden die zentrale Einrichtung für die Annahme und den Umschlag der angelieferten Abfälle bleiben. Hierbei ist insbesondere auf einen emissionsarmen Betrieb zu achten.

Die künftigen Deponieabdichtungssysteme an der Deponiebasis und Deponieoberfläche werden nach neusten technischen Erkenntnissen aufgebaut, um den Schutz des Bodens, des Wassers, der Luft zu gewährleisten.

Abwasser

Mittel- bis langfristig werden für das Entwässerungssystem des Stadtkreises Baden-Baden folgende Bereiche zunehmend an Bedeutung gewinnen:

- Kanalnetzbewirtschaftung

Energie aus Abfall und Abwasser

- Energie aus Abfall (Biomasse)

Ein Ziel der künftigen Energiebereitstellung aus erneuerbaren Energieträgern wird darin bestehen, biogene Stoffe, die vermeintlich Abfälle darstellen (Landschaftspflegematerial, Bachräumgut, Knöterichbestände, Goldrutenflächen, etc.) nach entsprechender Aufbereitung zu hochwertigen Brennstoffen zu veredeln.

Ebenso soll das auf der Kompostanlage angelieferte Grünmaterial sowohl einer stofflichen (Kompost) als auch einer energetischen Verwertung (Brennstoff) zugeführt werden.

Mit den erzeugten Brennstoffen (Pellets, Briketts, etc.) sollen dann vornehmlich öffentliche Einrichtungen beheizt werden.

Neben der Brennstoffproduktion soll der bei der Aufbereitung anfallende Saft der Biogasproduktion zugeführt werden.

Das erzeugte Biogas kann entweder wie bereits heute in Blockheizkraftwerken (BHKW) energetisch genutzt werden (Strom und Wärme) oder nach

entsprechender Aufbereitung in Biomethan übergeführt werden. Das Biomethan, das dann Erdgasqualität besitzt, kann dann in das öffentliche Gasnetz eingespeist werden.

- Wärme aus Abwasser

Unter der Voraussetzung, dass die angesprochenen Pilotprojekte auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgreich betrieben werden können, soll Zug um Zug die gesamte im Abwasser enthaltene Energie einer Nutzung zugeführt werden.

Weitere Überlegungen gehen dahin, den für die Wärmeproduktion erforderlichen Wärmepumpenstrom aus dem oben beschriebenen Biogas bzw. Biomethan zu produzieren und damit eine autarke Energieversorgung für die Wärmepumpen zu ermöglichen.

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Baden-Baden – Fortschreibung 2002-
- Abfallwirtschaftssatzung in der Fassung vom 18. Dezember 2006
- Broschüre Gemeinschaftskläranlage Baden- Baden-Sinzheim Ausgabe April 2005
- Kanalkonzeption, Beschluss Gemeinderat 21.07.2003 (Drucksache Nr. 03.148)

Schwerpunkte der Diskussion

Angesichts steigender Energiepreise, rückläufiger Ressourcen an fossilen Energieträgern und des fortschreitenden Klimawandels infolge von CO₂ - Immissionen stellt sich die Frage, wie der Anteil regenerativer Energien und die Energieeffizienz erhöht werden können.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Erneuerbare Energien (z. B. Geothermie, Biomasse, solare Strahlungsenergie, Umgebungs-, Wärme- und Wasserkraft, Windkraft)
- Energieberatung

3.17 UMWELT UND ÖKOLOGIE

AUSGANGSLAGE BADEN-BADEN

Baden-Baden als international bekannte Kur- und Bäderstadt im nördlichen Schwarzwald mit dem Übergang zum Oberrheingraben gelegen, hat als eine ihrer wesentlichen Aufgaben die Ressourcen, die ihre Lebensgrundlage bilden, zu schützen. Dabei kommen den staatliche Vollzugsaufgaben zum Schutze und Erhalt der natürlichen Ressourcen in den Bereichen Wasser, Boden, Luft (inklusive Klima) und Natur (Naturschutz) eine besondere Bedeutung zu.

Wasser/Gewässer

Thermalwasser

Baden-Baden als international bekannte Kur- und Bäderstadt ist sicherlich durch den Geofaktor Wasser am stärksten geprägt. Die bekannten Thermalwasservorkommen, die entlang einer tektonischen Schwächezone im Stadtzentrum, vor allem am südlichen Florentinerberg des Neuen Schlosses entspringen, sind historisch gesehen die Lebensgrundlage der Stadt. Bereits vor 2000 Jahren haben die Römer hier eine Therme betrieben. Die Thermalwasservorkommen entstammen aus Tiefen von über 3000 Meter; das Einzugsgebiet dieser Wässer ist der gesamte nordwestliche Schwarzwald. Diese in die Tiefe abgesunkenen Wässer heizen sich auf, steigen durch Druck auf und entziehen den durchwandernden Gesteinen Mineralstoffe. Die Nutzung dieser Wässer erfolgt in erster Linie in Bädern wie der Caracalla-Therme und dem Friedrichsbad. Das gesamte Gebiet des alten Stadtkreises Baden-Baden ist seit den 60er Jahren Thermalquellschutzgebiet und die Thermalwässer unterliegen aufgrund der Lage der Quellen inmitten dem Stadtzentrum einer besonderen Überwachung und Kontrolle.

Grundwasser

Neben dem Thermalwasser ist das Grundwasser ein weiterer wichtiger Bestandteil von Natur und Umwelt in Baden-Baden, da es in und um Baden-Baden in acht verschiedenen Wassergewinnungsanlagen zur Trinkwasserförderung genutzt wird. Acht verschiedene Wassergewinnungsanlagen bedeuten, dass große Teile des Stadtgebietes Wasserschutzgebiet sind.

Oberflächenwasser

Die Vielfalt der unterschiedlich widerständigen und unterschiedlichen wasserdurchlässigen Gesteine innerhalb der Stadt Baden-Baden, lassen die Wasserläufe von den Hauptgewässern Oos, Grobbach, Eberbach und Steinbach in keinen einheitlich ausgeglichenen Längsprofilen und einheitlichen Talformen hervortreten. Teilweise sind diese Gewässer in jüngster historischer Zeit auch sehr stark durch den Menschen in Form verschiedenster Ausbaumaßnahmen geprägt worden. Das Hauptgewässer Oos, das mit mehreren Quellsträngen am Nordhang im Bereich des Eierkuchenberges entspringt, hat dabei die größte Lauflänge von circa 21 Kilometern und ein Einzugsgebiet von rund 80 km². Die Oos durchzieht das gesamte Stadtgebiet und mündet in die Murg beziehungsweise in den Sandbach des benachbarten Landkreises Rastatt. Die Oos ist innerhalb des Stadtgebietes in der Lichtentaler Allee sehr stark durch die kurörtlichen Anlagen inmitten einer Parklandschaft geprägt. Die Oos ist ein typischer Fluss des nördlichen Schwarzwaldes, der sich durch schlagartige Änderung aufgrund von Niederschlagsereignissen in der Wasserführung kennzeichnet. Der mittlere Wasserabfluss der Oos beträgt circa 1,5 m³, kann aber in kürzester Zeit um ein Mehrfaches zunehmen. Der Abfluss von rund 1,5 m³ entspricht einem Wasserstand von 42 cm. Hochwasserereignisse in den letzten zehn Jahren (1998 und 2001) haben allerdings Wasserstände von 2,92 m und 2,20 m im Oosbett gezeigt. Die enge Tallage und intensive Bebauung ergeben für viele Bereiche der Stadt eine Hochwassergefährdung. Die Stärkung und der Ausbau des Hochwasserschutzes wird neben Maßnahmen zur Gewässerrenaturierung eine der Hauptaufgaben der nächsten Jahre sein.

Hochwasserschutzmaßnahmen erfolgen in der Vorbergzone zwischen Haueneberstein und Rebland durch den Zweckverband Hochwasserschutz Baden-Baden/Bühl mit Sitz in Bühl. Der Zweckverband betreibt auf Baden-Badener Gebiet 11 Hochwasserrückhaltebecken und unterhält Teile der Gewässer der Vorbergzone. Der Umbau des Hochwasserrückhaltebeckens 23 in ein großflächiges Retentionsgebiet in Haueneberstein findet derzeit statt. Die Planungen der Sanierung der Becken Nummer 6 und 11 im Rebland haben begonnen.

Die Gewässergüte der Baden-Badener Gewässer ist dank der natürlich geprägten Einzugsgebiete und fast fehlender Industrialisierung hervorragend. So ist im Stadtgebiet durchgehend die Gewässergüte der Klasse 2 (gut) und vor der Stadt die Güte 1 (sehr gut) und im Übergang 1-2 vorhanden. Die Gewässer zeichnen sich durch einen entsprechenden Artenreichtum aus.

Die vielfältigen Tätigkeiten, vor allem in den letzten Jahren zur Gewässerrenaturierung, insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Angelsportverein Baden-Baden, sind ein hoffnungsvoller Ansatz, den es zu erhalten gilt.

Auch die aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie kommenden Verpflichtungen zur Erreichung eines guten ökologischen Zustandes werden dem Hauptgewässer Oos Bereiche in naturnaher Ausprägung zurückgeben.

Große Wasserflächen nehmen am nordwestlichen Rand des Stadtkreisgebietes in der Oberrheinebene die beiden Kiesseen der Firmen Kühl und Peter Beton ein. Hier wird seit einigen Jahrzehnten großflächig Kies und Sand auf der Niederterrasse abgebaut und der Baustoffindustrie zugeführt. Hierbei handelt es sich um künstliche Wasserflächen, die es nach Stilllegung der Abbauaktivitäten entsprechend dem Landschaftsbild sowie auch einer verträglichen Nutzung zuzuführen gilt. Hervorzuheben ist der ehemalige kleinere Kiessee der Firma Leis südlich von Sandweier, der heute als Naturschutzgebiet fungiert.

Eine zentrale Aufgabe zukünftig wird sein, alles zu tun, um die Qualität und Quantität dieser Ressource zu erhalten.

Boden

Die vielfältige Geologie des Badener Raumes (fast sämtliche Gesteine der Erdgeschichte sind hier anzutreffen) äußert sich neben der Landschaftsstruktur (Nordschwarzwald mit engen Kerbtalungen; hügelige Vorbergzone und Übergang zur Oberrheinebene) auch in der Ausprägung der Böden. Somit entsteht auch eine Verpflichtung zum Bodenschutz, der ein zentraler Bestandteil des Baugesetzbuches und vor allem des Bundesbodenschutz- und Landesbodenschutzgesetzes ist. Der Erhalt unserer typischen Landschaftsstruktur fördert somit auch eine nachhaltige Bewirtschaftung, Erhaltung und teilweise Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Böden. Sparsamer Umgang, Vermeidung beziehungsweise Minimierung von Schadstoffeinträgen in Boden und somit auch in das Grundwasser sind eine Hauptaufgabe der Umweltverwaltung.

Zu einem aktiven Bodenschutz gehört auch die entsprechende Bearbeitung von Altlasten. Bereits Mitte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts begann in Baden-Baden die flächenhafte Aufnahme von altlastverdächtigen Flächen. Hierbei handelte es sich neben alten Deponien der Stadt und der ehemals selbstständigen Stadtteile auch um gewerblich-industriell stillgelegte Anlagen be-

ziehungsweise Betriebe. In Baden-Baden sind heute 246 Altlastverdachtflächen bekannt, in einer erforderlichen Sanierung befinden sich ein Standort, ein Standort in der Sanierungsuntersuchung und ein Standort ist saniert. Eine Mehrzahl von Standorten ist aufgrund einer neuen Nutzung im Zuge des schonenden Flächenverbrauchs im Rahmen einer baubedingten Sanierung saniert worden. Die Erfassung von Altlastverdachtflächen ist aufgrund der Auswertung von Gewerbeabmeldungen ein laufender Prozess der Verwaltung.

Luft (Klima) und Lärmaktionsplanung

Luft

Luft ist für den Kurort Baden-Baden neben dem Thermalwasser ein wichtiges Prädikatisierungsmerkmal. Somit gilt es auch hier das Potenzial der Stadt und ihrer Umgebung zu erhalten und durch die stattfindende Nutzung zu minimieren. Nicht zuletzt wurde Ende der 1980er Jahre zur Verbesserung der Luftsituation der Michaelstunnel unter der Innenstadt, gebaut um eine Verkehrsbelastung des zentralen Innenstadtbereiches so stark wie möglich zu minimieren und das Prädikat Heilbad mit der Indikation Atemwegserkrankungen zu erhalten. Die Qualität der Luftsituation wird laufend an einer Messstation nahe des Aumattstadions, welche das Land Baden-Württemberg (Landesanstalt für Umwelt, Naturschutz und Messungen; LUBW) betreibt, gemessen. Aktuelle Messwerte können im Internet laufend abgerufen werden und werden aber auch auf Anfrage von Seiten der LUBW kostenlos zur Verfügung gestellt. Zu den gemessenen Werten gehören Feinstaub (PM₁₀), Stickstoffdioxid (NO₂) und Ozon. Daneben finden in regelmäßigen Abständen Überprüfungen der Luftqualität aufgrund der Kurortprädikatisierung statt. Die Untersuchungen in den Jahren 2000/2001 und 2006/2007 haben allerdings für das Innenstadtgebiet eine Problematik für den Parameter Stickstoffdioxid angezeigt. Um hier wieder vorgegebene Richtwerte für Heilbäder zu unterschreiten ist die Stadt gefordert entsprechende Immissionsschutzmaßnahmen zu ergreifen. Baden-Baden prüft aber derzeit in Zusammenarbeit mit einem Gutachter flächendeckend mittels eines Immissionsprognosenmodells die Luftsituation für die Stoffparameter Feinstaub, Stickstoffdioxid und Benzol, um auch hier einen Beitrag zum Erhalt der Ressource Luftqualität zu leisten. Dabei steht der Verkehr als besonders emissionsträchtiger Faktor im Vordergrund.

Die Luftqualität in Baden-Baden wird durch eine Reihe von Faktoren beeinflusst. Neben den lokal anthropogen eingetragenen Luftschadstoffen spielen die regionale Hintergrundbelastung der jeweiligen Komponenten

sowie die atmosphärischen Austauschbedingungen eine wichtige Rolle. Während hierbei die lokalen Emissionen durch verschiedenste Maßnahmen beeinflussbar sind, können die meteorologischen Randbedingungen sowie das regionale Hintergrundniveau der Luftschadstoffe nicht oder nur sehr eingeschränkt modifiziert werden.

Die regionale Hintergrundbelastung ist für die relevanten Komponenten (insbesondere Stickstoffdioxid NO_2 und Feinstaub PM_{10}) relativ niedrig, so dass in Baden-Baden im Mittel nur ein entsprechend geringer überregionaler Spurenstoffeintrag zur lokalen Immissionssituation beiträgt. Die meteorologische Ausgangssituation ist in Baden-Baden hingegen eher ungünstig im Hinblick auf die Luftqualität. Der hohe zeitliche Anteil austauschärmer Witterungsbedingungen verhindert im Mittel eine wirksame Durchlüftung des Stadtgebietes, so dass der insbesondere orographisch angetriebenen Kaltluftdynamik eine besondere Bedeutung für die lufthygienische Situation in Baden-Baden zukommt.

Die lokalen Emissionen in Baden-Baden werden, je nach Komponente, insbesondere durch die Sektoren „Kleine und Mittlere Feuerungsanlagen“ (u.a. Gebäudeheizungen), „Sonstige Technische Einrichtungen“ (u.a. Produkteinsatz) und den „Verkehr“ (u.a. Pkw, Lkw, ÖPNV) gesteuert, wobei insbesondere der Verkehrssektor bei den Komponenten NO_2 und PM_{10} den maßgeblichen Anteil beiträgt.

Die lufthygienische Ausgangssituation in Baden-Baden ist aufgrund unterschiedlicher Beurteilungsmaßstäbe, die zum Ansatz kommen, differenziert zu bewerten.

Vor dem Hintergrund der gesetzlich verankerten Immissionswerte (Grenzwerte) gemäß 22. BImSchV sowie TA Luft ist die Belastung durch Luftschadstoffe in Baden-Baden flächenhaft als gering und nur an einzelnen Belastungsschwerpunkten als moderat zu bewerten. Die langjährigen Messreihen dokumentieren die Reduktion der Immissionsbelastung seit den 1990er Jahren bis auf das aktuelle typische städtische Hintergrundniveau. Belastungsschwerpunkte vor dem Hintergrund der gesetzlich verankerten Grenzwerte sind Bereiche der B 500 sowie deren Anbindung an die B 3 bzw. die BAB 5.

Über die gesetzlichen Anforderungen hinaus strebt die Stadt Baden-Baden im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung jedoch ein deutlich niedrigeres Niveau in Bezug auf die Luftschadstoffbelastung an. Dieser zum Teil deutlich höhere Standard wird durch die lufthygienischen Kriterien im Rahmen der Prädikatisierung von Heil- und Kurbädern (inkl. Titel: Heilbad mit der Indikation Atemwegserkrankungen) festgelegt und regelmäßig überprüft.

Im Hinblick auf diesen höheren Standard mit deutlich verringerten Grenzwerten sind die Grenzen der Belastbarkeit erreicht. Dies gilt insbesondere für den Innenstadtbereich, in dem sich Kurpatienten und Gäste nicht nur vorübergehend aufhalten. Die aktuellen Belastungen durch Luftschadstoffe wurden dabei punktuell durch Messungen bestimmt und ergänzend flächenhaft durch Immissionsprognosen abgebildet.

Es ist davon auszugehen, dass bei konstanten oder ggf. sogar ansteigenden verkehrsbedingten Emissionen die strengen lufthygienischen Kriterien im Rahmen der Prädikatisierung von Heil- und Kurbädern im Innenstadtbereich nicht flächendeckend eingehalten werden können. Emissionsseitig bietet neben weiteren Bereichen der Verkehrssektor sowohl lokal in der Innenstadt als auch flächenhaft im Stadtgebiet hierzu ein wirksames Reduktionspotential. Dieses Reduktionspotential bezieht sich vor allem auf die Reduzierung des Verkehrsaufkommens sowie technische Emissionsminderungen. Eine reine Verlagerung der Emissionen und somit der Immissionsbelastung dabei weitestgehend ist zu vermeiden.

Die Stadt Baden-Baden ist in Verbindung mit ihrer Funktion als Kurort und Heilbad sowie dem eigenen Anspruch an die lokalen Umweltbedingungen bestrebt, auch diese höheren Anforderungen an die Luftqualität dauerhaft zu erhalten.

Baden-Baden liegt im Bereich zweier Klimabezirke des Klimaraumes Südwestdeutschland und unterliegt vorwiegend dem Einfluss von einerseits maritimen und andererseits kontinentalen Luftmassen. Dies zeigt sich in einer vorherrschenden Windrichtung von West/Südwest, sowie mittleren Lufttemperaturen im Januar von 0 Grad Celsius und im Juli von rund 18,5 Grad Celsius. Aufgrund der sehr differenzierten Höhenlage (Höhendifferenzen von knapp 900 Metern) ist das Lufttemperaturtagemittel von 10 Grad Celsius auf der Badener Höhe an 130 Tagen und im tiefer liegenden Rheintal und unteren Oostal an bis zu 170 Tagen erreicht.

Auch der Niederschlag spiegelt sich in der Orografie (Reliefform) des Stadtgebietes deutlich wider. So steigen die Jahresmittelwerte von knapp über 1000 mm (gemessen auf einer Meereshöhe von 218 m) auf über 1800 mm im Bereich des Buntsandsteinschwarzwaldes (Höhen über 750 m).

Kaltluftentstehung, -abfluss und Durchlüftungsfähigkeit gilt es soweit als möglich zu erhalten, um Aufenthalts- und Wohnqualität in der Stadt zu gewährleisten. Die orografische Ausprägung der Stadt Baden-Baden leistet hierzu einen entsprechenden Beitrag und durch eine gezielte Bebauungspolitik können die genannten Funktionen gewährleistet werden. Die Untersuchung

des Stadtklimas hinsichtlich Kaltluftentstehung und -abfluss sowie der Durchlüftungsfähigkeit werden derzeit von der Verwaltung im Rahmen eines Gutachtens in Angriff genommen.

Die klimatische Ausgleichsfunktion gilt es zu erhalten da diese einen Abwägungsbelang im Baugesetzbuch darstellt.

Lärmaktionsplanung

Der Lärmaktionsplan ist ein strategisches Planwerk, um Ziele, Strategien und Maßnahmen zur Lärminderung und zum Schutz ruhiger Gebiete zu formulieren. Rechtsgrundlagen hierfür sind: Die EG-Richtlinie 2002/49/EG (Umgebungslärmrichtlinie), das Gesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie 2002/49/EG sowie das Bundesimmissionsschutzgesetz und 34. Bundesimmissionsschutzverordnung

Die formalen Vorgaben für Inhalte eines Aktionsplans sind im Anhang V der Umgebungslärmrichtlinie vorgegeben.

Wesentliche Elemente sind:

- Bewertung der Lärmsituation,
- Maßnahmenkatalog,
- Aussagen zu Kosten-Nutzen,
- Bewertung der Durchführung und der Ergebnisse des Aktionsplans.

Sofern keine Handlungsoptionen zur Lärminderung erkennbar sind, ist das wesentliche Element des Aktionsplans die Bewertung der Lärmsituation.

Kernelement des Aktionsplans ist der Maßnahmenkatalog, in dem mögliche Lärminderungsmaßnahmen aufgenommen werden. Dabei sollten Maßnahmen von hoher Effizienz und Akzeptanz im Vordergrund stehen. Je konkreter die Maßnahmen beschrieben werden, umso besser können sie anschließend umgesetzt werden. Kurzfristig umzusetzende Maßnahmen sollten daher möglichst konkreter als langfristig umzusetzende Maßnahmen festgelegt werden.

Der Gemeinderat der Stadt Baden-Baden hat in seiner öffentlichen Sitzung am 28.04.2008 beschlossen, einen Lärmaktionsplan für das Gebiet des Stadtkreises aufzustellen. Für den Bereich der Stadt Baden-Baden sind gemäß der 1. Stufe der EU-Umgebungslärmrichtlinie

folgende Straßen mit den über mehr als 16.400 Kraftfahrzeugen pro Tag liegenden Streckenabschnitte von der LUBW erfasst und kartiert worden:

- BAB 5
- B 3
- B 500

Im Rahmen der Lärmaktionsplanung wurden die Kartierungsergebnisse der LUBW überprüft. Hierbei ergaben sich weitere Straßenabschnitte der 1. Stufe:

- Kuppenheimer Straße nördlich Hauptstraße in Oos
- Rheinstraße zwischen Murgstraße und Balzenbergstraße
- Lange Straße westlich Leopoldstraße
- Lichtentaler Straße zwischen Bertholdstraße und Michaelstunnel

Die von Lärm betroffenen Straßen mit über 8.200 Kraftfahrzeugen pro Tag werden nach der EU-Umgebungslärmrichtlinie erst zu einem späteren Zeitpunkt (2012) betrachtet. Im Sinne einer gesamtstädtischen Sichtweise ist jedoch geplant auch diese Straßen in die Betrachtung bereits zum jetzigen Zeitpunkt mit einzu beziehen. Es handelt sich hierbei nach Auswertung der im Juli 2008 vorgenommenen Verkehrszählung um folgende Straßen- bzw. Straßenabschnitte:

Ortsdurchfahrten Sandweier und Haueneberstein, Ooser Hauptstraße und Ooser Bahnhofstraße, Sinzheimer Straße, Rheinstraße westlich Murgstraße, Balger Straße südlich Herrenpfädel, Schwarzwaldstraße östlich Cité bis Murgstraße, Lange Straße zwischen Leopoldstraße und Hindenburgplatz, Leopoldstraße nördlich Balzenbergstraße, Zähringerstraße, Rotenbachtalstraße, Bertholdstraße, Fremersbergstraße östlich Bismarckstraße, Maximilianstraße zwischen Michaelstunnel und Eckbergstraße, Steinbacher Straße nördlich Grabenstraße.

Konkrete Grenzwerte bzw. „Auslösewerte“ zur Notwendigkeit, wann eine kommunale Lärmaktionsplanung durchgeführt werden muss, sind nicht einheitlich festgelegt. Das Land Baden-Württemberg hat bestimmt, dass zunächst für Gebiete mit den – sehr hohen – Lärmpegeln über 70 dB(A) für den Zeitbereich 24 Stunden bzw. 60 dB(A) für den Zeitbereich nachts eine Lärmaktionsplanung zu erarbeiten ist. Diese Werte werden anhand der Grobanalyse 2008 in den folgenden Straßen- bzw. Straßenabschnitten (1. + 2. Stufe) im Bereich der ersten Baureihe überschritten:

B 500 (Bereich West: Gebiet Obere Breite, im weiteren Verlauf bis Michaelstunnel), Lange Straße, B 500 Maximilianstraße, Lichtentaler Straße, Bertholdstraße, Kuppenheimer Straße, Sinzheimer Straße, Ooser Hauptstraße und Ooser Bahnhofstraße westlich Ooser Hauptstraße, Rheinstraße, Lange Straße.

Für diese Bereiche sind Lärminderungsmaßnahmen zu erarbeiten und im Lärmaktionsplan aufzunehmen. Bereits vorgenommene passive Lärmschutzmaßnahmen sind in diesen Bereichen noch zu erfassen. Anschließend sind die Lärmschutzmaßnahmen zu untersuchen und festzulegen. Danach kann ein erster Planentwurf erstellt und den politischen Gremien zur Diskussion vorgelegt werden.

Nach Behandlung im Gemeinderat (November 2008) wird der Planentwurf voraussichtlich im Dezember 2008 ausgelegt sowie an die Träger öffentlicher Belange zur Stellungnahme weitergegeben. Eine weitere Beteiligung der Öffentlichkeit findet ebenfalls statt. Die Beschlussfassung im Gemeinderat wird voraussichtlich im April 2009 erfolgen.

Lokale Agenda 21

Am 18. Januar 1999 hat der Gemeinderat mit Stimmenmehrheit dem Aufbau einer Lokalen Agenda 21 in der Stadt Baden-Baden zugestimmt.

Die Agenda 21 ist ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, das von mehr als 178 Staaten anlässlich der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) in Rio de Janeiro im Jahre 1992 verabschiedet wurde. Sie ist ein Ausdruck eines weltweiten Konsens und einer politischen Verpflichtung auf höchster Ebene zur Zusammenarbeit im Bereich Umwelt und Entwicklung. Die Agenda 21 fordert alle Staaten auf, eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung anzustreben. Alles politische Handeln und jede menschliche Tätigkeit hat sich insbesondere unter dem Gesichtspunkt langfristiger und globaler Auswirkungen an dieser Zielsetzung zu orientieren.

Eine zentral gesteuerte, weltumfassende Umsetzung der Agenda ist jedoch nicht möglich. Viele der angesprochenen Probleme sind auf Aktivitäten der örtlichen Ebene zurückzuführen. Daher werden alle Kommunen im Kapitel 28 der Agenda 21 aufgefordert, angepasst an die Bedingungen vor Ort, Rahmen und Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen, also eine kommunale oder Lokale Agenda 21 (LA 21) zu erstellen.

Wie in anderen Städten ebenfalls, unterliegt die LA 21

in Baden-Baden einem ständigem Wandel. Neben dem Facharbeitskreis „Klimaschutz, Energie und Mobilität“ existieren zur Zeit 11 weitere Projektgruppen in der LA 21 Baden-Baden:

- Agenda-Haus
- Ausbau Kleinwasserkraftanlagen
- Bürgerstiftung (Ehrenamtsbörse)
- Bürgerunternehmen regenerative Energien und Einspartechnologien
- Energie aus Biomasse
- Frauen-Kultur-Forum
- Geothermie
- Homepage LA 21
- Mobil ohne Auto
- Photovoltaikanlage auf dem MLG
- Tag der Artenvielfalt

Ca. 30 Bürger/innen engagieren sich ständig in der LA 21. Je nach Projekt kommen weitere Helfer/innen hinzu.

Folgende Projekte wurden realisiert (Beispiele):

- Bürgerfotovoltaikanlagen (Markgraf-Ludwig-Gymnasium, Rheintalhalle)
- Installierung eines Blockheizkraftwerkes auf Pflanzenölbasis/Grobbachhöfe
- Nachhaltigkeitsindikatoren in der LA 21
- Erneuerung der Homepage
- Bürgerstiftung Baden-Baden

Durchgeführte Veranstaltungen (Beispiele):

- Tag der offenen Tür für erneuerbare Energien
- Mobil ohne Auto (jährlich)
- Interkulturelles Frühstück im Stadtteilzentrum Briegelacker
- Ausstellung: „Klimaschutz mit Sinn und Gewinn“

- Tag der Artenvielfalt (alle 2 Jahre)
- Öko-Tour Baden-Baden

In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Baden-Baden e.V. wird halbjährlich ein interessantes Programm mit Vorträgen und Besichtigungen erstellt. Enge Kontakte bestehen zum BUND/NABU sowie dem Verein „Regenerative Energien Mittelbaden e.V.“. Anlaufstelle für interessierte Bürger/innen ist das Fachgebiet Umwelt und Gewerbeaufsicht der Stadt Baden-Baden.

Die LA 21 ist ein offener, langfristiger Prozess, welcher nicht einfach die Fortführung kommunaler Umweltpolitik mit anderen Mitteln bedeutet, sondern im Rahmen der Nachhaltigkeit die Bereiche Ökonomie und Soziales mit einbezieht. Wie in vielen anderen Städten, konzentriert sich die LA 21 in Baden-Baden ebenfalls schwerpunktmäßig auf umweltpolitische Themen. Derzeit konzentriert sich der Agendaprozess auf wenige Aktive und ist auf der örtlichen Ebene zur Zeit noch nicht als umfassender Prozess verankert.

Stärken und Schwächen

Stärken

Die Lage und die landschaftlichen Gegebenheiten geben der Stadt Baden-Baden ein sehr hohes und vielfältiges Maß an Naturpotenzial. Die Lage am Rande des Nord-schwarzwaldes und fernab von Ballungsgebieten ist eine gute Voraussetzung für hochwertige Qualitätsansprüche der Faktoren verschiedenster Naturpotenziale. Zwei Drittel des Stadtgebietes (ca. 9000 ha) sind Natur- und Landschaftsschutzgebiet.

- Im Bereich Wasser und Boden werden viele Projekte zum Erhalt und der Verbesserung von Potentialen durchgeführt (Beispiele siehe bei laufenden Projekten).
- Eine hochwertige Trinkwasserversorgung ist gesichert.
- Der lokale Klimaschutz wurde als Aufgabe erkannt und angenommen und wird.
- Auf den verschiedenen Entscheidungsebenen angenommen (Beispiele siehe bei laufenden Projekten).
- Zweimal jährlich finden Sondersitzungen des Bau- und Umweltausschusses zu umweltrelevanten Themen statt.

- Flächenverbrauch wird durch Brachflächen- und Flächenrecyclingprojekte (zum Beispiel Konversion in der Cité) minimiert.
- In Angriffnahme verschiedenster Projekte aus dem Umweltbereich sind eine Versicherung der Nachhaltigkeit in Verbindung mit baulicher und wirtschaftlicher Entwicklung der Stadt.
- Regelmäßige Vergabe eines Umweltpreises (künftig Nachhaltigkeitspreis) in Zusammenarbeit mit Sponsoren um Umweltengagement im privaten und gewerblichen Bereich zu fördern.

Schwächen

- Derzeit noch fehlende umweltpolitische Zielvereinbarungen mit regelmäßiger Erfolgskontrolle.

ZENTRALE FRAGESTELLUNGEN

Ziel des städtischen Handelns ist der Schutz und Erhalt der natürlichen Ressourcen. In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

- *Sollen alle Anstrengungen unternommen werden, um die höheren Standards und Anforderungen an die Luftqualität zu sichern, die für die Prädikatssicherung von Heil- und Kurbädern mit der Indikation für Atemwegserkrankungen festgesetzt sind?*
- *Soll die Lokale Agenda 21 in Baden-Baden die Chance für einen Neuanfang erhalten und damit ein neuer Konsultationsprozess eröffnet werden?*
- *Ist das Grundlagenmonitoring zum Schutz und Erhalt der Güter Wasser – Boden – Luft weiter als bisher durchzuführen und auszubauen ?*
- *Ist die Ableitung von Konzepten und Planungsmaßnahmen für die Schutzgüter Wasser – Boden – Luft zur Sicherung der Lebensgrundlagen in Baden-Baden auszubauen ?*
- *Ist die Informations- und Bildungsarbeit zu den Themen Wasser - Boden - Luft fortzuführen und auszubauen?*

LAUFENDE PROJEKTE

Wasser

- Vier Wasserschutzgebietsverfahren zum Schutz der Ressource Trinkwasser.
- Monitoringprojekte zur laufenden Überwachung des Grund- und Oberflächenwassers.
- Bearbeitung der EU-Wasserrahmenrichtlinie für einen guten ökologischen Zustand der Gewässer.
- Planungsprojekte an Gewässern (zum Beispiel Gewässerlebnispfad) und Gewässerrenaturierungen in Zusammenarbeit mit Angelsportverein Baden-Baden und anderen.
- Hochwasserschutzkonzeption.
- Wasserprojekt des Kinderhauses Eulenspiegel.
- Grundwasseranierungen im Vorfeld des Grundwasserwerkes.
- Drei Planungsmaßnahmen des Zweckverbandes Hochwasserschutz.

Boden

- Weiterführung der flächendeckenden Altlastenerhebung.
- Projekt Sanierungsuntersuchung ehemaliges Stolzenberg-Gelände (Alte Teerfabrik).
- Gefahrenerforschungsmaßnahmen an Altlastverdachtsflächen (ca. 3 – 5 Maßnahmen pro Jahr).
- Planungsprojekte zu Entsiegelungsmaßnahmen.

Luft/Stadtklima/Lärm

- Zwei Luftqualitätsgutachten und eine Stadtklimaanalyse.
- Lärmaktionsplanung

MATERIALIEN UND GRUNDLAGEN

- „Amtliche Kreisbeschreibung des Stadtkreises Baden-Baden“ herausgegeben von der Landesarchivdirektion 1995.
- Dezentrale Abwasserbeseitigungskonzeption, Stand 2000.
- Diplomarbeiten zu dem Thema Hochwasserschutz aus den Jahren 2001 und 2007 .
- Angaben/Daten aus dem EDV-System WIBAS.
- Diverse Aktenbestände des FG Umwelt und Gewerbeaufsicht.
- Gutachten des Deutschen Wetterdienst aus den Jahren 2000/2001 sowie 2006/2007 im Rahmen der Titelführung Heilbad.
- Gutachten „ Konzept zur Luftreinhaltung – Stufe 1, Kurzfristige Maßnahmen“; Juli 2008.
- Internetauftritt der LUBW.

SCHWERPUNKTE DER DISKUSSION

Luft

Vor dem Hintergrund der gesetzlich verankerten Immissionswerte (Grenzwerte) gemäß 22. BImSchV bzw. TA Luft ist die Belastung durch Luftschadstoffe in Baden-Baden flächenhaft als gering und nur an einzelnen Belastungsschwerpunkten als moderat zu bewerten. Über die gesetzlichen Anforderungen hinaus steht Baden-Baden als „Premiummarke“ der Heil- und Kurbäder und prädikatisiertes Heilbad mit der Indikation Atemwegserkrankungen dafür, die höheren Anforderungen an die Luftqualität dauerhaft zu erhalten. Dies ist ein bedeutender Imagefaktor für Baden-Baden. Im Hinblick auf diesen höheren Standard sind die Grenzen der Belastbarkeit punktuell erreicht.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Luftschadstoffbelastung

Lärm

Im Rahmen der Lärmaktionsplanung sind Grenzwertüberschreitungen nach BImSchVO an bestimmten Punkten (hotspots) nachgewiesen worden. Die Lärmsituation in diesen Bereichen kann psychische und physische Belastungen für die Bewohner und Gäste mit sich bringen.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- aktive / passive Lärmschutzmaßnahmen

Wasser/Boden

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte zu diskutieren:

- Ressourcenschutz Wasser/Boden
-

4. EXPERTENGESPRÄCHE

4.1 VORBEMERKUNGEN

Von großer Bedeutung für die strategische Ausrichtung ist die Frage, wie Baden-Baden durch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt wahrgenommen wird und welche Perspektiven die Stadt Baden-Baden bietet. Zur Beantwortung dieser Fragestellungen hat die KE zwischen Juli und September 2008 Interviews mit ausgewählten Persönlichkeiten aus den unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Lebens geführt.

Dabei standen folgende Fragen im Vordergrund:

- Welches Bild / Image verbinden Sie mit der Stadt Baden-Baden?
- Wie beurteilen Sie die Lebensqualität in Baden-Baden im Vergleich zu anderen Mittelstädten in der Region?
- Was schätzen Sie an Baden-Baden ganz besonders?
- Welche Themen sollte Baden-Baden offensiv besetzen (Kur- und Bäderstadt, Einkaufsstadt, Medienstandort, Gewerbestandort, Kulturstadt etc.)
- Wo sehen Sie Mängel in Baden-Baden und was müsste die Stadt tun, um attraktiver zu werden?
- Welcher Schwerpunkt sollte ausgebaut werden und wo sollte die Stadt neue Akzente setzen?

Mit folgenden Personen wurden ca. ein- bis eineinhalbstündige Gespräche geführt:

- Tourismus
Frank Marrenbach (Brenners Park Hotel)
Denis Hüttig (Dorint Sofitel Maison Messmer)
Jürgen D. Krämer (Villa Quisisana)
Brigitte Goertz-Meissner (BBT)
- Kultur
Andreas Mölich-Zebhauser (Festspielhaus)
Michael Drautz (Festspielhaus)
- Immobilien
Wolfgang Peiffer (Böhm Immobilien)
Alexander Jung (Ideal Wohnbau GmbH)

- Banken
Dr. Roman Glaser (Volksbank Baden-Baden)
Eduard J. Freudl (Stadtparkasse Baden-Baden)
- Einzelhandel
Franz B. Wagener (Modehaus und Galerie Wagener)
Jürgen Müller-Fox (Baden-Baden Innenstadt e. V.)
- Wirtschaft
Wolfgang Grenke (Grenke-Leasing)
Rolf Metzmeier (Rechtsanwalt)
- Gesundheit
Jürgen Jung (Klinikum Mittelbaden)
Arnd Fliescher (Dengler-Klinik)
Ralph Schmidt (Fa. Heel)
Dr. Thomas Kirchhofer (Carasana GmbH)
- Soziales
Jochen Gebele (Caritas)
Olaf Köpke (AWO)
Karin Ihli (DRK)
- Sport
Bernd Hefter (Vorsitzender SC Heel)
- Medien
Bernhard Hermann (SWR)
Joachim Gützlaff (Medienhaus)
- Schule/Bildung
Andreas Büchler (Pädagogium)
Michael Büchler (Pädagogium)

Wichtige Ergebnisse der Gespräche sind nachfolgend thematisch zusammengefasst. Aus den Gesprächen sind vor allem Meinungen und Einschätzungen zur Entwicklung Baden-Badens dokumentiert.

4.2 ERGEBNISSE

Image von Baden-Baden

Baden-Baden ist als Gesamtstadt eine Besonderheit, da die Stadt einen internationalen Anspruch besitzt, aber auch von den ländlichen Ortsteilen im Rebland geprägt wird.

Baden-Baden sollte nach allgemeiner Auffassung nicht versuchen, alles zu sein und alle Bereiche gleichermaßen abzudecken. Baden-Baden hat ein Image als Tourismusstandort, Gesundheitsstandort und Kulturstadt und sollte in diese Richtung weiterentwickelt werden. Die Stadt verfügt in der Zwischenzeit zwar über einige Gewerbegebiete mit renommierten Gewerbe- und Dienstleistungsunternehmen im Rheintal, Baden-Baden lebt aber im Wesentlichen vom Image als Tourismus und Kulturstadt. Diesem Image sollte sich die gewerbliche Entwicklung unterordnen.

Das Attribut Kur- und Bäderstadt sollte dagegen aufgegeben werden. Das Bild „krank und reich“ ist für Baden-Baden nicht tragfähig. Im Zentrum sollten der kulturelle Aspekt und das Thema Gesundheit (Prävention/Nachsorge) stehen.

Als kontraproduktiv werden die Diskussionen um die Fremdenverkehrsabgabe betrachtet. Die Einnahmen stehen nach Auffassung der Interviewpartner in keinem Verhältnis zum erforderlichen Aufwand, zumal mit der Fremdenverkehrsabgabe nur die Übernachtungsgäste erreicht werden, nicht dagegen die vielen Tagesgäste. Überlegenswert wäre es, eine Baden-Baden Card einzuführen, mit der diverse Vergünstigungen verbunden werden könnten.

Tourismusstandort

Baden-Baden ist eine internationale Stadt mit nur wenigen vergleichbaren Destinationen. Das Casino ist heute nicht mehr der Impulsgeber für den Tourismus wie noch in den 1970er und 1980er Jahren. Wichtig sind heute insbesondere das Festspielhaus und das Museum Frieder Burda. Die Eröffnung eines Fabergé-Museums wird positiv bewertet.

Die Ansiedlung weiterer Hotels – vor allem im 4-5-Sterne Bereich – wird unterschiedlich bewertet. Zum Teil wurde auf die starke Konkurrenz in diesem Segment verwiesen, das sich nicht beliebig ausweiten lässt, auf der anderen Seite wurde dargelegt, dass zu bestimmten Zeiten Engpässe vorhanden sind.

Eine Förderung des Tagestourismus durch weitere Events (rund 8 Mio. Tagesgäste pro Jahr) wird überwiegend kritisch betrachtet, da nur Wenige davon profitieren (Eiscafé, Gastronomie etc.) und vor allem Verkehr produziert wird. Es besteht die Gefahr, dass sich Übernachtungsgäste zurückziehen.

Baden-Baden bietet heute sehr viel mehr als nur Wellnessangebote für „Betuchte“. Um beispielsweise sportlich aktiv zu sein, gibt es zahlreiche Möglichkeiten (Mountainbike, Wanderungen, Kletterfelsen etc.). Die Vermarktung von Baden-Baden blendet diesen Tourismusaspekt noch weitgehend aus. Durch spezielle Angebote in diesem Bereich könnte sich die Stadt als „aktiver und dynamischer Tourismusstandort“ etablieren.

Gewerbestandort

Im unternehmerischen Bereich hat sich in den letzten Jahren in Baden-Baden sehr viel getan. Bis in die 1990er Jahre hinein spielte die gewerbliche Wirtschaft in Baden-Baden keine nennenswerte Rolle. Die positive Entwicklung lässt sich auch an der Gewerbesteuer ablesen. Sie stieg von rund 13 Mio. EURO im Jahr 2001 auf in diesem Jahr rund 38 Mio. EURO an.

Hierzu haben neben der kosmetischen Industrie Dienstleistungsunternehmen wie Grenke Leasing, Infoscience und L-TUR wesentlich beigetragen.

Die Ansiedlung von Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben schadet der Stadt nicht, da die Standorte vom Stadtzentrum Baden-Baden, und damit dem Kur- und Bäderbereich, räumlich getrennt sind. Es sollte versucht werden, die Gewerbestandorte zielgruppenorientiert zu vermarkten. Dazu sollte eine Strukturierung der Flächen (Dienstleistungen, Produktion, Spedition, großflächig, kleinflächig etc.) angestrebt werden. Für eine erfolgreiche Vermarktung der Flächen sollte die Stadt eine gewisse Preisflexibilität zeigen.

Einzelhandelsstandort

Das Fachmarktzentrum hatte nach mehrheitlicher Auffassung auf die Einzelhändler in der Innenstadt eine positive Wirkung, wenngleich es zu einem deutlichen Rückgang der Kundenfrequenz gekommen ist.

Die Einzelhändler waren gezwungen sich zusammenzuschließen und die Geschäfte haben deutlich an Attraktivität hinzugewonnen. Die Qualität im Einzelhandel (es fehlen zum Teil Spitzenmarken/Premiummarken) kann

weiter erhöht werden. Problematisch sind die vielen kleinen Ladenflächen in der Innenstadt. Der Bestand sollte kritisch durchforstet werden und es sollte aufgezeigt werden, an welchen Standorten durch Zusammenlegung attraktiverer Einheiten entstehen könnten. In der Innenstadt fehlt ein Ankerunternehmen, das eine hohe Frequenz erzeugt.

Die Ladenmieten sind in den letzten Monaten zwar etwas angestiegen, vor einigen Jahren wurden jedoch höhere Margen erzielt. Leerstand ist in der Innenstadt praktisch nicht vorhanden. Die Fluktuation ist äußerst gering, so dass nur wenige Ladenflächen auf den Markt kommen.

Das Fachmarkzentrum wurde nach Einschätzung einiger Interviewpartner als „Zwitterlösung“ realisiert. Auf der einen Seite wurde eine hochwertige Architektur gefordert, auf der anderen Seite sollten dort ausschließlich Fachmärkte angesiedelt werden. Bei einer Beschränkung auf dieses Marktsegment ist ein wirtschaftlicher Erfolg des Zentrums nicht garantiert.

Die Auswirkungen des FOC im Elsass werden unterschiedlich bewertet. Es wurde darauf verwiesen, dass vor allem die Innenstädte von Bühl und Rastatt betroffen sein werden. Baden-Baden könnte nach Auffassung einiger Interviewpartner sogar von der Ansiedlung profitieren.

Medienstandort

Baden-Baden ist trotz des SWR mit rund 2.000 Mitarbeitern keine Medienstadt, da es im Umfeld nur wenige Unternehmen der Medienbranche gibt. Ein tragfähiges Cluster wird sich nicht entwickeln lassen, zumal aus dem SWR nur wenige Ausgründungen zu erwarten sind (im Hörfunk sind im Unterschied zum Fernsehen keine Produktionsgesellschaften notwendig). Von anderen Medienstandorten ist Baden-Baden weit entfernt.

Der Aufbau der Event-Akademie wird begrüßt. Mit rund 500 – 600 Studenten ist die Event-Akademie ein wichtiger Faktor in der Stadt und trägt zur „Verjüngung“ bei. Das Prädikat und die Wahrnehmung von Baden-Baden als Hochschulstandort ist damit nicht verbunden. Es ergeben sich nur wenige Berührungspunkte mit dem SWR.

Es wurde darauf verwiesen, dass sich der SWR weiter für die Stadt öffnen sollte. Das New Pop Festival ist dafür ein guter Ansatz.

Internationale Verflechtungen

Um die Verbindungen mit den ehemaligen GUS-Staaten zu verstetigen, sollte ein deutsch-russisches Kulturzentrum als Ort der Begegnung eingerichtet werden.

Daneben sollten die deutsch-französischen Beziehungen ausgebaut und die deutsch-französische Geschichte beleuchtet werden. Das Potenzial von Baden-Baden wird diesbezüglich – abgesehen von den Tagesgästen der Caracalla-Therme - bei Weitem noch nicht ausgeschöpft.

Gesundheitsstandort

Der Gesundheits-/Wellnessbereich/SPA ist für Baden-Baden das zentrale Potenzial, das weiter ausgebaut werden kann. Baden-Baden sollte konsequent als Gesundheitsstandort (Gesundheitscluster ist vorhanden) etabliert werden. Dazu gehören in erster Linie die Prävention und Rehabilitation/Nachsorge und der Ausbau des Bildungsangebotes (SPA-Akademie, Bachelorstudiengang). In der Cité könnte bspw. ein solcher Campus geschaffen werden. Der Gesundheitstourismus wird dagegen ein schmales Segment bleiben (starke internationale Konkurrenz).

Kulturstadt Baden-Baden

Im kulturellen Bereich hat Baden-Baden sehr stark aufgeholt und mit dem Festspielhaus verfügt die Stadt über ein Aushängeschild von internationalem Klang. Die erfolgreiche Entwicklung des Festspielhauses hat ganz wesentlich zum Imagewandel beigetragen. Positiv wird bewertet, dass sich das Festspielhaus geöffnet hat und nicht nur einem elitären Publikum vorbehalten ist. Dazu beigetragen haben Auftritte aus den Bereichen U-Musik und Kabarett-Programme. Mittelfristig sollten eine Erweiterung des Festspielhauses (Kammermusiksaal) und die komplette Sanierung des alten Bahnhofes angestrebt werden. Mit dem Grenke-Museum LA 8, das im März 2009 eröffnet wird, kommt ein neues Highlight hinzu.

Das Theater und das Orchester dürfen nach Auffassung der Interviewpartner nicht vergessen werden, auch wenn sie nicht die Ausstrahlung des Festspielhauses besitzen. Sie sind vor allem für die Bürger der Stadt wichtige Institutionen und entfalten eine regionale Wirkung (Zuschauer aus Bühl und Rastatt).

Darüber hinaus sind das Pferderennen Iffezheim und der Oldtimertreff wichtige Events, die zwar nicht das Niveau und die Ausstrahlung wie das Festspielhaus und

das Burda-Museum besitzen, für das Image der Stadt aber relevant sind.

Die Bedeutung des Casinos und der Pferderennen/Pferdewetten wird jedoch nach allgemeiner Auffassung weiter zurückgehen. Ursachen dafür sind die zunehmende Konkurrenz (die Exklusivität des Spielcasinos ist verloren gegangen) und Wetten über das Internet.

Das Kurhaus ist nicht im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger verankert und führt ein Schattendasein. Das Potenzial des Kurhauses wird noch nicht ausgeschöpft. Der Weinbrennersaal könnte beispielsweise in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden. Dort könnten vermehrt attraktive Veranstaltungen und Shows stattfinden.

Die Initiative Weltkulturerbe wird begrüßt, wenngleich es eher unwahrscheinlich erscheint, dass Baden-Baden dieses Prädikat erhält (die Anerkennung ist heute nicht mehr exklusiv, sondern fast inflationär). Entscheidend ist aber, dass mit dem kulturellen Erbe behutsam umgegangen wird und der Charakter von Baden-Baden mit seinen Villengebieten, Gärten und Parks erhalten bleibt. Mit dem Projekt Weltkulturerbe wird dieser Diskussionsprozess positiv beeinflusst.

Ein weiterer Ausbau des Museumsangebotes wird eher kritisch betrachtet, da es bereits ein großes Angebot gibt und weitere Museen vor allem Tagesgäste anziehen.

Stadtbild und Stadtbildqualität

Im Städtebau und in der Gestaltung öffentlicher Plätze müssen in Baden-Baden hohe Maßstäbe gesetzt werden; diesen Maßstäben ist man in der Vergangenheit nicht immer gerecht worden. Als ein Beispiel dafür wurde die Platzgestaltung an der Polizeidirektion genannt.

Die frei stehende Villa der Halbhöhenlage wird vermehrt durch so genannte „Stadtvillen“ – Neubauten mit einer wesentlichen höheren Baudichte und zumeist eher gängiger Architektur – verdrängt. Bei Neubauten fehlt eine eigenständige Architektursprache Baden-Badens und in der Cité wurde zu Gunsten der Individualität auf eine städtebaulich-architektonische Leitidee verzichtet.

Es besteht die Gefahr, dass die spezifische städtebauliche Qualität von Baden-Baden verloren geht. Das Problembewusstsein im Umgang mit dem historischen städtebaulich-architektonischen Erbe muss deshalb geschärft werden.

Sportstadt Baden-Baden

Im sportlichen Bereich besitzt die Stadt Baden-Baden über kein Aushängeschild und der Sport ist – abgesehen vom Pferdesport - als Werbeträger ohne Bedeutung. Die Wahl zum Sportler findet in Baden-Baden statt, die Stadt selbst hat jedoch keine Tradition als Sportstadt.

Das städtische Stadion wird den heutigen Ansprüchen bei Weitem nicht mehr gerecht und ist nicht mehr zeitgemäß. Landesmeisterschaften oder deutsche Jugendmeisterschaften wären dort zum Beispiel nicht möglich. Dass es einen großen Bedarf an guten Sportanlagen/Leichtathletikanlagen gibt, zeigt das Beispiel Steinbach. Die Sportschule in Steinbach ist voll ausgelastet.

Ideal wäre ein zentrales Stadion mit einer Sporthalle. Dies wäre die Voraussetzung dafür, auch überregionale Veranstaltungen durchführen zu können. Dabei ist eine Zusammenarbeit mit der Südbadischen Sportschule Steinbach (Baden-Baden, Steinbach) unter Einbezug der Jugendherberge denkbar. Auch vor dem Hintergrund des zunehmenden Bedarfs für Einrichtungen zum Erhalt der Fitness und der steigenden Nachfrage nach Wellnessangeboten bedarf es einer solchen Einrichtung.

Wohnstandort Baden-Baden

Bis Ende der 1990er Jahre standen nur wenige Flächen für die Wohnungsbauentwicklung zur Verfügung, dies hat sich erst mit dem Rückzug der kanadischen und französischen Streitkräfte verändert. Auf eine durchgehende Gestaltung der Cité wurde ganz bewusst verzichtet; der Wohnungsbau zeichnet sich deshalb durch eine hohe Individualität aus.

Die Preisspanne im Wohneigentum ist aufgrund der Nachfrage aus dem Ausland (v.a. russische Interessenten) inzwischen beträchtlich. Sie reicht von rund 2.500 EURO/qm – 6.000 EURO/qm. Insgesamt ist aber das Preisniveau durchaus angemessen und nicht überhöht.

Soziales

In Baden-Baden gibt es eine überaus große soziale Spannweite. Daraus resultieren allerdings keine wesentlichen Spannungen oder gar Konflikte.

Die Stadt sollte nicht versuchen, sich ein jugendliches Image zu geben. Im Mittelpunkt sollte insbesondere die Generation 50+ stehen. Baden-Baden sollte das Image anstreben, eine Stadt zu sein, in der es sich auch im drit-

ten Lebensabschnitt gut leben lässt. Baden-Baden sollte das Image einer „lebendigen“ Stadt und nicht einer „jungen Stadt“ anstreben.

Die Wohlfahrtsverbände wurden in der Vergangenheit in die Planungen der Stadt nicht immer adäquat eingebunden. Ein Beispiel hierfür ist die Entwicklung der Cité.

Grundsätzlich wurde festgestellt, dass das Subsidiaritätsprinzip nicht immer gewahrt wird. Ein Beispiel hierfür ist das Mehrgenerationenhaus/Familienzentrum in der Cité, das derzeit realisiert wird und von der Stadt betrieben wird.

In Baden-Baden ist eine überaus hohe Arztdichte zu verzeichnen. Dies gilt ebenfalls für die Zahl an Pflegeheimplätzen. Bei einem rechnerischen Bedarf von rund 600 Plätzen sind ca. 900 Plätze vorhanden. Ein weiterer Ausbau ist deshalb nicht erstrebenswert.

Verkehr

Die Verlängerung der Stadtbahn bis in die Stadtmitte von Baden-Baden wäre ein wichtiges Leuchtturmprojekt. Bei rund 15.000 Einpendlern könnte eine attraktive Stadtbahn ganz wesentlich zur Eindämmung des Individualverkehrs beitragen. Der Stadtbahnbau wurde vor rund 10 Jahren mit knapper Mehrheit im Gemeinderat abgelehnt, wenngleich die vorgelegten Studien die Machbarkeit belegt hatten und die standardisierte Bewertung einen Wert von größer 1 aufwies. Eine Anbindung nach Rastatt oder Söllingen wäre möglich gewesen. Eine herausragende Bedeutung für die Stadtentwicklung hat der Verkehr. Ziel sollte es sein, die Belastungen durch den Individualverkehr zu reduzieren.

Marketing

Das Marketing der Stadt wurde teilweise als „verschlafen“ und „wenig prickelnd“ charakterisiert. Die zentralen Merkmale in der Vermarktung, nämlich Bäder und Parks sind heute alleine nicht mehr tragfähig.

